



In Verbindung mit Hans Herzfeld, Rudolf Hillebrecht,
Friedrich Mielke und Alexander Mitscherlich
herausgegeben von Otto Borst

Fritz Blaich, Regensburg
Reichsstädte als Arbeitgeber

Peter Kriedte, Göttingen
Die Stadt in der Proto-Industrialisierung

Karl Litz, Zürich
Theorie einer Raumgeschichte

Manfred Bütemann, Lehrte
Altstadtsanierung: zum Beispiel Wolfenbüttel

9. Jahrgang

1/82

Kohlhammer

Fritz Blaich

Die oberdeutsche Reichsstadt als Arbeitgeber vom 13. bis zum 18. Jahrhundert

I.

Von den meisten Reichsstädten sei bekannt, urteilte 1772 der berühmte Staats- und Völkerrechtslehrer Johann Jacob Moser, daß sie bis über die Ohren in Schulden steckten.¹ Neuere Forschungen über die Finanzpolitik oberdeutscher Reichsstädte im 17. und 18. Jahrhundert bestätigten dieses Urteil. Bei der Suche nach den Ursachen der drückenden Schuldenlast verwiesen ihre Autoren jedoch entschiedener und eindeutiger als Moser, der kriegerischen Verwicklungen einen erheblichen Anteil an der Finanzmisere zugeschoben hatte, auf den übertriebenen Verwaltungsaufwand der Städte, der sich insbesondere in vergleichsweise hohen Personalausgaben niedergeschlagen habe.²

Überblickt man die Aufwendungen des reichsstädtischen Haushalts für Dienstleistungen, so kann man in dieser Epoche zwei große Gruppen unterscheiden. Zunächst erhielten alle Mitglieder des Stadtrats, welche neben ihrem Beruf Aufgaben der inneren Verwaltung und der Vertretung der Reichsstadt in auswärtigen Angelegenheiten übernahmen, aus den städtischen Kassen eine Aufwandsentschädigung. Daneben aber beschäftigte der Stadtrat »Bediente«, die hauptberuflich verschiedene Arbeiten verrichteten und dafür als Entgelt einen »Lohn« erhielten. Freilich ist der Anteil der Personalkosten an den Einnahmen und Ausgaben des reichsstädtischen Haushalts quantitativ kaum zu ermitteln. Da der Grundsatz der fiskalischen Kasseneinheit unbekannt war, beruhte die städtische Geldwirtschaft auf einer Anzahl von Haupt-, Neben-, Unter- und Sonderkassen, die von Ratsherren eigenständig verwaltet wurden.³ Noch im 18. Jahrhundert unterhielt z. B. die Reichsstadt Nördlingen, die 5000–6000 Einwohner zählte, nicht weniger als zwölf selbständige Verrechnungsstellen.⁴

¹ J. J. Moser, Von der Reichs-Städtischen Regiments-Verfassung. Frankfurt – Leipzig 1772, S. 294.

² Siehe hierzu R. Hildebrandt, Zur Frage der reichsstädt. Finanzen und Haushaltspolitik seit dem Westfälischen Frieden, in: E. Maschke u. a. (Hrsg.), Städt. Haushalts- und Rechnungswesen. Sigmaringen 1977, S. 91–107, und die dort angegebene Literatur. Ferner K. Rothe, Überblick über das städt. Haushaltswesen der Reichsstadt Ulm im 18. Jh., ebda., S. 114f.; W. Bühler, Die Entwicklung des Finanzwesens in der freien Reichsstadt Überlingen bis 1800, ebda., S. 164.

³ Vgl. H. Mauersberg, Wirtschafts- und Sozialgesch. zentraleuropäischer Städte in neuerer Zeit. Dargestellt an den Beispielen von Basel, Frankfurt a.M., Hamburg, Hannover und München. Göttingen 1960, S. 437f.; K. Häuser, Abriß der geschichtl. Entwicklung der öffentl. Finanzwirtschaft, in: Hdb. der Finanzwissenschaft, Bd. 1. Tübingen³ 1975, S. 41f.

⁴ W. Fr. Lettenmeyer, Der Niedergang der reichsstädt. Finanzwirtschaft Nördlingens und die Tätigkeit der Kaiserlichen Subdelegationskommission (XVIII. Jh.). Diss. München 1937, S. 14f.

Doch selbst wenn es gelänge, aus dem Gewirr der Sonderverwaltungen mit ihrer getrennten Kassenführung die Geldeinkünfte eines städtischen Bediensteten zusammenzuzählen oder die monetäre Entschädigung eines Ratsherrn zu errechnen, so würde das Ergebnis noch nichts über die Höhe der Personalkosten aussagen. Einige Bedienstete, namentlich die Zöllner und die Steuereinnahmer, besaßen nämlich das Recht, einen Teil der erhobenen Gebühren und Steuern unmittelbar als Entgelt einzubehalten, ohne daß diese Beträge über eine Kasse verbucht worden wären.⁵ Da diese Art der Entlohnung die Einnahmen der Reichsstadt minderte, wirkte sie sich als eine versteckte Aufwendung für Dienstleistungen aus. Außerdem erhielten die mit Verwaltungsaufgaben betrauten Ratsherren und fast alle angestellten Arbeitskräfte einen Teil ihrer Besoldung in Form von Naturalleistungen, deren Marktpreise nur schwer zu schätzen sind. Manchmal stellte die Stadt eine mietfreie Wohnung zur Verfügung, oft lieferte sie kostenlos Brennholz aus dem Stadtwald, Getreide aus ihrem »Kornhaus« und Wein aus ihrem »Weinstadel«. In denjenigen Fällen freilich, wo – wenn auch nur für kurze Zeitabschnitte – ein Einblick in die gesamten Nebeneinkünfte möglich ist, zeigt sich, daß die Ausgaben für Personal im Hinblick auf die Einnahmen durchaus als übersetzt anzusehen sind.⁶

Da noch im Spätmittelalter in den meisten oberdeutschen Reichsstädten die Mitglieder des Rates Verwaltungsaufgaben ehrenamtlich ausgeführt hatten, könnte man folgern, daß die Aufblähung der Personalkosten durch die Vermehrung und die bessere Besoldung der »Ratsämter« herbeigeführt worden sei. Einzelne Beispiele belegen in der Tat das Bestreben mancher Ratsherren, möglichst viele Ämter in ihrer Hand zu vereinigen und damit entsprechend viele Nebeneinkünfte auf sich zu ziehen.⁷ Das Ratsamt darf indessen nicht

⁵ Vgl. U. Dirlmeier, Untersuchungen zu Einkommensverhältnissen und Lebenshaltungskosten in oberd. Städten des Spätmittelalters (Mitte 14. bis Anfang 16. Jh.). Heidelberg 1978, S. 83 f.

⁶ Vgl. z. B. A. Weichhardt, Die Entwicklung der wirtschaftl. Verhältnisse der fr. Reichsstadt Biberach im 18. Jh. Diss. Frankfurt/M. 1931, S. 45; H. Gehring, Buchau a. F., Leutkirch und Wangen i. A. am Ende des alten Reiches. Ein Beitrag zur Stadtgeschichte dreier schwäbischer Reichsstädte. Diss. Tübingen Ms. 1954, S. 177 f.; H. Speth, Die Reichsstadt Isny am Ende des alten Reiches (1775–1806). Untersuchungen über Verfassungs-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialgesch. der Stadt im Vergleich mit Wangen i. A. und Leutkirch. Stuttgart 1973, S. 149, 160; R. Hildebrandt, Reichsstädt. Finanzen (s. A 2), S. 98. Eine Ausnahme bildete die Reichsstadt Nürnberg, die über ein bedeutendes Metallgewerbe und weitreichende Handelsverbindungen verfügte. In ihrem Haushalt überstiegen die Aufwendungen für die »bewaffnete Macht« und für »auswärtige Dienste« die Kosten der inneren Verwaltung bei weitem: W. Schwemmer, Die Schulden der Reichsstadt Nürnberg und ihre Übernahme durch den bayerischen Staat. Nürnberg 1967, S. 10.

⁷ Siehe hierzu Fr. Bothe, Geschichte der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt/M. 1929, S. 401; E. Schell, Die Reichsstädte beim Übergang an Baden. Heidelberg 1929, S. 69; H. W. Dirian, Das Schweinfurter Stadtre Regiment während der Reichsstadtzeit. Schweinfurt 1954, S. 118 f.; H. Gehring, Buchau (s. A 6), S. 56 f.; A. Laufs, Die Verfassung und Verwaltung der Stadt Rottweil 1650–1806. Stuttgart 1963, S. 95; H.-D. Hüttmann, Unters. zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Sozialgesch. der fr. und Reichsstadt Worms 1659–1789. Worms 1970, S. 62 f., 137; A. Dreher, Geschichte der Reichsstadt Ravensburg und ihrer Landschaft von den Anfängen bis zur Mediatisierung 1802, Bd. 2. Weißenhorn – Ravensburg 1972, S. 632 f.

mit einer modernen Behörde gleichgesetzt werden. So galten z. B. in Augsburg im 18. Jahrhundert als Ratsämter sowohl die »Aufsicht über das gesamte Bauwesen«, die zahlreiche Verwaltungsstellen unter sich vereinigte und mitunter mehrere Hundert Arbeitskräfte beschäftigte, als auch die »Deputation zur Sturmglocke«, deren Amtsbefugnis sich darin erschöpfte, daß ein Ratsherr den Schlüssel zu der Glockenstube aufbewahrte. Die reine Anzahl der Ämter erlaubt es daher nicht, ohne weiteres auf eine besonders aufwendige Verwaltung zu schließen.⁸ Außerdem aber zeigen die Ausgabenlisten der städtischen Haushalte, daß sich langfristig die Zahl der Ratsämter kaum vermehrte, sondern daß vielmehr die Gruppe der »Bedienten« stark anwuchs.⁹

Diesem Personenkreis, dem die Reichsstadt als Arbeitgeber gegenübertrat, sind die folgenden Ausführungen gewidmet. Im Mittelpunkt der Untersuchung sollen dabei zwei Fragen stehen:

- (1) Auf welche Ursachen ist die Erscheinung zurückzuführen, daß die Reichsstädte immer mehr »Lohnabhängige« für Aufgaben heranzogen, welche ursprünglich von den Ratsherren ehrenamtlich oder von Bürgern und Einwohnern freiwillig ausgeführt wurden?¹⁰
- (2) Wurden den angestellten Arbeitskräften sinnvolle Beschäftigungen zugewiesen? Oder mußten sie – wie es in der Literatur manchmal anklingt¹¹ – Arbeiten verrichten, für welche bereits Ratsherren ein Entgelt bezogen?

II.

Noch um die Mitte des 13. Jahrhunderts reichte in den meisten Reichsstädten eine einzige qualifizierte Arbeitskraft, der »Stadtschreiber«, aus, um die Verwaltungsgeschäfte zu

⁸ I. Batori, Die Reichsstadt Augsburg im 18. Jh. Verfassung, Finanzen und Reformversuche. Göttingen 1969, S. 58 f.

⁹ Vgl. z. B. Dirian, Schweinfurter Stadtre Regiment (s. A 7), S. 119 f.; Laufs, Rottweil (s. A 7), S. 98 f.; Hüttmann, Worms (s. A 7), S. 133 f.; Speth, Isny (s. A 6), S. 16 f.

¹⁰ Zu den Pflichten der Bürger zählte ursprünglich auch die Verteidigung der Stadt auf den Mauern und beim »Auszug«. Der Anbruch des »Pulverzeitalters« zwang die Städte jedoch, ihre Wehrbereitschaft auf die Anwerbung ausgebildeter Söldner zu stützen. Hinzu kam der allmählich schwindende Gemeinsinn ihrer Bürger: K. Th. Eheberg, Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschafts-gesch. der Stadt Straßburg bis 1681, Bd. 1. Straßburg 1899, S. 352; P. Sander, Die reichsstädt. Haushaltung Nürnbergs. Dargestellt auf Grund ihres Zustandes von 1431 bis 1440, Bd. 1. Leipzig 1902, S. 142; Fr. Bothe, Beitr. zur Wirtschafts- und Sozialgesch. der Reichsstadt Frankfurt. Altenburg 1906, S. 15; C. Dittmar, Die Einnehmerrechnungen der fr. Reichsstadt Schweinfurt (1554–1802). Schweinfurt 1961, S. 198, 203; J. Leist, Reichsstadt Rottweil. Studien zur Stadt- und Gerichtsverfassung bis zum Jahr 1546. Rottweil 1962, S. 218 f.

¹¹ Siehe z. B. U. Crämer, Die Verfassung und Verwaltung Straßburgs von der Reformationszeit bis zum Fall der Reichsstadt (1521–1681). Frankfurt/M. 1931, S. 41; H. Gehring, Buchau (s. A 6), S. 92 f.; H. Speth, Isny (s. A 6), S. 160. Für Augsburg vgl. die kritische Entgegnung bei I. Batori (s. A 8), S. 58 f. und die dort angegebene Lit.

führen. Umfassend gebildet und in Rechtsfragen erfahren, diente der Stadtschreiber nicht allein als Protokollführer bei Ratsversammlungen und als Sekretär bei Gerichtsverhandlungen, ihm oblag vielmehr vor allem die juristische Beratung des Ratskollegiums in allen inneren und auswärtigen Angelegenheiten reichsstädtischer Politik. Da die Besetzung der einzelnen Ratsämter ständig wechselte – in Ulm z. B. blieb selbst der Bürgermeister nur 1 Jahr im Amt und seine Wiederwahl konnte erst nach 3 Jahren erfolgen –, sorgte der Stadtschreiber obendrein für die Kontinuität der Verwaltungstätigkeit.¹²

Als man im Verlauf des 13. Jahrhunderts auch in Oberdeutschland begann, den Wert des geschriebenen Wortes höher zu achten als den des gesprochenen,¹³ stürzte eine Flut zusätzlicher Aufgaben über die Kanzlei des Stadtschreibers herein. Sowohl das städtische Recht wie auch einzelne Rechtsakte, die bisher von Generation zu Generation mündlich überliefert worden waren, mußten jetzt schriftlich festgehalten werden. Die gleiche Entwicklung vollzog sich im Bereich der Rechtsprechung, die ein wichtiges Vorrecht der Reichsstadt bildete. Nach einem Rechtsstreit verlangten die Parteien jetzt immer häufiger, daß das mündlich ergangene Urteil schriftlich festgehalten werde. Bald darauf war es üblich, Klagen, Antworten, Rede und Gegenrede nebst Kundschaft und Urteil in ausführlicher Breite niederzuschreiben. Den Schlußstrich unter diese Entwicklung setzte dann die Einführung des Notariats nach italienischem Vorbild: in der städtischen »Kontraktstube« konnten künftig die Bürger alle Verträge, insbesondere Schuldverschreibungen, in schriftlicher Form abschließen.¹⁴

Die Einführung der Schriftform in der städtischen Verwaltung erforderte die Einstellung zusätzlicher Bediensteter. An die Seite des Stadtschreibers, der weiterhin die Kanzlei leitete, traten nun besondere Rats- und Gerichtsschreiber. Auch wichtige Ratsämter, namentlich die mit der Einhebung der verschiedenen Steuern betrauten Ratsherren, erhielten eigene

¹² H. Stenger, Verfassung und Verwaltung der Reichsstadt Donauwörth (1193–1607). Donauwörth 1909, S. 48 f.; U. Crämer, Verfassung und Verwaltung Straßburgs (s. A 11), S. 47 f.; G. Burger, Die südwestdt. Stadtschreiber im Mittelalter. Böblingen 1960, S. 7 f.; J. U. Ohlau, Der Haushalt der Reichsstadt Rothenburg o. T. in seiner Abhängigkeit von Bevölkerungsstruktur, Verwaltung und Territorienbildung (1350–1450). Diss. Erlangen-Nürnberg 1965, S. 94; G. Gänsslen, Die Ratsadvokaten und Ratskonsulenten der Fr. Reichsstadt Ulm, insbes. ihr Wirken in den Bürgerprozessen am Ende des 18. Jhs. Ulm 1966, S. 19 f.; G. Geiger, Die Reichsstadt Ulm vor der Reformation. Städt. und kirchl. Leben am Ausgang des Mittelalters. Ulm 1971, S. 53 f.; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 633 f.

¹³ In Norddeutschland setzte diese Entwicklung bereits zu Anfang des 12. Jhs. ein: Die Acht-, Verbots- und Fehdebücher Nürnbergs von 1285–1400. Nürnberg 1960, S. 110*.

¹⁴ P. Sander, Reichsstädt. Haushaltung Nürnbergs (s. A 10), S. 118, 207; P. Hertner, Stadtwirtschaft zwischen Reich und Frankreich. Wirtschaft und Gesellschaft Straßburgs 1650–1714. Köln – Wien 1973, S. 53; Acht-, Verbots- und Fehdebücher Nürnbergs (s. A 13), S. 110*; H. Nordhoff-Behne, Gerichtsbarkeit und Strafrechtspflege in der Reichsstadt Schwäbisch Hall seit dem 15. Jh. Schwäbisch Hall 1971, S. 77 f.; U. Künzel, Die Schweinfurter Stadtschreiber und Ratsadvokaten von 1337 bis 1803. Diss. Würzburg 1974, S. 37 f.; M. J. Schmied, Die Ratsschreiber der Reichsstadt Nürnberg. Nürnberg 1979, S. 76 f.

Schreiberstellen, die durchweg mit fähigen, juristisch geschulten und entsprechend gut bezahlten Arbeitskräften besetzt wurden.¹⁵ Die alltäglich anfallende Kanzleiarbeit, etwa die Reinschrift und der Versand von Berichten und Erlassen, verrichteten künftig »gewöhnliche« Schreiber, die auch »Kanzleiverwandte«, »Kanzlisten«, »Akzessisten« oder »Substituten« genannt wurden.¹⁶ Die schriftliche Form der Verwaltung hinterließ ihre Spuren bald in einem Berg von Akten, welche geordnet und verwahrt werden mußten. Bereits gegen Ende des 16. Jahrhunderts war eine so bedeutende Reichsstadt wie Straßburg gezwungen, für die Ordnung des Schriftgutes in der Kanzlei einen »Registrator« und für die Verwaltung des im Archiv eingelagerten Aktenmaterials einen »Registrator archivi« zu beschäftigen, wobei beide Ämter mit Juristen besetzt wurden. Die kleineren Reichsstädte begnügten sich damit, beide Aufgaben von einem einzigen Registrator durchführen zu lassen.¹⁷

Eine weitere, für den städtischen Haushalt ins Gewicht fallende Vermehrung der Bediensteten löste die Übernahme des Römischen Rechts in das gesamte Verwaltungs- und Justizwesen aus, die im 16. Jahrhundert abgeschlossen wurde. Vor allem die großen Handelsstädte sahen sich nun in schwierige Rechtsfälle verwickelt, die nur noch von Fachleuten bearbeitet und gelöst werden konnten. Auch die Regelung auswärtiger Angelegenheiten sowie die Vertretung der Stadt am Kaiserhof, auf den Reichstagen und beim Reichskammergericht erforderten nun nicht mehr allein diplomatisches Geschick, sondern vor allem gediegene juristische Kenntnisse. Als Antwort auf die wachsende Bedeutung einer zuverlässigen Rechtsberatung begann eine Reichsstadt nach der anderen, aus dem Bereich der allgemeinen Verwaltung die Rechtsangelegenheiten abzutrennen, mit deren Bearbeitung sodann ausgebildete Juristen beauftragt wurden, die als Ratsadvokaten, -consiliarii, -konsulenten oder -syndici bezeichnet wurden.¹⁸

¹⁵ P. Sander, Reichsstädt. Haushaltung Nürnbergs (s. A 10), S. 118; D. Kreil, Der Stadthaushalt von Schwäbisch Hall im 15./16. Jh. Eine finanzgeschichtl. Untersuchung. Schwäbisch Hall 1967, S. 62, ferner A 45. In Nürnberg bleibt der Titel »Ratsschreiber« dem Kanzleibediensteten mit dem höchsten Gehalt vorbehalten: M. J. Schmied, Ratsschreiber (s. A 14) S. 3.

¹⁶ P. Payer, Die Reichsstadt Schwäbisch Gmünd zu Ende des 18. Jhs. und ihr Übergang an Württemberg. Diss. Tübingen Ms. 1957, S. 46 f.; Cl. Dittmar, Einnehmerrechnungen (s. A 10), S. 226; Kreil, Stadthaushalt (s. A 15), S. 62; H. Nordhoff-Behne, Gerichtsbarkeit (s. A 14), S. 80 f.

¹⁷ E. Schell, Reichsstädte (s. A 7), S. 36; H. Gehring, Buchau (s. A 6), S. 89; Cl. Dittmar, Einnehmerrechnungen (s. A 10), S. 226; A. Laufs, Rottweil (s. A 7), S. 144; D. Kreil, Stadthaushalt (s. A 15), S. 62; P. Hertner, Stadtwirtschaft (s. A 14), S. 53.

¹⁸ Zu diesem Vorgang siehe P. Sander, Reichsstädt. Haushaltung Nürnbergs (s. A 10), S. 115 f.; H. Stenger, Donauwörth (s. A 12), S. 50; R. W. v. Bezold, Die Verfassung und Verwaltung der Reichsstadt Rothenburg ob der Tauber (1172–1803). Diss. Würzburg 1915, S. 61; Fr. Bothe, Frankfurt (s. A 7), S. 277 f.; E. Schell, Reichsstädte (s. A 7), S. 69, 107, 137; M. Jung, Wirtschaftsverfassung und Verwaltung der Fr. Reichsstadt Speyer am Rhein im 17. und 18. Jh. Diss. Frankfurt/M. 1930, S. 83; U. Crämer, Verfassung (s. A 11), S. 49; W. Fürnrohr, Das Patriziat der Freien Reichsstadt Regensburg zur Zeit des Immerwährenden Reichstags, in: Verh. des Hist. Vereins für Oberpfalz und Regensburg 93 (1952), S. 168; H. Gehring, Buchau (s. A 6), S. 83; K. Lübke, Die

An seine juristischen Berater stellte der reichsstädtische Arbeitgeber hohe Anforderungen. In der Regel verlangte er, daß ein Bewerber um dieses Amt ein Universitätsstudium der Rechtswissenschaft mit dem Doktorat oder dem Lizentiat abgeschlossen hatte.¹⁹ Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts blieben diese juristischen Ratgeber die »wahren Herren der Reichsstadt«.²⁰ Ihrer beruflichen Qualifikation und ihrem politischen Einfluß entsprach die Höhe ihres Einkommens. Die aus verschiedenen Städten und aus unterschiedlichen Zeiträumen überlieferten Angaben über ihre Geld- und Naturalbesoldungen zeigen übereinstimmend, daß unter den städtischen Bediensteten der Ratsadvokat bei weitem den höchsten Lohn erhielt. Überdies durfte er gegen Entgelt private Rechtsauskünfte erteilen und Rechtsgutachten anfertigen.²¹ Entsprechend hoch war sein gesellschaftliches Ansehen innerhalb der Stadtmauern. Sein Amt galt als Stufe auf dem Weg zur Nobilitierung und wurde deswegen auch von den Söhnen reicher Kaufmannsfamilien begehrt.²²

III.

Auswirkungen auf die Stellung der Reichsstadt als Arbeitgeber zeitigte ferner die ebenfalls im 13. Jahrhundert einsetzende Bürokratisierung des Gesundheits- und Wohlfahrtswesens, welche durch die »Verbürgerlichung« und »Kommunalisierung« der kirchlich-bruder-

Verfassung der fr. Reichsstadt Ulm am Ende des alten Reiches. Diss. Tübingen Ms. 1955, S. 140 f.; Cl. Dittmar, Einnahmerechnungen (s. A 10), S. 217; W. Trusen, Anfänge des gelehrten Rechts in Deutschland. Ein Beitrag zur Geschichte der Frührezeption. Wiesbaden 1962, S. 222 f.; G. Gänsslen, Ratsadvokaten (s. A 12), S. 22 f., 44 f.; D. Kreil, Stadthaushalt (s. A 15), S. 61; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 638 f.; H. Speth, Isny (s. A 6), S. 137 f. Die hier genannten Amtsbezeichnungen der Stadtjuristen wurden in den einzelnen Städten unterschiedlich gebraucht. In manchen Städten – so z. B. in Regensburg – übernahm der Syndikus den Titel »Stadtschreiber«. In kleinen Reichsstädten – wie z. B. in Pfullendorf – war der Ratskonsulent gleichzeitig Kanzleiverwalter.

¹⁹ R. W. v. Bezold, Rothenburg (s. A 18), S. 61; K. Lübke, Ulm (s. A 18), S. 142; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 638 f.; U. Künzel, Schweinfurter Stadtschreiber (s. A 14), S. 194 f. Die Schweinfurter Ratsadvokaten haben z. B. folgende Universitäten besucht: Lic. M. Stamler: mehrere italienische und deutsche Universitäten, unter anderen Tübingen; Dr. G. Brunner sen.: Leipzig, Wittenberg, Ingolstadt, Tübingen, Padua; Dr. G. Ruprecht sen.: Köln, Dôle (Burgund); Dr. P. Prückner: Wittenberg, Jena, Ingolstadt, Padua, Basel; Dr. G. Ruprecht jun.: Altdorf; Dr. D. Schmuck: Altdorf; Dr. J. Hoefel: Gießen, Jena, Straßburg; Dr. J. Heuber: Wittenberg, Basel; Dr. J. G. Ley: Marburg, Altdorf, Jena, Straßburg; Lic. J. Ph. Melchior: Gießen; J. Ph. Fehr: Jena.

²⁰ U. Crämer, Straßburg (s. A 11), S. 50.

²¹ Beispiele für die Einkünfte städt. Juristen werden aufgeführt bei: H. Stenger, Donauwörth (s. A 12), S. 50; W. Fürnrohr, Partriziat (s. A 18), S. 168 f.; P. Payer, Schwäbisch Gmünd (s. A 16), S. 40; H. Speth, Isny (s. A 6), S. 18; U. Künzel, Schweinfurter Stadtschreiber (s. A 14), S. 239 f.

²² H. Greuner, Rangverhältnisse im städtischen Bürgertum der Barockzeit unter bes. Berücksichtigung der Fr. Reichsstadt Frankfurt am Main. Diss. Frankfurt/M. 1957, S. 13; H. Kellenbenz, Bürgertum und Wirtschaft in der Reichsstadt Regensburg, in: Bl. f. dt. Landesgesch. 98 (1962), S. 118; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 636.

schaftlichen Spitäler ausgelöst wurde. Drei Beweggründe veranlaßten die Reichsstädte, die kirchlichen Organisationen, deren karitative Tätigkeit ihnen bisher entsprechende soziale Aufwendungen erspart hatte, aus dem Wohlfahrtswesen zu verdrängen. Im Vordergrund stand zweifellos das politische Erstarken der »freien« Reichsstadt, das nach einer schrittweisen Befreiung vom Regiment der Kirche verlangte. Hinter diesem Streben verbargen sich aber auch wirtschaftliche Interessen. Das Spital verfügte meist über einen umfangreichen, landwirtschaftlich genutzten Grundbesitz, dessen Erträge dem städtischen Haushalt ebenso willkommen waren wie der Versorgungspolitik des Rates, deren Ziel darin bestand, Bürger und Einwohner ausreichend und preiswert mit den Grundnahrungsmitteln zu beliefern.²³ Schließlich zwangen die verheerenden Pestepidemien, die seit der Mitte des 14. Jahrhunderts wüteten, manchen Stadtrat, die überlieferte Form der kirchlichen Caritas aufzugeben und den Weg der Sozialpolitik einzuschlagen. Der Seuchentod nämlich zerstörte die Fürsorge der Familiengemeinschaft und hinterließ eine große Anzahl unverstorbener Witwen, alleinstehender Witwer und Waisen. Der Lebensunterhalt der Hinterbliebenen konnte nur gesichert werden, wenn es dem Rat gelang, den Grad der Bedürftigkeit und die Dauer der Versorgungsleistungen zu ermitteln, um die Verteilung sozialer Aufwendungen nach diesen Kriterien vornehmen zu können.²⁴

Nach der »Verbürgerlichung«, welche im oberdeutschen Wirtschaftsraum mit wenigen Ausnahmen im 14. Jahrhundert abgeschlossen wurde,²⁵ ernannte der Rat zwei Ratsherren zu »Spitalpflegern«, welche jeweils für eine kurze Amtsdauer den Betrieb des Spitals überwachten. Angesichts der Fülle der zu bewältigenden sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben ging die Verwaltung des Spitals bald in die Hände des »Spitalmeisters« oder »-schaffners« über. Das umfangreiche Rechnungswesen wurde dem »Spitalschreiber« übertragen, der meist mit Hilfskräften ausgestattet wurde, z. B. mit einem »einfachen« Schreiber und mit einem Boten. Die wichtige Aufgabe der Vorratshaltung übernahm der »Keller«. Die Ausdehnung der Spitalwirtschaft führte vielfach bald zu einer Aufspaltung

²³ J. N. Denkinger, Das Hospital des hl. Geistes in der früheren Reichsstadt Schwäb. Gmünd 1269–1802, in: A. Wörner (Hrsg.), Das Städt. Hospital zum Hl. Geist in Schwäb. Gmünd in Vergangenheit und Gegenwart. Tübingen 1905, S. 139; B. Zeller, Das Heilig-Geist-Spital zu Lindau im Bodensee von seinen Anfängen bis zum Ausgang des 16. Jhs. Lindau 1952, S. 50; G. Fischer, Die fr. Reichsstadt Reutlingen. Die Verfassung ab 1500 und das Strafrecht. Diss. Tübingen Ms. 1959, S. 167; Chr. Heimpel, Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Heiliggeistspitals zu Biberach an der Riß im Zeitalter der Preisrevolution von 1500 bis 1630. Stuttgart 1966, S. 16.

²⁴ Siehe hierzu I. Bog, Über Arme und Armenfürsorge in Oberdeutschland und in der Eidgenossenschaft im 15. und 16. Jh., in: Jb. f. fränk. Landesforschung 34/35 (1974/75), S. 985 f.

²⁵ Zwei Ausnahmen seien erwähnt: Dem Rat der Stadt Regensburg gelang es nicht, die Vogtei über die innerhalb der Stadtmauer befindlichen Stiftungen zu erlangen: B. Sahlinger, Verfassung und Verwaltung des St. Katharinenospitals in Regensburg. Diss. Erlangen 1956, S. 14. Der Rat der Stadt Heilbronn entschloß sich 1306, selbst ein Spital zu gründen: W. Steinhilber, Das Gesundheitswesen im alten Heilbronn 1281–1871. Heilbronn 1956, S. 235.

dieses Amtes in einen »Weinkeller« und einen »Brotkeller«, denen ebenfalls Hilfskräfte unterstanden.²⁶ Seine große Nachfrage nach handwerklichen Dienstleistungen deckte das Spital zunächst wenigstens teilweise auf dem Markt. Bis 1530 z. B. ließ die Stadt Straßburg das Brot für die Spitalsbewohner bei vier Bäckern in verschiedenen Stadtvierteln backen. Als sie aber immer wieder Lieferungen beanstanden mußte, errichtete sie kurzerhand eine eigene Bäckerei im Spital.²⁷ Auch in anderen Städten verstärkte das Spital die Neigung, sich Eigenbetriebe zuzulegen. Deshalb folgten dem Spitalbäcker rasch der Spitalmetzger, -schuhmacher, -schneider, -bauer, -müller, -zimmermann, die alle je nach dem Umfang der anfallenden Arbeiten Gesellen und Handlanger benötigten. Die allmähliche Verdrängung der Kirche aus dem Feld der sozialen Fürsorge führte aber insbesondere dazu, daß für alle mit der Versorgung der Kranken, Alten und Armen zusammenhängenden Arbeiten, die früher von Laienbrüdern verrichtet worden waren, nunmehr »Spitalmägde« und »-knechte« angeworben werden mußten.²⁸

Ebenfalls im Zuge der Bürokratisierung des Gesundheits- und Wohlfahrtswesens trat in der spätmittelalterlichen Reichsstadt der »Stadtknecht« oder »Stadtknecht« auf. Die Zahl der angestellten Ärzte stieg mit zunehmender Bevölkerungszahl, sie wurde ferner kurzfristig erhöht, wenn eine Seuche die Stadt heimsuchte. Im 18. Jahrhundert schließlich besaßen bedeutende Wirtschaftszentren wie Frankfurt und Nürnberg ein »Collegium medicum«, dem jeweils vier fest besoldete Ärzte angehörten. Mittelgroße Städte kamen mit zwei »Physici« aus, während die vielen kleinen Reichsstädte Oberdeutschlands nicht darauf verzichten konnten, wenigstens einen einzigen Stadtknecht zu beschäftigen.²⁹

²⁶ J. N. Denkinger, Hospital Schwäb. Gmünd (s. A 23), S. 142; O. Winckelmann, Das Fürsorgewesen der Stadt Straßburg vor und nach der Reformation bis zum Ausgang des 16. Jhs. Leipzig 1922, S. 15 f.; H. Hauck, Rechtsgesch. des Heilig-Geist-Spitals zu Rothenburg ob der Tauber. Diss. Erlangen Ms. 1950, S. 56 f.; B. Zeller, Lindau (s. A 23), S. 132; W. Steinhilber, Heilbronn (s. A 25), S. 245 f.; A. Semler, Geschichte des Heilig-Geist-Spitals in Überlingen am Bodensee. Überlingen 1957, S. 37; H. Muschel, Das Spital der Reichen Siechen zu St. Katharina in Ulm. Eine rechtsgeschichtl. Untersuchung zur Inkorporation von Wohlfahrtsanstalten durch die Reichsstadt im ausgehenden Mittelalter. Ulm 1965, S. 104; Chr. Heimpel, Biberach (s. A 23), S. 11 f.; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 783.

²⁷ O. Winckelmann, Fürsorgewesen (s. A 26), S. 93 f.

²⁸ ebda., S. 90 f.; B. Zeller, Lindau (s. A 23), S. 131 f.; A. Laufs, Rottweil (s. A 7), S. 105; Chr. Heimpel, Biberach (s. A 23), S. 12.

²⁹ P. Sander, Reichsstädt. Haushaltung Nürnbergs (s. A 10), S. 225; H. Stenger, Donauwörth (s. A 12), S. 111 f.; H. Bingold, Die reichsstädt. Haushaltung Nürnbergs während und nach dem siebenjährigen Krieg (1756–1778). Diss. Erlangen 1911, S. 24; Fr. Bothe, Frankfurt (s. A 7), S. 235; E. Schell, Reichsstädte (s. A 7), S. 50; Th. Eberhard, Die Verwaltung der fr. Reichsstadt Biberach in der Zeit von 1556–1615. Diss. Freiburg/Brsg. Ms. 1954, S. 37 f.; W. Steinhilber, Gesundheitswesen (s. A 25), S. 114; Cl. Dittmar, Einnehmerrechnungen (s. A 10), S. 227; A. Laufs, Rottweil (s. A 7), S. 99; G. Geiger, Ulm (s. A 12), S. 53 f.; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 668; G. Gensthaler, Das Medizinalwesen der Fr. Reichsstadt Augsburg bis zum 16. Jh. mit Berücksichtigung der ersten Pharmakopöe von 1564 und ihrer weiteren Ausgaben. Augsburg 1973, S. 42 f.

Die Aufgaben, welche diese akademisch ausgebildeten Ärzte wahrnahmen, stimmten indessen in allen Städten überein: der Stadtknecht beriet den Rat in allen Angelegenheiten des Gesundheitswesens. Vor Gericht trat er als medizinischer Sachverständiger auf. Er überwachte die ärztliche Betreuung im Spital und in den Armen- und Waisenhäusern der Stadt, er überprüfte die Apotheken durch regelmäßige Visitationen. Außerdem kümmerte er sich um die Ausbildung der Hebammen und der zünftig organisierten, in ihrem sozialen Rang dem Handwerkerstand zuzurechnenden Heilkundigen, die unter den Bezeichnungen Wundarzt, Chirurg, Bader, Barbier oder Steinschneider für die medizinische Versorgung der Bevölkerung unentbehrlich waren. Schließlich sollte er Kurfuscher und Quacksalber entlarven.³⁰

Solange es in Deutschland noch keine Universitäten gab, blieb das Angebot an »studierten« Ärzten knapp. Noch im 14. und 15. Jahrhundert waren einzelne Städte gezwungen, Mediziner aus Italien anzuwerben.³¹ Daher konnte der städtische Physikus bei seiner Anstellung eine vergleichsweise hohe Besoldung sowie die Freistellung von einigen Abgaben und Diensten durchsetzen. Vielfach behielt er sich auch das Recht vor, private Patienten zu behandeln. Entsprechend hoch war sein gesellschaftliches Ansehen, das auch im 17. und 18. Jahrhundert nur wenig hinter dem der Ratsadvokaten zurückstand.³²

Im Spätmittelalter waren die Städte ferner darauf angewiesen, Apotheker in ihre Dienste zu nehmen, wenn sie die Versorgung ihrer Bewohner mit Arzneimitteln nicht gefährden wollten. Ein allmählich stärker werdender Zugang zum Beruf des Apothekers und der dadurch ausgelöste Wettbewerb sorgten im Laufe des 16. Jahrhunderts allerdings dafür, daß in manchen oberdeutschen Reichsstädten der Stadtknecht buchstäblich ausstarb. Der Stadtknecht besetzte die Stelle nach dem Tod des letzten Amtsinhabers nicht mehr, sondern überließ den Markt für Arzneimittel künftig der privaten Initiative.³³

Auch das Zurückdrängen kirchlicher Institutionen aus dem Bereich des Bildungswesens bescherte der Reichsstadt neue Aufgaben als Arbeitgeber. Die Reformation, der in Oberdeutschland die Reichsstädte den Weg bereitet hatten, beseitigte schließlich die Reste des Bildungsmonopols der mittelalterlichen Kirche.³⁴ Im Gegensatz zur einheitlichen, auf

³⁰ Fr. Bothe, Frankfurt (s. A 7), S. 39 f.; U. Crämer, Straßburg (s. A 11), S. 40; B. Zeller, Lindau (s. A 23), S. 39 f.; H. W. Dirian, Schweinfurter Stadtknecht (s. A 7), S. 122 f.; W. Steinhilber, Gesundheitswesen (s. A 25), S. 110 f., 151; G. Fischer, Reutlingen (s. A 23), S. 193 f.; H. Speth, Isny (s. A 6), S. 22 f.

³¹ A. Fischer, Gesch. des deutschen Gesundheitswesens, Bd. 1. Berlin 1933, S. 79.

³² H. Stenger, Donauwörth (s. A 12), S. 112; B. Zeller, Lindau (s. A 23), S. 40; H. Greuner, Rangverhältnisse (s. A 22), S. 14; H. Speth, Isny (s. A 6), S. 22 f.

³³ W. Steinhilber, Gesundheitswesen (s. A 25), S. 177 f.; G. Gensthaler, Medizinalwesen (s. A 29), S. 57.

³⁴ In Oberdeutschland waren nur fünf winzige Reichsstädte – Buchau am Federsee, Pfullendorf, Zell am Harmersbach, Rosheim, Turkheim – von der Reformation völlig unberührt geblieben: B. Moeller, Reichsstadt und Reformation. Gütersloh 1962, S. 9.

den Besitz und den Betrieb des Spitals gestützten Sozialpolitik wies die Bildungspolitik der einzelnen Städte jedoch erhebliche Unterschiede auf.

Reichsstädtischer Humanismus und reichsstädtische Reformation schufen in Straßburg wie in Nürnberg das Fundament für den Bau einer Hochschule. In ihrer Blütezeit brauchten die Universität Straßburg mit 19 ordentlichen Professoren und die Universität Altdorf mit einer Ausstattung von 18 hauptamtlichen Lehrkräften den Vergleich mit keiner anderen deutschen Universität zu scheuen.³⁵ Augsburg, Frankfurt und Ulm, die für die Gründung einer Hochschule ähnlich günstige wirtschaftliche und politische Voraussetzungen aufwiesen, begnügten sich hingegen mit »gymnasia illustra«.³⁶ Die Professoren, die an solchen Schulen lehrten, waren aber zum Teil schon auf Nebentätigkeiten angewiesen. Am »Gymnasium academicum« in Ulm waren die Theologieprofessoren häufig – was ihre Einkünfte anbelangte sogar hauptberuflich – Münsterprediger. Die Professoren für die naturwissenschaftlichen Fächer stellte der Kreis der Stadtärzte, und ein Ratskonsulent lehrte Geschichte.³⁷

Kleinere Reichsstädte unterhielten entweder ebenfalls ein Gymnasium wie Regensburg oder sie gründeten Lateinschulen, deren Präzeptoren sie ein bescheidenes Gehalt bezahlten. Lag das Stadtreigiment ganz oder zum Teil in den Händen der Patrizier, so war das Interesse an der Finanzierung solcher Schulen freilich gering. Vornehme und wohlhabende Bürger ließen ihre Kinder nämlich durch Hauslehrer unterrichten.³⁸

Erbärmlich schlecht war in fast allen Städten die Besoldung jener Lehrkräfte, die in den Grundschulen das Elementarwissen vermittelten. Oft mußte der »Schulmeister« einen Nebenerwerb ergreifen, um sich und seine Familie ernähren zu können: Er erteilte Musikunterricht, organisierte Leichenbegängnisse, las Korrektur bei den Buchdruckern und übernahm das Abfassen von Briefen sowie das Abschreiben von Dokumenten. Der schlechten Besoldung entsprach der niedrige Bildungsstand der Schulmeister. Wer lesen und schreiben konnte und die einfachsten Formen des Rechnens beherrschte, daneben vielleicht noch über eine schöne Handschrift und einige musikalische Fähigkeiten verfügte, galt für dieses Amt als qualifiziert. Da die Städte sich nicht bereit zeigten, die Besoldung

³⁵ H. Kl. Recktenwald, Aufstieg und Niedergang der Universität Altdorf, in: Zeitschr. f. bayer. Landesgesch. 30 (1967), S. 255; A. Schindling, Humanistische Hochschule und freie Reichsstadt. Gymnasium und Akademie in Straßburg 1538–1621. Wiesbaden 1977, S. 383.

³⁶ H. E. Specker, Das Gymnasium academicum in seiner Bedeutung für die Reichsstadt Ulm, in: E. Maschke u. a. (Hrsg.), Stadt und Universität im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Sigmaringen 1977, S. 148f.; A. Schindling, Straßburg und Altdorf – Zwei humanistische Hochschulgründungen von evangelischen freien Reichsstädten, in: P. Baumgart u. a. (Hrsg.), Beitr. zu Universitätsgründungen der frühen Neuzeit. Nendeln/Liechtenstein 1978, S. 149f.

³⁷ H. E. Specker, Gymnasium academicum (s. A 36), S. 152.

³⁸ Fr. Bothe, Frankfurt (s. A 7), S. 497; D. Kreil, Stadthaushalt (s. A 15), S. 95; H. Speth, Isny (s. A 6), S. 25; E. Neubauer, Das geistig-kulturelle Leben der Reichsstadt Regensburg (1750–1806). München 1979, S. 58.

der Lehrer anzuheben und ihre Zahl zu vermehren, eröffneten sie auf dem Gebiet der Ausbildung privaten Unternehmern Gewinnchancen. Kenntnisse im Lesen, Schreiben, Rechnen und in lebenden Fremdsprachen, die etwa für eine Anstellung in einer Fernhandels-gesellschaft unerlässlich waren, vermittelten gegen entsprechendes Entgelt die Inhaber von »Winkelschulen«.³⁹ Wie gering man noch gegen Ende des 18. Jahrhunderts Investitionen im Bildungswesen einschätzte, geht aus dem Urteil einer Kommission des Schwäbischen Reichskreises hervor, die 1775 den Schuletat der Reichsstadt Isny beanstandete. Mit einem Rektor und drei Präzeptoren, die an einer lateinischen und zwei deutschen Knabenschulen unterrichteten, so meinte die Kommission, sei »das Städtchen ... offenbahrlich überbesetzt«.⁴⁰

IV.

Eine weitere Ursache der stetigen Vermehrung der städtischen Bediensteten entsprang der Steuerhoheit der Reichsstädte. Im Gegensatz zu den Territorialstaaten, die erst im Zeitalter des Merkantilismus den endgültigen Übergang von der Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft des Fürsten zur Finanzwirtschaft des Staates vollzogen, entwickelten die Reichsstädte bereits im Mittelalter ein Steuer- und Haushaltswesen, das an den gemeinsamen öffentlichen Interessen ausgerichtet war. Die unter den Bewohnern der Stadt auftretenden Wohlstandsunterschiede und Leistungsgefälle zwangen den Stadtrat, die Besteuerung an die Ergiebigkeit der Steuerquellen und an die Leistungsfähigkeit der Bürger, Einwohner und Besucher anzupassen. Um die Steuerbemessung gerechter und objektiver zu gestalten, ersetzte er die anfänglich durchgeführte Selbsteinschätzung oder Taxation bald durch eine ständige Steuerverwaltung, die Steuerregister und -kataster anlegte.⁴¹

Die »leistungsadäquate direkte Besteuerung« in Form der Vermögen- oder Schoßsteuern erforderte natürlich einen wesentlich höheren Personalaufwand als die Einhebung einer primitiven Kopf- oder Gebäudesteuer. Zur Führung der Steuerverwaltung und des Kassenwesens wählte der Rat aus seinen Reihen meist zwei »Kämmerer«, deren Bezeichnungen freilich von Stadt zu Stadt verschieden waren.⁴² Die Tätigkeit des Kämmerers erforderte

³⁹ Fr. Bothe, Frankfurt (s. A 7), S. 402, 470; H. W. Dirian, Schweinfurter Stadtreigiment (s. A 7), S. 124f.; W. Steinhilber, Gesundheitswesen (s. A 25), S. 78, 204; H. Greumer, Rangverhältnisse (s. A 22), S. 16; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 768f., 771; H. E. Specker, Gymnasium academicum (s. A 36), S. 145; E. Neubauer, Regensburg (s. A 38), S. 48.

⁴⁰ H. Speth, Isny (s. A 6), S. 25. Isny hatte damals zwar nur knapp 1600 Einwohner, doch dürfte die lateinische Schule auch auswärtige Schüler gehabt haben.

⁴¹ K. Häuser, Abriß (s. A 3), S. 38.

⁴² In Nürnberg hießen die städt. »Steuerbeamten« »Losunger«, in Schwäbisch Hall »Ausgeber«, in Schweinfurt »Einnehmer«, in Schwäbisch Gmünd »Stättmeister«, in Ravensburg »Stadtrechner«, in Worms »Rechenräte«, in Eßlingen, Konstanz, Donauwörth und Rothenburg »Steuerherren« oder »Steuerer«: J. Müller, Die Finanzpolitik des Nürnberger Rates in der 2. H. des 16. Jhs., in:

Kenntnisse der Rechentechnik und der wirtschaftlichen Zusammenhänge, Geschick im Umgang mit Steuerpflichtigen sowie ein erhebliches Maß an Verantwortungsbewußtsein. Da vor allem Kaufleute diese Eigenschaften und Fähigkeiten vorweisen konnten, wurden sie vom Rat vorzugsweise in dieses Amt gewählt. Die Dauer der Steuereinhebung – in Konstanz wurde z. B. im 14. Jahrhundert an über 25 Tagen des Jahres Rechnung gehalten – hinderte freilich gerade den als Steuerherrschaften tätigen Kaufmann, sich in dieser Zeit seinen Handelsunternehmen zu widmen. Die Entschädigung, die er für diese Tätigkeit erhielt, stellte deshalb keinen vollen Ausgleich für die Dienste dar, welche er seiner Vaterstadt erbrachte.⁴³ Daher erstaunt es nicht, daß spätestens im 16. Jahrhundert zur Bewältigung der anfallenden Arbeiten auch in mittelgroßen Reichsstädten bereits ein dritter Steuerherr ernannt wurde.⁴⁴

Ähnlich verlief die Entwicklung bei den Hilfskräften, welche den Steuerherren beigegeben wurden. Hatte anfangs noch der Stadtschreiber bei der Steuerverwaltung geholfen, so wurde bald ein eigener Steuerschreiber benötigt, der schnell zum eigentlichen Träger der Steuereinhebung wurde. Der Steuerschreiber übertrug deswegen einfache Schreib- und Rechenarbeiten an Substituten, und er beschäftigte eine Anzahl Stadtknechte oder »Bütel«, welche Steuerbeiträge einzogen.⁴⁵

Der im 14. Jahrhundert erfolgende Ausbau des städtischen Finanzsystems in Gestalt der Einführung indirekter Abgaben führte dann zu einem sprunghaften Anwachsen der Nachfrage nach Arbeitskräften. Diese indirekten Steuern umfaßten neben den »Torzöllen« unter den Bezeichnungen »Akzise« und »Ungeld« ein Bündel besonderer Verbrauchs- und Verkehrssteuern. Bevorzugte Gegenstände der Besteuerung bildeten der damalige gehobene Lebensaufwand, z. B. Tuche, Gewürze und Honig, aber auch Lebensmittel und vor allem die Getränke Wein und Bier. Selbst der lebensnotwendige Konsum wurde meist durch Mahl-, Schlacht- oder Viehungeld belastet.⁴⁶ Mit der Einhebung der Torzölle, die von allen in die Stadt gelangenden Waren erhoben wurden, beauftragte der Rat meistens

die Torwächter oder -sperrer, deren Zahl er dann freilich vermehren mußte. Manche Städte übertrugen diese Aufgabe allerdings auch eigenen »Torschreibern«.⁴⁷

Die ergiebige Besteuerung des Verbrauchs verursachte besonders hohe Verwaltungskosten. Zusätzlich zu den bereits im Amt befindlichen Steuerbeauftragten ernannte der Rat in allen größeren Reichsstädten zwei »Ungeltes«, welche für diese besondere Steuerart verantwortlich waren. Da gerade bei der Veranlagung und der Vereinnahmung der Getränkesteuern die Gefahr der Steuerverkürzung oder -hinterziehung drohte, verfügten die Ungeltes von Anfang an über einen Stab von Hilfskräften. Die umfangreichen Rechenarbeiten erledigten ein oder zwei Ungeldschreiber mit ihren Gehilfen. Mehrere »Visierer« überprüften und eichten die Gefäße, in denen Getränke aufbewahrt und verkauft wurden. Wenn sich ein Bürger einen Weinkeller anlegen wollte, so mußte er das Einlagern der Fässer dem »Weinschröter« überlassen, der den dabei anfallenden Steuerbetrag berechnete und einkassierte. Außerdem wurden sämtliche irgendwie am Weinhandel beteiligten Personen, also Weinverlauber, -rufer, -ansticher, -schenker, -zieher nebst ihren Knechten unter Eid verpflichtet, Steuerfälle umgehend anzuzeigen. Auch bei der Veranschlagung der anderen Verbrauchs- und Verkehrssteuern bemühte sich der Stadtrat, seine mit der Gewerbeaufsicht beschäftigten Bediensteten, also den »Hausherrn« des Kaufhauses, den Waagenmeister, die Marktmeister oder die verschiedenen Salz-, Korn- und Leinwandmesser, als vereidigte Helfer der Steuerverwaltung heranzuziehen. Gewissermaßen als Anreiz zur vollständigen Erfassung der Steuerfälle durften die Hilfskräfte der Ungeltes einen Teil der einkassierten Geldbeträge behalten.⁴⁸

Die wichtigste Stütze des reichsstädtischen Fiskus bildeten jedoch die »Unterkäufer«, deren Dienste als vereidigte und amtlich bestellte Makler für den Warenaustausch auf den Märkten in der Regel vom Käufer wie vom Verkäufer in Anspruch genommen werden mußten.⁴⁹

Vierteljahrschr. f. Sozial- und Wirtschaftsgesch. 7 (1909), S. 11 f.; H. Stenger, Donauwörth (s. A 12), S. 106; P. Payer, Schwäbisch Gmünd (s. A 16), S. 120; B. Kirchgässner, Das Steuerwesen der Reichsstadt Konstanz 1418–1460. Aus der Wirtschafts- und Sozialgesch. einer oberdt. Handelsstadt am Ausgang des Mittelalters. Konstanz 1960, S. 28 f.; D. Strebe, Der Rat der freien Reichsstadt Rothenburg ob der Tauber. Diss. Würzburg Ms. 1960, S. 56; Cl. Dittmar, Einnahmerrechnungen (s. A 10), S. 42 f.; B. Kirchgässner, Wirtschaft und Bevölkerung der Reichsstadt Eßlingen im Spätmittelalter. Nach den Steuerbüchern 1360–1460. Eßlingen 1964, S. 46 f.; D. Kreil, Stadthaushalt (s. A 15), S. 30 f.; H.-D. Hüttmann, Worms (s. A 7), S. 134; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 687 f.

⁴³ B. Kirchgässner, Konstanz (s. A 42), S. 28; ders., Wirtschaft und Bevölkerung (s. A 42), S. 48 f.; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 689.

⁴⁴ D. Strebe, Rothenburg (s. A 42), S. 56; Cl. Dittmar, Einnahmerrechnungen (s. A 10), S. 43 f.

⁴⁵ P. Sander, Reichsstädt. Haushaltung Nürnbergs (s. A 10), S. 122; P. Payer, Schwäbisch Gmünd (s. A 16), S. 120; Cl. Dittmar, Einnahmerrechnungen (s. A 10), S. 44.

⁴⁶ K. Häuser, Abriß (s. A 3), S. 39.

⁴⁷ H. Stenger, Donauwörth (s. A 12), S. 51; H. Bingold, Haushaltung Nürnbergs (s. A 29), S. 41; D. Kreil, Stadthaushalt von Schwäbisch Hall (s. A 15), S. 68; A. Dreher, Ravensburg (s. A 7), S. 661.

⁴⁸ K. Th. Eheberg, Straßburg (s. A 10), S. 33 f.; P. Sander, Reichsstädt. Haushaltung Nürnbergs (s. A 10), S. 240 f.; J. Müller, Finanzpolitik des Nürnberger Rates (s. A 42), S. 13; H. Stenger, Donauwörth (s. A 12), S. 52 f.; M. Jung, Speyer (s. A 18), S. 85; P. Payer, Schwäbisch Gmünd (s. A 16), S. 120 f.; G. Fischer, Reutlingen (s. A 23), S. 161 f., 200; H. Mauersberg, Wirtschafts- und Sozialgesch. (s. A 3), S. 383; W. Steinhilber, Gesundheitswesen (s. A 25), S. 62; J. U. Ohlau, Rothenburg (s. A 12), S. 85 f.; D. Kreil, Stadthaushalt von Schwäbisch Hall (s. A 15), S. 36 f.; H. Speth, Isny (s. A 6), S. 20.

⁴⁹ K. Th. Eheberg, Straßburg (s. A 10), S. 301 f.; M. Mayer, Die Lebensmittel-Politik der Reichsstadt Schlettstadt bis zum Beginn der frz. Herrschaft. Diss. Freiburg/Br. 1907, S. 27 f.; A. Herzog, Die Lebensmittelpolitik der Stadt Straßburg im Mittelalter. Diss. Freiburg/Br. 1909, S. 8; E. Salzmann, Weinbau und Weinhandel in der Reichsstadt Eßlingen bis zu deren Übergang an Württemberg 1802. Stuttgart 1930, S. 139; W. Wetzstein, Die Entwicklung des Veterinärwesens in der Fr. Reichsstadt Regensburg. Diss. München 1958, S. 15 f.; H. Schubert, Unterkauf und Unterkäufer in

Das allmähliche Vordringen der Reichsstädte in den Bereich der indirekten Steuern und die fallweise Einführung neuer Aufgaben wie z. B. der »Türkenschätzungen« führte schließlich zum Aufbau eines hierarchisch gegliederten Behördensystems. In Augsburg stand im 18. Jahrhundert an der Spitze des städtischen Kameralwesens das Einnehmeramt, welches die »Stadthauptrechnung« durchführte. Ihm unterstand unmittelbar das Steueramt, das für die Besteuerung des Vermögens zuständig war, ferner das Ungeldamt, welches die Verbrauchs- und Verkehrssteuern einhob, sowie alle anderen, »Stadtgefälle« einnehmenden Ämter wie das Hallamt, das Getreideaufschlagamt und das Taxieramt.⁵⁰

V.

Der Erhöhung der Ausgaben für die Steuerverwaltung folgte eine Ausweitung des Personalaufwandes für marktordnende und -regulierende Maßnahmen, die durch die langfristige konjunkturelle Entwicklung im oberdeutschen Wirtschaftsraum beschleunigt und verstärkt wurde. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts stand eine stark anwachsende Bevölkerung einer fast konstanten Bodenfläche gegenüber, die überdies im herkömmlichen Arbeitsverfahren bebaut wurde. Als Folge stiegen die Preise der Agrarprodukte. Da die Konsumenten für die relativ unelastisch nachgefragten Nahrungsmittel nun einen größeren Teil ihres Einkommens aufwenden mußten, entfiel eine verhältnismäßig geringere Kaufkraft auf die Nachfrage nach gewerblichen Erzeugnissen. Dem zukünftigen Handwerk fehlte die Beweglichkeit, um sich schnell an die veränderte Marktlage anzupassen. Findige Kaufleute kamen ihm zuvor und begannen, billigere Güter, namentlich Textil-, Leder- und Metallwaren, im Rahmen einer neuen Betriebsform, des Verlags, auf dem Land zu produzieren.⁵¹ So mußten z. B. die Reichsstädte Ulm, Rothenburg, Weißenburg, Dinkelsbühl, Bopfingen und Donauwörth zusehen, wie in ihrer nächsten Nachbarschaft ein Augsburger Unternehmer, freilich gestützt auf ein Nachfragemonopol für Wolle in der Grafschaft Oettingen, mit Hilfe des Verlagssystems die ländliche Weberei in einen gefährlichen Konkurrenten des städtischen Textilgewerbes verwandelte. Die Weber der Reichsstadt Isny versuchten um 1580 vergeblich, die steigende Einfuhr preiswerter ostmitteleuropäischer Leinwand in ihren traditionellen Absatzraum zu verhindern.⁵²

Frankfurt am Main im Mittelalter. Ein Beitrag zur Gesch. des Maklerrechts. Diss. Frankfurt/M. 1962, S. 56f. In Konstanz traten die Unterkäufer manchmal als stadtmittelbare »Beamte« mit festem Sold, manchmal auch als Pächter des Amtes auf.

⁵⁰ I. Batori, Augsburg (s. A 8), S. 63.

⁵¹ Siehe hierzu I. Bog, Wachstumsprobleme der oberdt. Wirtschaft 1540–1618, in: Jbb. f. Nationalökonomie u. Statistik 179 (1966), S. 495f.

⁵² Fr. Blaich, Die Wirtschaftspolitik des Reichstags im Heiligen Römischen Reich. Ein Beitrag zur Problemgesch. wirtschaftlichen Gestaltens. Stuttgart 1970, S. 77.

Überdies beraubte der Vormarsch der türkischen Heere in Ungarn um 1540 das bedeutende Textilgewerbe der Reichsstädte Nürnberg, Nördlingen, Dinkelsbühl und Windsheim seines wohl wichtigsten ausländischen Absatzmarktes. Ein Ausweichen auf andere Märkte erwies sich für das reichsstädtische Gewerbe als äußerst schwierig, weil die Preise der Produktionsgüter und der Lebensmittel rasch anstiegen, allein in Nürnberg zwischen 1530 und 1540 um ungefähr 100%. Ein Überwälzen der gestiegenen Produktionskosten auf den Kunden in Form erhöhter Verkaufspreise verwehrten jedoch die allgemein gestiegenen Kosten der Lebenshaltung. Der Landhandwerker hingegen erzeugte seine Lebensmittel meistens selbst, und er konnte sich oft auch einige Rohstoffe wie Wolle und Holz billiger beschaffen als der zünftige Meister.⁵³

Das Schrumpfen der Nachfrage veranlaßte viele Zünfte, unter ihren Mitgliedern kartellartige Absprachen über die Höhe der Verkaufspreise, die Beschaffenheit der Produkte und die Produktionsmenge herbeizuführen. Sie bestimmten die Anzahl der Gesellen und Lehrlinge, die der Meister beschäftigen durfte, und sie legten die Technik des Produktionsverfahrens unverrückbar fest. Auf die Lähmung des Wettbewerbs und die Ausschaltung des technischen Fortschritts, welche sich nach dem Dreißigjährigen Krieg fortsetzten, antworteten die Städte mit einer Erhöhung ihrer wirtschaftspolitischen Aktivität. Auf der einen Seite trachteten sie danach, die Versorgung der städtischen Bevölkerung in ausreichender Qualität und Quantität zu einem annehmbaren Preis sicherzustellen. Auf der anderen versuchten sie jedoch, den Fortbestand des städtischen Gewerbes gegenüber den kostengünstiger produzierenden auswärtigen Konkurrenten zu gewährleisten. Diese Bestrebungen mündeten in einer Flut von Erlassen zur Ordnung und Regulierung aller Warenmärkte innerhalb der Stadtmauern. Der Stadtrat setzte Höchstpreise für Lebensmittel fest, gleichzeitig aber auch Mindestpreise für diejenigen gewerblichen Produkte, bei denen das zünftige Handwerk mit auswärtigen Herstellern konkurrierte. Er erhöhte die Qualitätsanforderungen, und er verschärfte die Überwachung von Maß und Gewicht. Er ordnete die Auszeichnung der Preise und die Bekanntgabe der Qualität der angebotenen Waren an. Er untersagte Marktabsprachen zu Lasten der Bewohner und drohte mit der Zulassung von Landbäckern und -metzgern zum städtischen Markt, um die »politischen Preise« für Brot und Fleisch niedrig zu halten. Gleichzeitig behinderte oder sperrte er den Marktzugang für auswärtige Anbieter, die den Absatz des städtischen Textil- oder Metallgewerbes gefährden konnten.⁵⁴

Wenn diese Maßnahmen wirksam werden sollten, mußte die bereits vorhandene Marktaufsicht erheblich ergänzt und verstärkt werden. Die Qualitätskontrolle durch die

⁵³ I. Bog, Wachstumsprobleme (s. A 51), S. 523f.

⁵⁴ Vgl. Fr. Blaich, Die Reichsmonopolgesetzgebung im Zeitalter Karls V. Ihre ordnungspolitische Problematik. Stuttgart 1967, S. 89f., 130f.; I. Bog, Wirtschaft und Gesellsch. Nürnbergs im Zeitalter des Merkantilismus (1648–1806). Eine methodologische Fallstudie, in: Vierteljahrsh. f. Sozial- und Wirtschaftsgesch. 57 (1970), S. 305f.

»Schau« konnte nicht länger ausschließlich oder auch nur vorwiegend ehrenamtlich tätigen Zunftmeistern überlassen werden. Vielmehr wählte der Rat aus den Reihen seiner Mitglieder besondere Marktbeauftragte und Marktdeputationen, die für ihre Tätigkeit der Überwachung des Warenaustauschs besoldet wurden. Außerdem benötigten sie eine Reihe von Helfern, angefangen vom unentbehrlichen Schreiber über die für die einzelnen Warenmärkte bestellten »Kieser« und »Messer« bis hinab zu den Stadtknechten oder Bütteln, welche bei Verstößen gegen die reichsstädtische Wirtschaftsgesetzgebung einschritten.⁵⁵

VI.

Mit dem Aufbau einer nahezu lückenlosen obrigkeitlichen Marktüberwachung war die Auffächerung der reichsstädtischen Verwaltungstätigkeit in verschiedene Aufgabenbereiche, welche im 13. Jahrhundert begonnen hatte, im 16. Jahrhundert nahezu abgeschlossen. Daß es den Städten im 17. und 18. Jahrhundert dann nicht mehr gelang, die Personalausgaben rasch an veränderte wirtschaftliche Daten anzupassen, darf jedoch keineswegs der Unbeweglichkeit und dem Streben zur Selbsterhaltung einer verknöcherten Bürokratie zugeschrieben werden. Eine Reichsstadt, deren Bevölkerungszahl als Folge eines wirtschaftlichen Strukturwandels von 5000 auf 2500 Einwohner gesunken war und deren Steueraufkommen erheblich geschrumpft war, konnte weder die Ämter des Stadtarztes, des Ratsschreibers oder des Ratssyndikus noch die Stellen des Türmers, des Torwächters oder des Abdeckers einfach halbieren oder gar aufheben. Auch in der Zeit der drückenden Finanznot des Dreißigjährigen Krieges führten Sparmaßnahmen der Reichsstadt Eßlingen lediglich zur Abschaffung des »Einspennungsknechtes« und des »Bettelvogtes«.⁵⁶ Der Rat der Stadt Nürnberg ließ zwar wegen seiner Finanzmisere gegen Ende des 18. Jahrhunderts an seiner Universität Altdorf Lehrstühle unbesetzt, und er vereinigte mehrere Lehrfächer in der Hand eines einzigen Professors.⁵⁷ Diese Einsparung minderte aber andererseits die Anziehungskraft der Hochschule auf Studierwillige, deren Geldausgaben zumindest für die lokale Wirtschaft Altdorfs bedeutend waren.

⁵⁵ Siehe hierzu C. L. Sachs, Metzgergewerbe und Fleischversorgung der Reichsstadt Nürnberg bis zum Ende des 30jährigen Kriegs, in: Mitt. des Vereins f. Gesch. der Stadt Nürnberg 24 (1922), S. 12f.; J. Fettel, Die Getreide- und Brotversorgung der fr. Reichsstadt Eßlingen von 1350–1802. Stuttgart 1930, S. 33; A. Jegel, Ernährungsfürsorge des Altnürnberger Rates, in: Mitt. des Vereins f. Gesch. der Stadt Nürnberg 36 (1940), S. 169f.; P. Schneider, »Nürnbergisch gerecht geschaut Gut«, Nürnberger Schauanstalten im Spätmittelalter. Diss. Nürnberg 1940, S. 26f.; K. Lübke, Ulm (s. A 18), S. 135; W. Wetzstein, Veterinärwesen Regensburgs (s. A 49), S. 13f.; E. Wiest, Die Entwicklung des Nürnberger Gewerbes zwischen 1648 und 1806. Stuttgart 1968, S. 64f.

⁵⁶ E. Blaich, Finanzgesch. der fr. Reichsstadt Eßlingen im Dreißigjährigen Krieg. Stuttgart 1934, S. 56.

⁵⁷ H. Kl. Recktenwald, Universität Altdorf (s. A 35), S. 255.

Der Versuch, die Ausgabenseite des städtischen Haushalts durch Lohnkürzungen zu entlasten, erwies sich im Kampf gegen die zunehmende Verschuldung als zweischneidiges Schwert. Qualifizierte Arbeitskräfte wie die Ärzte, die Ratskonsulenten oder die Stadtschreiber konnten nämlich durch die Schmälerung ihres Einkommens veranlaßt werden, sich nach einem neuen Wirkungskreis in einer anderen Reichsstadt oder in einem fürstlichen Territorium umzusehen. Den Ärzten und den Juristen bot sich obendrein die Möglichkeit, eine private Praxis oder Kanzlei zu eröffnen. Auf der unteren und der mittleren Ebene des städtischen Dienstes lähmte eine zu karge Besoldung hingegen nicht allein den Leistungswillen der Betroffenen, sie lockte obendrein Personen an, denen es schwerfiel, auf dem »privaten« Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden. So bezahlte der Nürnberger Rat Einsparungen im Bereich der inneren Sicherheit mit »dem lächerlichen Aufzug der größtenteils invaliden, völlig heruntergekommenen Polizeibeamten«, die obendrein Bestechungsgeldern zugänglich waren.⁵⁸

Bei einer Wertung der städtischen Finanzpolitik darf man aber vor allem die Rolle nicht übersehen, welche der Stadtrat als Arbeitgeber innerhalb des Gefüges der Stadtwirtschaft spielte. Bereits zu Beginn des 15. Jahrhunderts beschäftigte der Rat der Stadt Rothenburg ungefähr 65 Personen in den folgenden Berufen und Ämtern: Bader, Büchsenmeister, Fischer, Flurherr, Förster, Hausknecht, Holzwart, Karrenknecht, Schütze, Söldner, Stadtläufer, Stadtpfeifer, Stadtschreiber, Steinmetz, Torwart, Totengräber, Türmer, Kuhhirte, Kundschafter, Nachrichten, Offenschreiber (= Notar), Pferdeknacht, Pflastermeister, Platzwart, Privatfeger, Saurhirte, Schafhirte, Waagenmeister, Wagenknecht, Weinrufer, Weinschröter, Weinunterkeufel, Weinverlauber, Zimmermann, Zöllner. Da viele dieser Amtsträger und Stelleninhaber Handlanger und Knechte beschäftigten, kann man davon ausgehen, daß allein auf der unteren und mittleren Besoldungsstufe – vom Stadtschreiber und vom Notar einmal abgesehen – mindestens 100 Personen ununterbrochen im Dienste der Stadt standen. Hinzu trat eine nicht zu ermittelnde Anzahl von »Fürgriffen« und »Grabenflickern«, die das Bauamt der Stadt als Arbeiter beschäftigte. Je nach Bedarf stellten der »Baumeister«, der für das öffentliche Bauwesen zuständige Ratsherr, und der »Kornmeister«, das für die Lebensmittelversorgung und die Vorratshaltung verantwortliche Magistratsmitglied, zusätzliche Knechte und Tagelöhner ein. Vergegenwärtigt man sich, daß zu dieser Zeit Rothenburg ungefähr 7300 Einwohner zählte, so geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung seinen Lebensunterhalt unmittelbar vom städtischen Arbeitgeber bezog.⁵⁹ Aus dem Besoldungsplan, den die Stadt Rottweil im August 1783 aufstellte, geht hervor, daß der Stadtrat nicht allein 31 Ratsämter besoldete, sondern daß er an 103 Personen Geld- und Naturallöhne ausbezahlte. Dieser Beschäftigtenzahl kam zweifellos wirtschaftliches Gewicht zu, zählte doch die Stadt damals nur etwa 4000 Bewohner.⁶⁰

⁵⁸ E. Wiest, Nürnberger Gewerbe (s. A 55), S. 64.

⁵⁹ Vgl. J. U. Ohlau, Rothenburg (s. A 12), S. 6, 96f.

⁶⁰ A. Laufs, Rottweil (s. A 7), S. 112, 143 f.

Die monetären Einkommen der städtischen Bediensteten verwandelten sich zum größten Teil unmittelbar in kaufkräftige Nachfrage nach den Waren und Dienstleistungen ortsansässiger Produzenten und Händler. Aber auch die Naturalentlohnung – man denke an die Lieferung von Getreide oder die Überlassung von Dienstkleidung – schlug sich überwiegend in Aufträgen für die Kaufleute und Handwerker der Stadt nieder. Natürlich wäre die Behauptung vermessen, die oberdeutschen Reichsstädte hätten ihre Personalausgaben nur deshalb vermehrt, um im Sinne der »General Theory« des John Maynard Keynes die Beschäftigung der städtischen Wirtschaft anzukurbeln und einer drohenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Indessen waren den Zeitgenossen Einsichten in gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, namentlich in den Kreislauf der Einkommen, nicht fremd, wie die folgenden Beispiele belegen.

Wenn zu Beginn des 16. Jahrhunderts in Nürnberg die Maurergesellen und die Steinmetzen, welche von der Stadt angestellt worden waren, wegen der ungünstigen Witterung ihre Arbeiten nicht ausführen konnten, erhielten sie vom Baumeister die Weisung, »an Steinen Fürgriff zu hauen«, also Steine auf Vorrat zu brechen und aufzuarbeiten. Diese Tätigkeit sorgte nicht allein dafür, daß beim Fortgang der Bauarbeiten genügend Baumaterial zur Verfügung stand. Sie vermied überdies Lohninbußen der reichsstädtischen Arbeiterschaft, denn im Winterhalbjahr konnten immerhin zwischen 50 und 100 Bauarbeiter über 60 Arbeitstage hinweg mit »fürgrifflicher Arbeit« beschäftigt werden. Der Rat zögerte aber auch nicht, im Falle des Arbeitsmangels seine Handwerker zu fachfremden Verrichtungen heranzuziehen. So fertigten die Tüncher zeitweise Feuerleitern an, die Decker führten Instandsetzungsarbeiten am Dutzendteich und an den städtischen Brunnen durch, während die Pflasterer allgemeine Aufräumungsarbeiten vornahmen.⁶¹

Diese Form der »Notstandsarbeiten«, die sich auch in Straßburg nachweisen lassen,⁶² hielt der Stadtrat offenbar für nützlicher als die Entlassung seiner Arbeiter während der kalten Jahreszeit, die ihm womöglich erhöhte Sozialausgaben aufgebürdet hätte, durch die aber ganz sicher die Umsätze des städtischen Handels und Handwerks vermindert worden wären.

⁶¹ C. L. Sachs, Das Nürnberger Bauamt am Ausgang des Mittelalters. München 1915, S. 40f.; ders., Nürnbergs reichsstädt. Arbeiterschaft während der Amtszeit des Baumeisters Michel Beheim VII. (1503–1511). Nürnberg 1915, S. 29.

⁶² Vgl. U. Crämer, Straßburg (s. A 11), S. 42. Die Einrichtung des »Fürgriffs« bzw. »Füdings« verdiente eine eingehende Untersuchung, die womöglich zu dem Ergebnis führen könnte, daß auch andere oberdeutsche Reichsstädte diese Form der Beschäftigungspolitik betrieben haben.

Peter Kriedte

Die Stadt im Prozeß der europäischen Proto-Industrialisierung

1. Die Gewichtsverlagerung zwischen Stadt und Land – 2. Die Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion und ihre Ursachen – 3. Der Funktionsverlust der Exportgewerbestädte – 4. Die Entstehung von gewerblichen Agglomerationen – 5. Exportgewerbestädte und Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion – 6. Zusammenfassung

1787 beschrieb C. L. P. Hüpeden in Schlözers Stats-Anzeigen das niederhessische Leinengewerbe mit folgenden Worten: »...der Teil von Niederhessen, welcher die Fulda und Werra einschließt, das ist die ware Werckstatt des Hessischen Linnens. Hier, wo ein geiziger und gebirgichter Erdboden uns von selbst die Erinnerung gibt, uns durch Kunst und Industrie das zu verschaffen, was die Erde versagt, ist fast jede Bauernhütte zugleich eine Linnenfabrik; und jener Engländer, welcher einst mit den gewöhnlichen Vorstellungen von Fabriken über die See kam, um die große Linnenfabrik zu sehen, erstaunte nicht wenig, eine Fabrik zu sehen, die ohne kostbare Gebäude, ohne Aufsichter, ohne Materialien- und Holzmagazine, und ohne den vielen Lärm, welcher mit den gewöhnlichen Fabrikanstalten verbunden ist, so manchen Schiffen seines Vaterlandes Fracht, und so manchem Bewohner der neuen Welt Kleidung und andere Bedürfnisse verschafft. Ohne Zweifel die beste und sicherste Fabrikanstalt, die man sich gedenken kann, die, so lange es nicht an Käufern felt, und unsere Berge nicht zusammenstürzen, weder durch Bankerotte, noch Feuer und Erdbeben zerstört werden kann. Ein großer Teil der Nation besteht also aus Leinewebermeistern, die im Sommer den Pflug führen, und im Winter den Webstuhl treten. In dem einigen Amt Rotenburg, welches 2250 Familien enthält, zählte man im J. 1786, in Stadt und Land 1533 Leinewebermeister und Meisterswitwen; und wenn in dem letzten Americanischen Kriege 13 000 meiner Landsleute ihren Freunden an der Themse zu Hilfe zogen, so können Sie immer rechnen, daß darunter 8 bis 9000 Leinweber mit gefochten haben.«¹

Diesem Bericht ließen sich ähnliche Schilderungen nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus weiten Teilen Europas, von Irland bis hin zum zentralen Nichtschwarzerdegebiet in Rußland, an die Seite stellen. Im Verlauf der frühen Neuzeit – hier und da bereits im späten Mittelalter – waren auf dem Lande gewerbliche Zonen entstanden, die für überregionale und internationale Märkte produzierten. Sie waren geradezu zum Signum

¹ C. L. P. Hüpeden, Vom Linnenhandel in Hessen, in: A. L. Schlözer, Stats-Anzeigen 41 (1787), S. 3–12, hier S. 7f.

der Formationsperiode des europäischen Kapitalismus geworden. Regionen, die allein von der Landwirtschaft lebten, verwandelten sich in solche, die ihr Einkommen primär aus der gewerblichen Warenproduktion bezogen. Ihre Erzeugnisse, die auf den Massenabsatz berechnet waren, ermöglichten es dem Handelskapital, die begrenzte Angebotskapazität der städtischen Wirtschaft zu überwinden und seine Expansion fortzusetzen.²

Das Handelskapital konnte beim Ausbau des Landes als eines alternativen Produktionsstandortes besonders bei der Herstellung von Leinwand und Wolltuchen an das ländliche »Hauswerk« (K. Bücher), d. h. an die Produktion von gewerblichen Waren für den Eigenbedarf anknüpfen. Der Übergang zur Marktproduktion war jedoch nur dort möglich, wo es eine Schicht von landarmen und landlosen Agrarproduzenten gab, die auf einen Zuerwerb angewiesen war. Im Jahre 1700 hieß es von dem linksrheinischen Viersen, die Mehrzahl der Bewohner habe nur 2 bis 6 Morgen »ende moeten deswegen de fabriquen ende handwercken mit driven, om te kunnen subsistieren«.³ Eine solche unterbäuerliche Schicht hatte sich überall dort herausgebildet, wo bäuerliche Gemeinde und Grundherrschaft nicht vermocht hatten, den Akkumulations- und Deakkumulationsprozeß unter Kontrolle zu halten, und wo ihn stattdessen einzelne Bauern, mitunter auch der Grundherr selbst, machtvoll vorangetrieben hatten.

Die Marginalisierung großer Teile der bäuerlichen Gesellschaft war in gewisser Weise die Kehrseite des Akkumulationsprozesses; in vielen Fällen – vor allem in Realteilungsgebieten – war sie freilich unabhängig von diesem. Die Produktionslandschaften, welche die Nutzung des ländlichen Arbeitskräftepotentials durch das Handelskapital entstehen ließ, entwickelten sehr schnell ihre eigene Dynamik. Das bisherige demographische Gleichgewichtssystem brach auseinander; an seine Stelle trat ein demographisches Hochdrucksystem,

² Hierzu und zum folgenden Absatz *Ch. Tilly and R. Tilly, Agenda for European Economic History in the 1970s*, in: *Journal of Economic History* 31 (1971), S. 184–198; *F. F. Mendels, Proto-industrialization: The First Phase of the Industrialization Process*, in: ebda. 32 (1972), S. 241–261; *ders., Aux origines de la proto-industrialisation*, in: *Bulletin du Centre d'histoire économique et sociale de la région lyonnaise* 1978, 2, S. 1–21; *P. Kriedte / H. Medick / J. Schlumbohm, Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus. Mit Beiträgen von H. Kisch und F. F. Mendels*, Göttingen 1977; s. dazu u. a. *R. Boch, Die Proto-Industrialisierung: Zur Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande*, in: *Sozialwissenschaftl. Informationen für Unterricht und Studium* 8 (1979), S. 133–136; *H. Linde, Proto-Industrialisierung. Zur Justierung eines neuen Leitbegriffs der sozialgeschichtl. Forschung*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 6 (1980), S. 103–124; *E. Schremmer, Industrialisierung vor der Industrialisierung. Anmerkungen zu einem Konzept der Proto-Industrialisierung*, in: ebda., S. 420–448 und *P. Jeanmin, La protoindustrialisation: développement ou impasse?*, in: *Annales E. S. C.* 35 (1980), S. 52–65, hier S. 63f. kritische Bemerkungen zur »sous-estimation du rôle des villes«, die ich hier aufgreife; ebenso bei *D. Herlihy, Urbanization and Social Change*, in: *M. Flinn (Hrsg.), Proceedings of the Seventh International Economic History Congress*, Bd. 1, Edinburgh 1978, S. 55–74, hier S. 59, 72 A 23.

³ *F. W. Lohmann, Gesch. der Stadt Viersen von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart*, Viersen 1913, S. 474.

stem, das Ausdruck der nunmehr äußerst schnell fortschreitenden Proletarisierung der bäuerlichen Bevölkerung war. Das Bevölkerungswachstum, das auf diese Weise in Gang gesetzt wurde, stellte die Elastizität des Arbeitskräfteangebots sicher, deren die vorindustrielle gewerbliche Warenproduktion bedurfte, wenn ihre Expansion nicht rasch ins Stocken geraten sollte. War die gewerbliche Tätigkeit zunächst Zuerwerb, vor allem in den Wintermonaten, und das Gewerbe mehr oder weniger ein Annex der Landwirtschaft, so löste es sich in vielen Regionen allmählich aus deren Umklammerung und wurde zum Haupterwerb. Der »bäuerliche« Weber verwandelte sich in einen »proto-industriellen« Weber. Seiner Organisationsform nach war das Gewerbe, das außerhalb der Städte entstand, Hausindustrie. Sein Kern war der familienwirtschaftlich organisierte, für relativ ferne Märkte produzierende Haushalt kleiner Gewerbetreibender. Die Produktionsverhältnisse, in die er eingebunden war, trugen der Tatsache Rechnung, daß er in mehrfacher Hinsicht vom Handelskapital abhängig war, und zwar nicht nur beim Absatz der fertigen Ware, sondern auch zum Teil beim Bezug der Rohstoffe. Dieses blieb jedoch im allgemeinen, um seine »Versatilität« (W. Sombart)⁴ zu wahren, der Produktionssphäre fern; selbst in den Fällen, in denen es das Kaufsystem aufgab, die kleinen Produzenten im Verlag organisierte und damit in die Produktionssphäre eindrang, leitete es die Produktion weiterhin von der Zirkulationssphäre aus.

1. Die Gewichtsverlagerung zwischen Stadt und Land

Im Verlauf der Proto-Industrialisierung, wie der oben beschriebene Prozeß im Anschluß an Franklin Mendels neuerdings bezeichnet wird, verschob sich das relative Gewicht von Stadt und Land. Das Land gewann an Bedeutung als Produktionsstandort, während die Stadt – wenn im folgenden von Städten die Rede ist, sind immer Exportgewerbestädte gemeint – zunächst zwar ihre absolute, nicht aber ihre relative Bedeutung halten konnte. So saßen, um auf das eingangs erwähnte Beispiel zurückzukommen, 1756/57 im Amt Hessisch Lichtenau von 569 Leinwebnern nur 95 in der kleinen Landstadt gleichen Namens; das sind knapp 17%. 1832 arbeiteten von 4736 Leinwebnern in Kurhessen ganze 3,8% in der Stadt.⁵

In Schlesien standen 1748 nur noch 24% der Leinenstühle in den Städten. »Alle dörfer sind mit webern angefüllt und an den wöchentlichen märkten wimmelt es in den städten Hirschberg, Landshut, Greifenberg, Schmideberg, Waldenburg usw. von leinwebnern, welche ihre rohe gewebe zum verkauf bringen«, berichtete 1785 von Kloeber in seinem

⁴ *W. Sombart, Verlagssystem (Hausindustrie)*, in: *Handwörterbuch der Staatswiss.*, Bd. 8, Jena 1911, S. 233–261, hier S. 234.

⁵ *Stadtarchiv Hessisch Lichtenau Abt. XXIII Konv. 11 Fasz. 18; Hessisches Staatsarchiv Marburg Bestand 27a II Nr. 120. 1808/09 betrug im Amt Hessisch Lichtenau der Anteil der Stadt bei 441 Leinwebnern 15,9% (Stadtarchiv Hessisch Lichtenau Abt. XXIII Konv. 11 Fasz. 13).*

Buch über Schlesien.⁶ Während die Zahl der Leinenwebstühle im Umland von Gent, der Kastellanei Oudburg, zwischen 1730 und 1792 von 4976 auf 8868 stieg, fiel sie in der Stadt zwischen 1700 und 1780 von 400 auf 300.⁷ Zeuge – man versteht darunter relativ billige, leichte, nicht aus Kammgarn, sondern aus Streichgarn hergestellte, wenig oder gar nicht gewalkte Stoffe – wurden gleichfalls in erster Linie auf dem Lande gewebt. Sie begannen ihren Siegeszug im späten Mittelalter in den südlichen Niederlanden, wo ihr Produktionsort neben kleinen Städten von Anfang an das flache Land war. Der Aufstieg der »nouvelles draperies« war auf das engste mit dem Niedergang des traditionellen Tuchgewerbes in den flandrischen Städten verbunden.⁸ Im Moderationsbezirk der Calwer Zeughandlungskompagnie fiel der Anteil der städtischen Zeugmacher an der Gesamtzahl der Zeugmacher zwischen 1663 und 1787 von knapp 70 auf wenig mehr als 35%.⁹ Die Zeugmacherei war auf dem oberen Eichsfeld nahezu ausschließlich eine ländliche Erscheinung. Ihr Ausgangspunkt war das Dorf Groß Bartloff; derjenige, der, wie A. L. Schlözer 1778 schrieb, »den Anfang einer so wichtigen und glücklichen Revolution in diesem Lande machte«, war der hessische Dragoner Valentin Degenhard, der sich 1680, nachdem er Schwierigkeiten mit der Tuchmacherzunft in Eschwege bekommen hatte, ins Eichsfeld wandte. Noch 1802 standen auf dem oberen Eichsfeld von 3031 Wollzeugstühlen nur 1,8% in den Städten Duderstadt, Heiligenstadt und Worbis.¹⁰

Die Leinen- und die Zeugherstellung waren seit jeher eng mit der bäuerlichen Arbeitswelt verbunden. Sie können geradezu als eine »Kommerzialisierung bäuerlicher Fertigkeiten« (D. C. Coleman) gelten.¹¹ Von daher nahmen sie eine gewisse Sonderstellung ein. Aber auch andere Gewerbe, für welche das nicht gilt, wurden von der Standortausweitung

⁶ A. Zimmermann, Blüte und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien. Gewerbe- und Handelspolitik dreier Jahrhunderte, Oldenburg usw. ²1892, S. 448–451; [v. Kloeber], Schlesien vor und seit dem Jahre 1740, Bd. 1–2, Freiburg 1785, hier Bd. 1, S. 310. 1805 belief sich der Anteil der städtischen Leineweber auf 21% (Zimmermann, a.a.O.). 1765 saßen im Kreis Hirschberg, dem wichtigsten Zentrum der Leineweberei in Schlesien, von 1805 Webern nur 6,2% in der gleichnamigen Stadt; von 4378 Webstühlen standen hier nur 6,7% (Wojewódzkie Archiwum Państwowe w Jeleniej Górze: Kaufmanns-Sozietät Nr. 364, S. 65–68).

⁷ F. F. Mendels, Landwirtschaft und bäuerliches Gewerbe in Flandern im 18. Jh., in: Kriedte / Medick / Schlumbohm, Industrialisierung (s. A 2), S. 325–349, hier S. 326.

⁸ D. C. Colemann, An Innovation and its Diffusion: the »New Draperies«, in: Economic History Review 2nd Ser. 22 (1969), S. 417–429; H. van der Wee, Structural Changes and Specialization in the Industry of the Southern Netherlands, 1100–1600, in: ebda. 28 (1965), S. 203–221, hier S. 206, 211 f., 215–217.

⁹ W. Troeltsch, Die Calwer Zeughandlungskompagnie und ihre Arbeiter. Studien zur Gewerbe- und Sozialgesch. AltWürttembergs, Jena 1897, S. 107 f.

¹⁰ A. L. Schlözer, Valentin Degenhard, hessischer Dragoner, und Stifter der Wollenmanufacturen auf dem Eichsfelde, seit 1680, in: ders., Briefwechsel meist historischen und statistischen Inhalts 3 (1778), S. 20–27, hier S. 23; H. Godehardt, Zur Lage der Weber, Kämmer und Spinner des Eichsfeldes während der ersten preußischen Herrschaft (1802–1806), in: Eichsfelder Heimathefte 1970, S. 63–75, hier S. 66.

¹¹ D. C. Colemann, Innovation (s. A 8), S. 421–423.

der gewerblichen Warenproduktion erfaßt. Von den 4650 Strumpfwirkerstühlen, die es 1727 in den Midlands gab, standen nur 19,4% in den Städten Nottingham und Leicester. In London, das zunächst das Zentrum der Strumpfwirkerei in England war, ging die Zahl der Stühle von 2500 im Jahre 1727 auf 500 im Jahre 1782 zurück, während sie in den Midlands gleichzeitig auf 17350 stieg.¹² 1751 schrieb dazu ein Zeitgenosse: »...the merchants and hosiers in London, finding they could be fitted from the Country with as good work at a cheaper rate than the London Framework-Knitters could afford; the bulk of that trade has since shifted from thence, and the chief dependence they had left, was upon what is called fashion-work, ... and this also, being by degrees left off, what remains now in London, does hardly deserve the name of trade.«¹³ 1797 lesen wir über die Strumpfwirkerei im Umland von Chemnitz: »Von Anfange an, setzte sie sich auf den Dörfern fest, und Limbach, ein Rittergut, zwei Stunden von Chemnitz, war das erste, welches Strumpfwürker unter seinen Einwohnern zählte. Von hieraus gieng sie auf die benachbarten Dörfer über, und breitete sich nach und nach in die ganze umliegende Gegend ... aus. Ihr Hauptsitz ist denn auch bis jetzt auf den Dörfern. In der Stadt Chemnitz sind nicht mehr denn 80 Meister, 10 Lehrjungen und gegen 50 Gesellen. Im Jahre 1709 waren ihrer nur fünf hier, und in der ganzen umliegenden Gegend noch nicht 20 Stühle. Jetzt sind in einem Flächeninhalt von nicht ganz vier Quadratmeilen um Chemnitz gegen 2500 Stühle gangbar.«¹⁴

Das im 18. Jahrhundert in vielen Regionen überaus schnell expandierende Baumwollgewerbe war gleichfalls sehr stark ländlich geprägt. Das »Committee on Emigration« von 1826/27 schrieb in seinem Bericht, daß in vielen Gebieten, »and more especially in Lancashire, there appear to be among the hand-loom weavers two classes almost wholly distinct from each other; the one, who, though they take in work in their own houses or cellars, are congregated in the large manufacturing towns; and the other, scattered in small hamlets or single houses, in various directions throughout the manufacturing county.«¹⁵

¹² J. D. Chambers, Nottinghamshire in the Eighteenth Century. A Study of Life and Labour under the Squirearchy, London 1932, ²1966, S. 94 f.; s. auch S. D. Chapman, The Genesis of the British Hosiery Industry, 1600–1750, in: Textile History 3 (1972), S. 7–50 und ders., Enterprise and Innovation in the British Hosiery Industry, 1750–1850, in: ebda. 5 (1974), S. 14–37, hier S. 19 Zensus der Strumpfwirkerstühle von 1812.

¹³ Ch. Deering, Nottinghamia vetus et nova or an Historical Account of the Ancient and Present State of the Town of Nottingham, Nottingham 1751, S. 100; auch zit. bei J. D. Chambers, Nottinghamshire (s. A 12), S. 94.

¹⁴ Topographisch-statistische Beschreibung der Stadt Chemnitz, und der Gegend um diese Stadt, in: Neueste Staats-Anzeigen 3 (1797), S. 227–243, hier S. 235 f.

¹⁵ Zit. nach S. J. Chapman, The Lancashire Cotton Industry. A Study in Economic Development, Manchester 1904, Clifton ²1973, S. 11; s. auch G. W. Daniels, The Early English Cotton Industry with Some Unpublished Letters of Samuel Crompton, Manchester 1920, S. 133–142 und A. P. Wadsworth and J. De Lacy Mann, The Cotton Trade and Industrial Lancashire, 1600–1780, Manchester 1931, ²1965, S. 314–323.

In der Ostnormandie wurden 1775 69% der Baumwollstoffe außerhalb von Rouen hergestellt; nur Stoffe aus reiner Baumwolle wurden nahezu ausschließlich in der Stadt gewebt. Die Textilherstellung auf dem Lande nahm einen derartigen Umfang an, daß der Landwirtschaft Arbeitskräfte zu fehlen begannen.¹⁶

Im Metallgewerbe und insbesondere im Kleiseisengewerbe sah es nicht viel anders aus. So waren in der Grafschaft Mark im Jahre 1800 nur 52,8% der im Metallgewerbe Beschäftigten in den Städten ansässig.¹⁷ In der bergischen Kleiseisenregion war das Gewicht der Stadt von völlig untergeordneter Bedeutung. Nur Solingen hatte Stadtrechte, nicht aber die anderen Siedlungen wie etwa Remscheid und Cronenberg. Der Landrat des Kreises Solingen schrieb 1836 an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz: »Ein vorzügliches Hilfsmittel des ökonomischen Bestehens der Fabrikarbeiter dieser Gegend liegt in dem glücklichen Umstände, daß sie nicht in Städten zusammengedrängt wohnen, sondern ihre Tätigkeit überall auf dem sogenannten platten Land sich mit gesichertem Erfolge ausbreiten und ansiedeln konnte, wo sie stets einen kleinen Grundbesitz mit dem Gewerbe verbinden, der, wenn letzteres nicht immer ausreicht, sie wenigstens gegen physischen Mangel und eigentliche Not vorerst sichert, sodaß zu Greueln, wie sie in großen Fabrikorten aus augenblicklichem Mangel an Verdienst oder aus – leider auch hier nicht fremden wucherlichen Bedrückungen entstehen – in dieser gleichwohl dicht und sonst ausschließlich von Gewerbetreibenden bevölkerten Gegend keine Besorgnis ist...«¹⁸

Bevor wir den Gründen für den geschilderten Prozeß nachgehen, ist eines festzuhalten: Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion kann, muß aber nicht zwingend Standortverlagerung von der Stadt auf das Land bedeuten. Proto-Industrialisierung bedeutet zunächst nicht mehr als Aufwertung des Landes als Produktionsstandort. Die Stadt war davon insoweit betroffen, als damit die Arbeitsteilung zwischen ihr und dem Land, wie sie sich im hohen Mittelalter herausgebildet hatte, in Frage gestellt war. Diese hatte allerdings von Anfang an der exakten Durchführung entbehrt.¹⁹ Metallgewerbe und Kleiseisengewerbe waren sehr stark standortgebunden, da sie Wasserkraft für den Betrieb von

¹⁶ S. Chassagne, La diffusion rurale de l'industrie cotonnière en France (1750–1850), in: Revue du Nord 61 (1979), S. 97–114, hier S. 101; J. Sion, Les paysans de la Normandie orientale. Etude géographique sur les populations rurales du Caux, du Bray, du Vexin normand et de la vallée de la Seine, Paris 1908, S. 187f.

¹⁷ K. H. Kaufhold, Das Metallgewerbe der Grafschaft Mark im 18. und frühen 19. Jh., Dortmund 1976, S. 96; s. auch St. Reekers, Beitr. z. statistischen Darstellung der gewerbl. Wirtschaft Westfalens um 1800. Teil 5: Grafschaft Mark, in: Westf. Forschungen 21 (1968), S. 98–161, hier S. 152–157 und G. Lange, Das ländl. Gewerbe in der Grafschaft Mark am Vorabend der Industrialisierung, Köln 1976, S. 15–19.

¹⁸ Zit. nach G. Adelman (Hrsg.), Der gewerblich-industrielle Zustand der Rheinprovinz im Jahre 1836. Amtl. Übersichten, Bonn 1967, S. 89f.; s. auch G. von Hauer, Statistische Darstellung des Kreises Solingen im Regierungsbezirk Düsseldorf, Köln 1832, S. 113f. – Über Solingen jetzt R. Kaiser, Solingen (Rhein. Städteatlas 5), Köln 1979.

¹⁹ Dazu P. Kriedte, in: Kriedte / Medick / Schlumbohm, Industrialisierung (s. A 2), S. 36–39.

Hammerwerken und Schleifkotten benötigten; sie konnten deshalb auf das Land als Standort der gewerblichen Warenproduktion nicht ohne weiteres verzichten. Das Leinen- und das Wollzeuggewerbe hatten, von wichtigen Ausnahmen wie Oberschwaben abgesehen, in den Städten nicht selten ein Schattendasein geführt, so daß die Herausbildung von Produktionszentren auf dem Lande die gewerbliche Entwicklung der Städte nur wenig berühren konnte.²⁰

Hier wird man allerdings sofort eine wichtige Einschränkung zu machen haben. Der Blick auf ein einzelnes Gewerbe kann dort in die Irre führen, wo dem Ausbau des Landes als eines alternativen Produktionsstandortes Substitutionsprozesse zugrunde lagen. Der Aufstieg des Wollzeuggewerbes vollzog sich nicht in einem beziehungslosen Raum, sondern auf Kosten des traditionellen Tuchgewerbes, das seinen Sitz vornehmlich in der Stadt hatte;²¹ nur England machte eine Ausnahme, da das Wollgewerbe hier bereits am Ausgang des Mittelalters »einen ländlichen Charakter besaß« (E. Carus-Wilson).²² Der Substitutionsprozeß ging also nicht nur zu Lasten eines bestimmten Gewerbes, sondern auch des Produktionsstandortes »Stadt«. Dieses Beispiel läßt erkennen, wie sich unter Umständen die Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion zur Standortverlagerung weiterentwickeln konnte. Diese extreme Möglichkeit wurde allerdings im allgemeinen nur dann Wirklichkeit, wenn sich mehrere, der gewerblichen Produktion in der Stadt ungünstige Faktoren miteinander verbanden.

2. Die Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion und ihre Ursachen

Die ersten Anstöße für die Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion gingen zumeist von der Stadt aus. Die großen Exportgewerbestädte des späten Mittelalters bezogen, wirtschaftlichen Notwendigkeiten gehorchend, ihr Umland in den gewerblichen

²⁰ Zum Leinengewerbe s. R. van Uytven, Die ländl. Industrie während des Spätmittelalters in den südlichen Niederlanden, in: H. Kellenbenz (Hrsg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jh., Stuttgart 1975, S. 57–77, hier S. 72–74; E. Sabbe, De belgische vlasnijverheid 1. De zuidnederlandsche vlasnijverheid tot het verdrag van Utrecht, Brugge 1943, S. 44–171; zu Oberdeutschland und Ostmitteledeutschland, Gebieten, in denen das Leinengewerbe zunächst einen vorwiegend städt. Charakter hatte, s. H. Ammann, Die Anf. der Leinenindustrie des Bodenseegebiets, Alem. Jb. 1953, S. 251–313; E. Schremmer, in: M. Spindler (Hrsg.), Handb. d. bayer. Gesch., Bd. 3, 2, München 1971, S. 1076–1080; H. Aubin und A. Kunze, Leinenerzeugung und Leinenabsatz im östl. Mitteldeutschland zur Zeit der Zunftkäufe. Ein Beitr. zur industriellen Kolonisation des deutschen Ostens, Stuttgart 1940, S. 6–17.

²¹ H. van der Wee, Changes (s. A 8), S. 211–218; E. Coornaert, Draperies rurales, draperies urbaines. L'évolution de l'industrie flamande au moyen âge et au XVIe siècle, in: Revue belge de philologie et d'histoire 28 (1950), S. 59–96, hier S. 82–84, 92f.

²² E. Carus-Wilson, Evidences of Industrial Growth on Some Fifteenth-century Manors, in: Economic History Review 2nd ser. 18 (1965), S. 191–205, hier S. 190.

Produktionsprozeß ein und unterwarfen es damit ihren Reproduktionserfordernissen. Gestützt auf das umlaufende Kapital, über das sie verfügten, machten Kaufleute und Verleger Produzenten von Rohstoffen und gewerblichen Waren im weiteren Umkreis der jeweiligen Stadt von sich abhängig. Sie banden sie damit an die Stadt als das Zentrum der gewerblichen Warenproduktion und zogen sie darüber hinaus in eine von dieser diktierte Arbeitsteilung hinein.²³

Im allgemeinen wird man diesen Prozeß in mehrere Phasen zerlegen können: er reichte von der Rohstoffherzeugung über die Produktion von Halbfertigwaren zu der von Fertigwaren. Im Zusammenhang damit veränderte sich die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land: dort, wo auf dem Land Fertigwaren hergestellt wurden, verblieben der Stadt nur noch die Endverarbeitung und die Veredelung. Wenn diese Stufe erreicht war, geriet das gewerbliche Produktionspotential der Stadt ernstlich in Gefahr. Nun war es nur noch ein Schritt bis zur Emanzipation des Landes von der Stadt als Vorort der gewerblichen Warenproduktion. Zum Teil geboten naturräumliche Notwendigkeiten die Einbeziehung des Landes in den gewerblichen Produktionsprozeß. Das gilt vor allem für die Rohstoffherzeugung und Rohstoffförderung. Flachs, Wolle, Seide und die verschiedenen Metalle hatten ihren Produktionsort auf dem Land. Aber auch die Herstellung von Halbfertigwaren war zum Teil an das Land als Standort gebunden, vor allem dort, wo wie im Eisengewerbe die Verfügbarkeit von Wasserkraft als Energiequelle unabdingbar war.

Eine äußerst typische Erscheinung war die Erschließung des Umlandes von Städten als »Garnland«. So ließen, um ein Beispiel zu nennen, Francesco Datini und Angelo del Rosso 1396/1400 72,3% des Garnes, das in ihrem Tuchverlag verarbeitet wurde, in den Dörfern im Umkreis von Prato spinnen.²⁴ Die ländliche Garnherstellung war Ausfluß der für den

²³ H. Ammann, Vom Lebensraum der mittelalterl. Stadt. Eine Untersuchung an schwäb. Beispielen, in: *Berichte z. dt. Landeskunde* 31 (1963), S. 284–316, hier S. 290–293; F. Irsigler, Stadt und Umland im Spätmittelalter: Zur Zentralitätsfördernden Kraft von Fernhandel und Exportgewerbe, in: E. Meynen (Hrsg.), *Zentralität als Problem der mittelalterl. Stadtgeschichtsforschung*, Köln usw. 1979, S. 1–9, hier S. 4–9; wichtige Regionalstudien für das Spätmittelalter: J. Heers, *Gènes au XVe siècle. Activité économique et problèmes sociaux*, Paris 1961, S. 218–229; Ch. M. de la Roncière, *Florence, centre économique régional au XIVe siècle. Le marché des denrées de première nécessité à Florence et dans sa campagne et les conditions de vie des salariés (1320–1380)*, Bd. 1–5, Aix-en-Provence 1977, hier Bd. 3, S. 800–817, Bd. 4, S. 438–440; H. Ammann, Die wirtschaftl. Stellung der Reichsstadt Nürnberg im Spätmittelalter, Nürnberg 1970, S. 194–224; F. Irsigler, Die wirtschaftl. Stellung der Stadt Köln im 14. und 15. Jh. Strukturanalyse einer spätmittelalterl. Exportgewerbe- und Fernhandelsstadt, Wiesbaden 1979, S. 319–325.

²⁴ F. Melis, *Aspetti della vita economica medievale (Studi nell'archivio Datini di Prato)*, Bd. 1, Siena 1962, S. 465 f., 513–520; zur Garn- und Wepfenproduktion (Wepfen: auf den Kettbaum aufgewickelte Kettfäden) in Oberdeutschland s. E. Nübling, *Ulms Baumwollweberei im Mittelalter. Urkunden und Darstellung. Ein Beitr. zur deutschen Wirtschafts- und Städtegesch.*, Leipzig 1890, S. 170–172; A. Westermann, *Zur Geschichte der Memminger Weberzunft und ihrer Erzeugnisse im 15. und 16. Jh.*, in: *Vierteljahrsschr. für Sozial- und Wirtschaftsgesch.* 12 (1914), S. 385–403, 567–592, hier S. 398–403; R. Kießling, *Herrschaft, Markt, Landbesitz. Aspekte der Zentralität*

Ackerbau charakteristischen saisonalen Arbeitslosigkeit; d. h. sie war Füllarbeit. Insofern war ihr Standort im Gegensatz zu dem des Eisengewerbes sozial vermittelt. Die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land bei der gewerblichen Warenproduktion erreichte bereits im späten Mittelalter mitunter beträchtliche Ausmaße. So begnügten sich die Kölner Kesselschmiede im 15. Jahrhundert weitgehend damit, die in großer Zahl aus dem bergischen Land importierten Kessel mit Henkeln und anderen Kleinteilen auszustatten und zu polieren. Von den Schwertfeuern wird Ähnliches berichtet.²⁵

Zuweilen hatte die Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion ihren Ursprung nicht in den großen Städten, sondern in kleinen städtischen Siedlungen oder auch auf dem Lande. Zunächst mochten sich die kleinen Gewerbetreibenden wie im Flandern des 14. Jahrhunderts mit der Nachahmung von Waren begnügen, die in der Stadt hergestellt wurden. Größeren Erfolg versprach es, wenn sie den Weg der Produktdiversifizierung beschritten und einfachere und billigere Waren auf den Markt brachten als ihre Konkurrenten in der Stadt. So entstanden zum Beispiel die »nouvelles draperies« in den südlichen Niederlanden. Die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land, die auf diese Weise zustande kam und die vor allem im Textilgewerbe nicht selten zu beobachten ist, war eine andere als die zuerst genannte.²⁶ Sie beruhte nicht auf einer Aufspaltung des Produktionsprozesses in mehrere Teilbereiche, sondern der Aufspaltung eines Gewerbes in voneinander unabhängige Teilgewerbe; sie war folglich sehr viel lockerer und ermöglichte es dem Land, sich völlig von der Stadt zu emanzipieren.

Die wirklichen Kräfte, welche die Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion vorantrieben, sind, sehen wir von den schon erwähnten Standortabhängigkeiten mancher Gewerbeabzweige ab, in folgendem zu sehen:²⁷

1. Die Produktionsmöglichkeiten der Stadt waren der Nachfrage um so weniger gewachsen, je mehr sich diese mit der Installierung eines Welthandelssystems im Verlauf der frühen Neuzeit erweiterte. Die geringe Angebotselastizität der städtischen Wirtschaft war eine Folge der hohen Arbeitsintensität der vorindustriellen gewerblichen Warenproduk-

und der Stadt-Land-Beziehungen spätmittelalterl. Städte an ostschwäb. Beispielen, in: E. Meynen (Hrsg.), *Zentralität* (s. A 23), S. 180–218, hier S. 198–201.

²⁵ F. Irsigler, Köln (s. A 23), S. 140–146, 158–166.

²⁶ Zu Flandern vgl. D. Nicholas, *Town and Countryside: Social, Economic, and Political Tensions in Fourteenth-Century Flanders*, Brugge 1971, S. 76–116, 187–199, 203–221, 343; E. Coornaert, *Draperies* (s. A 21), S. 62–86; H. van der Wee, *Changes* (s. A 8), S. 211–218. In vielen Fällen wird man nicht eindeutig entscheiden können, von wo die Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion ihren ersten Anstoß erhielt; zu Flandern s. die Hinweise bei Nicholas, a.a.O., S. 93–96. Zur Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land in dem oben genannten Sinne s. P. Deyon, *La concurrence internationale des manufactures lainières aux XVIe et XVIIe siècles*, in: *Annales E.S.C.* 27 (1972), S. 20–32, hier S. 31; s. auch *ders.*, *Amiens, capitale provinciale. Etude sur la société urbaine au XVIIIe siècle*, Paris usw. 1967, S. 214f.

²⁷ Zum folgenden auch P. Kriedte, in: *Kriedte / Medick / Schlumbohm, Industrialisierung* (s. A 2), S. 57–61.

tion, die eine Kehrseite ihrer geringen Kapitalintensität war. Für das englische Tuchgewerbe des 16. und 17. Jahrhunderts wurde der Anteil der Arbeitskosten an den gesamten Produktionskosten auf 55 bis 65% geschätzt.²⁸ Die hohe Arbeitsintensität machte ihrerseits große Ansammlungen von Arbeitskraft notwendig, sobald ein Gewerbe zu expandieren begann. Da das innerstädtische Arbeitskräftepotential mehr oder weniger schnell ausgeschöpft war, wurde es nunmehr notwendig, die auf dem Lande brachliegenden Produktionskapazitäten zu erschließen. Der Ausbau des Landes als Produktionsstandort begann. Die dortige Produktion stand zunächst mehr oder weniger in einem Ergänzungsverhältnis zu der in der Stadt. So wurden einzelne Produktionsgänge wie etwa die Garnherstellung auf das Land verlagert. Das lief meist darauf hinaus, daß das Land Halbfertigwaren herstellte, die in der Stadt weiterverarbeitet wurden. Eine zweite Möglichkeit war die, daß die Stadt die Anfertigung von gröberen und billigeren Waren dem Land überließ, während sie sich die von anspruchsvolleren und teureren Waren vorbehielt. Vom Ergänzungsverhältnis war es oft nur ein Schritt bis zum Konkurrenzverhältnis zwischen Stadt und Land, vor allem dann, wenn das Land immer mehr Produktionsgänge an sich zog oder begann, dieselben Waren wie die Stadt herzustellen.

2. Auf dem Lande wurden erheblich niedrigere Arbeitsentgelte gezahlt als in der Stadt. Sie sollen zum Beispiel im Einzugsbereich von Amiens 1698 um 50 bis 73% unter denjenigen gelegen haben, die in der Stadt üblich waren.²⁹ In Krefeld sprach man von einem »Viersener Lohn«, wenn ein Weber für schlechte Arbeit schlecht bezahlt wurde; dabei nahm man Bezug darauf, daß die Verleger im Umkreis von Krefeld wie zum Beispiel in Viersen geringere Stücklöhne zahlten als in Krefeld selbst.³⁰ 1794 schrieb der Stadtdirektor von Bielefeld, Consbruch, über die Leineweber des Ravensberger Landes: Sie »nähren sich größtenteils von eigenem Zuwachs ihrer Erzeugnisse und können solchergestalt bei der minder kostbaren Beschaffenheit ihres ländlichen Unterhalts die Weberei wohlfeiler beschicken und ihre Fabrikate in niedrigeren Preisen zum Verkauf liefern als die städtischen Weber.«³¹ Consbruch nennt hier eine wesentliche Ursache für die niedrigeren Arbeitskosten auf dem Lande. Die hausindustriell wirtschaftende Familie konnte sich mit relativ geringen Arbeitsentgelten deshalb zufrieden geben, weil sie mit dem kleinen Stück Land, das sie zunächst noch ihr eigen nennen konnte, über eine zweite Quelle zur Deckung ihrer Reproduktionskosten verfügte. Mit dem Stücklohn, den zum Beispiel eine Zeugmacherfamilie auf dem oberen Eichsfeld erzielte, brauchte also nur ein Teil ihrer Reproduktionskosten abgedeckt zu werden. Die ländlichen Gewerbetreibenden konnten ferner nicht zuletzt

²⁸ D. C. Coleman, *The Economy of England, 1450–1750*, Oxford usw. 1977, S. 78.

²⁹ P. Deyon, *Amiens* (s. A 26), S. 209f.

³⁰ J. Wirtz, *Handwerker und Handweberei in der Krefelder Mundart*, Krefeld 1938, S. 73.

³¹ Hier zit. nach J. Wilbrand, *Veröff. aus dem Archiv der Stadt Bielefeld*, in: *Jahresbericht des hist. Vereins f. die Grafschaft Ravensberg* 19 (1905), S. 28–62, hier S. 57.

deshalb billiger produzieren, weil die hausindustrielle Produktion im Gegensatz zur städtischen Zunftproduktion die Mitarbeit aller arbeitsfähigen Familienmitglieder implizierte. Sie erlaubte es demnach, mit einem höheren Ausstoß niedrigere Arbeitsentgelte wett zu machen. Erst die Maximalisierung der innerfamilialen Ausbeutungsrate machte die ländlichen Produzenten überhaupt konkurrenzfähig.³² Schließlich ist zu berücksichtigen, daß sie der Willkür der Kaufleute und Verleger weitgehend schutzlos ausgeliefert waren, da sie ohne Rückhalt an einer zunftartigen Organisation waren. Sie mußten ihr Lohndiktat wohl oder übel hinnehmen. Für das Handelskapital bedeutete das, daß »die Ausbeutungs-grenze der Arbeitskraft gegenüber« weit »hinausgeschoben« war (W. Sombart).³³ Die beiden zuletzt genannten Gründe gelten freilich nur dann, wenn die gewerbliche Warenproduktion in der entsprechenden Stadt noch zunftmäßig organisiert war.

3. In Städten, deren Produktionsverhältnisse von Zünften und Korporationen bestimmt wurden, gerieten diese in immer stärkeren Widerspruch zur Verwertung und Akkumulation des Handelskapitals. Die Wirtschaftspolitik der Zünfte war zwar nicht völlig wachstumsfeindlich, aber wenn Wirtschaftswachstum und soziales Gleichgewicht unvereinbar zu werden drohten, gaben sie letzterem den Vorzug. Um dieses zu sichern, legten die Zünfte Produktionskapazität und Angebotsmenge fest, begrenzten den Preis- und Qualitätswettbewerb unter ihren Mitgliedern, behinderten die Einführung neuer Produkte und Produktionsverfahren und die Vertiefung der Arbeitsteilung, kontrollierten den Zugang zum Markt und versuchten, auf den Beschaffungs- und Absatzmärkten als Monopolisten aufzutreten. Ihr Ziel war es, auf diese Weise gleiche Ausgangsbedingungen für alle Zunftgenossen herzustellen, den Differenzierungsprozeß in Schranken zu halten und die Entstehung von »Kapitalmacht« (Max Weber) zu unterbinden.³⁴

Als besonders gravierend mußte es das Verlagskapital empfinden, wenn die Zünfte versuchten, den technischen Fortschritt zu unterbinden – zu erinnern wäre hier an ihren Widerstand gegen die Einführung des Strumpfwirkstuhls und der Bandmühle – und den jeweils erreichten Stand der Arbeitsteilung festzuschreiben. Die in den Feintuchproduktionsgebieten im 18. Jahrhundert überaus häufigen Schererunruhen entzündeten sich unter anderem daran, daß die Scherer auf die überlieferte Form der Arbeitsteilung pochten, die

³² Dazu u. a. H. Medick, in: *Kriedte / Medick / Schlumbohm, Industrialisierung* (s. A 2), S. 105 f., 112–116.

³³ W. Sombart, *Verlagssystem* (s. A 4), S. 234.

³⁴ M. Weber, *Wirtschaftsgesch. Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgesch.*, München usw. 1923, S. 127–133, zit. S. 129; E. Schremmer, *Die Wirtschaft Bayerns. Vom hohen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung. Bergbau, Gewerbe, Handel*, München 1970, S. 33–36, 236–247; R. Ennen, *Zünfte und Wettbewerb. Möglichkeiten und Grenzen zünftlerischer Wettbewerbsbeschränkungen im städt. Handwerk und Gewerbe des Spätmittelalters*, Köln usw. 1971; zu den speziellen Verhältnissen in Frankreich s. E. Coornaert, *Les corporations en France avant 1789*, Paris 1968, S. 125–176; zu England – allerdings zum Teil überholt – G. Unwin, *Industrial Organization in the Sixteenth and Seventeenth Centuries*, Oxford 1904.

ihnen nicht nur das Scheren, sondern auch das Rauhen der Tuche zuwies.³⁵ 1790 erklärte die Feine Gewandtschaft von Monschau, die Organisation der dortigen Feintuchfabrikanten, auf Ersuchen der Tuchfabrikanten von Lennep: »Die ehemals ansehnlichen Tuchfabriken zu Cölln, Maastricht und Lüttich, welche denen Zunftgesetzen der Tuchscherer untergeordnet waren, haben unter diesem Zwang erliegen müssen. Auch der Stadt Aachen drohet dieses Schicksal, und selbst die dortige Zunftgenossenschaft, welche noch nicht mit denen Fabriken in Abnahme gekommen, würde theils brodlos seyn, wenn nicht das freyere Bourdscheid und Vaels bey dem starken Betrieb seiner Fabriken sich deren Baaßen zu Aachen mit bedienten. Wie Aachen, wenigstens so viel die feine Waare betrifft, herunter sinkt, so steigen hingegen die vom zunftmäßigen Zwange befreiten Fabriken in Eupen, so daß sie erstere an Menge und Güter der fabricirenden Tücher bereits übertreffen.«³⁶

Letztlich entscheidend war, daß dort, wo es Zünfte gab, die Freiheit des Arbeitsmarktes erheblichen Beschränkungen unterlag. Demgemäß pries der Vaalser Tuchfabrikant Johann Arnold Clermont 1788 die »Freyheit«, die im Gegensatz zu den Verhältnissen in Aachen »rings umher in Burtscheid, Monjoie, Verviers, Vaals und dem ganzen fabrikreichen Limburger Lande herrscht...; der Tuch-Kaufmann ...läßt seiner Industrie freyen Lauf, und wählt sich seine Arbeiter und die Zahl derselben nach Gutbefinden.«³⁷ Um der Einengung seiner Bewegungsmöglichkeiten durch die Zünfte in den Städten zu entgehen, wich das Handelskapital auf das Land aus und nutzte die dort gegebenen Produktionsmöglichkeiten.³⁸ Ähnlich wie der Zunftzwang konnten sich Produktionsmonopole auswir-

³⁵ E. Barkhausen, Die Tuchindustrie in Montjoie, ihr Aufstieg und Niedergang, Aachen 1925, S. 80–96; P. Lebrun, L'industrie de la laine à Verviers pendant le XVIIIe et le début du XIXe siècle. Contribution à l'étude des origines de la révolution industrielle, Liège 1948, S. 259–263; L. Dechesne, Industrie drapière de la Vesdre avant 1800, Paris usw. 1926, S. 202–216; G. Gayot, La longue insolence des tondeurs de draps dans la manufacture de Sedan au XVIIIème siècle, in: Revue du Nord 63 (1981), S. 105–134 sowie J. Schlumbohm, Arbeitsteilung und technischer Fortschritt in ländl. Gewerben, in: Technologie und Politik 16 (1980), S. 250–285, hier S. 261 f. Es ist dabei allerdings zu berücksichtigen, daß die Scherer meist in zentralisierten Werkstätten beschäftigt und ihre »Zünfte« eine Vorform von gewerkschaftsähnlichen Zusammenschlüssen waren; der Widerstand der Verleger richtete sich also nicht so sehr gegen das zünftische Organisationsprinzip, sondern gegen die Koalitionsfreiheit der von ihnen abhängigen Arbeiter.

³⁶ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf: Jülich-Berg II Nr. 1821, S. 9 f. sowie E. Barkhausen, Tuchindustrie (s. A 35), S. 115 f.

³⁷ J. A. von Clermont, Freymüthige Betrachtungen eines Weltbürgers zum Wohle von Aachen, bey Gelegenheit der bevorstehenden Constitutions-Verbesserung dieser Reichsstadt, Frankfurt usw. 1788, S. 10 f.; s. auch H. Kisch, Das Erbe des Mittelalters, ein Hemmnis wirtschaftlicher Entwicklung: Aachens Tuchgewerbe vor 1790, in: Rhein. Vierteljahrsbl. 30 (1965), S. 253–308, hier S. 306 und M. Henkel / R. Taubert, Maschinenstürmer. Ein Kapitel aus der Sozialgesch. des technischen Fortschritts, Frankfurt 1979, S. 85 f.

³⁸ Einschränkung zur Bedeutung der Zünfte J. Craeybeckx, Les industries d'exportation dans les villes flamandes au XVIIIe siècle, particulièrement à Gand et à Bruges, in: Studi in onore di A. Fanfani, Bd. 4, Milano 1962, S. 411–468, hier S. 445, 447, 468; ders., L'industrie de la laine

ken. So blieb zum Beispiel angesichts des Monopols, das die Firma Friedrich und Heinrich von der Leyen für die Herstellung von Seidenwaren in Krefeld durchgesetzt hatte, ihren Konkurrenzfirmen kein anderer Ausweg als der, Webstühle in dem zum Erzbistum Köln gehörenden Umland von Krefeld aufzustellen.³⁹

3. Der Funktionsverlust der Exportgewerbestädte

Die Folgen der Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion für die Stadt lassen sich nicht auf einen Nenner bringen. Sehen wir von dem überaus seltenen Sonderfall ab, wo sich ein dynamischer Verbund zwischen städtischem und ländlichem Gewerbe herausbildete, so standen sich diejenigen Städte am besten, die ihren Produktionsapparat stabilisieren oder leicht erweitern konnten, ohne jedoch mit der gewerblichen Produktion auf dem Land Schritt halten zu können.⁴⁰ Zumeist ging indessen die Produktion in der Stadt zurück, während sie auf dem Lande expandierte. In vielen alten Gewerbestädten, für die Zahlen vorliegen, sank die Produktion in der Tat seit dem Ausgang des 16. Jahrhunderts (s. dazu Abb. 1).

Dieser Vorgang steht erst in zweiter Linie in Zusammenhang mit der Krise des 17. Jahrhunderts; er verweist vielmehr auf fundamentale Veränderungen im Stadt-Land-Verhältnis.⁴¹ Im Falle der Herstellung von Batist und feinem Leinen in Valenciennes und Cambrai hat man von einer »exurbanisation« (Ph. Guignet) des Gewerbes gesprochen.

dans les anciens Pays-Bas méridionaux de la fin du XVIe au début du XVIIIe siècle, in: M. Spallanzani (Hrsg.), Produzione, commercio e consumo dei panni di lana (nei secoli XII–XVIII), Firenze 1976, S. 21–43, hier S. 40–43. Zu Zünften in verdichteten ländlichen Produktionsgebieten s. u. A 79.

³⁹ Vgl. vor allem die Auseinandersetzungen mit der Firma Gerhard Lingen und Co. (Gebr. von Beckerath), die um 1760 im kölnischen Anrath Seidenbandstühle in Gang gesetzt hatte; s. G. Schmoller / O. Hintze, Die preußische Seidenindustrie im 18. Jh. und ihre Begründung durch Friedrich den Großen (Acta Borussica. Seidenindustrie, Bd. 2), Bd. 2, Berlin 1892, S. 599–612 Nr. 1156.

⁴⁰ In Chemnitz stieg z. B. nach dem Tiefstand während des Dreißigjährigen Krieges und der 2. H. des 17. Jhs. die Zahl der Meister des Zeug- und Leineweberhandwerks bis 1778 auf 789 (1648–1700 unter 100); in seinem Einzugsbereich expandierte die Produktion jedoch allem Anschein nach noch stärker, insbesondere, was die Strumpfwirkerei anlangt; s. A. Kunze, Der Frühkapitalismus in Chemnitz, Karl-Marx-Stadt 1958, S. 113–117; ders., Vom Frühkapitalismus zur industriellen Revolution, in: Beitr. zur Heimatgesch. von Karl-Marx-Stadt 13 (1965), S. 7–51, hier S. 14, 22, 48 f.; A. König, Die sächs. Baumwollenindustrie am Ende des vorigen Jhs. und während der Kontinentalsperre, Leipzig 1899, S. 68–80. Die Einordnung von Chemnitz ist nicht einfach; ich habe den Eindruck, daß es zwischen den alten Gewerbestädten und den neuen proto-industriellen Agglomerationszentren steht.

⁴¹ E. J. Hobsbawm, The Crisis of the Seventeenth Century, in: T. Aston (Hrsg.), Crisis in Europe, 1560–1660. Essays from Past and Present, London 1965, S. 1–58, hier S. 38; B. H. Slicher van Bath, The Agrarian History of Western Europe A.D. 500–1850, London 1963, S. 217 f.;

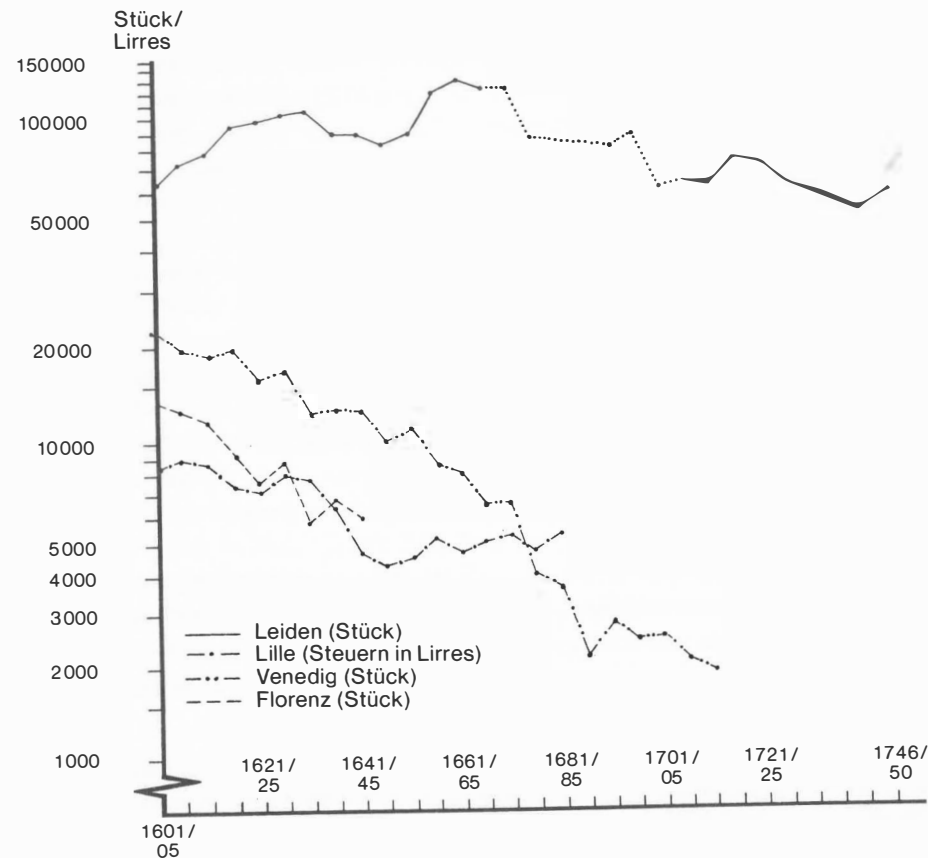


Abb. 1: Die Entwicklung des städtischen Wollgewerbes 1601–1750 (Fünfjahresdurchschnitte)
 Quellen: Posthumus, *Geschiedenis* (s. u. A 52), S. 129, 930f., 1098; P. Deyon und A. Lottin, in: *Revue du Nord* 49, 1967, S. 30–33; D. Sella, in: *Annales E.S.C.* 12, 1957, S. 30f.; R. Romano, in: *ebda.* 7, 1952, S. 512.

1789 übertraf die Zahl der Webstühle in den Dörfern Avesnes-les-Aubert (433) und Haussy (428) die in Valenciennes (389). 1670 soll es hier noch 700 Meister bei insgesamt 3000 Arbeitern gegeben haben.⁴²

P. Kriedte, *Spätfeudalismus und Handelskapital. Grundlinien der europäischen Wirtschaftsgesch. vom 16. bis zum Ausgang des 18. Jhs.*, Göttingen 1980, S. 91–98, 119–121; s. auch P. Goubert, *Beauvais et le Beauvaisis de 1600 à 1730. Contribution à l'histoire sociale de la France du XVIIIe siècle*, Paris 1960, S. 127–132, 585–597 und P. Deyon, *Amiens* (s. A 26), S. 205–215.

⁴² Ph. Guignet, *Mines, manufactures et ouvriers du Valenciennois au XVIIIe siècle*, New York 1977, S. 126–225; *ders.*, *Adaptions, mutations et survivances proto-industrielles dans le textile du Cambrésis et du Valenciennois du XVIIIe au début du XXe siècle*, in: *Revue du Nord* 61 (1979), S. 27–59, hier S. 29–32.

Die Stadt wurde nicht selten auf die Kommerzialisierung der in ihrem Einzugsbereich hergestellten Waren beschränkt. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß sich zwar die Produktion zu großen Teilen auf dem Land ansiedelte, daß aber ihre Fäden weiterhin in der Stadt zusammenliefen. Hier begann der Zirkulationsprozeß; zugleich wurde von hier aus der Produktionsprozeß gelenkt. Dessen Zielpunkt war zunächst die Stadt; Kaufleute und Verleger hatten hier wie zuvor ihren Sitz. Der Weber nahm im Kontor des Verlegers das Garn in Empfang; hier lieferte er die fertige Ware ab, sofern nicht zwischen Weber und Verleger Faktoren traten. Waren die Produktionsverhältnisse beim Kaufsystem stehen geblieben wie in großen Teilen des europäischen Leinengewerbes, mußte der Weber versuchen, seine Ware in der Stadt an einen Händler, der sich ihrer Vermarktung annahm, zu verkaufen. Dem entsprach, daß mit Zwangsgewalt ausgestattete Schauanstalten im allgemeinen in der Stadt angesiedelt waren.

Auch die manufakturartig organisierten Arbeitsgänge – neben den Eingangs- vor allem die Endphasen des Produktionsprozesses – verblieben meist in der Stadt; hingen doch von ihnen die Verkaufschancen des betreffenden Produkts ab.⁴³ So wurde in Sedan im 18. Jahrhundert die Wolle gereinigt, die Ketten geschert und die Tuche der Endbehandlung unterworfen. Während das Tuch in den Vororten von Sedan gewalkt und zum Teil auch gewebt wurde, war die Garnherstellung ausschließlich und die Gewebeerstellung zum größten Teil auf dem Land angesiedelt, jene in der weiteren, diese in der näheren Umgebung von Sedan.⁴⁴ Valenciennes fand in dem gewinnträchtigen, im 18. Jahrhundert rasch expandierenden Bleichgeschäft einen partiellen Ausgleich für die Verlagerung der Weberei auf das Land.⁴⁵ Auch der Kattendruck, eines der Gewerbe, die sich im 18. Jahrhundert am schnellsten entwickelten, hatte seinen Standort meist in der Stadt. Erinnert sei hier an die Kattendruckereien in Manchester, Rouen, Mühlhausen, Augsburg und Chemnitz. Daneben gab es allerdings wichtige Ausnahmen wie etwa die Kattendruckerei in Cortaillood oder die von Oberkampf in Jouy.⁴⁶

Die Stadt gab also besonders arbeitsintensive Teile des Produktionsprozesses wie Spinnerei und Weberei an das Land ab, behielt sich aber neben der Lenkung der Produktion solche vor, die weniger arbeitsintensiv waren, sich folglich zentralisieren ließen

⁴³ Zu den proto-industriellen Produktionsverhältnissen s. J. Schlumbohm, in: Kriedte / Medick / Schlumbohm, *Industrialisierung* (s. A 2), S. 202–232 und P. Kriedte, *Spätfeudalismus* (s. A 41), S. 166–170; speziell zu den Schauanstalten H. Potthoff, *Die Leinenlegen in der Grafschaft Ravensberg*, in: *Jahresberichte des Hist. Vereins f. die Grafschaft Ravensberg* 15 (1901), S. 1–140, hier S. 15–26, 36–52.

⁴⁴ G. Gayot, *Dispersion et concentration de la draperie sedanaise au XVIIIe siècle: L'entreprise des Poupart de Neuflyze*, in: *Revue du Nord* 61 (1979), S. 127–148, hier S. 136, 139, 142–144.

⁴⁵ Ph. Guignet, *Mines* (s. A 42), S. 179–196.

⁴⁶ Zum Kattendruck s. P. Caspard, *L'accumulation du capital dans l'indiennage au XVIIIe siècle*, in: *Revue du Nord* 61 (1979), S. 115–124; *ders.*, *La Fabrique-Neuve de Cortaillood 1752–1854. Entreprise et profit pendant la Révolution industrielle*, Paris 1979; S. Chassagne, *Oberkampf. Un entrepreneur capitaliste au Siècle des Lumières*, Paris 1980, S. 226–263.

und von denen in entscheidender Weise die Güte der Ware abhing. Bisweilen entwickelte sich der partielle Funktionsverlust der Stadt zu einem vollständigen weiter, wenn mit dem Gewerbe auch der Handel die Stadt verließ, diese also nicht nur ihre Funktion als Produktions-, sondern auch als Organisations- und Distributionszentrum einbüßte. Das war vor allem dort der Fall, wo im Umkreis der betreffenden Stadt stadtdähnliche Produktionszentren entstanden, die sich von dieser in jeder Hinsicht unabhängig machten. York, das im Mittelalter das bedeutendste Wolltuchproduktionszentrum in Yorkshire war und im 15. Jahrhundert diese Stellung an das aufstrebende, ländlich bestimmte Tuchgewerbe in West Riding verlor, konnte zwar zunächst seine kommerziellen Funktionen behaupten, aber um 1700 war es auch damit vorbei.⁴⁷ Im Umkreis von Köln entstanden mit Solingen und Remscheid einerseits (Kleineisen) und dem Wuppertal, Lennep, Krefeld und Mülheim am Rhein andererseits (Leinen, Tuch und Seide) von der einstigen gewerblichen Metropole des Rheinlandes völlig unabhängige gewerbliche Zentren.⁴⁸ Nicht anders war es im Einzugsbereich von Aachen, wo Burtscheid, Stolberg, Monschau, Vaals, Eupen und Verviers zu dessen Tuchgewerbe in Konkurrenz traten. Hier galt im Gegensatz zu dem in Aachen herrschenden »Handwerksdespotismus« (G. Forster) die von J. A. Clermont beschworene »Freyheit«.⁴⁹ Wenn sich auf dem Lande wie etwa in der Oberlausitz ein regsamer und unternehmender Dorfhandel etablierte und dieser versuchte, in direkten Kontakt mit ausländischen Kaufleuten zu kommen, konnte das dem Handel der Stadt sehr abträglich werden, wie die Proteste von Zittau vermuten lassen. Zu Beginn des 19. Jahr-

hunderts gelang es dem Dorfhandel sogar, den städtischen Handel in dem Geschäft mit Oberlausitzer Leinwand auf den zweiten Platz zu verweisen.⁵⁰

Der geschilderte Vorgang wiederholte sich in gewisser Weise im internationalen Zusammenhang. Die großen italienischen Exportgewerbestädte zeigten sich im 17. Jahrhundert der Konkurrenz des weitgehend proto-industriell organisierten nordwesteuropäischen Tuchgewerbes immer weniger gewachsen; die Produktion ging zurück, die Produktionskapazitäten schrumpften. Die zünftische Organisation des Gewerbes, die sich seit dem Ausgang des Mittelalters unter Zurückdrängung ihrer hausindustriellen Einbindung verstärkt hatte, verhinderte, daß es sich elastisch den neuen Gegebenheiten auf den internationalen Märkten anpassen konnte.⁵¹ Leiden, dem größten gewerblichen Zentrum in Europa des 17. Jahrhunderts, erging es ähnlich. Zunächst wurde seine »nieuwe draperie« von der englischen Konkurrenz in Bedrängnis gebracht, sodann seine »oude draperie« von dem proto-industriell verfaßten Feintuchgewerbe im Umkreis von Aachen (Verviers, Eupen, Monschau). Die Produktion fiel auf weniger als 30 000 Tuche zu Beginn des 19. Jahrhunderts.⁵²

⁴⁷ D. M. Palliser, *Tudor York*, Oxford 1979, S. 162, 208–211, 271; H. Heaton, *The Yorkshire Woolen and Worst Industries. From the Earliest Times up to the Industrial Revolution*, Oxford 1920, S. 47–84; P. Clark / P. Slack, *English Towns in Transition, 1500–1700*, Oxford usw. 1976, S. 47–54; M. J. Daunton, *Towns and Economic Growth in Eighteenth-Century England*, in: Ph. Abrams / E. A. Wrigley (Hrsg.), *Towns in Societies. Essays in Economic History and Historical Sociology*, Cambridge 1978, S. 245–277, hier S. 261, 269; zum Niedergang der Städte im spätmittelalterl. England s. die Kontroverse zwischen Ch. Phythian-Adams, *Urban Decay in Late Medieval England*, in: ebd., S. 159–185; ders., *Desolation of a City. Coventry and the Urban Crisis of the Late Middle Ages*, Cambridge 1979 und A. R. Bridbury, *English Provincial Towns in the Later Middle Ages*, in: *Economic History Review* 2nd Ser. 34 (1981), S. 1–24.

⁴⁸ H. Kisch, *From Monopoly to Laissez-faire: The Early Growth of the Wupper Valley Textile Trades*, in: *Journal of European Economic History* 1 (1972), S. 298–407, hier S. 298–306 und passim; F. Petri, *Das bergische Land in der älteren dt. Siedlungs- und Wirtschaftsgesch.*, in: *Rhein. Vierteljahrsbll.* 20 (1955), S. 61–79, hier S. 71–75; H. Kisch, *Prussian Mercantilism and the Rise of the Krefeld Silk Industry: Variations upon an Eighteenth-Century Theme*, Philadelphia 1968; W. Schumacher, *Untersuchungen über die Entwicklung der bergischen Seidenindustrie*, Diss. phil. Heidelberg 1915; H. Koch, *Gesch. des Seidengewerbes in Köln vom 13. bis zum 18. Jh.*, Leipzig 1907, S. 88–92; H. Pohl, in: H. Kellenbenz / K. van Eyll (Hrsg.), *Zwei Jahrtausende Kölner Wirtschaft*, Bd. 1–2, Köln 1975, hier Bd. 2, S. 45–53.

⁴⁹ H. Kisch, *Erbe des Mittelalters* (s. A 37), S. 270–290; G. Forster, *Ansichten vom Niederrhein*, von Brabant, Flandern, Holland, England und Frankreich im April, Mai und Junius 1790, hrsg. von G. Steiner, Berlin 1958, S. 88f.; J. A. v. Clermont, *Betrachtungen* (s. A 37), S. 11.

⁵⁰ W. v. Westernhagen, *Leinwandmanufaktur und Leinwandhandel der Oberlausitz in der 2. H. des 18. Jhs. und während der Kontinentalsperre*, Diss. phil. Leipzig 1932, S. 29–37; s. auch E. Wauer, *Gesch. der Industriedörfer Eibau und Neueibau. Eine Studie über die wirtschaftl. Bedeutung der Südlasitzer Industriedörfer*, Bd. 2, Dresden 1915, S. 433–462. Im Einzugsbereich von Reichenbach machten sich die Dörfer Peterswaldau und Langenbielau im 18. Jh. von den dortigen Kaufleuten unabhängig, was die Vermarktung der hier erzeugten Textilprodukte anlangt; s. G. Croon, *Zunftzwang und Industrie im Kreise Reichenbach*, in: *Zeitschr. des Vereins f. Gesch. Schlesiens* 43 (1909), S. 98–130, hier S. 114–116, 129f.; ferner T. Bieda, *Z życia cechu płócienników w Dzierżonowie w latach 1742–1800* [Aus dem Leben der Leineweberzunft in Reichenbach in den Jahren 1742–1800], in: *Uniwersitet Wrocławski im. B. Bieruta. Zeszyty Naukowe A* 30 = *Historia* 5 (1961), S. 53–80, hier S. 76–78.

⁵¹ C. M. Cipolla, *The Economic Decline of Italy*, in: ders. (Hrsg.), *The Economic Decline of Empires*, London 1970, S. 196–214; ders., *Before the Industrial Revolution. European Economy and Society, 1000–1700*, London 1976, S. 236–244; D. Sella, *Crisis and Continuity. The Economy of Spanish Lombardy in the Seventeenth Century*, Cambridge, Mass. 1979, S. 83–104; zum Seidengewerbe C. Poni, *Archéologie de la fabrique: La diffusion des moulins à soie »alla bolognese« dans les Etats vénitiens du XVIIe au XVIIIe siècle*, in: *Annales E.S.C.* 27 (1972), S. 1475–1496, hier S. 1496 und ders., *All'origine del sistema di fabbrica: Tecnologia e organizzazione produttiva dei mulini da seta nell'Italia settentrionale (sec. XVII–XVIII)*, in: *Rivista Storica Italiana* 88 (1976), S. 444–497, hier S. 492–496.

⁵² N. W. Posthumus, *De geschiedenis van de leidsche lakenindustrie II. De nieuwe tijd (zestiende tot achttiende eeuw)*. De lakenindustrie en verwante industrieën, Bd. 2–3, 's-Gravenhage 1939, S. 924–964, 1096–1100, 1114–1123; ders., *De industrieële concurrentie tusschen Noord- en Zuid-Nederlandsche nijverheidscentra in de XVIIe en XVIIIe eeuw*, in: *Mélanges d'histoire offerts à H. Pirenne*, Bd. 2, Bruxelles 1926, S. 369–378, hier S. 376–378; Ch. Wilson, *Cloth Production and International Competition in the Seventeenth Century*, in: *Economic History Review* 2nd Ser. 13 (1960/61), S. 209–221, hier S. 213–219; s. jetzt auch H. Diederiks, *Leiden im 18. Jh.*, oder: *Gibt es Grenzen des Niedergangs*, in: W. H. Schröder (Hrsg.), *Moderne Stadtgeschichte*, Stuttgart 1979, S. 145–178.

In Ostmittel- und Osteuropa begünstigten spezifische Bedingungen den Funktionsverlust der Stadt und die Entstehung neuer, unabhängiger Produktionszentren. Die regressiven Tendenzen, die der Übergang zur Gutswirtschaft auslöste, und die Kriegszerstörungen des 17. und beginnenden 18. Jahrhunderts schalteten die Städte weitgehend aus dem Wirtschaftskreislauf aus. In Rußland trat die generelle Schwäche der städtischen Wirtschaft hinzu. Die exzeptionelle Stellung, zu der die Bauernkaufleute von Andrychów (südliches Klempolen) und die leibeigenen Unternehmer von Ivanovo (nördliches Zentralrußland) aufstiegen, hat hier ihren Ursprung.⁵³

4. Die Entstehung von gewerblichen Agglomerationen

Begünstigte die Proto-Industrialisierung auf der einen Seite die partielle oder totale Involution alter städtischer Mittelpunkte, so wirkte sie auf der anderen Seite agglomerationsfördernd und städtebildend. Dörfer und Flecken, aber auch Klein-, Zwerg- und »Minderstädte« (H. Stoob) des späten Mittelalters entwickelten sich im Verlauf der Proto-Industrialisierung zu machtvollen gewerblichen Zentren, die ihrerseits ihr Umland in den Prozeß der gewerblichen Warenproduktion hineinzogen.⁵⁴ Eines der frühesten Beispiele für diesen Vorgang ist zweifellos der Aufstieg von Hondshoote zum Zentrum der flandrischen »nouvelles draperies«. Noch im 14. Jahrhundert ein »modeste bourg rural« (E. Coornaert), sicherte es sich im 16. Jahrhundert die Vorrechte einer Stadt. Die Zahl

seiner Bewohner erhöhte sich auf mehr als 12000. Seine Wollzeugexporte stiegen bis auf 97705 Stück im Jahre 1568. »Son industrie créa«, wie Emile Coornaert, sein moderner Historiker schrieb, »une Hondshoote nouvelle«. Erst die religiösen und politischen Wirren am Ende des 16. Jahrhunderts und die Kriege des 17. Jahrhunderts setzten diesem beispiellosen Erfolg für immer ein Ende.⁵⁵

Nicht weniger erstaunlich war der Aufstieg der beiden Dörfer Roubaix und Tourcoing im Nordosten von Lille. Nach einer Enquete aus dem Jahre 1693 gab es in den beiden Dörfern jeweils 500 Webstühle; die Zahl der Personen, die im Textilgewerbe beschäftigt waren, wurde für die zwei Dörfer und deren Einzugsbereich auf 44000 geschätzt. Für Lille nannte der Intendant in demselben Jahr nur 20000 Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter.⁵⁶ Während die Wolltuchproduktion von Roubaix zwischen 1720 und 1787 von 10000 auf 50000 Stück stieg, fiel die von Lille beträchtlich. Allerdings konnten sich die Kaufleute von Lille bis zum Ende des Ancien Régime den Absatz der Textilproduktion von Roubaix vorbehalten.⁵⁷ Lille pochte auf seine Privilegien, Roubaix reklamierte für sich wirtschaftliche Freiheit. »Le bien du commerce demande qu'il y ait liberté entière tant à la campagne qu'à la ville de fabriquer toutes sortes d'étoffes de laine, liberté nécessaire pour nourrir une certaine émulation entre les ouvriers de la ville et de la campagne, afin que travaillant à l'envi l'un de l'autre, ils perfectionnent leurs ouvrages et que le débit et la consommation en augmentent«, erklärte Roubaix um 1760.⁵⁸

In England entstanden seit dem 16. Jahrhundert eine ganze Reihe proto-industriell bestimmter »new towns«. Zu ihnen gehören Manchester, Leeds, Halifax, Birmingham und Sheffield.⁵⁹ Wenn vom Birmingham der Tudor-Zeit gesagt worden ist: »...it was still

⁵³ J. Topolski, La régression économique en Pologne du XVIe au XVIIIe siècle, in: Acta Poloniae Historica 7 (1962), S. 28–49; M. Kulczykowski, Andrychowski ośrodek płócienniczy w XVIII i XIX wieku [Das Leinwandzentrum von Andrychów im 18. und 19. Jahrhundert], Wrocław usw. 1972; ders., Chłopskie tkactwo bawełniane w ośrodku andrychowskim w XIX wieku [Bäuerliche Baumwollweberei im Zentrum Andrychów im 19. Jahrhundert], Wrocław 1976; R. Portal, Aux origines d'une bourgeoisie industrielle en Russie, in: Revue d'histoire moderne et contemporaine 8 (1961), S. 35–60, hier S. 44–53 und V. K. Jacunskij, Formation en Russie de la grande industrie textile sur la base de la production rurale, in: Deuxième conférence internationale d'histoire économique. Aix-en-Provence 1962, Bd. 2, Paris usw. 1965, S. 365–376, hier S. 366–373.

⁵⁴ H. Stoob, Kartographische Möglichkeiten zur Darstellung der Stadtentstehung in Mitteleuropa, besonders zwischen 1450 und 1800, in: ders., Forschungen zum Städtewesen in Europa, Bd. 1, Köln usw. 1970, S. 15–42, hier S. 25–28, 33; ders., Minderstädte. Formen der Stadtentstehung im Spätmittelalter, in: ebda., S. 225–245; M. Schaab, Städtlein, Burg-, Amts- und Marktflecken Südwestdeutschlands in Spätmittelalter und früher Neuzeit, in: E. Meynen (Hrsg.), Zentralität (s. A 23), S. 219–271; s. auch M. Terao, Minderstadt in historischer Sicht. Die Entwicklungslinie der Freiheit Altena, in: I. Bog u. a. (Hrsg.), Wirtschaftl. und soziale Strukturen im säkularen Wandel. Festschrift für W. Abel zum 70. Geburtstag, Bd. 2, Hannover 1974, S. 377–398. Generell N. J. G. Pounds, An Historical Geography of Europe, 1500–1840, Cambridge 1979, S. 155–157; zu England s. u. A 59; zu Rheinland G. Adelmann, Die ländl. Textilgewerbe des Rheinlandes vor der Industrialisierung, in: Rhein. Vierteljahrsbl. 43 (1979), S. 260–288, hier S. 269–271. Eine gewisse Parallele sind die Bergstädte des 15. bis 17. Jhs.; s. H. Stoob, Über frühneuzeitliche Städtetypen, in: ders., a.a.O., S. 246–284, hier S. 253–264.

⁵⁵ E. Coornaert, Un centre industriel d'autrefois. La draperie-sayerterie d'Hondshoote (XIVe–XVIIIe siècle), Paris 1930, S. 1–69 und passim, zit. S. 30.

⁵⁶ A. Lottin, Chavatte, ouvrier lillois, un contemporain de Louis XIV, Paris 1979, S. 52–54; s. ferner L. Trenard, in: ders. (Hrsg.), Histoire d'une métropole. Lille, Roubaix, Tourcoing, Toulouse 1977, S. 196–199, 229, 245 f.; G. Teneul, Histoire économique de Roubaix, suivie de réflexions sur notre temps, Roubaix 1962, S. 25–94; L. Trenard, Roubaix, ville drapante entre Lille et Tournai (1469–1776), in: Revue du Nord 51 (1969), S. 175–199, insbesondere zu den Auseinandersetzungen zwischen Lille und Roubaix; P. Deyon, Un modèle à l'épreuve, le développement industriel de Roubaix de 1762 à la fin du XIXe siècle, in: Revue du Nord 63 (1981), S. 59–66, hier S. 59 f.

⁵⁷ P. Deyon, La diffusion rurale des industries textiles en Flandre française à la fin de l'Ancien Régime et au début du XIXe siècle, in: Revue du Nord 61 (1979), S. 83–95, hier S. 92 f., 95 A 33; s. auch die Graphik: ders., Concurrence (s. A 26), S. 30.

⁵⁸ Zit. nach L. Trenard, Roubaix (s. A 56), S. 188. – Elbeuf, das im 18. Jh. zum größten Wollgewerbezentrum der Normandie aufstieg (noch 1762 als »bourg« bezeichnet; 1707: 1400–1800, am Vorabend der Revolution 4800–5800 Einwohner), ließe sich Roubaix an die Seite stellen; s. J. Kaplow, Elbeuf during the Revolutionary Period: History and Social Structure, Baltimore 1964, S. 19–51.

⁵⁹ Clark / Slack, Towns (s. A 47), S. 38–45; T. S. Willan, Elizabethan Manchester, Manchester 1980, S. 51–80, 127–129; W. G. Rimmer, The Evolution of Leeds to 1700, in: Publications of the Thoresby Society 50 (1967), S. 91–129; M. E. François, The Social and Economic Development of

no more than a group of villagers, diversifying their agriculture with other and not always highly remunerative pursuits« (W. H. B. Court), so gilt das mehr oder weniger auch von den anderen »new towns«. ⁶⁰ Sie alle waren Zentren des ländlichen Exportgewerbes. John Leland schrieb bereits 1538 nicht ohne Übertreibung von Birmingham: »A great part of the town is maintained by smiths, who have their iron and sea-cole out of Staffordshire«. ⁶¹ Dem entsprach, daß die gewerbliche Warenproduktion nicht auf sie beschränkt war, sondern auch ihren näheren und weiteren Umkreis erfaßt hatte. 1672 standen nur 38% der 596 Schmieden im südlichen Yorkshire und nördlichen Derbyshire in der »township« von Sheffield, die übrigen 62% verteilten sich über deren Einzugsbereich. ⁶² Zum Teil konzentrierten sich diese neuen Städte wie etwa Manchester und Leeds auf die Endverarbeitung und den Handel. ⁶³ Was ihnen entscheidende Vorteile gegenüber den alten Städten einbrachte, waren ihr »unincorporated« Status und das Fehlen hoher Steuerlasten. Selbst dann, wenn sie wie Leeds (1626) eine »charter of incorporation« erhielten, bewahrten sie sich einen relativ großen Grad von »Freiheit«. ⁶⁴

Proto-industrielle Produktionszentren entstanden auch am Nordrand des Hohen Venns. Während die städtischen Anfänge von Monschau in das späte Mittelalter zurückreichen, wurden Verviers erst 1651 und Eupen gar erst 1808 Stadt. ⁶⁵ Mit der Verleihung des Stadtrechts wurde hier eine Entwicklung sanktioniert, welche die Proto-Industrialisierung in Gang gebracht hatte. In Monschau füllte sie hingegen einen Rahmen aus, der bereits seit 1361 gegeben war. 1764 behaupteten die Monschauer Feintuchfabrikanten, »daß wir ... von unseren alleinigen Fabriken mehr denn 6000 Menschen an Brod erhalten, ... und dies in einem Land, wo wegen Unfruchtbarkeit des Erdreichs, kalten und rauhen climatis die wenigste darinnen wohnende Menschen vom Ackerbau zu leben vermögen, und wo vor

Halifax, 1558–1640, in: Proceedings of the Leeds Philosophical and Literary Society. Literary and Historical Section 11, 8 (1966), S. 217–280, hier S. 258–270; W. H. B. Court, The Rise of the Midland Industries, 1600–1838, Oxford usw. ²1965, S. 33–50; C. Gill, History of Birmingham, Bd. 1, Oxford 1952, S. 32–61; s. auch J. Patten, English Towns, 1500–1700, Dawson 1978, S. 177–180. Für das 18. Jh. C. W. Chalkin, The Provincial Towns of Georgian England. A Study of the Building Process, 1740–1820, London 1974, S. 20–23, 32–47.

⁶⁰ W. H. B. Court, Industries (s. A 59), S. 32.

⁶¹ Zit. nach W. H. B. Court, Industries (s. A 59), S. 37, dort auch S. 37f. zur Relativierung dieser Aussage.

⁶² D. Hey, The Rural Metalworkers of the Sheffield Region. A Study of Rural Industry before the Industrial Revolution, Leicester 1972, S. 11f.

⁶³ Wadsworth / Mann, Cotton Trade (s. A 15), S. 241–260 und R. G. Wilson, Gentlemen Merchants. The Merchant Community of Leeds, 1700–1830, Manchester usw. 1971, S. 194–198.

⁶⁴ Clark / Slack, Towns (s. A 47), S. 39f.; M. J. Daunton, Towns (s. A 47) S. 263f.

⁶⁵ Ch. Orban, in: Verviers »Bonne Ville« a trois cents ans. Petite monographie illustrée publiée par l'administration municipale, Verviers 1951, S. 38f.; M. Barkhausen, Verviers. Die Entstehung einer neuzeitl. Industriestadt im 17. und 18. Jh., in: Vierteljahrsschr. f. Sozial- und Wirtschaftsgesch. 47 (1960), S. 363–375, hier S. 364–369; P. Lebrun, Industrie (s. A 35), passim; J. E. Heinen, Pfarrgeschichte Eupens. Mit bes. Berücksichtigung der Ortsgeschichte, Eupen 1896, S. 29f.

Anpflanzung unserer Tuchfabriken ein unbeschreiblicher Geldmangel regierte, wessen jetzo Ueberfluß vorhanden, wovon alt und jung, selbst 5 und 6jährige Kinder, nach allerhand Gattung bey solchen fabriken vorfallender großer und kleiner Arbeit, sehr nützlich participiren, ...«. ⁶⁶ Die Zahl der im Textilgewerbe beschäftigten Personen wurde im Limburgischen und im Franchimont für 1789 auf 25 000 geschätzt; von ihnen arbeiteten etwa 7000 für Verviers. ⁶⁷

Das bergische Land, von dem P. A. Nemnich 1809 schrieb, man könnte es, »wie es heut zu Tage beschaffen ist, ein England im Kleinen nennen«, war voll von proto-industriellen Ballungszentren. ⁶⁸ Das heutige Wuppertal geht auf eine solche zurück. Elberfeld erhielt ein Stadtprivileg zwar schon 1610 – die Anfänge städtischer Institutionen lassen sich bis in das späte Mittelalter zurückverfolgen –, aber Barmen wurde das Stadtrecht erst 1808 gewährt, obwohl es bereits an die 16 000 Einwohner hatte und ein textilgewerbliches Zentrum ersten Ranges war. ⁶⁹ Das Amt Barmen »bildet...«, der Lage nach, jetzt ein wirkliches Ganze. Der halbstündige Weg aus dem offenen Elberfeld nach dem offenen Gemarkungslauf zwischen steten Fabrikhäusern und Bleichen an der Wupper hin, so daß man nie eine Heerstraße, sondern nur einen etwas weniger bebauten Theil derselben Stadt zu passiren glauben sollte; und dasselbe Leben, dieselbe Häuser-, Bleichen- und thätige Menschenreihe führt durch das Wupper-Thal aus dem Bergischen in die von Elberfeld gegen zwei Stunden entfernte preussische Grenze hin. Das Ganze bildet eine Manufakturanlage«, berichtete 1803 Justus Gruner. ⁷⁰ Von Remscheid, das Stadtrechte gleichzeitig mit Barmen erhielt, schrieb noch 1879 Alphons Thun: »Da ist nichts Städtisches, keine Planmäßigkeit«. ⁷¹

Ein überaus signifikantes Beispiel für den agglomerationsfördernden Charakter der Proto-Industrialisierung ist das niederrheinische Krefeld. Ihm war zwar 1373 ein Stadtprivileg gewährt worden, aber es war noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts nicht mehr als ein ummauertes Dorf. ⁷² 1716 zählte es erst 1932 Einwohner. Sein steiler Aufstieg begann nach der Zuwanderung mennonitischer Flüchtlinge im 17. Jahrhundert in den zwanziger Jahren des 18. Jahrhunderts mit dem Übergang vom Leinen- zum Seidengewerbe. Die Bevölke-

⁶⁶ H. Pilgram, Der Landkreis Monschau. Regierungsbezirk Aachen, Bonn 1958, S. 80f.; E. Barkhausen, Tuchindustrie (s. A 35), passim, das Zitat S. 93.

⁶⁷ P. Lebrun, Industrie (s. A 35), S. 270f.

⁶⁸ P. A. Nemnich, Tagebuch einer der Kultur und Industrie gewidmeten Reise, Bd. 2, Tübingen 1809, S. 405.

⁶⁹ H. Kisch, Monopoly (s. A 48), passim; W. Köllmann, Sozialgesch. der Stadt Barmen im 19. Jh., Tübingen 1960, S. 1–13; J. Reulecke, Nachzügler und Pionier zugleich: das Bergische Land und der Beginn der Industrialisierung in Deutschland, in: S. Pollard (Hrsg.), Region und Industrialisierung. Studien zur Rolle der Region in der Wirtschaftsgesch. der letzten zwei Jahrhunderte, Göttingen 1980, S. 52–68, hier S. 52–58.

⁷⁰ J. Gruner, Meine Wallfahrt zur Ruhe und Hoffnung oder Schilderung des sittl. und bürgerl. Zustandes Westphalens am Ende des 18. Jhs., Bd. 2, Frankfurt 1803, S. 313f.

⁷¹ A. Thun, Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter, Bd. 2, Leipzig 1879, S. 4.

⁷² G. Rothhoff, Krefelds Stadterhebung 1373, in: Krefelder Studien 1 (1973), S. 1–37, bes. die Zusammenfassung S. 32.

rung nahm schnell zu. 1798 hatte Krefeld 6497 Einwohner (mit Vororten 8947).⁷³ 1794, am Ende der preußischen Zeit, waren 601 Seidenwebstühle und 16 Zwirnmühlen in Gang. Die Zahl der Arbeiter wurde auf 1286 beziffert.⁷⁴ Inzwischen hatte das Seidengewerbe auch das Umland von Krefeld erfaßt. Als die Landstände des Kölner Stiftes 1784 über Maßnahmen gegen die Einfuhr preußischer Scheidemünzen berieten, wies der Verwalter des Amtes Kempen darauf hin, »daß die kurtz hiebey gelegene stadt Kreveld sehr viele ansehnliche fabriken hatt, wovon hunderte menschen in hiesigen ämteren (Kempen und Oedt) und übrigen angränzenden gegenden ihre nahrung haben« und daß wenn diese »das preussische geld entweder gar nicht oder nicht zu hoch, wie es ihnen angedrungen wird, anzunehmen sich weigeren wollen, selbige alsdan gar keine arbeit mehr bekommen, wodurch also diese, um ihre nahrung nicht zu verlieren, gezwungen werden, sich nach dem willen deren kaufleuthen zu fügen.«⁷⁵

20 Jahre später schrieb der Maire von Krefeld an den Directeur des Douanes in Kleve, die Krefelder Seidenfabriken »occupent un grand nombre d'ouvriers et n'en ayant pas assez dans l'enceinte de la commune, les fabricants employent une grande quantité dans les communes avoisinantes et d'autres éloignées déjà de quelques lieux de Creveld. Ces ouvriers travaillent à gages tant pour dévider les soies que comme tisserands et viennent journellement chez les fabricants pour rapporter leurs ouvrages faits et charger (!) des nouvelles soies, dont ils ont besoin.«⁷⁶ 1810 werden für Krefeld und dessen Umgebung 5890 Seidenwebstühle genannt; von diesen arbeiteten 3890 für Krefelder Verleger, die übrigen 2000 für Verleger in Süchteln, Kaldenkirchen, Gladbach und anderen Orten. Bis 1880, einem Jahr, in dem die Endkrise der Seidenhausindustrie ihrem Höhepunkt zustrebte, stieg die Zahl der Seidenwebstühle bis auf 42 828; von diesen standen nur noch 6497 in Krefeld selbst.⁷⁷ Das sind 15,2%. Unterdessen hatte sich zwischen Krefeld und seinem Umland eine Produktdifferenzierung herausgebildet.⁷⁸

⁷³ G. Rothhoff, Das Münkerhofverzeichnis, in: Die Heimat 36 (1965), S. 65–79, hier S. 66; Stadtarchiv Krefeld 2 Nr. 39; H. Botzet, Die Krefelder Einwohnerzahlen im 17. und 18. Jh. Eine bevölkerungstatistische Untersuchung, in: Die Heimat 36 (1965), S. 80–92; ders., Die Anfänge einer eigenständigen Geschichte der Gewerbestadt Krefeld. Zur Neuorientierung der Krefelder Lokalhistorie, in: ebda., 39 (1968), S. 45–51; H. Kisch, Mercantilism (s. A 48), S. 22 ff. (hier noch die ältere Anschauung, die das Krefelder Seidengewerbe in das 17. Jh. zurückdatiert).

⁷⁴ Stadtarchiv Krefeld 1 A Nr. 60 fol. 191v–192.

⁷⁵ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf: Kurköln II 1040 fol. 144–144v; s. W. Föhl, Die Träger der Krefelder Wirtschaft im 18. Jh., in: ders., Aufsätze aus zwei Jahrzehnten, Kempen 1976, S. 417–434, hier S. 432–434.

⁷⁶ Stadtarchiv Krefeld 2 Nr. 5 fol. 116v.

⁷⁷ Vgl. dazu Tabelle 1.

⁷⁸ H. van der Upwich, Geschichte und Entwicklung der Rheinischen Samt- und Seidenindustrie, Diss. rer. pol. Köln 1920, S. 102f.; Hae-Bon Chung, Das Krefelder Seidengewerbe im 19. Jh. (ca. 1815–1880), Diss. phil. Bonn 1974, S. 16–29. Ich bereite eine größere Arbeit über die Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsgesch. der (Seiden-)Hausindustrie in Krefeld und seinem Umland (Anfang 18. – Ende 19. Jh.) vor.

Tabelle 1: Seiden-, Samt- und Bandwebstühle in Krefeld und seinem Umland 1794–1880¹⁾

Jahr	Seidenstühle		Samtstühle ²⁾		Bandstühle		Gesamt		Summe	Anteil des Umlandes in %
	Stadt	Umland	Stadt	Umland	Stadt	Umland	Stadt	Umland		
1794	407	?	?	?	194	?	601	?	?	?
1810	?	?	?	?	?	?	?	?	5890 ³⁾	?
1822	1122	719	?	?	104 ⁴⁾	833 ⁴⁾	1226	1552	2778	55,9
1837	2200	2197	?	?	140	397	2340	2594	4934	52,6
1849	6000	6880	?	?	250	1431	6250	8311	14561	57,1
1858	7316	17345	?	?	—	72	7316	17417	24733	70,4
1880	6407	10392	61	25700	29	239	6497	36331	42828	84,8

¹⁾ in den Kreisen Krefeld, Geldern, Gladbach, Grevenbroich, Kempen, Kleve, Moers und Neuß des Regierungsbezirks Düsseldorf und den Kreisen Erkelenz, Geilenkirchen, Heinsberg und Jülich des Regierungsbezirks Aachen

²⁾ bis auf 1880 in der Zahl der Seidenstühle enthalten

³⁾ davon 3890 im Dienste von Krefelder Verlegern

⁴⁾ Gänge

Quellen: Stadtarchiv Krefeld: 1 A Nr. 60; Archives Nationales, Paris: F 12, 1584; Hauptstaatsarchiv Düsseldorf: Reg. Düsseldorf Nr. 2159, 2160, 2166; Reg. Aachen Nr. 365, 367, 369, 372; H. Brauns, Der Übergang von der Handweberei zum Fabrikbetrieb in der niederrheinischen Samt- und Seidenindustrie und die Lage der Arbeiter in dieser Periode, Leipzig 1906, S. 250.

Krefeld hatte sich nahezu ausschließlich auf die Herstellung von seidenen und halbseidenen Stoffen konzentriert, während sich seine weitere Umgebung der Verfertigung von einfacheren Waren, nämlich der von Samt und von Bändern zugewandt hatte. In der näheren Umgebung von Krefeld überwog hingegen die Stoffweberei. Je geringer der Anteil der Rohstoffkosten und je höher der Anteil der Arbeitskosten an den betreffenden Erzeugnissen war, desto weiter entfernte sich der jeweilige Zweig der Seidenweberei von seinem Zentrum Krefeld mit seinen relativ hohen Stücklöhnen. Die Höhe des Lohnes wurde zum wichtigsten standortbildenden Faktor. Krefeld hatte sich innerhalb von 150 Jahren nicht nur zu einem hausindustriell bestimmten Ballungszentrum entwickelt – in ihm wohnten 1880 73 872 Menschen –, sondern es hatte auch mit dem Export der Seidenweberei in sein Umland dieses völlig seinen Reproduktionserfordernissen dienstbar gemacht.

Proto-industrielle Agglomerationen scheinen vor allem dort entstanden zu sein, wo das Gewerbe verlagsmäßig organisiert war und manufaktuell zusammengefaßte Arbeitsgänge eine relativ große Bedeutung hatten, wo also die Kontrolle des Produktionsprozesses durch Verleger-Kaufleute relativ weit fortgeschritten war. Die spezifische Struktur der Produktionsverhältnisse wirkte agglomerationsbildend. Von Bedeutung war in diesem Zusammenhang, daß sich an dem betreffenden Ort eine Gruppe von Kaufleuten und Verlegern

herausbildete, welche die Lenkung der Produktion und den Handel in die Hand nahm. Wenn letzteres wie im Fall von Roubaix nicht gelang und sich die ursprüngliche Metropole die Kommerzialisierung der Produktion vorbehalten konnte, war das eine Ausnahme.

Manche Gewerbe, vor allem diejenigen, die Waren von hoher Qualität herstellten, waren auf die Skalenerträge angewiesen, die eine Konzentration des Produktionsprozesses an einem Ort, wenn auch auf hausindustrieller Basis ermöglichte; sie trugen auf diese Weise zur Agglomerationsbildung bei. Entsprechend ihrem Charakter als Zentren des verdichteten ländlichen Gewerbes bezogen solche Agglomerationen ihr Umland in den Prozeß der gewerblichen Warenproduktion ein. War das nicht von Anfang an der Fall wie zum Beispiel in Krefeld, dauerte es im allgemeinen nicht lange, bis auch hier dieser Prozeß einsetzte. Ein entscheidendes Merkmal fast aller dieser proto-industriellen Zentren war das Fehlen derjenigen Strukturen, die in den alten Gewerbestädten die Freiheit des Arbeitsmarktes einengten und die hausindustrielle Produktionsweise in einen vorgegebenen, relativ starren Rahmen zwängten.⁷⁹ Der Verwertungs- und Akkumulationsprozeß des Handelskapitals konnte hier, ohne auf große Hindernisse zu stoßen, vonstatten gehen.⁸⁰

5. Exportgewerbestädte und Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion

Die Entstehung proto-industrieller Agglomerationen auf dem Lande – zum Teil in Anlehnung an im Spätmittelalter entstandene Kleinstädte – war in gewisser Weise nur die Kehrseite des Funktionsverlustes der großen Exportgewerbestädte. Diese büßten in vielen

⁷⁹ Besonders explizit *P. Lebrun*, *Industrie* (s. A 35), S. 255–268. In manchen proto-industriellen Agglomerationszentren entstanden freilich ebenfalls zunftähnliche Organisationen; vgl. für die bergische Kleineisenregion *A. Thun*, *Industrie* (s. A 71), Bd. 2, S. 43–54, 109–117; *R. Kaiser*, *Solingen* (s. A 18), S. 9f.; *Henkel / Taubert*, *Maschinenstürmer* (s. A 37), S. 153–156, 171–178; *W. Engels / P. Legers*, *Aus der Geschichte der Remscheider und bergischen Werkzeug- und Eisen-Industrie*, Bd. 1, Remscheid 1928, S. 71–79, 131–136, 176–189, 203–220. Zur kurzlebigen Leineweberzunft im Wuppertal (1738–1783) s. *H. Kisch*, *Monopoly* (s. A 55), S. 107–183, bes. S. 158f. In Frankreich scheinen, meist unter Nachhilfe des Staates, überall in den neuen proto-industriellen Zentren Zünfte entstanden zu sein; s. *G. Teneul*, *Roubaix* (s. A 56), S. 81–87 und *J. Kaplow*, *Elbeuf* (s. A 58), S. 33–35, 79–84. Allerdings dürfte die zünftische Einbindung des Gewerbes nicht so rigide gewesen sein wie in den alten Gewerbestädten. Vertraten diese Zünfte mehr oder weniger die Interessen der Produzenten, kamen die in manchen Territorien ins Leben gerufenen Landzünfte (in Hessen-Kassel jeweils für ein Amt) einem Ordnungsinteresse des Staates nach.

⁸⁰ Unterhalb der Ebene, auf die hier abgehoben wurde, entstanden im Zusammenhang mit der Proto-Industrialisierung ländliche Mittelpunktorte. Sie waren nicht nur Zentren des ländl. Gewerbes, sondern auch Sammelpunkte für die in ihrem Umkreis hergestellten Waren. Mitunter verhinderten in ihrer Nähe gelegene Städte wie etwa Ulm im Falle des Weberdorfes Langenau ihren weiteren Aufstieg (bis hin zur Stadt); s. *M. Schaab*, *Städtlein* (s. A 54), S. 247f.

Fällen nicht völlig ihre Bedeutung als Zentren der gewerblichen Warenproduktion ein, aber Städte wie Florenz, Köln oder Nürnberg waren im 18. Jahrhundert nur noch ein Schatten ihrer einstigen Größe. Im späten Mittelalter war es dem Verlagskapital hier gelungen, seinen internen Bewegungsspielraum entscheidend auszuweiten. So hatten es etwa die Florentiner »lanaioli« verstanden, die Wollarbeiter, die »sottoposti« der »Arte della lana«, nahezu vollständig von sich abhängig zu machen.⁸¹ Aber diese Erfolge waren nicht von Dauer. Die kleinen Produzenten konnten sich der Unterordnung unter das Verlagskapital entziehen. Die Zünfte erstarkten. Damit war der gewerbliche Expansionsprozeß beendet.⁸² Nur wenigen alten Gewerbestädten gelang es, an der proto-industriellen Entwicklung teilzuhaben. Diese Teilhabe war freilich immer gefährdet.

Augsburg konnte anders als Nürnberg seine Position als Gewerbestadt relativ gut verteidigen. Die Zahl der Webermeister erreichte freilich nicht mehr den Höchststand zu Beginn des 17. Jahrhunderts. Gab es 1619 noch 2136 Webermeister, so stieg deren Zahl nach ihrem Tiefstand zu Beginn des 18. Jahrhunderts (1720: 468 Webermeister) nur auf 700 im Jahre 1788.⁸³ Ein kompensatorischer Effekt ging von den seit dem Ausgang des 17. Jahrhunderts in rascher Folge entstehenden Kattundruckereien aus. Man hat die Zahl der Menschen, die durch sie in den siebziger und achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts direkt oder indirekt, d. h. als Drucker, Weber und Spinner, in Arbeit und Brot gesetzt wurden, auf 6500 geschätzt.⁸⁴ 1786 wurden etwa 209 000 Baumwolltuche bedruckt; von

⁸¹ *A. Doren*, *Die Florentiner Wollentuchindustrie vom 14. bis zum 16. Jh.* Ein Beitr. z. Gesch. des modernen Kapitalismus, Stuttgart 1901, S. 210–327, 448–481; vorzügliche Zusammenfassung des Forschungsstandes bei *V. Hunecke*, *Il Tumulto dei Ciompi – 600 Jahre danach. Bemerkungen zum Forschungsstand*, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 58 (1978), S. 360–410, hier S. 372–384; *F. Irsigler*, *Köln* (s. A 23), passim; *H. Aubin*, *Formen und Verbreitung des Verlagswesens in der Altnürnberger Wirtschaft*, in: *Beitr. z. Wirtschaftsgesch. Nürnbergs*, Bd. 2, Nürnberg 1967, S. 620–668, hier S. 623–641, 662–668; *ders.*, *Die Stückwerker von Nürnberg bis ins 17. Jh.*, in: *Beitr. z. Wirtschafts- und Stadtgeschichte. Festschrift für H. Ammann*, Wiesbaden 1967, S. 333–352; zu den flandr. Städten s. *H. van Werveke*, *Industrial Growth in the Middle Ages. The Cloth Industry in Flanders*, in: *Economic History Review*, 2nd Ser. 6 (1953/54), S. 237–245.

⁸² *C. M. Cipolla*, *Decline* (s. A 51), S. 205–207; *S. Gramulla*, in: *Kölner Wirtschaft* (s. A 48), Bd. 1, S. 500–505; *E. Wiest*, *Die Entwicklung des Nürnberger Gewerbes zwischen 1648 und 1806*, Stuttgart 1968, S. 156–162.

⁸³ *C.-P. Clasen*, *Die Augsburger Weber. Leistungen und Krisen des Textilgewerbes um 1600*, Augsburg 1981, S. 17–22; *P. Dirr*, *Augsburger Textilindustrie im 18. Jahrhundert*, in: *Zeitschr. des Hist. Vereins f. Schwaben und Neuburg* 37 (1911), S. 1–106, hier S. 9–12; *W. Zorn*, *Handels- und Industriegesch. Bayer.-Schwabens 1748–1870. Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgesch. des schwäb. Unternehmertums*, Augsburg 1961, S. 42; *R. Bettger*, *Das Handwerk in Augsburg beim Übergang der Stadt an das Königreich Bayern. Städt. Gewerbe unter dem Einfluß politischer Veränderungen*, Augsburg 1979, S. 179.

⁸⁴ *P. Dirr*, *Textilindustrie* (s. A 83), S. 28–95; *W. Zorn*, *Handels- und Industriegesch.* (s. A 83), S. 42–66.

diesen wurden 28% eingeführt. (An der Einfuhr von Kattunen entzündeten sich die Weberunruhen von 1784 und 1794.) Sie stammten allerdings nicht in erster Linie aus dem Augsburger Umland, sondern aus Ostindien, der Schweiz und Sachsen. Es scheint demnach in dieser Hinsicht nicht zu einer engen proto-industriellen Verzahnung zwischen Augsburg und seinem Einzugsbereich gekommen zu sein.⁸⁵ Wenn man von einer solchen sprechen kann, dann insoweit, als die Produktion von einfacheren Waren, vor allem von Leinen und billigeren Baumwollstoffen an das Land übergang, während sich die Augsburger Weber auf feine Kattune spezialisierten. Ihre Proteste gegen die »Hecken- und Staudenwaren« des Landes richteten sich gegen diese Arbeitsteilung.⁸⁶

Dem durch seine zünftische Verfassung eingeengten Tuchgewerbe von Aachen erstanden zwar in Burtscheid, Stolberg, Monschau, Vaals, Eupen und Verviers scharfe Konkurrenten, aber es produzierte noch 1786 18000 bis 20000 Wolltuche im Wert von 5,6 Millionen Livres.⁸⁷ Ohne diese Basis wäre der glänzende Aufschwung des Aachener Tuchgewerbes in der französischen Zeit, in der die zünftischen Wirtschaftsschranken beseitigt wurden, nicht möglich gewesen. Ein großer Teil des Aachener Tuchs wurde allem Anschein nach trotz aller Verbote in den umliegenden Dörfern und kleinen Städten gewebt und gefärbt. Daß das Stadt-Land-Verhältnis im Falle des Tuchgewerbes dennoch bis zum Ende des 18. Jahrhunderts jedes dynamischen Zuges entbehrte, sich vielmehr krisenhaft zuspitzte, lag primär an den noch immer stark von den Zünften bestimmten Produktionsverhältnissen.⁸⁸ Positiver gestaltete sich das Stadt-Land-Verhältnis im Hinblick auf das Aachener Nähadelgewerbe, das im 18. Jahrhundert in Europa eine führende Stellung einnahm. Es wurde zwar gleichfalls von der Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion erfaßt – mehr als zwei Drittel aller Arbeiter wohnten in den Dörfern vor den Toren von Aachen –, doch nahm diese nach langen Auseinandersetzungen zwischen Verlegern, Zunft und Rat die Form der Spezialisierung an: die feineren Nadeln wurden in der Stadt, die gröberen auf dem Land gefertigt.⁸⁹ Dem Verlagskapital war es in erheblich

stärkerem Maße als im Tuchgewerbe gelungen, die zünftischen Reglementierungen zu durchbrechen bzw. zu modifizieren, freilich nicht ohne immer wieder zurückstecken zu müssen.

In England gelang es unter den alten Gewerbestädten allein Norwich, seine Position zu sichern und darüber hinaus auszubauen. Erst die Reallokationsprozesse, welche die Industrialisierung in Gang setzten, machten seinem Textilgewerbe ein Ende.⁹⁰ Um 1700 war es mit 30000 Einwohnern nach London die größte Stadt in England. 1723 gab Daniel Defoe von ihm eine eindrucksvolle Schilderung: »If a stranger was only to ride thro' or view the city of Norwich for a day, he would think there was a town without inhabitants...; but on the contrary, if he was to view the city, either on a Sabbathday, or on any publick occasion, he would wonder where all the people could dwell, the multitude is so great: But the case is this; the inhabitants being all busie at their manufactures, dwell in their garrets at their looms, and in their combing shops, so they call them, twisting mills, and other work-houses; almost all the works they are employ'd in, being done within doors.«⁹¹ Obwohl das Umland von Norwich, vor allem der Norden und Osten, keineswegs ohne Bedeutung für den Produktionsprozeß war, scheint sich die Gewebeerstellung im späten 17. Jahrhundert in wachsendem Maße in der Stadt konzentriert zu haben. Gleichzeitig schwand die Regulierung des Wirtschaftslebens, vor allem durch die »Weavers' Company«, dahin. Damit entfiel ein zentraler Grund für die Verlagerung der Produktion auf das Land. Daneben dürfte die relativ hohe Diversifizierung der »Norwich stuffs« im Hinblick auf die Bedürfnisse des Binnenmarktes der Stadt einen nicht ohne weiteres einholbaren Vorsprung gegenüber dem Land verschafft haben.⁹²

Die großen Gewerbestädte im französischen Norden, Lille, Rouen und Amiens, waren am Ende des Ancien Régime als Zentren der gewerblichen Warenproduktion noch immer von erheblicher Bedeutung. Das Textilgewerbe von Lille mußte freilich zugunsten des flachen Landes beträchtliche Verluste hinnehmen. Der Index der Produktion fiel zwischen 1673/1708 und 1768/75 von 100 auf 21,3. In einem Mémoire aus dem Jahre 1721 hieß es dazu: »Les manufactures de la campagne sont de meilleure qualité que celles de la ville, elles ont un mérite supérieur par les dessins nouveaux que les habitans ingénieux

⁸⁵ P. Dirr, Textilindustrie (s. A 83), S. 39, 46ff.; W. Zorn, Handels- und Industriegesch. (s. A 83), S. 51–58, 64f.; V. Haertel, Die Augsburger Weberunruhen 1784 und 1794 und die Struktur der Weberschaft Ende des 18. Jhs., in: Zeitschr. des Hist. Vereins f. Schwaben 64/65 (1971), S. 121–268, hier S. 146–169.

⁸⁶ V. Haertel, Weberunruhen (s. A 85), S. 158f., 184f.; zur ländl. Hausindustrie im Einzugsbereich von Augsburg ebda., S. 186–196 und J. L. Kolleffel, Schwäb. Städte und Dörfer um 1750. Geographische und topographische Beschreibung der Markgrafschaft Burgau 1749–1753, Weißenhorn 1974, passim, s. z. B. S. 185f. (Burgau).

⁸⁷ H. Kisch, Erbe des Mittelalters (s. A 37), S. 302 A 269; M. Schultheis-Friebe, Die frz. Wirtschaftspolitik im Roer-Departement 1792–1814, Diss. phil. Bonn 1969, S. 208.

⁸⁸ H. Kisch, Erbe des Mittelalters (s. A 37), S. 267–270, 291–308; H. Kley, Geschichte und Verfassung des Aachener Wollenambachts wie überhaupt der Tuchindustrie der Reichsstadt Aachen, Siegburg 1916, S. 51–54, 218–228.

⁸⁹ J. Koch, Geschichte der Aachener Nähadelzunft und Nähadelindustrie bis zur Aufhebung der

Zünfte in der frz. Zeit (1798), in: Zeitschr. des Aachener Geschichtsvereins 41 (1920), S. 16–122, hier S. 74–85, 95–119. Den aus der Zeit um 1800 vorliegenden Bevölkerungslisten zufolge saßen Nadler vor allem in den Dörfern Pannesheide, Klinkheide, Kohlscheid und Eilendorf (s. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf: Roer-Departement Nr. 1663, 1664, 1667).

⁹⁰ P. Corfield, A Provincial Capital in the Late Seventeenth Century: The Case of Norwich, in: P. Clark / P. Slack (Hgg.), Crisis and Order in English Towns, 1500–1700. Essays in Urban History, London 1972, S. 263–310, hier S. 274–287, 295f.; Clark / Slack, Towns (s. A 47), S. 53; M. J. Daunton, Towns (s. A 47), S. 270.

⁹¹ D. Defoe, A Tour through the Whole Island of Great Britain (Everyman's Library), London 1974, Teil 1, S. 63.

⁹² P. Corfield, Norwich (s. A 90), S. 280–286; s. auch die weiteren Literaturhinweise A 90.

inventent, l'étranger, loin de s'en plaindre, les recherche – préalablement à celles de la ville de Lille«. ⁹³

Während sich im Fall von Lille der Zusammenhang zwischen städtischem und ländlichem Gewerbe immer mehr lockerte, war er in der Ostnormandie fest geknüpft. Obwohl auf Rouen, das sich im 18. Jahrhundert an die Spitze des französischen Baumwollgewerbes setzte, 1775 weniger als ein Drittel der in der Ostnormandie hergestellten Baumwollwaren entfiel, sprach man zurecht von der »fabrique de Rouen«. Alle Fäden vereinigten sich in Rouen: ein nicht völlig unbedeutender Teil der Gewebeerstellung, der Druck, die Organisation der Produktion und der Handel. Allerdings spielten neben Rouen die Städte Yvetot und Bolbec als Subzentren des Baumwollgewerbes der Ostnormandie eine nicht zu unterschätzende Rolle. ⁹⁴

Was Amiens und sein Umland anlangt, so standen um 1785 von etwa 7000 Wollwebstühlen 67% in der Stadt und 23% in den Dörfern seines näheren Einzugsbereiches. Rechnet man die Webstühle im weiteren Umkreis, vor allem im Süden und Südwesten hinzu, steigt freilich der Anteil des Landes auf fast 52%. ⁹⁵ Nach langem Hin und Her war es am Ende des 17. Jahrhunderts zu einem »modus vivendi« zwischen Stadt und Land gekommen. Er bestand darin, daß sich die Stadt die Herstellung feinerer und teurerer Stoffe vorbehielt, während sich das Land auf die Verfertigung gröberer und billigerer Stoffe konzentrierte. ⁹⁶ Dieser »modus vivendi« war von Dauer, solange beide Zweige des Wollgewerbes expandierten. Er zerbrach, als seit den dreißiger Jahren zunächst das Land und seit der Mitte des Jahrhunderts die Stadt von einer Absatzkrise erfaßt wurden. Die starre Reglementierung seiner Wirtschaft nahm Amiens die Möglichkeit, elastisch auf die Veränderungen der Nachfrage zu antworten. Um ihr zu entgehen, nutzten die Verleger das ländliche Arbeitskräftepotential in der näheren Umgebung von Amiens. Hier nahm die Zahl der Webstühle seit den sechziger Jahren sprunghaft zu. Da in Stadt und Land dasselbe hergestellt wurde, war damit die Spezialisierung in einem regionalen Teilbereich aufgehoben. Nur in der entfernteren Umgebung von Amiens webte man weiter gröbere Stoffe. Allerdings ging hier die Produktion zurück. ⁹⁷ Aber auch in dieser neuen, konflikt-

⁹³ T. J. Markovitch, *Les industries lainières de Colbert à la Révolution*, Genève 1976, S. 175–180, das Zitat ebda. S. 177; s. auch L. Trenard, in: *Histoire d'une métropole* (s. A 56), S. 247–251.

⁹⁴ S. Chassagne, *Diffusion* (s. A 16), S. 101; J. Sion, *Paysans* (s. A 16), S. 172–186; P. Dardel, *Commerce, industrie et navigation à Rouen et au Havre au XVIIIème siècle. Rivalité croissante entre ces deux ports. La conjoncture*, Rouen 1966, S. 114–124; J. P. Bardet, in: M. Mollat (Hrsg.), *Histoire de Rouen*, Toulouse 1979.

⁹⁵ Ch. Engrand, *Concurrences et complémentarités des villes et des campagnes: les manufactures picardes de 1780 à 1815*, in: *Revue du Nord* 61 (1979), S. 61–81, hier S. 62–66, danach die Tabelle bei P. Kriedte, *Spätfeudalismus* (s. A 41), S. 164.

⁹⁶ P. Deyon, *Amiens* (s. A 26), S. 214f.

⁹⁷ P. Deyon, *Le mouvement de la production textile à Amiens au XVIIIème siècle*, in: *Revue du Nord* 44 (1962), S. 201–211, hier S. 207–211; Ch. Engrand, *Concurrences* (s. A 95), S. 63.

Tabelle 2: Seidenwebstühle in Lyon und seinem Umland 1790–1872

Jahr	Lyon			Land	Summe	Anteil des Landes in %
	Stadt	Vorstädte	zusammen			
1790	16000	500	16500	30	16530	—
1800	5000	100	5100	42	5142	—
1810	16120	1400	17520	696	18216	4
1820	19200	3500	22700	2586	25286	10
1825	18990	3800	22790	6177	28967	21
1830	18000	11278	29278	8265	37543	22
1835	17000	14523	31523	17983	49506	36
1840	—	—	27450	30050	57500	52
1872	—	—	30000	90000	120000	75

Quelle: M. Lévy-Leboyer, *Les banques européennes et l'industrialisation internationale dans la première moitié du XIXe siècle*, Paris 1964, S. 143

reichen Periode der Beziehungen zwischen Stadt und Land blieb Amiens trotz aller Verluste das Zentrum des Wollgewerbes in der Picardie.

Die »grande fabrique« von Lyon unterlag gewiß nicht weniger rigorosen Reglementierungen als das Wollgewerbe von Amiens. ⁹⁸ Trotzdem setzte die Standortausweitung der Seidenweberei erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein. 1810 standen erst 4% der Webstühle auf dem Land. In den folgenden Jahrzehnten schritt der Ausbau des Landes als Produktionsstandort zügig voran. Bis 1872 stieg der Anteil der auf dem Land arbeitenden Seidenwebstühle an der Gesamtzahl auf 75%. ⁹⁹ Den späten Beginn der Standortausweitung der Seidenweberei wird man erst in zweiter Linie darauf zurückführen dürfen, daß es bis zum Ende des Ancien Régime verboten war, Seidenwebstühle außerhalb der Stadt in

⁹⁸ J. Godart, *L'ouvrier en soie. Monographie du tisseur lyonnais. Etude historique, économique et sociale. Première partie: La réglementation du travail, 1466–1791*, Lyon usw. 1899, S. 77–97, 179–204 und passim; E. Pariset, *Histoire de la fabrique lyonnaise. Etude sur le régime social et économique de l'industrie de la soie à Lyon, depuis le XVIe siècle*, Lyon 1901, S. 127–258; P. Cayez, *Métiers jacquard et hauts fourneaux. Aux origines de l'industrie lyonnaise*, Paris 1978, S. 41–60; M. Gardin, *Lyon et les Lyonnais au XVIIIème siècle*, Paris 1970, S. 275–320, 572–592; zusammenfassend R. J. Bezucha, *The Lyon Uprising of 1834. Social and Political Conflict in the Early July Monarchy*, Cambridge, Mass. 1974, S. 1–13.

⁹⁹ M. Lévy-Leboyer, *Les banques européennes et l'industrialisation internationale dans la première moitié du XIXe siècle*, Paris 1964, S. 138–144 (mit Karte); P. Cayez, *Métiers* (s. A 98), S. 152–159; ders., *Crises et croissances de l'industrie lyonnaise 1850–1900*, Paris 1980, S. 56–61; Y. Lequin, *Les ouvriers de la région lyonnaise (1848–1914)*, Bd. 1, Lyon 1977, S. 27–36 und die Karten 2–15 ebda. S. 491–504; s. auch E. Pariset, *Histoire* (s. A 98), S. 306–308. Die Bandherstellung in der Gegend von St. Etienne könnte freilich als Außenposten der »grande fabrique« schon vor 1789 verstanden werden; s. Lévy-Leboyer, a.a.O., S. 131f.

Betrieb zu nehmen. Die Verleger dürften sich vielmehr von der Sorge bestimmt haben lassen, sie könnten auf dem Land die Kontrolle über ein derart kostbares Rohmaterial wie die Seide verlieren. Vor allem bot aber nur die Stadt jenes hochspezialisierte Arbeitskräftereservoir, dessen es bedurfte, um die Lyoner Qualitätsprodukte herzustellen.¹⁰⁰ Daneben wird die Struktur der »grande fabrique« eine Rolle gespielt haben. Obwohl die Seidenwebmeister in ihrem Lenkungsorgan vertreten waren und zahlreiche Vorschriften den Bewegungsspielraum des Gewerbes stark einschränkten, waren die Produktionsverhältnisse im Kern hausindustrieller Natur. Die Zahl der Personen, die im Seidengewerbe beschäftigt waren, wurde 1789 auf mehr als 34 000 beziffert. Ein Großteil von ihnen stand unmittelbar oder mittelbar in Verlagsbeziehungen zu den 308 Verleger-Kaufleuten, die für dasselbe Jahr genannt werden.¹⁰¹ Gegen sie war die »émeute de deux sous« von 1786 gerichtet.¹⁰² Die hausindustrielle Organisation des Lyoner Seidengewerbes entthob die Verleger in gewisser Weise der Notwendigkeit, die Produktion auf das Land zu verlagern. Zudem bot Lyon mit an die 150 000 Einwohnern in den Jahren 1780/85 ein hinreichend großes Arbeitskräftepotential.¹⁰³ Als dann im 19. Jahrhundert unter gänzlich anderen Bedingungen die Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion begann, stand sie von vornherein wie in Krefeld im Zeichen der Spezialisierung. Der enge Zusammenhang zwischen der gewerblichen Entwicklung in der Stadt und auf dem Land war damit gesichert.¹⁰⁴

Eine führende Teilhabe der alten Gewerbestädte an der Proto-Industrialisierung scheint, so lassen die herangezogenen Beispiele vermuten, nur dort möglich gewesen zu sein, wo es dem Verlagskapital gelungen war, die zünftische Reglementierung des städtischen Wirtschaftslebens einzuschränken. Der Aufbau eines neuen Gewerbes wie des Kattendrucks hatte mitunter denselben Effekt.¹⁰⁵ Fehlte es an einem von beiden und kam womöglich noch eine Absatzkrise struktureller Natur hinzu, welche die gewerbliche Wirtschaft der Stadt vor schwierige Anpassungsprobleme stellte, war diese auf die Dauer ernsthaft gefährdet. Mitunter waren allerdings mit der Konzentration des Produktionsprozesses in den Städten wie im Fall von Lyon und Norwich derart hohe Skalenerträge verbunden, daß das Land gegenüber der Stadt zunächst ohne Chance war.

¹⁰⁰ Darauf wies mich Carlo Poni hin. Im übrigen spricht dafür, daß sich die Standortausweitung der »grande fabrique« im 19. Jh. im Zusammenhang mit der »vogue des tissus nouveauté« vollzog; s. M. Lévy-Leboyer, *Banques* (s. A 99), S. 144.

¹⁰¹ M. Garden, *Ouvriers et artisans au XVIIIe siècle. L'exemple lyonnais et les problèmes de classification*, in: *Revue d'histoire économique et sociale* 48 (1970), S. 28–54, hier S. 28–32, 53 f. sowie die in A 98 genannte Literatur.

¹⁰² L. Trenard, *La crise sociale lyonnaise à la veille de la Révolution*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 2 (1955), S. 5–45, hier S. 23–34.

¹⁰³ M. Garden, *Lyon* (s. A 98), S. 38 f.

¹⁰⁴ M. Lévy-Leboyer, *Banques* (s. A 99), S. 143 f.

¹⁰⁵ So ähnlich wie in Augsburg in Gent; s. P. Lebrun u. a., *Essai sur la révolution industrielle en Belgique, 1777–1847*, Bruxelles 1979, S. 78–96.

Standortausweitung und Standortverlagerung der gewerblichen Warenproduktion stellten die von ihnen betroffenen Städte vor gravierende soziale Probleme.¹⁰⁶ Sichtbares Kennzeichen für die Schwierigkeiten, in denen sich viele Gewerbestädte befanden, war die Stagnation oder der Rückgang ihrer Bevölkerungszahl. Florenz, das um 1600 ca. 75 000 Einwohner zählte, war am Ende des 18. Jahrhunderts noch immer nicht wesentlich größer. Köln, das am Ende des Mittelalters mit ca. 45 000 Einwohnern die größte deutsche Stadt war, erging es ähnlich; für 1794 schätzt man seine Bevölkerungszahl auf ca. 44 000. Geradezu katastrophal war der Bevölkerungsrückgang in Leiden; zwischen 1670 und 1795 fiel die Zahl seiner Einwohner von 70 000 auf 31 000.¹⁰⁷ Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit waren in den alten Gewerbestädten, sofern sie nicht den Anschluß an die proto-industrielle Entwicklung fanden, weit verbreitet. Als J. A. Clermont 1764 seinen Tuchverlag von Aachen nach Vaals verlagerte, beobachtete ein Zeitgenosse, daß »viele Meisterten, nemlich Weber, Schörer, Spinner und desgleichen müßig gehen, welche sonst vor ihm gearbeitet haben...«¹⁰⁸ In Lille ging die Zahl der im Textilgewerbe Beschäftigten im 18. Jahrhundert rapide zurück. Die Armut nahm erschreckende Ausmaße an.¹⁰⁹ Die Krise des Leidener Tuchgewerbes spitzte sich seit dem Ende des 17. Jahrhunderts derart zu, daß eine große Zahl von Arbeitern die Stadt verließ, um sich anderswo ein Auskommen zu suchen.¹¹⁰ Der Unmut der städtischen Gewerbetreibenden richtete sich nicht zuletzt gegen ihre Konkurrenten auf dem Lande;¹¹¹ er steigerte sich mitunter so, daß sie gewaltsam gegen letztere vorgingen, ihre Webstühle zerstörten und die von ihnen herge-

¹⁰⁶ Sie sind in vielem vergleichbar denjenigen, welche die sich seit einigen Jahren abzeichnende neue internationale Arbeitsteilung und die für sie charakteristische Verlagerung von besonders arbeitsintensiven Teilen der gewerbl. Warenproduktion von den Industrieländern in die unterentwickelte Welt hervorgerufen; s. dazu F. Fröbel / J. Heinrichs / O. Kreye, *Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer*, Reinbek 1977 und M. Fay u. a., *Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft* (Starnberger Studien 4), Frankfurt 1980.

¹⁰⁷ D. Herlihy, *Ch. Klapisch-Zuber*, *Les Toscans et leurs familles. Une étude du catasto de 1427*, Paris 1978, S. 181–188; K. J. Beloch, *Bevölkerungsgesch. Italiens*, Bd. 2, Berlin 1965, S. 148 f.; F. Irsigler, in: *Kölner Wirtschaft* (s. A 48), Bd. 1, S. 227; H. Pohl, in: ebda., Bd. 2, S. 23; H. Diederiks, *Leiden* (s. A 52), S. 148–152.

¹⁰⁸ J. Janssen, *Die historischen Notizen*, in: H. A. von Fürth, *Beitr. und Material zur Gesch. der Aachener Patrizier-Familien*, Bd. 3, Aachen 1890, S. 1–390, hier S. 321 und dazu H. Kisch, *Erbe des Mittelalters* (s. A 37), S. 297–300, hier auch S. 297 A 247 teilweise das Zitat.

¹⁰⁹ L. Trenard, in: *Histoire d'une métropole* (s. A 56), S. 247–251.

¹¹⁰ H. Diederiks, *Leiden* (s. A 52), S. 150–156; N. W. Posthumus, *Geschiedenis* (s. A 52), Bd. 3, S. 1037–1114. – Auch proto-industrielle Zentren blieben von den geschilderten Problemen nicht verschont, wie der Ausstand der Monschauer Weber von 1769 zeigt, dessen wesentliche Ursache die Verlagerung der Gewebeherstellung in das Limburger Land war; s. E. Barkhausen, *Tuchindustrie* (s. A 35), S. 98–101.

¹¹¹ Vgl. dazu etwa die Bemerkungen des Liller Wollwebers Chavatte in seinem Tagebuch: A. Lottin, *Chavatte* (s. A 56), S. 81 f.

stellten Waren einzogen. »On vit entrer en ville les voitures qui ramenaient les étilles (Webstühle)«, heißt es 1764 von Amiens nach einer solchen Strafexpedition.¹¹²

6. Zusammenfassung

Die Stadt, ihre von zünftischen Reglements bestimmten Produktionsverhältnisse und die überlieferte Stadt-Land-Arbeitsteilung, die zunächst die gewerbliche Warenproduktion stimuliert hatten, wurden in der Formationsperiode des europäischen Kapitalismus zu einem retardierenden Moment. Um es zu neutralisieren, wichen wichtige Teile des Handelskapitals auf das Land und in kleine Städte, in denen es keine Zünfte gab, aus und entwickelten hier die gewerbliche Warenproduktion in einem großen Maßstab.¹¹³ Das »korporative Monopol« der Stadt (J. Merrington), das zunächst die zentrale Voraussetzung für die Verwertung und Akkumulation des Handelskapitals gewesen war, wurde in zunehmendem Maße disfunktional und zwang das Handelskapital, durch die Einbeziehung des flachen Landes seine Verwertungsstrategie auf eine breitere Basis zu stellen.¹¹⁴ Indem dabei die Arbeitskosten externalisiert, d. h. zu großen Teilen auf die bäuerliche Gesellschaft übertragen wurden, verwandelte das Handelskapital diese in einen Akkumulationsfonds, mit dem es seine eigene Akkumulation vorantrieb.¹¹⁵

Zugleich veränderte es die Grenzen der Ausbeutung von Arbeitskraft zu seinen Gunsten. Hier ist der historische Ort für die Krise der Städte als Zentren der gewerblichen Warenproduktion in der frühen Neuzeit. Zwar waren viele alte Städte weiterhin nicht ohne Bedeutung als gewerbliche Produktionsstätten, aber ihre Gewerbe prosperierten und hatten darüber hinaus Anteil an der Proto-Industrialisierung nur dort, wo es dem

¹¹² P. Deyon, *Mouvement* (s. A 97), S. 210. Solche Strafexpeditionen waren bereits im Flandern des 14. Jhs. keine Seltenheit; s. D. Nicholas, *Tensions* (s. A 26), S. 99–115, 188–199, 209 f.

¹¹³ Vorstädten fielen mitunter ähnliche Funktionen zu; nicht selten waren sie im Prozeß der Standortausweitung der gewerbl. Warenproduktion eine Art Zwischenstation. Zur Vorstadtbildung s. u. a. K. Czok, *Die Vorstädte. Zu ihrer Entstehung, Wirtschafts- und Sozialentwicklung in der älteren deutschen Stadtgesch.*, Berlin 1979; B. von der Dollen, *Vorortbildung. Zur Überformung ländlicher Siedlungen durch die Stadt vor der Industrialisierung*, in: *Die alte Stadt* 7 (1980), S. 3–28. Zu Lyon, wo erst nach 1777 das Aufstellen von Seidenwebstühlen in den Vorstädten möglich wurde, und zu Nîmes, wo sich das Seidengewerbe im 18. Jahrhundert von der Stadt in die Vorstädte verlagerte, s. P. Cayez, *Métiers* (s. A 98), S. 45 und Abb. 12 S. 376; J. Bezucha, *Uprising* (s. A 98), S. 24 bzw. L. Teisseyre-Sallmann, *Urbanisme et société: L'exemple de Nîmes aux XVIIe et XVIIIe siècles*, in: *Annales E.S.C.* 35 (1980), S. 965–986, hier S. 966–972, 976–978.

¹¹⁴ J. Merrington, *Town and Country in the Transition to Capitalism*, in: P. Sweezy u. a., *The Transition from Feudalism to Capitalism. Introduction by R. Hilton*, London 1976, S. 170–195, hier S. 177–190, das Zitat S. 180; M. Dobb, *Studies in the Development of Capitalism*, London 1963, S. 151–176.

¹¹⁵ Zum Konzept der Externalisierung s. F. Fröbel u. a., *Arbeitsteilung* (s. A 106), S. 48.

Handelskapital gelang, seine innerstädtische Exploitationssphäre in Auseinandersetzung mit Zünften und Korporationen abzusichern und zu erweitern. Im Gegenzug zur Stagnation vieler alter Gewerbestädte entstanden auf dem Lande proto-industrielle Agglomerationen, die alsbald die Gestalt von Städten annahmen. Das Fehlen von institutionellen Ausbeutungsgrenzen war die entscheidende Voraussetzung nicht nur für ihren Aufstieg, sondern auch dafür, daß sie an der Proto-Industrialisierung maßgeblich beteiligt waren. Mit ihnen wurde der Dekonzentrationsprozeß, den die Proto-Industrialisierung eingeleitet hatte, nicht rückgängig gemacht, zumal sie nicht nur Produkte, sondern auch Agenten der Standortausweitung der gewerblichen Warenproduktion waren, indem sie diese weiter vorantrieben. Sie zeigen aber einen Trend an, der mit dem Beginn kapitalistischer Industrialisierung seine Inkubationsperiode verließ.

Die Proto-Industrialisierung hat somit ein doppeltes Gesicht: alte städtische Zentren wurden partiell entwertet, andere wurden neu gebildet.¹¹⁶ Eben daran erweist sich der zentrale Stellenwert, den sie in der Formationsperiode des europäischen Kapitalismus einnimmt. Sie nahm der Stadt, von Ostmittel- und Osteuropa abgesehen, trotz aller Funktionsverluste nichts von ihrer Bedeutung als Organisationszentrum des volkswirtschaftlichen Produktions- und Zirkulationsprozesses, sondern ermöglichte es ihr, ihre Allgewalt auf neue Weise zur Geltung zu bringen. »... même quand elle ne la (l'expansion) fabrique pas de toutes pièces, elle mène le jeu à son profit« (F. Braudel).¹¹⁷ In der Epoche der Industrialisierung, für welche die Proto-Industrialisierung die Voraussetzungen schuf, sollte sich das, allerdings in einer wesentlich schärferen Form, aufs neue erweisen.¹¹⁸

¹¹⁶ J.-C. Perrot, *Genèse d'une ville moderne. Caen au XVIIIe siècle*, Bd. 1–2, Paris usw. 1975, hier Bd. 1, S. 348–439 (Produktion), 440–531 (Handel), Bd. 2, S. 944–952 (Zusammenfassung) sieht, ausgehend von seinem Beispiel Caen, bei seinen generalisierenden Überlegungen im Handel und nicht in der Produktion »le moteur de l'économie urbaine au XVIIIe siècle« (Bd. 1, S. 440), entsprechend dem Vorgang, der oben als partieller Funktionsverlust der Stadt beschrieben worden ist; er übergeht dabei, daß es daneben proto-industriell bestimmte Agglomerationen und Städte gab, deren Wirtschaft von der Produktion bestimmt wurde. Sie waren zwar auf dem Kontinent im Vergleich mit den alten Gewerbestädten – England ist auch hier eine Ausnahme – relativ klein (im allgemeinen nicht größer als 15 000 Einwohner), aber sie sind als Produktionszentren nicht zu vernachlässigen.

¹¹⁷ F. Braudel, *Civilisation matérielle, économie et capitalisme, XVe–XVIIIe siècle*, Bd. 1, Paris 1979, S. 421.

¹¹⁸ Vgl. dazu P. Kriedte, in: *Kriedte / Medick / Schlumbohm, Industrialisierung* (s. A 2), S. 272–321, dort auch S. 320 f. zur erneuten Konzentration der gewerbl. Warenproduktion in den Städten.

Karl Litz

Theorie einer Raumgeschichte

1. Der Begriff der Geschichtstheorie – 2. Der Gegenstand der Geschichte überhaupt und der Raumgeschichte im besonderen: 2.1 Umschreibung des Begriffs »Geschichte« – 2.2 Die Zeitstufen der Geschichte – 2.3 Die Teilgebiete der Geschichte – 2.4 Begriff und Gegenstand der Raumgeschichte – 2.5 Die Frage der Periodisierung, besonders hinsichtlich der Raumgeschichte – 3. Subjekt und Objekt in der Geschichte: 3.1 Der Vorgang der Objektivation – 3.2 Das Problem der Identität von Subjekt und Objekt in der Geschichte – 3.3 Die Fragestellung als Ausgangspunkt der Forschung – 3.4 Die Interessen als Motivationen und als Fehlerquellen – 3.5 Begründungs- und Konsensobjektivität – 4. Reine und angewandte Geschichte: 4.1 Definition der reinen und der angewandten Geschichte und deren möglicher Gebrauchswert – 4.2 Die Funktionen angewandter Raumgeschichte für die Raumplanung.

1. Der Begriff der Geschichtstheorie

Die Geschichtstheorie ist zu definieren als die spezielle Erkenntnistheorie der Geschichtswissenschaft, das heißt als die kritische und systematische Feststellung der Objekte und Prinzipien, der Arten und Formen, der Möglichkeiten und Grenzen geschichtlicher Wahrheitsfindung. Zu unterscheiden von der Geschichtstheorie ist die Geschichtsphilosophie: sie fragt nach dem Sinn der Geschichte und der Wissenschaft von ihr; diese Frage aber ist metaphysisch und damit außerwissenschaftlich. Sie kann daher, so legitim sie an sich ist, in dieser Arbeit nicht erörtert werden. Zur Diskussion steht hier dagegen das Feld möglicher Aufgaben der Geschichtswissenschaft, welche aus spirituellen und materiellen Interessen der Gesellschaft hervorgehen; es kann aufgrund der Theorie abgegrenzt werden. Zu unterscheiden von der Theorie ist ferner die Methodik, das heißt die Lehre von den geistigen Werkzeugen, deren Gebrauch jeweils zur Lösung bestimmter geschichtlicher Aufgaben – in dem von der Theorie bestimmten Rahmen möglicher Erkenntnis – notwendig ist.¹

¹ Die Unterscheidung von Geschichtstheorie und historischer Methode war bis vor kurzem nicht allgemein geläufig. Die Theorie war in der »Historischen Methode« oder »Historik« implizit enthalten; gegen eine explizite Theorie, welche die Forschungspraxis erkenntniskritischer Reflexion unterzogen hätte, herrschte, besonders in der Geschichtsforschung des deutschen Sprachgebiets, eine kaum verhüllte Abneigung. Dieser Mangel an theoretischer Reflexion bewirkte einerseits eine Verengung des historischen Gesichtsfeldes – das heißt eine einseitige Konzentration auf die Staaten- und Ideengeschichte – und andererseits die Unterstellung der Historie unter inadäquate Zwecke (z. B. zur Legitimierung nationaler Herrschaftsansprüche). Es bedurfte der krassen Fehlleistungen der deutschen Historiographie im Dritten Reich und des Zusammenstoßes zwischen den

Zu beachten ist schließlich, daß der Ausdruck »Theorie« in der Geschichte in einem doppelten Sinne gebraucht wird, einerseits, wie oben festgestellt, als Erkenntnistheorie der Geschichtswissenschaft (bzw. der Raumgeschichte) überhaupt, das heißt als Theorie vom erkennenden Subjekt (in seinem Verhältnis zum Gegenstand) und andererseits als je besondere Theorie von historischen Objekten,² das heißt als jeweilige Zusammenfassung empirisch festgestellter geschichtlicher Phänomene in allgemeinen Sätzen, die als Gesetzmäßigkeiten formuliert werden. Es sind dies »Systeme miteinander verbundener Hypothesen, die Beziehungen von Ursachen und Wirkungen beschreiben und versuchen, solche Zusammenhänge in der Regel als ›Wenn-dann‹- oder ›Je-desto‹-Sätze zu erfassen und damit zu erklären.«³ Die Kriterien für die Wahrheit solcher Sätze sind aus der Theorie der geschichtlichen Erkenntnis herzuleiten, ob diese Sätze nun aus dem Kausalnexus erfolgen, wie oben als Beispiel erwähnt, oder aus einer anderen Denkform.

2. Der Gegenstand der Geschichte überhaupt und der Raumgeschichte im besonderen

2.1 Umschreibung des Begriffs »Geschichte«

Bevor eine Bestimmung (vorläufig: eine Umschreibung) des Begriffs »Geschichte« versucht wird, muß darauf hingewiesen werden, daß er sich auf zwei Bedeutungsfelder bezieht; der Ausdruck bezeichnet »sowohl das Objekt der Darstellung wie die Darstellung des Objekts: Geschichte hat es mit Geschichte zu tun«,⁴ das heißt das Wort »Geschichte« kann sowohl in einem realen wie in einem theoretischen Sinne⁵ begriffen werden. Diese Koinzidenz ist nun nicht einfach als Mangelerscheinung sprachlichen Ausdrucks wegzu erklären, sie signalisiert, wie wir sehen werden, besondere Schwierigkeiten historischer Erkenntnis, die sich in der Frage komprimieren lassen, ob (und wie weit) denn der Geschichte (im

Forschungskonzepten »bürgerlicher« und »marxistischer« Historiker in den späten sechziger Jahren, damit das Bewußtsein eines Defizits an Geschichtstheorie allgemein aufkam und Wege zu seiner Überwindung gesucht wurden.

² Die traditionelle Geschichtsforschung hat auch diese Weise der Theoriebildung fast völlig vernachlässigt und sich auf ein individualisierendes Vorgehen konzentriert. Die für Gesamtdarstellungen unerlässlichen historischen Theorien waren dementsprechend mangelhaft reflektiert und begrifflich ungenügend bestimmt.

³ D. Frei, Theorieorientierte Geschichtsbetrachtung. Berührungspunkte zwischen Geschichtswiss. u. polit. Wiss., in: Schweiz. Zeitschr. f. Gesch. 21 (1971), S. 322.

⁴ Fischer-Lexikon, Bd. 24, Geschichte, Hrsg. v. W. Besson, Frankfurt a.M. 1961, S. 7.

⁵ K.-G. Faber, Theorie der Geschichtswissenschaft, München 1971, S. 23. Um Mißverständnisse, die sich aus der Doppelbedeutung des Wortes »Geschichte« ergeben können, zu vermeiden, verwendet man für Geschichte im theoretischen Sinne in der Regel (so auch Faber) den Ausdruck »Historie«. Weil das etwas zopfige Wort sich wohl für eine vergangenheits-, nicht aber auch für eine zukunftsorientierte Geschichtsauffassung eignet, gebraucht der Verfasser statt dessen – faute de mieux – den Ausdruck »Geschichtswissenschaft«, trotz einem pleonastischen und ambitiösen Beiklang, der damit verbunden sein mag.

theoretischen Sinne, also der Geschichtswissenschaft) überhaupt ein »Gegenstand«, ein vom Erkenntnissubjekt im strengen Sinne losgelöstes Objekt, vorgegeben sei.⁶

Die Beantwortung dieser Frage setzt den Versuch einer Bestimmung jenes Gegenstandes voraus: »Geschichte« kommt von »Geschehen«; sie läßt sich als solches auch umschreiben als die durch menschliche Intentionen ausgelösten Veränderungen in der Zeit... Zum Grundbestand des Begriffsapparates der Geschichtswissenschaft gehören Termini wie »Kontinuität« und »Zäsur«, womit das Existieren historisch entstandener Sachverhalte und ihr Wirken über große Zeiträume hinweg ... oder ihr plötzliches Abbrechen gemeint sind.«⁷

Geschichte ist also eine Zeitwissenschaft, von den zeitorientierten Disziplinen im naturwissenschaftlichen Bereich (z. B. der Paläontologie) klar unterschieden durch die »menschlichen Intentionen« als ihren ausschließlichen Sachbezug. Gerade diesen Sachbezug aber hat sie mit den andern Human- und Sozialwissenschaften (z. B. der Soziologie, Politologie, Sozialökonomie und Sozialpsychologie) gemeinsam. Logischerweise müßte sich nun die Geschichte als *die* Zeitwissenschaft unter ihnen abgrenzen lassen: Erklärt sie ihre Gegenstände genetisch, das heißt aus ihrem Werden (bzw. Gewordensein), so gehen die anderen Human- und Sozialwissenschaften systematisch vor, indem sie ihre Objekte dadurch in ihrem Sein zu erfassen suchen, daß sie dieselben in ihre Elemente zergliedern, um sie danach als logisch geordnete Ganzheiten zu erkennen. Wird also im einen Fall der Gegenstand als eine Funktion der Zeit verstanden, so wird im andern Fall der Zeitfaktor möglichst ausgeklammert. Diese Unterscheidung – ihrerseits systematisch – wird aber unter genetischem Gesichtspunkt dahin relativiert, daß sie heute nicht mehr eine scharfe Abgrenzung, sondern nur noch die je verschiedenen Schwerpunkte des Interesses bezeichnet: die historische Dimension wird in sämtlichen Disziplinen gesehen, und umgekehrt hat die Geschichte sich auch systematische Verfahren angeeignet.⁸

Diese Konvergenzbewegung hat allerdings in der Geschichtswissenschaft (wenigstens des deutschen Sprachgebiets) zuletzt eingesetzt; die anderen Human- und Sozialwissenschaften haben ihre je besondere geschichtliche Dimension schon seit längerer Zeit zu eigentlichen historischen Zweigwissenschaften ausgebaut. Dagegen ist – wie hinsichtlich

⁶ K.-G. Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft* (s. A 5), S. 24.

⁷ K.-G. Faber, *ebda.*, S. 37.

⁸ In der Geschichtswissenschaft wird die Bewegung zur Konvergenz vor allem durch die Schule der »Annales« gefördert, deren Vertreter sich um die gleichnamige, 1929 begründete französische historische Zeitschrift gruppieren. Diese Schule, die, wenigstens auf dem europäischen Kontinent, wohl den Hauptbeitrag zur Erneuerung der Geschichtswissenschaft geleistet hat, vertritt konsequent das Postulat der »Durchbrechung der künstlichen, lebensfremden Fachgrenzen und der Vereinigung aller Beiträge, die so viele Teilwissenschaften unter sozialen, wirtschaftlichen, soziologischen, politischen, philosophischen, psychologischen, ästhetischen Gesichtspunkten sammeln, zur historisch definierten totalité de l'homme«. M. Wüstemeyer, *Die »Annales«*. Grundsätze und Methoden ihrer neuen Geschichtswissenschaft, *Vierteljahrschr. f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch.* 54 (1967), S. 24.

jeder organisatorisch unvermeidlichen Spezialisierung – an sich nichts einzuwenden. Theoretisch falsch war jedoch das Konstrukt einer »Allgemeinen Geschichte«, die eben nicht allgemein war, konzentrierte sie sich doch prinzipiell auf die Ideen- und Staatengeschichte, die vornehmlich als das Produkt der »großen Einzelnen« gesehen wurde, wodurch sich der Gesichtswinkel zusätzlich einengte. Nun ist die grundsätzliche Bevorzugung bzw. Vernachlässigung (oder gar Abspaltung) bestimmter Lebensbereiche in der Geschichte theoretisch nicht zu rechtfertigen. Der Fehler wird heute durch einen universalistischen Trend korrigiert, der einer allgemeinen (zuerst außerhalb der Geschichte erkann- ten) Denknöwendigkeit entspricht: der zunehmenden Einsicht in die Vernetzung aller Lebensvorgänge, der Ablösung eines linearen Denkens, das eine Aufspaltung auch der Geschichte in autonome Fachbereiche ermöglichte, durch ein kybernetisches,⁹ welches die lebensfremden Fachgrenzen sprengt.

Der Titel einer Publikation von H.-U. Wehler: »Geschichte als Historische Sozialwissenschaft« bezeichnet bündig deren Konvergenz zu den Nachbarwissenschaften. Vorbereitet wurde diese Wende durch die Schule der »Annales«. »Der Mensch ist insofern »homme social«, wie er in den »Annales« allgemein definiert wird, als er seine maßgebenden Ansichten und Überzeugungen gesellschaftlich vermittelt bekommt und nur so fähig wird, an der sozialen Organisation des Lebens teilzunehmen, also geschichtlich relevant zu werden.«¹⁰ Die Erweiterung, welche das Gesichtsfeld der Geschichte, wenn sie als Sozialwissenschaft verstanden wird, auf der einen Seite erfährt, darf aber nicht erkauft werden durch eine Verengung auf der anderen Seite: durch die völlige Auflösung der je konkreten historischen Persönlichkeit (im feineren Raster: des Individuums) in den sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Strukturzusammenhängen ihrer Epoche. Damit ist bereits angedeutet, daß historische Sozialwissenschaft zwar *eine*, heute besonders fruchtbare Möglichkeit ist, Geschichte zu erforschen, aber nicht *die* Möglichkeit schlechthin.

An den Abschluß der vorläufigen Antwort auf die dem Abschnitt zugrunde liegende Frage, was Geschichte eigentlich sei, gehört die Feststellung, daß das Agens der Geschichte, die »menschlichen Intentionen«, sich seinerseits in Funktion der Zeit verändert. Im allgemeinsten Sinne ist also die Veränderung des Bewußtseins durch die Zeit der zentrale Inhalt der Geschichte, und man kann sie, auf die knappste Formel gebracht, als die Wissenschaft von der bewußten, der menschlichen Zeit bestimmen.¹¹ Die Zeit ist die

⁹ vgl. dazu F. Vester, *Das kybernetische Zeitalter. Neue Dimensionen des Denkens*. Frankfurt a.M. 1974.

¹⁰ M. Wüstemeyer, *Die »Annales«* (s. A 8), S. 15/16.

¹¹ Daß »die Geschichte es letzten Endes genaugenommen mit Bewußtseinsinhalten zu tun« hat, ist eine Präzisierung ihres Gegenstandes, welche die Geschichtswissenschaft ebenfalls der Schule der »Annales« verdankt. Vgl. dazu M. Wüstemeyer, *Die »Annales«* (s. A 8), bes. S. 17. Von zentralem Interesse ist für die Geschichte heute nicht das individuelle, also das empirische Bewußtsein (außer im Grenzfall der Biographie), sondern das Konstrukt des Kollektivbewußtseins, das heißt der Gesamtheit von Bewußtseinsinhalten, in der eine Mehrzahl von Individuen zu einem bestimmten Zeitpunkt übereinstimmt.

primäre Koordinate der Geschichte, sekundär kommt dazu die Koordinate des Raumes, hier noch als Inbegriff der Welt der Dinge und ihrer Verhältnisse zu einander verstanden. Um den Hauptsatz von Marx zu variieren und von der Kategorie der Kausalität in diejenige der Interdependenz zu verschieben: Das sich wandelnde Bewußtsein bestimmt die Veränderung des Raumes (des »Seins«) – und umgekehrt. Daß diese Interdependenz gerade für die Raumgeschichte von zentralem Interesse ist, liegt auf der Hand.

2.2 Die Zeitstufen der Geschichte

Die reale Geschichte ist ein Kontinuum, das keine Zeitstufen (Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft) objektiv in sich enthält; diese Stufen sind Anschauungsformen der theoretischen Geschichte, das heißt sie existieren lediglich im jeweils betrachtenden Subjekt. – »Die den Historiker interessierende Geschichte umfaßt menschliches Tun und Leiden in der Vergangenheit.«¹² Für diese herkömmliche und heute noch vorherrschende Auffassung ist aber die Vergangenheit doch nicht die ausschließliche Zeitstufe der Geschichtswissenschaft, denn sie versteht Geschichte »als die ihr geschichtliche Gewordensein reflektierende Gegenwart«.¹³ Damit ist einerseits die Gegenwart einbezogen, andererseits aber werden die beiden Zeitstufen als wesensverschieden von einander abgegrenzt: sie verhalten sich wie erinnerndes Subjekt zu erinnertem Objekt. Und die dritte Zeitstufe: die Zukunft? Ihr Einbezug wird von Forschern gefordert, welche die reale Geschichte als eine Einheit aller drei Zeitstufen betrachten und die Geschichte im theoretischen Sinn als eine Synthese von Historie und Futurologie.¹⁴ Maßgebende Historiker¹⁵ schließen aber heute noch die Zukunft als möglichen zeitlichen Sektor der Geschichtswissenschaft aus, mit der Argumentation, Vergangenheit und Gegenwart seien durch ihre Faktizität empirisch bestimmt, während je künftiges Geschehen an sich unbestimmt und daher wissenschaftlich auch nicht bestimmbar sei. Dabei wird die Möglichkeit einer Gesamtschau der Geschichte – mit Einschluß der Zukunft – aufgrund einer metaphysischen Erfassung ihres Sinns nicht bestritten. Dieses Vorgehen aber wäre nicht Geschichtswissenschaft, sondern Geschichtsphilosophie. Der Dissens unter den Forschern wäre gar nicht möglich, wenn nicht alle drei Zeitstufen in geschichtlicher Perspektive tatsächlich unter sich wesensverschieden wären. Diese Annahme deckt sich auch mit der schlichten Alltagserfahrung, wonach Erinnerung, gegenwärtige Perzeption und Voraussicht grundverschiedene Aktivitäten des Bewußtseins sind.

Es gilt nun im folgenden, die Zeitstufen der Geschichte möglichst präzise zu einander in

¹² K.-G. Faber, Theorie der Geschichtswissenschaft (s. A 5), S. 35.

¹³ Fischer-Lexikon, Bd. Geschichte (s. A 4), S. 80.

¹⁴ Als Repräsentanten dieser Geschichtsauffassung sind Fourastié und Habermas zu nennen, und ihr Grundmuster läßt sich über Marx und Hegel bis zur mittelalterlichen Konzeption der Heilsgeschichte zurückverfolgen.

¹⁵ so z. B. K.-G. Faber, Theorie der Geschichtswissenschaft (s. A 5).

Beziehung zu setzen. Zunächst sei das Verhältnis von Vergangenheit und Gegenwart anvisiert. Was unterscheidet die in beiden Zeitstufen geschehenden Vorgänge von einander, und was verbindet sie? »Jedes vergangene menschliche Handeln, jedes historische Ereignis hat in *dem* Augenblick, in dem es geschehen ist, die Fülle der Möglichkeiten, die in der jeweiligen Gegenwart bestanden, zugunsten der Realisierung einer einzigen Möglichkeit eliminiert. Was geschehen ist, ist fixiert; es ist unwiderruflich...«¹⁶ Damit aber wird die Vergangenheit für die jeweilige Gegenwart zur Gegebenheit, von der sie determiniert wird, soweit die in der Vergangenheit geschaffenen Tatbestände noch wirksam sind. »Chaque ›actualité‹ rassemble des mouvements d'origine, de rythme différent: le temps d'aujourd'hui date à la fois d'hier, d'avant-hier, de jadis.«¹⁷ Daraus ist eine der Hauptfunktionen der Historiographie herzuleiten: die »Identitätspräsentation«.¹⁸ »Identität – das ist die richtige Antwort auf die Frage, wer wir sind.«¹⁹ Die Geschichtswissenschaft versucht, den Institutionen und Sozialverbänden, welche diese Frage stellen, die Antwort aus der ihr eigentümlichen genetischen Perspektive zu geben. Ist also die Gegenwart von der Vergangenheit abhängig, so läßt sich dieser Satz auf folgende Weise auch umkehren: Die Vergangenheit ist – für unser Bewußtsein – nicht unabhängig von der Gegenwart vorhanden, denn sie kann ja nicht unmittelbar beobachtet, sondern nur mittelbar über die der Gegenwart hinterlassenen Spuren (die »Quellen«) erschlossen und rekonstruiert werden, und auch das niemals als Ganzes, sondern lediglich soweit sie für die jeweilige Gegenwart relevant ist.

Die Gegenwart kann hier nicht im streng zeitlichen Sinne des je gegenwärtigen Augenblicks verstanden werden: Dieser »winzige Durchgangspunkt der geschichtlichen Dauer«²⁰ existiert für die Geschichte als Wissenschaft eigentlich gar nicht, denn er ist ja – wenn reflektiert – schon vergangen; die »Gegenwart« ist hier vielmehr zu bestimmen als der zeitliche »Horizont«,²¹ den ein Bewußtsein umblickt; sie umfaßt also einen Zeitabschnitt jüngster Vergangenheit und nächster Zukunft. Dieser Zeitabschnitt ist zu definieren als die Zeit der für ein Bewußtsein (gesamthaft gesehen) konstanten Determinanten. Die Dauer dieser Zeit ist nicht generell, sondern nur von Fall zu Fall bestimmbar; sie verhält sich umgekehrt proportional zur Geschwindigkeit der geschichtlichen Entwicklung und bemißt sich bei langsamem Tempo nach Jahren, bei schnellem nach Tagen.

Wenn sich nun für Vergangenheit und Gegenwart bestimmte Determinanten des Geschehens feststellen lassen, ohne daß dabei im jeweiligen Augenblick gegenwärtiger

¹⁶ K.-G. Faber, ebda., S. 38.

¹⁷ F. Braudel, Histoire et Sciences sociales: la longue durée, Annales XIII (1958), S. 735.

¹⁸ vgl. dazu H. Lübke, Wer kann sich Aufklärung leisten? Objektivität in der Geschichtswissenschaft, NZZ Nr. 237 v. 9./10. Oktober 1976.

¹⁹ H. Lübke, ebda.

²⁰ M. Wüstemeyer, Die »Annales« (s. A 8), S. 13.

²¹ J. Oelkers, Rekonstruktion und Theorie: Probleme der historischen Methodologie, in: Ansichten einer künftigen Geschichtswiss., 1. Teil, hrsg. v. I. Geiss u. R. Tamchina, München 1974, S. 136, A 46.

Entscheidung die menschliche Wahlfreiheit²² auszuschließen ist, so gilt die Zukunft der heute noch vorherrschenden Lehre als schlechthin indeterminiert und offen und damit dem Zugriff der Wissenschaft (auch der Geschichte) entzogen. Es gibt gewichtige Argumente für diese Annahme, so besonders bei K.-G. Faber: »Was möglich ist, das ist mit Notwendigkeit bestimmt, – wenn nämlich das Mögliche der gesetzmäßig abgesteckte Rahmen ist, in dem sich das wirkliche Geschehen abspielen muß. *Notwendig* ist also die Realisierung des Möglichen, insofern sie sich in dem durch das Mögliche gesetzten Rahmen bewegt; und sie ist *zufällig*, weil ihr Ort im Rahmen des Möglichen nicht vorausgesagt werden kann.«²³ Faber begründet die Unmöglichkeit der Voraussage eines bestimmten geschichtlichen Ereignisses mit der Feststellung, daß jedes solche Ereignis unendlich viele Determinanten als Ursachen habe und konkretes künftiges Geschehen sich also jeder Berechnung und damit jeder wissenschaftlichen Erfassung entziehen müsse. Ist ein Ereignis aber eingetreten, dann lassen sich – nach Faber – seine Determinanten bestimmen, weil ja nun sein Ort im gesetzmäßig gegebenen Bezugssystem des Möglichen feststehe. Darum sei »Geschichtswissenschaft ... weiterhin nur als Rückschau möglich, in der Form der Beschäftigung mit der fixierten Vergangenheit, mit dem vollendeten Sein; sie kann nur über *den* Teil der Geschichte, der als Vergangenheit fixiert und damit dem rationalen Erkennen zugänglich ist, Aussagen von relativer Objektivität liefern.«²⁴

In Bezug auf je konkrete geschichtliche Ereignisse ist diese Argumentation nicht zu widerlegen. Wenn Geschichte aber auch in der Form von generalisierenden, abstrakten Modellen mit gesetzmäßigen Verläufen gedacht werden kann, dann ist – mit der Vergangenheit als empirischer Basis – auch der Einbezug der Zukunft in die Geschichtswissenschaft nicht auszuschließen. Die Möglichkeit von Geschichte als Einheit von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – im wissenschaftlichen Sinne und nicht lediglich als Geschichtsphilosophie – hängt also ab von der erkenntnistheoretischen Zulässigkeit solcher Modelle. Ist schon im Rahmen und Geltungsbereich der herkömmlichen Logik eine Geschichte auch der Zukunft – mit der gemachten Einschränkung – wenigstens nicht a priori auszuschließen, so eröffnen sich ihr aufgrund neuer Entwicklungen des Denkens noch weitere Perspektiven. Bahnbrechend für diese neue Denkweise ist die Kybernetik, die ja nicht nur die Sachbezüge, sondern auch die Zeitstufen vernetzt; denn im Regelkreis, der grundlegenden Kategorie der Kybernetik, verschmelzen – im Gegensatz zur herkömmlichen linearen Logik – Ursache und Wirkung.²⁵

²² Aus der Feststellung von Determinanten folgt für die Geschichte kein Bekenntnis zum Determinismus, der metaphysisch und daher wissenschaftlich weder beweisbar noch widerlegbar ist. Sicher ist aber das Bewußtsein die unabdingbare Voraussetzung für mögliche Freiheit, denn soweit Determinanten unbewußt sind, ist ein Verhalten im Gegensatz a priori unmöglich.

²³ K.-G. Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft* (s. A 5), S. 86.

²⁴ K.-G. Faber, ebda., S. 196/197.

²⁵ vgl. dazu F. Vester, *Aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen*. ISAL Rund um den Bau. Aesch. CH, Februar 1978, Nr. 8, S. 2.

Damit aber kann die Zukunft in der Vergangenheit enthalten sein, und umgekehrt. Für die erste Relation bietet F. Vester, ein Hauptvertreter der Kybernetik, ein Beispiel aus der Biologie, mit der Feststellung, es liege »die Zukunft der Entwicklung eines Lebewesens zum großen Teil in der in seinen Genen einprogrammierten – und in Äonen zurückreichenden – Vergangenheit.«²⁶ Als Beispiel für die zweite Relation (Vergangenheit in der Zukunft) führt Vester die kybernetisch operierende Raumplanung (mit Umweltschutz) an, die sich ja nicht nur von vorgefundenen Ursachen bewirken läßt, sondern ihre Maßnahmen auch auf prospektive Probleme ausrichtet, womit jeweils in der Zukunft gesehene Ursachen ihre Aktivitäten mitbestimmen. Die kybernetische Denkweise, in technologischen und naturwissenschaftlichen Bezugssystemen entwickelt, darf nun nicht unbesehen in die Geisteswissenschaft Geschichte übernommen werden. Daß sie aber, entsprechend modifiziert, der Geschichte neue Horizonte und Arbeitsgebiete eröffnen könnte, steht wohl außer Zweifel. Daß die Zukunft weitgehend von der Vergangenheit determiniert ist – und damit zum Teil aus der Vergangenheit erschlossen werden kann – dürfte heute zumindest als brauchbare Hypothese anzuerkennen sein.²⁷

Spekulativ erscheint dagegen in der Geschichte noch die Annahme einer Determination von Vergangenheit durch die Zukunft. Immerhin können nicht nur bewußte Zukunftsprojektionen von Entscheidungsträgern in einer Gesellschaft Abfolgen von zeitlich zurückliegenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aktivitäten bewirken, es ist auch nicht auszuschließen, daß ein künftiger Soll-Zustand, der in wenig oder überhaupt nicht artikulierten Leitvorstellungen breiter Bevölkerungsschichten enthalten ist, gegenwärtiges Geschehen bewirkt oder vergangenes bereits bewirkt hat. Daß die Erklärung von Vergangenheit aus Zukunft die Entwicklung neuartiger historischer bzw. futurologischer Methoden erfordert, liegt auf der Hand. – Selbstverständlich kann eine Geschichte, die Vergangenheit *und* Zukunft erfassen will, auch mittels der neuen vernetzenden Logik sich lediglich in abstrakten, generalisierenden Modellen formulieren.

2.3 Die Teilgebiete der Geschichte

Die Geschichte wird nach Sachgebieten sowie nach zeitlich-räumlichen Kriterien aufgegliedert. Hinsichtlich der sachlichen Zerlegung geht aus Abschnitt 2.1 hervor, daß sie vom

²⁶ F. Vester, ebda., S. 2.

²⁷ Mit der geschichtlichen Verflechtung der gesamten Menschheit scheinen die Zukünfte der verschiedenen Sozialverbände (und Individuen) in zunehmendem Maße sogar von zeitlich und räumlich weit entlegenen Vergangenheiten mitbestimmt zu werden. A. Toffler (*Future Shock*, New York, 1970; dt. *Der Zukunfts-Schock*, Bern, 1971) bezeichnet es als »Zeitsprung«, wenn vergangene Ereignisse, die seinerzeit außerhalb der eng begrenzten Regionen, in denen sie stattfanden, wirkungslos waren, nach Jahrtausenden die geschichtliche Entwicklung ganzer Kontinente, ja schließlich des gesamten Planeten beeinflussen. »Die Vergangenheit fällt auf uns zurück« (S. 21) und »die Geschichte holt uns ein« (S. 22).

Objekt her theoretisch nicht begründet werden kann, und die neuere Geschichtstheorie fordert dementsprechend, daß die verschiedenen Teilgebiete der Geschichte (bzw. die historischen Zweigwissenschaften) stets als Aspekte der *einen* Geschichtswissenschaft bearbeitet werden, da ja die reale Geschichte sowohl zeitlich wie materiell ein Kontinuum ist.²⁸ Es gibt also z. B. keine je besondere Wirtschafts- oder Sozial- oder Staatengeschichte, sondern legitimer Weise immer nur Arbeiten zur Allgemeinen Geschichte mit dem jeweiligen Schwerpunkt Wirtschaft oder Gesellschaft oder Staat. Ist eine Zerlegung der Geschichte in Teilgebiete vom Gegenstand her lediglich praktisch-organisatorisch zu begründen, so ist deren Aufgliederung vom forschenden Subjekt her gesehen auch im theoretischen Sinne notwendig, da ja jede geschichtliche Darstellung nur aufgrund bestimmter Auswahlkriterien, ausgehend von je besonderen Fragestellungen, möglich ist. Das Ergebnis kann dann »die monographische Behandlung eines sachlich begrenzten Wirkungszusammenhanges innerhalb der geschichtlichen Welt«²⁹ sein. So viele solche Monographien möglich sind, so viele historische Teilgebiete gibt es potentiell, – das heißt beliebig viele, und es wäre sinnlos, sie aufzählen zu wollen.

Anders verhält es sich mit der zeitlich-räumlichen Aufgliederung der Geschichte. Sie ist in der Theorie auch vom Gegenstand her gegeben. In dem Schlagwort, das um die Mitte dieses Jahrhunderts aufkam, die Weltgeschichte habe eben begonnen, lag ein Kern von Wahrheit. Eigentlich gab es vor der Durchdringung des gesamten Planeten durch die europäisch-nordamerikanische wissenschaftlich-technische Zivilisation nur die Geschichten der verschiedenen zivilisatorisch und kulturell kohärenten Regionen. Von Interesse besonders für die Raumgeschichte ist nun die Möglichkeit, auch innerhalb dieser Regionen kleinere raum-zeitliche Kontinuen zu isolieren, sofern jeweilige exogene Faktoren unter bestimmten Fragestellungen und in entsprechenden Sachzusammenhängen als quantités négligeables auszuklammern sind. Diese Möglichkeit eröffnet sich im Prinzip auch für die Zeit nach der wissenschaftlich-technischen Revolution.

2.4 Begriff und Gegenstand der Raumgeschichte

Die Raumgeschichte stellt in der Geschichtswissenschaft einen Sonderfall dar: sie ist das Gebiet der Grenzgänger unter den Historikern und den Geographen. Bewirkt wird diese Sonderstellung durch die Vertauschung der Schwerpunkte: ist der Ausgangspunkt der Geschichtsforschung im allgemeinen die Veränderung des Bewußtseins durch die Zeit in Interdependenz mit dem Raum, so geht umgekehrt die Raumgeschichte vom geographischen Raum aus, der in Wechselwirkung mit dem sich wandelnden Bewußtsein gesehen und damit entwicklungsgeschichtlich erklärt wird. Daraus ergeben sich für die Raumgeschichte besondere theoretische und methodische Problemstellungen.

²⁸ vgl. dazu K.-G. Faber, Theorie der Geschichtswissenschaft (s. A 5), bes. S. 42.

²⁹ K.-G. Faber, ebda., S. 42.

Das zentrale Arbeitsgebiet der Raumgeschichte ist die Entwicklung der Kulturlandschaft, worunter jene Sektoren der Erdoberfläche zu verstehen sind, die sich infolge menschlicher Aktivitäten verändern, also die Siedlungen,³⁰ die Verkehrswege, die Agrarflächen (inklusive bewirtschafteter Wald) sowie die korrigierten Gewässer. Zur Kulturlandschaftsgeschichte gesellt sich peripher als Objekt der Raumgeschichte die Entwicklung der Naturlandschaft, soweit diese mittelbar durch menschliche Einwirkung beeinflußt erscheint. Wenn auch die Raumgeschichte die oben festgestellte Sonderstellung unter den historischen Wissenschaften einnimmt, so wäre sie doch, isoliert, der Gefahr falscher Schlußfolgerungen und damit unbrauchbarer Ergebnisse ausgesetzt; sie muß also stets als Allgemeine Geschichte mit der Interdependenz Mensch-Raum als Schwerpunkt betrieben werden. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für Teilgebiete der Raumgeschichte ihrerseits. Es gibt keine isolierbare Siedlungs- oder Agrarlandschafts- oder Verkehrsgeschichte, sondern immer nur die Raumgeschichte überhaupt, mit dem jeweiligen Schwerpunkt Siedlung, Agrarlandschaft, Verkehr.

Paradox zur Feststellung, daß die Raumgeschichte als ein Spezialfall der Allgemeinen Geschichte zu verstehen sei, scheint sich die Tatsache zu verhalten, daß sie bisher weit überwiegend von Geographen und nicht etwa von Historikern erarbeitet wurde, wenn auch die Geschichtswissenschaft immer wieder Beiträge zu ihrer Entwicklung geleistet hat.³¹ Geographen haben auch für die Theorie der Raumgeschichte bahnbrechend gewirkt. »Das umfassendste theoretische Gebäude einer Disziplin ›Kulturlandschaftsgeschichte‹ hat der Schweizer Geograph Ernst Winkler errichtet...«³² – Daß die Raumge-

³⁰ Der im 3. Band des Planungsatlas des Kantons Bern von G. Grosjean u. a., Historische Planungsgrundlagen, Bern, 1973, verwendete Begriff »Siedlung« deckt sich annähernd mit dem Begriff »Kulturlandschaft« in der vorliegenden Arbeit: »Siedlung« wird in jener Publikation verstanden »als ein System der Aufteilung und Organisation der vom Menschen zum Wirtschaften und Wohnen beanspruchten und umgestalteten Erdoberfläche, umfassend die Wohnplätze (Dörfer, Weiler, Einzelhöfe) wie auch die Flur, Weide, Wirtschaftswald und die sie verbindenden und erschließenden Wege« (S. 51). Diese Definition steht im Gegensatz zu älteren Begriffsbestimmungen, in denen unter Siedlungen lediglich Wohnstätten verstanden wurden. Eine Mittelstellung nimmt die Definition ein, die der Vf. seinem Aufsatz »Projekt einer Siedlungsgeschichte des Kantons Zürich«, Geographica Helvetica, 3 (1977) zugrunde gelegt hat. Danach ist eine Siedlung »eine Gesamtheit von Gebäuden (im Grenzfall ein *einziges* Gebäude), deren horizontale und vertikale Abstände von einander ein bestimmtes Maximum nicht übersteigen und die nicht durch unüberschreitbare Hindernisse (z. B. Gewässer, Eisenbahntrassen) von einander getrennt sind« (S. 156). Damit umfaßt dieser Siedlungsbegriff nicht nur alle, auch die nicht dem Wohnen dienenden Gebäude einer solchen Gesamtheit, sondern den ganzen von ihr umbauten Raum überhaupt, inklusive die darin liegenden nicht überbauten Flächen. – Der so bestimmte Begriff wird auch für die vorliegende Arbeit verwendet.

³¹ vgl. dazu H. Jäger, Historische Geographie, Braunschweig 1969, S. 10f.

³² H. Jäger, ebda., S. 9/10. – Zum theoretischen Beitrag von E. Winkler selbst siehe dessen Arbeit »Fünfzig Jahre schweizerische Kulturlandschaftsgeschichtsforschung. Ein Rückblick und ein Programm.«

schichte vorwiegend von der Geographie betreut wurde, liegt nicht bloß im Umstand begründet, daß die Geschichtswissenschaft sich bis vor kurzem einseitig auf politische Geschichte konzentriert hat; eine ausschließliche Erfassung der Raumgeschichte durch Historiker wäre gar nicht erwünscht, bestünde doch in diesem Fall die Gefahr nicht nur einer unscharfen Deskription der Landschaftsentwicklung, sondern auch einer mangelhaften Erfassung der Naturfaktoren (schon aus arbeitstechnischen Gründen). Ebenso unerwünscht ist aber auf die Dauer die Bearbeitung des Gegenstandes lediglich durch die Geographie, dürfte doch vor allem die Geisteswissenschaft Geschichte in der Lage sein, die spezifisch humanen (politischen, wirtschaftlichen, kulturellen) Faktoren der räumlichen Entwicklung nach ihrem wahren Gewichte abzuwägen. Die Raumgeschichte ist also ein Musterbeispiel für die Notwendigkeit interdisziplinärer Zusammenarbeit.

2.5 Die Frage der Periodisierung, besonders hinsichtlich der Raumgeschichte

Die Aufteilung geschichtlicher Abläufe in Zeitabschnitte (Perioden) erfolgt aus zwei Gründen. Einmal erfordern langfristige und komplexe geschichtliche Entwicklungen nicht nur eine Faktorenanalyse, sondern auch eine Gliederung in der Zeit, damit sie gedanklich überhaupt faßbar werden. Neben diesem vom Subjekt her bedingten Grund gibt es auch einen objektiven: Geschichtliche Verläufe erfolgen nach den gegensätzlichen Prinzipien »Kontinuität« und »Zäsur« (vgl. 2.1). »Die Gliederung des historischen Prozesses ist nicht nur eine künstliche, aber notwendige Aktion, um das riesige Arsenal geschichtlichen Wissens in handliche und überschaubare Abschnitte zu zerlegen. Sie entspricht vielmehr einer Grundgegebenheit, die der Geschichte ebenso eignet wie die Kontinuität: Es gibt in ihrem Ablauf zwar keine Lücken, aber deutlich erkennbare Zäsuren. Zwischen diesen Zäsuren ist – bei aller vielleicht möglichen Reduktion auf durchgehende »Grundtendenzen« – die unreduzierte geschichtliche Wirklichkeit nach Wesen, Erscheinung und Wirkkräften verschieden.«³³

Die Gliederung der Geschichte nach Perioden bzw. Epochen³⁴ ist so alt wie die Historiographie überhaupt. Nach dem Zerfall des mittelalterlichen Weltbildes mit seiner Periodisierung der Geschichte nach einer biblisch-theologischen Konzeption setzte sich die im 17. Jahrhundert aufgekommene Dreigliederung in Altertum, Mittelalter und Neuzeit durch. Dazu gesellte sich später die Zweiteilung in Geschichte (beginnend mit dem Entstehen der Phänomene Schrift und Staat im Vorderen Orient) und Vorgeschichte (Prähistorie). Wenn Geschichte bestimmt wurde »als die durch menschliche Intentionen ausgelösten Veränderungen in der Zeit« (vgl. 2.1), so beginnt sie dementsprechend mit der

³³ Fischer-Lexikon, Bd. Geschichte (s. A 4), S. 246.

³⁴ Die Ausdrücke »Periode« und »Epoche« werden heute synonym verwendet. In der historischen Grundwissenschaft der Chronologie allerdings bedeutet »Epoche« – im Gegensatz zu »Periode« – nicht einen Zeitabschnitt, sondern einen Zeitpunkt.

menschlichen Spezies überhaupt. Die erwähnte Zweiteilung ist also nicht theoretisch, sondern lediglich praktisch-organisatorisch begründbar.

Dasselbe gilt auch von der Zerlegung der Geschichte (im engeren Sinn) in die Perioden Altertum, Mittelalter und Neuzeit. Sie beruht nicht auf einem Sach-, sondern auf einem Werturteil des frühneuzeitlichen Humanismus hinsichtlich der europäischen Geistesgeschichte, das heute überdies obsolet geworden ist. Trotzdem werden die genannten Termini für die intersubjektive Kommunikation so lange unentbehrlich bleiben, bis sie durch ein anderes – objektiv begründbares – Gesamtepochemschema³⁵ ersetzt werden, was in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist. Es scheint heute vielmehr, daß jede auf langfristige Entwicklungen ausgerichtete historische Forschung sich aufgrund ihrer speziellen Perspektive und Fragestellung eine je besondere Periodisierung erarbeiten muß.

Wie gelangt man nun unter raumgeschichtlichem Gesichtspunkt zu brauchbaren Epochengliederungen? Es ist naheliegend, dabei von der Landschaftsentwicklung selbst auszugehen, wie das E. Winkler für das Gesamtgebiet der Schweiz erstmals versucht hat.³⁶ Eine solche Periodisierung ist jedenfalls die einzig angemessene für Arbeiten, deren Schwerpunkt in der möglichst exakten und umfassenden Deskription der Landschaftsentwicklung liegt. Gilt das Hauptinteresse der Faktorenanalyse, so empfiehlt sich eine Epochengliederung nach Determinanten. Man kann sich dabei auf sozial- und/oder wirtschaftsgeschichtliche Kategorien stützen, wie zum Beispiel H. Jäger³⁷ oder, nach dem Vorgang von

³⁵ »Wir müssen uns vom Geist einer Geschichtsphilosophie befreien, die die Geschichte als Abfolge von Epochen sieht.« (Th. Leuenberger / R. Schilling, Die Ohnmacht des Bürgers. Plädoyer für eine nachmoderne Gesellschaft. Frankfurt am Main 1977, S. 236.) Gerade universelle Epochenschemata sind daraufhin zu prüfen, ob sie durch Sinn- und Werturteile bestimmt und damit geschichtsphilosophisch, nicht geschichtstheoretisch begründet sind. In der Forschungspraxis bewirken philosophisch hergeleitete Periodisierungen nur allzuleicht eine einseitige Berücksichtigung der jeweils dominanten Tendenzen (nach denen eine Epoche legitimerweise bezeichnet werden darf), unter Vernachlässigung parallel wirkender rezessiver Gegenkräfte. Darauf weisen die Verfasser der genannten Studie dankenswerter Weise hin. Andererseits wäre aber eine Ablehnung jeglicher Periodisierung wiederum Ausdruck einer subjektiven Philosophie und nicht einer objektiv-wissenschaftlichen Haltung.

³⁶ vgl. dazu E. Winkler, Fünfzig Jahre schweizerische Kulturlandschaftsgeschichtsforschung. Ein Rückblick und ein Programm, Zeitschr. f. Schweizer. Gesch. 24 (1944), S. 116/117. Winkler unterteilt die Entwicklung der schweizerischen Kulturlandschaft von den Anfängen der Besiedlung im Paläolithikum bis zur damaligen Gegenwart (1942/43) und sogar mit einem Ausblick in die Zukunft, in 13 Epochen. Wenn die damalige Periodisierung Winklers heute auch zum Teil überholt scheinen mag, behält sie als Diskussionsgrundlage für Periodisierungen gemäß dem gleichen Prinzip doch ihren Wert.

³⁷ vgl. dazu H. Jäger, Historische Geographie (s. A 31), S. 51ff. Die dortige Epochenstufung ist ebenfalls als Diskussionsgrundlage brauchbar. Als kategoriales Gerüst im Rahmen der Allgemeinen Historischen Geographie konzipiert, bedarf sie jeweils der Modifikation, um für einen bestimmten Landschaftsraum (z. B. die Schweiz oder Teile davon) praktikabel zu sein.

L. Mumford,³⁸ auf solche der technologischen Entwicklung. Allerdings handelt es sich bei Mumford nicht um eine Gliederung des Verlaufs in Epochen, sondern in Phasen, die im Gegensatz zu Epochen auf der Zeitachse ineinander verschoben sein können. Den Versuch einer Zerlegung der Raumgeschichte in Epochen, aufgrund der Entwicklung der Technologie – in Korrelation zur Theorie von Fourastié über die Entwicklung der Wirtschaftssektoren – hat der Verfasser unternommen.³⁹

Mit den erwähnten Beispielen dürften die gängigsten Arten des Einstiegs in die Periodisierung der Raumgeschichte bezeichnet sein. Selbstverständlich sind – je nach Thema und Fragestellung – anderweitige Möglichkeiten (etwa in geistes- und kulturgeschichtlicher Richtung) nicht auszuschließen. Man kann sogar, mit aller gebotenen kritischen Vorsicht, Epochengliederungen übernehmen, die nicht auf dem Felde der Geschichtswissenschaft bzw. der Historischen Geographie gewachsen sind. Als ein Beispiel, das gerade für eine zukunftsorientierte Raumgeschichte von Interesse ist, bietet sich die Periodisierung von F. Vester⁴⁰ an, welche die ganze Menschheitsgeschichte umgreift, soweit sie retrospektiv

³⁸ vgl. dazu L. Mumford, *Technics and Civilization*; London 1967. Die in dieser Veröffentlichung erläuterten Phasenbegriffe werden in *The City in History*, dt. Die Stadt, Geschichte und Ausblick; Teufen AR, 1963, S. 727/728 zu Kurzdefinitionen zusammengefaßt. Mumford unterscheidet vier Phasen der technischen Entwicklung: 1. die eotechnische Phase (ca. 1000 – ca. 1750; Frühzeit der modernen Technik), 2. die paläotechnische Phase (heute noch rezessiv im Gange; auf der Verwendung von Kohle und Eisen basierend), 3. die neotechnische Phase (ca. 1880 einsetzend, heute dominant; auf der Verwendung von Elektrizität und Leichtmetallen basierend), 4. die biotechnische Phase (heute im Entstehen begriffen und für die Zukunft prognostiziert; basierend auf der Anwendung der biologischen Wissenschaften auf die Technologie).

³⁹ vgl. dazu K. Litz, Projekt einer Siedlungsgeschichte des Kantons Zürich (s. A 30). Als Hauptepochen werden darin unterschieden: 1. das paläotechnische Zeitalter (Neolithikum bis 1800 n. Chr.; die Epoche des fast ausschließlichen Werkzeuggebrauchs), 2. das mesotechnische Zeitalter (1800–1920; die Epoche der Wasserkraftmaschine sowie der Dampfmaschine als Kraftmaschine für Industrie und Verkehr), 3. das neotechnische Zeitalter (seit 1920; die Epoche des Elektromotors und des Explosionsmotors als Kraftmaschinen für Industrie und Verkehr sowie der Elektronik für die Nachrichtenübermittlung und für die Automation). Diese Periodisierung hat sich für das betreffende Untersuchungsobjekt in einem ersten Durchgang als für die Vergangenheit praktikabel erwiesen. Für eine Siedlungs- bzw. Raumgeschichte, welche auch die Gegenwart sowie Varianten zukünftiger Entwicklung einbeziehen will, ist ihre Brauchbarkeit hingegen fraglich, scheint sich doch die Technik als siedlungsgeschichtliche Hauptdeterminante im Verlauf des neotechnischen Zeitalters selbst aufzuheben.

⁴⁰ vgl. dazu F. Vester, *Das kybernetische Zeitalter* (s. A 9), bes. S. 309 ff. Vester unterteilt die geschichtliche Entwicklung der Menschheit in folgende Hauptepochen: 1. (quasi)-stationärer Zustand I mit niedriger Bevölkerungsdichte und entsprechender Bewußtseinslage sowie Denkweise (Neolithikum bis ca. Mitte 17. Jh.), 2. die Epoche exponentieller Bevölkerungszunahme (+ Wirtschaftswachstums) und entsprechend rapider Bewußtseinsveränderung (ca. Mitte 17.–ca. Mitte 21. Jh.), mit dem Inflexionspunkt (Beginn der Abflachung der Verdichtungskurve) etwa in der Gegenwart, als Übergangsstadium zur 3. Epoche des (quasi)-stationären Zustands II mit hoher Bevölkerungsdichte und entsprechender Bewußtseinslage (ca. Mitte 21. Jh.–beliebig). Der bei Vester der hier ersten Epoche vorgelagerte paläolithische Dichte- und Bewußtseinszustand kann im

und prospektiv überhaupt faßbar ist. Mit den beiden korrelativen Hauptdeterminanten Bevölkerungsdichte – Bewußtseinszustand eignet sich diese Periodisierung besonders für theorieorientierte, quantifizierende Darstellungen, nicht zuletzt im Dienste der Raumplanung. Daß sie gegebenenfalls der Feinteilung bedarf und daß ihre Brauchbarkeit umso geringer wird, je enger das jeweilige Untersuchungsgebiet räumlich und/oder zeitlich ist, liegt auf der Hand.

3. Subjekt und Objekt in der Geschichte

3.1 Der Vorgang der Objektivation

Objektivität ist keine ursprüngliche Eigenschaft des menschlichen Bewußtseins, sondern das stets, auch heute angefochtene Ergebnis einer jahrtausendlangen Entwicklung. Das gilt zumal für die Objektivität im strengen, das heißt im wissenschaftlichen Sinne. Die theoretische »Welterkenntnis« bestand in den archaischen Jahrzehntausenden der Menschheit nicht aus distanzierter und rationaler Erfassung von Natur und Geschichte, sondern aus unmittelbarer, magischer und mythischer »participation mystique« des erkennenden Subjektes mit seiner natürlichen und sozialen Umwelt. Es gab somit überhaupt keine klare Grenze zwischen Subjekt und Objekt. Dieser Zustand wurde nur langsam überwunden, definitiv (vorläufig definitiv) erst seit Beginn der abendländischen Neuzeit, nämlich im Vorgang der »Objektivation« vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, der sämtliche modernen Wissenschaften – sowohl die Natur- wie die Geisteswissenschaften – aufgrund der selben Prinzipien hervorgebracht hat: Distanzierung des Erkenntnisobjektes vom erkennenden Subjekt und methodischer Vernunftgebrauch.⁴¹ »Damals trat in der Historie an die Stelle des Umgangs mit der verpflichtenden Tradition – das heißt an die Stelle der Einheit von Subjekt und Objekt, von Gegenwart und Vergangenheit – die Beschäftigung mit den vom Erkenntnisobjekt und damit auch von der Gegenwart distanzierten beliebigen Vergangenheiten.«⁴²

Somit wäre also für die »Historie« »... die Vergangenheit ... eine feste Größe, der immer näher zu kommen der Geschichtswissenschaft aufgegeben ist und ihren Fortschritt ausmacht«,⁴³ wie das Marc Bloch, Mitbegründer der »Annales«, gesehen hat? Dieser Optimismus, den Bloch mit der klassischen deutschen Historiographie eines Leopold von

Zusammenhang der vorliegenden Arbeit vernachlässigt werden. Die für das Überleben des Systems notwendige Inflexion tritt nun nicht – wie im biologischen Bereich, aus dem die Periodisierung hergeleitet ist – automatisch ein, sondern hängt von einer entsprechenden Aktivität des menschlichen Bewußtseins ab. Durch diese Modifikation wird die Übernahme der Periodisierung aus einer naturwissenschaftlichen Theorie in eine geisteswissenschaftliche ermöglicht.

⁴¹ vgl. dazu K.-G. Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft* (s. A 5), bes. S. 27.

⁴² K.-G. Faber, *ebda.*, S. 190.

⁴³ M. Wüstemeyer, *Die »Annales«* (s. A 8), S. 11.

Ranke sowie mit der positivistischen Schule des 19. Jahrhunderts teilt, hat in der Gegenwart einer Skepsis Platz gemacht, die aus einer differenzierten Auffassung vom Gegenstandscharakter der Geschichte erwachsen ist und keinen naiven historischen Objektivismus mehr zuläßt. Kontrovers ist dabei lediglich der Zeitsektor Vergangenheit; für den Einbezug der Zukunft stellt sich die Frage nach der »festen Größe« schon gar nicht, da diese Zeitstufe sich ohnehin in einem anderen Aggregatzustand befindet (vgl. 2.2). Zumal wenn Geschichte als Einheit aller drei Zeitstufen betrachtet wird, erscheint der Satz richtig: »Der Gegenstand der Geschichtswissenschaft ist nicht als ein unabhängig vom Betrachter existierendes ›Gegenüber‹ objektivierbar, sondern unterliegt der Verwandlung, indem er der analytischen Forschung und Interpretation unterzogen wird.«⁴⁴ Der Gegenstand »Geschichte« wandelt sich zwangsläufig mit dem »...Geschichte betrachtenden Menschen, der selbst dem geschichtlichen Werden unterworfen ist«.⁴⁵ Am prägnantesten hat H. Lübke die Grenzsituation der Objektivierung formuliert, nämlich »...daß es natürlich ein absurder Vorschlag wäre, eine Darstellung der Geschichte, durch die jemand einer ist, ›objektiv‹ dann nennen zu sollen, wenn sie aus irgendeinem Jenseits derjenigen Geschichte erfolgt, durch die ich selber einer bin.«⁴⁶

Die festgestellte Grenzsituation stellt nun die Geschichtstheorie vor ein Paradox: einerseits ist Objektivität eine *conditio sine qua non* für jede Wissenschaft, und andererseits scheint die Geschichtswissenschaft a priori der Subjektivität unterworfen. Es gilt im folgenden, dieses Paradox zu klären und aufzulösen. Es hat übrigens den Anschein, daß heute sämtliche Wissenschaften ebenso gemeinsam in diese Grenzsituation gelangt sind, wie sie seinerzeit aus der Objektivierung hervorgingen.⁴⁷

3.2 Das Problem der Identität von Subjekt und Objekt in der Geschichte

Wenn Objektivität eine unabdingbare Forderung an die Geschichtswissenschaft ist, so muß gefragt werden, ob nicht Weisen einer Identität von Subjekt und Objekt möglich sind, die sich mit dieser Forderung vereinbaren lassen. Fürs erste ist festzustellen, daß ohne jede Identität von Subjekt und Objekt Geschichtsforschung gar nicht statthaben könnte. Der Historiker kann seine Gegenstände ja nur soweit erkennen und verstehen, als sie den Strukturen seines eigenen Denkens und Erlebens entsprechen, und die Geschichtswissenschaft ist daher auf das »Apriori von der durchgehenden relativen Einheitlichkeit des Menschengeschlechts«⁴⁸ unbedingt angewiesen. Diese Identität von Subjekt und Objekt ist

⁴⁴ Fischer-Lexikon, Bd. Geschichte (s. A 4), S. 80.

⁴⁵ ebd., S. 80.

⁴⁶ H. Lübke, Wer kann sich Aufklärung leisten? (s. A 18).

⁴⁷ vgl. dazu beispielsweise F. Vester, Das kybernetische Zeitalter (s. A 9), mit den Ausführungen über die Variabilität der physikalischen Größen und Begriffe in Korrelation zur Entwicklung der theoretischen Physik (S. 320/321).

⁴⁸ D. Frei, Theorieorientierte Geschichtsbetrachtung (s. A 3), S. 333.

zudem die Grundvoraussetzung für das den Geisteswissenschaften (und damit der Geschichte) spezifisch eigene Erkenntnisprinzip des hinterfragten »Verstehens«: Der Mensch ist ja »...Subjekt und Objekt des geschichtlichen Erkennens zugleich: Subjekt, indem er als Erkennender selbst geschichtlich bedingt ist und sich nicht anders als in seinem geschichtlichen Gewordensein begreifen kann; Objekt, indem die Geschichte Produkt des menschlichen Geistes, Bewegung des menschlichen Strebens ist. Dadurch, daß Subjekt und Objekt in denselben Werdestrom des geschichtlichen Lebens getaucht sind, ergibt sich die Möglichkeit eines tiefgreifenden historischen Verstehens; denn für den Historiker ist ›sein Objekt Fleisch von seinem Fleische, es ist ihm homogen‹ (Meinecke). Deshalb vermag er die geschichtliche Welt von innen her, in ihrer Totalität, zu begreifen, nicht nur in Einzelzügen zu erklären und zu beschreiben.«⁴⁹ Falls der letzte Satz so verstanden würde, als ob es realiter je ein (individuelles oder kollektives) Bewußtsein geben könnte, das imstande wäre, die Geschichte (auch nur des je eigenen Kulturkreises) als Ganzes umfassend zu begreifen, so wäre das Ergebnis dieser Verschmelzung von Subjekt und Objekt die absolute Objektivität. Ein solches Bewußtsein ist selbstverständlich eine reine Utopie; sie läßt sich niemals realisieren, kann aber als Hilfsvorstellung wegweisend dienlich sein. Tatsächlich wandeln sich mit dem geschichtsforschenden Menschen die geschichtlichen Perspektiven von Epoche zu Epoche, so daß stets nur spezifische Aspekte der realen Geschichte ins Blickfeld des Bewußtseins treten, niemals die Geschichte an sich. Auch eine synoptische Darstellung (z. B. der Gesamtentwicklung eines bestimmten Volkes) vermag immer nur je eine relative Totale zu erfassen (in Relation zur jeweiligen Perspektive des Historiographen). Um es mit einer Analogie zu verdeutlichen: Ein Turm, der als Ganzes sichtbar in einer Ebene steht, kann von einem Betrachter, der ihn in stets gleichem Abstand umschreitet, nur in unendlich vielen verschiedenen Ausschnitten der Totalen gesehen werden, deren Summe die Totale an sich ist. Befindet sich ein bestimmter Teil einer geschichtlichen Ganzheit (z. B. die wirtschaftliche Entwicklung eines bestimmten Volkes) im Zentrum der historischen Wahrnehmung, so sei dies eine relative Partiale genannt.

Aus der Bewegung der Geschichtswissenschaft durch die Zeit (in unserer Analogie: der Kreis) kann sich eine Annäherung an die jeweilige absolute Totale (bzw. Partiale) ergeben, ohne daß die Totale an sich je apperzipiert würde, da ja die Summe der möglichen Standpunkte unendlich ist. Dabei resultiert nicht nur eine Ergänzung der verschiedenen Perspektiven, sondern aus der ständigen Verschiebung der Optik geht auch die Möglichkeit von Fehlerkorrekturen hervor. Zum zweiten erfolgt der Fortschritt der Geschichtswissenschaft dadurch, daß ihre Objekte (über die Quellen im weitesten Sinne) auf das menschliche Bewußtsein zurückwirken und seinen Denk- und Erlebnisstrukturen neue Horizonte eröffnen (übrigens ein Hauptgrund für das Interesse an der Geschichte überhaupt).

⁴⁹ Fischer-Lexikon, Bd. Geschichte (s. A 4), S. 85.

Aus den Erörterungen dieses Abschnitts geht hervor, daß sich Subjektivität und Objektivität in der Geschichte zwar nicht kongruent (im Sinne der utopischen Verschmelzung von Subjekt und Objekt), aber auch nicht exklusiv, sondern komplementär zu einander verhalten. Dieses Verhältnis ist im folgenden zu bestimmen und gegen mögliche Deviationsfaktoren abzusichern.

3.3 Die Fragestellung als Ausgangspunkt der Forschung

Der knappste Generalnenner, auf den Geschichtsforschung gebracht werden kann, ist der Bewußtseinsvorgang: Frage – Antwort, wobei die jeweilige Frage vom Subjekt, die Antwort dagegen vom Objekt bestimmt wird. Auf diese Weise lassen sich nun die Anteile Subjektivität und Objektivität in der Geschichtswissenschaft deutlich auseinanderlegen. Grundsätzlich ist das Subjekt völlig frei, beliebige Fragen an die Geschichte zu richten, soweit deren Beantwortung überhaupt im Kompetenzbereich dieser Wissenschaft liegt.⁵⁰ Auch ist die Fragestellung keineswegs den Historikern reserviert, das gilt besonders für die angewandte Geschichte (in unserem Falle die Raumgeschichte im Zusammenhang mit der Raumplanung).

Durch die jeweilige Fragestellung wird im unendlich komplexen Kontinuum der Geschichte ein je bestimmter Kontext perspektivisch ausgegrenzt. Da die Zahl der möglichen Fragen an die Geschichte beliebig groß ist, ist auch die Zahl der dadurch eröffneten Perspektiven mit den ihnen entsprechenden historischen Kontexten an sich unbegrenzt.⁵¹ Die Zahl der tatsächlich gestellten Fragen ist aber notwendigerweise endlich. Da sich nun das Urteil über die Relevanz historischer Phänomene aus der Relation zwischen den zu beurteilenden Fakten und ihrem jeweiligen Kontext ergibt, ist de facto »...der Bedeutungsgehalt eines historischen Phänomens unausschöpfbar.«⁵²

»Geschichtsschreibung findet statt in einer Gegenwart für diese.«⁵³ Die tatsächlich erfolgenden Fragestellungen sind also zusätzlich limitiert durch den jeweiligen Bewußtseinshorizont einer bestimmten Gesellschaft in einer bestimmten Epoche, und ihre Veränderung im Laufe der Zeit ergibt sich aus der allgemeinen Veränderung dieses Bewußtseins. Exemplarisch für diesen Wandel ist die Schwerpunktsverlagerung geschichtlichen Fragens aus dem politischen und dem ideellen Bereich in die Sektoren Wirtschaft, Gesellschaft und

⁵⁰ Fragen, welche dieses Feld verfehlen, erhalten entweder keine Antwort oder dann zwangsläufig eine falsche. Es handelt sich dabei um Fragen, für die entweder eine andere Wissenschaft (z. B. die Soziologie oder die Psychologie) ausschließlich zuständig ist oder um außerwissenschaftliche Fragestellungen, z. B. normative (nach der rechten Moral) oder metaphysische (etwa nach dem wahren Glauben). Gerade in säkularisierter, scheinwissenschaftlicher Umformung dürften heute solche Fragen so beliebt wie häufig sein.

⁵¹ vgl. dazu K.-G. Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft* (s. A 5), bes. S. 169.

⁵² K.-G. Faber, *ebda.*, S. 169.

⁵³ J. Ölkens, *Rekonstruktion und Theorie: Probleme der historischen Methodologie* (s. A 21), S. 136.

neuerdings – was hier besonders interessiert – in die Bereiche der Demographie, der Bodennutzung und der Ökologie.

Aber nicht nur die gleichsam exogenen Faktoren aus dem allgemeinen Zivilisations- und Kulturprozeß bestimmen die geschichtlichen Fragestellungen in einer bestimmten Epoche; es wirken auch wissenschaftsimmanente Bestimmungsgründe. Nicht bloß vergrößert sich der »Gegenstand« Geschichte ständig; er verändert simultan auch seine Form und kann daher nur mit ständig neuen Fragestellungen erfaßt werden. Zugleich jedoch verändern sich die Fragen an die Geschichte nicht nur inhaltlich, sondern auch formal. Zum Beispiel verband sich mit der Schwerpunktsverlagerung des Interesses von der National- zur Sozialgeschichte eine Präzisierung geschichtlichen Fragens, als Voraussetzung für die hinsichtlich dieses Gegenstandes unerläßliche Theorienbildung von gesellschaftlichen Entwicklungen. »The change, basically, is that historians – or, it would be more true to say, a growing number of historians – are prepared to ask scientific questions about historical facts, that they have decided that historical data are as capable as (for example) the data of botany of scientific study.«⁵⁴

Wenn auch selbstverständlich jede geschichtliche Darstellung von je besonderen Fragen ausgeht, so unterstehen doch die verschiedenen Teilgebiete der Geschichte (soweit solche nach 2.3 überhaupt eingegrenzt werden können) je spezifischen Fragestellungen, die systematisiert werden können, wie das E. Winkler für die Kulturlandschaftsgeschichte getan hat.⁵⁵ Wenn die Fragestellungen Winklers in seinen hier angezogenen Arbeiten in erster Linie aus wissenschaftsimmanenten Bestimmungsgründen hervorgehen, so lassen sich exogene Fragen an die Raumgeschichte (besonders hinsichtlich ihrer Anwendung auf Raumplanung und Umweltschutz) aus Publikationen ableiten, welche aktuelle Zeitprobleme erörtern. In erster Linie ist hier der NAWU-Report⁵⁶ zu nennen. Wie relativ die Autonomie auch der Raumgeschichte im Rahmen der Allgemeinen Geschichte ist, geht gerade aus solchen exogenen Fragestellungen deutlich hervor. Wenn – wie im NAWU-Report behauptet – eine Lösung der Raumordnungs- und Umweltprobleme ohne tiefgrei-

⁵⁴ G. Barraclough, *History*, in: *Main Trends of Research in the Social and Human Sciences*. 2. Teil, Bd. 1, Unesco, Paris 1978, S. 435.

⁵⁵ In seiner Arbeit »Fünfzig Jahre schweizerische Kulturlandschaftsgeschichtsforschung« hat E. Winkler eine umfassende Systematik kulturlandschaftsgeschichtlicher Fragestellungen (unter besonderer Berücksichtigung schweizerischer Belange) entwickelt, und zwar nach den Hauptgruppen: Deskription, Faktoren- bzw. Bedingungsanalyse und Nomothetik. Die Systematik Winklers dürfte auch für die Gegenwart grundlegend bleiben, wenn auch selbstverständlich aus heutiger Optik im einzelnen Modifikationen und Ergänzungen angebracht sind. – Eine auf die Kulturlandschaftsgeschichte des Kantons Zürich ausgerichtete Abwandlung der oben erwähnten Systematik stellt der in der Arbeit von W. Schnyder / E. Winkler, *Die kulturgeographisch bedeutsamen Quellen des Staatsarchivs Zürich*, in: *Mitt. der Geographisch-Ethnographischen Gesellsch. Zürich*, 42 (1945), enthaltene Fragenkatalog dar.

⁵⁶ H. Ch. Binswanger / W. Geißberger / Th. Ginsburg u. a., *Der NAWU-Report. Wege aus der Wohlstandsfalle*. Frankfurt am Main, 1978.

fende Veränderungen von Lebensform, Sozialbeziehungen und Rechtsordnung gar nicht möglich ist, dann treten generelle geschichtliche Aspekte ins Blickfeld raumgeschichtlichen Fragens. Dasselbe gilt – um ein weiteres aktuelles Beispiel anzuführen – für das Buch von Th. Leuenberger / R. Schilling: *Die Ohnmacht des Bürgers, Plädoyer für eine nachmoderne Gesellschaft* (zit. A 35), aus dem ebenfalls raumgeschichtlich relevante Fragen hergeleitet werden können. Und – last but not least – sind in diesem Zusammenhang die gesamte öffentliche Diskussion auf den Gebieten der Raumplanung, des Umweltschutzes (inkl. Ortsbildschutz), des Bodenrechts und des Wohnungswesens sowie die einschlägige eidgenössische und kantonale Gesetzgebung zu nennen.

3.4 Die Interessen als Motivationen und als Fehlerquellen

Nachdem im vorhergehenden Abschnitt das Verhältnis zwischen Subjektivität und Objektivität in der Geschichtswissenschaft bestimmt und die Subjektivität im Bereich der Fragestellung als *conditio sine qua non* geschichtlicher Erkenntnis legitimiert worden ist, stellt sich nun das Problem illegitimer Subjektivität als einer Fehlerquelle historischer Wahrheitsfindung, denn daß aus diesem Grunde Verzerrung und Verfälschung geschichtlicher Wahrheit erfolgen kann, steht als empirische Tatsache fest. Der Einstieg in die Problemstellung ist durch die einfache Überlegung zu gewinnen, daß keine menschliche Aktivität – und damit auch keine wissenschaftliche Tätigkeit – möglich ist ohne Motivation durch irgendein Interesse, und die Zuordnung von Erkenntnis und Interesse ist in der geschichtstheoretischen Diskussion vorab des letzten Jahrzehnts zur wohl brisantesten Streitfrage geworden. Dabei ist fürs erste zu beachten, daß grundverschiedene Arten von erkenntnisrelevanten Interessen zu unterscheiden sind. Die jüngste Kontroverse (wie sie vor allem zwischen Vertretern der Tradition des Historismus und den Verfechtern eines neomarxistisch ausgerichteten sozialen Engagements ausgetragen wurde) scheint den Blick für die simple Tatsache vernebelt zu haben, daß es ein Interesse für Erkenntnis an sich gibt.⁵⁷ Von diesem Interesse, das Erkenntnis um ihrer selbst willen anstrebt, sind Interessen zu unterscheiden, denen die geschichtliche Erkenntnis lediglich als Hilfsmittel zum Zweck der Erhellung und Verwirklichung sozialetischer, ästhetischer und metaphysischer Wertvorstellungen⁵⁸ oder aber als Werkzeug zur Befriedigung materieller Antriebe⁵⁹

⁵⁷ Diese Tatsache wird schon allein durch die Alltagserfahrung belegt, wie sie beispielsweise Eltern von Kindern im Vorschulalter geläufig ist, welche den endlosen Warum-Fragen ihrer Sprößlinge standhalten müssen.

⁵⁸ Diese Wertvorstellungen müssen hier a priori als außerwissenschaftlich (d. h. als in ihrer Gültigkeit weder beweisbar noch widerlegbar) betrachtet werden. Dementsprechend dürfen auch die aus ihnen hervorgehenden Werturteile in der Geschichtsforschung weder die Hypothesenbildung noch den Beweisgang beeinflussen. In der darstellenden Geschichte dagegen bleibt es dem Historiker unbenommen, Werturteile zu äußern, wenn er sie als solche ausdrücklich kenntlich macht. – Für die Raumgeschichte ist übrigens die Entwicklung von Wertsystemen mit deren jeweiligen Auswirkungen auf die Kulturlandschaft als Objekt der Forschung von besonderem Interesse.

dient. Interessen der letztgenannten Art können als Ideologien auftreten, wenn sie sich als ideelle Interessen oder als reines Erkenntnisinteresse tarnen⁶⁰ oder wenn partikuläre materielle Interessen sich als Bedürfnisse eines gesamten Sozialverbandes ausgeben.

Es liegt nun auf der Hand, daß die Auswirkungen der diversen Interesse-Kategorien, durch die Geschichtsforschung motiviert wird, auf historische Wahrheitsfindung unterschiedlich sind. Das reine Erkenntnisinteresse fällt logischerweise als Fehlerquelle außer Betracht; wenn und soweit diese Motivation waltet, wird die in der jeweiligen Forschungsperspektive angeleuchtete relative Totale bzw. Partiale der realen Geschichte objektiv erfaßt. Zwischen den anderweitigen Interessen und dem Postulat objektiver historischer Erkenntnis können hingegen Kollisionen auftreten. Zur Lösung dieses Problems ist wiederum vom Generalnenner der Geschichtsforschung, dem Vorgang: Frage – Antwort auszugehen. Da die Fragestellung notwendigerweise stets subjektiv ist, ist auch die Art ihrer Motivation geschichtstheoretisch gleichgültig.⁶¹ Wenn und soweit die jeweilige »Antwort« dagegen nicht ausschließlich vom Objekt bestimmt wird, ist das Forschungsergebnis zwangsläufig falsch. Jede Einwirkung von Interessen, die nicht historische Erkenntnis um ihrer selbst willen anstreben, ist daher in diesem Sektor des Forschungsvorgangs als Fehlerquelle zu betrachten. Das Vorgehen zu ihrer Ausschaltung wird im nächsten Abschnitt erörtert.

3.5 Begründungs- und Konsensobjektivität

Um historische Wahrheitsfindung gegen Deviationsfaktoren abzusichern, sind die im Titel aufgeführten Begriffe⁶² als Denkwerkzeuge zu gebrauchen. Die Begründungsobjektivität

⁵⁹ Unter materiellen Antrieben (Interessen) sind hier sämtliche bio-psychologischen Impulse zu verstehen (der individuelle und kollektive Selbsterhaltungstrieb, die Macht-, Besitz- und Aggressionstrieb, der Herdentrieb sowie die Sexualtriebe), wobei für Raumgeschichte im Zusammenhang mit der Raumplanung der kollektive Selbsterhaltungstrieb mit dem Ziel der Erhaltung, Restitution und Entwicklung gesunder natürlicher und sozialer Umwelten sowie die individuellen und kollektiven Macht- und Besitztriebe als Motivationen in erster Linie relevant sind.

⁶⁰ Daß sich materielle Interessen, wenn es ihrer Realisierung im individuellen und im kollektiven Bewußtsein dient, in unechte »geistige« Werte umsetzen können, ist eine heute schon gemeinplätzig psychologisch und historisch gesicherte Erfahrung. Weder bewiesen noch widerlegt ist andererseits die Möglichkeit nichtideologischer ideeller Interessen. Sie wird hier als außerwissenschaftliches Apriori angenommen. Dieses Apriori ist ein Postulat der »praktischen Vernunft«, da wissenschaftliche Wahrheitsfindung nur möglich ist, wenn und soweit Wissenschaftlichkeit, ein Wert, der selber wissenschaftlich nicht begründet werden kann, in einem bestimmten Sozialverband de facto Geltung hat. Dabei ist zu beachten, daß dieser Wert erfahrungsgemäß nie allein auftritt, sondern stets als Bestandteil eines Wertsystems.

⁶¹ Es handelt sich hier um eine innerwissenschaftliche Feststellung, welche weder die »Verantwortung der Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft« tangiert noch das Recht des Forschers, die Interessen, denen er dienen *will*, zu bewerten und auszuwählen oder sich die Interessen klarzustellen, denen er aus handfesten Gründen dienen *muß*.

⁶² vgl. dazu H. Lübke, Wer kann sich Aufklärung leisten? (s. A 18).

ergibt sich aus der strengen Beachtung der Kriterien von Geschichtstheorie und historischer Methode sowie der in der Forschungspraxis bewährten Regeln. Auszugehen ist dabei von der Zerlegung des bislang im Ausdruck »Antwort« umschriebenen Forschungsvorgangs in die beiden Abschnitte Hypothesenbildung einerseits sowie Verifikation – Falsifikation der betreffenden Hypothese (Beweisgang) andererseits. Da eine geschichtliche Hypothese aus einer zusammenfassenden und das Forschungsergebnis provisorisch vorwegnehmenden Intuition (unter Einbezug bereits vorhandenen Wissens) hervorgeht, ist es sehr schwierig, deren unbewußte Beeinflussung durch forschungsmotivierende Interessen zu vermeiden. Ideologien – verschleiert schon in sich – dürften hier als besondere Gefährdung wirken. Sie sind daher schon vor der Hypothesenbildung kritisch zu demaskieren und auf die in ihnen enthaltenen eigentlichen Antriebe zurückzuführen.⁶³ Aber auch die nichtideologischen Interessen, welche die Fragestellung motiviert haben, sind auf dieser Stufe der Forschung klarzustellen und offenzulegen. Gelingt es trotz diesen Verfahren nicht, sämtliche Verzerrungen und/oder Einengungen der jeweiligen Hypothese zu vermeiden, so können diese Fehler noch neutralisiert werden im Forschungsabschnitt des Beweisgangs, das heißt der kritischen Konfrontation der Hypothese mit allen von der jeweiligen Fragestellung betroffenen empirischen Daten (den Quellen im weitesten Sinne).

Die oben beschriebene systematische Selbstkontrolle des Forschers (bzw. der Forschergruppe) kann zwar objektive historische Erkenntnis ermöglichen, aber noch nicht gewährleisten. Sie bedarf dazu der Ergänzung durch intersubjektive Kontrolle; erst die daraus hervorgehende Konsensobjektivität darf als historische Objektivität im Sinne der Geschichtstheorie gelten. Dabei kann es – schon allein aus arbeitsökonomischen Gründen – sich empfehlen, nicht erst die Forschungsergebnisse, sondern bereits die betreffende Hypothese und deren Verifikation – Falsifikation intersubjektiver Überprüfung zu unterziehen.⁶⁴ Auch die intersubjektive Kontrolle hat sich nach den Anforderungen der Begründungsobjektivität auszurichten. Wird nicht ausschließlich auf dieser Basis argumentiert, so ist ein Konsens entweder von vornherein unmöglich, oder aber das Ergebnis ist »consensus history«, welche von G. Barraclough⁶⁵ als *fable convenue* aufs Korn genommen wird.

⁶³ Ideologiekritik wird einerseits durch die Geschichtswissenschaft selbst ermöglicht, zu deren wichtigsten Aufgaben sie heute zählt. Andererseits können Umsetzungs- und Projektionsvorgänge (z. B. Freund-Feindbilder) auch durch Verfahren der Psychoanalyse sowie der Analytischen Psychologie aufgedeckt werden. Diese Verfahren (ursprünglich ja für die Medizin entwickelt) sind zur Ausschaltung der hier anvisierten Fehlerquelle geschichtstheoretisch allerdings noch kaum ausgewertet.

⁶⁴ Als ein besonderer Anwendungsfall hiervon darf die Forschungstechnik des »Expertenurteils« gelten, welche D. Frei (Theorieorientierte Geschichtsbetrachtung (s. A 3), S. 329/330) beschreibt. Sie besteht darin, daß die Klassierung bestimmter geschichtlicher Gegebenheiten bzw. Vorgänge – nach einem von vornherein möglichst feinmaschigen und rigoros definierten Kategoriennetz – mehreren voneinander unabhängigen Experten zur Beurteilung vorgelegt wird.

⁶⁵ »Most historians are defenders, often no doubt without deliberate intent, of their own status quo – or, it might perhaps be fairer to say, the dupes or victims of their own environment – and history is

4. Reine und angewandte Geschichte

4.1 Definition der reinen und der angewandten Geschichte und deren möglicher Gebrauchswert

Die Unterscheidung von »reiner« und »angewandter« Wissenschaft, im naturwissenschaftlichen Bereich seit langem gebräuchlich und auch in Human- und Sozialwissenschaften (z. B. der Psychologie) bereits allgemein geläufig, hätte in der Geschichte bis vor kurzem als unsinnig gegolten: »Reine Geschichte« wäre als Pleonasmus erschienen und »angewandte Geschichte« als unmöglich.⁶⁶ Der Grund dafür findet sich im Theoriedefizit, und zwar in einem Mangel an Theorie im doppelten Sinne des Wortes (nach 1.): der je besonderen Theorie von historischen Objekten (Geschichte ist ohne generalisierende Sätze nicht verwendbar) sowie der Theorie vom erkennenden Subjekt, die eine klare Unterscheidung der beiden Arten von Geschichtswissenschaft erst ermöglicht. Sie läßt sich hier aus Abschnitt 3.4 ableiten: Als »reine Geschichte« ist historische Forschung zu bezeichnen, wenn und soweit deren Fragestellung vom Erkenntnisinteresse motiviert ist, während »angewandte Geschichte« von der Motivation ihrer Fragestellungen durch die anderweitigen Interessen bestimmt wird. Damit ist die Definition der beiden Begriffe gegeben.

Es stellt sich nun die Frage nach der Berechtigung sowie nach dem Nutzen der beiden Arten von Geschichtswissenschaft. Die erste Frage ist wissenschaftlich nicht zu beantworten: Wissenschaft als Selbstzweck kann sich nicht ihrerseits wissenschaftlich rechtfertigen (vgl. A 60), und Wissenschaft als Mittel zum Zweck ist jeweils so berechtigt, wie das Interesse, dem sie dient. Wissenschaftlich zu beantworten ist dagegen die Frage nach dem Nutzen: Für eine Wissenschaft können Möglichkeiten ihres Gebrauchs ins Auge gefaßt werden, deren Verwirklichung empirisch nachprüfbar ist. Hinsichtlich Physik und Chemie beispielsweise ist dieser empirische Nachweis seit Generationen erbracht, während er für angewandte Geschichte, die sich ja eben erst bewußt konstituiert hat (von vereinzelt allfälligen Indizien abgesehen) noch nicht geleistet sein kann. Immerhin beginnen Möglichkeiten auch für sie sichtbar zu werden. Daß reine Wissenschaft an sich keinen Gebrauchswert haben kann, versteht sich per definitionem. Indirekt aber kann sie soweit von Nutzen

still the favourite home of the *fable convenue*. For anyone concerned for the future of history, this situation can only be profoundly disturbing. Unless history can emancipate itself from mythology, in the way that sciences such as astronomy or chemistry have done, unless it can break once and for all time with its mythological roots, as astronomy has emancipated itself from astrology and chemistry from alchemy, the chances of history breaking out of the vicious circle in which its past has imprisoned it, are not great.« (G. Barraclough, History [s. A 54], S. 439.)

⁶⁶ Theoretische Ansätze zur Unterscheidung finden sich (avant la lettre) freilich schon früh, beispielsweise in der »Historik« von J.-G. Droysen, wenn etwa der »diskussiven« Form der Darstellung z. T. Ziele gesetzt werden, die eindeutig dem hier verwendeten Begriff der »angewandten Geschichte« entsprechen. In der Praxis historischer Forschung und Darstellung andererseits hat es die beiden in der vorliegenden Arbeit auseinandergehaltenen Arten von Geschichte stets gegeben. Nur begünstigte die unzulängliche, weitgehend im 19. Jh. steckengebliebene theoretische Reflexion den ideologischen Mißbrauch von Historie im Sinne verschleierter »angewandter« Geschichte.

sein, als ihre Erkenntnisse in angewandter Wissenschaft Verwendung finden. Im Beispiel der genannten Naturwissenschaften erscheint auch dieser Gebrauchswert bestätigt, und dasselbe Verhältnis darf in der Geschichte vermutet werden.

Welches sind nun – vorerst allgemein gefragt – die Möglichkeiten angewandter Geschichte? Für die Geschichte im engeren Sinn – die Historie – stehen zwei gegensätzliche Arten von möglichen Funktionen im Vordergrund: Einerseits können Grundmuster aus der Vergangenheit als Modelle für angestrebte Veränderungen mitverwendet werden, wenn bestimmte Zustände in einer Gegenwart gewandelten individuellen und/oder kollektiven Interessen nicht mehr entsprechen. »Frühere Lebensformen ... können (müssen aber nicht) ebenso wertvolle Möglichkeiten enthalten wie heutige, moderne Lebensformen. Lösungen sind nicht unbedingt im Neuen zu finden.«⁶⁷ Andererseits können aber gewisse Lebensformen und Verhaltensweisen, die aus der Vergangenheit in die Gegenwart hineinwirken, auch als Hemmnisse für Problemlösungen diagnostiziert werden. So steht, nach F. Vester, der Änderung unseres Denkens und Handelns, welche heute nötig ist, wenn die menschliche Spezies überhaupt überleben soll, »...weniger der Mangel an geistigen und technischen Möglichkeiten entgegen als vielmehr ein ungeheurer Ballast an Traditionen und Tabus, an Lehrmeinungen und Dogmen, die zwar nicht genetisch verankert sind, jedoch von Generation zu Generation als unverrückbare Wahrheiten weitergegeben wurden. Die erste Aufgabe des neuen Denkens wird es daher sein, die eigentliche Natur jener Normen zu erkennen, nämlich sie als Schein-Konstanten vergangener Epochen zu analysieren, die mit unserer heutigen Realität nicht mehr das Geringste zu tun haben, bis auf die Tatsache, daß sie zum Teil unsere festgefahrene Situation mitverschuldet haben.«⁶⁸ Eine direkte Auflösung solcher Schein-Konstanten ist nur mit Hilfe der historischen Analyse möglich, welche deren Bedingtheit durch andersgeartete Verhältnisse einer vergangenen Epoche nachweisen und sie damit als Variablen klarstellen kann. – Generell lassen sich die Möglichkeiten und Aufgabestellungen angewandter Geschichte als Lebenshilfe für die Gesellschaft mit den Postulaten formulieren: »...geschichtliche Erfahrungen sollen auf aktualisierbare Gehalte durchleuchtet werden, auf Präzedenzfälle für offene Konflikte der Gegenwart und auf Gesetzmäßigkeiten, die Anhaltspunkte für Zukunftspagnosen geben.«⁶⁹ Daß der Einbezug auch der Zukunft – wie ihn die Geschichtswissen-

⁶⁷ Th. Leuenberger / R. Schilling, Die Ohnmacht des Bürgers, Plädoyer für eine nachmoderne Gesellschaft (s. A 35). – Konkrete mögliche Wegweiser aus der Vergangenheit im Sinne der genannten Publikation sind z. B. in Kap. II zu finden oder in den »Traditionslinien« der »nachmodernen Phänomene«, S. 236. – Als ein weiteres Beispiel für eine in der Vergangenheit aufgefundene Leitvorstellung sei der Abschnitt »Die platonische Utopie einer stabilen Wirtschaft« im NAWU-Report (zit. A 56), S. 216–221, aufgeführt. – Aus der Literatur zu Gegenwartsproblemen ließe sich bestimmt noch eine lange Reihe einschlägiger Beispiele anfügen.

⁶⁸ F. Vester, Das kybernetische Zeitalter (s. A 9), S. 315.

⁶⁹ J. Radkau, Aufgaben für die Praxis der Geschichtswissenschaft, in: Ansichten einer künftigen Geschichtswiss., 1. Teil, hrsg. v. I. Geiß u. R. Tamchina, München 1974, S. 175 f.

schaft neustens anstrebt (vgl. 2.2) – für angewandte Geschichte von besonderem Interesse ist, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung.

4.2 Die Funktionen angewandter Raumgeschichte für die Raumplanung

Vom letzten Satz des obigen Abschnitts könnte zur Behauptung fortgeschritten werden, Raumplanung sei eigentlich mit angewandter Raumgeschichte der Zukunft identisch. Damit würde der Begriff der Geschichte zweifellos überdehnt (und das in einem Sektor, in dem die Theorie sich erst zu entwickeln beginnt). Aber der Kern von Wahrheit, der in dieser Behauptung enthalten sein dürfte, signalisiert doch ein enges Verhältnis zwischen Planung und der Geschichtswissenschaft, wie sie neustens verstanden wird. Vorläufig wird sich der Praktiker allerdings zur Verbreiterung seiner Entscheidungsgrundlagen noch des empirischen Materials bedienen, welches ihm die Geschichte im engeren Sinn aus der Vergangenheit übermittelt. Daß solche Erfahrungen heute in zunehmendem Maße als zusätzliche Orientierungshilfe ausgewertet werden, ist angesichts der lebensbedrohenden Umweltkrise (im weitesten Sinne des Wortes) verständlich. Nicht umsonst stützt sich beispielsweise der NAWU-Report (zit. A 56) wiederholt darauf. Aber schon vor der gegenwärtigen Krisensituation hat E. Winkler die Raumgeschichte als eine notwendige Grundlage der Planung bezeichnet: »Praktisch gesehen, ist Kulturlandschaftsgeschichtsforschung zwingende Aufgabe, insofern von ihrer möglichst umfassenden Lösung, von der möglichst idealen denkerischen Beherrschung, d. h. von der klaren Erfassung des (ding-raumzeitlichen) Zusammenwirkens der Einzelphänomene der Erdoberfläche: Boden, Klima, Gewässer und Lebewesen (Vegetation, Fauna, Menschheit) auch deren tätige Beherrschung, damit die Planung und planvolle Gestaltung, also die einzel- und gesamtinteressenausgleichende Landschafts- und Kulturformung abhängig ist.«⁷⁰

Tatsächlich ist ja jede Kulturlandschaft in ihrer Struktur historisch vorgeformt, das heißt, sie wird von geschichtlichen Determinanten mitbestimmt, welche aus der – zum Teil weit entfernten – Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft wirken. Eine Raumplanung, welche diese Determinanten außer acht läßt, läuft Gefahr, an der Wirklichkeit vorbeizuplanen und an nicht erkannten Störfaktoren zu scheitern. Der Ortsbild- und Milieuschutz im speziellen wird über keinerlei objektive Leitlinie verfügen und seine Ziele zwangsläufig verfehlen, wenn er nicht die geschichtliche Identität der jeweils von ihm betreuten Ortsteile nach baulicher Gestalt sowie nach Funktion (Nutzung) möglichst umfassend herleitet. Ergiebig – im Sinne einer Ausweitung des Erfahrungshorizontes – kann für die Raumplanung natürlich auch ihre Geschichte selbst sein. Aufschlußreich ist dabei schon allein die Erkenntnis, daß Planung nicht etwa erstmals in unserer Gegenwart praktiziert wird, sondern (mit einer Episode der Permissivität im 19. Jahrhundert bis über

⁷⁰ E. Winkler, Fünfzig Jahre schweizerische Kulturlandschaftsgeschichtsforschung (s. A 36), S. 124.

die 1. Hälfte des 20. hinaus) stets vollzogen wurde, seit die Menschheit mit dem Neolithikum sesshaft zu werden begann.

Da bewußt angewandte Geschichte (nach 4.1) überhaupt ein Novum ist, kann auch die angewandte Raumgeschichte im Dienste der Planung noch nicht über die Anfänge hinaus gelangt sein, und es liegen in der Schweiz erst wenige direkt einschlägige Arbeiten vor.⁷¹ Die Differenz zu den oben aufgewiesenen Möglichkeiten und Aufgabestellungen ist fast hundertprozentig, wobei wahrscheinlich noch nicht einmal sämtliche möglichen Funktionen solcher Raumgeschichte erfaßt sind.

⁷¹ Als Pionierarbeit kann der 3. Band des Planungsatlas des Kantons Bern, »Historische Planungsgrundlagen« (zit. A 30) genannt werden. – Als Prototyp geschichtlich fundierter Herleitung der städtebaulichen Identität einer zu schützenden Ortschaft ist die Untersuchung von *F. Stuber / J. Lang* u. a.: *Stadtbilduntersuchung Altstadt Lenzburg*, Zürich, 1976, zu nennen. – Eine Grundlage für die Geschichte der Raumplanung selbst wurde gelegt durch die Publikation: *Dokumente zur Geschichte der Schweizerischen Landesplanung*; ausgewählt und zusammengestellt von *E. Winkler / G. Winkler / M. Lendi*; Nr. 1 der Schriftenreihe des Instituts für Orts-, Regional- und Landesplanung an der ETH-Zürich; Zürich, 1978.

Christoph von Imhoff

Stadt – was sonst

Im August 1946 saß ein kleiner Kreis von Christen in einem Göppinger Pfarrhaus mit Professor Karl Barth, dem Theologen aus Basel, zusammen. Im Herzland des schwäbischen Pietismus sollte – eineinhalb Jahre nach der deutschen Kapitulation – bei jenem Mann Rat eingeholt werden, der das eigentliche geistliche Gehirn des theologischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gewesen war. Wir waren durch seine Broschüre mit dem Titel »Zur Genesung des deutschen Wesens« beunruhigt. Darin lasen wir: »Es scheint ja nicht sehr oft vorzukommen, daß einem ganzen Volk die Gelegenheit geboten wird, noch einmal von vorn anzufangen; anfangen zu dürfen. Was für eine Aufgabe und Möglichkeit, wenn es davon Gebrauch machte! Was für eine Auszeichnung vor den neunundneunzig Gerechten, daß es dazu nun jedenfalls die Gelegenheit bekommt!...«¹

Von Karl Barth wollten wir an diesem Abend wissen, was er darunter verstehe, wo wir anfangen sollten und wie er sich die Hilfe vorstelle, zu der er aufgefordert hatte. Barths Antwort schien uns respektabel für ein Volk, das ja tatsächlich auf dem Nullpunkt angekommen war: »Euer Aufbau, besser: Euer Neubau darf nicht übereilt werden! Ihr müßt nun erst einmal für Euch selbst definieren, was es heißt, die ganze Freiheit oder wenigstens die Grundlagen dazu gewonnen zu haben, und was es heißt, ohne große Monarchen, ohne große Kanzler oder gar Überkanzler einen demokratischen Staat zu bauen. Denn den Deutschen ist es ja nun, soweit ich sehen kann, zum ersten Mal in ihrer Geschichte erlaubt, wenn auch leider noch unter selbstverschuldeten Bedingungen, die Aufgabe zu lösen, wie sie das deutsche Leben am besten aufbauen können und wollen. Euren Beitrag zur Behebung oder Linderung des Schadens, der auch – nicht nur – durch Euch in der übrigen Welt entstanden ist, dürft Ihr dabei nicht vergessen!«²

Ein paar alte württembergische Theologen sprachen von Ludwig Uhland, vom Frankfurter Parlament und definierten eine neue deutsche Volksvertretung. Mit einiger Mühe, manchem Witz und ein wenig Ironie konnte der Initiator der Bekennenden Kirche die sehr eifrige Debatte unterbrechen: »Mit der Wahl eines deutschen Parlaments eilt es gar nicht. Auch nicht mit der Einsetzung einer neuen deutschen Zentralregierung. Ihr solltet auch gar nicht auf sogenannte Staatsgründungen ausgehen. Für die deutsche Gesundheit kommt

¹ *K. Barth*, *Zur Genesung des deutschen Wesens*. Ein Freundeswort von draußen. Stuttgart 1945, S. 29 ff.

² *K. Barth* (s. A 1), vgl. S. 43, 46, 61 ff.

jetzt alles darauf an, daß die Deutschen im kleinen und kleinsten Kreis verantwortlich denken und handeln. Man erzählte mir, daß es in Deutschland so viele kleine Gesprächszirkel gebe, die sich um ihre Dörfer und Städte mühten und dabei Mitverantwortliche, also Bürger würden, nachdem sie so lange Soldaten sein mußten. Ich wage es, Sie hier als ein Schweizer, der zwischen den beiden Prellböcken Pharisäertum und Sentimentalität steht, zu bitten, sich diesen kleinen Spielraum des Eingewöhntens, diese Pause so lange als möglich zu bewahren, Ihren kleinen Kreis zu pflegen, damit Sie Ihre künftige Geschichte als gesunde Menschen eigenverantwortlich ohne große Rückgriffe auf vorgestern und mit dem Rat guter und kritischer Freunde bauen können. Sie brauchen feste Fundamente, und die müssen Sie in den Kommunen, in den Dörfern und in erster Linie in den Städten bauen. Hier beginnt die Tagespolitik, hier lernt man, in ihr verantwortlich zu werden. Hier werden im Gespräch mit dem Nachbarn, im Hören auf ihn, auf seine Meinung, auf seine Kritik, die Grundmauern für politisches Wirken gebaut. Wenn diese Aufgabe erkannt ist und einigermaßen praktiziert wird, kommt – im Abstand vielleicht erst von mehreren Jahren – auch einmal das deutsche Parlament, sicherlich kein gesamtdeutsches. Soviel kann man heute schon sagen.«³

Zwei Jahre später – Ende August, anfangs September 1948 – traten in Bonn die 65 Abgeordneten zusammen, die von den 11 inzwischen aufgebauten Länderparlamenten in den Parlamentarischen Rat gewählt worden waren. Zur gleichen Zeit öffnete der Konzertgebouw in Amsterdam seine Tore für die erste Weltkirchenkonferenz. Dort kreuzte Professor Barth meinen Weg ein zweites Mal. Als er mich sah, zog er »Het Vrije Volk«, die sozialistische Zeitung der Niederlande, aus der Rocktasche, deutete auf eine groß wiedergegebene Nachricht mit dem Titel »Nächstes Jahr: Ein Zentralparlament für Westdeutschland?« und sagte dazu nur: »Erinnern Sie sich noch unserer Unterhaltung an der Fils? Das hier ist leider die Organisation von oben nach unten. Ich hatte es den Deutschen umgekehrt gewünscht. Schade! Aber vergessen Sie den Bürgersinn nicht! Der kommt von unten und ist wichtiger als das Zentralparlament. Er ist dessen Nährboden.« Dann wurde der bisher letzte große Interpret des »Römerbriefes« von den Delegierten aus Afrika und Asien belagert. Geblieben ist bis heute für mich die Frage, ob tatsächlich eine längere Pause den Deutschen von gestern und heute besser zu Buche geschlagen wäre, und geblieben ist außerdem der verkappte Satz: »Der Bürgersinn ist der Nährboden des Parlaments«.

Wie mir scheint, wollte Barth mit diesem, etwas lässig hingeplauderten Satz die Folgen dessen klar machen, was vor rund 2400 Jahren Perikles als das Wesen des von ihm geführten Staates mit einer der heutigen sehr parallelen Begriffswelt gekennzeichnet hat. Da lesen wir von der Freiheit des einzelnen, von Rechtsstaatlichkeit und Lebensqualität,

³ K. Barth (s. A 1), S. 65 und 68 ff. Die hier – dem Abdruck eines zur Eröffnung der VII. Internationalen Städtetagung »Die alte Stadt morgen« am 19. Juni 1981 in Wolfenbüttel gehaltenen Festvortrags – zitierten Wortlaute entstammen Stenogrammnotizen aus der Göppinger Beratung Mitte August 1946.

von Mündigkeit des Staatsbürgers und in folgendem Stil von der Freizeitgestaltung: »Durch unsere Denkweise haben wir die stärksten Erholungen für den arbeitenden Menschen geschaffen: Wettspiele und Opfer, die jährlich bei uns stattfinden, und angenehme häusliche Einrichtungen, deren Freuden tagaus, tagein mögliche Trübsal vertreiben. Die große Stadt zieht Menschen aus allen Ländern an. So wird uns zuteil, daß wir die Güter, die bei uns selbst gedeihen, mit gleichem Genuß ernten wie die der anderen Menschen. Wir unterscheiden uns von unseren Feinden in der Sorge um die Angelegenheiten des Krieges. Jeder hat Zugang zu unserer Stadt. Fremdenvertreibungen kennen wir nicht. Wir vereinigen in uns die Sorge um unser Haus und um unsere Stadt; und obwohl wir verschiedenartigsten Tätigkeiten nachgehen, ist doch kein Athener in Sachen des Staates ohne Urteil. Denn wer daran nicht teilnimmt, heißt bei uns nicht ein stiller Bürger, sondern ein schlechter Bürger!«⁴

So steht es in der berühmten Rede des Perikles, die er zu Ehren jener gehalten hat, welche im ersten Kriegsjahr gegen Sparta für die attische Demokratie gefallen waren. Dies sei, so meint der Historiker Thukydides zur Rede des attischen Staatsmannes, der das zerstörte Athen so prachtvoll neu gebaut hat, ein nichtidealisiertes Zeitbild; aber – wenn dies stimmt – dann eben eines, wie man es in der Geschichte nur sehr selten und auch dann immer nur für sehr kurze Zeit antrifft. Der Schweizer Soziologe Edgar Salin hat diese Charakteristik des Atheners von damals, im Griechischen »asteios« genannt, mit Ciceros Wort »Urbanität« gleichgesetzt, ihm damit freilich auch das Wesen eines »Zielbildes«, das einer in Einzelfällen vielleicht zu verwirklichenden Utopie gegeben.⁵

Für uns hier, die wir am geistigen Profil der Stadt interessiert sind, ergibt sich daraus die Frage, ob es sich lohnt, solch einer Utopie nachzueifern oder sie gar zum Ausgangspunkt Ihrer Arbeit hier in Wolfenbüttel zu machen, die – soweit ich sehen kann – Archive, Sanierung, Entwicklung, Erhaltung und Bürgerbewegungen in alten Städten analysieren und daraus Schlüsse für die Praxis ziehen soll. Aus historischen Überlegungen heraus möchte ich die eben gestellte Frage bejahen: zu jeder geistigen Arbeit gehört die Utopie, als Grundlage, als Ansporn. Sie ist für den Politiker Ärgernis und Hilfe in einem. Der andere Grund für mein Ja gegenüber der Utopie von Athen, die sich später – für kurz nur – im Rom des Caius Julius Caesar als Realität wiederholte, kommt aus der Tradition unseres Erdteils. Denn – im Gegensatz zum vorwiegend schwarzen Teil unseres südlichen Nachbarcontinents, dessen Lebensrhythmus bis heute von Dorfkulturen getragen wird und nur von daher richtig verstanden werden kann – war und bleibt Europa seit Beginn seiner Existenz, genau wie der Orient zwischen Nil und Ganges, ein von der Stadtkultur geprägter Erdteil. Das heißt für uns von vornherein: Stadt ja! – im gleichen Atemzug aber auch: Stadt wie? Stadt – wie im alten Rom, wie vorher in Athen, als Civitas, als innerlich

⁴ Ins Deutsche übersetztes Zitat nach C. W. Weber, Die Spartaner. Düsseldorf – Wien 1977, S. 305.

⁵ Edgar Salin hielt zum Gesamtthema Alte und Neue Stadt einen grundlegenden Vortrag auf dem Städtetag 1960 in Augsburg. Er ist erschienen in den Schriften des Deutschen Städtetags 1961.

verpflichtete Bürgerschaft? Oder Stadt als eine beliebige Ansammlung von Einwohnern, die keine Pflichten gegenüber der Stadt zu haben glauben und nebeneinander her leben? Ist das erste erreichbar? Oder reicht das letztere, reicht die Ansammlung aus?

Mir scheint, daß in dem so oft beschworenen Gegensatz zwischen Utopie und Wirklichkeit das Geheimnis für den menschlichen Impuls liegt. Wenn ihn der Afrikaner aus dem Dorf bezieht, so sollten wir diesen Afrikaner nicht verstärken wollen, sondern ihm die Entscheidung überlassen, ob und wie er angesichts der bei ihm sichtbar werdenden riesigen Flucht vom Land in die Stadt das Problem Stadt bei sich und für sich lösen kann und will. Ein afrikanischer Häuptling, dem ich 1960 bei der Unabhängigkeitsfeier Nigerias davon abgeraten habe, seine von Landwirtschaft und Handel lebende kleine Stadt – wie er sagte – »attraktiver« zu machen, indem er sie »nach europäischem Vorbild« industrialisieren wollte – obwohl die Vorbedingungen für solche Industrialisierung fehlten –, sagte mir am Ende einer langen Diskussion: »Ich werde mir Ihren Rat, für den ich sehr danke, lange überlegen. Aber ich werde doch einmal versuchen, mit ein paar großen Handwerksbetrieben den Weg für die Industrialisierung meiner Stadt zu öffnen; nicht nur, weil der weiße Mann bisher unser Vorbild gewesen ist, sondern weil es so schön und so belebend ist, mit diesem Gedanken zu spielen.«

Auch hier einerseits das rapide Wachstum großer Menschenzusammenballungen mit meist 150 Prozent mehr Einwohnern als zu Beginn des Jahrhunderts; dazu eine Verstädterung noch vor der Industrialisierung, d. h. eine Verstädterung angesichts fehlender Arbeitsplätze! Auch hier – und das ist die andere Seite – das Spiel mit der Utopie, freilich verbunden mit der Alternative Dorf oder Stadt.⁶ Dieser Alternative fehlt in Europa, ähnlich wie im asiatischen Orient, der Boden. Uns bleibt nur die Entscheidung für die Stadt. Sie hat die Geschichte unserer beiden Erdteile, wenn auch unter Nöten und Schmerzen, bisher bestimmt und vorwärtsgetrieben und muß sie weiter vorwärtstreiben. Damit aber sind wir auch zum Spiel mit der Utopie gezwungen, wenn wir nicht verspißern wollen. Die Utopie gehört zu unserer Realität, auch wenn sie zu ihr im Gegensatz zu stehen scheint. Gerade in diesem Gegensatz liegt der Anreiz zu spielerisch-sportlicher Kraftprobe verborgen, der dem Leben Freude verleiht und der – als Initialzündler – dazu beiträgt, das Leben für uns alle lebenswert zu machen.

So sehr es nun lohnte, dem Sinn und dem Ertrag dieses geheimnisvollen Spiels solcher Gegensätze weiter nachzugehen – wir müssen uns erst noch eine andere Frage stellen. Sie lautet: Ist unsere Utopie »Civitas plus Urbanität« auch quer durch die Geschichte immer die gleiche geblieben? Zieht sie sich bis auf unsere Tage unverletzt wie ein roter Faden durch die Weltgeschichte? Mir scheint, daß es hier mittel- oder unmittelbare Zusammenhänge zwischen dem Weltbild des Menschen und seinem Ideal der Urbanität gibt. Man

⁶ A. v. Haller, Die Welt des Afrikaners, Düsseldorf 1960, S. 54 ff., S. 79, S. 174 ff.; dazu »Die Letzten wollen die Ersten sein«, Düsseldorf 1963, vom gleichen Autor, der sich hier mit der »Revolution der farbigen Völker« auseinandersetzt und das Wesen der afrikanischen Stadt zeichnet.

hört sehr häufig in wissenschaftlichen Analysen, daß es drei große Geschichtsperioden gebe,⁷ in denen sich das moderne Stadtbild entwickelt habe:

1. Epoche vom Altertum bis zum Untergang des Römischen Reiches, dem Sterben der antiken Welt im 4. Jahrhundert nach Christi Geburt;
2. Epoche von der Karolingerzeit bis zur Französischen Revolution;
3. Epoche von den amerikanischen Freiheitskriegen, von der Gründung der Vereinigten Staaten und vom Auftreten Napoleons an bis heute.

Am Ende der ersten Epoche sei »das Ergebnis einer tausendjährigen Entwicklung des Städtebaus durch die antike Welt von den unverbrauchten germanischen Volksstämmen übernommen und auf Europa übertragen« worden.⁸ Es sei eine »Vermählung junger nordischer mit alten Mittelmeervölkern und deren Kulturen« gewesen. Im Zentrum habe, beginnend mit der ersten Epoche unter den Perserkönigen Kyros und Darius und unter den Hellenen des Perikles, der Sakralbau gestanden, benachbart zum Herrschersitz, zum Marktplatz oder Bazar und den mehr an der Peripherie liegenden menschlichen Siedlungen.⁹ Der Ort sei »durch Sage und Tradition geheiligt« gewesen. Diese großartige Kombination verbinde die beiden Epochen vom Altertum bis zum Bastillesturm. Die dritte Epoche habe dann »die Reste gotischer Städtebaukunst in die Stadt der Eisenbahnen und des Autos übernommen« und von der Peripherie alter Städte aus »ohne schöpferische Idee, ohne verkehrliche Regelungen, ohne Ordnung und Schönheit immer neue Straßen in die Landschaft gebaut und unersetzliche Werte alter Stadtbaukunst sinnlos geopfert«.¹⁰

Das sind so die Zitate aus den Werken zweier berühmter Architekturhistoriker. Sie haben vieles für sich und sind, rein von der Architektur her betrachtet, sicher richtig. Ich zolle ihnen meinen Respekt und wage trotzdem, wenigstens zu einem Teil zu widersprechen. Denn ich meine, daß diesen Darstellungen ganz einfach die naturwissenschaftlichen Forschungen und Erkenntnisse aus drei Jahrtausenden nicht richtig und nicht gewichtig genug eingeordnet sind. Ich bleibe mit meinen Überlegungen zwar auch bei der Dreiteilung der Entwicklung. Ich sehe aber, aufgrund der Entdeckungen und der damit verbundenen geographischen Neuorientierung, andere Zeiteinteilungen, die der Geschichte der Städtebaukunst gerechter werden könnten.

Die erste Epoche reicht nach meinem Empfinden vom Altertum bis ins 15. Jahrhundert und ist vorwiegend höfisch bestimmt. Jedenfalls galt die höfische Welt als offizielle Welt, in der Wolfram von Eschenbachs Tafelrunde zum Symbol der Gemeinschaft wurde. Es ist jener weitgespannte Zeitraum, in dem der Mensch die Erde als eine Scheibe betrachtete.

⁷ Vgl. E. Salin (s. A 5); K. Gruber, Die Gestalt der deutschen Stadt, München 1952, S. 10 ff., S. 26 ff., S. 46 ff., ferner A. Deneke, Renaissance im Städtebau. Münster 1946; A. Hauser, Sozialgeschichte der Kunst und Literatur. München 1953, S. 87 ff., S. 208 ff., S. 618 ff.

⁸ E. Salin (s. A 5).

⁹ K. Gruber (s. A 7), S. 10 ff.; Chr. v. Imhoff, Persien/Iran. Heroldsberg 1977, S. 57–76; J. Maquet / H. Ganslmayr, Afrika, Essen 1975, u. a. S. 305 ff.

¹⁰ Vgl. A. Deneke (s. A 7), S. 15 ff.; K. Gruber (s. A 7), S. 132 ff.

Ein sehr einprägsamer Stich kennzeichnet diese Epoche: Die Erde breitet sich wie ein langes, unten wohl geschliffenes und oben kunstvoll durch Berge, Täler und Flüsse gegliedertes Tablett aus; am einen Ende des Tablett ein Mensch, der, auf dem Bauch liegend, erschreckt in die gestaltlose schwarze Tiefe der Hölle hineinsieht, am anderen Ende ein bescheidenes Menschlein, das staunend in die Wunderwelt der strahlenden Gestirne schaut. Zwischen diesen beiden Figuren, die von Realität und Utopie gleichsam hin- und hergestoßen sind, stehen auf imponierenden Bergen oder an strategischen Schlüsselpunkten, hochragend gebaut, als markante Stellen dieser Erdscheibe, die Städte mit ihren Heiligtümern, Herrscherbauten und Bazaren. Sie sind – und das ist wohl auch so beabsichtigt – »Tempel-Stadt«, »Heilige Stadt«, »Stadt der ewigen Flamme«, »Stadt des heiligen Steins«, »Stadt Gottes«, »Bischofsstadt«, aber dazu eben auch »die Hure Babylon« als biblischer Contrapunkt, als Monitum.¹¹

Man blättere einmal die Städtebilder in Schedels Weltchronik durch. Darin ist der Mensch noch unmittelbar vor der Wende und bereits mitten in den Jahren der großen Entdeckungen von Amerika und Indien vom Bild der frühmittelalterlichen Stadt fasziniert. Er nimmt die Bilder alle hin, wie sie sind. Er hält sie alle für Realität, weil sie seinem Bild und seiner Vorstellung dort entsprechen, wo er die Holzschnitte – etwa in Prag, Budapest, Aachen, Nürnberg oder Lübeck – überprüfen kann. Dementsprechend gibt er auch sein Votum für die Richtigkeit der Phantasie-Ansichten von Karthago, Jericho, Byzanz, Jerusalem und vielen anderen orientalischen Städten, die außerhalb seiner Reichweite gelegen waren. Noch immer meint er bei Erscheinen der Weltchronik, daß alle diese mehr oder weniger heiligen Plätze auf einer großen Scheibe postiert seien.¹²

Und dann kam ganz plötzlich mit Christoph Columbus und wenig später mit Vasco da Gama greifbar der Beginn der zweiten Epoche. Beide Entdecker nämlich, denen Regiomontan über den Nürnberger Seefahrer Martin Behaim seine Ephemeriden zugespielt hatte, kamen – hier etwas verkürzt dargestellt – aus Amerika und aus Indien mit der Erkenntnis zurück, daß die Erde eben keine Scheibe sei, sondern daß sie rund sei wie eine Kugel – so wie sie Behaim in seinem Globus schon 1492 nachgebildet hatte. Und dann bedurfte es, bereits vier Monate nach dem Erscheinen der lateinischen Ausgabe der Weltchronik des Hartmann Schedel, einer gründlichen Textrevision. Sebald Schreyer und Konrad Celtis in Nürnberg wußten, daß nun ein neues Weltbild gezeichnet werden müsse, daß den Lesern nicht mehr eine »Mischung von korrekter Geschichtswiedergabe mit unglaublichen Kuriosa, biblischen Geschichten, Legenden und entdeckter Wirklichkeit«¹³ zuzumuten sei. Beide Freunde des Hartmann Schedel hatten deshalb einen detaillierten Vertrag über die zu revidierende Neuausgabe abgeschlossen; ein Beschluß, der die Revision des Geschichtsbildes genau an der Wende der ersten zur zweiten Epoche mit

eingeschlossen hätte, obwohl doch in Schedels Chronik die Weltkarte noch nach Vorstellungen und Überlieferungen des Ptolemäus als Scheibe gezeichnet war. Mag dann auch der Vertrag nicht eingelöst, die Weltkarte – entsprechend der eben entdeckten Realität – nicht umgezeichnet worden sein –: wo gab es denn bis dahin solche Bereitschaft, eine Kollision der Pflichten, Ansichten und Gefühle gegenüber dem Weltbild in einer der führenden Städte Europas so rasch einzugestehen!

Das war der Zeitpunkt, da nicht mehr allein die Fürsten, sondern das städtische Bürgertum in Mitteleuropa zum ersten Mal in den 1500 Jahren nach Christi Geburt geschichtsbildende Kraft zeigen konnte und auch gezeigt hat. Denn in dieser Zeit entstanden – sehr konzentriert hier dargestellt – durch die Aktivität der Ministerialen, meist Bürger und Kaufleute, und durch deren Zusammenarbeit mit dem kaiserlichen Hof die Hanse- und die freien Reichsstädte. In ihnen war die bischöfliche Macht ebenso wie jene der Territorialherren erloschen. Bürgertum im damaligen Verständnis und Handelshäuser dieser Städte blieben eng mit dem kaiserlichen Hof verknüpft. Sie zahlten seit langem die Unkosten der Hofhaltung eines nun erst langsam in Städten, anfänglich in Prag, dann in Wien, seßhaft werdenden Kaiserhauses. Als Gegenleistung erhielten sie von den Kaisern, also schon lange vor deren Seßhaftigkeit, die Zoll- und Handelsprivilegien quer durch das ganze Reichsgebiet, später dann noch jene in Frankreich, Spanien und Portugal von den dortigen Königen.¹⁴

Daraus schöpfte z. B. Nürnberg als Zentrum der Montan-Verarbeitungsindustrie, der modernen Rüstung, der Handwerkerkunst und des Warenumschlages seinen Reichtum, der erst den internationalen Territorialhandel und seit 1505 auch den Überseehandel über Antwerpen und Lissabon als den beiden Ausfuhrhäfen ermöglicht hat. Zum Planwagen der Handelszüge, die aus der Stadt kamen und die Stadt ansteuerten, kam das Schiff im Überseehandel quer über den Erdball, das Schiff, das für die Europäer bisher nur im östlichen Mittelmeerhandel von Venedig aus eine Rolle spielte. Die städtische Geldwirtschaft ersetzte Schritt für Schritt den Tauschhandel. Europa erlebte durch das Aufblühen der Städte Mobilität in einem bisher unbekanntem Ausmaß. Jenseits der Gebiete europäischer Territorialfürsten entstand durch das emanzipierte Bürgertum ein modernes Lebensgefühl. Sichtbarstes Zeichen: der Markt wird »eingerahmt« von den Handelshäusern, er liegt hautnah den Siedlungen der Handwerker und dem jeweiligen Heiligtum der Bürgerstadt; in Nürnberg z. B. war es die Sebalduskirche mit dem Grab des Stadtpatrons gegenüber dem Rathaus.¹⁵ Selbst nach der Zerstörung durch den Zweiten Weltkrieg und dem darauffolgenden Aufbau bleibt der Nürnberger Hauptmarkt ein plastisches Beispiel für die innere, die geistige Konstruktion des Marktes, des Stadtherzens, als architektonisches Kunstwerk.

¹¹ K. Gruber (s. A 7), S. 11 ff.

¹² E. Rücker, Die Schedelsche Weltchronik. München 1973, S. 72

¹³ E. Rücker (s. A 12), S. 83

¹⁴ Chr. v. Imhoff, Epochen Fränkischer Wirtschaftsgeschichte, Rundfunkvortrag, Bayerischer Rundfunk 20. Mai 1979 (Sendereihe »Vom Main zur Donau«)

¹⁵ Chr. v. Imhoff, Magnet Sebald, in: Festschrift »600 Jahre Ostchor St. Sebald«, S. 25 f.

Damals, am Ende der Gotik, erwachte in vielen Städten, besonders in den Reichsstädten, jene lyrische Sensibilität, aus der sich der gotische Naturalismus entwickelt hatte und jenen Humanismus herauskristallisierte, ohne den die zur Dürer- und Pirckheimerzeit wieder Wirklichkeit gewordene Urbanität gar nicht denkbar wäre.¹⁶ Das wird zwar bestritten, weil angeblich Reformation und Gegenreformation die zarten Keime der Urbanität zerstört hätten.¹⁷ Genau das Gegenteil scheint mir richtig zu sein. Die Mischung von Reformation und Humanismus hat die Urbanität im Mittelalter erst geschaffen; denn hier entstanden, völlig improvisiert, in Klöstern und Bürgerhäusern jene Gesprächsgruppen aus Künstlern, Humanisten, Theologen, Naturwissenschaftlern, Handwerkern, Staatsmännern, Ratsherren, Soldaten, die sich der Urbanität annahmen und sie durch ihre Arbeit weit über eine Stadt hinausstrugen in andere Landschaften. Ich denke an Albrecht Dürers Schrift über »Unterricht zur Befestigung der Stett, Schloß und Flecken«, ich denke an seine Zeichnung »Schloß«, in der er eine quadratische Königsstadt entwirft, oder an seine Skizze mit dem Titel »Klausen«, in der er sich der Befestigung speziell annimmt, ohne die Stadt in ihrer Funktion für den Bürger zu vergessen. In allen diesen Arbeiten befaßt er sich mit Grundformen der Stadtanlage, die z. B. Nürnberg und Schaffhausen mitgeformt haben. Diese Gedanken und Entwürfe dominieren in der Architektenliteratur der Renaissancezeit. Wissenschaftler der Architektur sagen, er habe damit die Mobilität seiner Zeit erst in rechte künstlerische Formen eingefangen.¹⁸

Wenn ich heute so gerne durch Freiburg, Nürnberg oder Augsburg, durch Rottweil oder Windsheim, durch Basel oder Schwäbisch Hall spazieren gehe, dann deshalb, weil ich auf Proportionen stoße, die das Auge erfreuen und ausruhen lassen, weil ich auf Abwechslungen in der Bauweise stoße, die sich nicht beißen, weil Gotik, Renaissance und gelegentlich auch Barock ineinandergefügt sind, ohne das Stadtbild zu zerstören. Ich bin davon überzeugt, daß hier die Geister von damals gemeinschaftlich darum bemüht gewesen sind, den Menschen ein menschliches Leben und einen geistigen Hintergrund zu schaffen.¹⁹ Auch hier der Markt als Ausweis. Wirklichkeit und Utopie, Vernunft und künstlerisches Gefühl deckten sich in diesen Städten für eine geraume Weile. So wurden aus diesen Städten Kunstwerke, Kunstwerke auch und gerade der Kommunikation, ehe sich der fürstliche Absolutismus des Barock seine geistig völlig andersgearteten Städte baute.

¹⁶ W. P. Eckert / Chr. v. Imhoff, Willibald Pirckheimer. Köln 1971/1981 S. 24 ff., S. 35 ff.

¹⁷ Vgl. E. Salin (s. A 5)

¹⁸ K. Gruber (s. A 7), S. 140 f.

¹⁹ Das Thema gehörte zu den wesentlichen Verhandlungsgegenständen an den humanistischen Tafelrunden in der vorreformatorischen Zeit, in Nürnberg z. B. im Kartäuserkloster, dem heutigen Germanischen Nationalmuseum, und in der Staufitzgesellschaft, die sich im Augustinerkloster zusammengefunden hatte. Die »Sodalitas litteraria Rhenana«, von Conrad Celtis ins Leben gerufen, und die »Sodalitas litteraria Augustana« waren mit dem gleichen Thema befaßt, vgl. W. P. Eckert / Chr. v. Imhoff, Willibald Pirckheimer (s. A 16), S. 25 ff., S. 36

Das war die Zeit des Merkantilismus, des aufblühenden Nationalismus, in der Residenz- und Fürstenstädte wie München, Stuttgart, Bonn, Kassel, Hannover, Karlsruhe, Potsdam oder Berlin die Hanse- und die Reichsstädte und mit ihnen das Bürgertum außer Kurs setzten.²⁰ Theodor Heuss hat vor dreißig Jahren diesem Zusammenstoß zweier Entscheidungsformen der Stadtkultur am Ende des alten Reiches einen bitteren Nachruf gewidmet. Als das Germanische Nationalmuseum seinen hundertsten Geburtstag feierte, erklärte er, der Reichsdeputationshauptschluß von Regensburg habe im Jahre 1803 durch die Privilegierung der deutschen Landesfürsten die wenigen deutschen Ansätze zum demokratischen Lebens- und Baustil vernichtet. Dazu habe das bürgerliche Regiment der Stadtrepubliken gehört, soweit es sich nicht selbst durch den Wandel zur Oligarchie um die Früchte seiner Arbeit gebracht habe. Der Schuldige an der Vernichtung des Restes aber sei – ganz entgegen seinem Herkommen als republikanischer Konsul der Französischen Revolution – Napoleon Bonaparte gewesen, inzwischen freilich selbst Monarch und großer absoluter Fürst, dem – wie allen regierenden Fürsten von damals – auch nur der Gedanke an die Urbanität unerträglich, ja seiner eigenen Sache feindselig erschienen war.²¹

Die 1803 geschaffene Ordnung hat sich – wenn man nach dem geographischen Schema urteilt – im Prinzip bis heute erhalten. Mit oder ohne Länder- und Staatsparlamente sind die Residenzstädte der Fürsten zu den entscheidenden Orientierungspunkten der europäischen Staatenwelt in den Demokratien wie in den sozialistischen Ländern geworden.

Die dritte Periode der Stadtgeschichte begann nach meinem Dafürhalten in unseren Lebenstagen. Wir können sie entweder mit der Atombombe von Hiroshima im Hochsommer 1945 oder mit der Zeit beginnen lassen, seit der sich der Mensch mit dem Flugzeug – kurz nach 1950 – 10 bis 15 Kilometer über dem Erdball von Kontinent zu Kontinent bewegt, also gleichsam Herr über *der* Erde wird. Ich frage mich, ob er vorhatte, auch Herr über *die* Erde zu werden, ob also ein Stück Hybris damit verbunden war. Wir können die dritte Periode mit dem 4. Oktober 1957 beginnen lassen, als der Erdsatellit Sputnik I von der UdSSR mit Erfolg in den Weltraum geschossen worden ist. Wir können als Datum auch den 20. Juli 1969 – die erste Landung des Menschen auf dem Mond – wählen. Wichtig an dem allen ist, daß die Erde, vor fünfhundert Jahren als Kugel entdeckt und in fünf Jahrhunderten weithin erschlossen, in ihr – sagen wir es einmal etwas pathetisch – kosmisches Zeitalter einzutreten scheint. Wahrscheinlich haben wir den kleinen Start einer großen Ära erlebt, an deren Anfang das nukleare Grauen und der erste Mensch auf dem

²⁰ »Der fürstliche Absolutismus unterdrückt die städtische Selbstverwaltung, er macht sich die Kräfte der Zeit dienstbar, stellt die religiösen Fronten in seinen Dienst, setzt an die Stelle des gewachsenen Rechts das römische, das an der Landesuniversität gehört wird, wo der ebenfalls neue Stand der fürstlichen Beamten seine Ausbildung erhält... An die Stelle der Ordnung aus der religio tritt nun die Ordnung aus der Macht.« So K. Gruber (s. A 7), S. 138 ff.

²¹ NORIS. Zwei Reden zur Hundertjahrfeier des Germanischen Nationalmuseums: Th. Heuss, Das Germ. Nat. Mus., C. J. Burckhardt, Städtegeist. Im Selbstverlag des Museums, Nürnberg 1952.

Mond stehen. Aber keiner von uns Heutigen kann sagen, wie diese kühne Tat menschlicher Neugier auf dem Mond oder das Risiko Atombombe enden werden und wie die Folgen einmal in unseren Städten aussehen könnten.

Kurz nach der Mondlandung las ich einen für mich bis heute unvergeßlichen Satz: »Wir suchen zwar nach wie vor das, was Himmel und Erde miteinander verbindet und die Welt im Innersten zusammenhält. Aber die Menschen des Industriezeitalters wissen seit dem Mondflug nicht mehr, wo der Himmel ist, seitdem der Mond für sie greifbar geworden ist.«²² Die Frage wurde laut, ob unser bislang bewährtes geistiges Fundament auch für die Zukunft noch gültig ist oder ob dieser Flug nicht gerade das bestätigt, was die Aufklärung gelehrt hat. Bleibt also das bauliche und das religiöse Wunder noch Mittelpunkt unserer Städte? Bleibt der imaginäre biblische Himmel, in den unsere Astronauten vorgestoßen sind, die letzte, die jenseitige Heimat der Gläubigen? Unsere Kirchtürme zeigen vertikal in den Weltraum hinein. Die ganze Gestik des Menschen ist letztlich auf diese Verbindung eingestellt. Überkommt uns also nun, nach der Desillusionierung durch den Mondflug, nicht ein Heimweh nach unserem alten, guten Himmel? Denn die Leute, die mehr wissen wollen, als die Astronauten mitgebracht haben, fragen ja nun auch: Wo ist er denn nun – der Himmel? Oben? Unten? Mitten drin?

Gewiß, die Erde bleibt rund. Aber die kosmische Komponente der Welt hat sich von ihrem Hintergrund gelöst, weil sich die Dimensionen der Zerstörungsmöglichkeiten und die Betrachtung des Himmels nicht weniger geändert haben als die menschlichen Usancen, als die menschliche Rede- und Denkweise, als die örtliche Bindung des Menschen an seine Stadt, als die Rechts- und Eigentumsvorstellungen des Einwohners und die Schulvorstellungen von Parlamentariern und Ministern, als das Verhältnis der Menschen untereinander. Aus den Pilgern des späten Mittelalters wurden die – wenn auch Geld bringenden, aber oft so störenden – Touristenströme. Sie erinnern mich gelegentlich an leergewordene wandernde Weltbürger, die nach Erlebnissen hungern. Sie machen aus der alten Handelsmetropole einen Kreisel des Fremdenverkehrs. Parallel dazu laufen die Wanderungsbewegungen quer über den Kontinent, von denen fast jede größere europäische Stadt betroffen ist. Das Bürgertum, das wir noch vor dem Zweiten Weltkrieg kannten, schwindet oder verschwindet. Der Kaufmann ist, anders als früher, nicht mehr eine ortsgebundene Größe; die Sprache und ihre Anwendung sind so verschieden geworden, die Toleranz ist so geschrumpft, daß das Verstehen zum Problem wird; die Wolkenkratzer zerschneiden das Stadtbild und vereinsamen deren Einwohner auch untereinander. Früher floh der Bauer in die Stadt, um sich aus dem Untertanenverhältnis zu lösen.²³ Heute fliehen städtische Arbeiter und Angestellte in ihrer Freizeit aufs Land und entvölkern während dieser Zeit die Stadtkerne, um so ihre Abhängigkeit von Maschine und Büro zu vergessen – und dies auf jenen Straßen, die an den Städten, an verbauten Vorstädten und zersiedelten Landschaften

²² D. Greenfield, New York, in DIE WELT, September 1959: »Der Griff nach dem Himmel«.

²³ A. Hauser (s. A 7), S. 202ff., 256ff.

vorbeiführen: Produkte der immer größer und mörderischer werdenden Bodenspekulationen mit oft internationaler Reichweite.²⁴

Sind dies die Krisenerscheinungen der Stadtgeschichte in ihrer dritten Epoche, die für den Menschen wieder etwas völlig Neues mit sich bringt? Die dritte Epoche – es sei kurz hier vermerkt – liefert damit den Beweis, daß es eben keinen durchlaufenden roten Faden in der Geschichte der Stadt gibt; wir sind eben in unserer Geschichte immer wieder neuen Überraschungen ausgeliefert, denen wir uns stellen müssen. Oder ist es nur die Reaktion einer neuen Generation auf allzu forscht und allzu inhuman betriebene, radikale Technisierung und Industrialisierung des europäischen und amerikanischen Daseins? Wir spüren dies in der oft unbequemen, oft modern-romantischen Bewegung der Grünen und der Alternativen, die beide manchmal am liebsten gar nichts mehr an Vergangenen ändern möchten; ein Teil dieser Menschen hat sich die »menschliche Stadt« aufs Papier geschrieben. Diesem Streben nach Urbanität sollten wir – wie mir scheint – alle Vorschub leisten. Wir sollten es in die rechten Bahnen bringen, weil uns das Weltraumzeitalter – ich spreche das Wort mit aller gebotenen Vorsicht aus – Sorgen macht, weil es Ängste auslöst: einmal die Angst vor der Zerstörung durch Atomkrieg, vielleicht einen, der über den Weltraum, über die Satelliten gelenkt wird; zum anderen die Angst vor der Verengung unseres Lebensraumes und damit unseres Bewußtseins durch die immer stärker werdenden Medien. Diese Ängste zeigen, wie notwendig in der Zukunft das Gebilde Stadt wird, notwendiger als der Staat; denn die Städte in Europa werden im Ernstfall überleben, wenn es noch ein Überleben gibt, und unsere Zukunft mitbestimmen, wenn Urbanität in ihnen Platz greift. Der Staat ist, da labiler, größeren Gefahren ausgesetzt.

Nun nützen aber die besten alten oder neuen oder auch neuen-alten Städte nichts, wenn die Wohnungen darin unmenschlich teuer werden; wenn der Wille zur Urbanität am Geldbeutel des Bürgers scheitert; wenn für alle Nischen der Menschlichkeit in einer Stadt und für alle Schnörkel im Leben eines Bürgers der finanzielle Boden fehlt und der Bewegungsspielraum des Gemeinwesens weiter verengt wird. Hier hilft ein Beispiel, das uns in dieser Stadt Wolfenbüttel vorgelebt wird. Sie, verehrter, lieber Herr Professor Raabe und Ihr Vorgänger, haben zusammen mit Herrn Bürgermeister Essmann das Zusammenspiel zwischen Stadtverwaltung und Herzog-August-Bibliothek und umgekehrt begonnen, um Geschichte im Interesse der Stadt und ihrer Bürger lebendig zu erhalten und die Stadt mit ihr ständig zu beleben. Das ist ein Stück Kommunalpolitik, das Wolfenbüttel weit über die Bundesrepublik hinaus bekannt und berühmt gemacht hat. Es ist ein Beispiel für viele, eines, das Miß- oder Nichtverstehen der lokalen Gegenwart beseitigen und neue geistige Fundamente schaffen kann.

²⁴ Vgl. K. Gruber (s. A 7), S. 191ff. Er hat sein Buch 1914 bzw. 1937 geschrieben, in der Meinung, das Zeitalter der Bodenspekulation sei zu Ende. Gerade deshalb sind diese Überlegungen Grubers besonders interessant nachzulesen. Vgl. dazu auch A. Deneke (s. A.), S. 15 f.

Wir sollten uns aber auch einmal überlegen, ob wir der überdimensionierten Bodenspekulation von heute weiterhin freien Lauf lassen. Ist die Frage berechtigt, daß wir mit der Methode von heute möglicherweise unseren Reichtum ausverkaufen? Hilft da nur der völlig freie Baumarkt, den wir ja nicht mehr haben? Man weiß im Orient von Israel bis hin nach Indien und Indonesien sehr gut, warum man Grund und Boden häufig als Kommunal- oder Staatseigentum deklariert hat – und man wußte dies auch in unserer frühen Geschichte, als deutsche Kaiser Häuser und Höfe in der Stadt wie auf dem flachen Land als Lehen für befristete Zeit vergeben haben. Sicherlich, das sehr differenzierte Eigentumsrecht in den westeuropäischen Staaten macht Gedanken dieser Art schier zur Utopie, weil dies eine Sozialisierung des Eigentums schlechthin mit sich bringen könnte. Aber das Baurecht in Westeuropa läßt Eingriffs- und Steuerungsmöglichkeiten zu.²⁵ Damit könnte man dem Egoismus des Profitopolis-Bürgers einen Riegel vorschieben. Vielleicht ist es vorausblickend nötig, das positive Recht so zu ändern, daß weitere Verletzungen dieses Rechts verhindert werden.

Ganz ähnlich steht es mit der Position des Architekten in der modernen und in der alten Stadt, um die wir uns mühen. Dieser Architekt muß, wenn er Künstler sein will, laut dem römischen Baumeister Vitruv etwas vom Kosmos verstehen. Wenn also unsere Städte Kunstwerke werden sollen, brauchen wir den Architekten als künstlerisches Individuum. Ihn aber wird es bald nicht mehr geben, denn seine Auftraggeber sind heute Kollektive – Bauherrenkollektive – geworden, die den von ihnen engagierten Künstler anweisen. Man braucht aber, wenn moralische Verantwortung geschaffen werden soll, den Künstler als Gesprächspartner und gestaltende Kraft. Das heißt, das Verhältnis zwischen Künstler und Bauherren muß sich ändern, wenn man nicht die Frage herausfordern will, ob Kunst in der Demokratie überhaupt möglich sei.²⁶ Die alten Architekten, besonders der Gotik und auch der Renaissance, wußten etwas von diesem Verhältnis. Nicht umsonst gab es die längst durch die Säkularisierung aufgehobenen Bauhütten mit ihren Baugesetzen und ihrem Wissen um das »rechte Maß«; eines der Schlüsselworte Dürers für die Kunst seiner Zeit.²⁷

Ich will mit meinem Votum für die Architekten keineswegs für eine Verhistorisierung der Stadt eintreten. Sie wäre gleichbedeutend einer Erstarrung der Stadt. Aber ich plädiere

²⁵ Die hier niedergelegten Gedanken wurden auch mit dem Kultur- und dem Wirtschaftsdezernenten der Stadt Nürnberg, Dr. Hermann Glaser und Dr. Wilhelm Doni, durchgesprochen. Für diese Unterhaltungen sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt.

²⁶ Eine Stimmung von Zweifel, Skepsis und – angesichts der wachsenden Bürokratisierung der Verwaltungen – auch Resignation scheint sich unter Teilen der deutschen Architektenschaft auszubreiten, wie der Vortragende aus vielfältigen Unterhaltungen mit namhaften Vertretern dieses schöpferischen Berufs entnehmen konnte. Die Gründe dafür hat er u. a. mit Architekt Dr. Friedrich Seegy (Nürnberg) besprochen. Ihm an dieser Stelle herzlichen Dank!

²⁷ Vgl. K. Gruber (s. A 7), S. 140f.; P. Raabe, *Der alten Stadt eine Zukunft*. Wolfenbütteler Hefte 1, Wolfenbüttel 1975; Chr. v. Imhoff, *Der Schriftsteller Albrecht Dürer*, in: Tutzingener Texte, Sonderband III, Benennen und Bekennen, München 1971, S. 65 ff.

dafür, daß auch unsere Kinder und Kindeskinde, die dann vielleicht in Außenvierteln einer Stadt leben, noch immer sagen können: »Wir gehen in die Stadt« und dabei den Stadtkern meinen, dessen Meister der Architekt sein wird.²⁸ Solange unsere Kinder das noch sagen, ist der Stadtkern noch ein tragendes geistiges Element der Stadt.

Vielleicht sind dies ein paar fruchtbare Gedanken eines Nürnbergers, der ja innerhalb seines Stadtkerns im Kreis von Mauern durch Geschichte und Gegenwart laufen kann, der aber heute noch durch 15 Tore jederzeit nach draußen ausbrechen und wieder zurückgehen kann. Das sind die Poren einer Stadt, Poren, die für pulsierendes Leben, für Wachstum und ständige Erneuerung Sorge tragen. Ich habe dieses (Nürnberger) Stadtbauwerk immer als ein psychologisches Meisterwerk von Stadtarchitektur empfunden. Es wäre schön, wenn Gedanken wie diese dazu beitragen könnten, in der dritten Epoche der Baugeschichte den Bau von Städten der inneren und äußeren Geborgenheit zu beflügeln – und das heißt, Voraussetzungen zu schaffen für ein Stück Heimat, die keine Konsumware sein kann und darf, auch keine Zusammenballung, die man mit großen oder mittleren Einwohnerziffern wertet, etwa so, wie man Flüchtlingslager taxiert. Es ist ein Plädoyer für neue – alte Städte, meine Damen und Herren; neue – alte Städte mit Herz und Geist; mit Urbanität, so Gott will – was sonst?

²⁸ A. Deneke (s. A 7) schreibt über die Zukunft des Städtebaus ab S. 16ff. und entwickelt ab S. 21 aus dem Stadtkern, der alten Stadtmitte heraus ein sehr nüchternes Zukunftsbild, wobei er Verkehr, periphere Stadtteile, Eigen- und Mietshäuser und besonders die jeweilige städtebauliche Wirkung mit einbezieht.

Manfred Bültemann

Altstadtsanierung: zum Beispiel Wolfenbüttel

Topographie Das heutige Bild der Altstadt von Wolfenbüttel ist das Ergebnis eines geschichtlichen Entwicklungsprozesses, der geprägt ist durch die über 300 Jahre währende Funktion der Stadt als Residenz der Herzöge von Braunschweig-Wolfenbüttel (Abb. 1). Wolfenbüttel liegt im nördlichen Vorland des Harzes, umgeben von hügeligem, zum Teil auch leicht bergigem Land. Der eigentliche Stadtkern befindet sich im Tal der Oker, die, im Oberharz entspringend, allmählich in einem nach Norden hin abfallenden Tal die Altstadt durchfließt. Der Fluß wird in Wolfenbüttel in vier künstlich angelegte Wasserläufe geteilt, die sich im nördlichen Teil des Stadtgebietes wieder zu einem Flußlauf vereinigen.

Geschichte Unbekannt sind die Anfänge der Besiedlung.

Die Stadt Wolfenbüttel ist mit dem Bau einer befestigten Wasserburg an einer Okerfurt im 12. Jahrhundert urkundlich das erste Mal erwähnt. Nach

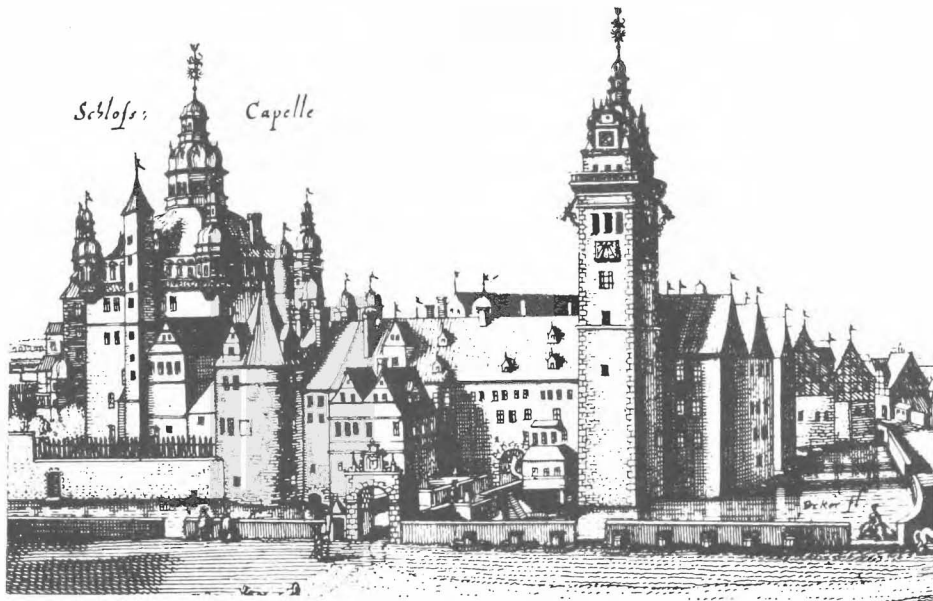


Abb. 1

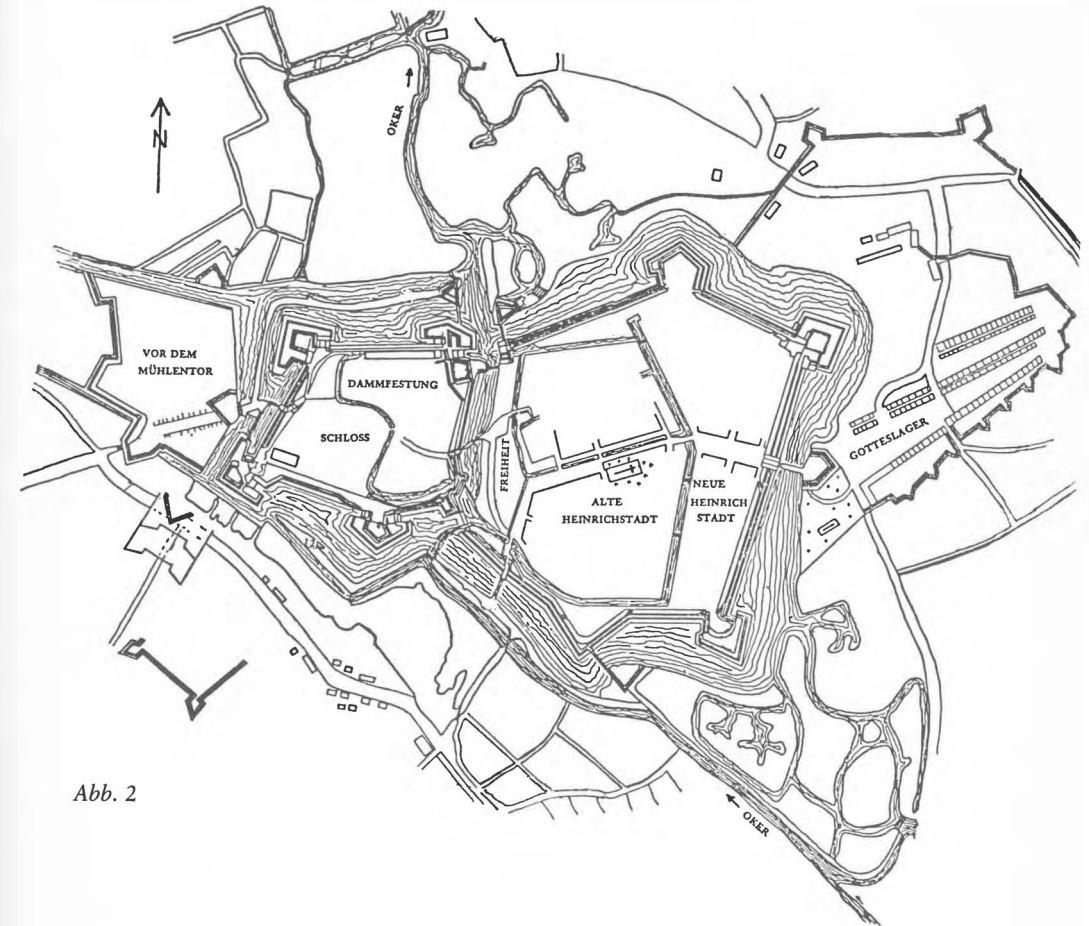


Abb. 2

der Zerstörung der Burg durch Heinrich den Löwen wurde Wolfenbüttel im 13. Jahrhundert zu einer welfischen Residenzburg ausgebaut. Die Auseinandersetzung zwischen den Welfen und der Stadt Braunschweig führte dazu, daß Wolfenbüttel in der Mitte des 15. Jahrhunderts zur Residenz des Herzogtums wurde. Über 300 Jahre, bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, blieb die Stadt die Residenz der Fürsten.

Vor der Burg bildete sich im 15. Jahrhundert eine kleine Siedlung, die zu Beginn des 16. Jahrhunderts zusammen mit der Burg zur Dammfestung zusammengefaßt wurde (Abb. 2). Um den Vorgängerbau der Marienkirche entstand die Siedlung »Zu unserer lieben Frau«, die unter den Herzögen Heinrich der Jüngere und Julius zur Heinrichstadt ausgebaut wurde. Im Jahre 1570 erhielt Wolfenbüttel das Stadtrecht.



Abb. 3

In der systematisch angelegten, von Gräben umzogenen Heinrichstadt entstand mit der Kanzlei ein neues Verwaltungszentrum des Herzogtums, um das sich stattliche Hofbeamtenhäuser gruppierten. Herzog Julius wurde der entscheidende Bauplaner der Stadt Wolfenbüttel. Sein Stadtbauprogramm stellte eine großzügige Stadtanlage der Renaissance dar. Der Stadtgrundriß trägt noch heute seinen Stempel.

Im frühen 17. Jahrhundert erhielt die Heinrichstadt mit der Hauptkirche, dem ersten großen protestantischen Kirchenbau, ihre Dominante (Abb. 3). Jenseits des östlichen Stadtgrabens wurde im letzten Viertel des 16. Jahrhunderts die Neue Heinrichstadt angelegt, die durch ein rechtwinkliges Straßensystem gekennzeichnet ist.

Dem »Städtebauer« Herzog Julius folgte der »Künstler« Herzog Heinrich Julius. Er legte den Grundstein des bildnerischen Erbes der Stadt Wolfenbüttel. Im späten 16. Jahrhundert entstand östlich der Heinrichstadt

jenseits der Wallanlagen eine Vorstadt, das sogenannte »Gotteslager«, die heutige Juliusstadt. Westlich des Schloßbezirkes legte Herzog August der Jüngere ab der Mitte des 17. Jahrhunderts planmäßig die Auguststadt an.

Mit der Aufgabe Wolfenbüttels als Residenzstadt und der Verlagerung der Verwaltung nach Braunschweig in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ging es mit der Blüte der Kunst zu Ende. Der höfische Staat verschwand. Es entstand die Stadt Wolfenbüttel, als 1747 alle Teile der Residenz mit der Heinrichstadt vereinigt und einem bürgerlichen Rat unterstellt wurden. Allerdings verfiel mit der Abwanderung des Hofes, der Hofbeamten und der Garnison die Bedeutung der Stadt; Wolfenbüttel geriet in den Schatten der neuen Residenz und aufsteigenden Handelsstadt Braunschweig. Die durch die Abwanderung des Hofes entstandene Lücke wurde vom Bürgertum nicht geschlossen. Die Stadt verarmte mehr und mehr; für Handel und Gewerbe gab es keinen Aufstieg. In der Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgte der Anschluß an das Eisenbahnnetz, aber der große industrielle Aufschwung fand nicht statt.

Dem Ausbleiben einer industriellen Expansion im vorigen Jahrhundert verdankt Wolfenbüttel sein Altstadtbild. Das geschlossene Straßenbild mit seinen schlichten Fachwerkhäusern blieb zum großen Teil bis heute erhalten; nur in Einzelfällen wurden in den Gründerjahren und in der Wilhelminischen Ära alte Fachwerkhäuser abgerissen und das Straßenbild mit Gebäuden des Klassizismus und Historismus vielfältiger. Das Stadtbild spiegelt somit größtenteils noch unverfälscht eine längst versunkene Epoche wider.

Der Aufschwung der Stadt Wolfenbüttel als moderner Wohn- und Industriestandort begann nach dem letzten Weltkrieg und wurde mit der kommunalen Neugliederung im Jahre 1974 vorerst abgeschlossen. Wolfenbüttel ist heute eine Stadt mit rund 50 000 Einwohnern, davon wohnen noch etwa 5 500 Einwohner in der historischen Altstadt. Das Stadtzentrum nimmt noch heute die zentrale Versorgungsfunktion für die gesamte Region war.

Eine überragende historische Bedeutung liegt im Stadtgrundriß Wolfenbüttels. Die städtebaulichen Konzeptionen des 16. und 17. Jahrhunderts, die noch heute die Stadtstruktur mit ihren Zäsuren und Plätzen prägt, gehört zu den eindrucksvollsten städtebaulichen Leistungen des frühen Absolutismus in Deutschland. Neben den profanen und sakralen Staatsbauten (Schloß, Zeughaus, Kanzlei, Marienkirche, Trinitatiskirche) bestimmen geschlossene Straßenzüge von Fachwerkhäusern das Stadtbild

Stadtbild

Stadt-
grundriß

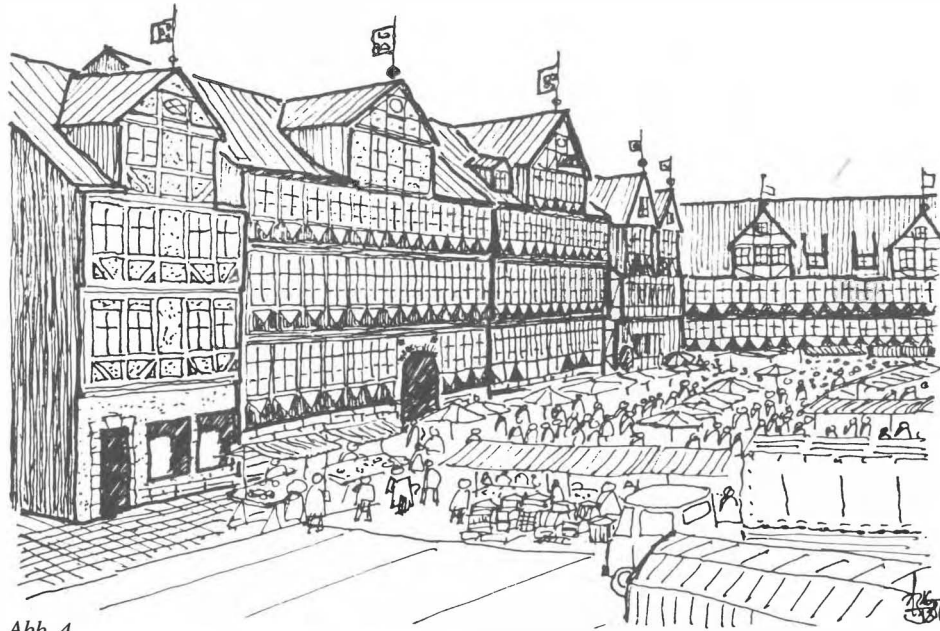


Abb. 4

(Abb. 4). Besonders hervorzuheben sind die schon genannten Hofbeamtenhäuser am Kornmarkt, an der Reichsstraße und am Stadtmarkt.

Wolfenbüttel ist eine historische Stadt in europäischer Tradition. Sie gilt als erste planmäßig angelegte Stadt der Renaissance auf deutschem Boden, obwohl die Grundrißausbildung auf eine Tradition von mehreren Jahrhunderten zurückgreifen kann. Zwei Ordnungsprinzipien bestimmen die Grundrißgestaltung geplanter Städte, das orthogonale und das konzentrische Prinzip.

Während das orthogonale Prinzip vorwiegend bei bürgerlichen Stadtgründungen angewendet wurde, ist das konzentrische Prinzip Ausdruck absolutistischer, von einer Person oder Institution ausgehender Macht. Am Stadtgrundriß von Wolfenbüttel ist die Entwicklung des idealtypischen Stadtgrundrisses vom Ausgang des Mittelalters bis in die Barockzeit zu sehen. In ihm gelangt hier das konzentrische Prinzip zum ersten Male zur Anwendung, in Teilen wirkt jedoch noch das orthogonale Prinzip nach.

Sanierungsgebiet

Der Rat der Stadt Wolfenbüttel beschloß im Oktober 1973 den Beginn der vorbereitenden Untersuchung zur Sanierung der Innenstadt nach dem Städtebauförderungsgesetz. Hiermit wurde die Niedersächsische Landesentwicklungsgesellschaft (NILEG) im September 1974 beauftragt. Im

August 1977 ist sie mit der Vorlage des Berichtes über das Ergebnis abgeschlossen worden. Am 7. November 1977 hat der Rat die Satzung der Stadt Wolfenbüttel über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes »Historische Innenstadt« beschlossen. Sie ist im April des Jahres 1978 in Kraft getreten.

Da die Erhaltung der einmaligen Stadtstruktur, die Fortentwicklung städtischen Lebens und die Anpassung an zeitgemäße Anforderungen nur durch eine einheitliche Planung für den gesamten historischen Bereich erreicht werden kann, umfaßt das Sanierungsgebiet eine Größe von rd. 52,5 ha (Abb. 5). Es umschließt die Heinrichstadt als die eigentliche Innenstadt und die beiden historischen Vorstädte, die Juliusstadt und die Auguststadt.

Mit den Maßnahmen, die zur Erneuerung des Sanierungsgebietes erforderlich sind, ist Ende 1978 die NEUE HEIMAT BREMEN als Sanierungsträger beauftragt worden. Die Stadt richtete eine Sanierungsstelle ein. Damit waren die Grundlagen zur Durchführung der Stadtsanierung in Wolfenbüttel geschaffen.

Eine derart komplexe Sanierungsmaßnahme bedingt viele kleine Planungs- und Durchführungsabschnitte. Um für diese Maßnahmen eine Leitvorstellung zu haben, beauftragte die Stadt Wolfenbüttel im Dezember 1978 das Institut für Städtebau, Wohnungswesen und Landesplanung der Universi-

Städtebaulicher
Rahmenplan

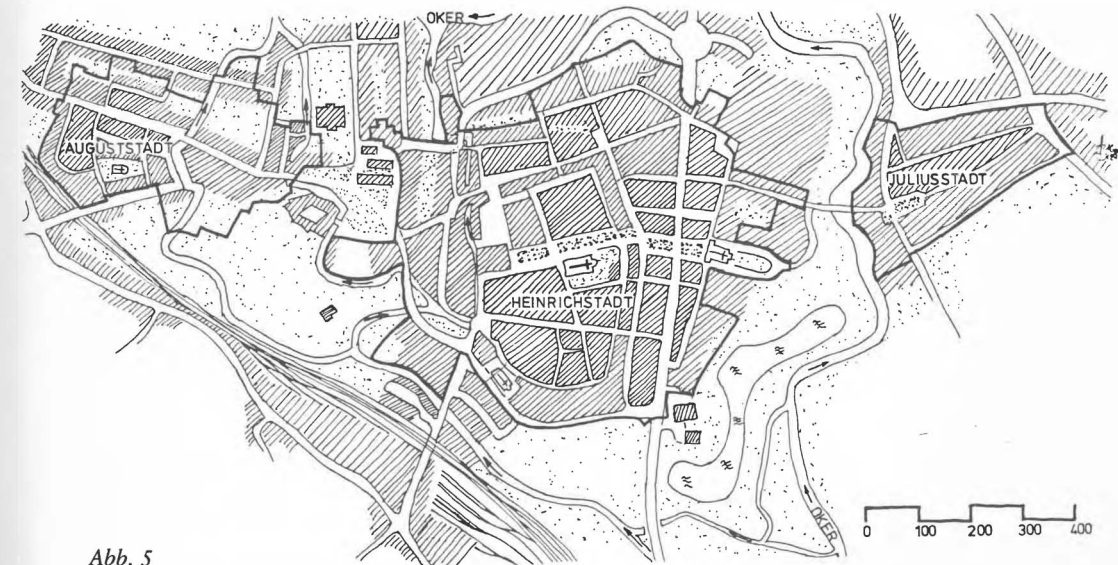


Abb. 5

tät Hannover, einen städtebaulichen Rahmenplan zu erarbeiten. Die Leitbilder zum städtebaulichen Sanierungsrahmenplan hat der Rat der Stadt Wolfenbüttel im Jahre 1981 als Grundlage der Sanierungsplanung und Sanierungsdurchführung beschlossen.

Somit bildet dieser städtebauliche Rahmenplan auch die Grundlage für die Beurteilung von Maßnahmen im Sanierungsgebiet, solange Bebauungspläne nicht vorliegen. Er ist Grundlage für die nach und nach aufzustellenden Bebauungspläne.

Der städtebauliche Rahmenplan bildet eine Zwischenstufe zwischen dem Flächennutzungsplan, der die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung des gesamten Stadtgebietes darstellt und den Bebauungsplänen, die die konkrete städtebauliche Ordnung kleinerer Gebiete rechtsverbindlich festsetzen. Die Notwendigkeit dieser zwischengeschalteten Planungsstufe ergibt sich aus dem Bedürfnis, ein Instrument für die laufende Anpassung der Planungsvorstellung an die sich ständig weiter entwickelnden Planungs- und Durchführungsbedingungen für ein Stadtgebiet zu erhalten, solange noch keine Bebauungspläne vorliegen. Vor allem bei Sanierungsmaßnahmen, die sich erfahrungsgemäß über größere Zeiträume erstrecken und in vielen kleinen Schritten durchgeführt werden, ist eine vorausgehende umfassende Darstellung der größeren planerischen Zusammenhänge erforderlich.

Bürgerbeteiligung

Für die Bürger sollen anhand des städtebaulichen Rahmenplans die Durchführung der Planung und ihre gestalterischen und nutzungsmäßigen Zielsetzungen durchschaubar gemacht werden. Eine Beteiligung am Erneuerungsprozeß soll dem Bürger hierdurch erleichtert werden. Der städtebauliche Rahmenplan ist deshalb ein wesentlicher Beitrag für eine bürgernahe Sanierungsplanung.

Um die Belange der Betroffenen im Sanierungsgebiet weitgehend berücksichtigen zu können, beschloß der Rat der Stadt Wolfenbüttel im Jahre 1979 die Bildung eines Sanierungsbeirates, dem zur Zeit 17 Mitglieder verschiedener Interessen- und Bevölkerungsgruppen angehören. Bis zum Ende des Jahres 1981 hielt der Sanierungsbeirat 25 öffentliche Sitzungen ab. Gemeinsam mit dem Sanierungsträger gab die Sanierungsstelle der Stadt Wolfenbüttel bisher drei Informationsbroschüren heraus.

Sanierungsziele

Sanierung: ein Kunstwort, das aus dem lateinischen »sanitas« abgeleitet ist. Es bedeutet soviel wie Gesundheit, Vernunft, Besonnenheit, Vollständigkeit. Auf die Stadtsanierung übertragen bedeutet dies, die Leistungsfähigkeit des »Organismus Stadt« wiederherzustellen. Stadtsanierung bedeutet

deshalb in der Praxis: Arbeit am lebenden Objekt. Stadtsanierung ist keine neue oder einmalige Aufgabe. Stadterneuerung hat es in der Geschichte der Städte immer gegeben. Dennoch stehen wir heute vor einer ganz besonderen Aufgabe. Das freie Spiel der Kräfte funktioniert nicht immer zum Wohl des Ganzen.

Wo die Atmosphäre einer Stadt sich gegen die Rendite oder gegen eine erzielbare Rendite behaupten will, muß eine öffentliche Unterstützung, d. h. Förderung und auch Lenkung erfolgen.

Als Ziel einer Stadterneuerung nennt das Städtebauförderungsgesetz die Behebung städtebaulicher Mißstände. Dieser Begriff umfaßt die Beseitigung ungesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Beseitigung der Funktions- und Strukturschwächen eines Gebietes.

Im Rahmen der Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen wurden erste Ziele zur Sanierung Wolfenbüttels formuliert und abgestimmt. Darauf aufbauend sind in der Erarbeitungsphase des städtebaulichen Rahmenplanes »Sanierung historische Innenstadt Wolfenbüttel« diese Grobziele durch Sanierungs- und Entwicklungsleitlinien verfeinert worden. Das Oberziel der Sanierung in Wolfenbüttel ist die Erhaltung der historischen Stadtgestalt, genauer: langfristige Sicherung und punktuelle Wiederherstellung der alten Stadtgestalt.

Dieses Oberziel sollte die Leitlinie der Beurteilung von allen Sanierungsmaßnahmen sein. Im einzelnen bedeutet das:

Die städtebauliche Entwicklung der Stadt Wolfenbüttel ist unter anderem durch das Freihalten der ehemaligen Befestigungsanlagen bleibend deutlich zu machen. Das Herausstellen der historischen Zäsuren zwischen den Altstadtteilen sowie der bis in die Gründerzeit gegebenen Stadtbegrenzung gehört ebenso dazu wie das Aufdecken der stadtteilumfassenden Wasserläufe. Raumbeziehungen und Raumabschlüsse sind, soweit dies realisierbar ist, wiederherzustellen. Der Mensch muß das Stadtbild wieder individuell erleben können; die Stadt muß wieder »begehrbar« sein.

Der Fußgänger hat wieder seinen Raum zu bekommen: durch eine behutsame Erweiterung der Fußgängerzone, durch die Schaffung von Wohnbereichsstraßen, durch eine Verminderung des Ziel- und Quellverkehrs, durch eine Auslagerung des Durchgangsverkehrs sowie durch eine Verringerung des Stellplatzangebotes in den Straßen- und Platzräumen (Abb. 6).

Neben der Bewahrung der historischen Stadtgestalt ist die Stärkung des Zentrums, d. h., die Sicherung der Primärfunktion der Heinrichstadt als Versorgungs-, Kultur- und Kommunikationszentrum der Stadt Wolfenbüttel anzustreben. Die Konkurrenzfähigkeit des ansässigen Einzelhandels soll



Abb. 6

durch maßvolle Entwicklungsmöglichkeiten und die Aufwertung und Steigerung der Anziehungskraft des Stadtzentrums gewährleistet werden. Darüber hinaus ist hier der Ausbau des Schloßplatzbereiches zu einem Schwerpunkt von Kultur- und Bildungseinrichtungen internationaler Bedeutung am historischen Ort zu sichern.

Neben der Stärkung des Zentrums (der Heinrichstadt) hat eine Sicherung der Lebensfähigkeit der Nebenzentren, der Auguststadt und der Juliusstadt, zu erfolgen. Die Erscheinung dieser beiden historischen Vorstädte als eigenständige Nebenzentren ist zu bewahren. Die Erhaltung und Verbesserung der Wohnverhältnisse hat hier oberste Priorität.

Die Lebensfähigkeit der alten Stadt wird langfristig nur dann möglich sein, wenn die ansässige Bevölkerung an ihrem Wohnort gebunden werden kann. Deshalb ist es notwendig, günstige Lebensbedingungen für junge Familien und ältere Bürger zu schaffen. Die Gebäudemodernisierung unter der Berücksichtigung der größtmöglichen Erhaltung der Bausubstanz ist ein wesentliches Sanierungsziel in Wolfenbüttel.

Hier gibt es sicherlich keine allgemein gültig anwendbaren Formeln für die Erneuerung. Schon deshalb nicht, weil jedes Objekt seine Eigenart, sein Gesicht hat. Typische individuelle Verschiedenheiten sollten nicht verwischt werden. Die Modernisierung läßt sich nur schwer mit formalen Gesetzen durchführen. Es ist vielmehr die Aufgabe eines verständigen,



Abb. 7

einfühlbaren, kreativen Architekten, mit dem Objekt »Gebäude« behutsam umzugehen.

Die Sicherung des Erscheinungsbildes der historischen Altstadtfassaden in ihrem individuellen Gepräge gehört ebenso dazu wie die Erhaltung der alten, differenzierten Dachlandschaften (Abb. 7). Darüber hinaus ist das Wohnumfeld zu verbessern. Spielmöglichkeiten sind zu schaffen. Die Straße darf nicht nur ihre Verkehrsfunktion behalten. Sie muß wieder ein Ort der Begegnung werden. Auf die Erhaltung axialer Sichtbeziehungen, insbesondere zu den städtebaulichen Dominanten, ist zu achten. Die räumliche Fassung des Straßenraumes durch eine beidseitige Randbebauung muß erhalten bleiben. Nach Gebäudeabrissen ist die ursprüngliche städtebauliche Raumsituation wiederherzustellen.

Als ein besonderes Kapitel bei der Stadterneuerung stellen sich die sozialen Mißstände dar. Durch die baulichen Eingriffe wird es zu Änderungen in den bestehenden sozialen Strukturen im Sanierungsgebiet und in den persönlichen Verhältnissen der betroffenen Bürger kommen. Eine intensive und frühzeitige Beteiligung der Betroffenen an der Planung muß sicherstellen, daß die Planungsergebnisse von dem Betroffenen akzeptiert und angenommen werden. Eine erfolgreiche Sanierung gegen die Bedürfnisse, Wünsche und Möglichkeiten der betroffenen Bürger wird nicht möglich sein.

Maßnahmen Mit dem erfolgreichen Abschluß der ersten Modernisierungsmaßnahmen ist die Stadtsanierung in Wolfenbüttel in die Durchführungsphase der Stadtsanierung eingetreten. Ihr Interesse an der Durchführung der Sanierung an ihrem eigenen Haus haben bis Ende des Jahres 1981 rund 85 Eigentümer bekundet. Bisher sind 62 Aufträge zur Durchführung einer Modernisierungsuntersuchung vergeben worden. Auf diesen Untersuchungsergebnissen aufbauend, wurden bis zum Ende des Jahres 1981 31 Modernisierungsvereinbarungen abgeschlossen.

Neben den Modernisierungsmaßnahmen am bestehenden Bauobjekt sind bisher der weitere Ausbau der Fußgängerzonen, die Beseitigung baulicher Anlagen (Hof- und Blockentkernung), die Änderung von Versorgungseinrichtungen durchgeführt worden. Hinzu kamen u. a. der Grunderwerb für Maßnahmen zur weiteren Vorbereitung und Durchführung von Sanierungsmaßnahmen sowie die Gewährung von Entschädigungen bei sanierungsbedingtem Wohnungswechsel.

Finanzierung An Förderungsmitteln sind bis Ende des Jahres 1981 rund 20,25 Millionen DM bewilligt worden. Davon entfallen auf den Bund 6,75 Millionen DM, auf das Land Niedersachsen 6,75 Millionen DM. Der städtische Anteil beträgt bisher 6,75 Millionen DM. Von den vorgenannten Mittelbewilligungen wurden bis Ende des Jahres 1981 rund 10,6 Millionen DM ausgegeben. Der Wirtschaftsplan Sanierung sah aufbauend auf den Ansätzen im städtischen Haushaltsplan für das Jahr 1980 ein Finanzvolumen von rund 4,5 Millionen DM vor, für 1981 rund 5,1 Millionen DM und für 1982 wiederum rund 5,1 Millionen DM. Aufgrund der derzeitigen finanziellen Lage des Bundes und des Landes Niedersachsen ist es erforderlich, die weitere Finanzierung der Stadtsanierung in Wolfenbüttel durch eine Vorfinanzierung der Stadt sicherzustellen.

Ausblick Die Frage nach der Zukunft dieser Stadt ist aktueller denn je. Wolfenbüttel ist eine Stadt, die von Historie umstellt ist, die auch unter ihr leidet, eine Stadt, die sich oft dagegen wehrt, eine historische Stadt zu sein, die sich aber dennoch nicht von ihrer Geschichte lösen kann und darf.

Die Zukunft dieser Stadt kann nur im Einklang mit ihrer Vergangenheit und mit ihren Bürgern gemeistert werden.

Die Erhaltung der Innenstadt in ihrer Bausubstanz und mit ihren Menschen wird in den nächsten Jahren das Hauptproblem der Sanierung in Wolfenbüttel sein (Abb. 8). Die Verantwortung dafür liegt in erster Linie bei dem Rat der Stadt Wolfenbüttel.



Abb. 8

Die bauliche Erneuerung und Entwicklung der Stadt stellt im Hinblick auf die sozialökonomische Bedeutung, den langfristigen Charakter, die Vielfalt und Komplexität besondere Anforderungen an die Qualität der Planung, an die Planungs- und Durchführungsorganisation einschließlich der Arbeitsweisen und Arbeitsmethoden sowie an Umfang und Langfristigkeit der Finanzierung.

Sanierungspolitik und Sanierungsdurchführung sind gekennzeichnet durch den interdisziplinären Charakter der Aufgabe. Für die Zielkonformität der Stadtsanierung sowie für die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme ist es daher entscheidend, daß es gelingt, die verschiedenen öffentlichen und privaten Aktivitäten möglichst weitgehend zu koordinieren. Dazu ist es wichtig, den Bürger am Planungsprozeß von Anfang an zu beteiligen. Planungsentscheidungen sind immer unterschiedlichen Interessen ausgesetzt. Sie folgen keinen wertneutralen

Sachgesetzmäßigkeiten. Eine Expertokratie, die zwingend richtige Lösungen anbietet, ist nicht denkbar. Eine demokratische, von allen Bürgern annehmbare Lösung, kann deshalb nur darin bestehen, gerade diese Interessen offen darzulegen, gegeneinander abzuwägen, den berechtigten Belangen der übrigen Bürger gegenüberzustellen und dann unter Abwägung aller Faktoren zu entscheiden.

Dazu ist aus allen Betroffenen eines Planungsgebietes die »Planungsöffentlichkeit« zu bilden, um für jede Entscheidung, die auch ein Kompromiß sein kann, einen möglichst breiten und damit demokratischen Rückhalt zu gewinnen.

Literatur

Friedrich Thöne, Wolfenbüttel. Geist und Glanz einer alten Residenz. München 1968 – Joseph König, Beiträge zur Geschichte der Stadt Wolfenbüttel. Wolfenbüttel 1970 – Klaus-Walther Ohnesorge, Wolfenbüttel. Geographie einer ehemaligen Residenzstadt. Braunschweig 1974 – Wolfenbüttel, Altstadt-Sanierung. Bericht über das Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchung. Durchgeführt von der Niedersächsischen Landesentwicklungs-Gesellschaft mbH (NILEG). Hrsg. Stadt Wolfenbüttel, Hannover 1977 – Sanierung Wolfenbüttel. Bürgerbeteiligung zum Entwurf des städtebaulichen Rahmenplanes. Hrsg. Stadt Wolfenbüttel / Neue Heimat Bremen, 1980 – Wolfenbüttel, Sanierung historische Innenstadt. Grundsätze. Hrsg. Stadt Wolfenbüttel / Neue Heimat Bremen. Wolfenbüttel 1980 – Wolfenbüttel, Unsere Altstadt. Probleme und Hinweise. Hrsg. Stadt Wolfenbüttel / Neue Heimat Bremen. Wolfenbüttel 1980 – Wolfenbüttel, Altstadtsanierung. Städtebaulicher Rahmenplan. Bearb. v. Institut für Städtebau, Wohnungswesen und Landespflege der Universität Hannover. Hrsg. Stadt Wolfenbüttel, Hannover 1981 – Wolfenbüttel, Flächennutzungsplan. Bearb. v. Büro für Stadtplanung, Braunschweig. Hrsg. Stadt Wolfenbüttel. Wolfenbüttel 1981.

Die Autoren

FRITZ BLAICH (1940) ist seit 1970 o. Prof. für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Regensburg. Veröffentlichungen: Die Wirtschaftspolitik des Reichstags im Heiligen Römischen Reich (1970), Kartell- und Monopolpolitik im kaiserlichen Deutschland (1973), Die Epoche des Merkantilismus (1973), Der Trustkampf 1901–1915 (1975), Die Wirtschaftskrise 1925/26 und die Reichsregierung (1977), Grenzlandpolitik im Westen 1926–1936 (1978), Staat und Verbände in Deutschland zwischen 1871 und 1945 (1979), Die Energiepolitik Bayerns 1900–1921 (1981), zahlreiche Aufsätze zur dt. Wirtschaftsgesch., insbes. zur Wirtschaftspolitik vom 16.–20. Jh.

PETER KRIEDTE (1940) ist wiss. Referent am Max-Planck-Institut für Geschichte, Projekt Proto-Industrialisierung. Wichtigste Veröffentlichungen: Die Herrschaft der Bischöfe von Włocławek in Pommerellen von den Anfängen bis zum Jahre 1409 (1974); Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus (zusammen mit H. Medick und J. Schlumbohm; 1977 und 1978); Spätfeudalismus und Handelskapital. Grundlinien der europäischen Wirtschaftsgesch. vom 16. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts (1980).

KARL LITZ (Promotion 1948 in Allgemeiner Geschichte) veröffentlichte Aufsätze zur Städtebau-, Architektur- und Siedlungsgeschichte. Beratende Tätigkeit für private Planungsbüros sowie 1965/66 für das Amt der Regionalplanung des Kantons Zürich. 1967–1970 war er Leiter der Arbeitsgruppe Dokumentation und Information am Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung an der ETH Zürich sowie Redakteur der Institutszeitschrift DISP. Der hier vorliegende Aufsatz entspricht einem Teil der theoretischen Vorstudie zu einem Forschungsprojekt, an

dem der Verfasser in Zusammenarbeit mit Herrn Fritz Stuber, Stadtplaner, URBANISTICS, Zürich, beteiligt war.

CHRISTOPH VON IMHOFF (1912): Studium der Rechtswissenschaften, der Volkswirtschaft und der Geschichte – seit 1935 Journalist an Tageszeitungen und Zeitschriften; seit 1948 Reisen durch Europa, Afrika und Asien; leitende Redakteurstellungen an führenden deutschen Tageszeitungen. Seit 1971 freier Schriftsteller in Nürnberg. Publikationen: Israel – Die zweite Generation; Duell im Mittelmeer; Persien – Iran. Eine Geschichte des iranischen Volkes von den Anfängen bis zum Sturz der Pahlawi-Dynastie; Willibald Pirckheimer, Freund Dürers in zwei Auflagen; Krisenquadrat Mittelost; darüber hinaus Zeitschriften- und Tageszeitungs-Aufsätze, vorwiegend über Fragen der orientalischen Politik und Kulturgeschichte sowie über die Reichsstadt Nürnberg.

MANFRED BÜLTMANN (1951) studierte in Hamburg und Hannover Architektur und Stadtplanung. Nach dem Diplom an der Universität Hannover (1976) zwei Jahre Mitarbeit in einem Architekturbüro und einer Baugesellschaft. 1980 Assessor-Examen und Promotion an der Universität Hannover mit einer Arbeit über die Architektur des 19. und 20. Jhs. Lehrtätigkeit und Gastvorlesungen an Volkshochschulen und Hochschulen zum Thema Bürgerbeteiligung an Stadtplanung. Leiter der Stadtsanierung in Wolfenbüttel in den Jahren 1980 und 1981. Derzeit Leiter des Stadtplanungs- und Vermessungsamtes der Stadt Lehrte.

Teil 2 des Aufsatzes von PETER W. SCHMIDT, Kommunalpolitik im Unterricht (S. 243–281, Jg. 8 dieser Zeitschrift) wird in Heft 4/82 dieser Zeitschrift erscheinen.

Niedersächsische Landesausstellung 1985 »Stadt im Wandel«

Je größer die gesellschaftliche Krise, desto stärkere Hinwendung zu Kunst, Kultur und Geschichte? Diesen Eindruck gewinnt man, betrachtet man den zunehmenden Besucherstrom der bundesrepublikanischen und West-Berliner Museen. So konnte, lt. Auskunft des Deutschen Museumsbundes, im Jahre 1980 eine Zunahme von Besuchern von 4,6% verzeichnet werden. Dieser Trend dürfte weiter anhalten. Das gesteigerte Interesse an Museen äußert sich jedoch nicht nur in immer größerem Publikumsandrang, sondern auch in zahlreichen Neugründungen. Ungebrochene Attraktivität üben große Ausstellungen aus. So konnten die beiden Ausstellungen »Preußen. Versuch einer Bilanz« und das »Musée sentimentale de Prusse« zusammen eine Besucherzahl von ca. ½ Million verzeichnen. Auch ein wesentlich weniger umstrittenes und mit geringerem Aufwand angekündigtes Projekt wie die Tilman-Riemenschneider-Ausstellung in Würzburg vermochte innerhalb kurzer Zeit 200000 Besucher anzulocken.

Ein Bedarf für solche Ausstellungen ist offenbar nach wie vor vorhanden. Auch eine heftig und kontrovers geführte Debatte unter den Fachleuten sowie in den Medien über Sinn und Zweck, Möglichkeiten und Gefahren in zunehmend kritischerer Weise konnte den Besucherstrom nicht bremsen. So ist es kein Wunder, daß bereits einige neue Ausstellungsvorhaben in Planung sind, bieten sie doch für die Veranstalter die Möglichkeit, mittels Kultur zu repräsentieren, wobei sie sich einer breiten Beachtung in der Öffentlichkeit sicher sein können. Doch nicht nur die Repräsentationsfunktion, sondern auch die spezifischen Möglichkeiten des Mediums Ausstellung sollten ins Gedächtnis zurückgerufen werden; sind doch sie es, die im Gegensatz zu den ständigen Schausammlungen die Chance haben, Zusammengehöriges, aber durch den Lauf der Geschichte Zerstreutes wieder einmal zusammenzuführen. Im folgenden soll eines der geplanten größeren Ausstellungsprojekte vorgestellt werden: Die Niedersächsische Landesausstellung

1985 »Stadt im Wandel. Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland«.

»Stadt im Wandel«

Das Land Niedersachsen plant für das Jahr 1985 eine große kulturhistorisch orientierte Ausstellung mit dem Titel: »Stadt im Wandel. Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland«. Der vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst berufene wissenschaftliche Beirat unter Vorsitz von Professor Dr. Cord Meckseper hat bereits eine Ausstellungskonzeption verabschiedet. In Braunschweig, dem späteren Ausstellungsort, wurde ein Ausstellungssekretariat eingerichtet, das mit 4 wissenschaftlichen Mitarbeitern besetzt wurde.

Als Ausstellungsstätten werden das Vieweg-Haus und der obere Saal der Burg Dankwarderode zur Verfügung stehen. Das Vieweg-Haus, eines der bedeutendsten frühklassizistischen Bauwerke Deutschlands, 1805/06 von einem bedeutenden Baumeister, vielleicht David Gilly errichtet, wird bis 1985 ebenso restauriert werden, wie der obere Saal der Burg Dankwarderode, die in ihrer jetzigen Form aus dem 19. Jahrhundert stammt, aber auf Heinrich den Löwen zurückgeht. Beide Baudenkmale werden nach der Ausstellung weiterhin musealen Zwecken dienen: Sie werden vom Braunschweigischen Landesmuseum für Geschichte und Volkstum sowie vom Herzog Anton Ulrich-Museum genutzt werden.

Das Ausstellungsthema

Standen bisher Dynastien wie die Stauer oder Wittelsbacher, Herrschergestalten wie Karl IV. oder die Entwicklung eines Staates wie Preußen im Mittelpunkt großer kulturhistorischer Ausstellungen, so werden in Niedersachsen, in bewußter Abkehr, die Stadt und ihre Bewohner das Ausstellungsthema darstellen. Die Niedersächsi-

sche Landesausstellung hat sich die Aufgabe gestellt, Entstehung und Entwicklung des norddeutschen Städtewesens zu visualisieren.

Räumlich wird sich die Ausstellung auf Norddeutschland beziehen, im Vordergrund sollen dabei die niedersächsischen Städte stehen. Angesichts der Vielzahl von Städten kann jedoch keine Vollständigkeit erreicht werden. Daher wurden sogenannte »Leitstädte« ausgewählt, die unterschiedliche Stadttypen repräsentieren (Braunschweig, Göttingen, Goslar, Hildesheim, Emden, Lüneburg, Osnabrück). Sie werden in der Ausstellung vorrangig präsentiert werden, doch werden andere Städte, wo immer es gilt Besonderheiten aufzuzeigen oder die Überlieferungslage dies geboten erscheinen läßt, repräsentiert sein, sei es Hannover, Stade oder Osterode. Gleichfalls werden überall dort, wo es die historischen Zusammenhänge erfordern, Nachbarräume mit einbezogen, so Teile Westfalens, der Niederlande und der DDR ebenso wie die Hansestädte Lübeck, Hamburg oder Bremen.

Der zeitliche Rahmen umfaßt ein halbes Jahrtausend: vom 12. Jahrhundert, dem Zeitpunkt der verstärkten Entstehung von Städten bis zum 17. Jahrhundert, als die Städte ihre Autonomie verlieren und die Territorialherren zur bestimmenden Kraft werden. Doch diese Grenzen lassen sich nicht immer scharf fassen: Lokale und regionale Unterschiede spielten im Untersuchungszeitraum eine noch wesentlich bedeutendere Rolle als heute.

Dieser zeitliche Rahmen wird in einigen Bereichen überschritten werden, wie auch in einigen Abteilungen immer wieder aktuelle Anknüpfungspunkte geliefert werden sollen. Unter Berücksichtigung der museumsdidaktischen Forderung, der Besucher solle an seinen persönlichen Erfahrungshorizont anknüpfen können, wird der Teilbereich »Entwicklung des Stadtbildes«, in dem anhand von Plänen und Stadtansichten Veränderungen der Stadtsilhouette, der Topographie gezeigt werden, bis in die Gegenwart fortgeführt werden. Ein weiterer Sonderbereich wird sich mit der Rezeptionsgeschichte vorwiegend der »mittelalterlichen« Stadt beschäftigen. Dem Besucher soll die Entstehung des heutigen Mittelalters vom 18. bis 20. Jahrhundert deutlich

gemacht werden, ist dieses Bild doch bis heute in weiten Bevölkerungskreisen von der Dichotomie »finsteres« versus »romantisch verklärtes« Mittelalter gekennzeichnet.

An ein breites, kulturgeschichtlich interessiertes Publikum wendet sich auch die Abteilung »Methoden der historischen Kulturwissenschaften«, wo vermittelt werden soll, wie einzelne Disziplinen (Geschichte, Kunstgeschichte, Volkskunde, Archäologie) zu ihren Ergebnissen gelangen, mit dem Ziel, auch dem Laien wissenschaftliche Arbeit transparent zu machen.

Das Ausstellungsthema im engeren Sinne: Städte und ihre Bewohner in Norddeutschland in Mittelalter und früher Neuzeit wird eingeleitet durch eine Abteilung, die sich mit den Grundlagen und Voraussetzungen des Aufkommens des Städtewesens beschäftigt. Generelle Veränderungen an der Wende vom Früh- zum Hochmittelalter werden ebenso berücksichtigt werden wie die speziellen Entstehungsvoraussetzungen einzelner Städte. Neben der Christianisierung und ihren Folgen soll auch die frühe Siedlungsentwicklung bis zum 12. Jahrhundert spezielle Berücksichtigung erfahren. Die folgende Abteilung wird sich der »Entstehung und Entwicklung« der Städte vor allem in baugeschichtlicher und topographischer Hinsicht widmen, wobei natürlich die rechtlichen Grundlagen nicht vernachlässigt werden dürfen. Im Mittelpunkt soll jedoch die physische Struktur der Stadt stehen.

Einen besonderen Schwerpunkt der Ausstellung soll die Geschichte des alltäglichen Lebens der Stadtbewohner bilden, eine Akzentsetzung, die schon vom Ausstellungsthema selbst nahegelegt wird. Im Gegensatz zu den meisten bisherigen historischen Ausstellungen sollen nicht ausschließlich politische Geschichte, Fortschritte der Technik, bedeutende historische Persönlichkeiten oder große geistige Bewegungen berücksichtigt werden. Statt dessen soll auch gefragt werden: Wie haben die Menschen gewohnt, gegessen, geschlafen? Welche Sorgen und Pläne haben sie bewegt und welche Lösungsmöglichkeiten haben sie gefunden? Wie haben sie ihre Feste gefeiert? Was bedeutete der Tod für sie? Solche Fragen aufzuwerfen bedeutet nicht, daß die Geschichte des täglichen Lebens ausgelöst z. B. von

der politischen Geschichte untersucht werden soll, vielmehr ist es notwendig, die Bedingungen, unter denen sich menschliches Handeln vollzieht, zu untersuchen. Aber die Perspektive soll eine andere sein: Nicht die Geschichte einer Institution an sich, sondern die Bedeutung, die diese Institution und ihre Veränderungen für das Leben der Menschen hatte. Es soll also nicht nur Geschichte von »oben« aus der Sicht der jeweils führenden Schicht, sondern auch Geschichte »von unten«, aus der Warte des kleinen Mannes gezeigt werden; kurz: Der Mensch muß im Mittelpunkt der Betrachtung stehen.

Besondere Ausgestaltung sollen diese Ansätze in der dritten Abteilung »Leben und wohnen« erfahren. Behandelte die vorhergehende Abteilung das Stadtgebilde zwischen Entstehung und Verfall bis hin zu konkreten Einzelheiten des physischen Stadtkörpers, so soll von dem Ganzen der Stadt über die Parzellierung des Stadtgrundrisses weitergegangen werden zur Feinstruktur: dem Haus und seiner Nutzung. Wenngleich das vorindustrielle Zeitalter dadurch gekennzeichnet ist, daß die räumliche Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz in den meisten Bereichen sich noch nicht durchgesetzt hatte, wie auch die moderne Trennung von Privatsphäre und Öffentlichkeit nicht in der heutigen Weise vorhanden war, so sollen, nach der Behandlung dieser Frage, einzelne Aspekte herausgegriffen und näher beleuchtet werden. Neben dem Haus in baugeschichtlicher Hinsicht, wobei auch die Eigentumsformen der Parzelle und deren Bebauung abgehandelt werden, soll eine der Nutzungsfunktionen spezielle Berücksichtigung erfahren: das Wohnen. Angefangen von Raumverhältnissen, Fragen der Innenausstattung und Einrichtung soll übergegangen werden zu Fragen der Belegungszahlen und genereller zu Fragen des Familienlebens und Haushalts. Dabei sollen nicht nur quantitative Erkenntnisse vermittelt werden, sondern es soll auch nach den Inhalten des Zusammenlebens gefragt werden.

Weitere Akzente dieser Abteilung werden auf den Themen Gemeinschaftsleben und Geselligkeit, Bildung und Wissenschaft sowie Bürgerliche Repräsentationsformen liegen. Ohne Zweifel stößt die Darstellung von mittelalterlichem und

frühneuzeitlichem Alltagsleben auf beträchtliche Schwierigkeiten, die zum einen durch die Überlieferungslage bedingt sind, zum anderen aber auch in der Ausrichtung der betroffenen Fachdisziplinen ihre Ursache haben. So hat sich die deutsche Geschichtswissenschaft erst verhältnismäßig spät dem Thema Alltagsgeschichte zugewandt, die Volkskunde widmete sich lange Zeit vorwiegend der Erforschung ländlicher Gegebenheiten mit einem Schwerpunkt auf dem 18. und 19. Jahrhundert, die Kunstgeschichte wiederum untersuchte vor allem Phänomene der sogenannten Hochkultur. Doch gibt es in den genannten Wissenschaften in den letzten Jahren eine Tendenz zu interdisziplinärer Arbeit, wie auch eine Hinwendung zu einer universal verstandenen Kulturgeschichte zu vermerken ist. Für die Darstellung des alltäglichen Lebens in Mittelalter und früher Neuzeit hat darüber hinaus vor allem die noch relativ junge Disziplin der Mittelalterarchäologie eine kaum zu überschätzende Bedeutung erlangt.

In der vierten Abteilung »Die Wirtschaft« werden, ausgehend vom Markt, charakteristische Formen des städtischen Gewerbes, von Handel und Verkehr bis hin zu Geld und Kapital vorgestellt werden, wie auch die landwirtschaftliche Produktion in der Stadt Berücksichtigung erfahren soll. Probleme der Stadtherrschaft und Verwaltung werden im Zentrum des fünften Bereichs stehen: Stadtrecht und Stadtverfassung, Bürgerkämpfe, Stadt- und Landesherrschaft, Stadt und Kirche sowie Struktur und Aufgaben der Verwaltung. Die letzte Abteilung wird sich dem Thema »Kirche und Frömmigkeit« zuwenden. Kirchliche Organisation, soziale Funktionen der Kirche, Charakter und Formen der Frömmigkeit der Bürger, wie auch die Reformation mit ihren Folgen, die den Abschluß dieses Teilbereichs bilden wird, setzen Akzente.

Zielsetzungen

Die Niedersächsische Landesausstellung sieht eines ihrer Ziele in der Förderung der stadtgeschichtlichen Forschung im norddeutschen Raum, die, im Vergleich zum rheinischen oder oberdeutschen Gebiet, in einigen Bereichen gro-

ße Desiderate aufweist. Die Verwirklichung dieses Anspruchs wird auf mehrfache Weise angegangen. So wird zum einen versucht, zur Vorbereitung der Ausstellung bzw. deren wissenschaftlicher Fundierung stadtgeschichtliche Forschungsarbeiten anzuregen. Zum anderen sollen in der Ausstellung selbst durch geschicktes Arrangement der Objekte neue Sichtweisen eröffnet und auch auf weiße Flecken, die z. B. durch neue, pragmatische Fragestellungen zutage treten, aufmerksam gemacht werden. Unabdingbar ist dabei die interdisziplinäre Zusammenarbeit. Daher wurde eine große Zahl von Spezialisten verschiedener Fachdisziplinen für die Mitarbeit gewonnen. Diese sind z. T. in regionalen Arbeitsgruppen, die in den »Leitstädten« konstituiert wurden, zusammengefaßt. Darüber hinaus werden die Fachleute, deren Arbeitsgebiete sich überschneiden, von Zeit zu Zeit zusammengerufen werden, um eine fächerübergreifende Konzeption für die einzelnen Themen zu diskutieren.

Eine allgemeine Zielsetzung, die ein breites Publikum betrifft, besteht darin, ein Bewußtsein von der Historizität der sozialen Lebenswelt zu fördern. Einzelpunkte sind dabei die Schaffung bzw. Konsolidierung eines historischen Bewußtseins z. B. für die Erhaltungswürdigkeit historischer Bauwerke, die gerade in dem von der Ausstellungskonzeption erfaßten Raum zahlreich vorhanden sind; insbesondere in den Klein- und Mittelstädten, die von den Zerstörungen des letzten Weltkriegs, aber auch danach, weitgehend verschont geblieben sind.

Im Zuge des Unbehagens an zahlreichen Ausprägungen der modernen Industriegesellschaft suchen viele Menschen Antwort in der Vergangenheit. Zwar kann der Rückgriff auf die Geschichte keine konkreten Handlungsanweisungen bieten, doch kann die Besonderheit heutiger Lebensformen bewußter gemacht werden, begreift man ihre historische Bedingtheit, mißt man sie an den Zuständen einer fremden Epoche.

Umsetzung

Das Medium Ausstellung hat vor allem die Aufgabe, an das Gegenständliche der historischen

Überlieferung heranzuführen. Daher müssen die erhaltenen Originale im Vordergrund stehen. Auswahlkriterium kann bei einer kulturhistorisch ausgerichteten Ausstellung wie der Niedersächsischen Landesausstellung »Stadt im Wandel« nicht nur die ästhetische Qualität der Objekte sein, sondern auch Kriterien wie Funktionen, Charakteristika einer spezifischen Lebensform etc.

Ebenso beinhaltet die Konzeption einer kulturhistorischen Ausstellung Konsequenzen für die Art der Präsentation. So kann nicht eine Anordnung nach Gattungen erfolgen, sondern die einzelnen Exponate werden in funktionale, arbeits- und lebensgeschichtliche Zusammenhänge eingebunden, präsentiert werden. Daher werden thematisch bestimmte Ensembles und Arrangements das Bild prägen.

Bloße Betrachtung der originalen Kunstwerke und Dokumente reicht in der Regel jedoch nicht aus. Dies gilt in besonderem Maße für eine Ausstellung wie »Stadt im Wandel«, wo beim Großteil der Besucher nicht allzu umfassende Vorkenntnisse über relativ ferne Epochen wie Mittelalter und frühe Neuzeit vorausgesetzt werden können. Daher ist es notwendig, die einzelnen Ausstellungsgegenstände zu erläutern sowie Einführungen in einzelne Abteilungen und auch in das Gesamtthema der Ausstellung zu geben. Schließlich soll nicht nur der Spezialist, sondern auch der interessierte Laie die Ausstellung mit Gewinn besuchen. Um andererseits die Ausstellung selbst nicht mit allzuviel Text zu überlasten, ist geplant, in einem speziellen Raum eine Besucherinformation einzurichten, die mit Hilfe verschiedener Medien wie Film, Diashow usw. grundlegende Informationen zum Thema vermittelt. Zur inhaltlichen Vertiefung wird ein Katalog erscheinen, der neben Objektbänden auch Aufsatzbände enthält. Darüber hinaus werden für die Schulen Medienpakete erstellt werden, die dem Lehrer Unterrichtsmaterialien an die Hand geben und so eine intensive Vor- und Nachbereitung der Ausstellung ermöglichen.

Braunschweig

Elisabeth Schraut

Notizen

Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt

Seit der letzten Mitteilung im November 1980 sind der *Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt* als 81. bis 87. Mitgliedsstadt beigetreten die Städte Herzogenaurach, Homburg, Stade, Tauberbi-schofsheim, Freinsheim, Laufenburg und Neu-stadt a. d. Aisch. Die Anschrift der Arbeits-gemeinschaft: Postfach 269, Marktplatz 16, D-7300 Esslingen am Neckar, Tel.: (0711) 357670.

Denkmalschutz: Aufgaben und Probleme

Der Dom von Speyer und die Würzburger Resi-denz sind von der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur der Vereinigten Natio-nen (UNESCO) als *schützenswerte Kulturgüter der Welt* anerkannt worden. Auf einer Sitzung des zuständigen Ausschusses in Sydney (Austra-lien) wurden 26 Kulturstätten in die Liste aufge-nommen. Sie enthält damit 112 »Stätten mit außerordentlichem Wert«. Aus der Bundesrepub-lik war bisher nur der Aachener Dom aufge-führt.

Das früheste Zeugnis neuzeitlicher Renaissance-Bauten in *Hameln* soll mit Hilfe des Landes restauriert werden. Für den ersten Bauabschnitt der geplanten Restaurierung des 1568 errichte-ten Hauses »Rattenkrug« stellte das Kabinett in Hannover 50000 Mark zur Verfügung. Die Stadt Hameln und der private Eigentümer wol-len sich jeweils mit dem gleichen Betrag betei-ligen.

Mit der Erneuerung des Daches begann die Re-staurierung des 1595 von Peter Rantzau als Was-serschloß erbauten Schlosses in *Ahrensburg* (Kreis Stormarn). Die Gesamtkosten veran-schlagt ein Gutachten auf fünf Millionen Mark, davon entfallen 625 000 Mark auf die Dachrepa-ratur..

Eine *denkmalgeschützte Tuchfabrik* aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts hat die Stadt Aachen für sechs Millionen Mark zu einem »Kultur- und Bürgerhaus« umbauen lassen und einer Initiative von acht Künstlergruppen in Selbstverwaltung übertragen. Die sogenannte »Barockfabrik« soll als Kommunikationszen-trum für avantgardistische Kunstströmungen und Aachener Traditionen dienen.

Der mittelalterliche Stadtkern von *Gotha* in Thüringen soll saniert werden. Auf dem alten Hauptmarkt wurde jetzt mit der Rekonstruktion von 45 Häusern begonnen, die bis zu 400 Jahre alt sind. Eine Reihe nicht mehr »erhaltungswür-diger« Gebäude soll abgerissen werden. An ihrer Stelle werden Neubauten – auch Hochhäuser – errichtet.

Die *Marienkirche in Rostock*, ein Zeugnis goti-scher Backsteinbaukunst, wird in diesem Jahr 750 Jahre alt. Aus diesem Anlaß findet vom 6. bis zum 13. Juni in Rostock eine Festwoche statt. Bis zum Jubiläum soll die Orgel erneuert werden und der Kirchturm ein neues Dach erhalten so-wie die 510 Jahre alte astronomische Uhr gene-ralüberholt sein. Ferner wird die Kirche neue Glocken erhalten.

Mit der Restauration des Zimmers, in dem sich *Johann Friedrich Böttger* als Gefangener des sächsischen Kurfürsten August des Starken auf-hielt, bereitet sich die Albrechtsburg in Meißen gegenwärtig auf den 300. Geburtstag des Erfin-ders des europäischen Porzellans vor. Für 1985 ist die Einrichtung einer ständigen Museumsab-teilung zur Produktionsgeschichte des Meißner Porzellans im dritten Obergeschoß der Al-brechtsburg geplant.

Farben, die in *Weimar* nach historischem Vor-bild auf der Grundlage von Quark und Eiern gemischt worden waren, halten heute den star-ken Umweltbelastungen nicht stand. Das berich-

teten jetzt Restauratoren in der Goethestadt. Sie hatten vor zehn Jahren bei der Wiederherstellung alter Gebäude nach diesen Rezepten hergestellte Farben verwendet. Doch die zum Beispiel am Cranach-Haus mit viel Mühe und Sorgfalt aufge-tragenen Kolorierungen seien schnell verblaßt oder abgeblättert, hieß es.

Das »*Abendmahl*« von Leonardo da Vinci wird neu entdeckt. Die Ergebnisse der ersten Restau-rierungsarbeiten in der Mailänder Kirche Santa Maria delle Grazie zeigen, daß dieses Werk Leo-nardos aus der Zeit zwischen 1495 bis 1498 ursprünglich erheblich anders aussah, als es sich bislang darstellte. Auf dem ersten Viertel des Wandbildes, das von den Experten bisher bear-beitet wurde, ist jetzt deutlich erkennbar, daß im Rücken der Jünger nicht – wie bisher angenom-men – Türöffnungen sind, sondern Wandteppi-che hängen. Auch der Tisch des »Letzten Abend-mahls« ist jetzt dank der Arbeit der Restaurateu-re anders gedeckt. Auf den Zinntellern, die nun sogar die Farbe der Kleidung der Jünger reflek-tieren, liegen beispielsweise Orangenstücke. Die bisher erstaunlichste Wiederentdeckung betrifft jedoch den Jünger Simon. Ihm war im Verlauf der Jahrhunderte durch Schmutz, Luftfeuchtig-keit und Überarbeitung durch andere Künstler ein langer Bart gewachsen. Leonardo hatte die-sen Kopf dagegen nur mit einem leichten Bart-schimmer gemalt.

Fünf Köpfe der berühmten Reliefs am *Dom von Orvieto* sind von Unbekannten abgeschlagen und entwendet worden. Die Polizei vermutet, daß die Tat nicht von professionellen Kunstdie-ben, sondern in einem Akt blinder Zerstörungs-wut verübt worden ist. Die feingearbeiteten Marmorskulpturen zu biblischen Themen stam-men aus dem 14. Jahrhundert.

Kommunaler Denkmalschutz?

Die CDU-Fraktion im baden-württembergischen Landtag hat gefordert, den Denkmalschutz weit-gehend der Zuständigkeit des Landes zu entzie-hen und auf die Gemeinden zu übertragen. Im

Gegensatz zu Innenminister Roman Herzog (CDU), der eine allgemeine »Kommunalisie-rung« des Denkmalschutzes ablehnt, betonte sie, das derzeit übliche Denkmalschutzverfahren führe in ein »verwaltungsmäßiges Chaos« und dürfe in dieser Form nicht weitergeführt werden.

Freiburger Bäume unter Schutz

Der Gemeinderat von Freiburg/Br. befürwortete eine geplante städtische Baumschutzverordnung, in der einleitend festgeschrieben werden soll, daß »Bäume maßgeblich das Kleinklima beeinflussen und für eine Stadt lebensnotwendig sind«. Mit der Verordnung sollen im Stadtkreis Freiburg alle Bäume außerhalb des Waldes mit einem über dem Erdboden gemessenen Stammumfang von mindestens 80 Zentimetern unter Schutz gestellt werden. Die derartig klassifizierten Grün- und Schattenspender dürfen danach ohne Genehmi-gung weder gefällt noch zurechtgestutzt werden.

Grabungen

Zur Förderung der archäologischen Ausgrabun-gen in *Ladenburg* – Mitgliedsstadt der Arbeits-gemeinschaft Die alte Stadt – hat die Daimler-Benz AG 10000 Mark zur Verfügung gestellt. In der Stadt am Neckar, wo sich die Grabstätte von Carl Benz, dem einen Namensgeber des Unter-türkheimer Automobilkonzerns befindet, sind in den vergangenen Jahren auf dem Gebiet der Stadtarchäologie vorbildliche Leistungen erzielt worden.

Bei Forschungsgrabungen im Zusammenhang mit der Sanierung des *Tübinger Pflegbofs* in der Oberstadt wurden erstmals östlich der Stiftskir-che eine hochmittelalterliche Besiedlung nachge-wiesen und eine Straßenführung aus früherer Zeit entdeckt. Bisher war hier eine wesentlich spätere Bebauung angenommen worden. Damit muß nach Auswertung der Ergebnisse die frühe Ortsgeschichte in Teilbereichen neu geschrieben und ergänzt werden.

Eine umfangreiche römische Siedlung ist in der Nähe von Bregenz freigelegt worden. Funde aus der römischen Zeit gab es in der Vorarlberger Landeshauptstadt zwar schon mehrfach, doch die nun entdeckte »Römische Villa« soll erstmals nicht wieder verschwinden, sondern konserviert erhalten bleiben. Prof. Elmar Vonbank, Direktor des Vorarlberger Landesmuseums, hofft, daß die fast 2000 Jahre alten Mauern von den mehr als zwei Dutzend meist zusammenhängenden Gebäuden bald ein überdachtes Freilichtmuseum werden können.

Preise und Auszeichnungen

Für seine historischen Forschungen, insbesondere für das Buch »Die jüngere Geschichte der Stadt Bremerhaven«, erhielt Archivdirektor *Burcharde Schepel*/Bremerhaven den Hermann-Allmers-Preis. Die Stifter des Preises, der mit 4000 DM dotiert ist, sind die Städte Bremerhaven und Cuxhaven zusammen mit dem Landkreis Cuxhaven, unter Mitwirkung des Heimatbundes der »Männer vom Morgenstern«. Die Verleihung fand im Deutschen Schifffahrtsmuseum zu Bremerhaven statt, wobei Prof. Dr. Erich Hoffmann/Kiel die Laudatio hielt.

Der deutsche *Denkmalschutzpreis* 1981 wurde an den Architekten Julius Posener vergeben.

Mit dem »*Deutschen Architekturpreis* 1981«, dotiert mit 30000 Mark, wurden Joachim und Margot Schürmann für die Gestaltung des Quartiers um Groß-St. Martin im Martinsviertel in Köln ausgezeichnet. In der Begründung heißt es, es sei ihnen gelungen, historische Bausubstanz und neue Architektur sinnvoll und harmonisch miteinander zu verbinden.

Namen

Die Mitgliederversammlung des Vereins für Kommunalwissenschaften hat den ehemaligen Berliner Kultursenator *Dr. Dieter Sauberzweig* zum neuen Leiter des Deutschen Instituts für

Urbanistik (Difu) gewählt. Dr. Sauberzweig ist Nachfolger von Frau Prof. Dr. Erika Spiegel, die im Sommer 1981 einem Ruf an die Technische Universität Hamburg-Harburg folgte.

Forschungsprojekt »Stadt«

2,4 Millionen Mark hat die Robert-Bosch-Stiftung jetzt für ein Stadtforschungs-Projekt im Stuttgarter Raum zur Verfügung gestellt. Am Beispiel der Region Stuttgart sollen die Wohnungsprobleme privater Haushalte, das Investitions- und Standort-Verhalten von Industrie und Gewerbe sowie die staatliche und kommunale Wohnungs- und Gewerbepolitik untersucht werden. Die Stiftung will mit dem Forschungsprogramm außerdem einer wirksamen wissenschaftlichen Politiker-Beratung neue Wege ebnen. Die Forscher sollen mit Bürgermeistern und Verwaltungspraktikern in einem mehrjährigen Veranstaltungszyklus einen intensiven Dialog führen.

Neuerscheinungen

Das Heft 1981 der »*Gengenbacher Blätter*« bringt unter anderem einen Beitrag über »Barock in Gengenbach«.

Als Vorform einer *documenta urbana* soll auf der Kasseler *documenta* 1982 ein unter Prof. Dr. Lucius Burckhardt und Prof. Vladimir Nikolic entwickeltes Stationenkonzept vorgestellt werden. Dazu werden in einem Katalog 15 Problemorte der Kasseler Innenstadt gezeigt, die auch für andere Städte als typisch gelten können.

Unter dem Motto »*Freiheit macht Stadt*« ist im Rahmen der Europäischen Kampagne zur Stadterneuerung vom 1.–3. Oktober 1981 in Darmstadt vom Fachbereich Architektur der Technischen Hochschule ein Seminar mit 350 Teilnehmern vor allem aus der Bundesrepublik durchgeführt worden. Jetzt liegt ein 212seitiges, in DIN-A-4-Format gehaltenes, mit vielen Abbildungen, Zeichnungen, Rissen und Graphiken illustriertes und von der Gruppe Architektur und Stadtpla-

nung GRAS in Darmstadt höchst originell redigiertes Buch vor, in dem die Referate und Diskussionen der Tagung in der chronologischen Reihenfolge des Tagungsablaufs wiedergegeben sind. Die Lektüre zeigt, daß kaum ein aktuelles Thema der gegenwärtigen Stadtproblematik ausgelassen worden ist. Das Spektrum geht von den stadtgeschichtlichen Dimensionen bis zu den architektonischen und städtebaulichen Fragen der Stadterneuerung, von der Praktik und den Möglichkeiten einer »Stadtkultur« bis zu Detailfragen der Stadtplanung und der Stadtpolitik. Unter Berufung auf Franz Karaseks, des Generalsekretärs des Europarats vorgebrachte Forderung nach Bürgerbeteiligung bei der Planung (»Auch

von der Bevölkerung sollen Vorschläge kommen«) hat sich die Tagung als ein Gespräch mit und zwischen den Betroffenen, den Stadtbürgern verstanden. Der Untertitel dieser Großbroschur: »Der Anspruch auf Selbstorganisation des Alltags«. Explizit kommt die Stimme des Stadtbewohners auch in diesem Band, soweit wir sehen, freilich nicht zu Wort: er gibt im wesentlichen die Akzentuierungen der ausgewiesenen Fachleute und die Gefechte zwischen den Experten wieder. Das Buch kann beim Deutschen Ausschuss für Europäische Kampagne, Geschäftsstelle beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Deichmanns Aue, 5300 Bonn 2 angefordert werden.

Besprechungen

HERTHA LADENBAUER-OREL, *Der Berghof. Archäologischer Beitrag zur frühesten Stadtgeschichte (Wiener Geschichtsbücher Bd. 15)*. Wien: Zsolnay 1974. 94 S., 16 Abb., DM 28,-; öS 198,-; sF 28,-.

Der vorliegende Band der Wiener Geschichtsbücher ist der innerhalb der römischen Kastellmauern gelegenen »Keimzelle« der Stadt Wien gewidmet, deren bauliches Zentrum von dem seit 1280 quellenmäßig belegten »Berghof« gebildet wird. Hier gelang es auf der Grundlage archäologischer Beobachtungen, die beim Abbruch der in gotische Zeit zurückgehenden Bebauung durchgeführt wurden, und anhand von räumlich beschränkten Grabungen sowie von archäologischen Befundaufnahmen seit kurz nach 1900, die Siedlungskontinuität vom Römerkastell Vindobona zur frühmittelalterlichen Siedlung nachzuweisen und die Entwicklung der »Restsiedlung« innerhalb der Kastellmauern nachzuzeichnen. Die wissenschaftliche Grundlage des Buches wird nicht nur durch – im engen Sinne – archäologische Resultate gebildet, sondern gleichermaßen durch die analytische Auswertung des für Wien reichhaltigen, bis in das 13. Jahrhundert

zurückreichenden Quellenmaterials. Durch diesen für die Mittelalterarchäologie bezeichnenden methodischen Ansatz gelingt die unmittelbare Anbindung der archäologischen Einzelergebnisse an die einem breiten Leserkreis greifbare Vergangenheit.

Ausgehend von den baulichen Resten des um 400 zerstörten Römerkastells entstand eine Ansiedlung, deren Mittelpunkt – Verwaltungs- und Herrschaftszentrum zugleich – der Berghof war. Zwischen ihm und der Nordostecke der bis weit ins Mittelalter erhalten gebliebenen Kastellmauer bildete sich, römische Tradition übernehmend, ein Markt heraus, der, vom Berghof gleichermaßen geschützt und kontrolliert, wohl auch als Refugium in Zeiten der Gefahr diente. Dieser Markt, im Laufe der Zeit von Häusern begrenzt und zum Teil überbaut, verliert mit der Verlegung der Residenz der Babenberger von Klosterneuburg nach Wien (1155) ebenso an Bedeutung wie der Berghof: das frühmittelalterliche Zentrum der Siedlung wird zu einem Stadtbezirk.

Ein abschließendes Kapitel ist der Kirche St. Ruprecht gewidmet, die bisher noch keine systematische archäologische Untersuchung er-

fahren hat. Aus dem siedlungsgeschichtlichen Gesamtzusammenhang heraus dürfte es sich jedoch um die älteste, bis in frühmittelalterliche Zeit zurückreichende Kirche handeln, die römische Gebäudereste wiederverwendet, wie aus Befunden auf dem Ruprechtplatz geschlossen werden kann.

Das Buch macht jedoch auch klar, wie hoch der Preis für die wiedergewonnene Kenntnis der Frühgeschichte Wiens war. Ohne daß die Autorin ausdrücklich darauf hinweist und berechtigt Klage führt, hat die Stadt Wien die dinglichen Reste ihrer Vergangenheit moderner Bebauung geopfert – geblieben sind Museumsstücke, römische Riesenquader an einer Stiege, die Erinnerungstafel – ein überall beliebtes Trostpflaster für eine historisch bewußte Öffentlichkeit. Das Lesen der »Bodenurkunden« blieb durch die Dringlichkeit der Bauvorhaben auf eine rasche Durchsicht des archäologischen Quellenmaterials, auf Notgrabungen und Befundaufnahmen mit all ihren Zufälligkeiten und ihrer Bruchstückhaftigkeit beschränkt. So konnte dank der unverdrossenen Einsatzbereitschaft von Archäologen zwar der Berghof als historischer Siedlungsfaktor erfaßt und in seiner Bedeutung begriffen werden; seine individuelle Geschichte, seine bauliche Entwicklung als Herrensitz und befestigter Siedlungsmittelpunkt ist jedoch nicht mehr erforschbar.

Stuttgart

Hartmut Schäfer

BERENT SCHWINEKÖPER, *Königtum und Städte bis zum Ende des Investiturstreites. Die Politik der Ottonen und Salier gegenüber den werdenden Städten im östlichen Sachsen und in Nordthüringen (Vorträge und Forschungen, Sonderband 11, herausgegeben vom Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte). Sigmaringen: Thorbecke 1977. 167 S., DM 45,-.*

Das vorliegende Werk geht der Frage nach, ob die ottonischen und salischen Kaiser und Könige, die am Rhein die Stadtentwicklung besonders förderten, eine ähnliche Politik auch im Nord-

osten des Reiches betrieben, wo der Aufstieg zahlreicher Städte von der modernen Forschung oft mit dem Eingreifen des Königtums erklärt wird. Nach einer anregenden und inhaltsreichen Einleitung, die die Vielfalt der Probleme der Stadtwerdung berührt, wie die Bedeutung der sakralen Zentren, des Bergbaus, des Fernverkehrs, aber auch auf das hohe Alter dieser Mittelpunkte hinweist, entschließt sich Vf. dann doch, den engeren Bereich schriftlicher Nachrichten eher zu verfolgen und streicht mit Berufung auf Schlesinger die Märkte als Grundlage für die urbane Entwicklung heraus. Demnach ist seine Beweisführung im weiteren Verlauf wirtschafts- und rechtsgeschichtlich orientiert, vertritt demnach eine Richtung, die seit der Mitte unseres Jahrhunderts dominiert. Dabei wird zwischen den Möglichkeiten, nur wenige Beispiele aufzugreifen und diese gründlich zu behandeln oder aber möglichst alle Orte anzuführen, dafür aber deren Geschick knapp darzulegen, der Mittelweg gewählt. Von den ungefähr 60 Siedlungen, die Vf. zu nennen wüßte (vgl. die Karte auf S. 13), greift er dreizehn Städte heraus, die gründlich beschrieben werden.

Vf. kann nun schlagend beweisen, daß die von den Königen vergebenen Rechte weder für die eine oder andere Stadt besonders hervorstachen, noch insgesamt allzu hoch eingeschätzt werden dürfen. Die Interpretation der Quellen, wie sie zum Beispiel Schlesinger vorgetragen hat, der auf die »dicio« der Herrscher verwies, wird vom Vf. in dieser Art nicht übernommen. Wichtig war jedoch, sofern ich Schwinekörper recht verstehe, die persönliche Anwesenheit des Herrschers, die als wesentliches Element in den Vordergrund gerückt wird. Gleichzeitig wird weiter gefragt, ob nicht auch die königliche Stadtpolitik am Rhein unter diesen Vorzeichen neu überdacht werden müßte.

Sofern ich also Schwinekörper richtig wiedergebe – und das ist nicht ganz leicht, da er mit größter Zurückhaltung seine Thesen aufstellt –, würde ich aber dieser seiner Ansicht voll zustimmen. Damit sei nicht gegen die traditionelle Rechtsgeschichte polemisiert, im Mittelalter war das Recht gewiß ein ausschlaggebender Faktor. Doch war es – und das wird noch immer gele-

gentlich übersehen – in seiner Verwirklichung an die Präsenz des Machthabers gebunden, wofür wir in der Gegenwart unsere Hilfsausdrücke verwenden. Mir scheint jedoch in dem vorliegenden Werk besonders deutlich gemacht zu sein, daß eben nicht das Königsgut, aber auch nicht »Gefolgschaftssysteme« oder »Personalitätsprinzipien«, sondern oft einfach die Anwesenheit des Herrschers ausschlaggebend war. Dabei waren, wie Vf. es darlegt, selbstverständlich auch die Rechte des Königs wichtig. Aber sie traten erst sekundär in Erscheinung, das primäre Geschehen war die Ankunft des Kaisers selbst. Dieser Gedanke Schwineköpers scheint mir für weitere Forschungen so wichtig zu sein, daß ich darauf doch mit Nachdruck verweisen will. Es ist jedenfalls sehr zu wünschen, daß das Werk trotz seines eher knappen Umfangs wegen seines Inhaltsreichtums und seiner zahlreichen Anregungen in Zukunft gebührend berücksichtigt wird.

Salzburg

Heinrich Koller

ERDMANN WEYRAUCH, *Konfessionelle Krise und soziale Stabilität. Das Interim in Straßburg (1548–1562). (Spätmittelalter und Frühe Neuzeit. Tübinger Beiträge zur Geschichtsforschung, hrsg. v. J. Engel und E. W. Zeeden, Bd. 7) Stuttgart, Klett-Cotta, 1978, XVI + 331 S., DM 94,-.*

Das ausgehende 15. Jh. und erst recht das 16. Jh. sind in den letzten drei Jahrzehnten zu bevorzugten Forschungsepochen der Geschichte Straßburgs geworden, zweifelsohne weil Straßburg zu jener Zeit sozusagen im Brennpunkt reichsstädtischer Geschichte stand. In einer vielbeachteten Habilitationsschrift hat F. Rapp im Jahre 1974 die wichtigen Zusammenhänge zwischen Kirche und Gesellschaft am Vorabend der Reformation analysiert. Anton Schindling würdigte seinerseits in seinem 1977 erschienenen Buch »Das Straßburger Gymnasium« und die aus ihm hervorgegangene Akademie als eine beispielhafte Lehranstalt, Frucht einer engen Zusammenarbeit zwischen Theologen, Humanisten und Stadtpolitikern. Die prosopographischen Untersuchungen

Thomas A. Brady's, 1978, ergaben ein neues Bild der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Oberschicht Straßburgs und erklären weitläufig das Verhalten des Rates in den Krisenjahren 1524/25 und 1547/48. »Strasbourg au coeur religieux du XVIe s.«, 1977 erschienen, ergänzt durch »Horizons européens de la Réforme en Alsace«, 1980, bilden eine Zusammenfassung der neuesten Forschungsergebnisse über Straßburgs führende Rolle während des Reformationsjahrhunderts.

Weyrauch, der ursprünglich am Beispiel der Stadt Straßburg der Frage, »warum evangelische Reichsstädte sich während der Reformationszeit oft genug kaiser- und reichstreu verhalten haben, obschon gerade Kaiser und Reich den neuen Glauben bedrohten« nachgehen wollte, änderte im Laufe der Forschungsarbeiten seinen Plan etwas ab zugunsten des Studiums »der Systematik der Wechselbeziehungen zwischen den Binnen- und Außenverhältnissen der freien Reichstadt«. Es kam dann zu »einem Versuch, geschichtswissenschaftliche Interessen soweit möglich mit Methoden und Ansätzen der theoretischen Soziologie zu konfrontieren«.

Das Ergebnis ist allerdings, wie der Autor selbst bekennt, »nicht voll befriedigend«. Schuld daran dürfte nicht zuletzt sein, daß die Anstrengungen des Autors zuweilen »sich weitgehend auf einer vergleichsweise abstraktionslosen Ebene« bewegten. Auf jeden Fall führte der Versuch öfters zu langen theoretischen Analysen, die durch den Gebrauch eines Überflusses von Fremdwörtern die Lektüre erschweren und schwerverständlich machen. Als Beispiel sei folgender Satz unter vielen andern angeführt: »Wenn wir die funktional-strukturelle Dichotomie von normativ und kognitiv heranziehen, zeigt sich, daß Amtsauffassung, Glaube und »Befehl Gottes« (Bucer) die Strassburger Prediger auf die kontrafaktische Verteidigung ihres konfessionellen Sinnhorizontes verpflichteten, sie somit funktional einer Rollentension ausgesetzt waren, der sie normkonform nachgaben...«

Das Buch ist in 8 Kapitel mit jeweils mehreren Unterabteilungen aufgeteilt. Wir klammern von der Besprechung das erste Kapitel (50 Seiten), das hauptsächlich der »Systemtheorie« Niklaus

Luhmanns gewidmet ist, aus. Das 2. Kapitel befaßt sich mit der Beschreibung und der Erklärung der Umwelt, in der sich die Einführung des Interims vollzog. Dabei geht Weyrauch von der Problematik der durch die Entstehung zweier verschiedener Konfessionen geschaffenen Lage, die beide um ihre »Daseinsberechtigung und Wahrheitslegimität« kämpften, aus. Die Parität beider Konfessionen wurde dann im Religionsfrieden von 1555 und später durch den westfälischen Frieden von 1648 bestätigt. Die durch den Kaiser erzwungene Einführung des Interims löste unter allen Schichten der Bevölkerung eine schwere Krise aus (3. Kapitel). Rat, Prediger und Bürger protestierten gegen den sich wieder ausbreitenden »neuen alten Glauben«, den sie »als öffentliche Störung des allgemeinen städtischen Friedens« betrachteten. Die Kampfansage der Prediger galt besonders jenen »vielen frommen Altgläubigen und namhaften, ehrlichen Leut«, die dem neu eingeführten katholischen Kultus im Münster beiwohnten und als »Pfaffenknechte« (Büheler) beschimpft wurden (4. Kapitel). Über die wirkliche Zahl dieser »vielen frommen Altgläubigen« gehen die Berichte weitgehend auseinander (siehe S. 162 Anmerkung 163). Der Verlauf der langjährigen Krise ist durch wiederholte Predigerproteste gekennzeichnet, bis es 1559 zu Verhandlungen zwischen Bischof und Rat kam anlässlich des Ablaufens des 1549 für 10 Jahre den Katholiken zugesicherten Schirmvertrags. Der Rat weigerte sich diesen zu verlängern, solange nicht die Ausübung der nur interimistisch zugelassenen katholischen Religion geklärt war (Kapitel 5). Es kam dann kurz vor Ablauf der Frist zu dem »Münstertumult«, auf den die faktische Einstellung des katholischen Gottesdienstes im Münster und in den beiden Stiftskirchen Alt und Jung St. Peter folgte.

Weyrauch berichtet ausführlich im 6. Kapitel über diese bis jetzt in der Historiographie etwas vernachlässigten Vorgänge, die zur Abschaffung des Interims führten: die soziale Zusammensetzung der Unruhestifter im Münster, ihre Beweggründe, die Rolle der Zünfte, die Maßnahmen des Rats, die auf den Tumult erfolgte Klage des Bischofs beim Kaiser, die Rechtfertigung des Rats, die Wiedereinnahme der Interimskirchen,

das komplexe Verhältnis zwischen Stadt und Kirche, die »Kompetenzerweiterung« des Rats gegenüber der institutionalisierten Kirche, der neue Schirmvertrag mit den Klerikern, der jedoch das Recht der freien Religionsausübung für die Katholiken nicht garantierte (»doch alles ausserhalb irer Religion und Gottes dienst«). Weyrauch kommt zur Schlußfolgerung, daß beim »Münstertumult« zwar kein »Nachweis einer manipulativen Beeinflussung durch die politische Führung erbracht werden kann«, jedoch »diese seit längerem mit einer derartigen Lösung des Problems befasst war«. Bestimmend war dabei zweifelsohne »der massive Einfluß der evangelischen Prediger«.

Zahlreiche Anmerkungen belegen die Ausführungen des Verfassers. Ein Verzeichnis der ungedruckten und gedruckten Quellen sowie eine weitausholende Bibliographie (18 Seiten) verschaffen dem Leser einen guten Überblick über die verwendete Literatur. Ein Sachregister (7 Seiten) und ein Namens- und Ortsregister (6 Seiten) ergänzen das Werk, welches sich ehrenvoll an die eingangs angeführten Veröffentlichungen anreihen kann.

Strasbourg

F. J. Fuchs

PETER LANG, *Die Ulmer Katholiken im Zeitalter der Glaubenskämpfe: Lebensbedingungen einer konfessionellen Minderheit.* (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXIII, Bd. 89) Frankfurt/M.: Peter Lang/Bern: Herbert Lang 1977. 222 S. sF 48,-.

Die Tübinger Dissertation untersucht am Beispiel Ulms die Lebensbedingungen der katholischen Minderheit in der Reichsstadt. Die Arbeit will einen Beitrag zu der bislang noch nicht hinreichend erforschten Frage leisten, wie sich die Konfessionsbildung vollzogen hat. Der Autor untersucht systematisch die Lebensbedingungen der Ulmer Katholiken und stellt die politische Teilhabe der Katholiken im Rat und an den städtischen Ämtern dar. Bis 1590 waren die Katholiken, die im 16. Jahrhundert zwei bis drei

Prozent der Bürger Ulms ausmachten, im Rat und in den städtischen Ämtern überrepräsentiert. Durch umfangreiche sozialstatistische Auswertungen der Ulmer Quellen kann der Autor zeigen, daß der Ausschluß der Katholiken von Ämtern in Ulm erst nach 1648 einsetzt. Im Gegensatz zu den katholischen Institutionen wurden die katholischen Laien in Ulm weitgehend akzeptiert, wobei die Toleranz gegenüber den katholischen Angehörigen der Oberschicht größer war als gegenüber den Katholiken aus der städtischen Unterschicht. Offene Feindseligkeiten gegenüber Katholiken brachte erst der 30jährige Krieg.

Wer weniger an der Themafrage dieser Dissertation interessiert ist, findet in der sorgfältig gearbeiteten Darstellung eine Fülle von Informationen über den Alltag der Bürger in einer Reichsstadt im Zeitalter der Glaubenskämpfe.

Göttingen

Thomas Berger

HANS EUGEN SPECKER, HERMANN TÜCHLE (Hrsg.), *Kirchen und Klöster in Ulm, Ein Beitrag zum katholischen Leben in Ulm und Neu-Ulm von den Anfängen bis zur Gegenwart, Ulm: Süddeutsche Verlagsgesellschaft 1979. 597 S., zahlr. Abb., DM 36,-.*

Einen recht bemerkenswerten Band gilt es hier anzuzeigen: Man könnte ihn auch mit dem Titel »Beiträge zur Seelsorge in der Stadt« überschreiben, denn die meisten Autoren haben sich darum bemüht, den Anteil der geschilderten Institution am katholischen geistlichen Leben der Stadt Ulm der Jahrhunderte darzustellen, während wirtschafts- und besitzgeschichtliche Probleme deutlich zurücktreten. Das beginnt mit dem knappen, die Forschung resümierenden Aufsatz Hermann Tüchles über die Ulmer Pfarrei und endet mit Hinweisen zum kirchlichen Leben im Neubaugebiet Neu-Ulm/Ludwigsfeld. Der Band macht kirchengeschichtliche Kontinuität, die Veränderung der Verkündigungs- und Lebensformen, auch in ihrer Gefährdung und Reformbedürftigkeit deutlich. Die Kirchengeschichte endet also nicht mit

Reformation oder Säkularisierung; und die kirchliche Zeitgeschichte wird nicht in gesonderter, schwer erreichbarer Broschüren verbannt, sondern sie wird sehr ausführlich (fast die Hälfte des Bandes) mitbehandelt, den gründlichen Wandel kirchlichen Lebens in der Gegenwart aufzeigend.

Gewiß, zu vielem Gegenwärtigen fehlt die kritische Distanz, denn teilweise schreiben die Akteure selbst noch die Geschichte. Aber ein Anfang wurde gemacht – man bedauert eigentlich nur, daß sich niemand an einen zusammenfassenden, eben die Geschichte der Seelsorge allgemein, besonders der katholischen, darstellenden Aufsatz gewagt hat. Besonders eindrucksvoll gelang diese Darstellung der Kontinuität – die sich teilweise sogar auf die Autoren erstreckt – am Beispiel der Wengenkirche. Der Klosterneuburger Augustinerchorherr Karl Rehberger schildert in kurzen Strichen die Entwicklung seines hiesigen fast vergessenen Ordens, ehe Hans Eugen Specker die Geschichte des Augustinerchorherrenstifts St. Michael zu den Wengen bis 1549 aufzeigt. Peter Lang setzt diese Darstellung fort als Teil einer Beschreibung des katholischen Lebens innerhalb der evangelischen Reichsstadt, während Peter Rummel den Weg der Wengengemeinde zur Muttergemeinde aller Ulmer katholischen Pfarreien aufzeigt. Karl Suso Frank, selbst Franziskaner, steuert die Geschichte franziskanischer Niederlassungen innerhalb und außerhalb der Stadt bei, nämlich die der Terziarinnen in der Sammlung, der Klarissen in Söflingen und des seit 1919 bestehenden kleinen Ulmer Franziskanerkonvents. Bei ihm, wie bei Isnar W. Frank OP, der die Franziskaner- und Dominikanerniederlassung behandelt, spürt man deutlich die Vertrautheit der Ordenshistoriker mit der Historiographie ihrer Gemeinschaften, die sie befähigt, dem Lokalforscher schwer erreichbares Material in die Ortsgeschichte einzubringen und örtliche Gründungsüberlieferungen von Klöstern recht kritisch zu betrachten.

Als geistlich und kulturell wenig interessante Institution erscheint die von Hans Eugen Specker beschriebene Deutschordenskommende. Die Versorgungsinteressen des Niederadels dominieren über seelsorgerliche Belange, garantieren aber gleichzeitig die Existenz dieser im Grunde

stadtfremden Einrichtung. Besondere Erwähnung in diesem gut ausgestatteten Buch verdienen außerdem der zeitlich geordnete Überblick über alle Ulmer Kirchen und Kapellen von Reinhard Wortmann sowie das von Irene Specker sorgfältig erstellte Register.

Esslingen

Rainer Jooß

JÜRGEN KRAUS, *Das Militärwesen der Reichsstadt Augsburg 1548 bis 1806. Vergleichende Untersuchungen über städtische Militäreinrichtungen in Deutschland vom 16.–18. Jahrhundert. (Abhandlungen zur Geschichte der Stadt Augsburg, Bd. 26) Augsburg: Verlag Hieronymus Mühlberger 1980. 492 S. DM 74,50.*

Vf. integriert in seinem Buch, einer Münsteraner Dissertation, Komponenten der Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie der Technikgeschichte in die Militärgeschichte einer Reichsstadt. Die zeitliche Eingrenzung ergibt sich sinnvoll aus der Tatsache weitgehender verfassungsmäßiger Kontinuität von der Installation der Patrizierherrschaft durch Karl V. bis zu deren Ende, das gleichzeitig das Ende der Stadtfreiheit markiert.

Die zwei Komponenten städtischer Wehrverfassung, das Bürgermilitär und das sich in Richtung auf eine stehende Truppe entwickelnde Söldnerwesen, werden in ihrer unterschiedlichen Funktion und zeitlich veränderten Gewichtung deutlich. Hervorzuheben ist die Rolle des Bürgermilitärs in dessen Abhängigkeit von der Binnenstruktur der Stadt. So ist etwa bis in den Dreißigjährigen Krieg die Furcht des Rates vor militärischer Rüstung der Bürger als potentiell den inneren Frieden gefährdendem Faktor evident. Ab 1670 werden die Bürgerkompanien vornehmlich zum Instrument der Repräsentation stadtbürgerlichen Selbstbewußtseins. Den Kern des Stadtmilitärs bildet zunehmend die professionalisierte Stadtgarde in ihrer Sicherheitsfunktion für die innerstädtische Ordnung. Sie löst die im Bedarfsfall erworbenen Söldnerfähnlein ab. Territorial- und reichsgeschichtlich bedeutsam

ist der Anteil der Stadt am stehenden Militärkontingent des Schwäbischen Kreises.

Einen wesentlichen Beitrag zur städtischen Sozialgeschichte bilden die mit reichem Tabellenmaterial untermauerten Analysen der Lebensbedingungen der Stadtsoldaten und der Rekrutierungsmuster hinsichtlich geographischer und sozialer Herkunft. Das umfassende Bild, zu dem auch die Darstellung der stadtobrigkeitlichen Militärverwaltung gehört, wird durch Kapitel über das Zeugwesen, die Stadtbefestigung und den Stellenwert der Militärausgaben im Stadthaushalt vervollständigt.

Daß Vf. sich in jedem dieser Aspekte um äußerste Detailtreue bemüht, geht mitunter zu Lasten leichtverständlicher Lesbarkeit. Angesichts dessen, daß er einen bislang kaum erforschten Bereich städtischen Lebens in der Frühneuzeit untersucht und mit den Militaria des Augsburger Stadtarchivs weitgehend unbearbeitete Quellen erschließt, rechtfertigt sich aber die Kombination von ausholender Gesamt- und akribischer Detaildarstellung.

Da es an vergleichbaren Studien fehlt, beschränkt sich der im Untertitel betonte vergleichende Charakter auf sporadische Verweise. Als Gesichtspunkt zur allgemeinen Einordnung des Entwicklungsprozesses auf den städtischen miles perpetuus hin hätte sich aber etwa die auch für die Stadtgeschichtsschreibung wesentliche Modernisierungsdebatte angeboten. Durch das Fehlen der ausdrücklichen Erarbeitung dieses oder ähnlicher übergeordneter Gesichtspunkte und eines systematischen Vergleichs wird der paradigmatische Wert der Studie jedoch kaum geschmälert.

Tübingen

Olaf Mörke

HERMANN LUPPE, *Mein Leben. In Zusammenarbeit mit Mella Heinsen-Luppe aus dem Nachlaß herausgegeben vom Stadtarchiv Nürnberg (Quellen zur Geschichte und Kultur der Stadt Nürnberg 10). Nürnberg: Stadtarchiv 1977, XIV, 371 S., 1 Abb., DM 33,-.*

In den Jahren zwischen seiner Amtsenthebung durch die Nationalsozialisten und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beschrieb Hermann Luppe, Nürnbergs Oberbürgermeister der Weimarer Zeit, in einem umfangreichen Manuskript sein bisheriges Leben, seinen beruflichen Werdegang und seine Leistungen. Er hielt das Manuskript nicht für den Druck geeignet, hoffte aber, daß sein Freund Theodor Heuss es einst redigieren und druckfähig machen würde. Dazu ist es nie gekommen.

Dennoch – und trotz wohl begründeter Bedenken – haben die Erben Luppes sowie der Leiter des Stadtarchivs von Nürnberg, Gerhard Hirschmann, diesen unfertigen Text mit größter Behutsamkeit bearbeitet und veröffentlicht. Dafür verdienen sie Dank. Es wurden lediglich einige sprachliche Versehen Luppes korrigiert, Zwischentitel eingefügt und eindeutig gekennzeichnete Kürzungen vorgenommen. Man wird Hirschmann glauben, daß er nur Unwesentliches wegließ, selbst wo er eine längere Passage über die Revolution von 1918 strich (S. 28).

Das Buch ergänzt sich mit der ebenfalls 1977 in Nürnberg erschienenen Dissertation von Hermann Hunschel über Luppe aufs glücklichste (vgl. die Rezension in: *Die alte Stadt* 4/1978). Es ist eine wertvolle Quelle zu den verschiedensten Themen, zunächst und vor allem zu Luppes Leben und zur Geschichte der Stadt Nürnberg in diesem Jahrhundert sowie zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, des Spannungsverhältnisses zwischen Föderalismus und Unitarismus im Reich und der deutschen Sozial- und Kommunalpolitik. Es erhält seine besondere Note von der Entstehungsgeschichte her: Ein Mann, den die Nazis – sein Antipode und zähester Feind war der »Frankenführer« Julius Streicher – aufs schäbigste verfolgten und schikanierten, gab sich, nachdem er eine Menge grundloser Straf- und Disziplinarverfahren überstanden hatte, im Bewußtsein gekränkter Unschuld Rechenschaft über sein bisheriges Leben. Ohne die geringste Konzession an die Machthaber beharrt er voll selbstgerechtem Stolz auf seiner überlegenen Leistung, und er hält trotz Hitlers Führerstaat und seiner persönlichen Gefährdung unerschütterlich an den demokratischen Idealen fest, denen er

zeitlebens anhing: Viele derartige Selbstzeugnisse gibt es aus der Zeit der Tyrannis nicht.

Luppe selbst hat seiner Autobiographie zwei Texte aus der Kriegszeit beigegeben. Der eine setzt den Lebensbericht bis in die Kriegsjahre fort und beschreibt ein Leben im inneren Exil, der andere – »Gedanken zum Zweiten Weltkrieg« – ist ein erschütterndes Zeugnis einsamer menschlicher Vernunft, Erschütterung und sachlicher Nüchternheit. Der Text bricht mitten im Satz ab. Luppe starb Wochen vor der Kapitulation bei einem Bombenangriff auf Kiel.

München

Karl-Ludwig Ay

Augsburg – Geschichte in Bilddokumenten. Hrsg. v. Friedrich Blendinger und Wolfgang Zorn. München (C.H. Beck) 1976, 204 S., 401 Abb., DM 78,-.

Nach dem bereits 1970 erschienenen opulenten Band über die »Geschichte Nürnbergs in Bilddokumenten« ist nun im selben Verlag ein entsprechender Band über Augsburg herausgekommen, dem wie für Nürnberg ein Textband folgen soll. Für die Auswahl der Bilddokumente zeichnen Friedrich Blendinger und Wolfgang Zorn verantwortlich, jener für die Zeit bis 1806, dieser für die Zeit danach. Zahlreiche weitere Autoren haben an dem die Abbildungen beschreibenden Katalog mitgewirkt. Eröffnet wird der Band mit einer brillanten Einführung von Zorn, die vor allem einen Überblick über die Geschichte der wissenschaftlichen Bemühungen um die Erforschung der Augsburger Stadtgeschichte und die Erschließung ihrer Quellen vermittelt.

Bei der nach Epochen aufgegliederten Beschreibung der 401 Abbildungen wäre zuweilen eine ausführlichere kritische Deutung der abgebildeten Zeugnisse wünschenswert gewesen. Zuzugeben ist allerdings, daß dadurch der Textteil, der ohnedies bereits die Hälfte des Buches einnimmt, vielleicht über Gebühr ausgeweitet worden wäre. Leider umfaßt die von Blendinger verfaßte Chronik nur die Zeit bis 1806. Abgesehen von diesen kleinen Mängeln darf der vorliegende Band jedoch als hervorragend gelungen

und ungemein anregend bezeichnet werden. Am Beispiel einer einzigen Stadt werden hier wesentliche Aspekte der mitteleuropäischen Stadt- und Kulturgeschichte von der Römerzeit bis zur Gegenwart, vielleicht mit einer etwas zu starken Vernachlässigung des 20. Jh., dargestellt. Die Auswahl verdeutlicht auf eindrucksvolle Weise, welche Spitzenstellung Augsburg in der europäischen Kunst- und Kulturgeschichte eingenommen hat und wie überwältigend reich die Überlieferung in allen einschlägigen Quellenbereichen trotz Kriegen und Katastrophen noch immer ist.

Ravensburg

Peter Eitel

BURCHARD SCHEPER, *Die jüngere Geschichte der Stadt Bremerhaven. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Bremerhaven 1977, 515 S., 52 S. Anhang, 5 Tafeln, Ln., illustriert.*

Die »Scheu, heiße Eisen anzupacken« hat Helmut Croon, der Nestor der modernen Stadtgeschichte, für die geringe Zahl wissenschaftlicher und populärer Darstellungen der Stadtgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts verantwortlich gemacht. Überdies war moderne Stadtgeschichte unnötig: »Die Zeit nach 1870 war für die meisten noch Vergangenheit.« (Bll. f. dt. LG. 105, 1969, S. 14). Das Interesse an der modernen Alltagsgeschichte auf lokaler Grundlage, das sich im Zuge nachwachsender Generationen durch die Zeit inzwischen auch auf die moderne Kommunalgeschichte auswirkt, hat inzwischen für die Ausbildung eines kräftigen Zweiges städtischer Zeitgeschichte gesorgt, der in der breiten Öffentlichkeit eine beachtliche Resonanz findet.

Die Geschichte der Stadt Bremerhaven, aus den Stadtteilen Mitte, Geestemünde und Lehe erst 1947 hervorgegangen – 1924 war allerdings der Vorläufer Wesermünde gegründet worden –, setzt für die moderne Stadtgeschichte Maßstäbe: Gut geschrieben, klug und angemessen bebildert, unbelastet durch einen aufgeblähten wissenschaftlichen Apparat und dennoch im wissenschaftlichen Sinne zuverlässig, führt sie in die kommunale Zeitgeschichte Bremerhavens ein.

Vf. greift zwar in die vor- und frühgeschichtlichen »Anfänge und Strukturen« aus, schildert auch knapp die frühneuzeitlichen Entwicklungen und sozialgeschichtlichen Besonderheiten des 19. Jahrhunderts; der Schwerpunkt (mit 80% der Seiten) liegt jedoch auf dem 20. Jahrhundert. Scheper gliedert die Stadtgeschichte nach übergreifenden Epochen: Weimarer Republik, Drittes Reich und Neuanfang – jedes Kapitel wird jedoch stark differenziert. Dabei werden Besonderheiten politischer und kultureller Entwicklung herausgearbeitet, die zeittypisch scheinen, eine den Rahmen der Stadt überschreitende Bedeutung haben und gleichsam von exemplarischer oder gar paradigmatischer Wichtigkeit sind. So fällt im Abschnitt über die Jahre vor 1933 ein Kapitel über »Schule, Kultur, Wissenschaft und Kunst«, ein anderes über »Vereine, Verbände und politische Parteien« ins Auge, in dem die Ausbildung eines städtischen Parteiensystems detailliert dargestellt wird. Hier wird die Grundlage für eine eindringliche Schilderung der städtischen Entwicklung, aber auch der Geschichte von Terror, Gleichschaltung und Widerstand im Dritten Reich gelegt. Derartige Darstellungen findet man in vergleichbaren Geschichten anderer Städte außerordentlich selten. Eine Geschichte des Krieges, der Luftangriffe und schließlich des »Zusammenbruchs« runden die Geschichte dieses Zeitraumes ab. Die Befreiung vom Nationalsozialismus ist die Voraussetzung für einen Neuanfang – zwar aus der Not der unmittelbaren Nachkriegszeit, aber doch in eine glanzvolle Wachstumsperiode, die erst heute durch strukturelle Anpassungsschwierigkeiten der Fischereindustrie verdunkelt wird. Bremerhaven als Anlegeplatz für Luxusfahrer – wer erinnert sich da noch an Entnazifizierung (S. 363 ff.), Trümmerräumung (371 ff.), an die Neugliederungsdiskussion? Scheper schreibt jedoch keine Hochglanzgeschichte zum Ruhme der Stadtverwaltung und der kommunalen Parteien. Er bleibt auch seinem wissenschaftlichen und nüchternen Stil treu, wenn er sich der Gegenwart mit ihren »Verwertungsinteressen« nähert.

Die »Jüngere Geschichte der Stadt Bremerhaven« ist eine beachtliche Leistung, die jeder mo-

deren Stadtgeschichte Maßstäbe setzt. Sie ist gut zu lesen, dabei von allgemeinem Interesse, weil sie Vergleiche herausfordert, und widerlegt alle jene Bemühungen, die »moderne Stadtgeschichte« vor allem als quantifizierende historische Sozialforschung begreifen. Diese Darstellung ist modern, weil sie den jüngeren Stadtbewohnern die Orientierung in ihrer räumlichen, sozialen und politischen Umgebung erleichtert. Sie schärft das Bewußtsein für stadthistorische Strukturen, aber auch für die Lebenslagen und Befindlichkeiten ihrer Bewohner in verwir-

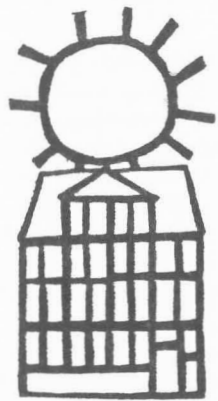
renden Zeitläufen. Ohne modische Verbrämungen hat Scheper viele Forderungen der modernen, ihres pädagogischen Auftrags bewußten Stadt-, Landes- und Alltagsgeschichte aufgenommen; seine Studie ist ein Beweis dafür, daß auch der sensible Einzelforscher und aufgeschlossene Archivar Trends der Forschung voraussehen und substantiell konkretisieren kann. Die Stadt Bremerhaven ist um diese Stadtgeschichte zu beneiden.

Berlin

Peter Steinbach



WG-Info: *Gästebüro des Luftkurortes
7988 Wangen im Allgäu ·
Rathaus · Tel. (0 75 22) 40 81*



»KULTUR – ZUM ANFASSEN!«

Rund 300 Veranstaltungen zwischen Walpurgisnacht und Erntedankfest:

- Folklore
- Konzerte
- Straßen- und Volksfeste
- Kunstaktionen
- Führungen und Besichtigungen
- Volkssport
- Jugend- und Seniorenveranstaltungen

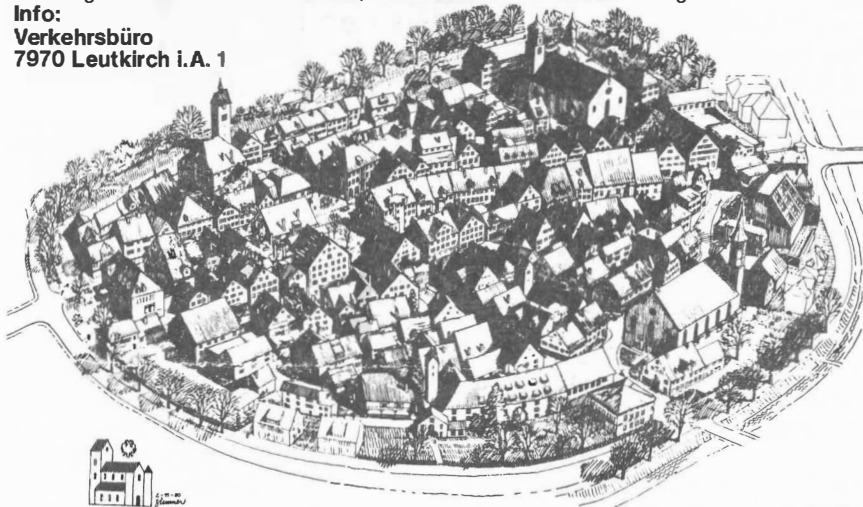
Auskünfte:
 Informations- und Pressestelle
 der Stadt Wolfenbüttel,
 Postfach 1540, 3340 Wolfenbüttel

**SOMMER 82 IN
 WOLFENBÜTTEL
 DABEISEIN
 MITMACHEN**

LEUTKIRCH IM ALLGÄU

Leutkirch, ein liebenswertes Stückchen Allgäu. Zu jeder Jahreszeit. Ehemals Freie Reichstadt, heute Große Kreisstadt. Historischer Stadtkern mit sehenswertem Barockrathaus. Heimatmuseum. Regelmäßige Theater- und Konzertveranstaltungen. Gästebetten in Hotels, Gasthöfen und Ferienwohnungen.

Info:
Verkehrsbüro
 7970 Leutkirch i.A. 1



INHALTSVERZEICHNIS ABHANDLUNGEN

FRITZ BLAICH Die oberdeutsche Reichsstadt als Arbeitgeber vom 13. bis zum 18. Jahrhundert . . .	1	Die Politik der Ottonen und Salier gegenüber den werdenden Städten (H. Koller) . . .	112
PETER KRIEDTE Die Stadt im Prozeß der europäischen Proto-Industrialisierung	19	<i>Städtische Kirchen- und Religionsgeschichte</i> Erdmann Weyrauch, Konfessionelle Krise und soziale Stabilität. Das Interim in Straßburg (F. J. Fuchs)	113
KARL LITZ Theorie einer Raumeschichte	52	Peter Lang, Die Ulmer Katholiken im Zeitalter der Glaubenskämpfe: Lebensbedingungen einer konfessionellen Minderheit (Th. Berger)	114
CHRISTOPH VON IMHOFF Stadt – Was sonst	77	Hans Eugen Specker / Hermann Tüchle (Hrsg.), Kirchen und Klöster in Ulm (R. Joos)	115
MANFRED BÜLTEMANN Altstadtsanierung: zum Beispiel Wolfenbüttel	90	<i>Städtische Militärgeschichte</i> Jürgen Kraus, Das Militärwesen der Reichsstadt Augsburg 1548–1806 (O. Mörke)	116
DIE AUTOREN	103	<i>Oberbürgermeister-Biographien</i> Hermann Luppe, Mein Leben (K.-L. Ay)	116
BERICHTE Niedersächsische Landesausstellung 1985 »Stadt im Wandel«	104	<i>Stadtbild-Geschichte</i> Friedrich Blendinger / Wolfgang Zorn (Hrsg.), Augsburg. Geschichte in Bilddokumenten (P. Eitel)	117
NOTIZEN	108	<i>Neuere Stadtgeschichte</i> Burchard Scheper, Die jüngere Geschichte der Stadt Bremerhaven (P. Steinbach)	118
REZENSIONEN ZUR STADTGESCHICHTE <i>Stadtarchäologie</i> Hertha Ladenbauer-Orel, Der Berghof. Archäologischer Beitrag zur frühesten [Wiener] Stadtgeschichte (H. Schäfer)	111		
<i>Mittelalterliche Stadtgeschichte</i> Berent Schwineköper, Königtum und Städte bis zum Ende des Investiturstreites.			

Vorschau

Für die nächsten 4 Bände sind u. a. folgende Beiträge vorgesehen:

2/82 PETER BREITLING, Graz Beton: oder von der Zeitlichkeit eines ewigen Baustoffes		4/82 KARL LITZ, Zürich Raumeschichte und ihre Arten historischer Erkenntnis	
ECKART LEIPPRAND, Trier Das Verhältnis der Stadtbildpflege zur Stadtplanung		KLAUS-JÖRG SIEGFRIED, Wolfsburg Stadtentwicklung und lokale Geschichtsdokumentation	
CARSTEN JONAS, Bamberg Stadtgründung, Stadterweiterung, Stadtbau		PETER PIASECKI, Herne Welche Einstellung haben Berufsschüler zu Fragen der Denkmalpflege?	
GÜNTER NUFER, Bad Säckingen Erfahrungen mit der Unterschutzstellung eines altstädtischen Gesamtbereichs		MARC POULAIN, Kassel Historische Bestattungsstätten. Zur Kasseler Semiologie des Lebenskreises	
GERHARD HENKEL, Essen Genetische Siedlungsforschung und Dorferneuerung		ULRICH MAYER, Gießen Die evangelische Stadt und die historisch-politische Bildung	
HANS-HERMANN LINDLOFF, Wertheim am Main Altstadterneuerung: zum Beispiel Wertheim		JOCHEN WILKE, Würzburg Altstadterneuerung: zum Beispiel Karlstadt	

3/82 CLEMENS GEISSLER, Hannover Siedlungsstruktur und Daseinsvorsorge in Stadt und Land		1/83 GREGOR LECHNER, Göttweig Die Madonna als Hauszeichen	
ANDREAS MIELCK, Hamburg Stadtdichte, Kriminalität und Krankheit		HANS-PETER OSWALD, Offenburg Die Anwendung des Klassenbegriffs auf die feudalistische Gesellschaft	
HARTMUT GROSSHANS, Köln Bürgerinitiativen und Stadtteilplanung		WOLFGANG R. KRABBE, Münster Der Primat des Bürgermeisters in der preußischen Magistratsverfassung	
ERNST-RAINER HÖNES, Mainz Kulturdenkmal und öffentliches Interesse		NICHOLAS BULLOCK, Cambridge Berliner Wohnungspolitik am Ausgang der zwanziger Jahre	
INGRID BROCK, Rom Altstadtsanierung: zum Beispiel Urbino		GERT GRÖNING / JOCHEN WOLSCHKE, Hannover Naturschutz und Ökologie im Dritten Reich	
		BRUNO JALASS, Stade Altstadtsanierung: zum Beispiel Stade	

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Jonas Verlages in 3550 Marburg bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.



DIE ALTE
STADT

In Verbindung mit Hans Herzfeld †, Rudolf Hillebrecht,
Friedrich Mielke und Alexander Mitscherlich
herausgegeben von Otto Borst

Eckart Leipprand, Trier
Stadtbildpflege und Stadtplanung

Günther Nufer, Bad Säckingen
Unterschutzstellung einer Altstadt

Miron Mislin, Berlin
Wohnungsmodernisierung in Selbsthilfe

Hans-Hermann Lindloff/Jörg Paczkowski,
Altstadtsanierung: zum Beispiel Wertheim a. M.



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Zeitschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Herzfeld †,
Rudolf Hillebrecht, Friedrich
Mielke und Alexander Mitscherlich
herausgegeben von Otto Borst

Band 2 / 1982. Neunter Jahrgang

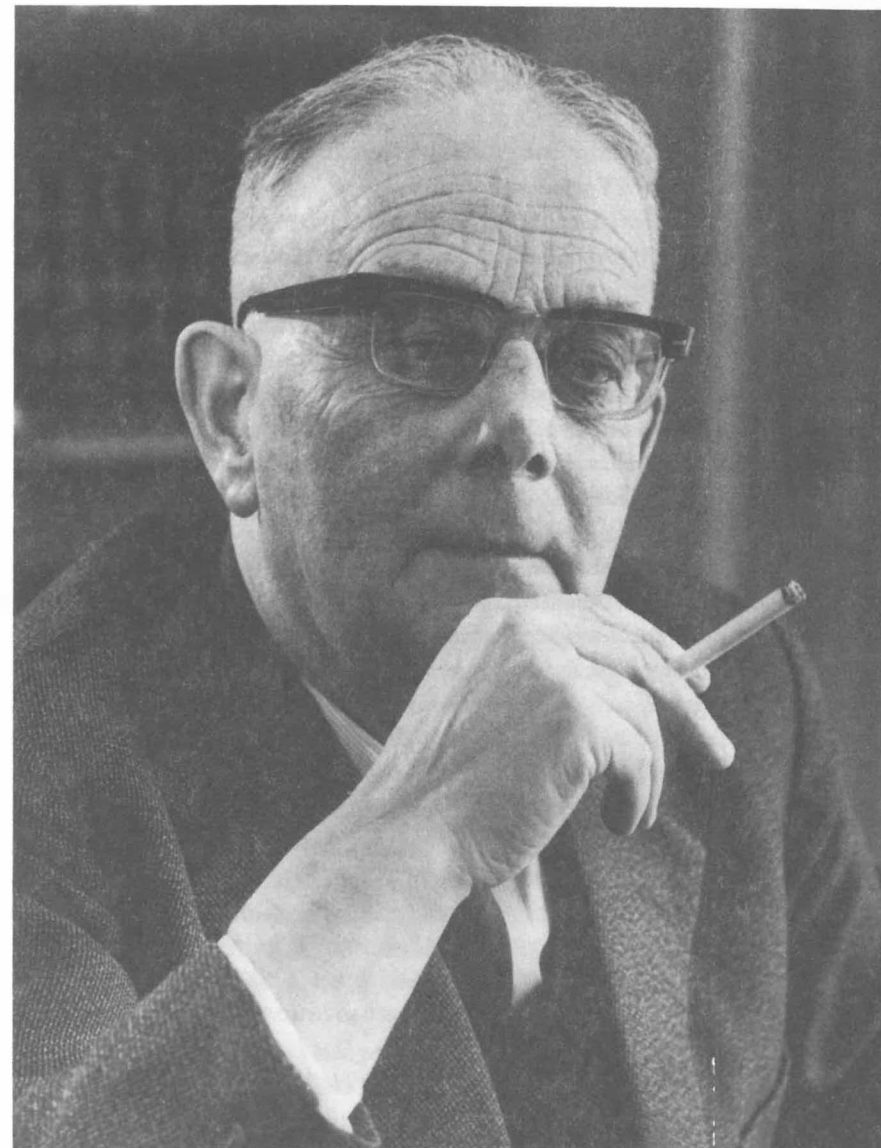
Redaktionskollegium: Dr. Otto Borst, Professor für mittlere und neuere Geschichte und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Esslingen, Mozartweg 32, 7300 Esslingen (Schriftleitung) – Dr. Hans Joachim Fliedner, Leiter der Volkshochschule und des Stadtarchivs Offenburg, Ritterhaus-Museum, Ritterstr. 10, 7600 Offenburg – Dr. Henning Grabowski, Wiss. Ass. am Geographischen Seminar der Universität Münster, Königsberger Str. 79, 4400 Münster (Westf.) – Dr. Rainer Jooß, Professor für mittlere und neuere Geschichte und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Esslingen, Föhrenweg 1, 7300 Esslingen – Professor Dr. Hermann Korte, Direktor des Instituts für Arbeitssoziologie und Arbeitspolitik der Ruhr-Universität Bochum, Steinweg 18, 4830 Rheda-Wiedenbrück – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Nadistr. 20, 8000 München 40 – Redaktionslektorat: Eduard Theiner, Hölderlinweg 10, 7305 Altbach – Redaktionssekretärin: Ursula Bioly, Marktplatz 16, 7300 Esslingen am Neckar.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 390 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 94,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 76,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 26,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Graphischer Großbetrieb, Stuttgart. Printed in Germany.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 35 7670. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie fotomechanische und andere Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Verlages.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz



Hans Herzfeld in memoriam

Als am 20. Juni 1974 im prächtigen spätgotischen Ratssaal zu Weißenburg in Bayern diese Zeitschrift aus der Taufe gehoben wurde, saß in der kleinen Runde der »Taufzeugen« Hans Herzfeld obenan. Wir »Jüngeren« hatten Wochen zuvor lange und oft mit ihm über ein derartiges Projekt gesprochen und in ihm nicht nur einen »Anreger«, sondern auch einen selbstverständlichen Gewährsmann und Patron gefunden. Er hat diese Zeitschrift

seither in allen ihren Jahren mit persönlichem Engagement begleitet und ihr seinen Arm geliebt, wo immer es notwendig oder ratsam war. Die – tief in die Nacht hineinführenden – Weissenburger »Gründungsgespräche« haben sich hernach in mancherlei Varianten und an manchen Orten immer wieder neu wiederholt. Hans Herzfeld blieb uns in allen unseren Bemühungen ein Mentor und ein Helfer zugleich. Die »Alte Stadt« hat in ihm ein prägendes, treulich leitendes Vorbild verloren.

Herzfeld war, würde einer sagen, nicht eigentlich das, was man unter einem »Stadthistoriker« versteht (welchen Part er in unserem Herausgeberkollegium trotz unnachgiebig vorrückenden Alters so wach vertreten hat). Derlei Auskunft mag sich davon herleiten, daß ihn andere Fachgebiete seines Schaffens bekannter gemacht haben. Indessen müßte nur die Lektüre seines Umrisses »Aufgaben der Geschichtswissenschaft im Bereich der Kommunalwissenschaften«, den er dem ersten, programmatischen Band des Archiv für Kommunalwissenschaften im Jahre 1962 mitgegeben hat, eines Besseren belehren. Wir haben den Aufsatz damals wie ein Tor empfunden, das zu neuen Arbeitsfeldern führte und der konventionellen Stadthistorie – die noch damals im wesentlichen mediävistisch gestimmt war – neue, aber legitime Arbeitsgebiete anfügte.

Herzfeld hat, was Stadtgeschichte anlangt, beim richtungsweisenden Arbeitskatalog nicht haltgemacht, wiewohl die wissenschaftsorganisatorische Autorität in diesem Betracht, das hat noch der detailgewohnteste Lokalhistoriker gespürt, bei ihm auf eine stupende kommunalhistorische Erfahrung sich gründete. Daß ihn 1961 der Verein für Kommunalwissenschaften zum ständigen wissenschaftlichen Berater gewann, daß das heutige Deutsche Institut für Urbanistik neben der Historischen Kommission zu Berlin, wie Walter Bussmann jüngst sagte, zu seinem Lebenswerk gehören, daß er von Anfang an zusammen mit Rudolf Hillebrecht dem Archiv für Kommunalwissenschaften als Herausgeber vorstand, ist nur erklärbar aus dieser Vertrautheit eines Gelehrtenlebens mit den Phänomenen »Stadt« und »Kommunalpolitik«.

Natürlich hat Hans Herzfeld auch »Grundlagenarbeit«, auch Kärrnerarbeit auf dem Boden der neueren Stadtgeschichte geleistet. Allein seine Miquel-Biographie, ein monumentales zweibändiges Werk von weit über tausend Seiten (1938/9) stünde dafür. Aber es gibt unter seinen zahlreichen Veröffentlichungen auch so lebenswürdige Lokalstudien wie die über Rixdorf-Neukölln von 1360 bis 1960, über »Das Land Baden« und seine eigene Stadtkultur oder über »Die Tausendjahrfeier der Stadt Halle an der Saale« von 1961. Man hatte »drüben« ein arg zweifelhaftes Jubiläum inszeniert, und der Hallenser Herzfeld nahm das zum Anlaß, den großartigen Abriß einer immerhin bemerkenswerten Stadtgeschichte vorzulegen. Soll an den Essay »Die Stadt in den aufsteigenden Nationalstaaten« erinnert werden, der einem 1970 erschienenen Buch »Die Stadt als Lebensform« das historische Rückgrat gab? Sollen die immer wieder neuen Ansätze genannt werden, mit denen Herzfeld die neuere und neueste Geschichte Berlins einzufangen wußte, einer freilich nun ganz der Originalität seines Schaffens entgegenkommenden Thematik: Stadtgeschichte vor dem Hintergrund von Weltgeschichte?

Herzfeld hat deshalb Stadtgeschichte unter neuen, »modernen« Prämissen verstehen und praktizieren können, weil er die Stadt – auch die Stadt – allemal als einen, freilich wesentlichen Teil einer großflächig verbundenen Welt begriffen hat. Herzfelds Leben hat sich zu einer permanenten, lebendig registrierten Konfrontation mit beidem entwickelt, mit Tradition und Progression, mit den reaktionären Kräften und jenen, die man heute mit der Vokabel »Modernisierung« umschreiben würde. Die Themen seiner wissenschaftlichen Lebensarbeit spannen sich von der Innenpolitik des Bismarckreiches bis zur Widerstandsbewegung im modernen Heer, von Rankes Verhältnis zu Politik und Geschichte seit 1848 bis zu den Problemen des Weltstaatensystems und der Massendemokratie.

In gewissem Sinne ist diese Thematik auch das Erbstück seiner Abkunft. In den Anfangsjahren des Neuen Kurses in Halle an der Saale geboren, in der geistigen Aura eines gebildeten, liberalen akademischen Bürgerhauses aufgewachsen, war Hans Herzfeld noch Zeuge der unmittelbaren Nachwehen des Bismarck-Reiches. Sein 1911 in Freiburg begonnenes Studium, das er dann bis 1914 in seiner Vaterstadt Halle fortsetzte, schloß 1921 mit einer Dissertation über »Die deutsch-französische Kriegsgefahr von 1875« und der Habilitationsschrift von 1923 über »Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkrieg«.

Das sind Themen, die noch ganz der national-deutschen Perspektive verpflichtet scheinen. Aber der Schüler Richard Festers, eines Historikers von ungemein vielseitiger und methodischer Begabung, war als Kriegsfreiwilliger den Materialschlachten des Ersten Weltkrieges entronnen und hatte wenig später auch deutlich die Resonanzen des »kopernikanischen Jahres« 1917 verspürt. Die Bedeutung des Menschen für die Motorik von Geschichte – Lenin, Roosevelt – war ihm ebenso geläufig geworden wie der Abschied von der »alten«, der europazentrierten Geschichte.

Mehr und mehr rückten zwei Leitthemen in den Vordergrund seines Arbeitens, die Rolle der Persönlichkeit – Herzfeld hat seinem »Miquel« sieben Jahre Quellenarbeit gewidmet – und »die moderne Welt«. Die Krönung dieser globalen Bewältigung war die unter dieser Überschrift seit 1950 erschienene Darstellung, ein großartiger, in seinem Kern in wenigen Wochen entstandener Wurf, den wir Studenten damals wie die Lektion von einem anderen Stern herab empfanden und den zahllose Gymnasiallehrer und Schüler – Herzfeld hat dem Geschichtsschulbuch nach 1945 mehrere methodologische Überlegungen gewidmet – gerne benützten. Herzfeld hat »Zeitgeschichte« traktiert, lange bevor dies Wort amtlichen Charakter erhielt. Sein Buch über »Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege« von 1928 deutet diese Bemühungen schon an, und der zweite Teil des zweibändigen Werkes über »Die moderne Welt«, das er, in Sprache und Stil allemal ganz unpräzise, mit »Weltmächte und Weltkriege. Die Geschichte unserer Epoche 1890–1945« überschrieb, besiegelt dieses ungezwungen aktuelle Geschichtsverständnis. Er hatte ein, man darf sagen »klassisches« Gespür für die eigentlichen »Momente« der großen Geschichte, fernab von aller sensibel und unsicher gewordenen, in benachbarte Disziplinen und »Legitimationskrisen« sich flüchtenden Geschichtsauffassung. Wenn wir ihn in den letzten Jahren und Monaten sahen, eigentlich

nur noch in Berlin, einen mühsam mit den Hinfälligkeiten des Körperlichen kämpfenden alten Mann, dem Geist und Güte aber noch wach in den Augen standen, sprach er immer auch von seinem Mühen um eine Weltgeschichte nach 1945. Er hat diesen Plan, der ihn – er wäre am 22. Juni 1982 neunzig geworden – nie in Ruhe ließ, am Nachmittag des 16. Mai 1982 mit in den Tod genommen.

Wenn seine persönliche Haltung etwas im besten Wortsinne »Deutsches« an sich hatte, so lag darin gewiß auch viel Resonanz aus eigen Erlebtem. 1938 muß er, der ehemalige Frontoffizier, der drei französische Kriegsgefangenschaften hinter sich hatte, vom Universitätslebramt weichen, weil sein Großvater Jude war. Das Ministerium entzieht ihm die *Venia legendi* und untersagt ihm die Führung des Professorentitels. Man bringt ihn als wissenschaftlichen Mitarbeiter bei der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres in Potsdam unter. Als er 1943 in einer privaten Unterhaltung nichts anderes als die Katastrophe des Dritten Reiches voraussagt, und ihn einer denunziert, wird er von der Gestapo verhaftet und wegen Wehrkraftzersetzung verurteilt. Die berüchtigsten Gefängnisse des Dritten Reiches folgen, Alexanderplatz, Moabit, Lehrter Bahnhof. Von 1943 bis 1945 lebt Herzfeld als freier Schriftsteller in Freiburg. Dort erhält er 1946 eine ao-Professur, dann holt ihn Friedrich Meinecke nach Berlin. Am 1. Mai 1950 wird er auf das Ordinariat für Neuere Geschichte an der Freien Universität berufen.

Im Aufbau des Friedrich-Meinecke-Instituts und auch der Freien Universität, in seiner schöpferischen Initiative in Fragen der Universitätsreform hat Herzfeld, ein Lehrer ganz eigener Haltung und Prägung, Wesentliches geleistet. Aber es ist bei diesen Verpflichtungen nicht geblieben. Die Schaffung eines Institutes für Berliner Zeitgeschichte, die Wirksamkeit als Vorsitzender der Berliner Historischen Kommission, die aktive Beteiligung an der Entwicklung und Arbeit der Berliner Lehr- und Forschungsinstitute für politische Wissenschaften, die Förderung der Kommunalwissenschaften, die Mitarbeit an den internationalen Vereinbarungen über die Gestaltung und Thematisierung von Schulbüchern, die nie abreißende Vortragsarbeit – das sind nur die wichtigsten »Nebenakzente«, die wir im Blick auf dieses Leben zu setzen hätten.

»Der Historiker kann niemals zugleich praktischer Politiker sein.« Hans Herzfeld hätte das Zeug zu einem ebenso standfesten wie wirkungskräftigen Politiker gehabt. Aber er hat sich allemal an das andere – auch von ihm selbst zitierte – Ranke-Wort gehalten, wonach die Politik »maßgebend und durchgreifend« sei, die Historie »bloß instruktiv«. Mit diesem »Instruieren« hat er es freilich sehr ernst genommen, so ernst, daß er in Fragen geschichtlicher Objektivität bis in seine letzten Schaffensjahre guter Dinge sein konnte. Nicht aus Arglosigkeit, sondern gerade umgekehrt: weil er um die geschichtliche Wahrheit mit seiner ganzen Persönlichkeit rang. Hans Herzfeld hat einem das Schönste gegeben, was einer als Mann und als Wissenschaftler verschenken kann: Vertrauen. Wir alle haben ihm zu danken. Wir werden seine Stimme sehr vermissen.

Herausgeber- und Redaktionskollegium

Eckart Leipprand

Das Verhältnis der Stadtbildpflege zur Stadtplanung

1. Stadtbildpflege als Stadtoberflächenpflege – 2. Stadtbild als Stadtfarbbild – 3. Stadtbildpflege = Altstadtbildpflege – 4. Stadtbildpflege als Stadtplastikpflege – 5. Stadtbildpflege = Stadtbildschaffung – 6. Stadtbild als Abbild der Gesellschaft – 7. Stadtbild als Artefakt – 8. Stadtbildkonzepte – Gesellschaftsbildkonzepte – 9. Stadtbildzukunft – Gesellschaftszukunft – 10. Stadtbild als Abbild der Demokratie – 11. Stadtbildpflege ohne Stadtbildpfleger – 12. Stadtbild als Kunst – 13. Stadtbildpflege als Stadtpolitikpflege

Der Begriff Stadtbildpflege ist ähnlich dem der Denkmalpflege sicherlich nicht unproblematisch. Während »Denkmalpflege« jedoch die Probe der öffentlichen Diskussion schon weitgehend bestanden hat, steht sie für den Begriff Stadtbildpflege möglicherweise noch bevor und könnte ähnliche Kontroversen auslösen, wie einst bei der Denkmalpflegediskussion. Jedenfalls ist die Stadtbildpflege eine junge Disziplin und in ihrer Beziehung zu bestehenden anderen Aufgabengebieten noch nicht festgelegt.

Der Begriff Stadtbildpflege soll im folgenden in den Bezugsrahmen der Stadtplanung gestellt werden; Stadtbildpflege sollte von Stadtplanung nicht getrennt werden, sondern Bestandteil derselben sein. Der Anspruch von Stadtbildpflege wird also einerseits höher angesiedelt als nur auf der Ebene eines stadtkosmetischen Vorgangs, andererseits verursacht der Begriff Stadtbildpflege bei manchen Stadtplanern ein gewisses Unbehagen. Deshalb scheint es sinnvoll, etliche Grundsatzfragen der Stadtbildpflege zu diskutieren, auch wenn manche dieser Fragen schon als erledigt gelten möchten.

1. Stadtbildpflege als Stadtoberflächenpflege

Zweifelloos ist die Betätigung der Stadtbildpflege vornehmlich auf die Oberfläche, zumindest auf das äußere Erscheinungsbild gerichtet. Die Stadtbildpflege sieht darin wahrscheinlich gar nichts Problematisches, dennoch kann man die Frage stellen, ob es so problemlos ist, die Oberfläche städtischer Bauten und Räume von den Bauten und Räumen getrennt zu behandeln, ob die Feststellung schlüssig ist, daß das äußere Bild nicht mehr den heutigen Erwartungen entspricht, und daß es nur deshalb oder eben deshalb diesen Erwartungen entsprechend herzurichten ist, ohne zu fragen – oder gar zu lösen –, weshalb das äußere Bild nicht mehr den Erwartungen entspricht und wie es dazu kommen konnte. Besteht nicht die Gefahr, daß Stadtbildpflege doch zum Stadtdesign, zum Stadtputz, zur

Stadtkosmetik (face-lifting) wird, wenn man nicht ganzheitlich vorgeht, wenn man nicht versucht, den Zusammenhang eines wie auch immer sich heute darstellenden Erscheinungsbildes von Stadt zu verstehen als die konsequente Darstellung heutiger Realität? Wenn dann der Stadtbildpfleger einen Mangel diagnostiziert, müßte er eigentlich erst zusammen mit dem Stadtplaner nach den Ursachen und ebenso nach Abhilfe suchen, bevor er das angeblich verkommene äußere Bild wieder pflegt.

Die Fragestellung ist alt und altbekannt und dennoch wert, vertieft zu werden. Es zeichnet sich an einem solchen Beispiel eine grundsätzliche Haltung gegenüber dem Begriff »Stadt« ab, und zwar die Haltung einer ästhetisierenden Distanz, was gleichbedeutend ist mit dem Verlust der Unmittelbarkeit, der emotionalen Bindung des Menschen an seine Stadt.¹ Da die Stadt nicht mehr für alle Funktionen unseres Lebens taugt, sondern nur noch für einzelne wenige, werden einige wenige Stellen und Vorderseiten fein hergerichtet und das übrige verkommt. Der Normalbürger hat sich ins Grüne abgesetzt, und der Stadtbildpfleger hat die Aufgabe, das, was nach verbleibender Auffassung die Stadt ist, nämlich nur das gelegenheitshalber besuchte und deshalb nur äußerlich erlebte und geliebte Gebilde, hübsch und ansehnlich zu erhalten, auf daß jeder erkläre, da er ja nicht mehr sein Leben in der Stadt verbringt, daß seine Stadt schön sei.

Wenn man die verbliebenen Bewohner der Innenstädte fragen würde, ob es hübsch sei, dort zu wohnen, und ob sie aus freier Entscheidung dort gerne lebten, so würde man weniger Nostalgisches als vielmehr bitter Zynisches zur Antwort erhalten, vor allem von den Kindern. Aber die Ansprüche der wenigen Innenstadtbewohner verlieren an Gewicht ebenso wie deren Zahl. Wer es sich leisten kann, verläßt genau diesen Innenstadtbereich.

¹ »Allmählich wird klar, daß etwas ganz entscheidendes verloren ging: Die emotionale Bindung des Menschen an seine Stadt, die auf allen Gebieten ganz gravierende Konsequenzen zeigt. Mit dem Nachlassen dieser Bindung, z. T. wohl hervorgerufen durch die Mobilität und Verlockung des rollenden Rades, ließ auch die Verantwortung für die Stadt und deren Gestalt nach, nahm die Abwanderung zu, verkümmerte allmählich das Bewußtsein, auch für das kleinste gestalterische Detail.« (Peter Kluska, Integration des Menschen in seine Stadt, Rosenthal-Studio Preis 1981). – Es darf an dieser einleitenden Stelle auf ein paar zusätzliche Titel der – uferlosen – Literatur aufmerksam gemacht werden, die auch dieser Studie wertvollste Dienste geleistet haben: H. Gercke / D. Quast, Straße und Platz. Das Gesicht unserer Stadt. Gestaltung und Funktion. Heidelberg 1975; K. Kramer / K. Neuppert / F. Trostdorf, Städtebaulicher Gestaltungsrahmen, in: Architekturwettbewerbe, H. 80, Dezember 1974; Historische Städte – Städte für morgen, Hrsg. v. d. Deutschen UNESCO-Kommission 1975; G. von le Fort / C. Peters / H. Popp, Menschliche Maßstäbe in Wohngebieten, Bundesvereinigung Deutscher Heimstätten, Bonn 1976; Straße, Wohnung, Hof, Hrsg. v. d. Bundesvereinigung Deutscher Heimstätten, Bonn 1980; K. Gruber, Die Gestalt der deutschen Stadt, München ²1976; Zum Thema Städtebau ohne Städtebauer: Bauwelt Nr. 25, 7/1973; Stadtbildung Stadtlandschaft, Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Raumwesen und Städtebau, Heft Nr. 009, 1977; Die Kunst eine Stadt zu bauen. 2. Die wachsende Häßlichkeit unserer Städte. Freiheiten und Zwänge im Planungsprozeß. Hrsg. v. d. Stadt Göttingen 1975.

Es dürfte sehr wenige geben, die es sich leisten könnten, nach »draußen« zu ziehen, und es dennoch nicht tun. Damit ist natürlich nichts Neues gesagt. Hier soll nur der vordergründige Begriff einer netten ansehnlichen Besuchsstadt gegen den Begriff einer in sich stimmigen bewohnten Stadt gestellt werden, wobei der Stadtbildpfleger möglicherweise als Handlanger eines gesellschaftlichen Selbstbetrugs fungiert.² Man könnte ein weiteres Thema hier anschließen, »Die heutige Rolle der traditionellen Stadt in der heutigen Stadtbenutzung«, wobei man bald feststellen würde, daß in unserer Zeit für die alten Innenstädte traditioneller Art und traditionellen Stadtbildes keine geschlossene Sinngebung mehr besteht. »Für die Altstadt gibt es Auffassungen, die von der Tabula rasa mit neuer monolithischer Bebauung bis zur konservatorischen Bewahrung reichen.«³ Die »Schuld«-Frage stellt sich freilich nicht an den Stadtbildpfleger, der seine Aufgabe nur nach seinem Vermögen löst, sondern an den Auftraggeber, die Gesellschaft. Stadtbildpflege wird womöglich von der Gesellschaft im Sinne von Bemänteln eingesetzt. Die Verführung ist jedenfalls groß, das Mäntelchen sehr wirksam, das zu bemäntelnde Problem vielschichtig und das Mittelchen gegebenenfalls leicht zur Hand.

2. Stadtbild als Stadtfarbbild

Farbe war früher, das ist heutige wissenschaftliche Erkenntnis,⁴ unabdingbarer Bestandteil von Architektur und authentisch nachweisbarer Gestaltungsbeitrag. Farbe hat heute gelegentlich Ersatzfunktion zur Verschönerung auf touristisch/historistisch attraktiv zu machenden Stadtbilderchen, im Sinne des Prospekts und der Postkarte, oder auch zum Heilen besonderer städtebaulicher Wunden, um ein »Nichtbild« durch Farbe zum Bild zu machen (bemerkenswert hierfür etwa die Arbeiten von Garniers).

Ein origineller Beitrag allerdings zu besseren Stadtbildern wird mancherorts mit diesem äußerlichen Mittel der Stadtbildpflege, der Farbe geleistet: Wo aus heutiger Sicht zusammenhängende, aber nicht besonders hochwertige Stadtbildungen (z. B. aus der Gründerzeit) bestehen, wird etwa mit Farbleitkonzepten versucht, einen übergreifenden Zusammenhang mit Farbfolgen, -akzenten, -übergängen und -zusammenklängen zu erzeugen. Wo aus der Geschichte heraus nur ein Straßenfluchtzusammenhang bestand, wird dieser heute mittels Farbkonzeption hochstilisiert zum städtebaulichen Ensemble, zum bewußten Stadtbild.⁵ Bei diesen Aktivitäten der Stadtbildpflege wie auch bei den meisten anderen kann man feststellen, daß sie sich in der Regel als

² »Die Innenstadt ist zum Museum geworden, doch hinter den Gemütlichkeit suggerierenden Fassaden rieselt der Kalk von den Wänden.« (Wolf Schön, Die Jagd nach der verlorenen Zeit, Deutsche Zeitung 3/10/75).

³ Karl Brunne, Formwerte der Altstadt, aus: Mitt. zur Baupflege in Westfalen, Heft 22.

⁴ Vgl. Rainer Reinisch, Die Farbgebung der Altstadt, in: Die Alte Stadt 7 (1980), S. 177 ff.

⁵ Z. B. H. Linde / W. Knepel / H. I. Knapp / G. Schön, Stadtbilduntersuchung Baden-Baden, in: Stadtentwicklung Baden-Baden, Stuttgart / Baden-Baden 1974.

3. Stadtbildpflege = Altstadtbildpflege

darstellt. Damit hat sie teil an dem inzwischen gestärkten gesellschaftlichen Konsens der Denkmalpflege, daß der festgestellte Kulturwert des Objekts die Frage nach dem Sinn oder Nutzwert des Objekts weitgehend erübrigt (damit allerdings die »Konserven« akzeptiert). Wenn sich die Stadtbildpflege also, was sie meist tut, nur an historisch anerkannten Objekten und Ensembles betätigt, so kann sie sich als legitimiert empfinden, auch wenn sie nicht fragt, was hinter dem von ihr gepflegten Stadtbild vor sich geht. Sie handelt dann in gesellschaftlichem Auftrag, wenn sie die formalen Qualitäten des lieben alten Stadtbildes herausputzt. Sie erweckt oder erhält nur einmal vorhanden gewesene Gestaltqualitäten, und wenn es gründerzeitliche sind. Die Stadtbildpflege betätigt sich heute also dort, wo ohnehin vergleichsweise die meiste Gestaltqualität vorhanden ist oder war, und das ist in der Regel die Kernzone, also die Geschäftscity, was ja zumeist mit dem historisch wertvollen Altstadt kern zusammen trifft und wo die Verbesserung der Ästhetik einer Verbesserung eines äußerlichen Imagewertes und einer Steigerung der Kundenzahl zugute kommt.

Was tun nun jedoch diejenigen, die von beiderlei Segen verschont bleiben? Wo weder der Stadtbildpfleger noch der Kundenstrom vorbeikommt? Die nicht-mehr-City-Geschäfte, die nicht-Spitzen-Lage-Begünstigten? Was tun gar diejenigen, die in den vielzitierten gestaltlosen Neubauvierteln leben, die den gebauten, aber nicht gestalteten Raum lebenslänglich ertragen müssen, die zwar in einer künstlichen, aber ganz und gar unkünstlerischen Umwelt wohnen? Stadtbildpflege findet dort nicht statt, wie in allen stadtbildschwachen Bereichen, also in den Wohn-, Arbeits-, Siedlungs-, Geschäftsbereichen, in denen sich das alltägliche Leben der normalen Stadtbewohner abspielt, in den Süd-, Ost-, Nord-, West-Vorstadtvierteln, in den weitgehend gestaltlosen Neubauwohnsiedlungen.

Stadtbildpflege trägt damit zur Verstärkung der Gegensätze zwischen identitäts- und geschäftsstarkem Altstadt kern und der Identitätslosigkeit der städtebaulichen Normalwelt bei. In der Praxis heißt das so: »Man muß sich bei den geringen Möglichkeiten auf die wichtigsten Bereiche der Stadt beschränken. Das hat dann hoffentlich eine Signalwirkung für andere«. Verständlich und einleuchtend. Wie aber, wenn Bewohner vernachlässigterer Stadtteile entsprechend dem Gleichheitsgrundsatz verlangen, daß genausoviel oder gar – wegen des Nachholbedarfs – bei ihnen viel mehr Einsatz zur Stadtbildpflege erfolgt wie im Zentrum? Man könnte durchaus diese »Gute-Stuben-Mentalität« unserer Stadtbildpflege in Frage stellen und die Herrichtung der »ganzen Wohnung« verlangen.

4. Stadtbildpflege als Stadtplastikpflege

Ein Bild ist etwas zweidimensionales, eine Plastik etwas dreidimensionales. Man sollte die Stadt als dreidimensionales Gebilde sehen, was soviel bedeutet, als daß die Bemühung des Stadtbildpflegers der Bemühung eines Stadtraumpflegers entspräche. Damit ist der heutige

Begriff der Stadtbildpflege sogleich zum Zentralbegriff der Stadtgestaltpflege erweitert. Im Grunde ist dies keine Erweiterung, sondern ein zwangsläufiges Selbstverständnis des sogenannten Stadtbildpflegers, der sich nicht nur um alte Fenstersprossen, sondern um Baukörper, Räume, Proportionen und Dimensionen zu kümmern hat. Die größere stadtbildnerische Wirkung liegt jedenfalls sicherlich in der Raumbildung und in den Bauformen, liegt im Lageplan und in den Grundproportionen. Sie bilden die Komposition eines Stadtbildes. »Deshalb ist die Frage nach der Art und Eigenheit der Raumstruktur ein wichtiger Aspekt des stadtgestalterischen Konzepts.«⁶ Wenn der Stadtbildpfleger so begriffen werden darf, kann man in ihm eine Art Hilfsbegriff heranwachsen sehen für den in bezug auf Gestaltung abgemagerten Begriff des Städtebauers, der heute eher einem Stadtfunktionstechniker nach Baunutzungsverordnung und Bundesbaugesetz oder einem Organisator im Apparat der Bürokratie, oder einem Konsensmanager im Prozeß der Partizipation entspricht.

Der Stadtbildpfleger würde so aus einer nur restaurativen Tätigkeit zu einer konstruktiven, zum Partner des Städtebauers bzw. zum Städtebauer selbst geführt, und würde nicht nur Qualität in geschichtlichen Bildungen nachvollziehen, sondern die Bildungen unserer Zeit mitbetreuen und sie mit seinem Postulat der Stadtbildqualität, besser Stadtgestaltqualität überziehen. Damit ist ein weiteres Stichwort angesprochen:

5. Stadtbildpflege = Stadtbildschaffung

Schon das Bundesbaugesetz verlangt lediglich die Berücksichtigung von erhaltenswerten Bauten, Straßen, Plätzen und Ortsteilen von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung sowie die Berücksichtigung der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes (§ 1 Abs. 6), nicht aber ausdrücklich die Schaffung solcher Werte bei den Planungen der Gegenwart. Man könnte die Väter des Gesetzes fragen, warum sie nicht daran glaubten oder dachten, daß auch die Gegenwart zur Hervorbringung künstlerischer oder städtebaulicher Leistungen fähig sei. Wahrscheinlich würden sie sagen, daß dies ja wohl für Schaffende selbstverständlich sei und außerdem ohne Gefahr für Stildirigismus und staatliche Kunstauffassung nicht verordnet werden könne.

Dennoch könnte im BBauG ruhig stehen, daß nicht nur die Berücksichtigung, sondern auch die Schaffung künstlerisch und städtebaulich bedeutsamer Bauten, Räume, Plätze und Ortsteile anzustreben sei. Allein der Hinweis auf ein solches Ziel würde dazu beitragen, daß die städtebaulichen Lösungen von heute auch oder stärker am Maßstab der Stadtgestaltqualität zu messen wären. »Bei der Betrachtung der gegenwärtigen Planungspraxis fällt auf, daß gerade bei der Aufstellung von Bebauungsplänen die Aspekte der Stadtgestaltung überhaupt nicht oder nur unvollkommen berücksichtigt werden.«⁷

⁶ M. Trieb / A. Markelin, Stadtbild in der Planungspraxis, Stuttgart 1976.

⁷ M. Trieb / A. Markelin (s. A 6).

So jedenfalls den Begriff Städtebau/Stadtgestaltung vom BBauG und von der Stadtbildpflege her wieder aufzurichten erscheint konstruktiver als zu sagen, beim heutigen Stadtbildpfleger hätten sich die Reste jener gestalterischen Tätigkeiten und Fähigkeiten wieder eingefunden, die aus dem Berufsbild des Städtebauers vertrieben und aus den Zielforderungen des BBauG weggelassen wurden. Die Frage allerdings nach Leitbildern, nach Gestaltungsbezügen und Sinnggebung für heutige Stadtbildungen ebenso wie nach dem Verständnis des gar so abzulehnenden jüngsten Städtebaus beschäftigt Vertreter bald aller Disziplinen und beleuchtet eine aufgescheuchte Szene. »Das Verlangen nach Leitbildern hat nach der Häufung kulturkritischer Aufregungen sich gesteigert. Man will – nachdem man fast wollüstig die belastende Kritik aufgesogen hat – nun wissen, was sein soll, wenigstens was denn sein kann.«⁸

Diagnosen wie »die Unwirtlichkeit unserer Städte«⁹ oder »Verödung der Innenstädte«¹⁰ und Rezepte wie »Rettet unsere Städte jetzt« oder »Oberstes Ziel ist die Erhaltung des Wohnens in der Innenstadt«, aufwendige Lehren wie »Stadtplanung: einfach, Konzepte: gewöhnlich«¹¹ oder »Stadtgestaltung, Theorie und Praxis«¹² und »Stadtgestalt und Stadterneuerung«¹³ – um nur einige herauszugreifen – stehen zahlreich zur Verfügung, auch Überlegungen über die Hintergründe, über Wohlstand und Mobilität, Zentralisation und Konzentration als Ursachen der heutigen Stadtentwicklung, in deren Gefolge erst Unwirtlichkeit und Stadtflucht, Monofunktionalität und letztlich Stadtbildverarmung entstanden sind.¹⁴ Selbst Details wie die steuerliche Absetzbarkeit der Fahrkilometer vom Wohnort zum Arbeitsplatz werden in die Überlegungen einbezogen.

An Selbsterkenntnis mangelt es also eigentlich nicht. Woran liegt es aber, daß Abhilfe so schwer zu gelingen scheint? Die Auflösung des Dilemmas geht ins Gesellschaftskritische. Städtebau und Stadtbild sind offensichtlich nicht aus ihrer Abhängigkeit vom Gesellschaftszustand zu lösen. Die Frage kann wohl nicht offenbleiben, ob für Stadtgestalt nur gestalttheoretische und formal ästhetische Grundsätze gelten sollen, etwa wie in freien bildenden Künsten, oder ob nicht Stadtgestalt nur dann qualitativ sein kann, wenn sie Abbild der Gesellschaft ist in einer formal gültigen Form. Die Frage kann höchstens lauten, ob unsere gegenwärtige Gesellschaft sich städtebaulich abbilden läßt und wie das gebaute Bild derselben aussehen müsse.¹⁵ Diese interessante und viel umstrittene Frage ist für jenen Stadtgestalter brennend, der mit dem Schaffen des Gegenwärtigen beschäftigt ist, sollte aber auch denjenigen interessieren, der das Vergangene putzt, wenngleich es hochgegriffen

⁸ K. Brunne (s. A 3).

⁹ A. Mitscherlich, Frankfurt 1965.

¹⁰ J. Petsch, in: Baumeister 3/78.

¹¹ N. Dischkoff / M. Wilkens, in: Baumeister 7 + 8/1978.

¹² M. Trieb, Düsseldorf 1974.

¹³ K.J. Krause, Bonn 1974.

¹⁴ P. Breitling, Die sieben Todsünden des Städtebaus, in: Baumeister 11/1977.

¹⁵ P. Breitling (s. A 14).

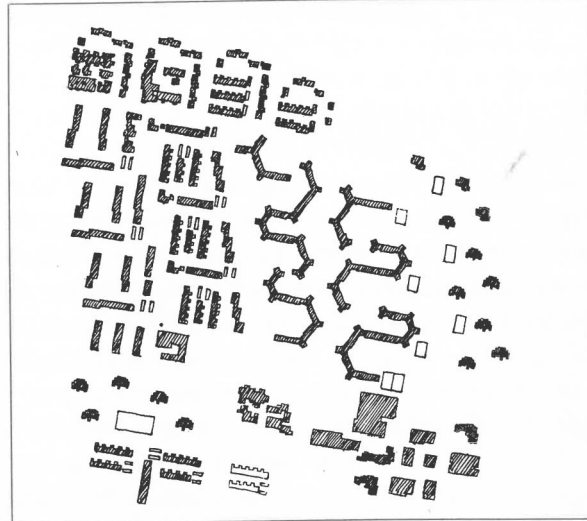
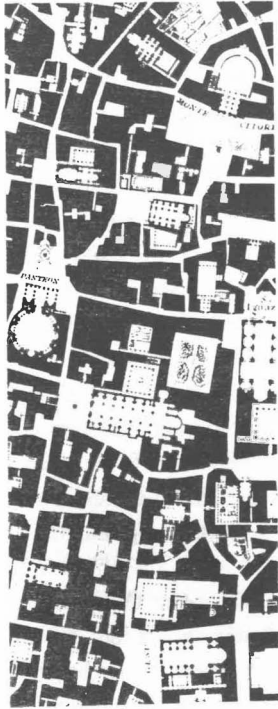
klings, vom Stadtgestalter/Stadtbildpfleger das gebaute Abbild der Gesellschaft zu erwarten.

6. Stadtbild als Abbild der Gesellschaft

Bei einem Bild stehen die dargestellten Dinge in Beziehung zueinander, bei der Musik stehen die gewählten Töne und Klänge in Beziehung zueinander, bei der Literatur stehen die Träger des Stoffes untereinander in Beziehung, beim Stadtbild stehen die Bauten und Räume in Beziehung zueinander. So trivial das klingt, das in-Beziehung-zueinander-Setzen des gestalteten Mediums ist die Grundvoraussetzung für jede Gestaltbildung. Das muß in bezug auf den modernen Städtebau heute ausdrücklich festgestellt werden, weil es nicht selbstverständlich ist, Bauten und Räume in Beziehung zueinander zu stellen. Bauten und Räume wurden vielmehr in der jüngsten viel zitierten und viel kritisierten Städtebauzeit absichtlich oder unbewußt ohne Beziehung zueinander angeordnet, so daß von daher schon ein Stadtbild nicht entstehen konnte. Wo jedoch dieses in Beziehung stehen von Bauten und Räumen aus der Geschichte erhalten ist, wird es um so stärker empfunden und geschätzt.

Der Begriff »Ensemble« steht für dieses In-Beziehung-Stehen mehrerer Objekte. Die Bedeutung, die dieser Begriff in kurzer Zeit erlangen konnte, deutet darauf hin, daß im Ensemble, in der beziehungsvollen Anordnung von Objekten, heute einer der wichtigsten Aspekte für städtebauliche Gestaltbildung gesehen wird. Aber warum stehen heutige Städtebaubildungen als beziehungslose Objektansammlungen da, wieso gruppieren heutige Städtebauer Objekte nicht zu Ensembles? Wenn Städtebau das Abbild der Gesellschaft ist, dann vielleicht deshalb, weil wir in unserer Gesellschaft keine »Ensembles«, keine Gruppierungen räumlich greifbarer Art mehr aufzuweisen haben, die städtebaulich abbildbar wären. Wo es früher die gesellschaftlichen »Ensembles« von Zünften, Gilden, Bruderschaften, Ständen, Räten, Kurien usw. gab, da konnte es auch städtebauliche Gruppierungen entsprechender Art geben, das Gerber-Viertel, die Webergasse, die Herrengasse, den Markt mit den Kaufmannshäusern, den Kurienbereich, das Tagelöhner Viertel und so fort.

Die heutigen gesellschaftlichen »Ensembles« aber haben sich neu und sehr andersartig und – vor allem – ohne räumliche Dimension eingestellt,¹⁵ weshalb sie sich auch – konsequenterweise – städtebaulich nicht mehr in räumlichen Ensembles darstellen lassen. Heutige gesellschaftliche Ensembles sind – allenfalls – die Versicherten der BFA, die Sparer des BHW, die Einkaufsgemeinde im Kaufhaus, die Busreisenden einer »Gesellschaft«, die Mitglieder von Clubs und so weiter. Sie alle sind »abstrakt« organisiert, nicht auf Ruf-, Sicht-, Hilfsweite, sondern karteimäßig, telefonisch, datentechnisch. Das Stadtbild, man müßte sagen das Siedlungsbild, zeigt in direkter Umsetzung das baulich räumliche Ergebnis. Die »Hamburg-Mannheimer« hat nichts mit Hamburg und nichts mit Mannheim und nichts mit deren Einwohnern zu tun, sondern sie steht nur irgendwo dort als Zentrale, ihre irgendwo anders lokalisierten Mitglieder werden anonym betreut, die



2 Weitgehend stadtbild»frei«: Siedlungsplanung der Gegenwart, Beispiel Mannheim Vogelstang.

◆ 1 Stadtbildträchtig – Ausschnitt aus dem »Nolli«-Plan, 1748, von Rom, aus: Ulrich Conrads »Umwelt Stadt«, Hamburg 1974.

»Gesellschaft« ist »surreal«, und das abstrakte Ensemble oder die gebaute Chiffre dieser Gesellschaft ist als surrealistisches Symbol dieser Gruppe eine Verwaltungsmaschine an einem einzigen, aber beliebigen Standort.

Räumlich etwas konkreter ist die Gruppe der Einkaufenden im Kaufhaus oder der Sparer bei der örtlichen Bank (Filiale), die bauliche Darstellung deshalb auch räumlich etwas deutlicher in der »Mitte der jeweiligen Gruppe«, also in der jeweiligen Ortsmitte. Diese Mitte ist aber auch nur eine abstrakte geometrische, keine räumlich städtebauliche Mitte. Wo früher »die mittelalterliche Tradition der körperschaftlichen Verantwortung«¹⁶ zu entsprechenden baukörperlichen Raumbildungen führte, bestehen heute »abstrakte Körperschaften«, die dem Stadtplaner keinen Anhalt für eine baulich-räumliche Visionalisierung geben. Was ihm zu gestalten bleibt, wenn er konkreten Städtebau zu machen hat, ist die um ihre räumlichen Beziehungen entleerte Summe der Wohnenden. Sie kann konsequenterweise nicht anders als beziehungslos agglomeriert werden; oder positiv ausgedrückt, für den Planer etwa von Wohnungen besteht lediglich die Aufgabe, möglichst

¹⁶ L. Mumford, Die Stadt, Köln/Berlin 1963.

alle Bewohner möglichst unterschiedslos an heutigen Lebensqualitäten teilhaben zu lassen, wie Licht, Luft, Sonne, Ruhe oder Eigentum, preisgünstiges Wohnen, technischer Komfort usw. (Abb. 1 und 2).

Die Klagen über die gebauten Ergebnisse dieser »Konurbation«,¹⁷ »Bauen als Umweltzerstörung«¹⁸ oder wie immer die Begriffe lauten, sind zwar deutlich und einhellig. Die Ungestalt der gebauten Umwelt wird sogar als gesundheits-, zumindest wohlbefindensgefährdend, ja sogar als geschäftsschädigend deklariert.¹⁹ Dennoch haben, wie man's auch wenden mag, nun einmal irgendwelche – hier nicht näher zu untersuchende und vielleicht sehr zu verwerfende – geschichtliche Kräfte diese skizzierte derzeitige gesellschaftliche Daseinsform herbeigeführt und das entsprechende (zu verwerfende) Abbild im Städtebau hervorgerufen, wobei das Kritisieren und Verwerfen gar nichts nützt, da diese Kräfte durch unser aller Verhalten gebildet werden.

7. Stadtbild als Artefakt

Vielleicht ist aber auch die Nachfrage nach dem besseren städtebaulichen Bild zu verwerfen, die Suche nach dem verlorenen Paradies, diese Nachfrage aufgrund eines traditionellen Ästhetikbegriffs europäischer Prägung, und vielleicht ist die neuere Version der »wertfreien« Informationsästhetik an deren Stelle zu setzen,²⁰ ein Ästhetikbegriff, der lediglich die Anwesenheit und Wahrnehmung von Informationselementen der dreidimensionalen Umwelt registriert und die gelingende oder nicht gelingende Orientierung dem einzelnen »Verbraucher« überläßt. Die Wert- oder Qualitätsfrage wird dabei eigentlich nicht gestellt, es wird lediglich festgestellt, daß gewisse gebaute Umweltfakten als Informationsgehalte das Zurechtfinden erleichtern können und im Extremfall durch ihre Stimmigkeit ein Gefühl des Sicherseins, Beheimatetseins, Wohlbefindens und damit letztlich des »Schönfindens« auslösen können.²¹

Dieser Ansatz der Stadtbildbetrachtung und des Ästhetikbegriffs entstand in den Vereinigten Staaten²² offensichtlich aus dem Anliegen heraus, mit der anonymen (bedrohlichen) Großstadt zurecht zu kommen. Eine Art Überlebensbemühung, die fragt, wie das Zurechtkommen, das psychische Durchhalten in wenig strukturierten, wenig stabilen, wenig geschichtlich identischen Riesenstädten ermöglicht werden könne. Eine Frage also, die weit vor der Gestaltungs-/Stadtbildfrage unserer Stadtbilddiskussion liegt. Für die überschaubaren und andersartigen Verhältnisse in Europa scheint es nicht begründet, den

¹⁷ L. Mumford (s. A 16).

¹⁸ R. Keller, Zürich 1973.

¹⁹ M. Trieb (s. A 12).

²⁰ M. Kiemle, Ästhetische Probleme der Architektur unter dem Aspekt der Informationsästhetik, 1967.

²¹ Diese Interpretation gibt auch P. Brunne (s. A 3).

²² K. Lynch, Das Bild der Stadt, Berlin 1965.

traditionellen Begriff der »Wertästhetik« auf diesen neuen Begriff der Informationsästhetik herunter zu nehmen und damit die traditionelle Bewertung eines Bildes, auch eines Stadtbildes, zu ersetzen. Denn damit wäre jedes kreative Gebilde aus der Kritik entlassen und es könnte – nach einem Berufswitz der Musiker – das Stimmen der Instrumente vor der Ouvertüre als beste Passage der Oper bezeichnet werden.

Eine Ausrichtung der Stadtgestaltung auf diese Art scheint jedenfalls auch in den USA nicht mehr zu befriedigen. Angesichts eines immerhin noch reichen Fundus an traditionell ästhetisch wertvollen Stadtbildern und städtebaulichen Bildungen in Europa sehen im Gegenteil die Stadtplaner aus den USA ein Defizit an derartigen städtebaulichen Gestaltungen mit Stadtbildqualität in Amerika, – und sehen sich die Europäer einig in der Einschätzung ihres eigenen städtebaulichen Erbes als einer kulturellen Höchstleistung. »In den Vereinigten Staaten läßt sich ein Wachsen der Erkenntnis feststellen, daß ein gesundes städtisches Leben sich aus einer Vielzahl qualitativer Aspekte zusammensetzt, von denen die städtebauliche Gestaltung eine ist.«²³

8. Stadtbildkonzepte – Gesellschaftsbildkonzepte

So gibt es auch bereits viele Versuche, Wege aufzuzeigen, wie wieder zu Städtebaubildern der gesuchten Qualität zu kommen sei, auch im »Grüne-Wiese«-Falle. Dementsprechend werden auch konsequenterweise die dazu notwendigen Gesellschaftsmodelle als Voraussetzung für städtebauliche Modelle erkannt und gesucht. Dabei gewinnen Forderungen nach kleineren Einheiten in Politik, Verwaltung, Schule und Wirtschaft, nach Überschaubarkeit, Quartiersbezogenheit und ähnliches regelmäßig ein besonderes Gewicht. »Die Forderung muß heißen: Rückgewinnung überschaubarer, partizipationsoffener Lebensverhältnisse durch Förderung dezentraler Entwicklungen – und Einrichtungen – auf Quartiersebene.«²⁴

»Der Weg zur Lebensqualität kann nicht durch politische Auswahl gefunden werden, sondern durch die Rückkehr zu den kleinen Organisationen, zu den einzelnen Menschen, die Forderungen an sich selbst stellen und einander unterstützen... Diese Reaktion... betont die Ideen der Selbstverwirklichung und eine organische Betrachtungsweise der Gesellschaft; menschlich sein heißt danach schöpferisch sein – wenn man auch keine Kunst erschafft, so doch zumindest seine eigenen Lebensbedingungen.«²⁵ Mit solchen Begriffen ist deutlich wieder das »In-Beziehung-zueinander-bringen« angesprochen mit der folgerichtigen Erwartung, daß daraus die vielgesuchten besseren Stadtbildungen entstehen müßten.

²³ N.J. Johnston, in: Mitt. der Heimstätten und Landesentwicklungsgesellschaften, 2/1977.

²⁴ L. King, in: Baumeister 11/1977.

²⁵ J. B. Board, Die Lebensqualitätsdebatte in Schweden, aus: Aktuelle Informationen aus Schweden, Nr. 242, Februar 1980.

Allerdings ist die Lebensform unserer gegenwärtigen Gesellschaft nicht wählbar, auch nicht vom Stadtplaner oder Stadtbildgestalter. Der Tante-Emma-Laden und die Kneipe um die Ecke oder die Kleinversorgungs- oder -erzeugungsgemeinschaft kann man derzeit nur im Alternativlebensstil erhalten. Die Postulate nach der anderen Gesellschaft, die den schöneren Städtebau erzeugen würde, können sich aber nur an die derzeitige Gesamtgesellschaft richten. Die verbal geführten städtebaulichen Postulate stimmen also nicht mit dem tatsächlichen (gesellschaftlichen wie städtebaulichen) Verhalten überein. Diejenigen, die von Stadterhalt und Stadterneuerung reden, haben sich längst in einen bequemen Neubau abgesetzt, diejenigen, die das Wohnen in der Innenstadt stärken wollen, sind vielleicht einmal dort aufgewachsen, empfehlen aber ihren Freunden die »besseren« Wohnbedingungen im Neubaugebiet, und diejenigen, die vom Stadtbild reden, wollen es nur bei Schönwetter und möglichst mit Festchen garniert genießen.

Es streiten also Eigennutz gegen Verantwortungsbewußtsein in jedem einzelnen, mit dem üblichen Effekt, daß man auf den Eigennutz nicht verzichtet und erwartet, es möchte genügend andere geben, die dann die eigenen nur verbalen Postulate mit Leben ausfüllen mögen. Zur Schlichtung (Bemäntelung) wird dann die Stadtbildpflege eingesetzt, wie man ein Auto, welches man los werden will, möglichst schön putzt. Aber auch das ist nicht ohne Konsequenz; es ist sicherlich besser, das Auto zu pflegen, als es verkommen zu lassen. Und so unredlich ist unsere Zeit auch wieder nicht, daß sie ihr Objekt, dessen Mängel sie kennt, einem Ahnungslosen anzudrehen versucht. Die Anstrengungen, die theoretischen wie praktischen Rezepte, stadtbildträchtige, aber lebensqualitätsschwache Innenstädte »generalzuüberholen«, sind zeitlich äußerst mühsam, da sie immer mit Rechten Einzelner kollidieren, und nicht mit den Appellen an das Verantwortungsbewußtsein zu lösen sind, sondern nur mit viel Geld. Allein um den dringend nötigen grünen Freiraum in den Innenstädten zu schaffen, brauchte es einst einer eigenen Ideologie wie die »Park Movement«-Bewegung in der Mitte des 19. Jahrhunderts in USA, um gesamtgesellschaftlich die (finanziellen) Kräfte etwa für einen Central Park in New York zu mobilisieren. Planungsempfehlung allein, ja selbst ein Fachgutachten bewirken so etwas noch lange nicht.

Das Beispiel veranschaulicht nur den gesamtgesellschaftlichen Nachdruck, den es braucht, um »teure« Ziele zu erreichen. Chancen haben also nur Ziele, die den Menschen in der Tat auch teuer, nämlich lebenswichtig sind. Heutigentags ist uns aber das Stadtbild offensichtlich nicht lebenswichtig, sondern vielleicht feuilletonistisch, ästhetisch, literarisch, kulturvermittelnd. Damit hat das Stadtbild schon seinen Rahmen, und die Stadtbildpflege sorgt nur für das Glas, und die Stadtwerbung für das Passepartout. Das Bild hängt an der Wand, es ist nicht Realität, sondern Bild einer Realität von gestern, gefällt aber. Die heutige Realität ist anders, gefällt anscheinend nicht – jedenfalls im städtebaulichen Bild –, und die Verbindung von heutigem Leben mit gestrigem Stadtbild ist ein schwieriges Unterfangen, denn das Bild soll so bleiben, so müßte also das Leben dem Bild angepaßt werden.

Es steht augenblicklich um das moderne Stadtbild ähnlich wie um die anderen bildenden

Künste unserer Zeit: das Alte Anerkannte wird gelobt und zu überhöhten Preisen gehandelt und konsumiert, Neues Heutiges von Bedeutung scheint nicht in Sicht. Wir leben insoweit ästhetisch von den Leistungen der Vorfahren, wie wir wirtschaftlich auf Pump von den Leistungen der Enkel leben. Eine recht eigennützige, wenig zukunfts-trächtige Gesellschaftshaltung. Man sollte versuchen, die Leistungen der Väter als Vergleichsmaßstab einmal zu quantifizieren: welchen Anteil an Lebensarbeit haben sie eingesetzt für Gestaltbildungen, von denen wir heute zehren? Oder: Ein lfdm. Steinbalustrade, 1,10 hoch in Naturstein kostet heute (unter Einsatz technischer Werkzeuge) ca. 4000,- DM. Oder: welche Gestaltungsleistungen würden wir erbringen können, wenn jeder einen solchen Arbeits-, Geld-, Zeitanteil für Kulturleistungen einsetzen würde wie die (vergleichsweise wenigen) Bürger damals?

9. Stadtbildzukunft – Gesellschaftszukunft

Wird es angesichts des offenen Dilemmas natürliche Abhilfekräfte geben, eine Art Selbstregulierung als Spannungsabbaumechanismus? Bisher klaffen zwei Positionen auseinander, auf der einen Seite das gewünschte und an alten Städten geschätzte Stadtbild der miteinander in (gestalterisch qualitätsvoller) Beziehung stehenden Räume und Bauten, auf der anderen Seite die Unmöglichkeit, eine anonyme, nicht räumlich in Beziehung stehende heutige Gesellschaft durch räumliche Beziehungskompositionen ihrer Bauten städtebaulich zu manifestieren.

Es ist anzunehmen, daß eine Art gegenseitiger Annäherung eintreten wird, so daß auf der Seite der heutigen Gesellschaft in einem gewissen Umfang die Beziehungslosigkeit freiwillig aufgegeben und auf der Seite des praktizierenden Städtebaus mit Angeboten der in Beziehung zueinander gebrachten Bauten und Räume die Nachfrage nach gestaltvollen Stadtbildern angeregt wird. Als Indizien für diese Entwicklung gibt es das Votum vieler Fachleute, die die Stadtgestaltung als zwingende Disziplin fordern, ja, die die Versöhnung von Mensch und Stadt propagieren. »Nichts anderes ist im wesentlichen die Aufgabe der künftigen Stadt. Ihr Auftrag besteht darin, des Menschen höchste Anliegen zum Mittelpunkt all seines Tuns zu machen: Alle verstreuten Bruchstücke der menschlichen Persönlichkeit zu sammeln, künstlich zerlegte Menschen – Bürokraten, Spezialisten, »Experten« und entpersönlichte Untergebene – in vollständige menschliche Wesen zu verwandeln und den Schaden wieder gut zu machen, den berufliche Trennung, gesellschaftliche Absonderung, Überzüchtung einer bevorzugten Funktion, Standesegoismus und Nationalismus und das Fehlen organischer Partnerschaft und idealer Zielsetzungen angerichtet haben.«²⁶

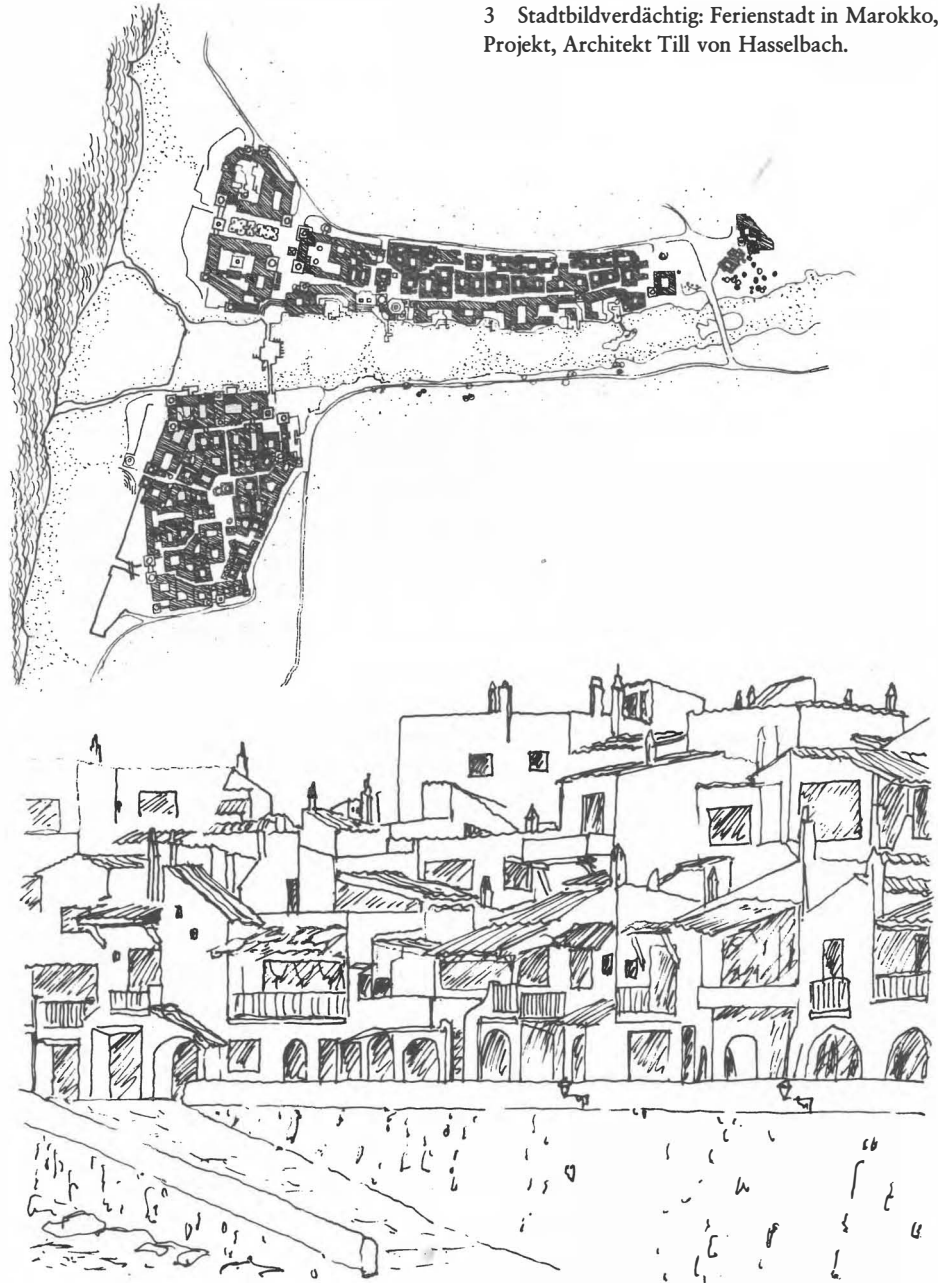
Und es gibt das Votum der Bevölkerung, die nicht aus informationsästhetischem Interesse Neumünster oder Recklinghausen, sondern aus wertästhetischem Empfinden nach wie vor Bamberg und Colmar, Salzburg und Florenz aufsucht, um dort ein – vielleicht tatsächlich existentielles – Bedürfnis zu stillen. Indizien für die Annäherung in der Praxis findet man inzwischen auch auf beiden Seiten. Gesellschaftliche Beziehungsfor-

men mit Raumbezug entstehen allerorten. Der Stadtplaner von heute braucht nicht mehr auf die Kommunikation vor der gemeinsamen Mülltonne zu setzen, wie er in den sechziger Jahren vielleicht die Talsohle gesellschaftlicher Beziehungslosigkeit verzweifelt durchschwommen hat, es gibt heute spontan entstandene Straßenfeste, Bewohnergemeinschaften, Initiativgruppen, Nachbarschaftshilfegruppen, Bürgerinitiativen und ähnliches von bisweilen schon erheblicher Bestandskraft. Gesellschaftlicher Hintergrund dieser Entwicklung scheint die allgemeine Einstellung und Haltung zu sein, daß menschlich erlebbare räumliche Beziehungen doch existenznotwendig sind, nachdem ein junges technisches Zeitalter, oder welche Gründe auch immer, scheinbar darauf verzichten ließen.

Und auf der Seite der städtebaulichen Planung gibt es zunehmend Beispiele bewußt in Beziehung gesetzter Baukörper und Räume, aber auch ganzer Stadtquartiere (z. B. Altstadtsanierung Karlsruhe, Berlin Kreuzberg, und viele andere mehr) und dazwischen eine große Zahl von städtebaulichen Einzellösungen, vor allem im Bereich von innerstädtischer Erneuerungsplanung. Ob dabei das In-Beziehung-Setzen auch gleich zu einem qualitätsvollen Stadtbild geführt hat, sollen Nachfolgende feststellen. Hier interessiert lediglich, daß die Möglichkeit für die Entstehung von Stadtbild wieder gegeben wird. Vom Stadtbild her ehrgeizige, also mit ausdrücklichem Qualitätsanspruch ausgestattete Realisierungen sind derzeit wohl am ehesten dort zu finden, wo in unserer gegenwärtigen Gesellschaft gemeinschaftlich ausgerichtete und räumlich bezogene Gruppenbildungen bestehen, also z. B. in Feriensiedlungen. Hier gibt es einige raumbildreiche Realisierungen, die die entsprechende miteinander in einer gemeinsamen Beziehung stehende (Freizeit-)Gesellschaft abbilden. Bekannt sind das umstrittene Beispiel Port Grimaud, die Bebauung an der Costa Smeralda am Wasser oder Skidörfer wie Val Claret am Lac De Tinges. Ein besonders stadtbildträchtiges Beispiel ist ein Projekt der Maghreb Consulting für Marokko (Architekt Till von Hasselbach, Abb. 3 und 4).

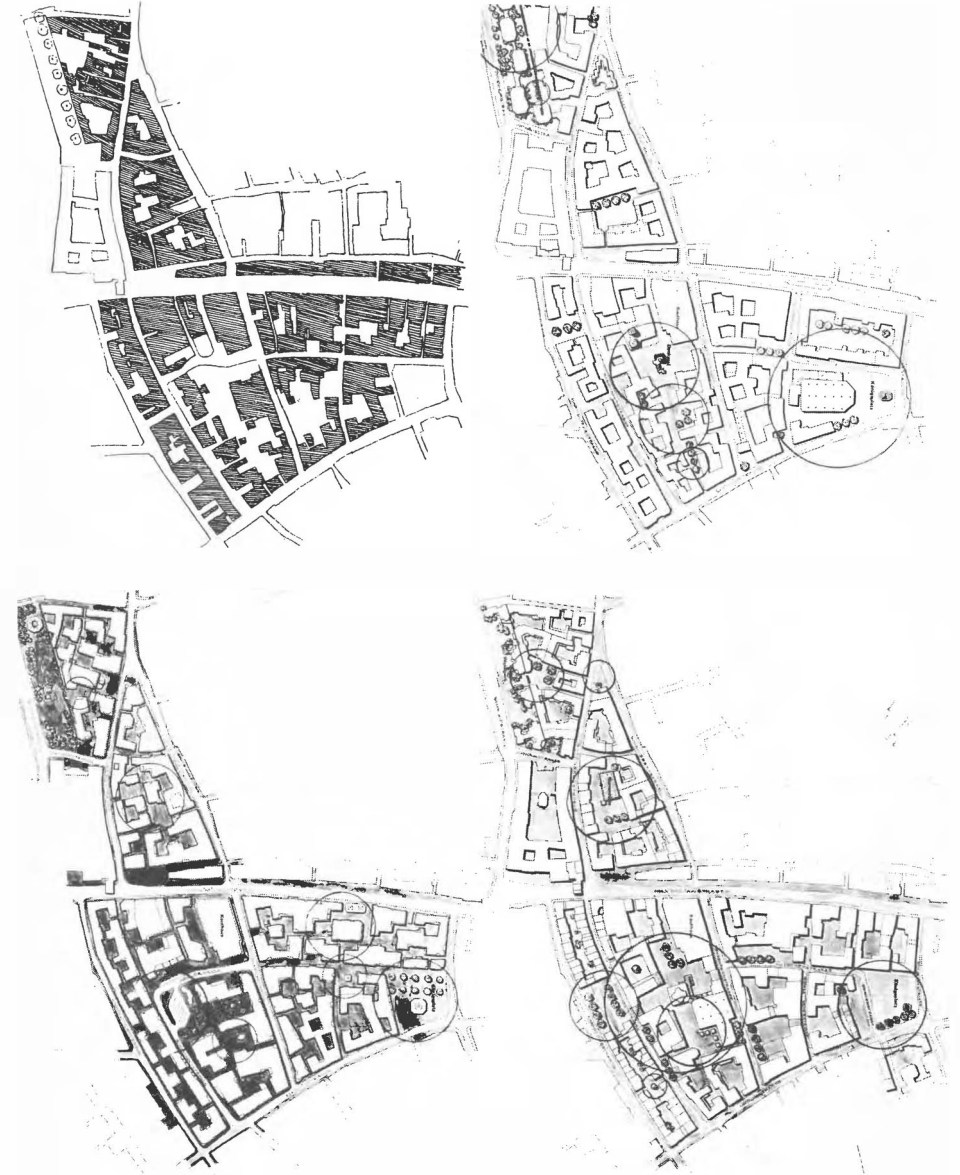
Von daher könnte man mit gewisser Berechtigung prognostizieren, daß im gesellschaftlichen Raum künftig mehr Beziehungen räumlicher Art entstehen und in entsprechende Bildungen umsetzbar sein werden, daß von Planungsseite her städtebauliche Bildungen mit einem höheren Grad an Beziehungen angeboten und ihrerseits eine Verstärkung der Beziehungsbildung räumlicher Art in der Gesellschaft anregen werden. Der Ausgleich zwischen solidaire und solitaire wird vielleicht nicht mehr so einseitig auf der Seite des solitaire liegen. Es könnte Menschen geben, die auf ein paar Punkte Besonnung oder Aussicht oder Garten oder Ruhe usw. verzichten werden zugunsten von ein paar mehr Punkten Einbindung, Kontakt, Dazugehörigkeit zur menschlichen Gruppe. Und das wird nicht nur auf diejenigen zutreffen, die sich ihre (Wohn-)Situation selbst wählen können (Eigenheimkandidaten), sondern auch auf diejenigen (Mieter), die diese Wahl stellvertretend vornehmen lassen müssen durch »Gesellschaften« (Abb. 5–8).

²⁶ L. Mumford (s. A 16).



3 Stadtbildverdächtig: Ferienstadt in Marokko, Projekt, Architekt Till von Hasselbach.

4 Stadtbild mit ausdrücklichem Stadtbildanspruch aus der Tourismusstadtplanung, Beispiel aus Ibiza.



5–8 Unabhängig von Erschließungssystemen, Nutzungsstrukturen und Parzellengrenzen sollte die Diskussion um das anzustrebende Stadt- und Raumbild bereits im Stadtgrundriß, der Baukörperstellung und den Raumbildungen geführt werden. Heutiger Zustand und 3 alternative Diskussionsentwürfe des Verfassers für die Sanierungsgebiete der Speyerer Altstadt, 1976. Die Frage nach dem Stadtbild »aus der Retorte« wird dabei genauso akzeptiert wie die nach der planbaren Funktionalität, Durchführbarkeit, Finanzierbarkeit usw.

10. Stadtbild als Abbild der Demokratie

Stadtbild also als Bild der Gesellschaft wirft heute insbesondere die Frage nach dem gebauten Bild von Demokratie auf. In dieser anspruchsvollen Formulierung häufig zur Diskussion gestellt und meist mit einem resignierten Fragezeichen stehen gelassen, bleibt diese Frage ein Problem; Fachleute bezweifeln, ob Demokratie in gebauter Form überhaupt darstellbar ist. Der praktizierende Städtebauer Hanns Adrian sagt: »Die Gestalt und die Funktion historischer Städte sind so sehr mit machtausübenden Personen oder Institutionen verbunden, daß man zu Recht die Frage stellen kann, ob demokratisch kontrollierte Macht überhaupt in der Lage sein kann, geformte Städte zu bilden...«.²⁷ Und der Städtebaukritiker Julius Posener sagt: »Wenn Stadtbilder bewußt geplant werden, so diene das entweder der Darstellung der Herrschaft... oder ihrer Verschleierung«.

Walter Jens fragt für die Architekten und mit den Planenden »So richtig es ist, daß Architektur – der Städtebau zuallerletzt – nichts zeigen kann, was die Gesellschaft im hic et nunc den Menschen verweigert, so unabdingbar scheint mir auf der anderen Seite der Entwurf von Plänen zu sein, die antizipierend verdeutlichen, wie eine republikanische Baukunst aussehen müsse« ... »Wie läßt sie sich bauen, diese Demokratie, das ist die Frage...«?²⁸ Demokratie als Bauherr – mit und ohne Fragezeichen –, wie soll das gebaute Bild der Demokratie also aussehen, wie ist zu planen, um demokratisch geplant zu haben: diese Frage steht heute offensichtlich unbeantwortet im Raum. Die Unsicherheit der Beantwortung wird aus der Internationalität heutiger Baubildungen über alle Systeme hinweg mit dem Bemerkten genährt, westlicher demokratischer Städtebau sehe kaum anders aus als östlicher totalitärer, und das dürfe ja nach der Theorie nicht so sein. Oder beruhen die Zweifel an der Symbolfähigkeit heutiger Stadtbildungen auf der Feststellung, daß heutige Stadtbildungen überhaupt nichts versinnbildlichen außer bestenfalls Utilitarismus, Zweckrationalität, Gewinnorientierung?

Wenn man die Frage nach dem Symbolgehalt im gegenwärtigen Stadtbild stellt, müßte man wohl anmerken, daß es noch mehr Einflußfaktoren gibt als nur »Demokratie«. So kommen im Stadtbild der westlichen Welt Faktoren wie – mehr oder weniger kontrollierte – Marktwirtschaft, allgemeiner Wohlstand, Bildungsniveau (Artikulations- und Durchsetzungsfähigkeit) verbunden mit einem bisher nie gekannten Informationsstand, aber auch staatliche Zuteilungs-, Versorgungs- und vor allem Aufsichtssysteme zum Ausdruck, denen im östlichen Bereich etliche entsprechende, andere anderslautende Faktoren gegenüberstehen und insoweit im Stadtbild ablesbar sind, nämlich (keine private, aber immerhin eine staatliche) Vorteils- und Maximierungswirtschaft, Bildungs- und (sortierte aber für alle verfügbare) Informationsmöglichkeiten, staatliche Bedarfs- und Versorgungswirtschaft (Planwirtschaft) ebenso wie staatliche Aufsichts- und Kontrollsysteme.

²⁷ H. Adrian, in: Die Zeit, Nr. 46, November 1978.

²⁸ W. Jens, Festvortrag zum Deutschen Architektentag 1977, in: Deutsche Bauzeitung 10/1977.

Beide Systeme sind gesamtgesellschaftliche Einheitssysteme (eher Massengesellschaften als Klassengesellschaften), beide zeichnen sich weniger durch ideale Leitbilder als durch pragmatische Rationalitätsmaximen aus usw., so daß im Stadtbild Unterschiede eben noch im Wohlstand (Baustandard), oder in der privaten Aktionsfähigkeit (private Bauherrschaft) bestehen, aber weniger in der Programmstellung (Wohnungsbau/sozialer Wohnungsbau/Wohnungsversorgung für alle Kreise der Bevölkerung) oder in der Zuordnung von Bauten und Räumen (von Zweckmäßigkeitserwägungen bestimmte Stadt- und Lageplanung durch Entwicklung aus Erschließungs-, Ver- und Entsorgungssystemen, Verfügbarkeit von Gelände, Rationalisierung durch Serienbildung usw.).

Den Niederschlag bestimmter Gesellschaftssysteme in deren aktuellem Stadtbild nachzuweisen, will an dieser Stelle jedoch nur angedeutet sein und verlangte nach einer gesonderten Darstellung. Hier soll nur noch einmal ein bereits angesprochenes Wesensmerkmal der Gesellschaft aufgegriffen werden, das Wechselspiel zwischen solidaire und solitaire, zwischen Eigennutz und Verantwortlichkeit, zwischen einer beziehungslosen Summe aus lauter Individuen und einer Gesellschaft als Schicksalsgemeinschaft, welches durchaus als Komponente von Demokratie gelten und – wie oben dargestellt – von erheblicher Bedeutung für das Stadtbild sein kann.

Ein Blick über den Gartenzaun dient gelegentlich zur besseren Selbstbeobachtung. Fragt man beispielsweise, wo die Solidarität einer vergleichsweise alten und gesicherten Demokratie, z. B. die Amerikas, in deren gebautem Gesellschaftsbild, dem dortigen Städtebau abgebildet ist, so findet man sich verunsichert. Der Amerikaner selbst formuliert: »Der Dialog zwischen den Gebäuden und die Gestaltung von Freiräumen wie Straßen, Plätzen, Höfen usw. durch Gebäude-Ensembles aus mehreren Jahrhunderten sind in Amerika – im Gegensatz zu Europa – nahezu unbekannt... Diese Unfähigkeit der Amerikaner, Gebäude so anzuordnen, daß sie einen zusammenhängenden Außenraum bilden, – wie das beim Großteil der europäischen Architektur so gekonnt und großartig der Fall ist – stellt ein Phänomen dar.«.²⁹

Ist hier Städtebau überinterpretiert, d. h. kann man Semantik hier bemühen, oder – falls eine semantische Auslegung zulässig ist – ist die demokratische Haltung der amerikanischen Gesellschaft weniger eine Solidargemeinschaft, als eher die Ablehnung weltlicher Obrigkeit und Bevormundung verbunden mit einer Betonung anderer Demokratiekomponenten, z. B. der *liberté* oder *égalité*? Mit der *fraternité* ist es im amerikanischen Sozialstaat in der Tat noch nicht so weit wie in europäischen Ländern. Dagegen ist die *liberté* – baulich »Baufreiheit« – und die *égalité* – die Überlegenheit des Stärkeren im freien Spiel der Kräfte – eher Kennzeichen amerikanischer Gesellschaft und Demokratie. Und das ist im amerikanischen Städtebau wohl schon anschaulich abgebildet. »Die Vorliebe der Amerikaner für freistehende Gebäude der unterschiedlichsten Formen, Ausdehnung und Höhen, die beziehungslos irgendwo hingestellt werden, verhindert in der Regel, daß wir

²⁹ P. Rudolph, in: Deutsches Architektenblatt, 2/1978.

Plätze oder in sich geschlossene Gebäudegruppen mit eigenem Charakter schaffen... Unser Problem besteht darin, daß wir zu sehr in Einzelbauten denken.«³⁰

Die zugrunde liegende Gesellschaft ist kein ästhetisches Artefakt und der entsprechende Städtebau bietet kaum ästhetische Stadtbilder, aber eine innere Logik scheint erkennbar. »Unsere Städte sind eigenartiger Ausdruck von Demokratie, denn jedes Gebäude scheint zu seinem Nachbarn zu sagen: »Ich kann dich nicht riechen, bleib mir gefälligst vom Leibe.«³¹ Blickt man von dort her zurück, so erscheint unser Demokratiesüppchen ein wenig anders zubereitet, vielleicht auch noch nicht abgeschmeckt. Jedenfalls – so uns das gebaute Abbild nicht schmeckt – bliebe auch an unserer Demokratie etwas nachzuwürzen. Feststellen läßt sich, daß nach einer totalen Befreiung, ja Entfesselung, teils auch gewaltsamen Wegnahme von Bindungen der monarchischen, feudalistischen, ethischen, ja familiären und persönlichen Art innerhalb eines halben Jahrhunderts eine Besinnung auf das eigene Ich, eine gesamtgesellschaftlich wie städtebaulich dargestellte »Ohne-mich-Phase« folgte. Eine Phase, in der – vielleicht unter Berufung auf das amerikanische Gesellschaftsmuster – das Ich, seine Vorteile und deren Durchsetzung die bestimmende und somit stadtbildprägende Gesellschaftsform wurde.

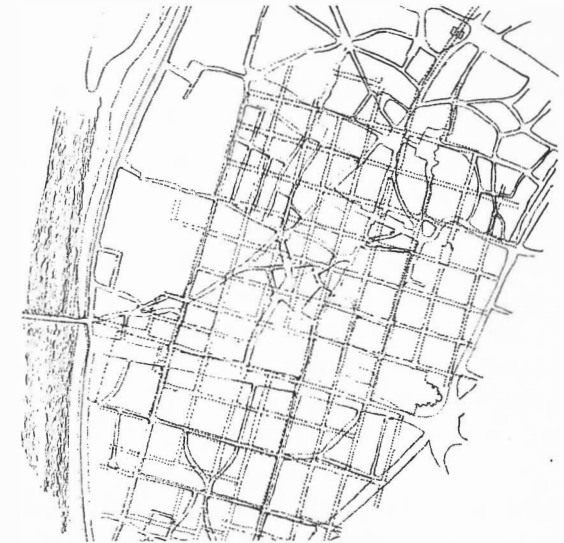
Die Schelte gegen uns selbst, gegen unseren jüngsten Städtebau der beziehungslosen Einzeldarstellung, der raumlosen Agglomerationen, der bildlosen Plazierung von Bauten, sollte eher als folgerichtige Phase einer geschichtlichen Entwicklung und deren städtebaulichem Abbild verstanden werden. Ein Musterbeispiel gebauter Ich-Besinnung aus dieser Zeit, ein Dokument von hierin qualitativem Rang, welches schon deswegen unter Denkmalschutz gestellt werden müßte, ist das Siedlungsgebilde des Hansa-Viertels der Interbau von Berlin 1957. Eine mit hoher Aufrichtigkeit herausgearbeitete Darstellung gesellschaftlicher Ich-Bezogenheit, Zeuge der Wiederaufrichtung des einzelnen und der Verleugnung von Gemeinschaft. Die Stadtbildfrage ist im Sinne des Nichtbildes gelöst. Wie sie eben in all den entsprechenden Städtebaubildungen aus dieser Zeit behandelt wurde. Wenn sich aber bei uns Unbehagen am Städtebau mit einer gesellschaftlichen Wandlungstendenz treffen sollte, z. B. mit der oben angedeuteten stärkeren Gewichtung von fraternité, dann besteht die Chance, nein die zwangsläufige Folge, daß auch am Stadtbild heutigen und künftigen Städtebaus einiges anders werden wird.

11. Stadtbildpflege ohne Stadtbildpfleger

Zu allem bisher Gesagten könnte man auch eine extreme Gegenposition aufbauen: man könnte die Existenzberechtigung der Stadtbildpflege oder Stadtgestaltung als eigenständige Aufgabe gänzlich in Frage stellen. Jeder kennt das Schlagwort von der »Architektur ohne Architekten«. Jeder weiß, was damit gemeint ist: Die innige innere und äußere Logik und Konsequenz des Geschaffenen, die meist zu Darstellungsformen führt, die den willentlich Geschaffenen überlegen sind.

³⁰ P. Rudolph (s. A 29).

³¹ P. Rudolph (s. A 29).



9 Ein geplanter und ein ungeplanter Stadtgrundriß übereinander in der selben Stadt: das römische und das mittelalterliche Trier.

Sind nicht auch viele der hochwertigen alten Stadtbilder, mindestens in Stadtgrundriß und Hauptformen, die wir heute pflegen, ohne Stadtbildpfleger entstanden und gerade deshalb von einer überzeugenden Triftigkeit, die sie zu Kulturleistungen macht? Eine Stadt wie Trier hat einen von Städtebauern, kühlen, sehr rationalen Stadtplanern gezeichneten Grundriß, den römischen, der heute weitgehend verdeckt ist, und hat einen warmen, zufälligen und spontanen aus dem Mittelalter, der die heutige Stadt bestimmt und der die Stadtbildpflege verpflichtet, weil dieser mittelalterliche Grundriß wie in den meisten europäischen Städten einen Kulturwert darstellt.

Wenn also solche ungeplanten Stadtgrundrisse und Stadträume den Wert des Kulturgutes erreicht haben, dann hieße das wiederum, weder Stadtbildpfleger als verkappte, noch Städtebauer als offene Stadtgestalter sollen sich in das städtebauliche Geschehen einmischen, sondern es soll den organisierenden Kräften der jeweiligen Realität überlassen bleiben, wie unsere heutigen Städtebaubildungen ebenfalls den Rang von Kulturwerten erreichen oder nicht. Jedenfalls ist der Ruf nach dem Staat, der stadtbildpflegend oder -gestaltend tätig werden soll, nach dem Stellvertreter also, welchen der einzelne freiwillig gegen sein egoistisches Ich und über dasselbe einsetzt, damit es nicht mehr tun kann, was es sonst tun würde, sondern sich zwangsweise einem Gesellschaftsmodus unterwirft, ein Eingeständnis von Gemeinschaftsschwäche des einzelnen, von Gemeinschaftslosigkeit unserer Gesellschaft.

Es scheint angesichts dieses Zustandes unausgereift und umstritten, wenn man schon für diese Gegenwart das Stadtbild ohne Stadtbildpfleger, Stadtgestalt ohne Stadtgestalter fordern wollte. Es sei denn, man akzeptiert dann das Wild-West-Produkt eines Las Vegas, den Gartenzwerg in der Kleingartenidylle, den Gewerbe- und Industriepark bei A-Stadt,

auch das multifunktionale Einkaufs- und Freizeitcenter in B-Stadt als gültiges, ja als qualitativvolles Stadtbild.

Die (wertfreie) Informationsästhetik wäre zwar vielleicht bestätigt, und ambitionierte Gestalter wie die Venturis proklamieren ja diese neue »Trivial-Architektur«. ³² Für die Ermöglichung guter Stadtgestalt kommt es jedoch in Wirklichkeit nicht darauf an, ob ein städtebauliches Thema trivial oder elitär ist (eine Arbeitersiedlung ohne Glanz oder ein Bauerndorf ohne Fachwerkhäuser können wertvolle Ortsbilder aufweisen), sondern auf die Form und Gestalt, auf Komposition und Konzeption, auf Proportion und Dimension. Und vorhandene Realisationen im Städtebau beweisen, daß es immer Stadtgestalter gab, die aus ihrem Stoff mehr zu machen vermochten, als nach informationsästhetischen Begriffen erforderlich gewesen wäre (auch ein Venturi ist, wenn er zeichnet, hierin ein klassischer Gestalter). Dieses Mehr an Stadtbild, diese Überhöhung des stumpfen Programmvollzugs weist in eine Richtung, die nach traditionellem Verständnis immer mit Kunst bezeichnet wurde und es wäre absonderlich, wenn unsere Zeit diesen allen Kulturen geläufigen Begriff nicht mehr enthielte – auch im Städtebau. Es ist höchstens zu fragen, ob eben unsere Zeit disponiert ist, im Städtebau Kunst freizusetzen.

12. Stadtbild als Kunst

Eine Frage an Vernissage-Ladies oder Beaux-Arts-Schöngelüste mit gesicherter Existenzgrundlage? Oder eine Frage nach der geistigen Vertiefung einer städtebaulichen Aufgabenstellung mit einer triftigen Wiedergabe derselben in gebauter Form und mit Gültigkeit und Nutzen für jedermann? Stadtbild als Kunst: vielleicht unreflektiert möglich, dann »naiv« genannt, also vielleicht auch »naiven Städtebau« hervorbringend, eher aber ringend und durchdringend in einem Prozeß, in dem das Zwecknotwendige des Mediums handhabbar wird ohne den geistigen Gehalt, die Mitteilung zu verlieren. Welche Mitteilung aber, welcher Gehalt über das Zwecknotwendige hinaus einzugeben sei, und welches Repertoire der heutige Stadtplaner dafür zur Verfügung hat, ob Kreativität – gar Spontaneität zulässig sei, ob Improvisation eine vergessene Betätigung ist, die bei kompetenter Ausübung die Stagnation akademischer Bemühung zu durchbrechen vermag wie einmal in der klassischen Musik und heute vielleicht im Jazz: solche Fragen sollen hier nicht vertieft werden und sind wohl auch nicht diskutierbar, sondern nur praktizierbar.

Stadtbild und Stadtgestalt werden nicht durch Theorie oder Methode, nicht durch Verordnung oder Rezept erreichbar sein, ³³ sondern nur durch einen Begriff von Gestalt-

³² »Bezugspunkte für den Entwicklungsprozeß einer künftigen Stadtgestaltung sind nicht die musealen Kleinstädte Italiens, sondern die ausgeräumten, dem Auto angepaßten Mittelstädte Amerikas. Sie sind die Demonstrationsobjekte einer Realität, die auch für europäische Verhältnisse Gültigkeit erlangt hat. An ihnen läßt sich aber auch das kräftige triviale Potential feststellen, das den Urstoff für Gestaltungsmedien unserer Zeit abgeben könnte« (L. Ortner, in: Deutsche Bauzeitung 6/1978).

³³ »Die Fähigkeit zum räumlichen Gestalten setzt ebenso wie die Fähigkeit, Gestaltung kompetent zu beurteilen, visuelle Kreativität voraus. Diese aber ist wie Musikalität angeboren. Sie kann und muß

qualität, durch ein Gestaltungsverständnis und Gestaltungsengagement der Bürgerschaft, ³⁴ durch Einsatz und Bereitschaft zur Hochwertigkeit, durch Sorgfalt, Einzeldurcharbeit und gestalterische Behandlung des Details wie des Ganzen. »Wer immer in allen Jahrhunderten nur ein Notwendiges plante, hat auch das Notwendige nicht erreicht. Die Menschheit bedurfte des emotionalen Bezugs zu ihren Wohnstätten, sie forderte die ästhetische Überhöhung, eine Kultur der Gestaltung, die dem Alltag mehr als allein Glanz verleiht.« ³⁵

Dieser Seitenblick auf die Vokabel »Stadtbild als Kunst« möge genügen, statt dessen zum Schluß ein Blick hinüber zum scheinbaren Gegenteil von Kunst, nämlich zu

13. Stadtbildpflege als Stadtpolitikpflege

Der »Herr Öffentlichkeit« in Form des Lokalredakteurs der örtlichen Tageszeitung wird ungleich mehr Zeilen auf sichtbare Leistungen der Stadtbildpflege verwenden als auf Produkte anderer – weniger sichtbarer – Sachgebiete. Damit unterliegt Stadtbildnerisches einer starken »öffentlichen« Kontrolle und löst von daher erhöhte Aufmerksamkeit und Aktivität bei den Verantwortlichen aus. Der (halb-)politische Dezernent ebenso wie der politische Mandatsträger wird einen (un-)verhältnismäßig hohen Einsatz für stadtbildnerische Aufgaben erbringen und sich – wie man in vielen Städten beobachten kann – um die kleinsten Details mit Akribie kümmern, wie es für tausend andere Aufgaben größeren Umfangs nicht gleichermaßen geschieht.

Dieser typische Demokratieeffekt, daß man am Sichtbaren gemessen wird und deshalb am sichtbarsten lieber schnitzt oder zum Schnitzen gezwungen wird, als am weniger sichtbaren, hat zweischneidige Folgewirkungen. Einerseits erfährt die Stadtgestaltung auf diese Weise eine ungewöhnliche Stärkung durch die Verwaltungsspitze und damit große Dynamik, andererseits hindert dieser Leistungs- und Erfolgsdruck mehr als üblich Selbstkritik und Hinterfragen des eigenen Tuns. Darum ist zwar in kurzer Zeit ein erheblicher Entwicklungsschritt in der Stadtbildpflege erfolgt und hat in Städten und Dörfern zu großen Planungen und Realisierungsleistungen geführt, die aber derzeit noch weitgehend von den Einschränkungen oder Einseitigkeiten geprägt sind, wie sie hier darzulegen versucht wurden.

entdeckt, entwickelt und gefördert werden. Aber sie kann weder persönlich gewollt noch administrativ verordnet, noch mit einem Amt oder einer politischen Funktion quasi automatisch übernommen werden. Von diesem einfachen Sachverhalt hängt es ab, ob zahllose Instrumente und Methoden der Stadtgestaltung »greifen« oder unwirksam bleiben, wenn nicht gar Schaden anrichten« (J. Matthäi, auf der Tagung »Bauen in der alten Stadt«, Aachen 1981).

³⁴ »Die Wurzel der Misere der Unzulänglichkeiten neuer Bauten neben alten liegt nicht in fehlenden Satzungen, sondern in der allgemein auf breiter Basis fehlenden Empfindsamkeit für Qualität der Form. Diese Empfindsamkeit ist weiter im Schwinden! Unverständnis für Fragen des Maßstabs und der Proportion findet fast allgemein Zustimmung« (R. Romero, aus: »Die Kunst eine Stadt zu bauen«, Göttingen 1975).

³⁵ W. Braunfels, Abendländische Stadtbaukunst, Köln 1976.

Günther Nufer

Denkmalschutz in einem altstädtischen Gesamtbereich

1. Baugeschichte – 2. Allgemeine Gestaltungsziele für den denkmalgeschützten Bereich – 3. Initiative der Bürgerschaft – 4. Denkmalschutz und Sanierung nach dem Städtebauförderungsgesetz – 5. Denkmalpflegerische Einzelziele – 6. Allgemeine Sanierungsziele – 7. Fahrplan der Stadterneuerung – 8. Finanzielle Abwicklung – 9. Einwohnerzuwachs und veränderte Sozialstruktur – 10. Neben- und Außenwirkung der Sanierung – 11. Stadterneuerung und Denkmalpflege

Für Architekten und Kommunalpolitiker sind oft jene Denkmale die schönsten, die sie zur Förderung ihres eigenen Ruhmes setzen können. Die Zustimmungquote zu solcher und manch anderer Form der Baukunst der Gegenwart hält sich in Grenzen, zur Identifikation mit ihnen gehört Mut, oftmals sogar Überwindung. Dagegen ist ein großer Teil der Bürgerschaft, manchmal sogar auch wirkliche und selbsternannte Fachleute, für die Erneuerung städtebaulich wertvoller, überkommener Bausubstanz zu begeistern.

Am Beispiel von Bad Säckingen sei dargestellt, wie und mit welchem Ergebnis Stadterhaltung in einem denkmalgeschützten Quartier betrieben werden kann.

1. Baugeschichte

Die Bad Säckinger Altstadt war ursprünglich eine von zwei Rheinarmen umflossene Insel. Die Gebäudeproportionen haben sich gegenüber der Merian-Darstellung von 1630 bis heute nur wenig verändert (vgl. Abb. 1 und 2). Die wichtigsten Häuser erhielten ihre Grundform Ende des 17. Jahrhunderts, nachdem der größte Teil der Stadt durch den dreißigjährigen Krieg und einen großen Brand zerstört worden war.¹

Der Stadtgrundriß mit Straßenräumen und Plätzen ist ebenfalls weitgehend in seiner mittelalterlichen Form erhalten (Abb. 3 und 4). An der Rheinseite der Insel begrenzen zwei Türme, der Gallus- und der Diebsturm² die Stadt. Im südöstlichen Teil lag der geschlos-

¹ Judith und Hans Jakob Wörner, Zur Baugeschichte der Stadt Säckingen in: Hugo Ott, Säckingen, die Geschichte der Stadt, Stuttgart und Aalen, 1978. Bernhard Oeschger / Günther Nufer, Stadtführer Bad Säckingen, Bad Säckingen 1982. Josef Arnold C. Malzacher, Geschichte von Säckingen und nächster Umgebung, Säckingen 1911.

² Wörner (s. A 1) S. 146; Erinnerungsschrift anlässlich der Wiedereröffnung des Diebsturms, Bad Säckingen 1980.

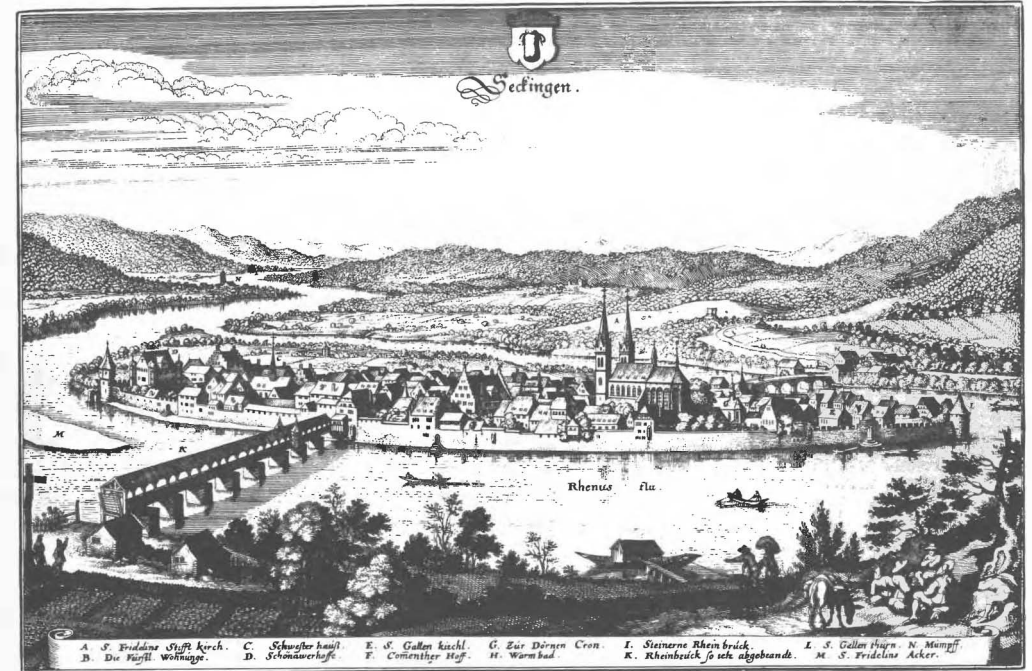


Abb. 1

sene Bezirk des reichsunmittelbaren Damenstifts,³ den heute noch das Münster des heiligen Fridolin⁴ krönt. Im Südwesten ragte das Schloß der Grafen von Schönau auf, um das sich jene romantische Liebesgeschichte des Trompeters von Säckingen rankt, mit dem Joseph Victor von Scheffel die Stadt weltberühmt gemacht hat.

Die alte gedeckte Holzbrücke im Süden trotz seit über 400 Jahren den Fluten des Rheins.⁵ Die Steinbrücke, an deren nördlichem Fuß das alte Bad⁶ zu sehen ist, verschwand 1830, als der rechte Rheinarm zugeschüttet wurde. Die Stadt erweiterte sich nach Norden. Der »Bauboom« ergriff auch die Altstadt. Viele Gebäude wurden zunächst im Biedermeier-, später im Jugendstil umgestaltet.

³ Fridolin Jehle, Die Geschichte des Stiftes Säckingen, Bd. 1, Archiv-Ausgabe Bad Säckingen 1969.

⁴ Fridolin Jehle / Adelheid Enderle, Die Geschichte des Stiftes Säckingen; Teil 2, Bad Säckingen 1982.

⁵ Adolf Reinle / Fridolin Jehle, Das Fridolinmünster zu Säckingen, Zeitschrift für Schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte, 32 (1975), Heft 1.

⁶ Die Säckinger Brücke, Sonderdruck zur 1100-Jahr-Feier, Stein AG, 1978, 400 Jahre Holzbrücke Säckingen-Stein/Schweiz, Bad Säckingen 1973.

⁷ Bernhard Oeschger, Geschichte der Stadt Säckingen, in: Hugo Ott, Säckingen, die Geschichte der Stadt, S. 125 ff.

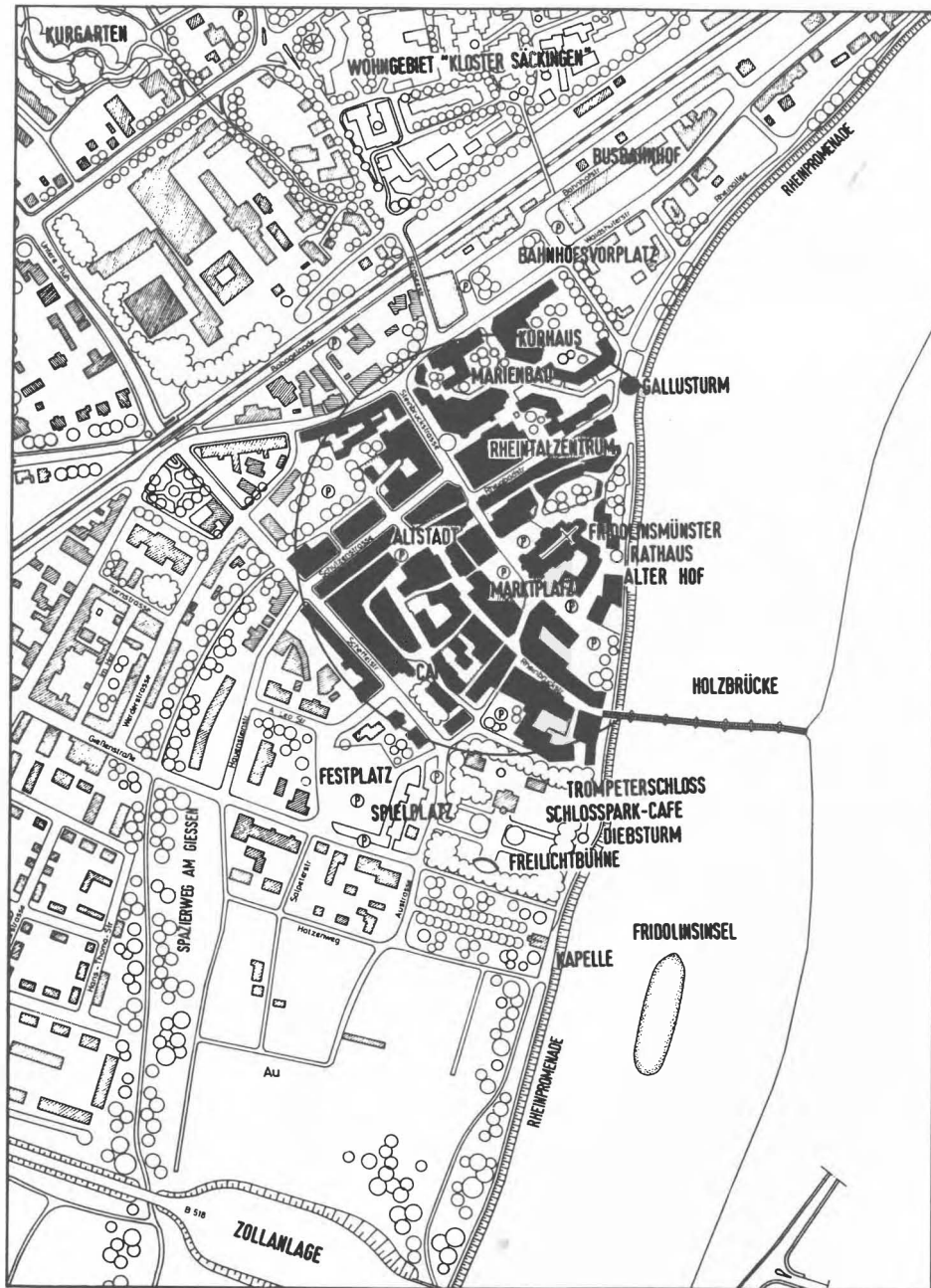


Abb. 4

3. Initiative der Bürgerschaft

Besonders bemerkenswert ist, daß der Denkmalebucheintrag für die Altstadt auf eine Initiative der Bürgerschaft zurückgeht. 1959 stellte die »Bürgergemeinde«, eine Vereinigung von Altstadtbürgern, den Antrag, die Altstadt unter Denkmalschutz zu stellen. 1961 folgte der Eintrag ins Denkmalebuch. Auch die 1976 von der Stadt erlassene Gestaltungssatzung fand nach einer breiten öffentlichen Diskussion die Zustimmung der Bevölkerung, obwohl sie die Gestaltungsfreiheit der Hauseigentümer stark einschränkt. Diese positive Bad Säckinger Erfahrung hat den Verfasser auch bewogen, bei der Neugestaltung des Denkmalschutzgesetzes für Baden-Württemberg die bürgerschaftliche Mitwirkung über das »Initiativrecht« der Gemeinden zu stärken (Zitate Stuttgarter Zeitung).⁹

Die Bürgerbeteiligung wurde zudem gewährleistet durch

- Projektgruppen;¹⁰
- Bürgerversammlungen;
- Bürgerinformationen für die ganze Bevölkerung und Einzelinformationen für die Sanierungs-betroffenen;
- Einzelinterviews bei jedem Sanierungs-betroffenen durch unabhängige Befrager (keine Mitarbeiter der Stadtverwaltung zur Wahrung der Anonymität und Vertraulichkeit);
- unzählige Einzelgespräche zwischen Stadtverwaltung, Sanierungsträger und Sanierungs-betroffenen;
- die Stiftung einer Bürgerin als Grundlage für den Bau von Altenwohnungen.

Als Ergebnis dieser umfassenden Bürgerbeteiligung ist festzuhalten, daß in keinem Fall Zwangsmaßnahmen ergriffen werden mußten.

4. Denkmalschutz und Sanierung nach dem Städtebauförderungsgesetz

Zum Denkmalschutz braucht man Geld. Ohne angemessenen Ausgleich für ihre Sonderlasten sind die Eigentümer nur schwer dazu zu bewegen, denkmalpflegerisch bedingte Mehraufwendungen in ihrem Gebäude zu finanzieren. Wenn zudem in einem für kleinstädtische Verhältnisse großen Ensemble eine Fülle alter Gebäude von Grund auf modernisiert werden soll, ist das nur mit erheblicher Finanzhilfe durch die öffentliche Hand möglich.

In der Bad Säckinger Altstadt sind förmlich festgelegt:

- ein Sanierungsgebiet mit einer Fläche von 4,35 ha, in dem Stadterneuerung nach den Vorschriften des Städtebauförderungsgesetzes betrieben wird;
- eine Modernisierungszone mit 2,1 ha, in der Erneuerungsmaßnahmen nach dem

⁹ Für viele Veröffentlichungen: Stuttgarter Zeitung vom 17. 2. und 22. 2. 1982.

¹⁰ Günther Nufer, Strategie der modernen Kommunalpolitik, Materialien zur kommunalpolitischen Bildung, Bonn 1976, S. 347ff.

Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz gefördert werden. Hier werden vorwiegend durch Objektsanierung neuzeitlicher Wohnraum, Parkplätze und verkehrsberuhigte Zonen geschaffen.

5. Denkmalpflegerische Einzelziele

Die Gestaltungssatzung formuliert als wichtigste Einzelziele:

- die Erhaltung der räumlichen Gliederung der Straßenzüge durch Verspringen der Gebäudefronten;
- die Erhaltung der Dachlandschaft durch unterschiedliche Traufhöhen, wechselnde Dachneigungen und Dachgauben;
- die Fassadengestaltung durch unterschiedliche Breiten und kleinteilige Gliederung;
- ein Farbkonzept mit besonderer Berücksichtigung historischer Farbbefunde;
- das Verbot von Dachantennen für den Fernseh- und Rundfunkempfang (in der ganzen Altstadt sind Kupferkoaxialkabel verlegt);
- Vorschriften für die Gestaltung von Werbeanlagen;
- das Verbot oberirdischer Versorgungsleitungen;
- Pflasterung der Straßen und Plätze mit Granit oder Porphy.

6. Allgemeine Sanierungsziele

Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich die Stadt vor allem im Norden der alten Rheininsel erweitert. Der Kern blieb weitgehend unangetastet. Allerdings wurde die Altstadt, früher blutvoller Mittelpunkt pulsierenden Lebens, in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts mehr und mehr zu einem Problemgebiet. Die Bausubstanz verfiel. Die alteingesessene Bevölkerung zog in die Außenbezirke. Alte Menschen und sozial Schwache blieben zurück. Der Ausländeranteil stieg auf 44% der Altstadtbevölkerung.

Erst zu Beginn der siebziger Jahre kam »Sanierungsbewußtsein« auf. Die politisch Verantwortlichen, die Verwaltung, Architekten, Kunsthistoriker und vor allem die Bürgerschaft begannen zu entdecken, daß sich Bad Säckingen typisch und unverwechselbar in der Altstadt darstellt und diese Identität auch bewahrt werden müsse.

Hauptziel der Sanierung und Modernisierung war es daher, dieses Quartier wieder zum Zentrum privater und öffentlicher Dienstleistungen zu entwickeln.

Darüber hinaus wurde angestrebt,

- moderne Miet- und Eigentumswohnungen entstehen zu lassen, die auch für die bisher in der Altstadt wohnhafte Bevölkerung erschwinglich sind;
- soziale Einrichtungen, wie zum Beispiel ein Altenstift, und Stätten organisierter sozialer Kontakte ebenso zu schaffen wie großzügige Grünanlagen, Fußgängerzonen und Parkplätze;
- ausländische Mitbürger und alte Menschen zu integrieren.

7. Fahrplan der Stadterneuerung

- 1972 Konsumbefragung einschließlich Bürgerbefragung über kommunalpolitische Prioritäten;¹¹
- 1972 Ausschreibung eines städtebaulichen Wettbewerbs für den Bereich der »Flächensanierung«; Ergebnis 1973;
- 1973 vorbereitende Untersuchung nach dem Städtebauförderungsgesetz;¹²
- 1974 Aufnahme in das SE-Programm (Subventionierung nach dem Städtebauförderungsgesetz);
- 1974 Sozialplan;¹³
- 1974 Einschaltung eines Sanierungsträgers;
- 1975 rechtskräftige Bebauungspläne für das Gesamtgebiet;
- 1976 Gestaltungsplan für die Grünanlagen;
- 1976 Gestaltungssatzung;
- 1978 zweite Konsumbefragung;
- 1980 zweiter Farbleitplan;
- 1980 umfassender Grünordnungsplan;¹⁴
- 1980 Gestaltungskonzept für die verkehrsberuhigten Zonen;
- 1980 Kurortentwicklungsplan.¹⁵

8. Finanzielle Abwicklung

Die Bau- und Ordnungsmaßnahmen werden allein im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet ca. 70 Mio. DM kosten. Davon sind ca. 14 Mio. DM unrentierlich, das heißt von Bund, Land und Stadt zu zahlen.

Die Bürger der Stadt haben also zu jeder Mark öffentlicher Förderung noch 4 Mark aus der eigenen Tasche dazugelegt.

Auch in der Modernisierungszone außerhalb des Sanierungsgebiets hat sich die Bevölkerung von der Sanierungsidee anstecken lassen. Es gibt kaum noch ein Gebäude, das nicht innen und außen erneuert worden ist. Der Einsatz an privaten und öffentlichen Mitteln in diesem Gebiet wird auf rund 20 Mio. DM geschätzt.

¹¹ Konsumbefragung, Nutzflächenprognose, Bürgerbefragung Säckingen und Kommunale Planungs- und Entwicklungsgesellschaft der bad. Sparkassen GmbH (KSG), Karlsruhe, 1973.

¹² KSG, Altstadtsanierung Säckingen, vorbereitende Untersuchungen, Karlsruhe und Säckingen, 1973.

¹³ Sozialplan Säckingen Altstadt I und II, Kommunale Planungs- und Entwicklungsgesellschaft der badischen Sparkassen GmbH, Karlsruhe und Säckingen, 1974.

¹⁴ Hans Luz und Partner, Grünordnungsplan Bad Säckingen, Stuttgart, 1980.

¹⁵ Heinz Gaiser, Kurortentwicklungsplan Bad Säckingen, Bad Säckingen, 1980.

¹⁶ Günther Nufer, Die Entwicklung des Kur- und Fremdenverkehrsgeschehens, Sonderdruck aus: Informationsblätter II/1972 der Planungsgemeinschaft Hochrhein, Säckingen, S. 50 ff.; Bad Säckingen, Ausgleich des Zentralitätsverlustes durch Kur- und Rheintalzentrum, Sonderdruck aus: Der Kreis Waldshut, Stuttgart und Aalen, 1979, S. 228 ff.

9. Einwohnerzuwachs und veränderte Sozialstruktur

Die Einwohnerzahl im Sanierungsgebiet betrug bei Beginn der Sanierungsmaßnahmen im August 1973 329 Personen. Nach Abschluß der Sanierung wird die Einwohnerzahl im Quartier auf 470 Personen ansteigen. In der Modernisierungszone wohnen derzeit 553 Einwohner. Hier wird sich die Einwohnerzahl auf ca. 600 Personen erhöhen. Im Sanierungsgebiet waren 1973 rund 100 Personen beschäftigt. Nach Abschluß der ersten großen Sanierungsetappe arbeiten hier 547 Personen. In der Modernisierungszone sind derzeit in 99 Betrieben ca. 700 Personen beschäftigt. Nach Abschluß der Modernisierung werden im Quartier ca. 750 Personen beschäftigt sein. Alte Menschen, Ausländer und sozial Schwache waren überdurchschnittlich stark vertreten. Der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung betrug vor Beginn der Sanierung 43,8%, im gesamten Stadtgebiet jedoch nur 12,66%. Nach Abschluß der Sanierung werden es weniger als 20% sein.

10. Neben- und Außenwirkung der Sanierung

Vor allem die Objektsanierung hat sich als ideales Betätigungsfeld für Handwerker und mittelständische Unternehmen herausgestellt. Die sanierte Altstadt entwickelt sich im jüngsten Heilbad Deutschlands mit einer sprunghaft steigenden Übernachtungszahl als Magnet, der selbst die Anziehungskraft des neuen Kurzentrums übertrifft. Sie ist daher fest in die Kurortrahmenplanung einbezogen, gewissermaßen als zweiter Brennpunkt einer Stadtentwicklungsellipse. Ein City-Bus verbindet das Kurzentrum mit der Altstadt, in der 1983 auch der Kursaal eröffnet werden wird.¹⁶

Die Bevölkerungszahl ist nicht nur in der Altstadt, sondern in der Gesamtstadt auch in einer Zeit gestiegen, in der andere Mittelzentren in Deutschland Abwanderungsverluste hinnehmen müssen. Diese positive Entwicklung ist zu einem Teil auch auf die Wiederbelebung des Stadtkerns zurückzuführen.¹⁷

Die Folgelasten für die öffentliche Hand sind aufgrund des erheblichen Multiplikationseffekts durch den Einsatz privater Gelder vergleichsweise gering zu dem, was wir uns in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge aufladen.

Heute ist die Altstadt wieder eine gute Adresse in Bad Säckingen. Mit der Fertigstellung des Kursaals und der großen Wohn- und Geschäftsanlage im alten Rheinbett wird sie wieder zur Drehscheibe des Handels und der menschlichen Begegnung werden.

11. Stadterneuerung und Denkmalpflege

Stadterneuerung und Denkmalpflege können, ja müssen Hand in Hand gehen. Konflikte zwischen den verschiedenen Nutzungsansprüchen und denkmalpflegerischen Auflagen

¹⁷ Bürgerinformation Nr. 8, Stadtsanierung und Rheintalzentrum II, Bad Säckingen 1981.

lassen sich meist ohne Probleme lösen, wenn zu den guten Ratschlägen auch die nötige finanzielle Unterstützung kommt.

Wir stellen aber auch fest, daß nach der Renaissance der Denkmalpflege und der Stadterneuerung wieder die ersten Kritiker auftreten. Jetzt, wo breite Zustimmung zur Erhaltung baugeschichtlich bedeutsamer Bausubstanz feststellbar ist, reden sie von Architekturnostalgie, Stadtmumifizierung und denkmalpflegerischen Maskenfesten. Es sind die gleichen Leute, die uns ein Gutteil der Orgien in Beton beschert, unsere Städte allerdings nicht wohnlicher gemacht haben.

Wir sollten uns durch diese intellektuell verbrämte Kritik, die offenbar auch eine späte Rechtfertigung der Durchschnittsarchitektur nach dem zweiten Weltkrieg sein soll, nicht vom einmal eingeschlagenen Weg abbringen lassen.

Soweit man sich daran machte, die Stadtkerne zu erneuern, bestand immer die schwierige Aufgabe, Überkommenes mit dem Stilempfinden dieser Tage in Einklang zu bringen. Das gilt vor allem für jene Bereiche, in denen die vorhandene Bausubstanz nicht mehr erhalten werden konnte. Gelungen sind diese Versuche immer, wenn – ohne sklavische Nachahmung früherer Bauformen – die architektonischen und menschlichen Maßstäbe des historisch Gewachsenen beachtet wurden. Unsere Altstädte sind oder werden überall dort wieder lebendig, wo nicht nur Kaufhäuser und Versicherungspaläste, sondern Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen angeboten werden.

Der Verlust an Urbanität in unseren Städten ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß wir die Qualität ihrer Kerngebiete übersehen und ihre Erneuerung vernachlässigt haben. Das mag daran liegen, daß unsere Generation ein gestörtes Verhältnis zur Geschichte hat. Das Gesetz des Tages diktiert das Geschehen. Der Blick ist in die Zukunft gerichtet, die wir mit Prognosen erfassen wollen, ohne dabei mehr Erfolg zu haben als die Propheten des Vorcomputerzeitalters. Dabei kann die Geschichte ein guter Lehrmeister der Gegenwart sein. Das gilt auch und gerade für das äußere Erscheinungsbild und das gesellschaftliche Innenleben unserer Städte. Wo das Vorbild des geschichtlich Gewachsenen Maßstab für den Städtebau ist, werden auch menschliche Dimensionen nicht gesprengt. Die Erfolge dieser Form von Vergangenheitsorientierung sind überall dort sichtbar, wo Stadterneuerung mit dem nötigen kommunalpolitischen Einsatz betrieben wird. Dort bieten alte Bürgerhäuser unter historischem Gewand neuzeitlichen Wohnkomfort und Platz für Handel und Handwerk. In den engen Gassen ist die menschliche Begegnung selbstverständlich. Es liegt an den Gemeinden, ihr Herz wieder zum Schlagen zu bringen und dabei auch Stätten organisierter sozialer Kontakte zu schaffen, Treffpunkte für jung und alt, für Ausländer und Einheimische. Dann werden die Altstädte wieder blutvoller Mittelpunkt pulsierenden Lebens, schon weil die Bürger auf diese Renaissance unserer städtebaulichen Vergangenheit stolz sind. Mehr nämlich als in den Neubaugebieten entdecken sie hier das Besondere, das Unverwechselbare, die Identität einer liebenswerten Stadt, die ihren Bewohnern den Weg zur Identifikation mit Bauwerken und Menschen ebnet.

Miron Mislin

Aspekte der Wohnungsmodernisierung in Selbsthilfe im Altstadtquartier

1. Die Umwandlung von Gebrauchwohnungen in Eigentumswohnungen – 2. Für wen sollen Gebrauchwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden? – 3. Beispiel: Modernisierung in Kreuzberg-Süd – 4. Nutzereigentum und Selbsthilfegemeinschaft bei der Modernisierung – 5. Zusammenfassender Kommentar – 6. Schlußbetrachtung – 7. Erstes Fazit – 8. Zweites Fazit.

Die Entwicklung der Wohnungsnutzung in den Altstadtquartieren ist durch die Verschärfung des Wohnungsmangels gekennzeichnet. Einmal erweisen sich die Altstadtquartiere der Innenstadt als das größte Reservoir an billigem Wohnraum und zum anderen entspricht ihre haustechnische Ausstattung nicht dem Mindeststandard von Neubauten. Die Neubauten wiederum haben durch die ständige Erhöhung der Baukosten relativ hohe Mieten, die nur für einen Teil der Bevölkerung erschwinglich sind. Für die Bevölkerungsteile mit niedrigem Einkommen bleiben die innenstadtnahen Gebiete mit schlechter Bausubstanz. Dort wo die Mieten seit Jahren insgesamt etwa stabil geblieben sind, wurden allerdings kaum die notwendigen laufenden Instandsetzungsarbeiten und andere Reparaturen durchgeführt. Infolge dieser Versäumnisse der Bauunterhaltung verschlechterte sich auch die Bausubstanz rapide.¹

Die Verschlechterung der Wohnungsqualität hat sehr starke negative Auswirkungen auf den Stadtentwicklungsprozeß, der sich zunächst in den Bevölkerungsverschiebungen artikuliert: die leistungstärkeren Einwohner wandern in die Neubaugebiete der Außenbezirke ab. Zurück bleiben die minderbemittelten Rentner. Der Anteil der Gastarbeiterfamilien nahm in den vergangenen Jahren dort ständig zu, wobei auch die alte Bevölkerungsdichte überschritten wurde. Besonders heikel für die Planungsämter, die für diese Wohngebiete einen Sanierungsplan aufgestellt haben, ist die sogenannte »Erhaltung« der typischen Wohnbevölkerung des betreffenden Quartiers. Die bisherige Entwicklung zeigte, daß in fast allen ausgewiesenen Sanierungsgebieten in Berlin (W) ein Bevölkerungsaustausch seit dem Ende der sechziger Jahre stattgefunden hat.² Die 1980 in den Sanierungsgebieten vorhandene Bevölkerung ist nicht mehr mit der sozialen Struktur vor 1968 identisch.³

¹ Vgl. Wohnungspolitik und Stadtentwicklung, BMBau-Reihe, 03.084.

² H. Becker, Bethanienviertel, in: BBauBl, 10/1976.

³ T. Pirker und Mitarbeiter, Stadtplanung, Sanierung und Bürgerbeteiligung am Beispiel Berlin-Kreuzberg, IWOS-Bericht I, Berlin 1975, S. 40–41; widersprüchliche Angaben bei Hämer und

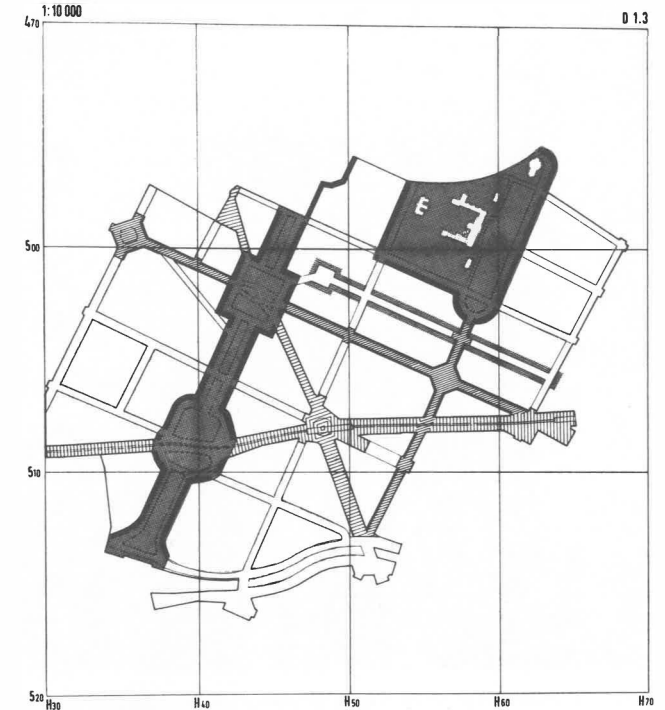
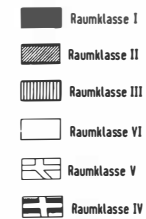


Bild 1 Klassifikation der Straßen- und Platzräume (»Berliner Atlas«, 1974) Wasserwerkplatz-Erkelenzdamm gehören zu Raumklasse I

Das ist aber kein Grund für den Abriß der Mietshäuser in Berlin-Kreuzberg oder in Wedding. Aus stadtbauhistorischen Gründen kann man mit Recht argumentieren, daß die Erhaltung des repräsentativen Baucharakters des Altstadtquartiers und die »milieuspezifischen« Bauten für das Stadtbild auch ein kulturpolitisches Ziel darstellen. Für Berlin (W) sind nun einmal die Arbeitermietshäuser (die »Berliner Mietskaserne«) in den Arbeitervierteln von Kreuzberg und Wedding charakteristisch.⁴ Das heißt, daß in diesen Quartieren Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen – mindestens der stadtbildprägenden »Vorderhäuser« – den Vorrang vor Abriß und Neubau haben müssen.⁵

Rosemann, Kostenanalyse der Modernisierung von Altbauten, BMBau-Reihe 03.041, 1976, S. 22 und S. 24. Die Mehrheit der Mieter auch am Klausener Platz ist im Sanierungsbereich nie »stabil« geblieben, sondern trotz des »Zuzugsstopps« kommen mehrfach umgesetzte einkommensschwache Mieter vor. Interview AGS vom 25. 10. 79.

⁴ M. Hecker, Berlin-Kreuzberg. Sanierung mit der Absicht der Erhaltung der Stadtstruktur, in: Die Kunst unsere Städte zu erhalten (Tagung Deutscher Kunsthistoriker im April 1975 in Köln) Stuttgart 1976, S. 264–278; M. Mislin, Kriterien der sozialen und baulichen Werterhaltung alter Wohnquartiere, in: Neue Heimat-Monatsblätter, 9/80, S. 18–23.

⁵ Vgl. 6. Bericht zur Stadterneuerung, Sonderdruck Nr. 41/131, 21. Nov. 1969, S. 8 f.



Bild 2 Luisenstädtischer Kanal: Wassertor-Becken und Hochbahn, um 1925
Landesbildstelle Berlin

1. Die Umwandlung von Gebrauchswohnungen in Eigentumswohnungen

Die Diskussion über die verstärkte Förderung bei der Bildung von Eigentum, ganz besonders für die sozial schwachen Bevölkerungsschichten, begann zwar vor neun Jahren zeitgleich mit dem Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes, nahm jedoch keine entscheidende Wende auch im Jahre 1980.⁶ Die Zielsetzung solcher Überlegungen war durchaus klar. Die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen soll neben einer besseren Vermögensverteilung auch die bereits mehrfach erwähnte Revitalisierung der Altstadtquartiere durch den umgewandelten Wohnungsbestand bewirken. Hinzu kommen andere sozialspezifische Aspekte wie die Anregung zur größeren »Milieu-Identifikation« der Bewohner, die mit einer wachsenden Initiative zur Selbsthilfe verbunden sein soll. Kritiker hingegen sahen bisher in diesem Anteilseigentum mit gekoppeltem Dauerwohnrecht (nach dem Modell der Neuen Heimat) eine »Aufweichung« der Eigentümerstellung.⁷

⁶ BMBau-Reihe E 12, 1980. In Berlin 10 Jahre Kündigungsschutz. Vgl. R. Becker, Wem nutzt und wem schadet die Umwandlung, in: Arch. +, 51/52, 1980.

⁷ P. Möhrke, Die Eigentumswohnung als Vertriebsobjekt, Diss. Berlin 1978, S. 71–72.



Bild 3 Luisenstädtischer Kanal: im Hintergrund Thomas-Kirche, um 1925. Landesbildstelle Berlin



Bild 4 Wassertorplatz 43–45. Aufnahme (Juli 1980), M. Mislin

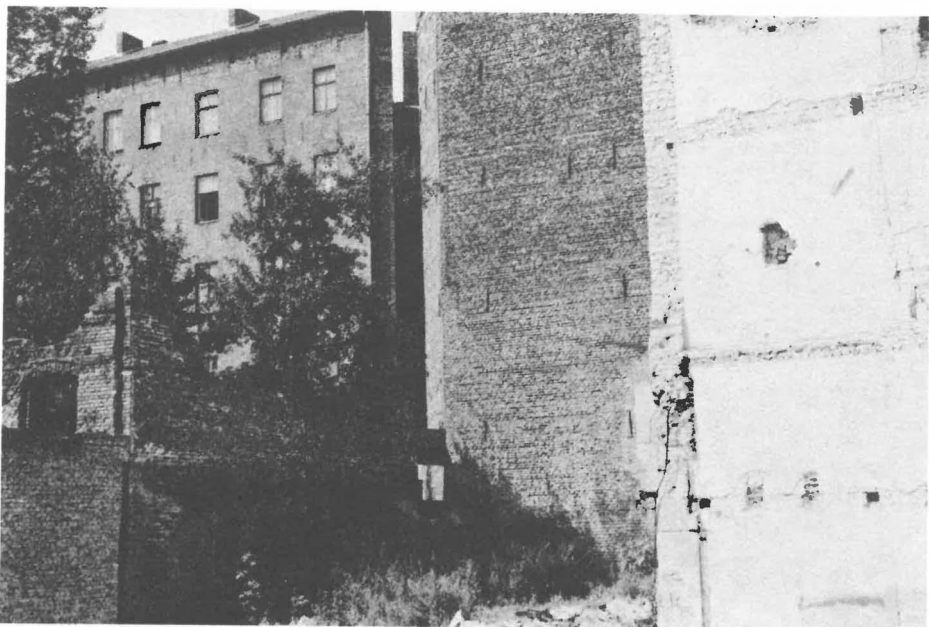


Bild 5 Kohlfurth Str. 4 mit Blick zum Innenhof Erkelenzdammer 49.
Aufnahme (August 1980) M. Mislin

2. Für wen sollen Gebrauchswohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden?

Besonders heikel ist die Frage für die sogenannte Umwandlung älterer Wohnungen, die früher mit sozialer Förderung errichtet wurden (wie z. B. das Corbusier-Haus in Berlin-Westend) und an neue Interessenten als Spekulationsobjekt zum Kauf angeboten wurden. Die älteren sozialschwachen Mieter werden in diesem Fall »rausgedrängt«. Die Umwandlung von Sozialmietwohnungen in Wohnungseigentum wurde zum Teil durch neue Auflagen wie die Mietpreisbindung erschwert, d. h. die Wohnungen können nur an Wohnberechtigte vermietet werden bis zu einer Zeit, die die Tilgung des Förderungsdarlehens plus 8 Jahre Nachwirkungsfrist zählt.⁸ Die Hauptargumente, die ins Feld gegen die Förderung der Eigentumsbildung geführt werden, weisen mit Recht auf die steigenden Verluste an billigem Wohnraum für mehrere sozial benachteiligte Gruppen (alleinstehende Frauen mit Kind, Gastarbeiter, Sozialrentner, Berufsanfänger, Studenten) und die daraus entstandene »soziale Erosion« der Bewohnerstruktur der »sanierungsverdächtigen« Stadtteile hin.

⁸ Wohnungspolitik und Stadtentwicklung, BMBau-Reihe 03.084, 1980, hier S. 27–28.

Besonders gefährlich scheint in diesem Zusammenhang die Spaltung des Wohnungsmarktes in gesetzlich preisgebundene Sozialwohnungen und »umwandlungsfähige« freigegebene Sozialwohnungen, gerade wenn sie in den Modernisierungs- und Sanierungsgebieten liegen. Die einmal eingetretene Veränderung der Bewohnerstruktur läßt sich auch durch Planung nicht wieder umkrempeln.⁹

Als völlig neue Alternative, wenn auch in nur beschränktem Maße verbreitet, gilt das Modell der Eigentumsübernahme auf genossenschaftlicher Basis durch einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Diese Personengruppe führt auch alle Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten als »Selbsthilfegemeinschaft« durch. Die handwerkliche Selbsthilfe hat bekanntlich einen Sozialisationseffekt und wird von den Betroffenen wie z. B. die »Mieter-Genossenschaft-Muskauer-Straße« in Kreuzberg SO 36, als ein Lernprozeß definiert, »um die inneren Widerstände zu überwinden und um mit den anderen etwas zusammen in Gang bringen zu können«.¹⁰ Zu den positiven Vorzügen der Selbsthilfeinitiativen bei der Altbauerneuerung zählt die stärkere Mitbestimmung bei der Planung und Ausführung des Modernisierungsprogrammes als bei der üblichen Beteiligung im Rahmen der Bürgerinitiativen. Die Gewährung von Subventionen fördert auch die Selbstinitiative der Mieter für die Durchführung von eigenen Vorstellungen bei der Modernisierung.¹¹ Da der Arbeitseinsatz und die Auswahl von Ausstattungselementen sich in den Händen der Betroffenen befinden, lassen sich Einsparungen erzielen. Das heißt, daß sich die Modernisierungskosten u. U. weit unter der bisherigen vom Berliner Senat und seinen Gutachtern propagierten Kalkulation für Modernisierungskosten bewegen.¹²

⁹ Vgl. dazu »CDU fordert Verschiebung des Weißen Kreises«, in: Der Tagesspiegel 18. Oktober 1980; Vgl. dazu W. Kempf, Instandsetzung und Modernisierung, S. 23 ff. Über die Einführung einer Kontrollinstanz »Wohnungs-TÜV« und die Vorstellungen der SPD zu der umstrittenen Mietpreisbindung vgl. G. Lorenz und G. Wartenbergs Beitrag in: Der Tagesspiegel 28. September 1980, S. 60.

¹⁰ T. Pfeiffer, Selbsthilfe als Genossenschaftsmodell in Berlin-Kreuzberg (Mariannenplatz/Muskauer Str.), SFB 3. Programm v. 2. Sept. 1980.

¹¹ Vgl. WoModG vom 23. 8. 1976, § 10, Abs. 4; Vgl. dazu BBauBl. Heft 8/1978, S. 408.

¹² Bei der Modernisierung von Altbauten wurde trotz hochbezahlter Gutachten über die Modernisierungskosten weiterhin an der Konzeption der »umfassenden« oder »durchgreifenden Modernisierung« noch bis 1980 festgehalten. Demgegenüber stehen seit Jahren mehrere Wohnblöcke völlig leer und warten auf den Abriß, obwohl es zehntausende einkommensschwache Wohnungssuchende in Berlin (W) gibt. Aus stadtbauhistorischen, sozioökonomischen und sozialgeographischen Gründen kann es bei der Erneuerung alter Wohnquartiere keine »durchgreifende Modernisierung« geben, sondern nur kontinuierliche Verbesserungen gestattet werden. Vgl. ältere »Positionen« bei Hämer u. Rosemann, Kostenanalyse (s. A 3); Berliner Baubilanz 1978, S. 12 R. Kujath, Aspekte der Berliner Wohnungsmodernisierung, in: Bau-Handbuch 1980, S. 27. Sanierungszeitung Nr. 16, Kreuzberg: »Instandsetzungsförderung soll erst Ende 1980 beginnen, damit keine deutschen Mieter wegziehen«, Die »Stimmung bleibt explosiv«, in: Die Zeit, Nr. 2 vom 2. 1. 81, S. 13.

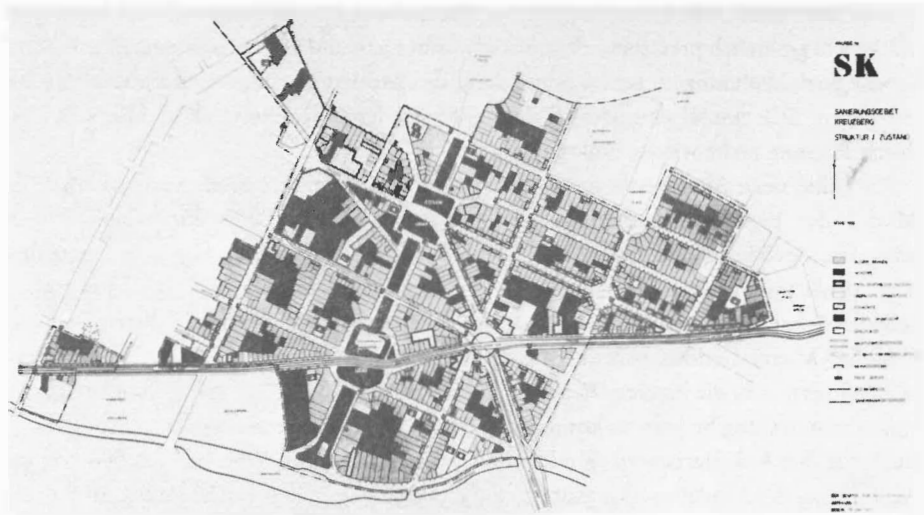


Bild 6 SK-Sanierungsgebiet Kreuzberg-Kottbusser Tor – P VI (SKS)
Zustand 1966 (7. Bericht zur Stadterneuerung, Anl. 1 a)

3. Beispiel: Modernisierung in Kreuzberg-Süd

Für das Verständnis der Planungsprozesse in Kreuzberg-Süd, speziell am Wassertorplatz, erscheint ein kurzer Rückblick angebracht. Besonders bemerkenswert in städtebaulicher Hinsicht ist die in Nord-Süd-Richtung verlaufende Grünachse zwischen dem Engelbecken und dem Landwehrkanal mit einer Straßenlänge von ca. 1150 m bei ca. 60 m Breite und einem mittleren Parkstreifen von ca. 30 m Breite. Zu einer städtebaulichen Spaltung dieses Gebietes und zur Auslöschung der historischen Stadtlandschaft würde die Realisierung der 1950 für Groß-Berlin im Geiste der Charta von Athen geplanten Süd-Ost-Tangente der Autobahn bedeuten.¹³ Die »Geister«-Autobahn-Planung wurde dennoch im Flächennutzungsplan von 1965 unverändert übernommen.¹⁴ Die im 3.–11. Bericht zur Stadterneuerung des Senats von 1965–1973 angegebene Neubebauung für die Blöcke 65, 69, 70, 86–89 am Wassertorplatz-Kottbusser Tor zerschlägt den städtebaulichen Maßstab und nimmt weder Bezug auf die Homogenität des städtebaulichen Gefüges noch Rücksicht auf das historische Stadtbild.¹⁵ Jede Sanierungsplanung in einem Altstadtbereich wurde in Berlin (W) fälschlicherweise an den Maßstäben der Neubauten gemessen. Mit gewissen Einschränkungen kann man behaupten, daß entsprechende Gesundheitsmaßnahmen für ein Altstadtquartier, die nicht in der Beseitigung von Gewerbeflächen und radikalem Abriß

¹³ »Flächennutzungsplan von Groß-Berlin, Verkehrsplan 1 : 25 000, 1950, beim SenBauWohn Abt. II.

¹⁴ Vgl. 3. Änderungsplan vom 8. Sept. 1972, Nr. 1, SenBauWohn, August 1973.

¹⁵ 3. Bericht, Nr. 44, Anlage 2–2e; 5. Bericht, S. 7; 11. Bericht, Bd. II, Anl. 15.3.

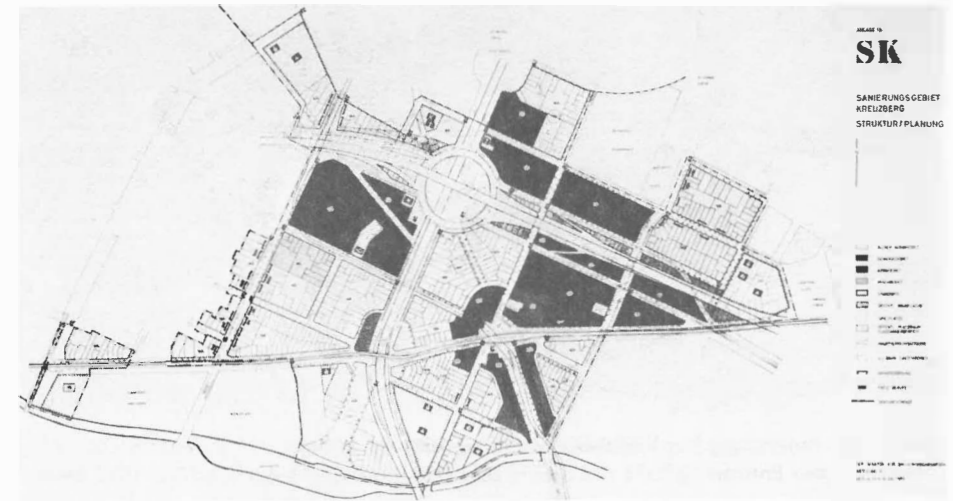


Bild 7 SK-Sanierungsgebiet Kreuzberg-Kottbusser Tor – P VI (SKS)
Planung 1969 (Verkehrsstraße: Ost-Süd-Tangente), (7. Bericht zur Stadterneuerung, Anl. 1 b)

von Wohnbausubstanz bestehen, sondern vor allem in der Beseitigung hygienischer und sanitärer Mißstände unter völliger Einbeziehung der Mieter bei der Gestaltung ihrer Wohnungen, hier weder in den sechziger noch in den siebziger Jahren verwirklicht wurden.¹⁶ In diesem Zusammenhang ist der Auftrag an die fünf Architekten von 1969 für die Planung des – SKS – Planungsgebietes (P VI) zu verstehen.¹⁷ So sind die Planungsabsichten und Anregungen für das Gebiet »rund um die Kohlfurter Straße (SKS, P VI)« ein Beispiel mehr eines altertümlichen Modells isolierter Architektenplanung im Sinne kolossaler Strukturen, wie sie im Märkischen Viertel verwirklicht wurden und noch in den amtlichen Broschüren zur Stadterneuerung bis 1976/77 als Planungsziele für diesen Bereich deklariert wurden. Die Lösungen der Architekten-Gruppe SKS mit den überbauten Autobahntrassen erinnern in der Form und Konzeption an das Projekt in der Schlangenbergstraße.¹⁸

¹⁶ Vgl. W. March / I. Balg, Umsetzung von Gewerbebetrieben im Sanierungsgebiet Kreuzberg von Berlin, Berlin 25. 8. 1967, S. 77–78; Kostenvergleiche der Modernisierung von Altbauten mit den Neubauten, theoretisch interessant, als Hauptkriterium für die erhaltende Erneuerung alter Wohnquartiere durchaus falsch. Vgl. Hämer, Rosemann, Kostenanalyse (s. A 3). Erst nach »unruhigen« Auseinandersetzungen mit Hausbesetzungen im Dezember 1980 fordert IBA-Direktor Hämer ein »Zauber«-Rezept: »Schlichtmodernisierung«, wahrscheinlich zu spät. Vgl. dazu Der Tagesspiegel vom 17. Dezember 1980, S. 8.

¹⁷ Über die SKS-Planungsgruppe vgl. Bauwelt 1969, Hefte 41, 47, 50.

¹⁸ Gruppe SKS: Alternativen einer Sanierung von Berlin-Kreuzberg, in: Bauwelt, Heft 28/1970, S. 1055–1067. Über das Autobahn-Projekt vgl. Bauwelt 1972, H. 24.

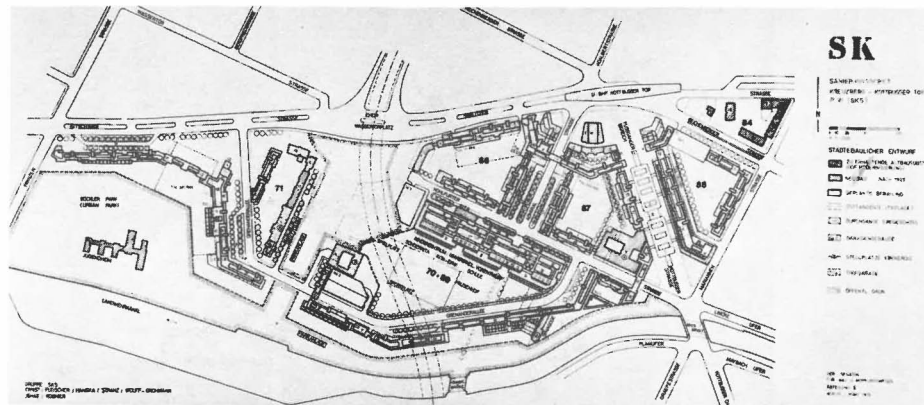


Bild 8 SK-Sanierungsgebiet Kreuzberg-Kottbusser Tor – P VI (SKS)
Städtebaulicher Entwurf 1972/73 (10. Bericht zur Stadterneuerung, Anl. 5.3)

Die 1971 vorgenommene Korrektur beschränkte sich nur auf die Vorverlegung der Autobahn unter dem Landwehrkanal. Die Häuserblocks am Erkelenzdamm 43–49 waren für den Abbruch vorgesehen. Die heutige Straße am Fraenkel-Ufer sollte quer durch den Baublock 70 vorverlegt werden. Damit wäre die Zerstückelung dieses Bereiches sicher gewesen.¹⁹ Die fast leer stehenden Eckhäuser am Wassertorplatz/Erkelenzdamm 43–49, die zum alten Platzensemble gehören, konnten durch die Initiative einer Gruppe von Architekten der TU Berlin im Herbst 1977 vor dem drohenden Abriss gerettet werden. Diese Aktion weckt zwar keine Assoziation mit den neuesten Auseinandersetzungen in Kreuzberg, doch eine der Ursachen, wie z. B. die leerstehenden Mietshäuser, konnten in diesem Fall durch den Einsatz einer Selbsthilfe-Planungsgruppe einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden.²⁰ Ein kostensparender Effekt bei der Modernisierung verspricht daher der Einsatz von Eigenleistungen zu werden. Inwieweit diese Arbeiten soziale und finanzielle Vorteile gegenüber den herkömmlichen Modernisierungsmaßnahmen aufweisen, soll zunächst der methodische Ansatz klären.

4. Nutzereigentum und Selbsthilfegemeinschaft bei der Modernisierung

»Selbsthilfeinitiative« bei Altbaumodernisierung ist ein vieldiskutiertes Thema der letzten zwei Jahre vor allem im akademischen Bereich. Als Ausgangspunkt dieses Modells stand eine Reihe von Experimenten, angefangen bei den Kooperativen, die die leerstehenden

¹⁹ Vgl. 8. Bericht, S. 5; 10. Bericht, S. 33, Anl. 5.1–5.3; 11. Bericht, Bd. II, Anl. 14.1.

²⁰ Vgl. »Sanieren heißt heilen« in: »db«, Heft 7/1974, S. 633–634, Abb. 5–6. Der Tagesspiegel vom 17. Dezember 1980, S. 9.

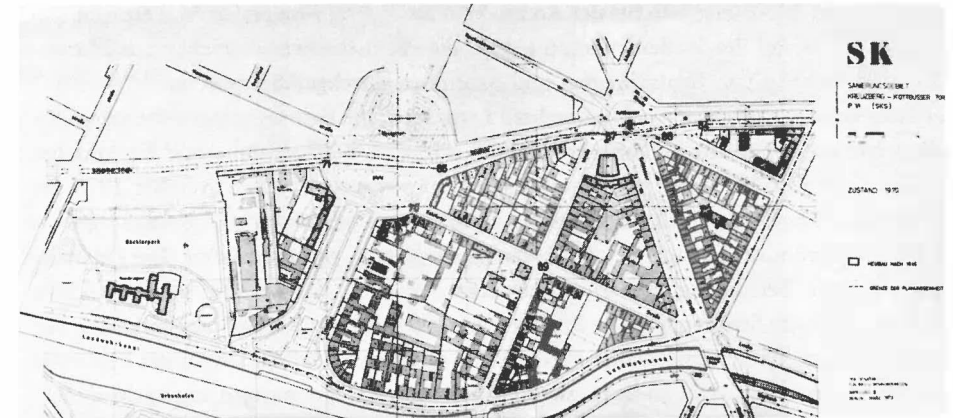


Bild 9 SK-Sanierungsgebiet Kreuzberg-Kottbusser Tor – P VI (SKS)
Zustand 1970 (10. Bericht zur Stadterneuerung, Anl. 5.2)

Mietshäuser besetzten bis zu jenen Kooperativen von Problemgruppen (Drogenabhängige, arbeitslose Jugendliche, u. a.), die durch eine Wohngemeinschaft die ersten Schritte eines sozialen Engagements üben und dabei die handwerkliche Selbsthilfe auch aus sozialpädagogischen Gründen erproben. Die ersten Ansätze von Selbsthilfeinitiativen gehen nicht nur auf Selbsthilfefaktionen in England und Holland zurück, sondern auch auf Experimente und wichtige Entwicklungsprojekte des sogenannten »Selbsthilfebau« in Mexiko, Brasilien oder Indonesien, als »Self-Help-Housing« bekannt.²¹ Wir wollen hier auch auf diese Beteiligungsform von Bürgerinitiativen hinweisen, die »ungeahnte« Möglichkeiten zur Mitbestimmung der Nutzer am Planungsprozeß und zu einer größtmöglichen Bedürfnisbefriedigung der Bewohner führen können (»Mitplanen + Mitbauen + Mitwohnen«).²² Neben dem ausgeführten Studentenwohnheim in Louvain-la-Neuve, das 1973 in Selbstbauweise jedoch als Neubau entstand, versucht seit 1977/78 die Projektgruppe der TUB bei den damals leerstehenden Eckhäusern am Wassertorplatz zu klären, wieviel Eigenleistung notwendig ist, um die späteren Mieten nach der Modernisierung senken zu können.²³ In diesem Fall wird die handwerkliche Selbsthilfe bei Altbaumerneuerung als

²¹ Vgl. A. v. Papp, Häuserbau in Selbsthilfe – Das Projekt Mariapolis, in: BBauBl, 8/1980, S. 483; »Open House«, Nr. 4/1979, Nr. 2/1980, Eindhoven/Holland.

²² E.-M. Kreuz, Probleme der Nutzerbefragung im Planungsprozeß, in: Arbeitsblätter zur Planungsmethodik 7, IGMA-Stuttgart, 1972, S. 13–24; Vgl. J. Kussau, Bürgerinitiativen und Investitionsstau, BMBau-Reihe 03.077, Bonn 1979, S. 22.

²³ Vgl. »Nestbau«, Dokumentation des Lehrgebietes Baukonstruktion + Entwerfen, Prof. P. Haupt, TUB, 20. 4. 78 (»Modernisierung am Wassertorplatz«); Zwischenbericht, Mai 1980; Sanierungszeitung Kreuzberg, Nr. 11, Dez. 1978.

pädagogischer Modellversuch bei der Architekturausbildung zum ersten Mal erprobt. Bei dem Kenntnisstand der Studenten kann jedoch die »Selbstbauweise« nicht ohne Mitwirkung und Aufsicht von Baufachleuten und Baufirmen durchgeführt werden.²⁴

Hinzu kommt eine Fülle von erwünschten Lernzielen, die sozusagen praxisbezogen sein sollen und dabei eine Reihe von Lerngebieten wie z. B. Bauaufnahme und Technischer Ausbau abdecken. Für die Betreuung dieses Projektes wurde am 13. November 1978 der »Verein zur Förderung des gemeinsamen Wohnens von Studenten und Kreuzbergern – STUK –« gegründet, der sich aus den Nutzerinteressenten zusammensetzt. Die Finanzierung sieht die Beteiligung des Studentenwerks der TUB, das bei der jetzigen akuten Wohnungsnot der Studenten in die Bresche sprang und ein Drittel der Gesamtkosten der Modernisierung übernimmt. Dafür werden 12 Wohnungen oder ein Drittel des Bestandes mit Studenten belegt. Die anderen zwei Drittel oder 23 Wohnungen unterschiedlicher Größe werden mit Kreuzberger Bürgern einschließlich zwei Familien von Gastarbeitern belegt. Die Kosten trägt, wie auch im 14. Bericht zur Stadterneuerung angegeben ist, der Senator für Bau- und Wohnungswesen.²⁵ Nach der Fertigstellung der Modernisierungsarbeiten wird sich STUK e.V. zur Miteigentümergeinschaft umwandeln. Die Planung der Modernisierungsmaßnahmen bei den Häusern am Wassertorplatz sehen folgende Verbesserungen vor:

- wohntechnische Verbesserungen (Größe und Zuschnitt der Wohnungen, u. a.),
- bautechnische Instandsetzungen und bauphysikalische Verbesserungen (Belichtung, Sicherheit vor Einbruch, Schallschutz u. a.),
- haustechnische Verbesserungen (Be- und Entwässerung, sanitäre Einrichtungen, Verbesserung der Kochmöglichkeiten),
- energiewirtschaftliche Verbesserungen; erhebliche Kosten entstehen hier durch den Ausbau und die Erweiterung des Kellergeschosses und den Erwerb von technischen Anlagen.
- Verbesserungen des Wohnumfeldes (Spielbereich, Werkstatt/Jugendzentrum).²⁶

Ein Blick auf die Grundrißorganisation läßt folgende charakteristische Merkmale erkennen: die Grundrißstruktur der Vorderhäuser basiert in der Regel auf einer zweibündigen Anlage mit Mittelfluren, die vom zentralen Treppenhaus zugänglich sind. Die Seitenflügel sind als einbündige Anlagen mit seitlich belichteten Fluren ausgebildet. Besonders hervorzuheben ist jedoch die geschwungene Form der Vorderhäuser, die der Blockbebauung einen unverwechselbaren räumlich-ästhetischen Akzent im Stadtbild verleiht. Die unteren Geschosse nehmen Wohnungen für Rentner und kinderreiche Familien auf, in den oberen Geschossen werden Wohnungen für Studenten, Kleinfamilien und eine Wohngemeinschaft

²⁴ Nestbau, S. 52. An den Ausführungsarbeiten beteiligten sich Klempner und Elektriker.

²⁵⁺²⁶ Zwischenbericht, S. 10–12; 14. Bericht zur Stadterneuerung, Anlage 28, S. 2.

verschiedene Wohnungsgrößen
in den Geschossen

-  Treppenhaus
-  Studentenwerk
-  Kreuzb. Bürger
-  Gastarbeiter
-  Wohngemeinschaft

Stand: Vorplanung 3/79
Zwischenbericht TUB, Mai 1980
Zeichnung: M. MISLIN

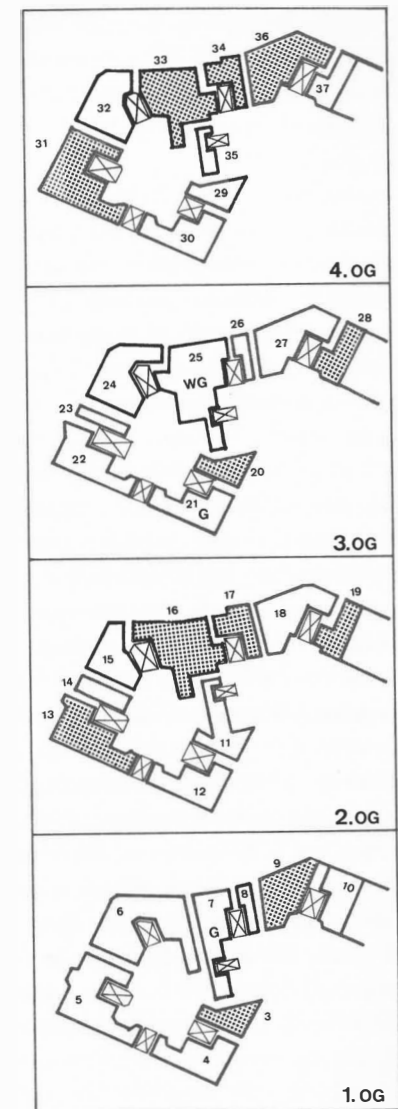


Bild 10

umgebaut. In diesem sozialen Spektrum plante die TUB-Architektengruppe immerhin auch Wohnraum für zwei türkische Gastarbeiterfamilien (das sind etwa 5% der Bewohner). Die Konzeption der Architektengruppe sieht in diesem Zusammenhang die vertikale Verknüpfung von Wohnungen verschiedener Geschosse über Innentreppen und eine horizontale Kommunikation durch Teilabrisß von Brandwänden und Seitenflügeln vor. Die Einrichtung von Gemeinschaftsflächen für Musik-, Spiel- und Gymnastikräume, Gästezimmer und Waschräume ist im Dachgeschoß vorgesehen.

Bis 1977 waren diese Eckhäuser für den Abbruch vorgesehen, so daß hier die Bausubstanz baulich und haustechnisch erhebliche Mängel aufwies. Neben einer generellen Instandsetzung des Gebäudes und dem Einbau von Bad und WC in jede Wohnung sind bei einem solchen Vorhaben Abbrucharbeiten (Kachelöfen, Tapeten, nichttragendes Mauerwerk), teilweise Neuerlegung von Fußböden und Balkenerneuerung unvermeidlich. Hinzu kommen neue sanitärtechnische Ausstattungen des Küche-Bad-Bereiches und der Einbau von Doppelfenstern. Gebrauchte Fenster- und Türflügel können z. T. wieder verwendet werden. Alle diese Arbeiten können in handwerklicher Selbsthilfe ausgeführt werden. Für Elektroarbeiten war der Einsatz eines »gelernten« Elektrikers bereits in der Anfangsphase von entscheidender Bedeutung. Hier kommt es erstmalig zu einer Zusammenarbeit einiger Studenten mit Handwerkern.

Einzelne Teilarbeiten konnten von Studenten ausgeführt werden.²⁷ Wie zu sehen ist, beschränkt sich bei diesem Projekt die »Selbsthilfe« vor allem auf die Mitwirkung der Studenten, da erst seit Februar 1980 auch die künftigen Bewohner, zwar organisiert in »Handwerkskollektiven«, jedoch nur an den beiden Tagen der Wochenenden mitarbeiten können.²⁸

Demnach kann die Arbeitskraft der werktätigen Mieter, die zum größten Teil in den Wohnungen am Wassertorplatz noch nicht eingezogen sind, von der »Zeit«-Komponente her gesehen, *nicht effektiv* eingesetzt werden. Das bringt lange Bauzeiten mit sich. Doch der Effekt der Bauzeitverkürzung steht bei diesem Experiment nicht im Vordergrund, da es hier keine Umsetzmieter im engeren Sinn gibt. Bis auf zwei Familien, die in der Kohlfurter Straße 2 noch wohnen, setzen sich die anderen Interessenten (die Studenten ausgenommen) aus der Umgebung aber auch aus Wilmersdorf, Schöneberg und Reinikendorf zusammen.²⁹

Wie die bisherige Selbsthilfepraxis gezeigt hat, können die Arbeiten nicht gleichzeitig (das würde 20% der Kosten einsparen), sondern nur stufenweise ausgeführt werden. Diese Ausführungsvariante hat mit Improvisation nichts zu tun, im Gegenteil, eine stufenweise Modernisierung oder Instandsetzung verlangt vorher in allen Phasen eine genaue Planung, auch wenn es sich hier um ein Lernmodell der Selbsthilfe handelt.³⁰ Von größter städtebaulicher und bauhistorischer Bedeutung ist der Versuch zu werten, die hier verbliebene Altbausubstanz möglichst in Form geschlossener Baukörper zu erhalten. Die freigelegte Brandwand des Hausteils am Erkelenzdamm 49 soll mit Fensteröffnungen versehen und neu gestaltet werden. Die Fassaden als eine der wenigen noch erhaltenen »Platzensemble-Teile« des ursprünglichen Wassertorplatzes weisen interessante Straßenfronten mit plastisch durchgestalteten Flächen und abwechslungsreiche Horizontalgliederungen auf. Hier möchten die Architekten neben einer gründlichen Ausbesserung der alten, wertvollen Formen noch manche neue Formelemente hinzufügen, wie z. B. neue Erkerfenster, Balkonüberdachungen und den Ausbau der Ecktürme (»Studententürme« genannt). Die Erdgeschoßzone der Vorderhäuser soll durch ein durchlaufendes Witterungsdach betont werden. Vier Läden, eine Kneipe, eine Pizzeria und das Info-Büro des STUK-Vereins mit Ausstellungsräumen befinden sich darin. Zur Verkehrsberuhigung und

²⁷ Nestbau, S. 33.

²⁸ Zwischenbericht, S. 20.

²⁹ ebda., S. 15. Sämtliche Nebenkosten für Ersatzwohnungen, Reinigung, Mietausfall entfallen (Planung: Architektengruppe »Wassertorplatz TUB«, Bauführung: Arch. G. Zabre).

³⁰ Achtenberg, Kriterien für die Wirtschaftlichkeit der Altbaumodernisierung, in: BBauBl, 7/1980, S. 451 ff.; R. Spohr / H. Esch, Modernisierung mit Effekt, in: »Architektur der DDR«, Sept. 1979, S. 538 ff.; G. Becker, Grundrißgestaltung von Altbauwohnungen bei der komplexen Umgestaltung innerstädtischer Gebiete, in: »Architektur der DDR«, Febr. 1979, S. 73 ff.; Vgl. dazu Kainrath-Potyka-Zabrana, Planquadrat 4, Wien 1980, S. 110, 170; Hämer / Rosemann, Kostenanalyse (s. A 3) S. 179–181.

zur optimalen Nutzung des Platzraumes für den Fußgänger sollen die Bürgersteige verbreitert werden.³¹ Die bestehende Baulücke am Erkelenzdamm 51–57 durch einen Neubau (»Selbstbau« der Architektengruppe) zu erschließen, wurde von der IBA im Februar 1980 empfohlen.³²

5. Zusammenfassender Kommentar

Die vorläufigen Ergebnisse und Erfahrungen der Selbsthilfeinitiativen, die in Berlin bei Modernisierung von Altbauten nur vereinzelt auftraten, zeigen, daß nur durch eine optimale Betreuung von Planern und Verwaltungsstellen und durch eine finanzielle, materielle und ideelle Förderung (»Hilfe zur Selbsthilfe«) praktikable Selbsthilfemodelle einschließlich neuer Formen des Wohnungseigentums entwickelt werden können. Ihre Motorik beruht ganz besonders auf der Kooperationsbereitschaft und der direkten Mitarbeit der Betroffenen in allen Planungsentscheidungen und allen Phasen der Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten. Zur Stimulierung von Eigeninitiativen bedarf es generell an Förderungsprogrammen, die zur Verstärkung der Investitionsdynamik beitragen. Diese Investitionen – qualitativer Art – können auch in Form von »Selbstfinanzierung«, »Sachinvestition«, »Planungsmithilfe« und durch »eigene Arbeit« beigetragen werden. Daß dadurch der Modernisierungsumfang und Ausstattungsstandard gesenkt wird, kann nur von Vorteil sein. Damit kann man auch Hausgemeinschaften aus einkommensschwächeren Mietern ermuntern, die notwendigen Instandsetzungen durchzuführen, bevor es zu einer Segregation kommt.

Besonders interessant können sich solche Selbsthilfemodelle entwickeln, die sich von vornherein auf einen spezifischen Teilnehmerkreis stützen, wie Studenten oder arbeitslose Jugendliche, die die handwerkliche Selbsthilfe auch als Lernmodell praktizieren. Es müssen weitere Projekte in Selbsthilfe entstehen, die nicht so »demonstrativ« und staatlich hundertprozentig finanziert werden wie das Projekt am Wassertorplatz, wo Hochschularchitekten und Studenten »herumexperimentieren«, sondern wo alteingesessene Mieter ihr Haus vor dem Abriß retten und instandsetzen können. Drei staatlich finanzierte »Selbsthilfe«-Projekte reichen für Berlin mit dem größten Sanierungsgebiet Europas bei weitem nicht aus! Vor allem kommt es darauf an, den Mietern keine schematischen Ausstattungsstandards, die ihren Vorstellungen nicht entsprechen, aufzudrängen. Eine Modernisierungsstrategie, die sich wie bisher gänzlich auf eine starre Finanzierungsgesetzgebung stützt, verkennt die Ziele der Stadterneuerung alter Wohnviertel und erzeugt soziale (und politische) Konflikte. Um »kontinuierliche« Verbesserungen in den kritischen Quartieren zu sichern, bedarf es einer Abstufung der Modernisierung für unterschiedliche Bedürfnisse der jeweiligen Sozialstrukturen mit verschiedenen Ausgangsbedingungen und Entwick-

³¹ Zwischenbericht Wassertorplatz und eigene Begehung im Juli/August 1980.

³² ebda., S. 34. IBA-Press-Bericht Nr. 2, Febr. 1980.

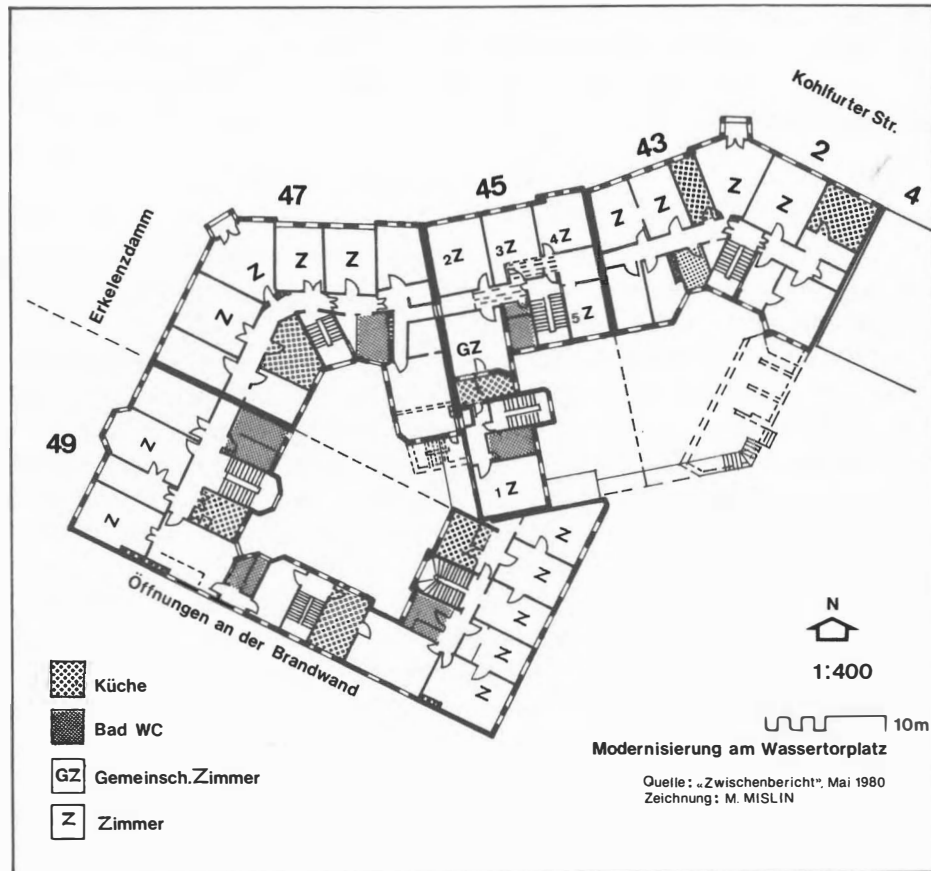


Bild 11

lungsaussichten. Dadurch können auch kleinräumliche, autonome Bestrebungen – auch blockweise – realisiert werden.

6. Schlußbetrachtung

Unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung der Modernisierungspraxis in Berlin (W) wurden die Modernisierungsvorhaben seit Anfang der siebziger Jahre bis zuletzt – fälschlicherweise – in der Planung, Finanzierung und Ausführung stets mit den Neubauten verglichen. Einmal in Gang gesetzte falsch verstandene Modernisierungseffektivität führte schließlich dazu, daß das Konzept einer behutsamen schrittweisen Erneuerung der Altbaubsubstanz und der Erhaltung der Bewohnerstruktur nirgendwo verwirklicht werden

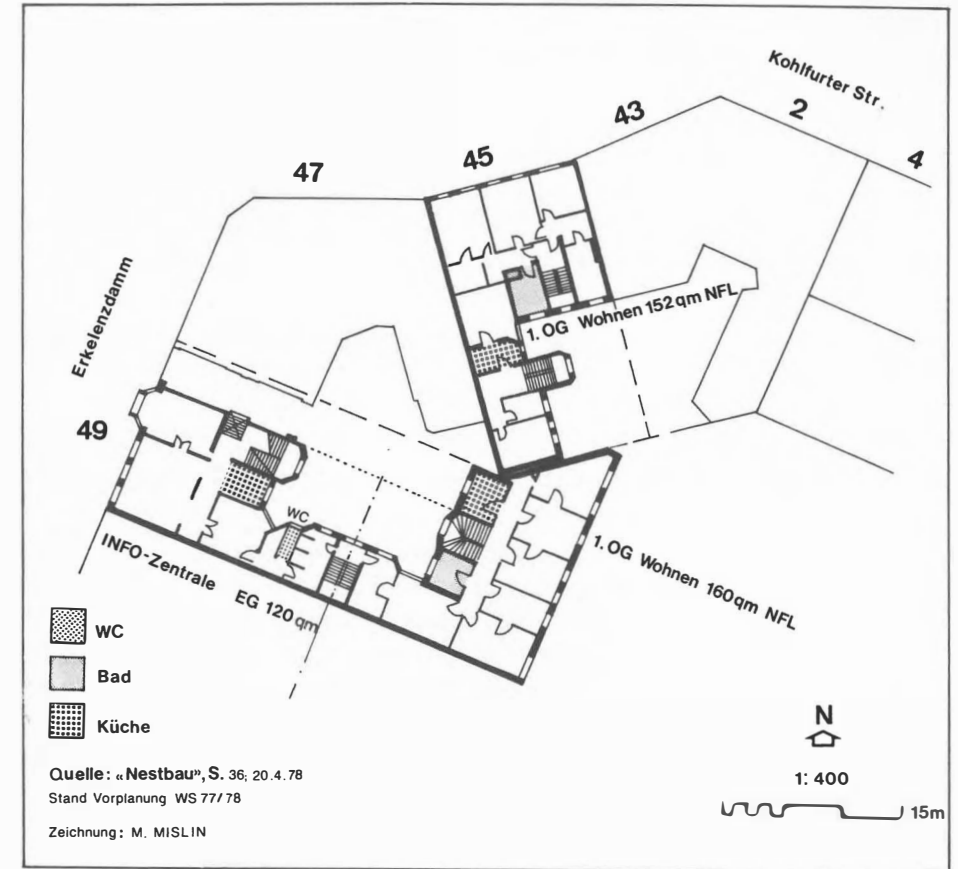


Bild 12

konnte. Kleinere Projekte, die sich auf Instandsetzungsmaßnahmen mit Hilfe der Mieter beschränkten (mit der Möglichkeit einer Eigentumsübernahme), fanden weder bei den Planern noch bei der Verwaltung Gehör. Dies aus gutem Grund. Denn, just mit der Baukrise, begannen die Bundesförderungsprogramme für die Erneuerung der Altbauten. Die umfangreichen Modernisierungsprogramme – 1979 vor allem aus Mitteln des für Berlin immerhin 530 Millionen DM umfassenden Zukunftsinvestitionsprogramms (ZIP) gefördert – boten eine Vielzahl von neuen Beschäftigungsmöglichkeiten. Man könnte hier mit Recht argwöhnen, daß die Frage nach dem Anlaß und Ziel der Erhaltung von Altbauten auch von den Architekten – aus wirtschaftlichen Gründen (?) – nicht gestellt wurde. Jedenfalls hat man mit den bisherigen hochgeschraubten Standardanforderungen Erfahrungen von dem Modellvorhaben Putbusser Straße (84% der Neubaukosten!) und

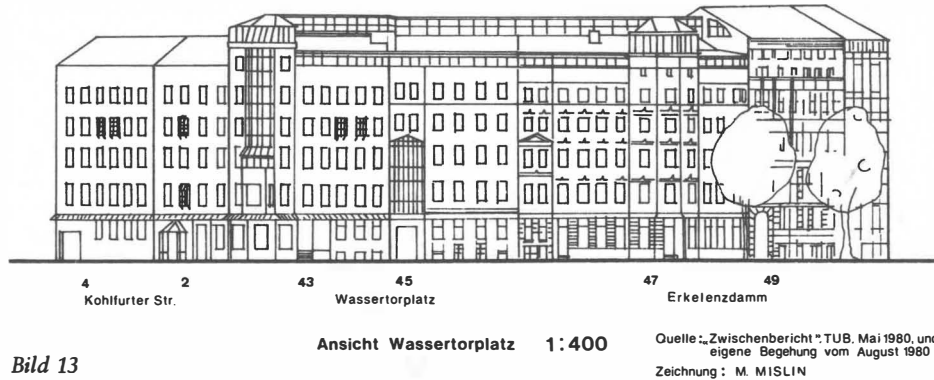


Bild 13

Graunstraße in Berlin-Wedding (106% der Neubaukosten!!) bis zu den neuesten Projekten am Mariannenplatz oder Bethanienviertel gesammelt, ohne daß eine Umorientierung stattgefunden hat.

Die Durchführung eines solchen Verbesserungsprozesses ist für Großunternehmen und Großarchitekten unrentabel. Wer möchte sich für 10% der Neubaukosten engagieren? Angesichts der letzten dramatischen Entwicklung in der Sanierungsszene Berlins (W) und den Besetzungen von über 100 Wohnungen in Kreuzberg muß man sich in diesem Zusammenhang im klaren über die Entwicklung von Alternativlösungen der Selbsthilfe sein und auch über die Misere der bisherigen Modernisierungspolitik. Hinzu kommt auch die Tatsache, daß die ZIP-Programme auslaufen und Bundesmittel in der bisherigen Höhe ausbleiben werden. Das bisherige starre Modernisierungsprogramm hielt an der »durchgreifenden Modernisierung« fest, die sich fast ausschließlich an § 43 des Städtebauförderungsgesetzes und § 17 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes orientierte.

Diese Förderung entspricht weitgehend dem Standard von Neubauwohnungen im sozialen Wohnungsbau. Das Finanzierungskonzept verkennt jedoch die eigentlichen Ziele der Stadterneuerung alter Wohnquartiere. Eine der nach unserer Ansicht umstrittensten Maßnahmen war die bisher praktizierte radikale Blockentkernung, die zur Schließung von hunderten Gewerbebetrieben (»auslaufende Betriebe«) und zum Verlust von tausenden Arbeitsplätzen und zur Entmietung von Wohnraum führte. Die Angleichung der historischen Altbausubstanz an Neubaunormen und ihre Ausstattung mit den neuesten technischen Schikanen ist grundsätzlich eine Fehlkonstruktion. Diese Diskrepanz in der Zielsetzung wird in Berlin am Beispiel der konträren Konzeptionen zur Stadterneuerung von Enderlein, der sich grundsätzlich auf die Richtlinien des Sozialen Wohnungsbaus stützte und die Auffassung von March/Balg, die auf eine Differenzierung der Standardanforderungen und Normen plädierten, sichtbar.³³ Altbauerneuerung soll nicht etwa nach dem

³³ Vgl. W. March / Ilse Balg, Umsetzung von Gewerbebetrieben (s. A 16) S. 76–79.

Motto »von der Mietskaserne zum Reihenhaus im Grünen« erfolgen. Vielmehr sollen der Altbausubstanz adäquate Verbesserungen angemessen werden, die ihrem historisch-sozialgeschichtlichen Wesen entsprechen.

Sonst kann die radikale Entkernung leicht zur sterilen Blockrandbebauung frei von den ursprünglichen gewerblichen Nutzungen werden (ca. 200 × 90 m große durchgrünte Innenhöfe im Bethanienviertel). Denn, Kreuzberg oder Wedding können nicht zu Zehlendorf oder Dahlem umgestaltet werden. Jeder Bezirk, jeder Stadtteil hat seine eigene stadt(teil)soziologische und stadt(teil)historische Bedeutung und Charakteristik, die nicht weggewischt werden kann. Es müßte jedem einleuchten, daß unter den oben zitierten Maßnahmen eine große Anzahl an Kleinwohnungen und Ersatzwohnungen der abgerissenen Seitenflügel verloren gegangen ist. Eine Umorientierung der Sanierungspolitik ist jetzt dringender denn je. Die Reduzierung der Modernisierungsstandards, mehr »Verbesserungen« und Instandsetzungen von Häusern auch unter Einbeziehung der betroffenen Mieter kann sich kostensparend auswirken und die »Entmietung« vermeiden.

7. Erstes Fazit

Mehr Verantwortungsbereitschaft und wenig Belohnung für den Architekten, d. h., der geringe finanzielle (10%) Erfolg kann nur durch die Befriedigung »entschädigt« werden, die aus der erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Bewohnern entsteht. Keine Sache für Großarchitekten...³⁴

8. Zweites Fazit:

Sanitäre Verbesserungen, die Vermeidung größerer Grundrißveränderungen und der Verzicht auf Balkone sind Maßnahmen, die den Kostenaufwand erheblich reduzieren. Um eine Modernisierung mit höherem menschlichen Effekt zu erreichen, muß man zunächst sämtliche Maßnahmen zur Aufwandsenkung herbeiführen und geeignete Förderungsprogramme vorbereiten:

- Minimierung der Abbrüche
- Verringerung der Grundrißveränderungen
- Anwendung von wirtschaftlicheren Instandsetzungstechnologien
- sinnvolle Abstufung: Instandsetzung, Teilmodernisierung, Verbesserungen der Ausstattung (bis 15% der Neubaukosten)
- Einbeziehung der Mieter für Teilarbeiten der Instandsetzung und Teilmodernisierung
- Verbesserung der Selbsthilfeförderung

Diese Maßnahmen könnten zu einer fließenden Kontinuität der Stadterneuerung ohne abrupte Veränderungen beitragen.

³⁴ Vgl. dazu R. Hackney, New role for Architects as team leaders in self-help housing rehabilitation, in: Building Conservation, Febr. 1980 und ders., Down your way, in: The Architects Journal, 5. Okt. 1977.

»Altstadtsanierung: zum Beispiel Wertheim am Main«

Das historische Stadtgefüge. Von Jörg Paczkowski

»Das sehr alterthümliche Städtlein mit gothisch. Kirche, althem schönen Hafenthurm, sehr malerischen Mainschiffen und auf dem Berge die bedeutende Ruine eines Schlosses, ..., machte sich sehr hübsch.«¹

Kein geringerer als Ludwig Richter (Abb. 1) schrieb diese Worte über Wertheim, die Stadt an Main und Tauber, wo er dann auch »einige hübsche Partien«² zeichnete. Eine dieser Zeichnungen wurde gedruckt und erschien in einer Reisebeschreibung des 19. Jahrhunderts,³ in der dann ebenfalls die »Lage der Hauptstadt«⁴ Wertheim als »wahrhaft schön« und der Gesamtanblick als »äußerst malerisch und prächtig«⁵ bezeichnet wird.

Diese bekannte Ansicht von Wertheim aus der Mitte des 19. Jahrhunderts zeigt (Abb. 1) die so gepriesene Situation: Auf der Landzunge zwischen Main und Tauber stehen dichtgedrängt die Häuser der Stadt, überragt vom »Spitzen Turm« im Vordergrund. Die beiden Flüsse und parallel dazu die Stadtmauer bilden die überall faßbare Grenze des Gemeinwesens. Das Weichbild der Stadt erscheint ungestört. Als wichtige Komponente für die Gesamtsituation tritt noch der Schloßberg hinzu, auf dem die Burg steht – nicht ganz oben, sondern auf halber Höhe. Bilden im Vordergrund die Flüsse die natürliche Einfriedung, so übernimmt der aufsteigende Berg im Hintergrund die landschaftliche Eingrenzung der Stadt. Die Burg – auch wenn sie hier in der Ferne erscheint – muß unbestreitbar als Stadtkrone angesehen werden.

Stadtanlage und Natur sind in Wertheim eine Symbiose eingegangen, die es selten noch gibt. Diese Situation hat sich in Wertheim bis heute kaum verändert, d. h. nicht nur die Altstadt blieb im Kern erhalten, sondern auch die historische Stadtsilhouette. In Wertheim ist somit die geschichtliche Entwicklung bis auf den heutigen Tag noch abzulesen. Ausgangspunkt der Stadtanlage war der Baubeginn der Burg in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts.

Die Burg hatte – läßt man einmal die Zerstörungen des 17. Jahrhunderts unberücksichtigt – im frühen 17. Jahrhundert ihr heutiges Aussehen erhalten. Allmählich war aus der

¹ Tagebucheintrag von Ludwig Richter; zitiert nach *Friedrich Schilling*, Ludwig Richter wandert in Franken; in: *Jahrbuch der Coburger Landesstiftung* 1962, S. 134.

² ebda.

³ Franken; in der Reihe: *Gustav von Heeringen*, Das malerische und romantische Deutschland 1840–60; Nachdruck München o. J., S. 142.

⁴ Die Stadt Wertheim war bis zur Mediatisierung 1806 Hauptstadt der Grafschaft Wertheim.

⁵ vgl. A 3.



Abb. 1 Ludwig Richter (pinx), Frommel und Winkles (sculp.), Wertheim vom linken Tauberufer, Stahlstich 1839

spätstaufischen Gründung eine mächtige, fast schloßartige Gesamtanlage geworden. Die Wertheimer Burg beherrscht als Höhenburg das vor ihr liegende Gelände: die Verteidigungsstrategie beeinflußt Struktur und Entwicklung der Stadt. Die Burgwehren wurden zum Main bzw. zur Tauber hin verlängert, so daß der Siedlungsraum der zukünftigen Stadt schon durch die Planung der Burg vorgegeben war. Die Burg mit allen Anlagen – und das spürt man heute noch – bot Schutz, übte aber eben auch – als Sitz der Herren – die Kontrolle aus.

Die eigentliche Stadtanlage (Abb. 2) folgt nicht konsequent einem regelmäßigen Grundriß, wie z. B. bei Anlage der norddeutschen Hansestädte. Im Schutze der Burg entwickelte sich das neue Gemeinwesen, das 1192 »suburbium castris« genannt wird, 1214 taucht die Bezeichnung »urbs« und 1244 schließlich »civitas« auf. Edith Ennen hat diese Entwicklung – also die Abhängigkeit der Stadt von der Burggründung – als »topografischen Dualismus«⁶ bezeichnet und darauf hingewiesen, daß »das bei diesem Herrrensitz entstehende suburbium eine frühe Kaufmannssiedlung ... sein (kann), aber auch eine Marktsiedlung«.⁷ Für die Grundrißstruktur der Stadt muß nun festgehalten werden, daß sich die

⁶ *Edith Ennen*, Die europäische Stadt des Mittelalters, Göttingen 1972, S. 92.

⁷ ebda.

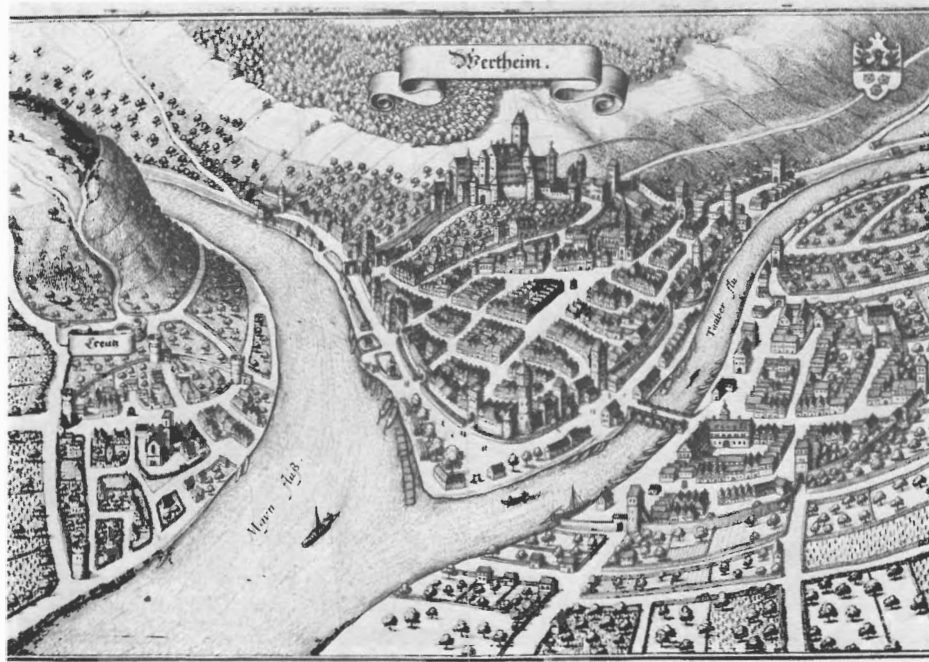


Abb. 2 Matthäus Merian d. Ä., Wertheim aus der Vogelschau, Kupferstich 1648

beiden ins Zentrum Wertheims führenden Straßen – Eichelgasse und Mühlenstraße – auf dem höchstgelegenen ebenen Terrain treffen, nämlich auf dem Marktplatz. Auch die beiden anderen bedeutenden Straßen – Brückengasse und Maingasse – folgen diesem Prinzip und führen ebenfalls auf diesen Platz.

Die Burg stellt in der Gesamtwirkung die Stadtkrone dar und auch ihre Baulichkeiten sind auf die Stadt hin gerichtet,⁸ dennoch schlägt diese Orientierung – bedingt durch die Höhenlage – sich nicht im Stadtgrundriß nieder, d. h. wir finden keinerlei architektonisch ausgebildeten Achsenbezug. Vielmehr muß die zur Burg führende Schloßgasse sogar eher als eine Seitenstraße bezeichnet werden. Die sich durch die Straßenführung bildenden Quartiere – durchzogen von unregelmäßigen, kleinen Gassen – hatten aber keinen Einfluß auf die Vierteilung des Wertheimer Gemeinwesens.

Die Erweiterung dieses Kernbereiches um das Tauberviertel (13./14. Jh.) – auf der linken Tauberseite –, um die sog. »Neustadt« (15. Jh.) – Verlängerung der Mühlenstraße nach Süden – und um das Bahnhofsviertel (19. Jh.) vollzieht sich ohne gravierende Einschnitte. Auch heute noch kann man erkennen, daß sich diese Stadterweiterungen aus der vorgege-

⁸ Der Eingangsbereich ist von der Angriffsseite abgewandt; der Bergfried zur Verteidigungsseite hin orientiert.

benen Situation und Struktur der Stadt heraus bildeten, sich logisch anschlossen. Das von den topografischen Gegebenheiten bestimmte Straßennetz blieb im Laufe der Geschichte zumindest in den Grundzügen konstant.

Neben der Burg bilden die Stiftskirche und die Kemenate⁹ die Dominanten im Stadtaufriß. »Die mäßige Ausdehnung der alten Stadt sorgte dafür, daß sie auswendig als ein übersichtliches Ganzes erschien mit geschlossener, gegen die Luft sich abhebender Silhouette, mit fester Grenze gegen das offene Feld.«¹⁰ Dieser Satz Dehios kann trefflich auf Wertheim bezogen werden. Wichtig ist auch Dehios Hinweis, »was von der alten deutschen Stadt heute vor uns steht, ist nur die Endgestalt am Schluß des Mittelalters.«¹¹ Dehio stellt zurecht fest, daß wir zwar noch einzelne Gebäude aus dem Mittelalter allenthalben finden, »aber nicht... ihr zweckliches oder optisches Aufeinanderbezogen-sein.«¹² Der Wertheimer Stadtgrundriß hat sich sicherlich seit dem Mittelalter kaum verändert, jedoch hat sich der heute auf uns gekommene Aufriß erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts herausgebildet. Mächtige, mit Zierfachwerk geschmückte Fassaden auf mit Spätrenaissance-Motiven gegliederten Erdgeschossen (Roter Sandstein) zeugen von einem Bauboom infolge einer wirtschaftlichen Hausse.¹³

Die spätmittelalterlichen Bauten¹⁴ zeigen ebenfalls ein konstruktives, aber häufig sehr aufwendiges Fachwerk. Gebäude späterer Zeit heben sich nicht hervor, da sie sich im Volumen kaum unterscheiden. Lediglich erscheinen vereinzelt einige Barockmotive, die verputzten Fassaden treten jedoch nun häufiger auf. Daß sich hier seit dem frühen 17. Jahrhundert baulich kein großer Wandel vollzogen hat, liegt auch in der gesunkenen Bedeutung der Stadt begründet. Dehio schreibt: »Die Stadt hat den Charakter einer altfränkischen Kleinstadt wie wenige bewahrt.«¹⁵ Das 19. Jahrhundert schuf – neben dem Dekanat bei der Stiftskirche und dem ehemaligen Hotel »Löwensteiner Hof«¹⁶ – das bemerkenswerte Bahnhofsviertel, dessen erste Bauten (katholische Kirche, Amtsgericht) von dem Hübsch-Schüler August Moßbrugger seit 1842 errichtet worden sind. 1865 bezeichnete Wilhelm Heinrich Riehl das Gesamtbild von Wertheim als einen »malerischen

⁹ Die sog. Kemenate (Freudenbergsche Hofhaltung) aus dem Beginn des 17. Jh. (Umbau im 19. Jh.) steht auf halbem Wege zur Burg. Als mächtiger Bau erhebt sie sich herrschaftlich unterhalb der Burg, am Rande des Stadtgefüges.

¹⁰ Georg Dehio, Geschichte der deutschen Kunst, Bd. II, 1919–24, S. 320.

¹¹ ebda.

¹² ebda.

¹³ In der zweiten Hälfte des 16. Jhs. war Wertheim – aufgrund des eingelagerten Weines – wirtschaftlich stark.

¹⁴ Z. B. Rathausgasse 14, vgl. dazu Heinrich Winter, Das Bürgerhaus zwischen Rhein, Main und Neckar, Tübingen 1961, S. 31 ff., oder Brückengasse 17.

¹⁵ Georg Dehio, Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler – Baden-Württemberg 1964, S. 534.

¹⁶ Georg Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg ließ 1843/44 den Gasthof »Löwensteiner Hof« (heute Baden-Württembergische Bank) in der Oberen Eichelgasse in der Nähe des Mains am Fuß des Schloßbergs errichten.



Abb. 3 Schloßgasse

Aufbau«. ¹⁷ Der Begriff des »Malerischen« mag zwar eine treffende Bezeichnung sein, aber Georg Dehio hat zurecht darauf hingewiesen, daß »das moderne Auge (um 1920) sich gewöhnt hat, die inneren Ansichten alter Städte vornehmlich malerisch zu deuten ...«. ¹⁸

Raumgestaltungen und Massengruppierungen ergeben sich nach seiner Meinung nicht zufällig, sondern sind bewußt erzeugt worden. Und er fährt fort: »... das durch Straßenzug und Platz gegebene ist nachträglich oft genug auch im Mittelalter auf einen gewollten optischen Eindruck hin korrigiert.« ¹⁹ Dieses Phänomen wollen wir an einigen Beispielen in Wertheim untersuchen, um so das Spezifische des Wertheimer Stadtaufisses darzustellen. Im Inneren der Stadt trifft man auf eine Folge von drei Plätzen, die ganz sicher nicht von vornherein in einem derart festen Bezug zueinander standen. Der längliche Marktplatz, der keine bewußt gegliederte Randbebauung aufweist, ²⁰ wird als Zentrum der bürgerlichen Gemeinschaft bereits indirekt vom Turm ²¹ der Stiftskirche (Abb. 1) beherrscht. Er überragt im Süden die Marktbebauung. Nach einer Verengung ²² durch das Vorspringen der westlichen Mainfront geht der Marktplatz über in den Platz am Engelsbrunnen. Dieser Bereich ist weitgehend gestaltet worden; er bildet eine geschlossene Einheit.

¹⁷ Wilhelm Heinrich Riehl, Ein Gang durch das Taubertal 1865, Berlin 1928, S. 47.

¹⁸ Georg Dehio, Geschichte der deutschen Kunst, Bd. II 1919–24, S. 321.

¹⁹ ebda.

²⁰ Am Marktplatz finden wir Bauten aus der Zeit des frühen 16. Jhs. bis zur Neuzeit. Das einstmals am Marktplatz stehende Rathaus wurde schon im 16. Jahrhundert in die heutige Rathausgasse verlegt.

²¹ An welcher Stelle der Turm der ersten Wertheimer Kirche gestanden hat, ist nicht geklärt. Wichtig ist aber, daß der jetzige Standort – nördlich an der Westfront – städtebaulich und wohl auch verkehrstechnisch bedingt ist: Nur so kommt er im Marktbereich voll als zur Kirche gehörig zur Geltung; für den von Süden Kommenden erscheint er als Zielpunkt, d. h. er steht genau in der Achse der Mühlenstraße.

²² Für unsere Betrachtung ist irrelevant, ob diese Einziehung schon im Mittelalter vorhanden war oder erst im 16. Jahrhundert erfolgt ist.



Abb. 4 Maingasse, Blick nach Süden – auf den Marktplatz und auf die ev. Stiftskirche

Abb. 5 Eichelgasse

Die umliegenden Gebäude und der Brunnen entstanden nahezu gleichzeitig (1573/74), seine Aufstellung und Gliederung zeugen von einer überlegten städtebaulichen Orientierung: der ovale Brunnengrundriß paßt sich der Form des Platzes an, die Figuren haben eine bewußte Blickachse, der Brunnen leitet sowohl über in die Rathausgasse, wo sich seit 1561/62 der Sitz der Stadtverwaltung befindet, wie auch zum nächsten Bereich, dem Kirchplatz. Hier begegnen wir einer Situation, ²³ die wohl als »Städtebauliches Phänomen« ²⁴ im Sinne Aldo Rossis zu bezeichnen ist. An dieser Stelle wird die Burg auch zum Kulminationspunkt der inneren Stadt. An keiner Stelle im Stadtbereich wird sie so direkt in einen städtebaulichen Zusammenhang eingebunden: die spätgotische Kilianskapelle auf der linken und die gotische Stiftskirche auf der rechten Seite als rahmende Gebäude, die mächtigen Substruktionen und über dem Ganzen die Burg. Das barocke Portal der ehemaligen fürstlichen Hofhaltung beweist, wie man auch mit relativ bescheidenen Mitteln in einer einstmals engeren Straße eine bemerkenswerte Situation schaffen kann: Das Portal wurde zwischen die beiden älteren Gebäude nicht in der Baulinie fluchtend eingebunden, sondern auf der südlichen Seite vorgezogen, so daß es für den von der Stadt Kommenden zumindest in der Schrägsicht als auffallendes Motiv erscheint. Der Grundriß der Stadt zeigt uns, daß es in dieser Stadt keine geraden Straßen gibt. Dieses Phänomen wird auch im Aufriß deutlich. Die Straßen und Gassen erweitern sich gelegentlich zu kleinen Freiräumen. So müssen dann auch einzelne, durchaus bescheidene Bauten als Point-de-vue einer Blicklinie verstanden werden, z. B. an der Gabelung Eichelgasse/Schloßgasse (Abb. 3 u. 5) oder das im Erdgeschoß und auf der Wandfläche leider umgestaltete Haus Brückengasse 19 von 1589.

²³ Der Kirchplatz war ursprünglich – bis 1538 – der innerstädtische Friedhof. Im 19. Jh. wurde die sog. Burg »Siebeneck« abgerissen, die z. T. eine westliche Bebauung des Platzes darstellte.

²⁴ Aldo Rossi, Die Architektur der Stadt, Düsseldorf 1973, S. 100f.



Abb. 6 Die Maingasse, eine typische Altstadtgasse, die wie alle Straßen leicht geschwungen sind und damit eine Staffelflucht erlaubte, die das Stadtbild ganz besonders bereichert.

Typisch die hier erkennbaren Fenster im Gebäudevorsprung, die den Bewohnern den Blick auf den Marktplatz gestatten.

Georg Dehio hat festgestellt, daß in einem vergleichsweise unregelmäßigen Stadtplan ein auffälliger »Reichtum des einzelnen Straßenbildes«²⁵ vorherrscht. Diese Feststellung gilt auch für Wertheim, denn auch hier nimmt »jedes Haus eine andere Stellung zur Blicklinie«²⁶ ein. Besonders auffällig finden wir diese Erscheinungen in den kleinen Seitengassen, doch auch der Marktplatz mit seiner leicht geschwungenen Westseite ist ein beredtes Zeugnis für diese Beobachtung. Unsere eingangs erwähnten Hauptstraßen – Eichelgasse, Maingasse und Brückengasse – zeigen noch ein weiteres bemerkenswertes Motiv: sie bilden z. T. keine durchgehende Baulinie, sondern die Häuser springen annähernd um eine Fensterachse vor. Hager hat auf diese Erscheinung bereits aufmerksam gemacht und stellt fest: »Die Stellung und Anlage der Häuser ist orientiert nach dem Ausblick auf den Platz« (Abb. 6).²⁷

Wertheim muß als eine historisch gewachsene Stadt bezeichnet werden, wenn man darunter ein städtebauliches Gefüge verstehen will, in dem die gesamte Stadtgeschichte zu erkennen ist, in dem Schwankungen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens, aber auch künstlerische Entwicklungen zu erfahren sind, das aber letztendlich eine homogene

²⁵ Georg Dehio, Geschichte der deutschen Kunst, Band II, 1919–1924, S. 323.

²⁶ ebda.

²⁷ Georg Hager, Das Wertheimer Stadtbild; in: Wertheimer Jahrbuch 1916, S. 34.

Gesamterscheinung bei aller Heterogenität im Detail bewahren konnte. Die Stadt Wertheim verlor zwar 1806 die Bedeutung einer Hauptstadt, aber sie hat sich – schrieb Gustav Rommel 1934 – »im vergangenen Jahrhundert als fortschrittliches, starkes Gemeinwesen gezeigt und dabei nach Möglichkeit ihr äußeres Bild bis in die heutige Zeit hinein erhalten«.²⁸

Hat dieser vor fast fünfzig Jahren geschriebene Satz heute noch Gültigkeit? Mit der Erstellung eines Rahmenplanes wurde 1974 die Sanierung Wertheims eingeleitet, deren Beginn z. T. von heftiger Kritik²⁹ begleitet worden war. Ziel dieser noch nicht abgeschlossenen Sanierung ist es, falsche und schädliche Entwicklungen zu beheben, z. B. eine Verslumung der Kernstadt und die Überbelastung der Altstadt durch den Verkehr. Davon im folgenden.

Literaturhinweise:

Adolf von Oechelhäuser, Die Kunstdenkmäler des Amtsbezirkes Wertheim, Freiburg 1896; Erich Langguth, Wertheims Geschichte in neuer Sicht, in: Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Volksbank Wertheim, Wertheim 1969; Karl Mader, Entstehung und Entwicklung der Stadt Wertheim, in: Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst 4 (1952), S. 91 ff.; Georg Hager, Das Wertheimer Stadtbild, in: Wertheimer Jahrbuch 1916, S. 33 ff.; Wertheim – Rahmenplan zur Altstadtsanierung, Wertheim 1975; Hermann Ehmer, Wertheim im Großherzogtum Baden, Wertheim 1979; Jörg Paczkowski, Gestern und heute – einige Anmerkungen zu einem Vergleich der Werke Karl Weyssers mit der neuzeitlichen Stadtbildanalyse, in: Katalog »Karl Weysser (1833–1904) – Seine Wertheimer Gemälde und Zeichnungen«, Wertheim 1981.

²⁸ Gustav Rommel, Wertheim am Main und seine Kunst und Altertums-Denkmäler, Wertheim 1934, S. 11.

²⁹ Gunther Schweikhart, Altstadt oder Verkehr? Sanierungsvorhaben in Wertheim am Main; in: Kunstchronik 1974, Heft 6, S. 73 ff.

Planung und Durchführung der Sanierung. Von Hans-Hermann Lindloff

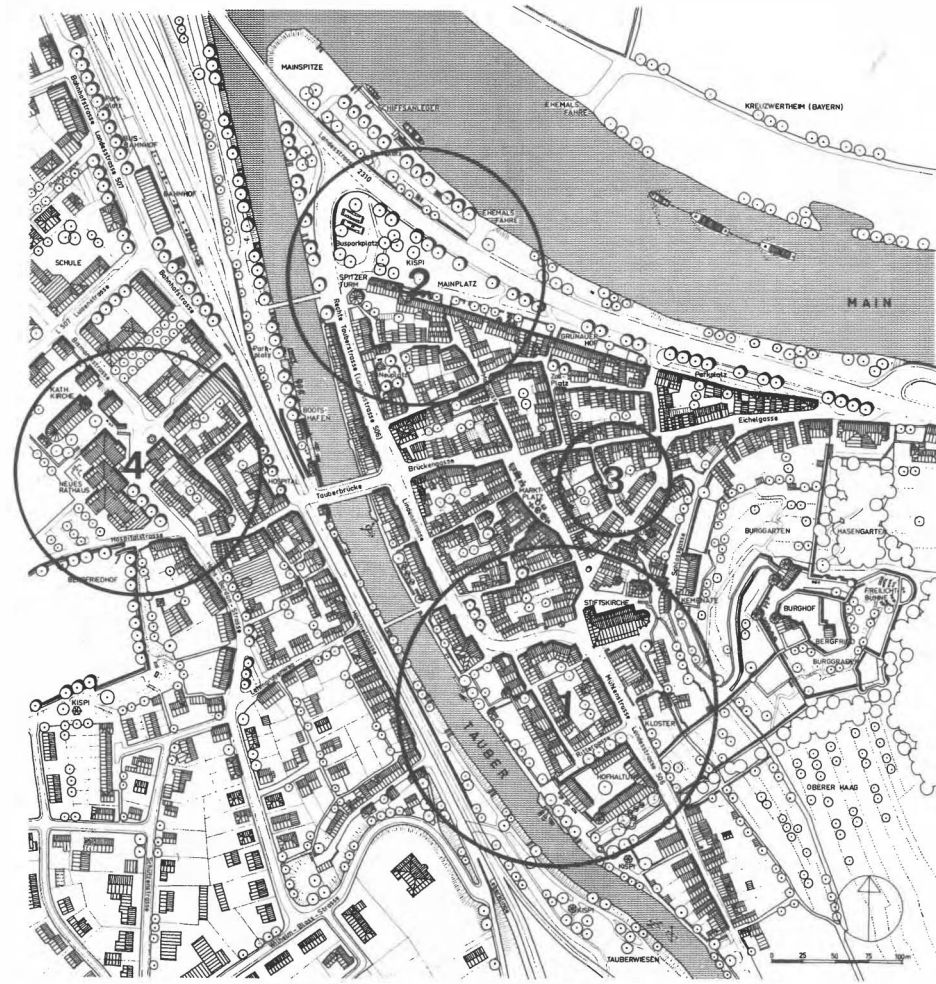


Abb. 7 Der von Dipl.-Ing. Klaus Trojan erarbeitete Plan zeigt, wie Alt-Wertheim nach der Sanierung aussehen könnte. Die im Text erläuterten Sanierungsschwerpunkte sind:

- 1 Sanierungsgebiet I – Straßendurchbruch für den Taubertalverkehr, der früher über den Marktplatz und die Brückengasse führte.
- 2 Neuordnung des Mainplatzes nach Fertigstellung der Odenwaldbrücke und der Landesstraße 2310 (Maintalstraße).
- 3 Entkernter Innenhofplatz in der Wenzelgasse.
- 4 Sanierungsgebiet II im Stadtteil links der Tauber.

Sanierungsanlaß
Verkehr

Mit der Verkehrsplanung und Planung zur Altstadtsanierung Wertheim befaßte man sich seit Anfang der sechziger Jahre. Vordringlich erschien allen Planern die Neuordnung des Durchgangsverkehrs sowie die Schaffung von Parkplätzen, sollte diese reizvolle, vom Krieg verschonte Altstadt nicht im Verkehr ersticken. Für den Maintal- und Taubertalverkehr war die Wertheimer Altstadt der Flaschenhals, durch den sich der gesamte Verkehr zwingen mußte. Hier war der neuralgische Schnittpunkt die alte Tauberbrücke, die durch einen höhengleichen Bahnübergang sehr häufig am Tage gesperrt war, was zu erheblichen Staus innerhalb der Altstadt führte. Dieser Rückstau setzte sich bis ins Herz der Altstadt – dem Marktplatz – fort und hielt den Taubertalverkehr (und hier sehr viel Schwerlastverkehr) innerhalb der Stadtenge lange fest. Lärm, Autoabgase, Verkehrsgefährdung für den Fußgänger machten das Wohnen und Einkaufen und Leben in der Stadt schlechthin unerträglich. Ähnliches galt für den ruhenden Verkehr. Bedingt durch die topografische und städtebauliche Enge, können im inneren Stadtbereich nicht mehr als etwa 30% der notwendigen PKW-Stellplätze untergebracht werden. Allgemein galt: »In der Altstadt findet man keinen Parkplatz«.

Gefährdung des Einzelhandels

Abwanderung von Käuferschichten und damit Gefährdung des Einzelhandels und der Dienstleistungsbetriebe waren die Folge. Damit aber war auch das Stadtbild gefährdet: denn wer anders, als die Eigentümer der Häuser können ein Stadtbild auf Dauer erhalten und pflegen; freilich müssen diese dazu finanziell auch in der Lage sein.

Wohnen in der Altstadt

Auch das Wohnen in der Altstadt war nicht mehr attraktiv. Außer den verkehrsbedingten Nachteilen zeichnete sich eine ständige Abnahme der (relativen) Wohnungsqualität ab. Der fehlende Garten am Haus, die engen Nachbarschaftsverhältnisse, die z. T. fehlende neuzeitliche Installation, zu enge Grundrisse usw. lösten in den 50er und 60er Jahren eine »Stadtflucht« jener Bürger aus, die es sich leisten konnten, an den schönen Hängen des Main- und Taubertales einen Neubau im Grünen zu erstellen. Es rückten vielfach Ausländer und sozial Schwache nach, für die sich eine Modernisierung nicht zu lohnen schien. Erschwerend ist auch, daß einem Wohnungsbewerber kein Stellplatz, geschweige denn eine Garage zugewiesen werden kann. So zeichnete sich Anfang der siebziger Jahre eine fehlende Investitionsneigung ab, die jeden Stadtplaner das Fürchten lehren konnte. Nichts ging mehr!



vorher (Abb. 8)

nachher (Abb. 9)

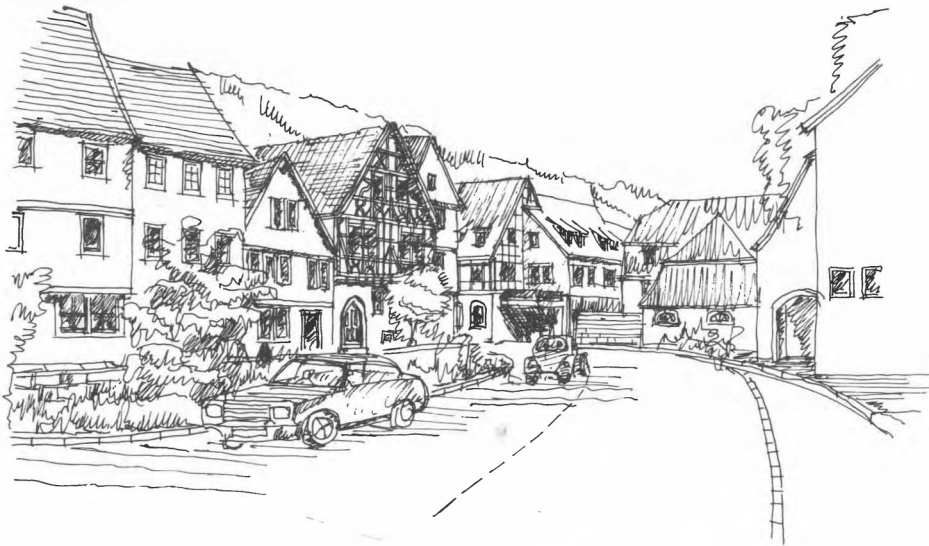


Abb. 8 Die alte Rittergasse wie in Abb. 8 besteht nicht mehr. Abb. 9 zeigt den Straßenplatz, der nun durch eine zum Teil neue Bebauung wieder städtebauliche Qualität erhalten hat.

Sanierungskonzept

In den Jahren 1972–1975 wurde für die Altstadt Wertheim von den Architekten Dipl.-Ing. Verena und Klaus Trojan (Darmstadt) ein Rahmenplan erarbeitet, der für Wertheim die folgende Aufgabenstellung formulierte:

- Bau einer neuen Tauberbrücke
- Bau einer Umgehungsstraße für den Taubertalverkehr,
- Ruhigstellung des Marktplatzes und der Altstadtgassen vom Verkehr, damit
- Schaffung von Fußgängerzonen,
- Stärkung des Einzelhandels und der Dienstleistungsbetriebe, auch durch die
- Schaffung von stadtnahen PKW-Stellplätzen, sowohl für die Einkäufer als auch für die hier Wohnenden und Beschäftigten,
- Verbesserung des Wohnumfeldes sowie der Wohnungsqualität durch Entkernung verbauter Quartiere,
- Erhaltung des Charakters durch behutsame, erhaltende Sanierung.

In einer Fülle von Anregungen wurde den Planern und Politikern durch den Rahmenplan ein Konzept in die Hand gegeben, das Mut machte, das aber auch entscheidende Zeichen zu einer *erhaltenden* Sanierung setzte.

Hinzu kam die Gunst der Stunde, daß Wertheim als eine der ersten Städte Baden-Württembergs ins Sanierungsprogramm des Bundes und Landes aufgenommen wurde und daß der Brückenbau über die Tauber – ein Projekt von 15 Millionen DM – vom Land Baden-Württemberg im Jahre 1973 in Angriff genommen werden konnte. Mit diesem »Rückenwind« ließ sich nun konkreter planen.

Sanierungsgebiet I

Ein relativ kleines Gebiet mit ca. 2,4 ha entlang der Taubertalstraße wurde 1973 festgestellt. Hierin lag die geplante »Umgehungsstraße«, damit künftig der Marktplatz mit seinen Engstellen vom Durchgangsverkehr befreit werden konnte. Diese »Straße« umgeht zwar das Herz, verläuft aber dennoch durch die Altstadt. Zu Recht fand sie Kritik, weil sie durch ein gewachsenes Stadtquartier geplant, gebrochen und gebaut wurde; nicht ohne erheblichen Widerstand des Landesdenkmalamtes, zumal auch der alte Stadtmauerverlauf durchbrochen werden mußte. Aber letztlich konnte keine Alternative gefunden werden, die diesen Eingriff hätte vermeiden können (Abb. 9–12).

Wir Planer fühlten dabei ein Unbehagen, weil wir noch keinen Investor wußten, der diesem Straßendurchbruch nachher durch Neubauten die städtebaulich notwendige räumliche Begrenzung geben konnte.

Nach drei Jahren Planungs- und Vorbereitungszeit konnten alle rechtlichen Voraussetzungen für den Durchbruch und Bau der neuen Taubertalstraße geschaffen werden, die schon nach einem Jahr Bauzeit den Verkehr aufnahm. 16 Wohn- und Geschäftshäuser (Abb. 11 und 12) mußten hierzu erworben, 23 Familien und 4 Betriebe umquartiert werden, alles ohne Verwaltungsprozeß!



Abb. 10 Die neue Straßenführung im Mühlenviertel zeigt den Durchbruch, der inzwischen wieder städtebaulich »geheilt« wurde.

So war der Sommer 1975 für die Entwicklung der Wertheimer Altstadt eine Sternstunde. Der Durchgangsverkehr im Maintal konnte über eine neue Brücke und im Taubertal unter Umgehung des Marktplatzes flüssig durch die Stadt geführt werden. Nun ging es an die Heilung der durch den Straßenbau geschlagenen Wunden, sowohl im Bereich des Straßendurchbruches, wie auch entlang der Mainfront, die eine erhebliche Veränderung durch den Brücken- und Straßenbau hinnehmen mußten (Abb. 13).

Für den Durchbruch wurden verschiedene Neuordnungskonzepte erarbeitet – noch keine Bebauungspläne, bei denen man in Alternativen für Investoren aller Art auffangfähig sein wollte. Dies hat sich gut bewährt, weil man sonst mit einem zu früh festgestellten Bebauungsplan unter Umständen sich selbst zu sehr an die Kette gelegt und Verhandlungen mit Investoren erschwert hätte.

Die notwendige Neubebauung im Sanierungsgebiet I (Durchbruch) warf nun auch die Frage auf, wie diese Neubauten aussehen sollten – im Schatten der Stiftskirche, am Tauberufer und im Ensemble der alten Bürgerhäuser (Abb. 14 und 15).

Hierfür wurden aus einer Stadtbildanalyse Grundlagen für eine Altstadtsatzung erarbeitet, die als Hilfe in dieser schwierigen Frage für unentbehrlich gehalten wurden. »Stadtzerstörungen«, die in den Nachkriegsjahren durch Neubauten allerorts erfolgten, standen uns als abschreckende Beispiele vor Augen. Wir wollten verhindern, daß die wenigen einzufügenden Neubauten nun zum Experimentierfeld sogenannter modernistischer Architektur werden könnten. So wurden in der Altstadtsatzung, die 1978 rechtskräftig wurde, Gebäudebreiten, Dachneigungen, Materialien, Fensterformate, Schaufenstergrößen und



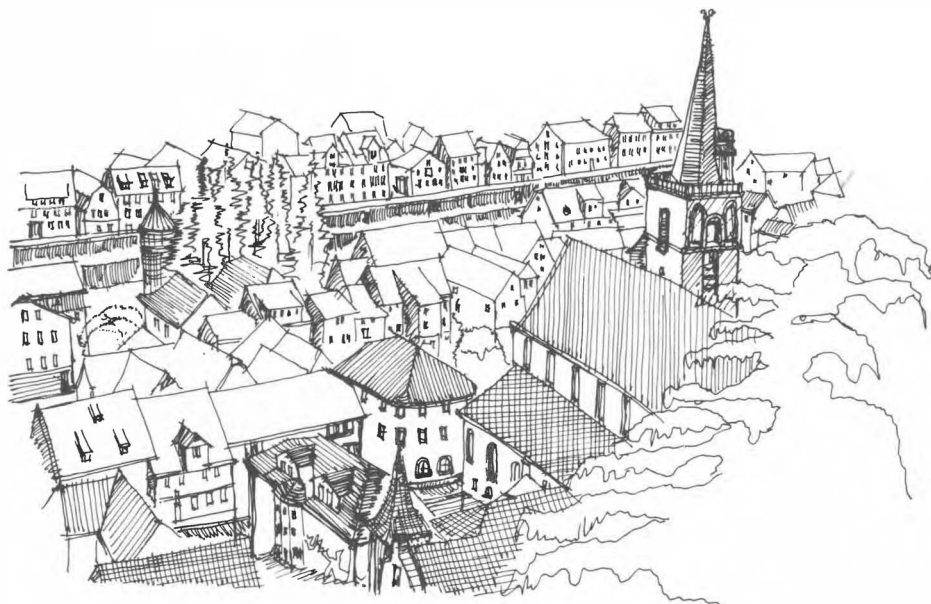
vorher (Abb. 11)

nachher (Abb. 12)

Straßendurchbruch im Sanierungsgebiet I vor und nach der Sanierung



Abb. 13 Die Altstadt im Mündungswinkel von Main und Tauber vor der Sanierung. Hier ist noch besonders gut die Flußmündung der Tauber in den Main ablesbar. Die neue Odenwaldbrücke über die Tauber hat dieses Charakteristikum verändert (Abb. 19).



Blick vom Schloßberg auf den Straßendurchbruch im Quartier Mühlenstraße/Rittergasse
 Abb. 14 (oben) vor der Sanierung
 Abb. 15 nach der Sanierung



Werbeanlagen festgelegt bzw. eingeschränkt, damit auch die Neu- und Umbauten jene Maßstäblichkeit aufweisen, die das gesamte Stadtbild bestimmt.

Bei größeren Neubauten wurden durch die Bauherren mehrere Architekten zur Erarbeitung von Vorentwürfen aufgefordert. Bei diesen Plangutachten sind vom Stadtbauamt die städtebaulichen Rahmenbedingungen erarbeitet worden. Das Ergebnis ist eine Bauweise, die sich sehr stark an vorhandene Bau- und Stilelemente der Altstadt anlehnt und allgemeine Zustimmung erfährt. Zu brav? Zu wenig moderner Baugestaltungswille ablesbar? Zu wenig Risiko? Dennoch, die Wunden sind geheilt, das Stadtbild wurde nicht »verfremdet« und einem Besucher fällt gar nicht besonders auf, daß hier ein sehr starker Eingriff erfolgte. Dies war auch unsere Absicht.

Noch ein Wort zur Altstadtsatzung, die ja bei jeder baulichen Veränderung, ja auch bei jeder Fassadenänderung (auch Anstrichen) greift: Sie hat sich bewährt, obwohl von manchen Architekten gescheut wie das Weihwasser vom Teufel, hat in Wertheim die Altstadtsatzung und insbesondere die lange öffentliche Diskussion darum einen Bewußtseinswandel in der Bürgerschaft bewirkt, der eine rechtliche Anwendung der Satzung weitgehend erübrigt. Es sollte in Wertheim nicht dem Zufall überlassen bleiben, ob z. B. schöne alte Holztüren übers Wochenende mit silberglänzenden Aluminiumtüren ausgetauscht, Sandsteingewände und Fachwerke überputzt werden oder auch Werbeanlagen die reich gegliederte Architektur der Bürgerhäuser verunstalten. Hier insbesondere reichte uns die Landesbauordnung nicht aus, Schäden abzuwenden.

Das Sanierungsgebiet I (Abb. 16 und 17) kann in wenigen Jahren als abgeschlossen betrachtet werden. In diesem Gebiet liegt auch die sogenannte »Hofhaltung«, die die Stadt

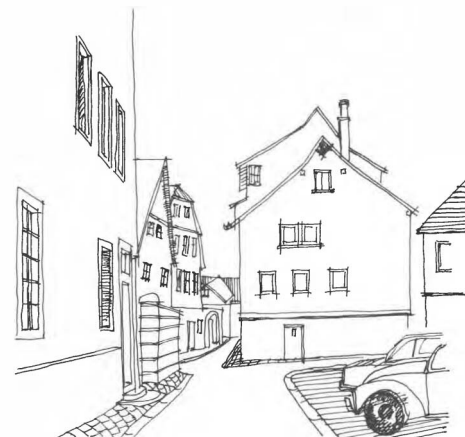
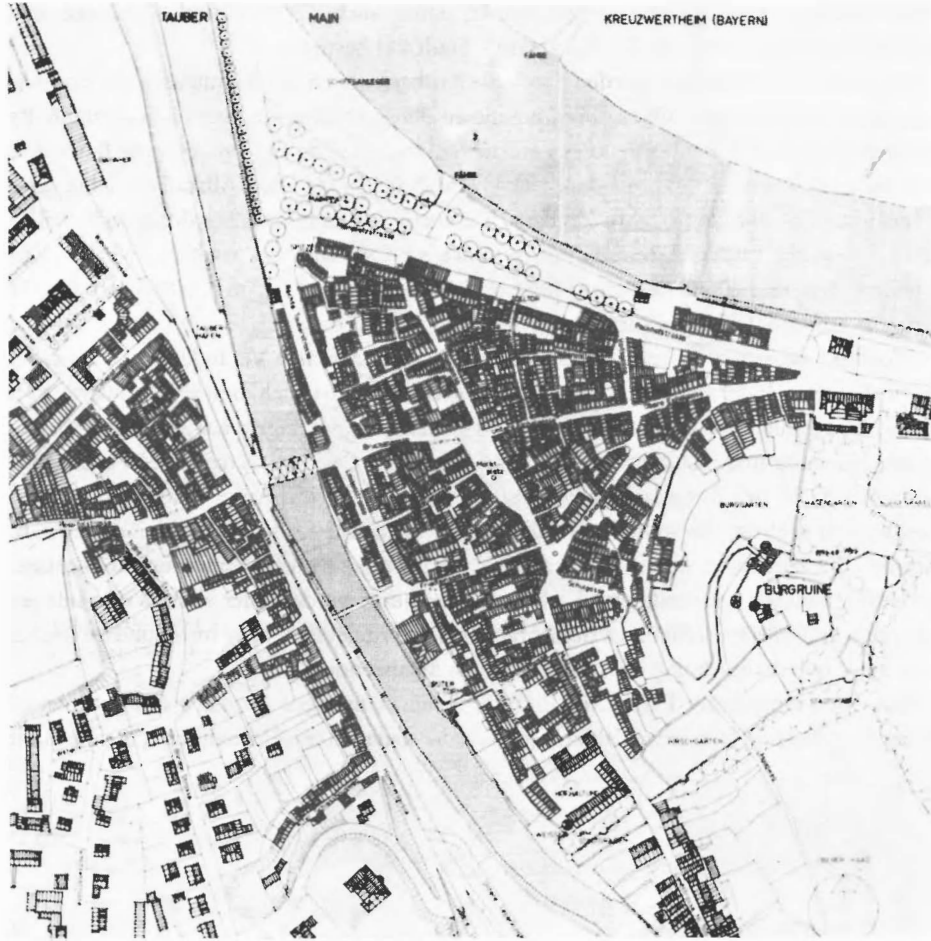


Abb. 16 vorher



Abb. 17 nachher

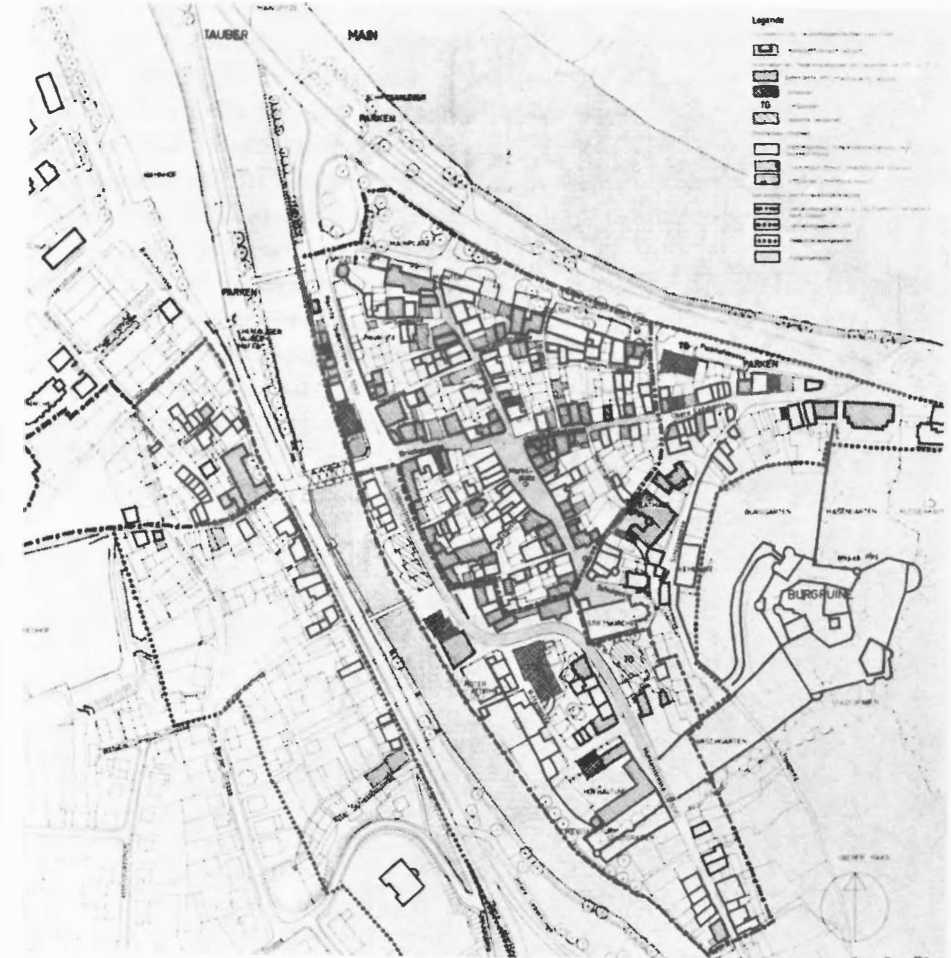
Die Rittergasse hat nach der Neubebauung städtebaulich sehr gewonnen. Der durch Abbrüche entstandene zufällige Platz (Abb. 16) besteht nicht mehr, die Autos befinden sich nun in einer Tiefgarage. Typische Gebäude-Verstaffelung wurde wieder aufgenommen (Abb. 17)



Stadtgrundriß vor der Sanierung – Abb. 18

1971 mit weiteren Gebäuden vom Fürsten zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg erwarb und mit Hilfe von Sanierungsmitteln (ca. 5 Mio DM) zu einem Kulturzentrum der Stadt neugestalten konnte. In diesem Karree von Gebäuden, z. T. Neubauten haben das Staats- und Stadtarchiv, das 1981 eröffnete städtische Museum und der Sitzungssaal des Gemeinderats ihren Platz gefunden, ferner Ausstellungs- und Vortragsräume.

Im benachbarten Kallenbach'schen Haus, einem schönen Fachwerkgebäude mit der Jahreszahl 1574 wurde das 1976 eröffnete Glasmuseum eingerichtet, das für Wertheim zu einer Attraktion wurde. Die alte Hofhaltung wurde inzwischen mit dem neu gestalteten Park, einem Kinderspielfeld und neuen Fußwegen entlang der Tauber zu einem Anzie-



und nach der Verkehrsneuordnung – Abb. 19

hungspunkt für Jung und Alt. Mit einem Treppenweg zur Burg ist nun vom Main-Anlegeplatz aus ein schöner Rundweg für Besucher geschaffen, der entlang dem Tauberufer über die Hofhaltung zur Burg und zurück durch die Altstadt gern angenommen wird.

Neuordnung des Mainplatzes (Abb. 18 und 19)

Mit der Fertigstellung der neuen Maintalstraße und der neuen Tauberbrücke, der »Odenwaldbrücke«, durch das Land Baden-Württemberg war nun städtischerseits der schmale Streifen zwischen Stadtmauerverlauf und Maintalstraße neu zu ordnen. Hierzu wurde die alte Maintalstraße aufgelassen und in einen Fußgängerbereich mit Grünzonen umgewan-

Neuer Platz an der Wenzelgasse

Dieser Platz entstand durch den Abbruch einer störenden Malzfabrik im Herzen der Altstadt. Er wird in einigen Jahren als Verweil- und Spielplatz das Wohnumfeld der Altstadt bereichern. Dies ist freilich keine leichte architektonische Aufgabe, da sich hinter den Mauern der Malzfabrik nur »Hinterhofarchitektur« darstellt.

Wohnen in der Altstadt

»Man wohnt wieder gern in der Altstadt« – trifft in Wertheim nur bedingt zu. Die Investitionsneigung der Hausbesitzer ist zur Zeit noch gering, dies auch wegen der erzielbaren Mieten, die in keinem Verhältnis zum erforderlichen Aufwand stehen. Hinzu kommt die Tatsache, daß es kaum private Stellplätze gibt. Jeder erdenkliche Platz an den Flußufern oder in den Straßen muß als öffentliche Stellfläche dienen. Die Enge der Altstadt zwischen Flüssen und Berg, dazu die enge Bebauung hat darum die Planer zu einem kühnen Projekt ermutigt: in dem angrenzenden Schloßberg – also unterhalb der Burg – soll eine Kaverne mit 300 Stellplätzen, die durch kurze Fußgängerstollen die Altstadt erreichen, gebaut werden. Sie soll auch als Zivilschutzanlage ausgeführt und öffentlich gefördert werden. Eine ideale Lösung – nur *ein* Garagentor ist im Stadtbild sichtbar – aber eine teure Lösung, die ein hohes finanzielles Engagement der Stadt, trotz hoher Förderung erfordert. Noch ist sie nicht beschlossen! Die Altstadtsanierung Wertheim bleibt jedoch bei 1600 errechneten fehlenden privaten Stellplätzen ein Torso, wenn die Frage des ruhenden Verkehrs ungelöst bleibt.

Sanierungsgebiet II – links der Tauber

Eine Eisengießerei und eine Herdfabrik befanden sich am Altstadtrand links der Tauber. Beide Betriebe schlossen ihre Tore. Die Stadt erwarb mit Sanierungsmitteln Gebäude und Grundstücke, auch um eine wichtige neue Hangtangente zur besseren Erschließung des Gebietes »links der Tauber« bauen zu können. Die Gebäude sind inzwischen fast restlos abgebrochen, provisorische Parkplätze sind angelegt, die Straße ist gebaut und dem Verkehr übergeben. Der Bebauungsplan sieht auf dem restlichen Areal öffentliche Bedarfsfläche zum Bau einer Stadthalle, eines Bürgerhauses oder ähnlichem vor. Dies wird man wegen anderer wichtiger Investitionen in diesem Jahrzehnt allerdings nicht verwirklichen können. Eine Übergangslösung als Parkplatz ist unvermeidlich.

Die Pflasterung der Fischer- und Brummgasse sowie der Hospitalstraße hat bereits jetzt dem Gebiet eine besondere Note verliehen. Der Charakter dieses reizvollen Wohn- und Geschäftsgebietes wird durch das eingebrachte Grün, die Bänke, Mauern und Pergolen besonders betont. Auch hier entstand nach Fertigstellung der Hangtangente eine beliebte Fußgängerzone. Zwei Lebensmittelmärkte am Rande des Sanierungsgebietes II sind im Bau. Sie werden in diesem Stadtgebiet wirtschaftliche Akzente setzen und – so hoffen wir es als Planer – Käuferschichten anziehen, die auch in dem benachbarten Gebiet rechts der Tauber (200 m Fußweg) einkaufen werden.

Finanzierung

In den Jahren 1973–1981 wurden durch die öffentliche Hand in der Altstadt Wertheim investiert:

	Insgesamt	Stadt	Land	Bund
Sanierungsgebiet I	7 032 561	2 344 187	2 344 187	2 344 187
Sanierungsgebiet II	2 199 909	733 303	733 303	733 303
Zukunftsinvestitionsprogramm für Hofhaltung	1 312 000		1 312 000	
Brücke / L 2310	15 500 000	350 000	15 150 000	
Vorland Mainplatz				
Packhofstraße	550 000	350 000	200 000	
L 506	2 200 000	660 000	1 540 000	
	DM 28 794 470	4 437 490	21 279 490	3 077 490

Private Investitionen in dieser Zeit werden mit 50 Mio DM geschätzt.

Schlußbetrachtung

Die Altstadtsanierung Wertheim stand bisher unter einem guten Stern. In den letzten zehn Jahren hat sich die Altstadt sehr zu ihrem Vorteil verändert, dennoch ihren Charakter durch eine behutsame, erhaltende Sanierung bewahren können.

Öffentliche Mittel und Initiativen haben bei der betroffenen Bürgerschaft eine Signalwirkung ausgelöst, die große private Investitionen zur Folge hatte und hat. Möge es – wenn auch künftig sicher nun langsamer – so weiter gehen. Wichtig ist es, daß verstärkt Mittel auch in den Wohnungsbau und die Wohnungsmodernisierung fließen, damit einer Verödung entgegengewirkt werden kann.

Wertheim – auch »Klein-Heidelberg« genannt wegen seiner Stadt-, Fluß- und Berglandschaft, ist jetzt wieder für viele Besucher anziehend und liebenswert geworden.

Zu den Abbildungen

1 und 2 im Historischen Museum Wertheim

3, 4, 5, 7, 10, 13, 18, 19, 20, 21 und 22 = entnommen dem Rahmenplan zur Altstadtsanierung von Dipl.-Ing. Klaus und Verena Trojan, Architekten, Darmstadt

6, 8, 9, 11, 12, 14, 15, 16 und 17 = Dipl.-Ing. Friedrich Kuhn, Architekt, Stadtbauamt, Wertheim

Die Autoren

ECKART LEIPPRAND (1938) studierte Architektur in Darmstadt und Karlsruhe (Diplom 1966 bei Egon Eiermann). Verschiedene praktische Tätigkeiten in Hochbau und Stadtplanung sowie Arbeiten in Planungstheorie und -forschung. Ein Jahr Entwicklungshilfe für eine brasilianische metropolitane Planungsorganisation. Städtebauliche Gutachten und Wettbewerbe sowie verschiedene Fachveröffentlichungen über Stadtplanung und Sanierung. Seit 1979 Leiter des Stadtplanungsamtes Trier.

GÜNTHER NUFER (1939) hat in Freiburg, Straßburg und Paris Jura studiert und in Freiburg 1967 mit einer Arbeit über die Restitutionslehre in der spanischen Spätscholastik promoviert. Nach der Assessorenzeit in der allgemeinen Verwaltung und an den Landratsämtern Calw und Kehl ab 1970 im Staatsministerium Baden-Württemberg, wurde er 1972 zum Bürgermeister von Bad Säckingen gewählt. Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Baden-Württemberg, führende Tätigkeit in Kreis- und Regionalverbänden, zahlreiche Veröffentlichungen zur Kurortentwicklung, Stadtsanierung und Kommunalpolitik.

MIRON MISLIN hat Architektur und Stadtplanung, Stadtgeschichte und Stadtgeographie in Berlin, Paris und Stuttgart studiert und mit dem Dr.-Ing. abgeschlossen. Seit 1979 Wiss. Mitar-

beiter für Siedlungswesen an der TU Braunschweig, seit 1980 an der TU Berlin, FB Architektur. Zahlreiche Publikationen zur Bau- und Stadtbaugeschichte, zur Theorie der Architektur und Planungskritik. 1981 ist sein Buch »Die überbaute Brücke: Pont Notre-Dame. Baugestalt und Sozialstruktur« erschienen.

HANS-HERMANN LINDLOFF ist 1927 in Bode in der Lüneburger Heide geboren und war nach Absolvierung eines Architektur- und Ingenieurstudiums an der damaligen Staatsbauschule Buxtehude zwölf Jahre als Architekt in der Industrie tätig, von 1964–1971 als Kreisbaumeister in Bühl/Baden. Seit 1971 ist er Stadtoberbaurat in Wertheim am Main. In diesem Amt hat er sich vor allem auch der Dorfsanierung gewidmet (Stadtteil Dertingen).

JÖRG PACZKOWSKI ist 1951 in Oldenburg/Holstein geboren und hat Kunstgeschichte, Volkskunde und Archäologie an den Universitäten Kiel und Würzburg studiert. An der Universität Würzburg hat er 1978 mit einer Dissertation über den Wiederaufbau der Stadt Würzburg nach 1945 promoviert. Seit 1979 ist er Leiter des Historischen Museums in Wertheim am Main. Vor allem im Wertheimer Jahrbuch hat er mehrere Abhandlungen zur Kunst- und Baugeschichte Wertheims und seiner Umgebung veröffentlicht.

Notizen

Denkmalpflege-Aktionen

Die Stadt *Wuppertal*, Amt für Stadtentwicklung und Stadtforschung, hat im Rahmen ihrer Arbeiten zur Stadtentwicklungsplanung *Wuppertal* den Teilplan »Stadtbild und Denkmalpflege« herausgegeben. Dieser Entwicklungsplan ist bisher – zumindest in den bundesdeutschen Städten – ohne Vorbild. Exemplare der Veröffentlichung können bei der Stadt *Wuppertal*, Amt für Stadtentwicklung und Stadtforschung, angefordert werden.

Die vom Verfall bedrohte romanische Kirche St. Georg auf der *Reichenau* soll als »Denkmal von nationalem Rang« eingestuft werden.

Die historische Altstadt von *Leutkirch* – Mitgliedsstadt der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt – ist vom Regierungspräsidium Tübingen als Gesamtanlage unter Denkmalschutz gestellt worden.

Das letzte, aus dem 17. Jahrhundert stammende frühbarocke Wohn- und Gewerbehau, das der Krieg in der *Dresdner Neustadt* stehen ließ, das Haus Große Meißner Straße Nummer 15, wird nun doch nicht abgerissen. Die Große Meißner Straße galt als »einer der kostbarsten Straßenzüge der barocken Stadt«. Beim Bombenangriff auf Dresden im Februar 1945 sank auch diese Straße bis auf das Haus Nummer 15 in Trümmer. Die Ruinen wurden 1949/50 abgetragen. Seitdem steht auf dem Gelände am Elbufer zwischen dem »Blockhaus« Longuelunes und Knöfels und dem »Japanischen Palais« von Fäsch und Pöppelmann nur noch der Gebäudekomplex des Hauses Große Meißner Straße Nummer 15 mit seiner Barockfassade – an der Pöppelmann, der Erbauer des Zwingers, mitgewirkt haben soll – mit seinem weiträumigen Grundriß und den beiden Innenhöfen. Nach dem Krieg beherbergte das Haus die Konsumverwaltung und wurde so zu-

nächst vor dem Verfall bewahrt. Seit einiger Zeit ist geplant, zwischen »Blockhaus« und »Japanischem Palais« ein großes Devisenhotel zu errichten.

Dem modernen Hotelbau sollte das Haus Große Meißner Straße Nummer 15 weichen. Nicht zuletzt – so wurde argumentiert – weil es doch völlig isoliert sei und nach der Schauseite hin kein eigentliches Gegenüber mehr habe, sondern nur sozialistische Wohnungsbauten, sollte es abgerissen werden. Doch gegen solche Pläne protestierten nicht nur die Denkmalpfleger. Die Bürger Dresdens sprachen von »Kulturschande«. Sie wollten das Haus, das nach einem seiner Besitzer das Gervesche Haus und später »die Regierung« genannt wurde, weil dort seit 1733 die königliche Kanzlei untergebracht war, erhalten wissen und schlugen vor, in dem weitläufigen Gebäudekomplex lieber ein stilvolles Hotel zu errichten. Jetzt ist ein Kompromiß gefunden worden.

Das Hotel wird gebaut, aber das wertvolle Gebäude bleibt erhalten. Das SED-Zentralorgan »Neues Deutschland« ließ wissen, daß ein Vertrag zwischen der japanischen Firma Kajima Corp. und dem DDR-Außenhandelsbetrieb Limes-Bau Export-Import über den Bau eines Interhotels in Dresden abgeschlossen worden sei. Dieses Hotel mit einer Kapazität von 530 Betten und 830 Gaststättenplätzen in drei Restaurants werde auf dem Gelände zwischen Blockhaus und dem japanischen Palais errichtet.

Das nach Meinung von Stadthistorikern wahrscheinlich älteste Gebäude *Erfurts*, das Haus »Güldene Distel« in der Horngasse an der Krämerbrücke, wird rekonstruiert. Das vor 25 Jahren noch bewohnte Baudenkmal in der Altstadt war jahrzehntelang dem Verfall preisgegeben und befand sich in einem sehr schlechten Zustand. Inzwischen wurden Keller und Dach saniert sowie in allen drei Etagen neue Decken eingezogen. Grundanliegen ist es, das mittelalterliche Aussehen des Hauses mit Architekturde-

tails aus romanischer beziehungsweise frühgotischer Zeit weitgehend wiederherzustellen.

Einer gründlichen Kur wird auch das später angebaute Haus »Zum Steyneck« unterzogen, das erstmals 1310 urkundlich erwähnt und vom 15. bis 17. Jahrhundert als Studentenhospital der Erfurter Universität genutzt wurde. Später sollen beide Gemäuer unter anderem als Badehaus und Bordell gedient haben. Nach Abschluß der Arbeiten will das Erfurter Institut für Denkmalpflege in den historischen Gebäuden ein großes Restaurierungsatelier einrichten.

Die toskanische Stadt *Volterra* will ihre mittelalterlichen Stadtmauern restaurieren. Die Stadtverwaltung hat die Vorarbeiten dafür in Auftrag gegeben. Das Projekt soll mindestens sechs Milliarden Lire (10,8 Millionen Mark) kosten. Die etwa drei Kilometer langen Stadtmauern von *Volterra* sind zum Teil mit Mauern aus der Etruskerzeit verbunden.

Sowjetische Restauratoren haben jetzt mit der Instandsetzung der 220 Quadratmeter umfassenden Fresken »Das Jüngste Gericht« des berühmten russischen Malers Andrej Rubljow vom Anfang des 15. Jahrhunderts begonnen. Es soll sich dabei um den schwierigsten Teil der seit sechs Jahren andauernden Arbeiten an diesen Fresken in der Uspenski-Kathedrale von Wladimir, 200 Kilometer östlich Moskaus, handeln.

An der einst von *China* in den Nahen Osten führenden »Seidenstraße« in der Provinz Sinkiang-Uigur haben Archäologen eine mehr als eintausend Jahre alte Stadt sowie drei jeweils von Dörfern umgebene Festungsanlagen entdeckt. Ein etwa 3,5 Meter hoher Turm einer der Festungen ist noch völlig unversehrt. Die Archäologen hatten an dem Fundort in der Wüste Takla-Makan bereits Tonscherben, Werkzeuge aus Metall und Münzen aus der Tang-Dynastie (618–907) freigelegt.

Denkmalschutz ohne Bauforschung?

Ein mittelalterliches Haus wird Hotel – oder Heimatmuseum –, oder ein Privatmann richtet Wohnungen darin ein. Das Haus wird genutzt, bleibt erhalten, und die vertraute Silhouette, zu der es gehört, wird keinen Schaden erleiden. Doch das Haus steht unter Denkmalschutz. Und der meint nicht nur das Äußere, den Umriss, die Dach-, Tür- und Fensterformen, Farbe, Putz und figürlichen Schmuck, sondern auch die Konstruktion, das heißt: das Tragwerk, die Raumaufteilung, das Kellergewölbe und den Dachstuhl.

Der Eigentümer aber glaubt, er habe des Guten genug getan. Die Fassade strahlt frisch wie am ersten Tag, herausgepellt aus Dreck und Alterskrusten mit Hilfe des Sandstrahlgebläses, die Schmuckteile sind nachgemeißelt oder nachgegossen, die Fenster verglast mit Antikglas, das Holztor mitsamt seinen schmiedeeisernen Beschlägen wurde nach alten Mustern neugefertigt. Und da soll einer über das Innere nicht frei verfügen dürfen? Nicht morsche Balken durch Beton ersetzen, Treppen wegnehmen, Fahrstühle einbauen, aus einem Geschoß zehn Zimmer oder zwei Wohnungen oder aus zwei Geschossen anderthalbe machen? Den Dachstuhl nicht abtragen, erneuern und ausbauen? Toiletten und Bäder, Lichtschlitze und Heizungsschächte nicht dort anbringen lassen, wo der Architekt es vorschlägt?

»Ausschlachten« nennen die Denkmalpfleger solche Maßnahmen. Ein verächtliches, erbittertes Wort. In der Tat sind sie erbittert über die Zerstörung historischer Substanz, die nachdem die blanke Abrißwut mit Hilfe der Denkmalschutzgesetze halbwegs gestoppt werden konnte, unter umgekehrten Vorzeichen zügig weitergeht. »Voll durchsanierte Häuser« – das sind in vielen Fällen süß aufgeputzte Fronten, hinter denen kein Stein mehr alt ist. Bunte Hülsen, gefüllt mit beliebigem Nostalgieinventar, wenn es sich um Hotels handelt. Und nötigenfalls haben Spezialarchitekten das ganze Quartier nach eigenen historischen Vorstellungen neu und pflegeleicht aufgebaut.

Doch der besseren Einsicht manches in der

Routine abgestumpften Beamten oder interessierten privaten Bauherren ließe sich aufhelfen, vermuteten die Referenten eines Colloquiums in Stuttgart, das vom Nationalkomitee für Denkmalschutz veranstaltet wurde. Aus Regensburg schilderte Gert Mader vom Bayerischen Landesamt für Denkmalschutz Mißgriffe, die auf pure Ahnungslosigkeit zurückzuführen waren. Toiletentüren, in ein frühgotisches Gewölbe eingebrochen, aber zum Ausgleich mit Spitzbogen umrahmt, lassen sogar auf eine groteske Art guten Willens schließen.

»Hätten wir's gewußt«, sagen Besitzer und Architekten oft, wenn der Innenausbau eines alten Hauses, der vom kommunalen Bauaufsichtsamts genehmigt war, vom Denkmalpfleger nachträglich kritisiert wird, und wenn sie erfahren, daß eine sachgerechtere Renovierung bei gleichem Nutzeffekt womöglich weniger Geld gekostet hätte. Vor allem die Statik alter Bauten wird nach oberflächlicher Prüfung schnell für unzureichend erklärt und radikal durch moderne Systeme ersetzt, die das alterskrumme Haus in ein Korsett starrer Geraden pressen. Eine gründliche bauhistorische Untersuchung könnte dagegen von Fall zu Fall ergeben, daß die alte, viel elastischere Statik nur unterstützt und ausgebessert zu werden brauchte. Anhand von Modellrechnungen bewies der Regensburger Architekt Arnulf Magerl, daß bei einer Sanierung, die die Originalsubstanz schonend behandelt, eventuell Lohnkosten einzusparen sind. Das setzt allerdings eine Erforschung des Baues vom Keller bis zum First voraus und eine Zusammenarbeit des Architekten mit dem Denkmalschutz von Anfang an.

Es gibt verschiedene Methoden der Bauaufnahme, Kombinationen des Messens und Zeichnens, dazu moderne Hilfsmittel, Fotografie und Fotogrammetrie, Röntgenaufnahmen. Über ihre Vorzüge und Nachteile wurde in Stuttgart nicht gestritten, man erwog nur, wo sie – je nach Grad der Bedeutung eines Bauwerks – einzusetzen seien. Allein zur gründlichen Bauaufnahme eines mittelgroßen Gebäudes gehören jedoch mindestens drei Monate. Hier wird das Utopische einer Forderung nach kompletter Dokumentation aller unter Denkmalschutz stehenden Architektur

offensichtlich. Denn diese Dokumentation soll nicht nur die Vergangenheit des Gebäudes erfassen, sondern auch alle einzelnen Schritte der Sanierung.

Selbst wenn drei Monate Zeitaufwand – im Namen der Geschichte – berechtigt sind und sich sogar, wie die Modellrechnungen zu beweisen scheinen, finanziell rentieren, woher die Leute nehmen, die sich auf exakte Bauaufnahmen verstehen? Die rund 220 beamteten Denkmalpfleger der Bundesrepublik schaffen es nicht, selbst wenn sie alles verfügbare Personal dafür einsetzen könnten. Freie Architekten werden diese Arbeit kaum übernehmen, solange sie einträglichere Aufträge haben. Außerdem sind die wenigsten von ihnen entsprechend vorgebildet. Es rächt sich jetzt, daß an den technischen Universitäten die Baugeschichte seit vielen Jahren nicht mehr Pflichtfach für Architekturstudenten ist.

Unesco will Filme erhalten

Das Problem der systematischen Filmzerstörung stellt sich mit zunehmender Dringlichkeit. Deshalb hat sich die Unesco seiner angenommen und »Empfehlungen für die Rettung und Erhaltung bewegter Bilder« aufgestellt. Allerdings sind diese umständlich formulierten Richtlinien in der Praxis kaum brauchbar; es fehlt ihnen an Klarheit und Kompromißlosigkeit. Letztlich geht es schlicht um Geld – denn die technischen Aspekte der wissenschaftlich richtigen Archivierung, die eine langfristige Erhaltung garantieren muß, sind gelöst. Wer aber bezahlt die Kopien, die jeweils etwa fünfzigtausend Mark kosten?

Das systematische »Dépot légal«, wie es im Bereich des Buches existiert, ist dem Produzenten nicht zumutbar, und auch die einzelnen Staaten sind in der gegenwärtigen Lage nicht gewillt, die Kosten zu übernehmen. So versucht man, auf das »Dépot moral« hinzusteuern: Die Hersteller sollen bewogen werden, eine Kopie freiwillig zu liefern, und dies nach der kommerziellen Verwertung (auf die nur zu oft die systematische Zerstörung folgt). Die in verschiedenen Ländern übliche Praxis, wonach mit irgendwelchen Preisen ausgezeichnete Filme mit staatlichen Geldern

kopiert und archiviert werden, ist insofern fragwürdig, als sie das Gewicht der jeweiligen Jury nochmals verstärkt. Andererseits müssen angesichts der Quantität gewisse selektive Kriterien – und damit qualitative Argumente – zur Anwendung gelangen. Zusätzliche Probleme ergeben sich auch aus der Respektierung des Urheberrechts, das im Film besonders kompliziert ist.

»Beckenhof« wird abgebrochen

Ohne Rücksicht auf seine historische Bedeutung hat die zuständige Denkmalschutzbehörde dem Abbruch des sogenannten »Beckenhofes« bei Pirmasens zugestimmt, da dieses Gebäude nicht künstlerisch oder wissenschaftlich wertvoll sei. Der Erbauer der Hofanlage, Friedrich Franz Adolf Beck, war in den napoleonischen Kriegen Festungskommandant von Gießen und ein Vorfahre von Generaloberst Ludwig Beck.

Tourismus gefährdet Altertümer

Die vielen nach Ägypten kommenden Touristen gefährden inzwischen jahrtausendealte Kunstschätze des Landes am Nil; die Altertümergeverwaltung und das Amt für Fremdenverkehr sind sich deshalb darin einig, daß Maßnahmen zur Erhaltung des bedrohten Erbes der Kultur dringlich werden. Priorität gilt dabei den thebanischen Felsengräbern im Tal der Könige und dem Bau eines neuen Nationalmuseums auf der Kairoer Nilinsel Ghezira.

Die einmaligen Wandbilder in den verhältnismäßig wenigen der Öffentlichkeit zugänglichen Anlagen, die mehr als 3000 Jahre lang ihre frische Farbe weitgehend behalten haben, drohen zunehmend von den Einwirkungen des Besucherstromes zerstört zu werden. Staub und Ausdünstungen der sich in den engen Grabkapellen drängenden Schaulustigen verbinden sich zu einer regelrechten Schleifpaste, die sich auf die Bilder legt.

Daß der Tourismus nicht nur eine Einnahmequelle ist, sondern auch Sorgen bereiten kann, das hatte schon vor mehr als hundert Jahren der französische Forscher Auguste Mariette festge-

stellt, der für seine Verdienste um die Bewahrung der ägyptischen Altertümer den Titel eines Paschas erhielt. »Die Mastaba des Tin (eines der schönsten Privatgräber in Sakkara bei Kairo) erlitt in den vergangenen Jahren mehr Schaden durch Reisende als während der ganzen sechstausend vorangegangenen Jahre, seit sie gebaut wurde«, schrieb er im Jahre 1870.

Ausstellungen

Eine weitere Zweiggalerie haben die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen in Regensburg eingerichtet: Am 22. März 1982 wurde diese auf deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts spezialisierte Galerie eröffnet. Sie enthält etwa hundert Werke, unter anderem von Wilhelm von Kaulbach, Ferdinand und Wilhelm von Kobell, von Leibl, Lenbach, Liebermann, Menzel, Slevogt, Spitzweg und Stuck.

Die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen »bespielen« zur Zeit insgesamt dreizehn Zweiggalerien mit rund 1500 Gemälden, und zwar in Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Burghausen, Füssen, Kulmbach, Landshut, Ottobeuren, Schleißheim, Tegernsee und Würzburg. Die Bestände sollen noch mehr »dezentralisiert« werden, wie es in München heißt. So soll in Neuburg an der Donau eine Galerie für flämische Barockmalerei entstehen, in Augsburg eine zusätzliche Zweiggalerie für zeitgenössische Kunst.

Eine »Zeitgeschichtliche Sammlung« richtet Stuttgart ein. Die Stadt bereitet einen umfangreichen Ausstellungszyklus zum Thema Weimarer Republik und »Drittes Reich« vor. Zwischen Mai 1982 und Juni 1984 sind sechs Ausstellungen geplant. Sie beschäftigen sich unter anderem mit den Themen »Politische Plakate der späten Weimarer Republik«, »Stuttgart und die Macht ergreifung«, »Alltag im Dritten Reich«, »Widerstand in Stuttgart«, »Juden in Stuttgart« und »Stuttgart im Zweiten Weltkrieg«.

Das Wahrzeichen Venedigs, die vier Bronzepferde von San Marco, waren zum ersten Mal als

Einheit außerhalb Italiens in der Ausstellung »Pferd und Reiter in der europäischen Kunst« im Berliner Martin-Gropius-Bau zu sehen. Die 2,60 Meter hohen, goldglänzenden Bronzepferde sind die einzige erhaltene Quadriga der Antike. Seit Mitte des 13. Jahrhunderts schmücken sie die Hauptfassade der Basilika auf dem Markusplatz, doch ihre Herkunft ist unbekannt. Ihren 700 Jahre alten Platz verdanken sie der Eroberung und Plünderung Konstantinopels durch die Venezianer und Kreuzritter im Jahre 1204. Das inzwischen zum Vorbild für zahlreiche andere Pferde- und Quadriga-Skulpturen gewordene Kunstwerk wurde für ein Werk des Lysippos (um 350 v. Chr.) aus Griechenland, oder auch für eine römische Arbeit für einen Triumphbogen gehalten.

Resolution 3

Dorfbewohner und Dorfentwicklung

Ergebnisse einer Arbeitstagung der »Arbeitsgruppe Dorfentwicklung« im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsfor-schung in Mitteleuropa«, März 1982 in Bleiwäsche, Kreis Paderborn

Architekten, Geographen, Historiker, Kulturanthropologen, Planer und Referenten einschlägiger Ministerien in Bund und Ländern trafen sich vom 17. bis 19. März 1982 – nach 1979 und 1980 zum dritten Male – zu einer »Dorf«-Tagung in Bleiwäsche/Kreis Paderborn. Die Tagung stand unter dem Thema »Dorfbewohner und Dorfentwicklung«. Diese Zielsetzung erfolgte aufgrund der Erfahrung, daß man in der Vergangenheit bei den meisten Dorfplanungen die Dorfbevölkerung ignoriert bzw. zu wenig einbezogen hatte. Im Mittelpunkt der Tagung stand das Bemühen von Wissenschaft, Verwaltung und Praxis, die Dorfbewohner besser verstehen zu

Wilhelm Wortmann 85

Wilhelm Wortmann, der verdienstvolle »Senior« unter den Stadt- und Landesplanern in Norddeutschland, hat in Hannover sein 85. Lebensjahr vollendet. Der aus Bremen stammende Jubilar war von 1956 bis zu seiner Emeritierung 1965 Ordinarius für Städtebau, Wohnungswesen und Landesplanung an der damaligen Technischen Hochschule Hannover. Als Gründer und Leiter der Arbeitsgruppe Standortforschung, als Mitglied und Vizepräsident der Deutschen Akademie für Raumordnung und Landesplanung und als Gutachter für Bundesministerien erwarb er sich in der Fachwelt internationale Anerkennung.

lernen und sich ihnen besser verständlich zu machen. Es zeigte sich dabei die Notwendigkeit, einen Teil der bisherigen Kenntnisse, Einstellungen und Methoden zum Thema »dörfliche Bevölkerung« überprüfen und ändern zu müssen.

Zur Situation

Die Verhältnisse und Verhaltensweisen auf den Dörfern haben in den Nachkriegsjahren erhebliche Veränderungen erfahren (Veränderungen, die in entsprechender Weise z. T. auch in den Städten wirksam waren):

1. Die wirtschaftliche und soziale Funktion des Dorfes war ursprünglich durch die Landwirtschaft bestimmt. Durch die starken Strukturwandlungen der Landwirtschaft – im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – verlor diese nicht nur im Staatsganzen, sondern auch im Dorf an wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gewicht.

2. Das Wirtschaftssystem (Landwirtschaft wie Industrie) wird zunehmend verbrauchsorien-

tiert und rationalisierungsorientiert. Der relativ schnell anwachsende Reichtum breiter Bevölkerungsschichten fördert damit die Kurzlebigkeit der verschiedenartigen Sachgüter, z. B. der traditionellen Maschinen, Werkzeuge und Bauten.

3. Die durch Erziehung bzw. Werbung ständig geförderte Tendenz zum »Pflegeleichter« breitet sich auch auf das Land aus. Es zeigt sich, daß das stete und berechtigte Bemühen des Menschen um ein »bequemes« Leben zu nachteiligen Auswirkungen z. B. im kommunikativen und ökologischen Bereich geführt hat.

4. Die im Dorf der Agrargesellschaft weitgehend miteinander verknüpften Grunddaseinsfunktionen wurden in den letzten drei Jahrzehnten mehr und mehr voneinander getrennt und zum großen Teil auch nach außerhalb des Dorfes verlagert. Die früher enge Lebensgemeinschaft (überwiegend durch Aufeinanderangewiesensein bestimmt) beim Arbeiten, Wohnen, Helfen, Feiern, Erholen, Geborenwerden und Sterben hat nur noch partiell Bedeutung. Dieser Prozeß der sozialen und funktionalen Entmischung bzw. einer Individualisierung wird von der Dorfbevölkerung überwiegend als Gewinn angesehen.

5. Die Grundhaltung gegenüber dem Historischen, dem Alten erfuhr nach dem Zweiten Weltkrieg einen wesentlichen Bruch. Ehemals tragende Begriffe wie Heimat, Familie, Haus und Hof verloren an Wert. Es war nicht mehr möglich und üblich, sich mit Geschichte zu legitimieren.

Aufgrund dieser Veränderungen konnten städtische Werte rascher und nachhaltiger als früher in das Dorfleben eindringen, was eine relativ starke Abkehr von traditionellen Denk- und Verhaltensweisen mit sich brachte.

Seit einigen Jahren ist nun vielerorts eine neue Tendenz zum Lokalen, zur Region, zur Geschichte zu beobachten, die sich auch auf dem Dorfe, z. B. in einem raschen Anwachsen der Laienforschung zur Ortsgeschichte, der Brauchtums- und Mundartpflege und in der Gründung von Heimatvereinen, äußert. Hierfür lassen sich u. a. die folgenden Gründe aufführen:

1. Reaktion auf die zurückliegenden »unhistorischen« Jahrzehnte;

2. Reaktion auf die zurückliegende Invidualisierungsphase;

3. Reaktion auf die zurückliegende Denaturalisierungsphase;

4. Reaktion auf die zunehmende politische, kulturelle und wirtschaftliche Fremdbestimmung des ländlichen Raumes.

Es stellt sich die Frage: Welche Folgerungen ergeben sich aus dieser neuen und höheren Bewertung von Vergangenen und Lokalem für unser wissenschaftliches Vorgehen? Kann bzw. soll die Dorfforschung etwas zur Steuerung dieser neuen Tendenz beitragen? Die historische Sozialforschung macht darauf aufmerksam, daß es wichtig ist, sich *beide* Aspekte des wiedererwachten bzw. -erweckten Geschichts- und Lokalbewußtseins zu verdeutlichen: einerseits kann es in positiver Weise zur Sinngebung des Lebens des einzelnen und der Gesellschaft beitragen, andererseits birgt es die Gefahren einer manipulierbaren Heimattümelei oder eines nur rückwärtsgewandten Konservatismus, die politische und menschliche Erstarrungstendenzen beinhalten.

Aufgaben und Wege der Forschung und Planung

Eine wesentliche Zielsetzung der Dorfforschung ist es, die dem Dorf eigenen, spezifischen Strukturen herauszufinden und die mit diesen Gegebenheiten einhergehenden – historischen und gegenwärtigen – Lebensgewohnheiten, Einstellungen oder Mentalitäten der Dorfbewohner möglichst optimal zu erfassen. Über die hierzu geeigneten Methoden besteht jedoch in der Dorfforschung weder Zufriedenheit noch Konsens. Andererseits wird anerkannt, daß in der praktischen Dorfplanung für die von ständigen Entscheidungszwängen geprägte Arbeit anwendbare Methoden gebraucht werden. Die bisher geübten Formen der »Bürgerbeteiligung« werden sowohl von den Dorfforschern als auch von den Dorfplanern als unzureichend beurteilt.

In dem Bemühen, die Vorstellungen der Dorfbevölkerung stärker zur Geltung zu bringen, sollten von Forschern und Planern gemeinsam folgende Ziele angestrebt werden:

1. Forschung und Planung müssen von Beginn an kommunikativ, d. h. als ein beidseitiger

Lehr-Lern-Vorgang, angelegt sein. Derzeit erarbeiteten Forschungen und Planungen meist Analysen und Konzepte, die erst nach Fertigstellung den Bewohnern zur Begutachtung vorgestellt und erläutert werden. Statt dessen sollten die Dorfbewohner nicht nur die Chance der »Beteiligung« haben, sondern zum Mitdenken und Mitsprechen motiviert werden.

Forscher und Planer müssen also offen sein für jede Art von Vorstellungen und Anregungen der Dorfbewohner. Vorgefertigte Fragebögen und Handlungsanleitungen können dies allein nicht gewährleisten. Auch sind die Aktivitäten wesentlich langfristiger als bisher anzulegen, um zumindest die »zeitlichen« Sachzwänge auszuschließen.

Außerdem müssen Planer und Forscher sich über ihre eigenen Leitvorstellungen – seien diese politischer, moralisch-normativer oder ästhetischer Art – und über ihre persönlichen Motive klar werden und diese auch benennen und der Dorfbevölkerung erläutern. Dies erhöht die Transparenz von Analysen und Konzeptionen und mindert die latenten Gefahren der Fremdbestimmung.

2. Dorfforschung und -planung erkennen die Notwendigkeit einer stärkeren lokal- und regionalspezifischen Dorfentwicklung. Hierzu bedarf es neben der Mitwirkung der Dorfbewohner vor

allem auch der erhöhten Kompetenz der ländlichen Kommunen und der eingemeindeten Dörfer. Nach den eingemeindeten Dörfern können auch die ländlichen Kommunen das in der Verfassung festgelegte Grundrecht der Selbstverwaltung immer weniger ausüben. Die zentral gelenkten und technokratisch ausgeführten Verordnungen, Richtlinien und Ausführungsbestimmungen (besonders der bisherigen Förderungspolitik) haben das Autonomie- und Verantwortungsbeußtsein der ländlichen Politiker stark gemindert. Die kommunale Gebietsreform hat diese Tendenz verstärkt. Forschung und Planung fordern daher mehr Dezentralisierung und neue Formen von Selbstverwaltung, um Selbstbeußtsein und Eigenverantwortung der ländlichen Kommunen und der Dorfbewohner zu vergrößern.

Einer weiteren Fremdbestimmung des ländlichen Raumes kann vorrangig durch Stärkung der Verantwortung bei Bürgern und Kommunen entgegengewirkt werden. Wenngleich hierzu politische Grundsatzentscheidungen notwendig sind, können Forschung und Planung im ländlichen Raum bereits jetzt einen wesentlichen Beitrag zu dieser Zielsetzung leisten.

Hauptmeyer, Henkel, Meyer-Palmedo, Oppermann, Simons, Ungericht

Entgegnung

In ihrer Besprechung in Heft 2, 8. Jg., 1981, dieser Zeitschrift hat Brigide Schwarz Vorbehalte und Kritik gegenüber meinem Buch »Frühe bürgerliche Institutionen norddeutscher Hansestädte. Beiträge zu einer vergleichenden Verfassungsgeschichte Lübecks, Bremens, Lüneburgs und Hamburgs im Mittelalter«, Köln 1957, geäußert.

Es ist ihre Sache, wenn sie über Strecken die Lektüre des Buches ärgerlich findet. Auch auf

ihre verschiedenen pauschalen Urteile möchte ich hier nicht eingehen. Zur Debatte sollen allein die vermeintlich aufgezeigten Schwächen meines Buches stehen.

Wenn Brigide Schwarz behauptet, das Buch sei trotz interessanter Fragestellung und durchaus bedenkenswerter Detailergebnisse im wesentlichen Aufbereitung einschlägigen Materials, beweist sie damit weitgehende Unkenntnis der Forschungssituation, wie sie vor der Abfassung die-

ser Arbeit über die frühen Verfassungen der nordwestdeutschen Städte bestand. Sie hätte sich leicht und schnell bei Besprechungen, wie die von A. von Brandt (Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, 40, 1960, S. 108–110), W. Ehbrecht, Das historisch-politische Buch, Jg. 24, 1976, S. 265–266, E. Hoffmann, in: Zeitschr. der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, 102/103, 1977/78, S. 391–394, H.-P. Baum, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 64, H. 4, 1977, S. 569–570, H. Schwarzwälder, in: Hansische Geschichtsblätter, 94, 1976, S. 149–151, informieren können. Alle genannten Rezensenten dürften wohl als ausgewiesene Kenner der nordwestdeutschen Städtegeschichte gelten.

Ist es lediglich Aufbereitung einschlägigen Materials, wenn W. Ehbrecht in seiner Rezension schreibt: »Methodisch lehrreich ist die Behandlung des doch erstaunlich reichen Quellenmaterials, inhaltlich die Einschätzung der Viertels- und Kirchspielsvertretungen von zentraler Bedeutung für die gegenwärtige mittelalterliche Stadtgeschichtsforschung?« Es fällt nicht schwer, ähnliche Zitate von anderen Rezensenten beizubringen. – Es sind wohl keineswegs Detailergebnisse, wenn überhaupt erst in dieser Arbeit die grundsätzliche Bedeutung typologischer Beziehung, z. B. der bremischen conjurati, die Burmeister in Lüneburg, der wicmanni in Hamburg, aus den Quellen erarbeitet und in neue und originäre Zusammenhänge gestellt worden sind. Auch würde sich in diesem Punkt empfehlen, in Rezensionen, so z. B. in der von Schwarzwälder oder in Arbeiten wie die von M. Garzmann über »Stadtherr und Gemeinde in Braunschweig im 13. und 14. Jahrhundert«, Braunschweig 1976, nachzulesen.

In der Besprechung von Frau Schwarz findet der Leser: »...für Lüneburg, für das es noch einiges ungedrucktes Material gibt, begnügt sich Scheper mit dem Urkundenbuch«. Spätestens hier faßt man sich an den Kopf und fragt: »Hat denn Frau Schwarz die Abschnitte über Lüneburg überhaupt gelesen?« Auf Seite 77 meiner Arbeit findet sich lediglich eine Anmerkung, daß

in Hinsicht auf die Burmeister vor der Nennung des Rates 1239 nur das Volgersche Urkundenbuch benutzt wurde. Dieser einschränkende Hinweis bezieht sich nur auf eine begrenzte Detailfrage. In welchem Umfang andere Lüneburger Quellen, wie Verfestungsregister, Stadtbuch, Kämmererechnungen etc. benutzt wurden, geht schon aus dieser und den nächsten Seiten meines Buches hervor. Ich habe überdies mehrfach das Lüneburger Stadtarchiv (1957, 1958 und 1975) zum Studium unedierten Urkundenmaterials besucht. Ein rascher Blick in das Quellen- und Literaturverzeichnis meiner Arbeit hätte der Rezensentin auf das deutlichste gezeigt, in welchem Umfang gedrucktes und ungedrucktes Material zur Lüneburger Verfassungsgeschichte herangezogen worden ist. Offenbar ist nicht einmal das geschehen. Nur so wird es überhaupt verständlich, daß Frau Schwarz zu diesem Urteil über die Benutzung von Urkunden und Quellen zur Lüneburger Verfassungsgeschichte gelangen kann.

Es ist unter diesen Umständen wenig sinnvoll, auf andere Monita einzugehen. Nur noch eine Bemerkung sei gestattet: der Hinweis auf G. G. Fissores Beitrag über Asti als nachahmenswertes Beispiel geht erheblich an der Sache vorbei. Mein Buch ist in Absicht und Methode ganz anders angelegt als G. G. Fissores meines Wissens 1973 (nicht 1977!) erschienenes Werk über Asti. Außerdem, wer wüßte denn nicht von den erheblichen Distanzen in vielen Bereichen zwischen oberitalienischem und nordwestdeutschem Städtewesen?

Voltaire hat einmal in einem Vorwort zu einer Neuauflage eines geschichtlichen Werkes über Karl XII. bemerkt: »Unter den mancherlei Irrtümern und Kleinlichkeiten dieser Kritik finden sich auch einige wichtige und nützliche Bemerkungen. Ich trug Sorge..., davon Notiz zu nehmen; denn in Sachen der Geschichte darf man nichts versäumen...«. Daran mußte ich bei der Lektüre der Rezension von Frau Schwarz denken. Um nun nicht mehr von Irrtümern zu reden, einige wichtige und nützliche Bemerkungen habe ich leider auch nicht zu entdecken vermocht.

Bremerhaven

Burchard Scheper

Besprechungen

Alte Bauten neu genutzt (= *Veröffentlichungen der Forschungsgemeinschaft Bauen und Wohnen, Stuttgart Nr. 133*) initiiert und erarbeitet von HERBERT FECKER, WILLY LEYGRAF, JOACHIM VEIL, redaktionelle Beratung: MARTIN BLÜMCKE, mit Beiträgen von PETER ANSTETT, NORBERT BONGARTZ, JÜRGEN BRUCKLACHER, KLAUS EHRlich, DIETER HAUFFE, INGEBORG HÜBNER, ILSE IFFLÄNDER, GERHART KILPPER, KARL KRAUSS, HUBERT KRINS, FRANZ MECKES, GERHARD WEEBER, GERHARD WITTE. 30 × 24 cm, 192 Seiten, zahlreiche Abbildungen. Deutsche Verlags Anstalt, Stuttgart 1981. Leinen, 84,- DM.

Über Sinn und Notwendigkeit denkmalpflegerischer Maßnahmen und der Umnutzung schlecht oder nicht genutzter historischer Bauten, zumeist die einzige Chance zur Erhaltung, wird unter der Leserschaft dieser Zeitschrift sicher ein breiter Konsens herrschen. Doch viele Leser werden sich von Berufs wegen derartigen Fragen gegenübersehen und der Frage »Wie sag ich's meinem Kinde?« Nun, das vorliegende Buch gibt hervorragendes Material zur Hand, mit dem Bauherren und Baubeamte zu überzeugen sind, denn am überzeugendsten wirkt noch immer das gute Beispiel. Wie oft wiederholt sich das alte Spiel: zuerst steht da eine alte Bruchbude, bei der jeder mann, ausgenommen der unverbesserliche Denkmalpfleger, der festen Meinung ist, daß es das beste sei, das alte Glomp wegzureißen. Nach der Renovierung ist jedermann stolz und glücklich (außer dem unverbesserlichen Denkmalpfleger, der den Verlust einiger Details beklagt), wie prächtig der Zeuge der Vergangenheit, frisch herausgeputzt, ins Stadtbild paßt.

Das Buch ist dazu angetan, auch der Vorstellungskraft des Laien auf die Sprünge zu helfen, indem es zahlreiche eindrucksvolle Beispiele von mustergültigen attraktiven Sanierungsfällen anschaulich in Text, Bildern und Plänen präsentiert.

Ein Vorspann informiert in diversen Aufsätzen über die unterschiedlichsten Aspekte des Umgangs mit alten Bauten, über die Funktion des Denkmalpflegers in einem Sanierungsverfahren, über die Rolle des Bauhandwerkers, über Probleme des Brandschutzes, der Statik, des technischen Ausbaus, über Finanzierungshilfen und vieles mehr.

Im Dokumentationsteil sind dann die Beispiele vorgeführt und illustriert nach dem Schema Baugeschichte-Umbau-Kosten-Wertung. Die Einteilung der 54 Bauten aus Baden-Württemberg in Gruppen nach der früheren Nutzung (Wohngebäude, landwirtschaftliche Gebäude und Lagergebäude, gewerblich genutzte Bauten, Öffentliche Bauten, Kirchen und Klöster, technische Bauten und Wehranlagen) mutet etwas akademisch an. Unterscheidet sich doch ein Beginnhaus des 17. Jahrhunderts (Abteilung Kirchen und Klöster) bautypologisch und gebäudekundlich betrachtet, aber auch was die Sanierungs- und Nutzungsmöglichkeiten betrifft, kaum von einer »Geistlichen Verwaltung« (Öffentliche Bauten) gleichen Alters, von einem »Wohnspeicher« oder einem Zunfthaus.

Das Buch ist solide ausgestattet, aber wie die meisten Sachbücher des Verlags nicht gerade preiswert. Freilich kann es sich durch wertvolle Tipps und Anregungen vielfach bezahlt machen.

Stuttgart

Falk Jaeger

HORST REICHERT, *Die Verstädterung der Eastern Province von Saudi Arabien und ihre Konsequenzen für die Regional- und Stadtentwicklung* (= *Schriftenreihe 10 des Städtebaulichen Institutes der Universität Stuttgart*). Karl Krämer Verlag, Stuttgart 1980, 245 S., 23 Textfig., 9 Luftbilder, DM 28,-

Spätestens die Publikationsreihe verrät, daß hier keine siedlungsgeographische oder länderkundli-

che Untersuchung vorliegt. Es handelt sich vielmehr um eine Dissertation aus dem Architekturbereich (1978), der zur nunmehrigen Veröffentlichung ein geographischer Vorspann von 35 S. beigegeben wurde, der sich weitgehend an H. Blume und H. Dequin anlehnt. Überbreit ausholend wie diese räumliche Einführung wird auch der sachliche Problemkreis der Verstädterung vor dem Hintergrund der Entwicklung in der Dritten Welt, der arabischen Länder und endlich in Saudi-Arabien angegangen; zum eigentlichen Thema der alten ostarabischen El Hasa-Provinz dringen erst die verbleibenden beiden Inhaltsteile vor. Auch sie bringen dem Landeskundler, Geographen oder Orientalisten keine wesentlichen originären Neuerkenntnisse, wenn man von dem spärlichen und zudem recht fragwürdigen Datenmaterial absieht, das fünf bestehenden Masterplänen für Dammam, Al-Khobar, Qatif, Jubail und Hofuf (n. Candilis, Metra Intern. Consultants 1976) entstammt.

Der planende Praktiker indessen kann hier im Hauptteil der Untersuchung vielseitige Erkenntnisse sammeln. Nicht oft werden Planungsproblematik, Entwicklungskonzeption und die instrumentellen Strategien seiner Arbeit unter den besonderen Bedingungen orientalischer Staaten so umfassend und klar dargestellt. Prägnant genug zieht Verf. auch ein Fazit aus dem gerade in der sich überstürzenden Entwicklung dieses Raumes so beklemmenden Widerstreit zwischen Theorie und Praxis, wenn er schreibt (S. 103), daß der Siedlungsausbau an der Golfküste zwischen Kuwait und den VAE mit einem »an Nativität grenzenden Dilettantismus« erfolgt sei. Als Geograph aber fragt man sich, warum der Autor in einer solchen unabhängigen Dissertation zu derartigen im ganzen Orient typischen Fehlerscheinungen nicht entschiedener, richtungsweisend Stellung bezieht. Hat er über die weltweiten Aussagen des UN Habitat-Reports hinaus (S. 53–56) nicht die irreparablen Schäden in den wenigen Altoasen der Ostprovinz erkannt, warum berichtet er nicht eingehend vor Ort über die tatsächlichen »Auswirkungen« der Verstädterung auf das dort so besonders empfindliche Raumgefüge und (u. a. klimatologische oder hydrologische) Umweltmilieu? Zwei Seiten Theorie

(S. 208/209) stellen noch keine wirklichen Empfehlungen dar, zumal jegliche Planvorlagen eines ante- und post-Stadiums fehlen, an denen beispielsweise derartige Abläufe nachvollziehbar wären.

Auch der alle Lesergruppen gemeinsam interessierende Anhang mit 9 Aramco-Luftaufnahmen aus den Hofuf- und Qatif-Oasen von 29 S., der im Text doch wohl mißverständlich als »Ergebnis städtebaulicher Untersuchungen« apostrophiert wird, kann höhergespannten Erwartungen nicht gerecht werden. Verwendet man solche, im Orient eher selten Bilder nicht nur als schmückende Beigabe, so hätte man, abgesehen von der für weitere Zwecke unzureichenden Reproduktionsqualität und Darbietung (selbst der Maßstab fehlt), vor allem eine eingehendere, auch messende Auswertung, unter Beigabe von Interpretationsskizzen z. B., erwartet; wozu sonst lehren wir das eigentlich mit hohem Aufwand die Studierenden, selbst nicht-technischer Fachbereiche? Die Definition gewisser Fachtermini wäre wünschenswert, vor allem aber eine angemessene Sorgfalt im Literaturverzeichnis, das in fast jeder Hinsicht zu beanstanden ist. Von Grundlagenwerten, wie jenen von F. S. Vidal (1955, 1971) oder H.-J. Philipp 1976, hat der Autor offensichtlich keine Kenntnis gehabt.

München

Heinz-Gerhard Zimpel

Regierungsviertel Bonn, bearb. v. WILTRUD BAUER, ROLAND FEULNER, JOACHIM SCHOLZ, REINHARD PFLÜGER (Arbeitsbericht 35 des Städtebaulichen Instituts der Universität Stuttgart). Stuttgart: Städtebauliches Institut der Universität 1980. 144 S., Abb., DM 15,-

Als »Streuselkuchen-Demokratie« hatte vor gut einem Jahr der Kaiserslauterer Stadtplaner Prof. Albert Speer auf dem vorerst letzten Höhepunkt der öffentlichen Diskussion um die zukünftige städtebauliche Entwicklung des Bonner Bundesdistrikts die offiziellen Planungen bezeichnet. Er warf ihnen vor, vielleicht unbewußt »aus Bonn eine Art deutsches Washington« machen zu wol-

len, und die »grüne Mitte« (immerhin von den »drei Weisen«, den Professoren Hillebrecht, Laage und Rossow, als Beratern der Bundesregierung 1979 noch vehement unterstützt) nannte er eine »Kernsünde« der bisherigen Planung, aber doch auch »das beste Dekor, um Planungsfehler und Planungsunsicherheit zu tarnen«.

Angesichts so vieler kontroverser Standpunkte konnte es wenig verwundern, daß sich auch andere »Nichtgefragte« zu der Frage äußern wollten, wie denn der städtebauliche Rahmen für die höchsten Gremien der Bundesrepublik mit all den damit verknüpften Vorstellungen von Symbolik und Repräsentation der Demokratie zu entwerfen sei. Und wie zuvor schon eine Aacheener Studentengruppe unter Prof. Böhm fanden auch vier Architekturstudenten aus Stuttgart den Mut, das ebenso anspruchsvolle wie lehrreiche Thema im Rahmen ihrer Diplomarbeit anzugehen. Dabei zeichnet sich die Arbeit vor allem durch ihren lobenswerten Realitätsbezug aus (der ja für eine selbstgewählte Diplomarbeit nicht notwendigerweise ebenso ausgeprägt zu sein braucht wie etwa für eine Auftragsplanung), und wenn die Ergebnisse auch nicht in jeder Hinsicht zu überzeugen vermögen, so haben die Studenten doch eine Anzahl wertvoller Erkenntnisse aus der Situationsanalyse gewinnen können, die für die nächste Phase der Planung der »Bauten für die Demokratie« durchaus nützlich sein könnten.

In ihrer Arbeit sind die Studenten zunächst von einer Auseinandersetzung mit den Fragen ausgegangen, wie geplante (Washington, Canberra, Brasilia) und gewachsene Hauptstädte (Paris, Berlin) aussehen, wie sich Demokratie überhaupt städtebaulich darstellen läßt und welche Kritik gegenüber den bislang vorgelegten Hauptstadtplanungen und Gutachten für Bonn aus ihrer Sicht vorgetragen werden kann. In einer zweiten Phase wurde dann das Regierungsviertel und sein näherer Umgriff einer intensiven Bestandsaufnahme unterzogen, – in der Hoffnung, allein daraus Zielformulierungen für die Planungsphase ableiten zu können. Die dritte Phase brachte schließlich das Gesamtkonzept für die Neuordnung des Regierungsviertels, dessen tragende Gedanken vor allem die Schaffung gro-

ßer verbindender Grünräume mit Anbindung der an der Hangkante gelegenen alten Rheindörfer, die Verkehrsberuhigung innerhalb des Regierungsdistrikts und dessen neue Erschließung durch eine neue bogenförmige »Bundesallee« sind.

Leider ist die erste Phase der Arbeit viel zu sparsam ausgefallen: Der von der Intuition der Bearbeiter her gewiß hochinteressante städtebauliche Vergleich »geplanter oder gewachsener« Hauptstädte bleibt (weil nur auf einer Bildtafel und völlig unkommentiert zusammengestellt) leider ebensowenig ergiebig wie die Auseinandersetzung mit den bereits vorgelegten Planungen, die offensichtlich die Studenten (abgesehen von viereinhalb Zeilen »Schlußfolgerungen«) zu keinen weitergehenden Überlegungen anzuregen vermochten. Dafür aber präsentiert sich die Bestandserhebung und Situationsdiskussion, die vier Fünftel der Broschüre einnehmen, in eindrucksvoller Breite. Auch wenn die Verfasser dabei eine durchaus beachtliche Fülle von Erkenntnissen und Zielvorstellungen (»Planungsgrundlagen«) zutage fördern, überrascht doch der unvermittelte Übergang in die abschließende Planungsphase der Arbeit. Gerade hier wäre es notwendig gewesen, in nachvollziehbarer Form Leitgedanken für die hauptsächlichen Bestandteile dieser Aufgabe zu entwickeln und zu formulieren, die sich unter verschiedenen Aspekten zu »Leitbildern« hätten verdichten und in Planungsmodellen hätten konkretisieren lassen. So leidet der Syntheseteil der Diplomarbeit vor allem daran, daß die in vielerlei Hinsicht durchaus interessanten Planungsvorstellungen oft nur unzureichend belegt und erläutert worden sind. In seiner Einleitung zu der Diplomarbeit schreibt Prof. Markelin – einer der beiden Betreuer –: »Und last but not least: Die bisherigen Planungen ließen noch kein überzeugendes Gesamtkonzept erkennen.« Offensichtlich vermag das die vorliegende Studie auch nicht, aber sie brauchte es wohl auch gar nicht...

Bonn

Klaus Borchard

JOACHIM BALDERMANN / GEORG HECKING / ERICH KNAUSS / ULRICH SEITZ, *Wohnflächennachfrage und Siedlungsentwicklung. Analyse und Prognose der expandierenden Wohnflächennachfrage. Planungskonsequenzen für Stadt und Region (= Schriftenreihe 12 des Städtebaulichen Instituts der Universität Stuttgart)*. Karl Krämer Verlag, Stuttgart 1980, 142 Seiten, 27,- DM.

Seit Jahrzehnten erweist sich die steigende Wohnflächennachfrage als einer der Hauptgründe für die ständige Expansion unserer Siedlungsflächen. Angesichts des damit verbundenen extensiven Landschaftsverbrauchs und der anhaltenden Zersiedlungstendenzen in den Stadt-Umland-Bereichen mußte die jahrelange Abstinenz der Wissenschaft gegenüber diesem Phänomen von Planern, Politikern und von der breiten interessierten Öffentlichkeit als ebenso unverstänlich wie schmerzlich empfunden werden. An diesen Interessentenkreis wendet sich nun die von einer Arbeitsgruppe des Städtebaulichen Instituts der Universität Stuttgart vorgelegte Untersuchung.

In ihrem Mittelpunkt stehen die Fragen nach Entwicklungstendenzen, Bestimmungsfaktoren und Erklärungszusammenhängen der Wohnflächennachfrage sowie nach möglichen zukünftigen Entwicklungen oder Sättigungsgrenzen, und die Antworten hierauf münden schließlich in dem Versuch, aus den gewonnenen Erkenntnissen auch grundsätzliche stadt- und regionalplanerische Schlußfolgerungen – insbesondere hinsichtlich des zukünftigen Bedarfs an Siedlungsflächen – abzuleiten. Wenngleich es sich bei den vorausgehenden empirischen Untersuchungen im wesentlichen um Fallstudien vorwiegend aus dem Stuttgarter Raum und der Region Mittlerer Neckar mit zunächst begrenzter räumlicher Aussagekraft handelte, ließen sich doch angesichts der zuvor gewonnenen theoretischen Erkenntnisse und der daraus abgeleiteten Hypothesen Schlußfolgerungen gewinnen, die zweifellos von allgemeinem Wert sind. So kommt die Studie etwa zu dem Ergebnis, daß die Expansions-tendenz der Wohnflächen, die vor allem eine Art Wohlstandseffekt ist, in den nächsten zwei Jahr-

zehnten wohl auf keine Sättigungsgrenzen stoßen dürfte, weil u. a. kein entscheidender Rückgang in der Bruttoinlandsproduktion erwartet wird, weil schon heute erhebliche räumliche und soziale Disparitäten in der Wohnflächenversorgung bestehen und weil im Gegensatz zu den vorherrschenden wohnungspolitischen und landesplanerischen Zielvorstellungen trotz stagnierender oder rückläufiger Bevölkerungszahlen eine beträchtliche zusätzliche Wohnungsnachfrage zu erwarten ist. Höchstwahrscheinlich dürfte im Jahr 2000 jeder Einwohner 47 qm (bis zu 68 qm) Wohnflächen in Anspruch nehmen, wenn das reale Haushaltseinkommen um durchschnittlich jährlich 2,5% (bis zu 5%) steigt, die Haushaltsgröße bei durchschnittlich 2,3 Personen (bis zu 2,2 Personen) und die Eigentumsquote bei 55% (bis zu 60%) angenommen werden. 1950 lag die Wohnflächeninanspruchnahme je Einwohner noch bei ca. 15 qm, 1978 hatte sie bereits 31 qm erreicht.

Aus der Forderung, einerseits ein zusätzliches Wohnungsangebot zu schaffen, andererseits den Landschaftsverbrauch zu begrenzen, erwächst die Notwendigkeit, zukünftig sehr viel stärkere Verdichtungen im Wohnungsbau vorzusehen, als dies bisher der Fall war. Verdichtete, flächensparende Bauweisen, die ja nicht notwendigerweise auch einen Verzicht auf individuelles Wohnen bedeuten müssen, erfreuen sich allerdings – verglichen etwa mit dem in der Präferenzskala an oberster Stelle rangierenden freistehenden Einfamilienhaus – heute noch nicht der entsprechenden Wertschätzung. Hier muß deshalb noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden, damit Gemeinden wie Bauherren, Politiker wie Planer die Nützlichkeit verdichteter flächensparender Bauweisen zugunsten der Erhaltung von Freiflächen einsehen. Gerade für diese Aufgabe stellt die vorliegende Untersuchung eine ebenso begrüßenswerte wie fachlich solide Argumentationshilfe dar. Ihre sorgfältige Lektüre kann deshalb allen städtebaupolitisch wie ökologisch Interessierten nur wärmstens empfohlen werden.

Bonn

Klaus Borchard

HELMUT RANGE – FRANZISKA GEBHARDT-SEELE, *Jugendstil-Gebäude in Kassel. Kassel: Stauda 1980. 95 S., 68 Abb., 1 Übersichtsplan, DM 24,-*

Natürlich stand die Wiege des Jugendstils nicht in Kassel, wie Lucius Burckhardt im Geleitwort zu dem Büchlein von Helmut Range: »Jugendstil-Gebäude in Kassel« richtig bemerkt. Aber was soll's! In einer Zeit, in der wachstumsorientierte Stadtentwicklungspolitik die Innenstadtrandgebiete, vielfach die Hauptstandorte von Gebäuden mit Jugendstilelementen, erreicht und sie oft bedenklich angenagt, wenn nicht »umstrukturiert« hat, ist es doppelt wichtig und verdienstvoll, sich auch um regionale und lokale Ausprägungen von Baukultur zu kümmern. Diese ins öffentliche Bewußtsein heben, heißt, den ersten Schritt zur Wahrung lokaler Identifikationspunkte zu schaffen.

Das vorliegende Büchlein leistet dazu gewiß einen Beitrag, wenngleich einen eher bescheidenen. Der Autor liefert am Schluß ein Verzeichnis »der« Jugendstil-Gebäude in Kassel, das dem nicht ortskundigen Leser den Eindruck flächendeckender Vollständigkeit vermittelt. Das trifft leider keineswegs zu. Die dort aufgeführten Objekte kennzeichnen eher eine Auswahl, die aufgrund von Spaziergängen durch einzelne Straßen und Quartiere zustande gekommen sein mögen. Es fehlen durchaus wichtige Objekte, sowohl in den dichter bebauten Innenstadtrandgebieten, als auch vor allem in den westlichen und südlichen Ortsteilen der Stadt. Schade!

Kritisch anzumerken ist ferner, daß sich Range in seinem – an sich erfreulich – knappen Text zu dreiviertel mit der allgemeinen Genese des Jugendstils (von Viollet-le-Duc über Morris, Sullivan, Horta, Gaudi, Mackintosh bis zu den Künstlern der Wiener Sezession und der Darmstädter Mathildenhöhe) beschäftigt, für die spezifische Kasseler Situation aber nur knapp fünf Seiten verbleiben, auf denen er sich auch eher mit etwas gewagten Interpretationen der Rolle von Jugendstilelementen als Vorläufer und Impulsgeber neuerer Bauten der Anthroposophischen Gesellschaft in Kassel verbreitet. Auch wenn es sicher richtig ist, »daß auch weniger bekannte

Architekten und Handwerker sich dem modischen Einfluß des Jugendstils nicht entziehen konnten« (S. 90), hätte eine etwas ausführlichere Beschäftigung mit der lokalen historischen Szene im Sinne der Schaffung von regionalem Selbstbewußtsein über den Wert der Alltagskultur nichts geschadet.

Es bleibt ein hübsches Bilderbüchlein mit einer alles in allem gelungenen allgemeinen Einführung, das hoffentlich zur weiteren Sensibilisierung für lokale Traditionen beiträgt, was für die eher spröde Kasseler Kunstszene sicher gut täte. Außerdem kann es auch als Anregung zu ähnlichen Aktivitäten in anderen Städten mit Baubestand aus dieser Zeit und weitgehend anonym gebliebenen Bauleuten dienen. Eine Weiterarbeit an dem Thema, die neben einer Vervollständigung auch das Eingehen auf Innenraumdetails (Treppenhäuser, Tischlerarbeiten an Türen, Fenster, Glasfenster usw.) beinhalten sollte, wäre sehr wünschenswert.

Kassel

Christian Kopetzki

Jahrbuch der bayerischen Denkmalpflege, Band 30 (1975/76), Band 33 (1979). 375 bzw. 484 Seiten, Deutscher Kunstverlag, München 1978, 1981.

In den Jahrbüchern der bayerischen Denkmalpflege zu lesen, ist nicht nur für den Fachmann ein Gewinn, sondern bereitet auch jedem Laien, der für Fragen der Denkmalpflege aufgeschlossen ist, Freude und Bereicherung. Beispielhaft seien die Bände 30 und 33 herausgegriffen. Jeder Band beginnt mit einem kurzen Vorwort des Leiters des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, Generalkonservator Dr. Petzet, der wichtige Ereignisse aus der Arbeit seiner Behörde kurz darstellt und auf besonders aktuelle Probleme hinweist. Die Bände gliedern sich im übrigen in zwei Teile. Die erste Hälfte des Bandes ist jeweils kurzen, in der Regel bebilderten Abhandlungen vorbehalten, in denen vornehmlich aus dem weitgespannten Arbeitsbereich dieser Behörde berichtet und eine Vielzahl neuer Kenntnisse und Erkenntnisse vorgetragen wird. Die

Bände spiegeln die ungeheure Fülle der Aufgaben des Landesamts wider (Petzet). Sie geben auch dem Außenstehenden einen Einblick in die Arbeitsbereiche, die von einer mit der Denkmalpflege betrauten Behörde heute wahrzunehmen sind. Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen: Haas, Sage, Mader und Strehler befassen sich mit der Bauforschung und mit Ausgrabungsergebnissen bei Sakralbauten. Einen breiten Raum nehmen Berichte über Restaurierungen ein, so etwa von Engl über die Instandsetzung und Renovierung des Schlosses Starnberg, von Schubert über den Bibliotheksaal des ehem. Stiftes Polling und seine Wiederherstellung oder von Ramisch über Arbeiten an der ehem. Zisterzienserkirche Fürstenfeld und an dem in der Nähe von Bamberg gelegenen Schloß Seehof, das heute eine Außenstelle des Landesamts für Denkmalpflege beherbergt. In Band 33 findet sich auf den S. 175 ff. eine Folge von Aufsätzen über Münchner Einzeldenkmäler. Bauch und Kühenthal berichten über die Renovierung von Theaterbauten in Bayern. Weitere Aufsätze behandeln einzelne bewegliche Denkmäler und Ausstattungstücke. Der an bäuerlichen Denkmälern und volkskundlichen Gegenständen Interessierte findet ebenso anregende Lektüre wie derjenige, der Ausführungen zu Rechtsfragen der Denkmalpflege sucht. – Jeder Band enthält in einem zweiten, ebenfalls umfangreichen Teil einen Bericht über die Tätigkeit des Landesamts in dem betreffenden Zeitraum sowie Angaben über Personal und Veröffentlichungen. Wenn man in dieser Chronik der Arbeit eines Jahres Hunderte von Maßnahmen zur Kenntnis nimmt, mit denen das Amt befaßt war, und sich vergegenwärtigt, daß es daneben noch eine Vielzahl von Aufgaben in der praktischen Denkmalpflege bei Verwaltungsverfahren und in der Inventarisierung zu bewältigen hatte, so wird einem bewußt, welche wertvolle Arbeit diese Behörde – weitgehend im Stillen – leistet.

Den Bänden ist eine weite Verbreitung zu wünschen.

München

Heribert Büchs

The Capitals of Europe – Les Capitales de L'Europe. A Guide to the Sources for the History of their Architecture and Construction. K. G. Saur, München / New York / London / Paris 1980, 360 S. Text, 108 S. Abb.; DM 120,–

Das Interesse für die Stadtgeschichte ist ständig im Wachsen begriffen – nicht zuletzt das an der Geschichte der Hauptstädte. So hat bei der Historischen Kommission zu Berlin vor etwa einem Jahr ein mehrtägiges Symposium über die Wirtschaft-, Verwaltungs- und Gesellschaftsgeschichte kontinentaleuropäischer Hauptstädte stattgefunden, an das weitere ähnlich vertiefende Veranstaltungen sowie Publikationen anschließen sollen.

In solchen Zusammenhängen kann sich das hier anzuzeigende Buch als nützlich erweisen. Mit finanzieller Hilfe der UNESCO zusammengetragen und veröffentlicht, bietet es mit Beiträgen von 5–10 Seiten (für London, Paris und Stockholm sind sie etwas länger geraten), wie der Untertitel erläutert, einen Führer zu den Quellen der Architektur- und Stadtbaugeschichte der meisten europäischen Städte, die in unserer Gegenwart Hauptstädte sind.

Man darf diese Angabe nicht ganz wörtlich nehmen, denn dem jeweiligen Führer geht eine Kurzgeschichte der entsprechenden Hauptstadt voraus, die sich ja nicht nur auf Architektur und Stadnanlage beschränken kann. Vorzügliche Abbildungen von mehr oder weniger alten Gebäuden, Stadtpläne und Luftaufnahmen ergänzen die Texte.

Angaben über Ankara findet man also in dem Band, natürlich auch über Bonn, dagegen nicht über Konstantinopel; natürlich auch nicht über die deutschen Landeshauptstädte, wohl aber über die Insel-Hauptstadt Valetta, dagegen nicht über Petersburg. Warum Luxemburg, Monte Carlo, San Marino, Andorra und die Hauptstädte der Baltischen Staaten nicht einer Behandlung für würdig gehalten wurden, wird nicht gesagt.

In bezug auf Berlin waren die beiden Herausgeber, die Oberdirektorin des Stadtarchives von Budapest, Agnes Ságvári, und ihre Kollegin, die Chefin der Abteilung Karten und Pläne dieses

Archives, Erzebet C. Harrach, bei diesem Band, der in Übereinstimmung mit einer Entscheidung des Internationalen Archivrates von 1974 zustande gekommen ist, nicht als erste in Schwierigkeiten geraten. Man konnte nicht auf einen Beitrag über Berlin verzichten, denn sein Ostteil ist ja die Hauptstadt der DDR. Selbst in englischer und französischer Sprache – den beiden Sprachen dieses Buches – hätte man sich aber lächerlich gemacht, wenn der Beitrag nur Architektur und Stadnanlage des jenseits der Mauer gelegenen Teiles der ehemaligen Reichshauptstadt behandelt hätte. Also begann der Verfasser des extrem kurzen, nämlich nur drei Seiten langen historischen Textes, Rudi Liening, Leiter des Stadtarchives von Ost-Berlin, mit dem Satz: Dieses Buch beschäftige sich mit den Hauptstädten der europäischen Staaten »of today«, und daher beschränke sich dieses Kapitel auf die Beschreibung »of Berlin, the Capital of the German Democratic Republic« (eine sachlich falsche Formulierung). Dann wird »Berlin« als »zweitgrößter Industriehafen nach Magdeburg« bezeichnet (was auch falsch ist), und schließlich die Größe Ostberlins und dessen Einwohnerzahl im Jahre 1976 angegeben – »6,5% der DDR«.

Nach diesem Abschnitt, der die Aufnahme eines Berlin-Beitrages in den Band ermöglichte, beginnt dann allerdings die knappe Skizzierung der Stadtgeschichte von ganz Berlin – wengleich mit amüsanten Akzenten. Selbst die wenigen Ostberliner, denen die Lektüre dieses Buches möglich sein mag, werden mit Erstaunen lesen: »Das Berlin von 1918/19 war die Hauptstadt von Revolutionen« und die Republik von Weimar habe dann »Demokratie garantiert«. Hitlers Bauwut hat nach der Auffassung des Verfassers seit 1933 dazu geführt, daß »gigantische Architekturformen das Stadtbild zu beherrschen begannen«. Die letzten 25 Zeilen beschränken sich auf Ostberlin seit 1949 – u. a. auf die Vorzüge der Verstaatlichung des Bauwesens, die unter den großen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit »günstige Voraussetzungen zur Erreichung dessen schuf, was man anstrebte«. Die Mauer erschien dem Verfasser natürlich nicht als architektonisch oder stadtbaulich bemerkenswert; vielmehr beschränkte er sich auf die Feststellung,

daß am 13. August 1961 auf Veranlassung eines Regierungsbeschlusses der Warschauer Pakt-Staaten »die Grenze zwischen der DDR und Westberlin in ihrer ganzen Länge unter Kontrolle gebracht wurde«.

Soweit der historische Text. Die umfangreichen, von dem Archivdirektor beim Preußischen Geh. Staatsarchiv im Berlin-Dahlem, Werner Vogel, sorgfältig zusammengestellten Anlagen über Literatur, gedruckte und ungedruckte Quellen berücksichtigen natürlich beide Teile Berlins. Die beiden ungarischen Herausgeberinnen und ihr Redaktionskomitee, in dem sich auch noch der Chefkonservator des Archives von Budapest befand, haben sich mit dem Band unter den gegebenen politischen Umständen entschieden ein Verdienst erworben. Wer sich über Quellen und Literatur zur Geschichte der darin behandelten Städte informieren oder über sie forschen will, findet hier leicht und zuverlässig die wichtigsten Angaben.

Göttingen

Wilhelm Treue

KARL BOSL, *Die Grundlagen der modernen Gesellschaft im Mittelalter. Eine deutsche Gesellschaftsgeschichte des Mittelalters (Monographien zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 4).* Stuttgart: Hiersemann 1972, 2 Bde., 418 S., DM 140,–

Zehn Jahre nach seinem Erscheinen kann man ein Buch nicht mehr rezensieren. Es ist zwar noch nicht veraltet, aber doch schon ein Stück Wissenschaftsgeschichte geworden. Man kann also referieren und diskutieren, wie es von der Forschung aufgenommen wurde; man kann aber auch über Erfahrungen im Umgang mit einem solchen Werk berichten. Letztere entstehen dann, wenn man fragt, ob Methode und Inhalt den Leser in die Lage versetzen, Leuten verschiedener Altersstufen, die über kaum mehr als Klischeevorstellungen verfügen, das Mittelalter besser und überzeugender näherzubringen. Im ersten Anlauf, besonders wenn man es eher partienweise liest, fasziniert das Werk – es gibt nichts Vergleichbares in der mediävistischen Li-

teratur seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Grund für diese Wirkung liegt in seiner Begrifflichkeit, die den modernen Sozialwissenschaften entstammt und dort verwendet wird, z. B. Arbeit, Leistung, Schicht, Aufstieg, Mobilität. Vor Bosl hat für die mittelalterliche Geschichte kaum jemand diese Begrifflichkeit erprobt. Dementsprechend umfassende Einsichten und Anregungen vermittelt er auch seinen Lesern, und zwar besonders dort, wo er den angestrebten Aktualitätsbezug mit Hilfe von Begriffen Max Webers herstellt, also auf einer recht abstrakten Ebene. Als weniger geglückt muß man seine Anwendung psychoanalytischer Kategorien ansehen. Hier hat er wohl eher Wege gewiesen denn selbst betreten. Als gleichfalls problematisch, weil oft zufällig, erweisen sich seine Analogien zwischen Ereignissen und Entwicklungen im Mittelalter und in der Zeitgeschichte. So bleibt etwa zu fragen, ob die 1918/19 eingetretenen Veränderungen nicht überschätzt werden. Dieser eher inhaltliche, weniger begrifflich-fragende Gegenwartsbezug leuchtet nicht immer ganz ein. Will man andere dazu anleiten, sich die umfassenden Einsichten, die Bosl vermittelt, mit Hilfe der angezogenen Quellen selbst zu verschaffen, so

stößt ein solches Vorhaben auf Schwierigkeiten: Bosl gibt nur Literatur an, erst in einer zweiten Runde muß sich der Leser mühsam zu den Quellen vorarbeiten. Die oft recht knappen Belege entstammen hauptsächlich dem süddeutschen, besonders dem bayerischen Raum. Dem Anspruch einer deutschen Gesellschaftsgeschichte wird der Autor dadurch nicht ganz gerecht. Kritik an Einzelheiten muß gewiß sein – sie wurde auch geübt, am besten von Edith Ennen (VSWG 62, 1975, S. 103–108) –, aber sie wird dem Engagement und der Gelehrsamkeit des Verfassers nicht immer gerecht. Man spürt, wie viel das Buch der Diskussion mit Freunden und Schülern verdankt. Darum legt Bosl auch kein Nachschlagewerk oder ein Lehrbuch oder eine dürre Zusammenfassung älterer Ergebnisse vor, sondern dieses Fazit aus seinen jahrzehntelangen Forschungen hat immer den Charakter eines Diskussionsbeitrages – manchmal unsystematisch, assoziativ, mit eigenwilligen Akzentsetzungen, aber immer originell und anregend. Man bedauert, daß im Zeitalter der Sammelbände und gedruckten Vorträge nicht mehr solcher Werke erscheinen.

Esslingen

Rainer Jooß

Wichtige Neuerscheinung

Stadterhaltung - Stadtgestaltung

Aufgaben der gemeindlichen Selbstverwaltung nach dem BBauG

von **Dr.-Ing. Gerhard Boeddinghaus**,
Institut für Landesplanung und Stadtentwicklung

1982. Format DIN A 5. Kartoniert.
220 Seiten. DM 60,-.
ISBN 3 555 00473 5

Die Aufgabe der Erhaltung und der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes gehört zu den wesentlichen Belangen, die bei der städtebaulichen Planung nach dem Bundesbaugesetz zu berücksichtigen sind. Dieses Gesetz und die ergänzenden Rechtsvorschriften stellen ein Instrumentarium zur Verfügung, das geeignet ist, Gestaltungsziele, welcher Art auch immer, durchzusetzen. Wie aber die gegebenen Instrumente einzusetzen sind, um der Gestaltungsaufgabe gerecht zu werden, darüber sagt das Gesetz nichts.

Das Buch will eine Hilfe sein, Problemlösungen zu erkennen und die mit dem Bundesbaugesetz und den ergänzenden Rechtsvorschriften angebotenen Rechtsinstrumente situationsgerecht anzuwenden. Die Problemfälle und Lösungsmöglichkeiten werden anhand von Beispielen mit insgesamt 117 Abbildungen dargestellt. Es handelt sich um Positivbeispiele und Negativbeispiele, Beispiele von Erhaltenswerten und von Entwicklungen, die es zu verhindern gilt.

Die Schrift wendet sich nicht nur an den kommunalen Praktiker in der Verwaltung, sondern ebenso an den kommunalen Mandatsträger, wie auch an diejenigen, die sich auf den Dienst im kommunalen Bereich vorbereiten, also an Studenten und Referendare des Hoch- und Städtebaus, des Ingenieur- und Vermessungswesens, der Rechts- und Verwaltungswissenschaften.

Fordern Sie unseren Katalog »Baurecht« an.

104-4-82



Deutscher Gemeindeverlag
Max-Planck-Str. 12 · Postfach 40 01 07
5000 Köln 40 · Telefon 0 22 34 / 106-0

Lehrbuchreihe Architektur



Dieter Prinz

Städtebau

Band 1: Städtebauliches Entwerfen

1980. 189 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Kart. DM 39,80
ISBN 3-17-005402-3

Band 2: Städtebauliches Gestalten

1980. 149 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Kart. DM 39,80
ISBN 3-17-005403-1

Beide Bände zusammen DM 72,-
ISBN 3-17-005404-X

Das Lehrbuch in 2 Bänden gibt eine Gesamtdarstellung des städtebaulichen Planungsprozesses von der Bestandsaufnahme über die funktionalen Einzelbereiche der Planung bis hin zur Gestaltung. Der Inhalt ist praxisorientiert ausgewählt und wird durch Abbildungen mit Kurztexen, Tabellen und Checklisten leicht verständlich und übersichtlich dargeboten.

In Band 1 steht die detaillierte Darlegung der Planungsgrundlagen – Bestandsaufnahme, Analyse und »Bausteine« des städtebaulichen Entwurfs im Mittelpunkt.

Band 2 behandelt die Anwendung dieser Grundkenntnisse in Entwurfskonzeptionen, wobei alternativen Lösungsmöglichkeiten in Funktion und Gestaltung besonderes Gewicht eingeräumt wird.

Der Verfasser hat den Versuch unternommen, die Darlegungen leicht verständlich und übersichtlich durch eine Vielzahl bildhafter Aussagen zu vermitteln.



Verlag W. Kohlhammer

Heßbrühlstr. 69 · Postfach 80 04 30 · 7 Stuttgart 80

INHALTSVERZEICHNIS

HANS HERZFELD IN MEMORIAM	121
ABHANDLUNGEN	
ECKART LEIPPRAND Das Verhältnis der Stadtbildpflege zur Stadtplanung	125
GÜNTHER NUFER Der Weg, einen altstädtischen Gesamt- bereich unter Schutz zu stellen	146
MIRON MISLIN Aspekte der Wohnmodernisierung in Selbsthilfe im Altstadtquartier	156
HANS-HERMANN LINDLOFF / JÖRG PACZ- KOWSKI Altstadtsanierung: zum Beispiel Wertheim .	174
DIE AUTOREN	196
NOTIZEN.	197
Resolution 3: Dorfbewohner und Dorf- entwicklung. Ergebnisse einer Arbeitsta- gung der »Arbeitsgruppe Dorfentwick- lung« im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«, März 1982 in Bleiwäsche, Kreis Pader- born.	201
ENTGEGNUNG	203
BESPRECHUNGEN	
<i>Stadtsanierung</i>	
Herbert Fecker / Willy Leygraf / Joachim Veil (Bearb.), Alte Bauten neu genutzt (= Veröff. der Forschungsgemeinschaft Bauen und Wohnen Stuttgart 133) (F. Jaeger)	205

<i>Stadtplanung und Siedlungsentwicklung</i>	
Horst Reichert, Die Verstädterung der Eastern Province von Saudi Arabien und ihre Konsequenzen für die Regional- und Stadtentwicklung (H.-G. Zimpel)	205
Wiltrud Bauer / Roland Feulner / Joachim Scholz / Reinhard Pflüger (Bearb.), Regie- rungsquartier Bonn (= Arbeitsbericht 35 des Städtebaul. Inst. der Univ. Stuttgart) (K. Borchard)	206
Joachim Baldermann / Georg Hecking / Erich Knauss / Ulrich Seitz, Wohnflächen- nachfrage und Siedlungsentwicklung. Analyse und Prognose der expandieren- den Wohnflächennachfrage. Planungs- konsequenzen für Stadt und Region (K. Borchard)	208
<i>Baugeschichte</i>	
Helmut Range / Franziska Gebhardt- Seele, Jugendstil-Gebäude in Kassel (Chr. Kopetzki)	209
<i>Denkmalpflege</i>	
Jahrbuch der bayerischen Denkmalpflege, Bände 30 (1975/76) und 33 (1979) (H. Büchs)	209
<i>Stadtgeschichte</i>	
Agnes Ságvári / Erzsébet C. Harrach (Hrsg.), The Capitals of Europe – Les Ca- pitales de L'Europe. A Guide to the Sour- ces for the History of their Architecture and Construction (W. Treue)	210
Karl Bosl, Die Grundlagen der modernen Gesellschaft im Mittelalter (R. Jooff)	211

Vorschau

Für die nächsten 3 Bände sind u. a.
folgende Beiträge vorgesehen:

3/82

CLEMENS GEISSLER, Hannover Siedlungsstruktur und Daseinsvorsorge in Stadt und Land
ANDREAS MIELCK, Hamburg Stadtdichte, Kriminalität und Krankheit
HARTMUT GROSSHANS, Köln Bürgerinitiativen und Stadtteilplanung
ERNST-RAINER HÖNES, Mainz Kulturdenkmal und öffentliches Interesse
INGRID BROCK, Rom Altstadtsanierung: zum Beispiel Urbino

4/82

KARL LITZ, Zürich Raumgeschichte und ihre Arten historischer Erkenntnis
KLAUS-JÖRG SIEGFRIED, Wolfsburg Stadtentwicklung und lokale Geschichts- dokumentation
PETER PIASECKI, Herne Welche Einstellung haben Berufsschüler zu Fragen der Denkmalpflege?

MARC POULAIN, Kassel

Historische Bestattungsstätten, Zur Kasseler
Semiologie des Lebenskreises

ULRICH MAYER, Gießen

Die evangelische Stadt und die historisch-
politische Bildung

JOCHEN WILKE, Würzburg

Altstadtsanierung: zum Beispiel Karlstadt

1/83

GREGOR LECHNER, Göttingen

Die Madonna als Hauszeichen

HANS-PETER OSWALD, Offenburg

Die Anwendung des Klassenbegriffs auf die
feudalistische Gesellschaft

WOLFGANG R. KRABBE, Münster

Der Primat des Bürgermeisters in der preußi-
schen Magistratsverfassung

NICHOLAS BULLOCK, Cambridge

Berliner Wohnungspolitik am Ausgang der
zwanziger Jahre

GERT GRÖNING / JOCHEN WOLSCHKE,


Hannover

Naturschutz und Ökologie im Dritten Reich

BRUNO JALASS, Stade

Altstadtsanierung: zum Beispiel Stade

Dieser Ausgabe liegen Beilagen folgender Verlage bei: DIFU, Berlin; Klett-Cotta, Stuttgart;
Fischer-Verlag, Freiburg; Otto Schwartz u. Co., Göttingen; Stadt Wertheim. Wir bitten
unsere Leser um Beachtung.



**DIE ALTE
STADT**

In Verbindung mit Hans Herzfeld †, Rudolf Hillebrecht,
Friedrich Mielke und Alexander Mitscherlich †
herausgegeben von Otto Borst

Peter Breitling, Graz
Von der Zeitlichkeit eines ewigen Baustoffs

Hartmut Großhans, Köln
Bürgerinitiativen und Stadtteilplanung

Clemens Geißler, Hannover
Siedlungsstruktur und Daseinsvorsorge

Ingrid Brock, Rom
Altstadtsanierung: zum Beispiel Urbino

9. Jahrgang

3/82

Kohlhammer



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Zeitschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Herzfeld †,
Rudolf Hillebrecht, Friedrich
Mielke und Alexander Mitscherlich †
herausgegeben von Otto Borst

Band 3 / 1982. Neunter Jahrgang

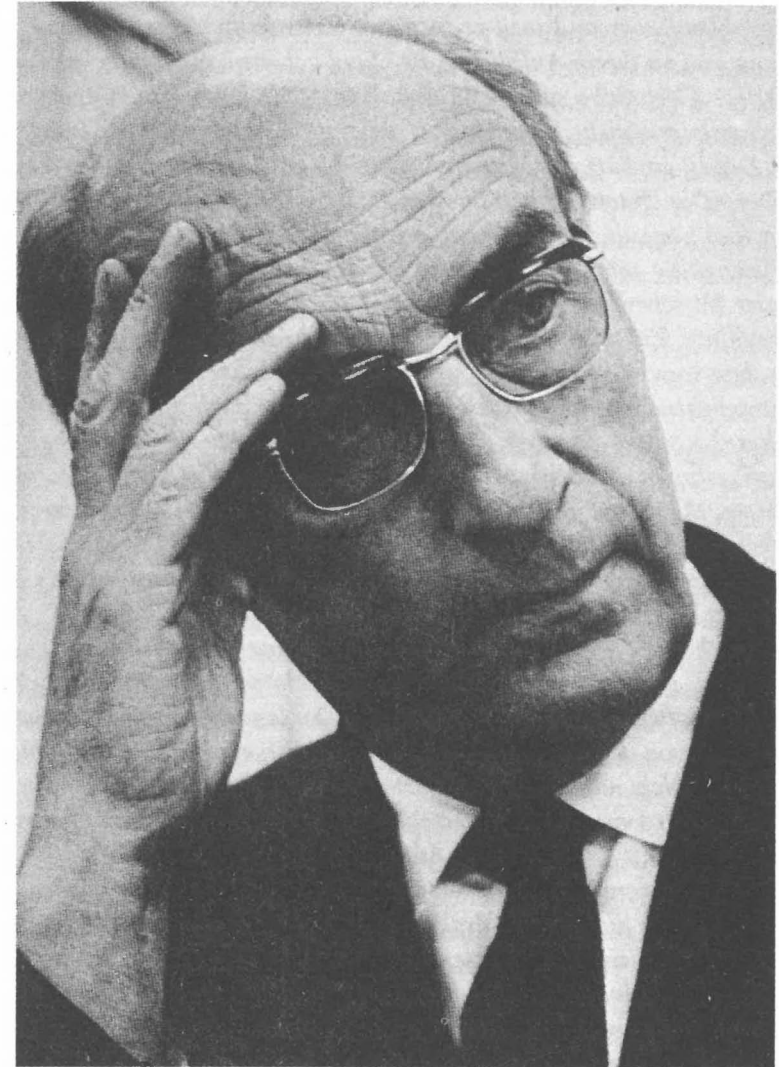
Redaktionskollegium: Dr. Otto Borst, Professor für mittlere und neuere Geschichte und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Esslingen, Mozartweg 32, 7300 Esslingen (Schriftleitung) – Dr. Hans Joachim Fliedner, Leiter der Volkshochschule und des Stadtarchivs Offenburg, Ritterhaus-Museum, Ritterstr. 10, 7600 Offenburg – Dr. Henning Grabowski, Wiss. Ass. am Geographischen Seminar der Universität Münster, Königsberger Str. 79, 4400 Münster (Westf.) – Dr. Rainer Jooß, Professor für mittlere und neuere Geschichte und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Esslingen, Föhrenweg 1, 7300 Esslingen – Professor Dr. Hermann Korte, Direktor des Instituts für Arbeitssoziologie und Arbeitspolitik der Ruhr-Universität Bochum, Steinweg 18, 4830 Rheda-Wiedenbrück – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Nadistr. 20, 8000 München 40 – Redaktionslektorat: Eduard Theiner, Hölderlinweg 10, 7305 Altbach – Redaktionssekretärin: Ursula Bioly, Marktplatz 16, 7300 Esslingen am Neckar.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 390 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 94,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 76,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 26,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 786 31. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Graphischer Großbetrieb, Stuttgart. Printed in Germany.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie fotomechanische und andere Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Verlages.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz



Alexander Mitscherlich in memoriam

Es sind viele Briefe hin- und hergegangen zwischen dem Direktor des Sigmund-Freud-Instituts in Frankfurt und der Schriftleitung dieser Zeitschrift. Und mehr als einmal hat Alexander Mitscherlich in einer sehr persönlichen, wohl auch kritischen, aber ebenso gutgemeinten Weise zu aktuellen Redaktionsfragen dieser Zeitschrift Stellung bezogen. Er hat seine Aufgabe als Mitherausgeber deshalb so

ernst genommen, weil ihm die »Stadt« eines seiner großen, zentralen Arbeits- und Lebensprobleme war und weil er in dieser Zeitschrift, der er spontan zu ihrer Gründung und zu ihrem Aufblühen die Hand geliehen, ein deutliches Forum für »städtische« Gespräche sah. »Die gestaltete Stadt kann »Heimat« werden, die bloß agglomerierte nicht, denn Heimat verlangt Markierungen der Identität eines Ortes«. Das ist ein Satz aus Mitscherlichs 1965 geschriebenem und erschienenem Buch über »Die Unwirtlichkeit unserer Städte«. Wer so schreibt, so unerschrocken klar und konsequent, dem kann ernsthafte Bemühung um gute »Urbanität« nicht gleichgültig sein. Wir haben in all den Jahren der Zusammenarbeit mit Alexander Mitscherlich gespürt, wie sehr zwischen seinen vielen selbstgestellten Aufgaben diese Zeitschrift einen Platz in seinem Arbeiten hatte, wie sehr wir mit ihm als dem souveränen Anreger und Vermittler rechnen durften.

Das intellektuell »Unerschrockene« an ihm war auch ein Stück Erbgut, aus dem Elternhaus, aus der Zeit des Dritten Reiches. Am 20. September 1908 in München geboren, studierte er Geschichte, Philosophie und Literaturwissenschaften in München, Berlin und Freiburg. Das wäre nichts anderes als ein Schnörkel an das gängige Konterfei des Weimarer Bildungsbürgertums, wenn der junge Mann aus dem Gelehrtenhaus nicht von heute auf morgen sein Studium »aus politischem Anlaß« abgebrochen hätte. Noch im Januar 33, ein paar Stunden nach der »Machtergreifung«, als die Leute sich noch nicht einmal die Augen rieben, wurde er verhaftet. Gnädigst entlassen, aber in Wirklichkeit für sein Leben gezeichnet, eröffnet er in Berlin-Dahlem eine kleine Buchhandlung. 1935 wird sie von der SA geschlossen. Mitscherlich emigriert in die Schweiz und beginnt in Zürich mit dem Medizinstudium. Bei einer illegalen Fahrt durch Deutschland wird er von der Gestapo zum zweitenmal festgenommen. Nach achtmonatiger Haft wird er gegen Auflagen entlassen.

Man vermag einem Manne von so granitener, wiewohl immer wieder verdeckter Härte wie ihm auch durch drakonische Diktatur nicht beizukommen. 1939 machte er das medizinische Staatsexamen, promovierte 1941 und nahm, das war damals entweder eine persönlich-verborgene Kriegserklärung oder wirtschaftlicher Selbstmord, seine ärztliche Tätigkeit als Neurologe auf. Die große sozialpsychologische Komponente in seinem Lebenswerk, der immer wieder neu ansetzende Versuch, die seelischen Verkümmern und Denaturierungen eines Volkes – nämlich des deutschen – zu analysieren, gehen letztlich auf sein ureigenes Erleben während der Nazi-Zeit zurück. Wir sehen den Nervenarzt vor uns, dem die häßlichen und haßerfüllten kleinen Hitler über die Schulter schauen, den die »Leute«, das Volk eliminieren, ohne zu wissen, daß sie den ebenso unbestechlichen wie tiefeindringenden Beobachter nur zur Diagnose und zur Deutung zwingen.

Von 1946 bis 1949 arbeitete Mitscherlich in Zürich, ab 1947 als Facharzt für

Innere Krankheiten. 1949 gründete er die Abteilung für psychosomatische Medizin an der Universität Heidelberg; 1952 erhielt er dort eine außerplanmäßige Professur, 1958 wurde er Extraordinarius. Im Jahre 1960 nahm er den Ruf als Direktor des Sigmund-Freud-Instituts in Frankfurt an, das er mehr als anderthalb Jahrzehnte leitete, nein auf- und ausbaute zu einer einzigartigen forschenden und therapeutisch wirkenden Institution. 1966 nahm er einen Ruf als ordentlicher Professor für Psychologie an der Universität Frankfurt an, die er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1973 versah. In Frankfurt ist Mitscherlich 1969 mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels geehrt worden, hier starb er, hochgehört durch in- und ausländische Gremien, am 26. Juni 1982.

»Die Unwirtlichkeit unserer Städte«, das ist ein Markenzeichen und fast ein Schlagwort geworden. Keine Frage, daß sich in diesem Traktat auch viel von dem niedergeschlagen hat, was sich Mitscherlich von frühesten Jahren an, aus geisteswissenschaftlichem, historischem und philosophischem Bereich angeeignet hatte. Da und dort, versteht sich, wird der in Detailfragen Bewanderte und der Fachexperte andere Akzente setzen oder wohl auch Korrekturen anzubringen haben. Ob beispielsweise der »Grundriß der mittelalterlichen Städte« so eindeutig, so generell »logisch und funktionell entwickelt« war, wäre ebenso zu »hinterfragen« wie der lapidare Hinweis auf das spürbare »Kollektiv-Kolorit« unserer ehemaligen freien Reichsstädte wie überhaupt mit die große, demokratische Gemeinschaftsleistung der früheren Stadt. Indessen hat Mitscherlich gewiß zutiefst recht mit dem Bemerkten, die Verbindung zur »alten Stadt« sei abgebrochen, der »Zerfall des stadtbürgerlichen Charakters« sei dem der Städte vorausgegangen.

Indem Mitscherlich diesen – von mancherlei historischen Disziplinen bis heute beschönigten oder gar abgeleugneten – Traditionsbruch beim Namen nannte, stieß er ein Tor zu ganzen Untersuchungsfeldern auf, mit deren Bearbeitung wir kaum recht begonnen haben. »Noch nie zuvor in der Geschichte hat eine so bedenkenlose und vorerst noch keineswegs abgeschlossene Traditionsvernichtung stattgefunden, wo immer das von Erfordernissen der technischen Entwicklung nahegelegt wurde.« Mitscherlich hat der »alten Stadt« dabei, ohne alle Nostalgie, ohne jede Form von Historismus, in diesem mühsamen (Rück-)Weg zur Beheimatung des Menschen und in diesem permanenten Kampf gegen jede Art von monotoner Agglomeration eine alt-neue Funktion gegeben.

Und er hat dieser Zeitschrift eine ihrer wichtigsten Aufgaben zugewiesen: mitzuhelfen, den Weg in die Stadt zurückzuerobern. Wir danken ihm eben das, worum seine geistige Arbeit immer kreiste: präzise Sondierung der seelisch-sozialen Verhältnisse und »einfache«, »bloße« Hilfe. Er hat uns in diesem doppelten Sinne geholfen. Wir werden das nie vergessen.

Herausgeber- und Redaktionskollegium

Peter Breitling

Beton oder von der Zeitlichkeit eines ewigen Baustoffes

Daß man sich heutzutage unter der Perspektive »Die alte Stadt morgen« mit Fragen des Betons beschäftigt, ist unter anderem ein Zeichen dafür, daß wir, also die an seiner Verwendung Beteiligten oder von ihr Betroffenen, noch längst nicht genug über den Beton wissen, und daß aus der Unkenntnis über sein Wesen, seine Möglichkeiten und Grenzen viele Irrtümer erwachsen, deren fatale Folgen uns erst viel zu spät zum Bewußtsein gekommen sind.

Wir müssen demnach eine ganze Reihe von Fragen stellen, allem zuvor sogar eine scheinbar überflüssige, nämlich: Was ist Beton? Die Antwort: Ein als Baustoff verwendetes formbares Gemenge von Bindemitteln und Zuschlagsstoffen mit Wasser. Beton in diesem Sinne bezeichnet Gußmauerwerk jeder Art, das heißt alle Mauern die nicht aus großen, mehr oder weniger regelmäßigen, mit Mörtel verlegten oder nur lose aufeinander geschichteten Steinen bestehen, sondern aus einem formbaren Gemenge errichtet werden.¹ Der Betonfertigteilbau, der von dieser Definition nicht erfaßt wird, sei hier im Augenblick einmal ausgeklammert. Im Vorgriff auf später zu Erörterndes sei gesagt, daß man heute, je nach der Verarbeitung, zwischen Stampfbeton, Gußbeton und Spritz- oder Torkretbeton unterscheidet. Das Bindemittel im Beton ist keineswegs immer Zement und die Zuschlagstoffe bestehen keineswegs immer aus Kies, Sand oder Splitt, ja nicht einmal immer aus anorganischem Material, sondern es werden auch Ton, Sägemehl, Holzspäne, Häcksel und anderes benutzt.

Die zweite Frage, die sich aufdrängt, ist die nach Entstehung und Herkunft des Betons. Für manchen vielleicht überraschend heißt die Antwort, daß Beton schon seit Tausenden von Jahren verwendet wird; wahrscheinlich ebenso lange wie es auf der Welt Städte gibt. Das Gußmauerwerk ist mindestens so alt wie das geschichtete, vermutlich sogar noch älter und ist in Afrika und Asien noch immer weit verbreitet. Die berühmten Wüsten- und Oasensiedlungen aus dem Maghreb bestehen aus Pisé, einem Gemisch aus Lehm oder Häcksel, also einer Art Bio-Beton, der auch in unseren Breiten vor einigen Jahrzehnten noch recht verbreitet war.² Es ist in diesem Zusammenhang ganz interessant, daß die

¹ Beton, in Wasmuths Lexikon der Baukunst, Berlin 1929, S. 487.

² Der Pisébau des Vorderen Orients und Afrikas findet seit Mitte der 70er Jahre wieder starkes Interesse. In zahlreichen Veröffentlichungen und Ausstellungen wurde unter dem nicht ganz zutreffenden Titel »Lehmarchitektur« auf die Möglichkeiten des Pisébaus aufmerksam gemacht. Als Pars pro toto sei die Ausstellung im Centre Pompidou 1981 erwähnt: »Des architectures de terre«, herausgegeben vom Centre de Création Industrielle, Paris 1981.

Baukunde des Architekten noch in ihrer 1903 erschienenen 5. Auflage unter Mauerwerk aus Stampf- und Gußmauern drei Kategorien aufführt, nämlich

1. Lehm-Pisébau
2. Kalk/Sand-Pisébau
3. Zement-Pisé oder Konkretbau, auch Betonbau genannt.³

Eine besonders wichtige Rolle spielte das Gußmauerwerk oder Opus Incertum bei den Römern. Sie mauerten in der Regel nur die Ecken und die äußeren Wandschalen ihrer Gebäude, während sie die Mauermaße dazwischen mit Opus Incertum anfüllten. Die Begründung dafür eröffnet einen interessanten Ausblick zur heutigen Zeit. Es heißt nämlich, daß wegen der großen Bedeutung der Sklavenarbeit in der römischen Zivilisation ein Konstruktionssystem wichtig war, das die Beschäftigung einer unbegrenzten Sklavensmenge gestattete. Es schien fast, als ob die römischen Architekten und Ingenieure ihr Konstruktionssystem daraufhin durchgearbeitet hätten, daß die Standfestigkeit von schlechter Betonmischung und Einfüllung, mangelnder Bauaufsicht und Arglist unabhängig wurde. Die gelegentlich vorkommende schlechte Ausführung konnte ihren Konstruktionen ernsthaft nichts anhaben. Eben deshalb waren vielleicht die Pfeiler, Wände und die Kuppelkonstruktionen so stark und die Gewölbewiderlager so schwer belastet, daß die Schubkräfte allein von den Mauermassen aufgefangen werden konnten.⁴

Kennzeichnend für die altrömische Technik ist, daß die Gußmasse grundsätzlich nur als Kern verwendet und dort, wo sie keinen Steinmantel hatte, mindestens mit Stuck oder ähnlichem verkleidet, also im Sinne der antiken Antepagmenten-Technik behandelt wurde. War es falsch, daß unsere Großväter dort wieder angeknüpft haben? Ein hervorragendes Beispiel dafür sind Antonio Gaudis Bauten in Barcelona.

Die dritte Frage, ob der Beton, den wir heute verwenden, dasselbe wie das alte Gußmauerwerk ist, läßt sich nur mit »jein« beantworten. Im Prinzip ja, aber mit zwei wichtigen Einschränkungen:

- erstens wird heute als Bindemittel fast nur noch Zement verwendet. Deshalb ist der Beton, von dem wir reden, in der Regel ein schweres, durch erhärteten Zement zu einem künstlichen Gestein verkittetes Sand/Kiesgemisch.
- zweitens wurde im 19. Jahrhundert die Kombinationsmöglichkeit von Eisen und Beton entdeckt und 1878 erstmalig patentiert. Die daraus entwickelte Technik, zunächst Eisenbeton oder Monierbau und später Stahlbetonbau genannt, hat erst zu der enormen Verbreitung des Betons geführt, derentwegen wir uns heute über ihn unterhalten.

Dazu noch einige kurze Bemerkungen. Zement wird im Gegensatz zum Kalk bei extrem hohen Temperaturen gesintert und gehört dadurch zu einer Kategorie von Stoffen, die nach Paracelsus zum »Tartarus«, also zum Bereich des Toten und Lebensfeindlichen

³ Baukunde des Architekten (Deutsches Bauhandbuch) (1903), S. 26.

⁴ Beton (s. A 1), S. 488.

gehören, weil, wie er sagt, der Lebensgeist, der Mercurius aus ihnen entwichen sei, auf den sich das Eigenwesen des Minerals mit all seinen Lebensqualitäten begründe.⁵ Hans Sedlmayr hat, vor anderthalb Jahrzehnten, eine interessante Hypothese über lebendiges und totes Bauen aufgestellt, die sich möglicherweise unter anderem auf diese Feststellung stützt.⁶

Was es mit dieser Lebensfeindlichkeit des Zements und des Zementbetons, der im Gegensatz zum Kalkmörtel bekanntlich keine Luft braucht, um zu erhärten, nun wirklich auf sich hat, ist noch weitgehend unerforscht. Eifrige Biobewegte halten sie für erwiesen,⁷ von Baustoffkundeexperten dagegen wird sie eher als Aberglaube klassifiziert.⁸ Wir werden jedenfalls noch darauf zurückkommen müssen.

Fragen wir zunächst einmal auf die Gefahr hin, die Baufachleute zu langweilen, worauf denn die vielseitige Verwendbarkeit des Stahlbetons beruht. Antwort: Stahlbeton-Tragwerke können für jede Art von Belastung konstruiert werden. Ob Druck, Zug, Biegung, Knickung oder Torsion – Stahlbeton kann alle Arten von Kräften aufnehmen. Man kann nahezu alle Arten von Baugliedern aus ihm bilden, Fundamente, Wände, Platten, Schalen, Bögen, Säulen, Träger, Balken, Roste, Fachwerke und so weiter. Die Wirkungsweise des Stahlbetons, bei der der Beton die Druck- und der Stahl die Zugkomponenten der Beanspruchung aufnimmt, beruht auf drei Voraussetzungen:

1. Die Wärmeausdehnung von Beton und Stahl ist nahezu gleich groß,
2. die Haftfestigkeit des Stahls am Beton ist außerordentlich hoch und
3. der Beton schützt das eingebettete Eisen vor Rostbildung.

Wäre bzw. ist eine dieser Voraussetzungen nicht oder nicht mehr gegeben, so bricht der Beton im wahrsten Sinne des Wortes zusammen. Wir werden auch darauf noch zurückkommen. Jedenfalls erlebte der Stahlbeton nach einer Frühphase in den zwanziger Jahren, die gestalterische und ingenieurbautechnische Glanzleistungen hervorbrachte, wie zum Beispiel die Jahrhunderthalle in Breslau oder das Observatorium in Potsdam, nach dem Zweiten Weltkrieg einen ungeahnten Siegeszug. Diesen Siegeszug verdankt der Stahlbeton fünf Vorzügen:

1. hohe Sicherheit
2. kurze Bauzeiten
3. Wirtschaftlichkeit
4. Anpassungsfähigkeit
5. lange Lebensdauer und Wegfall von Unterhaltskosten.

⁵ Zitiert nach H. Palm, Das gesunde Haus (1975), S. 354.

⁶ Unter anderem hat Hans Sedlmayr seine Gedanken in den programmatischen Kleinschriften »Die demolierte Schönheit«, Salzburg 1965 und »Stadt ohne Landschaft«, Salzburg 1970, vorgetragen.

⁷ H. Palm, Das gesunde Haus (s. A 5).

⁸ G. Danielewski, Geschäfte mit der Angst, Baubiologie zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Düsseldorf 1981.

Betonkonstruktionen brauchen weder gegen Witterungseinflüsse abgedeckt noch gestrichen zu werden wie Holz oder Stahl, noch muß man sie aus Brandschutzgründen ummanteln; Stahlbetonbauten haben bezeichnenderweise den Krieg oft erstaunlich gut überstanden – ausgebrannt und beschädigt zwar, aber noch zu verwenden. Die mit Stahlbeton erreichbaren Höhen und Spannweiten liegen heute nur noch wenig unter denjenigen des Stahls und sogar auf die früher unvermeidlichen Lehrgerüste kann man schon weitgehend verzichten.⁹ Auf unsere Frage »Was kann der Beton?« muß die Antwort ehrlicherweise lauten: er leistet Ungeheures und ist extrem vielseitig. Brücken, Straßen, Silos, Hallen, Wohnhäuser, Fabriken, Garagen und Wasserbauten, ja sogar Schiffe werden aus Beton gefertigt.

Was schon fast vergessen ist – auch der Großteil des Dekors der Häuser aus der späten Gründerzeit ist aus Beton. Man konnte Figuren, Löwen- und Engelsköpfe aus Beton in allen Größen nach Katalog bestellen. Den herzigen Figuren von meinem Haus in Graz bin ich deshalb leider auch schon an anderer Stelle begegnet. Auch heute liefert die Industrie eine Unzahl von Beton-Fertigteilen – Rohre, Platten, Trittstufen, Fensterbänke, Blumenkübel, Einfriedungen, Fertigaragen, Müllboxen und was des Kleinzeuges mehr ist. Beton ist, wie man sieht, fast universell verwendbar und anpaßbar. Ein Tausendsassa-Baustoff sozusagen.

In dieser Feststellung liegen Frage und Antwort zugleich. Warum, so meine fünfte Frage, ist der Beton in Mißkredit gekommen, warum ist er fast ein Topos für die Unwirtlichkeit unserer Städte geworden? Ich meine auf Grund meiner eigenen Erfahrungen und der Beobachtung des Baugeschehens der letzten Jahrzehnte sagen zu können: Weil man den Beton – so gut man seine Möglichkeiten auch zu kennen glaubte – nicht wirklich beherrschen gelernt hat.

Es ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich, daß Fritz Jaspert in seinem Buch »Vom Städtebau der Welt« den Stich einer schönen mittelalterlichen Stadt und eine öde Betonkistenwüste ganz ohne Ironie als die »Stadt von gestern« und die »Stadt von morgen« einander gegenüberstellte.¹⁰ Diese unvollständige Beherrschung des Betons zeigte sich auf mehreren Ebenen:

- Zum ersten übersah man, daß der Beton trotz seiner scheinbaren Universalität vieles nicht leistet,
- zum zweiten machte der scheinbar so Strapazierfähige im wahrsten Sinne des Wortes unvermutete Sprünge,
- zum dritten postulierten gestalterische Monomanen, daß man den Beton herauskehren, daß man ihn sehen lassen solle – auch dort, wo er aus bauphysikalischen Gründen unbedingt hätte eingepackt werden müssen.

⁹ H. Goffin / D. Bertram / N. Bunke, Vom Stampfbeton zum Spannbeton, in: Festschrift zum 75-Jahre-Jubiläum des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton, 1907–1982; Heft 333, Berlin / München 1982.

¹⁰ F. Jaspert, Vom Städtebau der Welt (1961), S. 426.

- Zum vierten hatten die Beton-Protagonisten allen Gestaltungsuninteressierten, allen Geschäftemachern und Bautycoons einen herrlichen Vorwand dafür geliefert, Monotonie und Brutalität als Fortschritt und gestalterische Großtat zu verkaufen.
- Zum fünften schließlich wurde der Beton aufgrund all dieser Irrtümer so allgegenwärtig, so penetrant, daß man die Bereiche, von denen er noch nicht Besitz ergriffen hatte, als Oasen zu empfinden begann. Ich habe jedenfalls den Eindruck, daß die große Wertschätzung für die alte Stadt unter anderem auch etwas mit der Allgegenwart des »Betongeistes« zu tun hat.

Zu diesen fünf Kernsätzen ist im einzelnen mancherlei anzumerken. Ad 1: So viel der Beton auch konstruktiv leisten mag; baubiologisch und bauphysikalisch bringt er viele Probleme. Er ist kalt, nicht atmungsaktiv und nicht gut feuchtigkeitsregulierend – ein wenig menschenfreundliches Material. Obwohl es meines Erachtens wahrscheinlich nie ganz schlüssig zu beweisen sein wird, daß Beton auf die Dauer gesundheitsschädlich ist, kann man ohne Übertreibung sagen, daß Allbetonbauten zum dauernden Aufenthalt von Menschen ungeeignet sind. Beton wirkt weit weniger ausgleichend auf das Raumklima als Mauerwerk, Holz und Putz. Daß langer Aufenthalt in dem durch die Bewehrungsstähle gebildeten Faradayschen Käfig eines Betonhauses auch bei Menschen organische und psychosomatische Beschwerden auslösen kann, darf man fast als erwiesen ansehen. Drei Wissenschaftler vom Hygiene-Institut der Universität Graz schrieben 1972: »Die ungünstigen bioklimatischen Verhältnisse, welche in stahlarmierten Betonbauten anzutreffen sind, lassen sich anhand eines Absinkens der O₂-Veratmung der Leberzellen von im Faraday-Käfig gehaltenen Tieren demonstrieren.«¹¹ Mein leider früh verstorbener Kollege Bielenberg hat festgestellt, daß Versuchstiere in sogenannten Wahlkäfigen, die zur einen Hälfte aus Holz, zur anderen Hälfte aus Metall bestanden, nur den Holzteil zum Aufenthalt, den Metallteil dagegen zum Absetzen ihrer Exkreme benutzten.¹²

Eine Untersuchung, die an meinem Institut durchgeführt wurde, hat gezeigt, daß der Gesundheitszustand gemessen an der Zahl der Arztbesuche und Krankenhauseinweisungen bei hohen, also mithin Betonhäusern deutlich über dem Durchschnitt liegt.¹³ Auch die Berichte über die sogenannte Bunkerkrankheit bei Soldaten, die lange Zeit in Festungsanlagen des Zweiten Weltkrieges zubringen mußten, geben zu denken.¹⁴ Daß diese Forschungsergebnisse von Eiferern wie Hubert Palm zu Pauschalurteilen und voreiligen Schlüssen mißbraucht wurden, sollte uns nicht daran hindern, sie ernst zu nehmen. Nur am Rande sei erwähnt, daß Alwin Seifert sicher recht hat, wenn er sagt: »Naturstein

¹¹ J. Möse / St. Schuy / G. Fischer, Versuchsanlage zum Studium der Wirkung von elektrostatischen Gleichfeldern, in: »Biomedizinische Technik 17« 1972, Nr. 2, S. 22.

¹² Heinrich Bielenberg berichtete über seine Forschungsergebnisse wiederholt in seinen Vorlesungen zum landwirtschaftlichen Bauwesen.

¹³ H. Tschom, Wohnen und Gesundheit, Die Aufgaben des Wohnbaus im Gesundheits- und Sozialwesen, Graz 1979, S. 176ff.

¹⁴ nach H. Palm (s. A 5), S. 368.

bekommt im Lauf der Zeit an der Oberfläche eine Farbe echten Alters, eine Patina, Sichtbeton wird bloß dreckig.«¹⁵

Ad 2: Beton wird zwar erstaunlicherweise mit zunehmendem Alter nicht weicher, sondern härter, aber auch spröder und damit rißanfälliger. Fritz Bauer, der Beton-Fachmann der Grazer Technischen Universität, sagte einmal, es sei mit ihm wie mit dem Menschen: In der Jugend wenig fest, aber anpassungsfähig, im Alter dagegen umgekehrt.¹⁶ Die Gefahr der sogenannten Spannungsrißkorrosion nimmt jedenfalls mit dem Alter des Betons nicht ab. Da der Stahlbeton ein Komposit aus Stahl und Stein ist, dessen Tragfähigkeit, wie gesagt, davon abhängt, daß der Beton den Stahl vollständig und sicher umhüllt, führt Zutritt von Luft und Feuchtigkeit zum Bewehrungsstahl – etwa durch Risse – unweigerlich zu Korrosion und diese zu sogenannten warnungslosen Sprödbrüchen, bei denen die Konstruktion schlagartig nachgibt. Aus den verschiedensten Gründen, die zum großen Teil auf menschliches Versagen, zum Teil aber auch auf ungenügende Kenntnisse über das Materialverhalten zurückgehen, rosteten die Bewehrungsseisen viel öfter, als man erwarten sollte. Da gab es beispielsweise den Skandal um den Beton aus Tonerdeschmelzement, dessen Gelstruktur sich unerwarteterweise so verändert hatte, daß er die Luftfeuchtigkeit sozusagen an die Bewehrungsseisen weiterleitete. Um ein anderes Beispiel zu nennen: unzählige Male werden auf der Baustelle die Abstandshalter vergessen oder nicht sorgfältig genug angebracht, so daß die Betonüberdeckung für den Korrosionsschutz nicht ausreicht. Die Kriech- und Schwindbewegungen und die Probleme der Abbindewärme wurden lange Zeit nicht genügend berücksichtigt, so daß es zu Zwangsbeanspruchungen und damit zu Rissen in der Konstruktion kam.¹⁷

Ähnliches gilt für den Einfluß unterschiedlicher Temperaturen an teils offenen, teils eingebauten Konstruktionsgliedern wie Attiken, Vordächern und ähnlichem, bei denen Bauschäden fast die Regel sind.¹⁸ Vor allen Dingen aber eröffneten sich beim Spannbeton etwa 25 Jahre nach Einführung dieser vielversprechenden Technik beängstigende Perspektiven. Man stellte fest, daß der unter Spannung stehende Stahl viel leichter korrodiert als derjenige der sogenannten schlaffen Bewehrung, und man merkte, daß sich in den durch mangelhaftes Auspressen der Füllkanäle entstandenen Hohlräumen sehr leicht Feuchtigkeit ansammelte. Man kann jedenfalls sagen, daß die Tage vieler Tragwerke aus der Frühzeit des Spannbetons gezählt sind. Das Schicksal der wegen ihrer konstruktiven Kühnheit so viel bewunderten Kongreßhalle in Berlin hat es bewiesen. Wie weit sich die hochgespannten Erwartungen, die man in den höchstgespannten Stahl setzt, als tragfähig

¹⁵ Anmerkung Alwin Seiferts in einem Vortrag beim Institut für Städtebau und Wohnungswesen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung 1963, die er sinngemäß auch bei anderen Gelegenheiten wiederholte.

¹⁶ Wiedergabe einer mündlichen Bemerkung Fritz Bauers anlässlich einer Diskussion über Bauschäden.

¹⁷ R. Rybicki, Bauschäden an Tragwerken, Teil II: Beton- und Stahlbetonbauten, Düsseldorf 1979.

¹⁸ R. Probst, Bauschäden, Stuttgart 1970.

erweisen werden, bleibt abzuwarten. Um ehrlich und vollständig zu sein, muß man allerdings anmerken, daß etwa 80% der bekanntgewordenen Unfälle im Stahlbetonbau sich schon während der Bauzeit ereignet haben und daß Brücken und andere Stahlbetonkonstruktionen oft schon nach wenigen Jahrzehnten nicht aus technischen Gründen ersetzt werden mußten, sondern weil sie den sprunghaft wachsenden Ansprüchen nicht mehr genügten.

Ad 3: Wie schon erwähnt, gibt es beim Beton so viele bauphysikalische Probleme, daß man ein voluminöses Handbuch benötigte, um sie und die durch ihre Nichtbeachtung erzeugten Baumängel abzuhandeln. Obwohl diese Probleme erwiesenermaßen beim außenliegenden Beton am größten sind, wurde und wird das angeblich konsequente und ehrliche Zurschaustellen des Betons seit Jahrzehnten als gestalterische Tugend propagiert. Ludwig Hilberseimer kritisierte zum Beispiel die grundvernünftige Stuttgarter Markthalle von Martin Elsässer mit der Begründung, daß hier der Eisenbeton nur als passives Mittel benutzt worden sei und die Außengestalt nichts von der weiträumigen, lichtdurchfluteten Halle im Inneren ahnen ließe.¹⁹ Wie wenig bedeutend dieses Sehenlassen für eine faszinierende architektonische Gestaltung ist, zeigen beispielsweise die schon erwähnten Bauten von Antonio Gaudi, der den gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufkommenden Eisenbeton nur als Mittel zum Zweck benutzte. Auch dies ist wieder ein Bereich, über den man stundenlang mit Gewinn reden und diskutieren könnte.²⁰

Ad 4 und 5 brauche ich nur auf die Gestalt unserer gebauten Umwelt hinzuweisen. Wer wüßte nicht, wie viel die Kistigkeit und Allgegenwärtigkeit der Betonkonstruktionen zur »Verunwirtlichung« unserer Städte beigetragen haben! Die Protagonisten des »Neuen Bauens« haben vor allem in den zwanziger und dreißiger Jahren den Grundstein dieser Entwicklung gelegt. Le Corbusier, der von so vielen verehrte Protagonist, hat die Betonstadt geradezu verherrlicht. Seine frühen Pamphlete hätten eigentlich mehr Skepsis verdient gehabt.²¹ Auch die Visionen Ludwig Hilberseimers²² und Mies van der Rohe²³ konnten als Vorbilder für den Beton-Städtebau der Nachkriegszeit betrachtet werden, der in der von Oskar Niemeyer mit geradezu fanatischer Konsequenz verfochtenen Neuen Stadt Brasilia einen einsamen Höhepunkt erreichte.²⁴

Die sechziger und frühen siebziger Jahre kann man ohne Übertreibung eine Allbeton-

¹⁹ L. Hilberseimer / J. Fischer, *Beton als Gestalter* (1928), S. 14.

²⁰ G. Sterner, *Barcelona. Antoni Gaudi. Architektur als Ereignis* (1979), S. 178.

²¹ Ein Beispiel von vielen: »... würde es durchaus genügen, wenn man ... 60 Stockwerk hohe ungeheure Konstruktionen emporführte. Eisenbeton und Stahl erlauben diese Kühnheiten, dank der alle Fenster volles Sonnenlicht empfangen werden. Vom 14. Stockwerk aufwärts wird man vollkommene Ruhe, reine Luft genießen.« *Kommende Baukunst (Vers une architecture)* Berlin 1926, S. 42.

²² L. Hilberseimer, *Großstadtarchitektur*, Stuttgart 1927, S. 18 ff.

²³ Zeugnis zum Komplex der Architekturvorstellungen der Protagonisten der 20er Jahre, auch in bezug auf den Beton, bei N. Huse »Neues Bauen« 1918–1933, München 1975.

²⁴ F. Arnau, *Brasilia. Phantasie und Wirklichkeit*, München 1960.

und Hochhausepoche nennen, in der es nahezu aussichtslos war, gegen den Strom zu schwimmen. Architekten, die sich gegen den Allbetongeist zu stellen versuchten, hatten bei Wettbewerben keinen Erfolg, auch wenn sie mit niedriger Bebauung, zu der man gar keinen Beton gebraucht hätte, die gleiche Dichte erzielten wie mit Betonsilos von 12 Geschossen.

Wie gesagt: es war kein Wunder, daß sich Unbehagen an der schönen neuen Welt einstellte und die alte Stadt immer mehr zu Ehren kam. Daß die Kistigkeit keineswegs unbedingt zum Wesen des Stahlbetons gehört, sondern daß man ihn auch in sehr expressiver Art verwenden kann, hat schon Rudolf Steiner in den zwanziger Jahren bei seinen Bauten in Dornach gezeigt.²⁵

Aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg gab es eine Unter- oder Nebenströmung zur Kistenwelle, die die Erinnerung an die expressiven Möglichkeiten des Betons wachhielt. Bauten wie die Hallen von Pier Luigi Nervi, das Flughafengebäude von Eero Saarinen, das Opernhaus in Sidney von Jörn Utzon, die Kirchen von Gottfried Böhm in Neviges und Düsseldorf-Garath zeigen auch nicht die geringste Spur von Kistenform. Mit dem Hinweis auf die eben genannten in meisterhafter Weise frei geformten Betonbauten will ich allerdings nicht sagen, daß es beim Beton überhaupt nicht auf das »ob«, sondern nur auf das »wie« ankomme.

Und als *Advocatus diaboli* vom Dienst muß ich auch zu den prismatischen und organoiden Betonformen einige kritische Anmerkungen machen. Um freie Formen in Gußbeton erzeugen zu können, braucht man sehr komplizierte und damit extrem teure Schalungen. Finanziell bringt deshalb die Verwendung des Betons bei der Erzeugung dieser freien Formen gegenüber anderen Materialien keine Vorteile mehr. Außerdem wird das Schabige und Schmutzige des Betons durch prismatische oder organoide Formen nicht aufgehoben, und mit knalligen Farben ist nicht viel geholfen. Spritz- oder Torkretbeton ist zwar unübertrefflich als Material zur Auskleidung von künstlichen Kavernen, und die auf seiner Verwendung aufgebaute neue österreichische Tunnelbauweise ist besonders wirtschaftlich. Im Hochbau dagegen gibt es mit ihm ganz ähnliche Probleme wie mit dem Gußbeton. Die Isolierung und der Unterhalt des freigeformten Torkretbetonrefektoriums von Günter Domenig in Graz-Eggenberg beispielsweise bringen bei manchen freigeformten Bauten Probleme mit sich und machen das Bauwerk à la longue zu dem, was es für den Ehrlichen schon immer war, nämlich zu einem teuren Denkmal. Die Antwort auf die Frage »Cui bono?« sei dem Leser überlassen.

Eines meine ich leider feststellen zu müssen: daß wir von Paul Bonatz' optimistischer Prognose aus den zwanziger Jahren weiter denn je entfernt sind: »Das heutige Feldgeschrei, Tradition oder Moderne wird gegenstandslos werden, es wird ein Besseres daraus erwachsen: Selbstverständlichkeit.«²⁶ Damit ist auch meine zugegebenermaßen rhetori-

²⁵ W. Kugler, *Rudolf Steiner und die Anthroposophie*, Köln 1978.

²⁶ Zitiert nach N. Huse (S. A 23), S. 12.

sche Frage 6 beantwortet, ob der Beton nämlich an unserem Mißbehagen Schuld ist oder der Mensch. Nicht die Mängel und Fehler des Betons geben mir zu denken und nicht die Tatsache, daß er weit verbreitet ist. Es kann ihn und die Industrie, die ihn erzeugt, glaube ich, ziemlich kalt lassen, ob wir ihn aus einigen seiner Anwendungsgebiete wegen erwiesener Untauglichkeit verdrängen. Denn es wird immer genügend Verwendungszwecke für den Beton geben. Was mich dagegen immer schon bedrückt hat, ist die Hilflosigkeit gegenüber den gestalterischen Herausforderungen der großen Möglichkeiten unserer Auflösungszeit – besonders der Möglichkeiten des Betons, ganz gleich ob es um das Bewahren oder um das Einfügen geht.²⁷

Es fehlt uns nicht nur an Kreativität und Gestaltungskraft, sondern vor allem an Selbstverständlichkeit, Bescheidenheit und Common Sense, kurz an dem, was man anständige Baugesinnung und Baukultur nennen würde, wenn diese Begriffe nicht im Tausendjährigen Reich kompromittiert worden wären.

Der Beton ist eigentlich ein gutes Beispiel für Marshal Mac Luhans Behauptung »The Medium is the Message«. Er ist nicht ein gutes Mittel für bestimmte Zwecke geblieben, sondern wurde zum Inbegriff des Modernen hochstilisiert. Das traurige Wort von der Perfektion der Mittel und der Konfusion der Ziele gilt im besonderen Maß auch für den Beton.

Doch nun zur letzten Frage meines kleinen Aperçus, der siebenten wenn ich recht gezählt habe: Was kann uns der Beton bei der Stadtentwicklung und Altstadterhaltung helfen? Antwort: Sehr viel, wenn man ihn als nützliches Mittel zum Zweck und nicht zur Dokumentation der Tatsache verwendet, »daß da ein Architekt dran war« um mit Richard Döcker zu sprechen.²⁸ Über die Anwendungsmöglichkeiten des Stahlbetons in der Rehabilitation alter Bauten kann man ohne Übertreibung sagen, daß er als Hilfsmittel zur Stützung und Sicherung gefährdeter Mauern, Pfeiler und anderer massiver Bauteile nahezu unentbehrlich geworden ist. Es zeigt sich an diesen Beispielen aber auch in aller Deutlichkeit der schon angedeutete Konflikt zwischen Theorie und Praxis.

Altes ganz »rein«, also ohne die Zuhilfenahme von Stahlbetonelementen sichern zu wollen, würde oft die ganze Rehabilitationsmaßnahme scheitern lassen oder das völlige Abtragen und Neuaufführen des Mauerwerks verlangen. Um zu beweisen, daß das in vielen Fällen viel teurer wäre als die Sanierung mit Beton, braucht man nicht unbedingt das spektakuläre Beispiel der Stiftskirche in Herrenberg zu bemühen. Das ehrliche Zeigen der eingefügten Korsettstangen wäre in vielen Fällen eine gestalterische Katastrophe. Ich halte den Kompromiß, der in einer verkleideten Stahlbetonstützkonstruktion liegt, für keines-

²⁷ Näheres dazu in meinen Beiträgen »Der Jupiterkomplex«, in: Denkmalschutz heute, Lebensraum und historisches Erbe, herausgegeben vom Deutschen Landkreistag, Bonn 1975, S. 325 und »Die Architektur der Besserwisser«, in: Baumeister 1979/12, S. 1225.

²⁸ Redensart Richard Döckers bei seinen Exkursionen mit Architekturstudenten in den 50er Jahren.

wegs verwerflich, sondern überall da, wo andere Lösungen nicht zum Ziel führen, für außerordentlich vernünftig.²⁹

Was den Einfluß des Betons auf die Gestalt der alten Stadt angeht, so könnte ich mir durchaus vorstellen, daß das eine oder andere Betonbauwerk, das in den letzten Jahrzehnten in unseren historischen Stadtkernen entstanden ist, schon bald unter Denkmalschutz gestellt wird. Gottfried Böhm wird es bei seinem Rathaus in Bensberg wahrscheinlich noch erleben. Das darf meines Erachtens aber kein Anlaß für uns sein, die Störung und den schöpferischen Egoismus zum Prinzip zu machen, auch wenn diese sich noch so vorzüglich mit kontrapunktischem Gestaltungsprinzip, Akzentsetzung und anderem rationalisieren lassen. Ist Franz Harts Bank- und Garagengebäude an der Salvatorkirche in München schlechter als Böhms Rathausbau, weil Hart den Beton mit Ziegeln verkleidet hat, oder ist es verwerflich, Anpassung zu verlangen, weil Herr Jedermann sie als Aufforderung zu einem wenig reflektierten Historisieren auffaßt?³⁰

Die Akademie der Schönen Künste hat Mitte der sechziger Jahre, man höre und staune, den Mut aufgebracht – mitten im Betonboom –, einen Preis für gute Einfügung von Neubauten in historische Umgebung nicht nur für das Bensberger Rathaus, sondern auch für einen Bebauungsplan von mir zu vergeben, dessen Bindungen von Gemeinde und Bauwerbern sehr einfach und vordergründig interpretiert wurden. Es mag sein, daß wir gestalterische Donnerschläge, Monumente des Zeitgeistes brauchen. Aber Lebensqualität schafft man sicher nicht mit Primadonnen- und Weltwunderarchitektur, wobei es ganz gleichgültig ist, ob ihr gestalterischer Aplomb von modernistischen bzw. postmodernistischen Gags oder vom Sichtbeton herrührt.

²⁹ Hervorragend dokumentiert wird die Betonverwendung in der Denkmalpflege bei D. Insall, *The Care of Old Buildings Today, A Practical Guide*, London 1972, S. 125 ff.

³⁰ Ein Beispiel für die Unsicherheit in Fragen der Einfügung insbesondere auch was die Verwendung von Sichtbeton in historisch vorgeprägter Umgebung anbelangt, ist die Ausstellung »Neues Bauen in alter Umgebung«, die von der neuen Sammlung in München in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Architektenkammer erarbeitet wurde.

Hartmut Großhans

Bürgerinitiativen und Stadtteilplanung

1. Einführung in das Problemfeld – 2. Umfang und Charakteristik der Bürgerinitiativ-Bewegung – 3. Unterstützung von Bürgerinitiativen im Stadtteil – 4. Parteien als Bürgervertretung; 4.1: Beispiel Köln-Mülheim – 5. Vereine als Bürgervertretung; 5.1: Beispiel Rheinbach – 6. Lokalpresse und Bürgerinitiativen; 6.1: Beispiel: Kölner Volksblatt – 7. Informationsarbeit der Gemeinde – 8. Formalisierung der Beteiligung; 8.1: Beispiel Velbert – Kostenberg – 9. Finanzierung von Bürgerinitiativen; 9.1: Beispiel Bremen – Neue Vahr – 10. Schlußbemerkungen

1. Einführung in das Problemfeld

Es braucht heute nicht mehr im einzelnen vorgetragen zu werden, welche Position Staat und Gemeinde, Parlament und Verwaltungen, Parteien und Verbände zum Thema »Bürgerbeteiligung« einnehmen. Der Aufruf von Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung 1969 »Mehr Demokratie wagen« hat in Programmen und Gesetzen (StBauFG, BBauG) seinen Niederschlag gefunden. »Partizipation« der Bürger an Planungs- und Gestaltungsprozessen ist in der Bundesrepublik Deutschland bei allen politischen Parteien als unstrittige Notwendigkeit gefordert. Es ist aber auch ersichtlich, daß zwischen den programmatischen Reden und dem praktischen Handeln der Verantwortlichen, zwischen dem »Lob der Bürgerinitiativen und der Ermutigung zum Engagement einerseits und der Reaktion auf die Aktionen von Bürgern andererseits ein tiefer und breiter Graben klaffen kann und leider oft klafft. Man propagiert den mündigen Bürger und erschrickt dann furchtbar, wenn er den Mund auf tut. Man fordert den Bürger auf, Zivilcourage zu beweisen, und zeigt sich betroffen oder reagiert wenig demokratisch, wenn er Bürgermut in Gestalt bestimmter Aktivitäten praktiziert.«¹

Unsere Gemeinderäte, die kommunalen Verwaltungen, aber auch die Parteien vor Ort tun sich besonders mit den Bürgerinitiativen oft ausgesprochen schwer. Das wesentliche Erfolgskriterium für die planende Verwaltung – so die Ergebnisse einer Gewos-Untersuchung '79 – ist bedauerlicherweise nicht die dadurch erreichte – oder erreichbare – Qualitätsverbesserung, oder stärkere Bedürfnisorientierung der Planung, oder wenigstens die Legitimationserhöhung, oder die Konfliktminimierung, sondern: die gesetzlichen Mindestanforderungen so erfüllt zu haben, daß politische Auseinandersetzungen über das

¹ K. Oeser, Progressive und reaktionäre Bürgerinitiativen, in: Bürger initiativ. Stuttgart 1971, S. 26.

praktizierte Beteiligungsverfahren vermieden werden könnten und die Rechtssicherheit der Planung gewährleistet ist.²

Wenn sich in Sanierungsgebieten als angemessene Vertretung ihrer Interessen die Mieter nennen³ – an erster Stelle mit 19% Bürgerinitiativen und Mietervereinigungen, sodann an 2. Stelle mit 15% Bundes- und Landesministerien, und erst danach die eigentlichen »geborenen« Interessenvertreter der Bürger, mit 14% parlamentarische Gremien, mit 12% Verwaltung, Parteien 10%, Medien 3%, Kirchen 3% –, dann dürfte wohl klar sein, daß irgend etwas mit unserer politischen Kultur auf Gemeindeebene nicht stimmt.

Bürgerinitiativen sind lästig, sie sind unberechenbar, man weiß nicht was oder wer dahinter steckt, ihre Forderungen sind überzogen und unrealistisch, sie stören das gewohnte Kräftespiel, sie haben keine Ahnung über die Gesetzeszusammenhänge, kümmern sich nicht um das Gemeinwohl, sondern wollen nur ihre Interessen durchsetzen – das sind die gängigen Klischees – und sie sind generell alle richtig. Nur – wenn bürgerschaftliches Engagement in politischen Programmen und Verlautbarungen der Verwaltung verstärkt gefordert wird, so muß wohl auch die Bildung und die Arbeit von Bürgerinitiativen verstärkt unterstützt werden. »Gerade in einer Zeit, in der ständig nach neuen bzw. alternativen Möglichkeiten zur Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens gesucht wird, können Bürgerinitiativen der Verwaltung wichtige Denkanstöße geben und Eigeninitiative entwickeln. Dies setzt jedoch voraus, daß die Verwaltung in den verschiedenen Bemühungen der Bürgerinitiativen generell keine Querulanz und vordergründige Eigeninteressen sieht, sondern die Bemühungen dieser Gruppen als eine Aufforderung versteht, zum Nutzen des Bürgers gemeinsam eine optimale Lösung für die verschiedenen Probleme zu finden.«⁴ Gleichgültig, ob es sich um die »reputierlichen« Mitglieder einer Elterninitiative zum Ausbau des Gymnasiums oder um »dubiose« langhaarige Jugendliche einer Selbsthilfegruppe für einen Kommunikationsschuppen handelt.

Was soll die vielgehörte Klage über mangelndes Interesse, über fehlende Mitwirkungsbereitschaft der Bürger? »Bürger können Beteiligung auch ›lernen!‹, d. h. sie übernehmen sie nicht nur als Norm bzw. Fähigkeit von Eltern, Schule usw., sondern auch als eigenes positives oder negatives Erleben in konkreten Beteiligungsprozessen im Beruf, in der Freizeit und auch in der Kommunalpolitik. Somit kann die Bürgernähe der Kommunalpolitik und die konkrete Beteiligungspolitik der Gemeinden zur Steigerung der Beteiligungsbereitschaft der Bürger beitragen.«⁵ Mit einem Wort: Jede Gemeinde hat die Bürgerinitiativen auf dem Hals – (volle oder leere Stühle beim Beteiligungsverfahren § 2a BBauG) – die sie verdient, besser, um die sie sich verdient gemacht hat. Bürgerbeteiligung ist eine »Bringschuld« der Gemeinde, hat Staatssekretär Sperling vom BMBau treffend gesagt.

² A. Kögler u. a., Bürgerbeteiligung bei städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen. Fallstudien zur Anwendung des StBauFG (Schriftenreihe BMBau 02.019). Bonn 1979, S. 30.

³ ebda., S. 32.

⁴ Bürgerinitiativen: nur ein lästiges Übel?, in: Bundesbaublatt H. 5/81, S. 290.

⁵ P. v. Kodolitsch, Kommunale Beteiligungspolitik. Berlin 1980, S. 72.

Konstruktive Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen bedingt die Bereitschaft zum Lernen-Lassen und zum Lernen i. o. Sinne.

Was also ist zu tun, um mit den Bürgerinitiativen klarzukommen, um für die Bürgerinitiativen notwendige Entwicklungs- und Aktionsräume zu schaffen? Die kommunale Demokratie muß so weiterentwickelt werden, daß im Gefüge der Diskussions-, Entscheidungs-, Planungs- und Realisierungsprozesse im Stadtteil Bürgerinitiativen einen/ihren Platz wie selbstverständlich finden können. Es geht mir vor allem darum, den Bürgermeistern, Ratsmitgliedern und Verwaltungsfachleuten Ansatzpunkte deutlich zu machen zwischen dem Wirken der Gemeinde und der Arbeit der Bürgerinitiativen – so neutral als möglich, ohne Klassifizierung in »gute« und in »böse« Bürgerinitiativen, in »Bremser« oder in »Förderer«. Die Gemeinde muß die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abwägen – so das BBauG –, bevor und wenn sie entscheidet, dazu muß sie »die Belange« kennen. Ich halte die Initiativen von Tausenden von Bürgern, in unterschiedlichen Formen, um ihre Belange deutlich zu machen, prinzipiell für eine gute Sache, die unserer Demokratie dient. Es geht mir weder um die Infragestellung unserer demokratisch verfaßten Ordnung noch um Anpassung an den »Druck der Straße«, es geht mir darum, das Miteinander von Bürgern und Gemeinde verbessern zu helfen.

Hierzu skizziere ich im folgenden neben Umfang und Charakteristik der Bürgerinitiativ-Bewegung die Aspekte: Unterstützung von Bürgerinitiativen im Stadtteil – Parteien als Bürgervertretung – Vereine als Bürgervertretung – Lokalpresse und Bürgerinitiativen – Informationsarbeit der Gemeinde – Formalisierung der Beteiligung – Finanzierung von Bürgerinitiativen, und fasse zum Schluß die aus meiner Sicht wesentlichen Aufgaben der Gemeinde im Hinblick auf Bürgerinitiativen im Stadtteil zusammen. Wenn ich bei den Beispielen vorwiegend über eigene Arbeiten berichte, dann geschieht dies nicht aus Eitelkeit, sondern um der kritischen Diskussion Ansätze zu geben, die ich aus Erfahrung selbst vertreten kann.

2. Umfang und Charakteristik der Bürgerinitiativ-Bewegung

Wann ist eine Bürgerinitiative eine Bürgerinitiative? Die Politik- und Kommunikationswissenschaftler haben sich zu Beginn der siebziger Jahre sehr eingehend mit der definitiven Abgrenzung von »Interessengemeinschaft«, »Bewohnerausschuß«, »Stadtteilrat«, »Selbsthilfegruppen« usw. beschäftigt und die besonderen Merkmale der »Bürgerinitiative« herausgearbeitet. Uns soll hier jedoch nicht die Theorie interessieren (mit der sich die Praxis selbstverständlich im konkreten Fall auseinandersetzen muß), sondern das farbige Bild engagierter Gruppen, das sich in der Gemeinde täglich heute bietet.

Bürgerinitiative im Stadtteil ist die »Alternative Liste«, die bei der Kommunalwahl Mandate in der Bezirksvertretung gewonnen hat ebenso wie Herr X, der auf alle freien Stellen im Quartier »wilde Wiese« sät. Bürgerinitiative ist die »Teestube«, die mit Behinderten und arbeitslosen Jugendlichen Ferienlager am Stadtrand durchführt ebenso

wie der Altstadtverein, der mittelalterliche Häuser erwirbt und ausbaut, Bürgerinitiative ist die Aktionsgruppe für ein selbstverwaltetes Jugendhaus und die Arbeiterselbsthilfe zur Modernisierung von Bergarbeitersiedlungen. Wo Bürger – und auch Schüler, Lehrlinge, Studenten, Arbeitslose, Obdachlose, Dichter und alte Menschen sind Bürger im Stadtteil – aus eigenem Antrieb etwas tun, für sich, für ihre Gruppe, für ihre Gemeinde; unbequeme Probleme in der kommunalen Öffentlichkeit ansprechen, Lösungsvorschläge machen und umsetzen, sollen sie Bürgerinitiativen heißen und als solche von Rat und Verwaltung ernstgenommen werden.

»Die Gründung von Bürgerinitiativen läßt sich als Versuch verstehen, das gemeinsame, aus der gleichen Lebenssituation erwachsende Interesse aller Bewohner eines Gebietes an der Abwehr benachteiligender Maßnahmen oder an der Durchsetzung alternativer Lösungen dauerhaft zu organisieren. Jedoch reicht die gemeinsame Betroffenheit aller Schichten nicht aus, um auch alle im gleichen Maße zur aktiven Mitarbeit an Bürgerinitiativen zu motivieren. Das liegt daran, daß politische Aktivität in unserer Gesellschaft in hohem Maße schichtspezifisch bestimmt ist.«⁶ Daraus resultiert die – in zahlreichen Untersuchungen nachgewiesene – mittelschichtspezifische Zusammensetzung der meisten Bürgerinitiativen. »Die Bereitschaft zur bürgerschaftlichen Beteiligung ist überdurchschnittlich hoch bei Männern und jüngeren Personen sowie bei Befragten mit starkem lokalpolitischen Interesse, positiver Einstellung zur Sanierung, skeptischer Haltung gegenüber der planenden Verwaltung und zumindest teilweisen Kenntnissen der rechtlichen Regelungen des StBauFG und BBauG... die Bereitschaft zur Mitarbeit in vorhandenen Institutionen ist geringer ausgeprägt als die Mitwirkungsbereitschaft in »imagefreien« Betroffenenorganisationen«.

Einige Daten zur Entwicklung der Bürgerinitiativ-Bewegung. 1972 wurden in der BRD bereits über 3000 Bürgerinitiativen festgestellt; in kreisangehörigen Gemeinden ermittelte der Deutsche Städte- und Gemeindebund 1974 rd. 1500 BI; in Städten: Hamburg: 1965: 2; 1968: 8; 1972: 29; 1974: 101; Köln: 1981: 150 Bürgerinitiativen. Repräsentativuntersuchung INFAS 1973: rd. 3% der Bevölkerung über 18 Jahren sind aktiv in Bürgerinitiativen. Heute wird mit rd. 4–5% gerechnet; d. h. gleichviel Bürger sind in Bürgerinitiativen aktiv, wie die etablierten Parteien Mitglieder haben.⁷ »Nach Schätzung des Bundesministeriums und des Umweltbundesamtes gibt es zwischen 30000 und 40000 Bürgerinitiativen. Ihr Kennzeichen ist, daß sie sich durchweg auf lokal und zeitlich begrenzte Konflikte

⁶ ebda., S. 77.

⁷ ausführlich in: H. Matthöfer, Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituation. Villingen 1977. In der Veröffentlichung werden von verschiedenen Autoren u. a. die Themen abgehandelt:

- soziale Bedingungen für Bürgerinitiativen
- Entstehungsbedingungen im Spannungsfeld Bürger – Verwaltung
- Bürgerinitiativen und verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz
- Legitimation und Partizipation von Bürgerinitiativen
- gesellschaftliches Engagement der Bürger

(Fortsetzung nächste Seite)

beziehen... Oft sind sie auch nicht Gegenstand großen öffentlichen Interesses, finden also keinen Eingang in die Medien... (es) könnte jedoch die Gefahr bestehen, daß man die Breite des Bürgerprotestes gar nicht erfaßt«, warnt Pfarrer Kurt Oeser, Umweltbeauftragter der ev. Kirche. Er weist darauf hin, daß die Argumentation in den letzten Jahren erheblich an Qualität gewonnen hat, einmal, weil die Bürger selbst lernen, sich mit schwierigen Problemen zu befassen und das Bedürfnis haben, kompetenter zu werden, zum anderen, weil sie ständig mehr Unterstützung aus Kreisen der Wissenschaft finden. »Es sind zunehmend junge, kritische Wissenschaftler, die aktiv mitarbeiten, die manchmal sogar die Karriere hintanstellen. Und dies, weil sie überzeugt sind, diese Sache muß nun mit allem Ernst und allem Sachverstand angegangen werden und die Konfrontation ist nur durchzuhalten, wenn auch die eigenen Argumente ständig kritisch überprüft und – wenn notwendig – verbessert werden.«⁸ Dieses Engagement ist auch im lokalen Bereich zu beobachten, ich erinnere z. B. an Prof. Roland Günther in Oberhausen-Eisenheim und seinen Einsatz für die Arbeiterinitiativen im Ruhrgebiet. Stadtplaner, Architekten, Sozialarbeiter, Sozialwissenschaftler werden zu »Anwälten« der Betroffenen, zu Beratern von Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen.

- Bürgerbeteiligung in den verschiedenen Beteiligungsfeldern
- öffentliche Meinung und politisches Handeln.

Die in den letzten fünfzehn Jahren zum Thema Bürgerbeteiligung erschienene Literatur ist selbst für den Wissenschaftler fast nicht mehr zu übersehen; der Praktiker, der Bürgerbeteiligung vor Ort realisieren will, braucht konkrete Arbeitshilfen zu den Rahmenbedingungen, den Zielsetzungen, den Verfahren und Instrumenten. Hier wären als Fundstellen zu nennen die im Auftrag des BMBau durch das Institut Wohnen und Umwelt (IWU) Darmstadt, 1976, erstellte umfangreiche Literatursammlung Partizipation bei der Stadtplanung (BMBau Schriftenreihe 03.048), in der auf 423 Seiten die bis dahin erschienenen Arbeiten mit Inhaltsangabe, Kurzkomentar u. a. aufgeführt sind; hier findet sich auch Material zum Thema Bürgerinitiative.

Auch die in A 2 zitierte GEWOS-Untersuchung beschäftigt sich u. a. mit der Förderung von Bürgerinitiativen und enthält eine aktuelle Literaturzusammenstellung zum Forschungsstand (Ansätze zur Einbeziehung von Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen aus der Praxis im Abschnitt 6).

Berichte über bürgerschaftliche Aktivitäten gibt seit längerer Zeit heraus die Stiftung für staatsbürgerliche Mitverantwortung DIE MITARBEIT – so 1979 bundesweit zusammen mit dem Bundespresseamt

– Bürger – Mitarbeit was und wie in 52 Beispielen – und 1980 durch ihre Kontaktstelle für Initiativgruppen in Bayern

– Bürger – Mitarbeit in München (Initiativführer Teil 1) mit 54 Berichten von Initiativgruppen mit sozialer, pädagogischer oder kultureller Aufgabenstellung und über 100 Gruppenadressen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat 1974 durch Udo Kempf das Für und Wider zu Bürgerinitiativen unter dem Thema

– Bürgerinitiativen – neue Formen politischer Beteiligung anhand von Quellenausügen in der Reihe Kontrovers darstellen lassen.

⁸ Streitgespräch um Öko-Gutachten: Dürfen Wissenschaftler parteiisch sein?, in: Bild der Wissenschaft, H. 5/81, S. 123.

3. Unterstützung von Bürgerinitiativen im Stadtteil

Wenn wir Stadtteilplanung sagen, meinen wir zunächst die – im Idealfall aus einem integrierten Stadtentwicklungsprogramm abgeleitete – räumlich-funktionale Planung eines Gemeindeteiles, in der die Grundzüge der Flächennutzung, der räumlichen Ordnung, der Grünräume und Freizeiteinrichtungen, der Verkehrserschließung, der sozialen Infrastruktur usw. für die späteren Durchführungsmaßnahmen und gegebenenfalls die baurechtliche Sicherung durch B-Pläne, niedergelegt werden. Wir müssen aber zugleich an die mittelfristig zu leistende vielfältige Sozialarbeit im Stadtteil denken, die im neueren Verständnis kommunaler Sozialplanung neben der – klassischen – sozialen Einzelfallhilfe und der sozialen Gruppenarbeit mit der sozialen Gemeinwesenarbeit in Zusammenwirken von Professionellen und Ehrenamtlichen, wie Initiativen, Vereinen usw., besonders für die ohnedies Benachteiligten der Gesellschaft chancenerstellend und chancenverwirklichend tätig ist. Der modernen kommunalen Sozialplanung, wie wir sie aus zahlreichen Städten (Freiburg, Trier, Braunschweig, Nürnberg usw.) kennen, geht es um den Menschen, um die Menschen in ihrem täglichen Lebenszusammenhang, um die Möglichkeit, durch Hilfe zur Selbsthilfe ein selbstbestimmtes Leben im Quartier und in der Gemeinschaft führen zu können. Dr. Mehl, Leiter des Sozial- und Jugendamtes, Freiburg: »Mit Spielstufenfummel im sozialen Brennpunkt lassen sich Konflikte im Wohnquartier nicht lösen«. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Stadtplaner und den Mitarbeitern des Sozial- und Jugendamtes bei der Stadtteilplanung ist Voraussetzung für eine Gemeinwesenarbeit, an der möglichst viele Betroffene, Beplante, Initiativen mitwirken können.

Die Themenschwerpunkte von Beteiligungsinteressierten in Sanierungsgebieten sind – so die Gewos-Untersuchung –.⁹

(M = Mieter, E = Eigentümer)

– Renovierung, Modernisierung von Wohnungen	M: 65%, E: 65%
– Grünflächenversorgung	M: 54%, E: 54%
– Soziale Infrastruktureinrichtungen	M: 44%, E: 31%
– Verkehrserschließung	M: 18%, E: 27%
– Umweltschutzmaßnahmen	M: 37%, E: 24%
– Erhaltung Stadtbild	M: 22%, E: 30%
– »Vernünftige Stadtplanung«	M: 30%, E: 50%

Ihre Aktionen sind vielfältig und auch zeitlich von unterschiedlicher Reichweite, wie verschiedene Dokumentationen zeigen – und damit auch die Ansprüche, die sie an Verwaltung und Rat stellen – keine leichte Aufgabe, alle »unter einen Hut« zu bringen. Im Stadtteil reichen dazu die »geordneten« Verfahren bei der Planung gem. StBauFG und BBauG nicht aus, es müssen im gegebenen Fall spezielle Einrichtungen geschaffen werden, die längerfristige Zusammenarbeit sichern. Ich möchte drei Formen ansprechen: Ein – wenn auch noch wenig eingesetztes – Instrument i. d. S. ist die Anwaltsplanung, über die

⁹ Kögler (s. A 2), S. 21.

das Institut Wohnen und Umwelt, Darmstadt im Auftrag des BMBau 1977 eine Untersuchung vorgelegt hat. Zusammengefaßt wird im Bericht festgestellt: »Durch die enge Zusammenarbeit von Anwaltsplanern mit einer als Bewohnervertretung allgemein anerkannten Organisation ist es möglich, die planungsbezogenen Interessen und Forderungen der Bewohner, die von Anwaltsplanern in die Form fachlich konkurrenzfähiger Alternativvorschläge umgesetzt wurden, mit Erfolg in den Planungsprozeß einzubringen. Viele dieser Vorschläge sind in den Untersuchungsfällen entweder sofort oder teilweise von der Verwaltung übernommen worden oder aber später noch im politischen Entscheidungsprozeß durchgesetzt worden. Insoweit nützt das Verfahren Anwaltsplanung auch dem Interesse sozialbenachteiligter Gruppen, die von bestimmten Planungsfolgen oft härter als andere Schichten betroffen werden.«¹⁰ Versteht man den Stadtteilentwicklungsbeirat als ein Organ politischer Willensbildung der von Planungen und Maßnahmen im Quartier betroffenen Bürger, der in seiner Zusammensetzung auch deren unterschiedliche Interessen repräsentiert, so ist auch durch ihn eine praktikable Möglichkeit geboten, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen in den Meinungsbildungsprozeß mit einzubeziehen. Durch ein vom Rat beschlossenes Verfahren, das die Zusammensetzung, die Legitimation der Beteiligten und die Kompetenzen regelt, kann sichergestellt werden, daß die in ihm erörterten Begehren der Betroffenen dem Rat vorgelegt – oder durch Delegierte in den Ratsausschüssen vertreten werden – wie wir dies aus einer Reihe von Sanierungsbeiräten kennen.

Beispiel Hannover-Linden Süd

Die Sanierungskommission besteht aus 6 Ratsvertretern und 6 Bürgervertretern, die nach Parteienproporz bestimmt werden. SPD und FDP haben »ihre« Sitze den Vertretern der »unabhängigen Bürgerinitiative« zur autonomen Besetzung übertragen. »Die Sanierungskommission diskutiert alle sanierungsrelevanten Vorlagen der Verwaltung und spricht Empfehlungen aus, die als Anträge über den Bauausschuß in den Verwaltungsausschuß bzw. in den Rat gehen... Sie nimmt damit eine erhebliche Entlastungsfunktion für den

¹⁰ J. Brech u. a., Anwaltsplanung. Eine empirische Untersuchung über ein Verfahren zur gerechteren Verteilung von Sachverstand in Planungsprozessen (Schriftenreihe BMBau 02.074). Bonn 1977, S. 10. – Auf folgende, für die Arbeit im Stadtteil relevante Einzelstudien kann hingewiesen werden: V. v. Tiedemann u. a., Bürgerbeteiligung bei der Stadterneuerung, Beispiel: Strategien für Kreuzberg, Berlin (Schriftenreihe BMBau 02.021). Bonn 1980; H. Fischer-Menzel u. a., Bürgerbeteiligung bei der Stadterneuerung, Beispiel: Karl-Theodor-Straße, Hamburg (Schriftenreihe BMBau 02.020). Bonn 1980; P. Faller / H. Schröder, Planungsbeteiligung im Geschoßbau. Erfahrungen aus der Wohnanlage »Schmitz« in Stuttgart (FBW-Veröffentlichung Nr. 114). Stuttgart 1979; U. Rellstab, Stadt-Quartier. Quartier-Arbeit anhand eines Zürcher Beispiels. Zürich 1980; H. Großhans, Wissenschaftliche Politikberatung – Modell zur Beteiligung der Bürger an der Bebauungsplanung gem. § 2 a BBauG für die Stadt Beckum, in: Politik und Kommunikation. Nürnberger Forschungsberichte, Sonderband. Nürnberg 1978, S. 127–165; P. C. Dienel, Bürger planen Hagen-Haspe. Die Testläufe der Planungszelle in Hagen Haspe (Schriftenreihe Landes- und Stadtentwicklungsfor-schung des Landes Nordrhein-Westfalen 2.020). Dortmund 1978.

Bauausschuß, eine Informationsfunktion für die Ratsmitglieder und eine Absicherungsfunktion für die Verwaltung im Vorfeld des Bauausschusses wahr«,¹¹ Schwierigkeiten in der Praxis bei der »Anerkennung« von Bürgersprechern gibt es für Rat und Verwaltung hinsichtlich ihrer Legitimation seitens der von ihnen Vertretenen. Auch bei ehrlichem Bemühen um eine »gerechte« und umfassende Beteiligung aller vorfindbaren Interessen sollte man keiner perfekten Lösung nachjagen. Ich teile die Auffassung von Spille/Seele: »Als ausreichende Legitimation muß... anerkannt werden, wenn eine angemessene Anzahl unmittelbar betroffener Bürger an den Veranstaltungen der jeweiligen Interessengemeinschaften teilnimmt und durch ihr Votum Sprecher in den Stadt(teil)entwicklungsbeirat delegiert.«¹²

Wer ist Adressat von Bürgerwünschen? Für viele Bürgerinitiativen entmutigend – und für die Verwaltung arbeitsaufwendig – ist der oft lange Suchvorgang, bis die kompetente Stelle gefunden ist. Das unvermeidliche und zeitraubende Hin und Her macht den Bürger mißtrauisch, läßt am guten Willen der Gemeinde zweifeln, lähmt die Spontanität und das Engagement mancher Mitglieder. Eine Möglichkeit, den Einstieg in das Gespräch zwischen Bürgern und Gemeinde zu verbessern, ist die Bestellung eines Stadtteilbeauftragten, der – als »Ombudsmann« mit der Aufgabe, alle innerbehördlichen Planungen und Maßnahmen zu koordinieren und die Interessen der Betroffenen in der Verwaltung und gegenüber den parlamentarischen Gremien zu vertreten – vom Rat direkt gewählt wird und – weisungsgebunden – ihm direkt verantwortlich ist. »Gegenüber der Öffentlichkeit kann er Planungs- und Entwicklungsvorhaben erläutern und damit transparenter machen sowie durch Anhörung und Beratung betroffener und beteiligter Bürger und deren Gruppen die Position der Betroffenen stärken und Beteiligungsbegehren an die zuständigen Entscheidungsgremien vermitteln.«¹³ Es sollte in Zukunft geprüft werden, ob ein solcher »honorierter« Beauftragter – gegebenenfalls auch für einzelne Nachbarschaften oder Wohnblöcke – häufiger eingesetzt werden kann – »billiger« als ein kommunales Stadtteilbüro und »vertrauenswürdiger« für die Bürger ist er allemal.

4. Parteien als Bürgervertretung

Die Parteien erfüllen, wie von Kodolitsch zu Recht bemerkt,¹⁴ ihre Funktion als Mittler politischer Teilhabe vielfach nur unzureichend, da sie Bürgerinteressen nur ungenügend aufnehmen und umsetzen können, denn

– die Mehrzahl der Bürger nehmen nicht aktiv am Parteilieben teil, sind wenig an Kommunalpolitik interessiert

¹¹ Kögler (s. A 2), S. 24.

¹² W. Seele / R. Spille, Bürgerbeteiligung an der Stadtentwicklungsplanung und im Wohnbereich bei Vorhaben im Hamburger Raum (BMBau Schriftenreihe 03.056). Bonn 1977, S. 65.

¹³ ebda., S. 66.

¹⁴ Kodolitsch (s. A 5), S. 64ff.

- die Mittel für Informationsbeschaffung und Weitergabe sind beschränkt
- die Mandatsträger und Funktionäre operieren abgelöst von den Betroffenen ihrer Politik

woraus sich entsprechendes Mißtrauen des Bürgers auch gegenüber den programmatischen Zielen und ihrer Realisierungsfähigkeit entwickelt. Dennoch können gerade die lokalen Organisationen der Parteien vor Ort – darüber wird man angesichts zunehmender Staats- und Parteienverdrossenheit verstärkt nachdenken müssen – dazu beitragen, die Verbindung zwischen Bevölkerung und kommunalen Entscheidungsinstanzen herzustellen und dabei auch die Forderungen von Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen aufzugreifen.

4.1 Beispiel Köln-Mülheim

Der SPD-Ortsverein Köln-Mülheim, in dessen Bereich das Sanierungsgebiet Mülheim-Nord liegt, versteht sich (1979: Beschluß des Rates zur Durchführung vorbereitender Untersuchungen gem. StBauFG) als »Bürgerinitiative« vor Ort. Beschlossen wurde zunächst ein detaillierter Katalog »Ziele für die Sanierung« – abgeleitet aus dem kommunalpolitischen Grundsatzprogramm der SPD –, der mit 12 000 Ex. Auflage in unserem Informationsblatt an alle Haushalte verteilt wurde. Die Fragebögen für die vorbereitende Untersuchung wurden vom Arbeitskreis Kommunalpolitik modifiziert und die Ergebnisse kritisch analysiert. Gestützt auf genaue Orts- und Problemkenntnis und Einsatzbereitschaft des »harten Kerns« wurden Stellungnahmen und Alternativentwürfe zu

- Stadtteilentwicklungsprogramm Mülheim
- Strategiekonzept Sanierung Mülheim Nord
- Verkehrslösung Wiener Platz

entwickelt und öffentlich vertreten sowie Forderungen für die Beteiligung der Öffentlichkeit, u. a. für die Bildung eines Sanierungsbeirates formuliert. Die Ziele einer örtlichen Selbsthilfegruppe (Teestube Mülheim) wurden dabei in das Zielpapier aufgenommen und so weitertransportiert; im Konzept für den Sanierungsbeirat ist für diese sowie für eine Initiative von Jugendlichen je ein Vertreter vorgeschlagen. Durch interfraktionellen Beschluß trägt die Bezirksvertretung Mülheim die wesentlichen vom Ortsverein entwickelten Vorstellungen zum Stadtteilentwicklungsprogramm und verleiht damit eine entsprechende Basis gegenüber Rat und Verwaltung der Stadt Köln.¹⁵ Probleme können beim Einsatz der lokalen Parteiorganisation als Bürgervertretung, abgesehen von der Kräfteabsorption für die »normale« Parteiarbeit, dadurch entstehen, daß Konflikte mit dem »Stadtreiment« derselben Partei unausweichlich sind. Der Ortsverein muß an den Stadtteil denken, nicht ans Gemeinwohl der ganzen Stadt und sich u. U. bewußt gegen die Gemeinde als Ganzes stellen. In ähnlicher Weise sind heute wieder an vielen Orten – z. T.

¹⁵ Der Verfasser steht – als Mitglied des AK Kommunalpolitik – dem SPD-Ortsverein als »Experte« beratend zur Verfügung.

durchaus »unbequem« für Rat, Verwaltung und Gesamtorganisation – die Basisorganisationen der Parteien in unmittelbarer Zusammenarbeit und/oder Konfrontation mit ihren potentiellen Wählern, mit vorfindbaren Bürgerinitiativen aktiv tätig.

5. Vereine als Bürgervertretung

Auch die Bürgervereine sind ein vielerorts feststellbares, örtlich sehr unterschiedlich ausgeprägtes Potential zur Umsetzung von Anliegen der Bevölkerung. Sportvereine, Feuerwehvereine, Geselligkeitsvereine usw. nehmen seit jeher Einfluß auf das kommunalpolitische Geschehen im Interesse ihrer speziellen Mitglieder. In Abgrenzung hierzu und zu ein-Zweck-gerichteten Bürgerinitiativen sind Bürgervereine Vereine mit streng örtlich begrenztem, aber inhaltlich umfassendem Wirkungskreis, die, ohne sich mit den Programmen bestimmter Parteien zu identifizieren, satzungsgemäß im vorparlamentarischen Bereich auf die Kommunalpolitik Einfluß nehmen, um die Interessen ihrer Mitglieder, aber auch aller Bürger ihres Einzugsbereiches sowie die der Gemeinde uneigennützig und dauernd zu vertreten. Dem »Verband Deutscher Bürgervereine« gehören 350 Vereine mit über 500 000 Mitgliedern an, die »Dunkelziffer« ist weitaus höher. Zahlreiche Bürgervereine sind in den letzten Jahren neu entstanden, angeregt durch die Bürgerinitiativ-Bewegung, oft angestoßen durch die Gebietsreform. »In der bürgerlichen Revolution (von 1848) liegen... Ursprung und Selbstverständnis der Bürgervereine begründet und Gründungsschübe sind jeweils mit den wiedererwachenden bürgerlichen (Selbst-)Bewußtsein zu verzeichnen.«¹⁶ Bürgervereine verstehen sich als Stadtteilvertretung gegenüber der Stadtverwaltung und/oder verleihen dem Beschwerden einzelner Bewohner mehr Gewicht, sie wenden sich zunehmend auch den Planungsfragen der Gemeinde zu. Faust berichtet über Bamberg, wo 14 Bürgervereine flächendeckend tätig sind: »Eine kommunalpolitische Bestätigung erfahren die Bürgervereine auch dadurch, daß die Bürgerversammlungen gem. Art. 18 BayGO jeweils stadtteilbezogen zusammen mit dem Distrikts-Bürgerverein durchgeführt werden.«¹⁷ Hier treten die Bürgervereine regelmäßig als Sprachrohr »ihrer« Bürger auf und übermitteln der Stadtverwaltung Fragenkataloge. Diese Versammlungen werden von seiten der Stadt auch dazu benützt, um den Standpunkt der Stadtverwaltung und der politischen Spitze zu verdeutlichen.

5.1 Beispiel Rheinbach

1978 hatte ich (im Auftrag einer Kölner Planergemeinschaft) für die Stadt Rheinbach mit 35 000 Einwohnern Vorschläge zu Bürgerbeteiligung bei der Sanierung zu entwickeln. Erarbeitet wurde eine umfassende Konzeption kommunaler Informationsarbeit mit Betei-

¹⁶ H. Faust, Bürgervereine. Eine Form der Bürgerbeteiligung, dargestellt am Beispiel Bamberg, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 1981, S. 106.

¹⁷ ebda., S. 111.

ligungsmodellen für die Sanierung und die Bauleitplanung gem. § 2a BBauG.¹⁸ Da Rheinbach mit 115 Vereinen einen außergewöhnlich hohen gesellschaftlichen Organisationsgrad aufwies, wurden diese auffindbaren Institutionen im Modell sowohl ortsteilbezogen wie zielgruppenbezogen als Träger des Dialogs Bürger – Verwaltung – Rat eingesetzt mit der Absicht, hierdurch sowohl die Eigenständigkeit wie die Kooperation der Vereine (z. B. durch Kolloquien der Vereinsvorsitzenden) zu fördern als auch die Motivierung der Vereinsmitglieder – und Bürger – zur Mit- und Selbsthilfe (z. B. bei der Verschönerung der Ortsteile) zu unterstützen.

Wenn man mancherorts beobachtet, wie sich die traditionellen Vereine reaktivieren, aktuelle Planungsprobleme im Stadtteil zu »ihrer« Sache machen, sich als Bürgervertretung selbstbewußt in die öffentliche Planungsdiskussion einschalten, kann einer Gemeinde die Prüfung und gegebenenfalls Unterstützung eines solchen Mitwirkungspotentials nur empfohlen werden. Auch bei einem wie vor skizzierten Beteiligungsmodell – bei dem kommunale Steuerung der Planungs- und Diskussionsprozesse, die Bereitstellung an Informationen und der »honorige Umgang« besonders wichtig sind – muß vorausschauend Mitwirkungsspielraum für spontan entstehende Bürgerinitiativen vorgesehen werden.

6. Lokalpresse und Bürgerinitiativen

Die lokale Zeitung wäre von ihrem traditionellen Selbstverständnis her hervorragend geeignet, als Informationsinstrument, als Diskussionsforum und als kritischer Kommentator und Mahner den allgemeinen Bewußtseinsbildungsprozeß über Stadtteilplanung anzuregen und zu fördern und vor allem Aktionen der Bürger zur notwendigen Publizität zu verhelfen. Die Lokalzeitung ist – in der Theorie – so ein hervorragender Seismograph der Bürgerbewegung für Rat und planende Verwaltung. Die meisten Bürger lesen täglich Zeitung und vor allem die lokalen Nachrichten; hieraus vor allem beziehen sie ihre Kenntnisse über aktuelle Probleme und Ereignisse in ihrer Gemeinde und ihrem Stadtteil – vorausgesetzt: es gibt sie. Der hohen Beachtung, die der lokalen Presse als Hersteller kommunaler Öffentlichkeit in der Theorie beigemessen ist, wird sie jedoch in der Praxis nur wenig gerecht. Abgesehen davon, daß durch die Pressekonzentration in der Bundesrepublik mit faktischen Monopolen in einzelnen Verbreitungsgebieten die Lokalteile verarmt oder »gestorben« sind, verarbeitet die Lokalberichterstattung die – leichter zu bekommenden – Informationen organisierter Interessen häufiger, bemüht sich um konfliktmindernde Berichterstattung und macht sich nur selten zum engagierten Fürsprecher von Bürgerinitiativen – zumal wenn deren Aktionen, der spektakuläre »drive« fehlt. Was Wunder, daß Bürgerinitiativen auf vielfältige Weise – und in Reaktion auf die oft vorfindbare »Hofberichterstattung« der örtlichen Presse auch häufig in polemischer Form

¹⁸ H. Großhans, Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung bei Maßnahmen der Stadtentwicklungsplanung der Stadt Rheinbach. Köln 1978 (vervielfältigtes Manuskript).

– durch eigene Blättchen und Schriften auf ihre Probleme und Lösungsansätze aufmerksam machen (müssen).

6.1 Beispiel: Kölner Volksblatt

Mit einem Umfang von durchschnittlich 16 Seiten erscheint dieses halbprofessionell gemachte Blatt alle 14 Tage; es wird im Abonnement an den Kiosken und im Straßenverkauf vertrieben, als

- Informationsdienst für Bürgerinitiativen (Archiv, Adressen, Veranstaltungen, Sitzungen Rat/Ausschüsse, Stadtbuch Köln), mit
- Veranstaltungen, Schwerpunktnummern (z. B. 4 Stollwerck-Zeitschriften, Auflage je 30 000/Blockade Bayer-Dünnsäure-Verklappung 5 Zeitungen, Auflage 50 000)

Ähnliche Zeitungen gibt es andernorts. Es spricht für die Existenzkraft dieser – aus Not selbstgemachten – Publikationen, daß im Februar '81 in Bochum bereits ein Verband Nordrhein-Westfälischer Alternativzeitungen gegründet wurde. Es hilft nichts: Rat und Verwaltung müssen auch diese Informationen zur Kenntnis nehmen, die sicher oft nur die Meinung von Minderheiten spiegeln, aber mitunter die einzige Möglichkeit sind, wo sich Sprachlose überhaupt zu Wort melden – können, wo sich sonst verdrängte Probleme erkennen lassen. Daß ein entspanntes, kooperatives Verhältnis Gemeinde – Lokalpresse auch dazu führen kann, den Bürgern und ihren Aktionen mehr Zugang zur Zeitung und damit zur allgemeinen Gemeindeöffentlichkeit zu erschließen, versteht sich von selbst.

7. Informationsarbeit der Gemeinde

Ein wesentliches Kriterium für Bürgerunmut und Protestverhalten ist die mangelnde Transparenz der kommunalen Entscheidungs- und Planungsprozesse. Gutgemeinte Ansätze, wie die Öffentlichkeit von Ratssitzungen, laufen leer, wenn die Bürger nicht informiert sind, wann und welche sie direkt betreffenden Angelegenheiten behandelt werden, welche Zielrichtung Planungen im Stadtteil haben, welche Auswirkungen erwartet werden. Wenn der nordrhein-westfälische Städte- und Gemeindebund soeben das Parlament NW auffordert, die in der Gemeindeordnung festgelegte Öffentlichkeit von Sitzungen wieder zurückzunehmen, weil hierdurch und durch viele »Fensterreden« der Politiker – die Presse ist ja dabei – Verwaltungskraft und die Zeit der Ausschußmitglieder in Anspruch genommen sei, ist das nicht gerade sehr ermutigend.

Die Gemeinden, die sich über mangelnden »Zuspruch« bei ihren Sitzungen und Veranstaltungen beklagen, müssen sich zunächst einmal selbst fragen, was methodisch nicht richtig angepackt wird. Presseämter fehlen, sind unzureichend besetzt oder sind nur »werbend« tätig; sachkompetente Informationen aus den an der Stadtteilplanung beteiligten Ämtern gehen nur nach mühseligen Kompetenzabstimmungen nach »außen«; für die zielgruppengerechte Informationsvermittlung fehlt oft Sachverstand und Zeit. Hinweis:

Fast die Hälfte der Gemeinden zwischen 50000 und 100000 EW hat keine Stelle eingerichtet, die für die Bürgerinformation verantwortlich zeichnet; rd. ein Drittel der Gemeinden über 100000 EW verfügt (noch) nicht über das sonst übliche selbständige Amt für diese Aufgabe. Die Gewos hat festgestellt, daß es an aktiver, systematisch betriebener, kontinuierlicher Pressearbeit bei Sanierungsmaßnahmen durchwegs mangelt – hier muß manches mancherorts verbessert werden.

Bürgerinformation muß sachlich, kontinuierlich, vollständig, rechtzeitig und vor allem ehrlich sein, wenn sie dazu beitragen soll, Initiativen von Bürgern anzuregen und zu unterstützen; sie muß keinesfalls aufwendig sein; monatlich ein einfaches Faltblatt »aus der Werkstatt der Stadtteilplanung« ist besser als alle Jahre eine farbige Hochglanzbrochure »Seht her – wir sind's.« Offene Diskussionsrunden sind besser als von Werbeprofis gemachte Ausstellungen – das »Rathaus muß zum Bürger«. Mit der linken Hand läßt sich freilich eine notwendigerweise systematische Informationsarbeit der Gemeinde nicht leisten. Hier, meine ich, muß verstärkt voneinander gelernt werden, in großen wie kleinen Gemeinden gibt es vorzügliche Beispiele.

Das »Handwerkszeug« für eine kommunale Informationspolitik ist inzwischen »griffbereit«; das Deutsche Institut für Urbanistik, die Gewos Hamburg u. a. haben entsprechende Materialien für die Praxis veröffentlicht. Auch meine Arbeit »Öffentlichkeit und Stadtentwicklungsplanung, Möglichkeiten der Partizipation« enthält manche Arbeitshilfe für den Einsatz der jeweils geeigneten Instrumente.¹⁹ Gerade bei Planungsmaßnahmen, die tief in die Lebensumstände aller Bewohner im Stadtteil eingreifen, wie z. B. bei der Sanierung, ist Information erste Gemeindepflicht. Am Anfang Information: worum es geht – am Schluß: Information warum es so gemacht worden ist. Denn nur der informierte Bürger kann auch ein mitwirkender Bürger werden – sachliche Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Bürgerinitiativen im Stadtteil kann nur zustande kommen, wenn relevante Informationen

¹⁹ H. Großhans, Öffentlichkeit und Stadtentwicklungsplanung. Möglichkeiten der Partizipation (Kommunikation und Gesellschaft Bd. 11). Düsseldorf 1972, S. 147 ff. Die Arbeit – an meiner Praxis als Leiter der Abt. Flächennutzungsplanung der Stadt Nürnberg orientiert – setzt sich mit Instrumentarium und Verfahrenswegen der Bürgerbeteiligung auseinander und scheint mir – bei aller gebotenen Bescheidenheit – immer noch nützlich für den Praktiker zu sein. Im übrigen werden in Kürze die Ergebnisse einer umfassenden Untersuchung, an der die GEWOS Hamburg, das Institut für Zukunftsforschung Berlin und die Technische Hochschule Aachen beteiligt sind, zum Thema »Erfahrungen der Praxis mit der Bürgerbeteiligung im Rahmen der kommunalen Entwicklungsplanung und der Bauleitplanung gem. § 2a BBauG« erwartet, deren anwendungsrelevante Teile – insbesondere zu geübten Verfahren und eingesetzten Informationsinstrumenten – veröffentlicht werden sollen. Für Interessierte stellt das Deutsche Institut für Urbanistik, Berlin, preiswert auf Anfrage zu spezifischen Themen mit Hilfe seiner EDV-gespeicherten Dokumentationen aktuelle Titelzusammenstellungen her und weist die Fundstellen nach, bei denen auch die für den Praktiker interessante sog. »graue Literatur« – d. h. nicht im Buchhandel erhältliche Berichte und Studien von Gemeinden, Forschungsinstituten, Bürgerinitiativen, Dissertationen und Diplomarbeiten usw. – erfaßt ist.

bereitgestellt werden – Verschweigen schürt Mißtrauen, fördert Emotionen und verhindert die notwendigen Dialoge zwischen Bürger und Planer.

8. Formalisierung der Beteiligung

Bürgerinitiativen, die nur ein ganz bestimmtes Ziel verfolgen, sei es die Durchsetzung oder die Verhinderung einer Maßnahme, kommen mit einem relativ geringen Maß an Organisation und Formalisierung aus. Ist die objektive Problemsituation vielschichtig, der Auseinandersetzungsprozeß langwierig, der subjektive Problemdruck oder die Konflikt-haltigkeit beachtlich, ist für die Erhöhung der Wirksamkeit von Bürgerinitiativen als Beteiligte eine gewisse Formalisierung unumgänglich. »Insbesondere, wenn sich aus einer Bürgerinitiative als Ein-Zweck-Aktion (single issue movement) eine kontinuierliche Beteiligungsgruppe entwickeln soll, ist eine komplexere Zielsetzung und Konsensbildung nach festgelegten Verfahrensregeln notwendig.«²⁰ Für Verwaltung und Rat ist die Institutionalisierung insofern hilfreich, als damit Absicht und Aktionspotential der Bürgerinitiative besser eingeschätzt und in das Verwaltungshandeln einbezogen werden kann (Gesprächspartner usw.). Bürgerinitiativen im Stadtteil müssen sich sehr bald über ihre Perspektive klar werden – die Gemeinde kann hierbei Hilfestellung geben.

8.1 Beispiel Velbert – Kostenberg

1973 hatte ich eine Bürgerinitiative, die sich zur Abwehr einer drohenden Abholzung eines unter Landschaftsschutz stehenden Waldtals inmitten von Wohngebieten und Auffüllung mit Kalkschutt durch Schwerlastwagen (über einen Zeitraum von 25 Jahren) gebildet hatte, hinsichtlich des inhaltlichen und methodischen Vorgehens zu beraten. Neben der Entwicklung von Vorschlägen zum kooperativen Vorgehen und Vorschlägen zum konfrontativen Vorgehen mußten die möglichen Entwicklungen des Selbstverständnisses der Gruppe und die dadurch bedingte Wandlung der Zielsetzungen und Vorgehensweisen abgeschätzt werden. Es wurden dargelegt und mit den Gründungsmitgliedern erörtert jeweils Art/Anzahl der Mitglieder, Legitimation, Interessen, Ziele, Handlungsweise und Zielgruppen für »Petitionen« in folgende denkbaren Entwicklungsstufen:²¹

- Interessengemeinschaft Heidekampstraße
Ziel: Schutz vor Gefahr und Eigentumsentwertung – Entschärfung der Maßnahme »Kippe«
- Bürgerinitiative Wohngebiet am Kostenberg

²⁰ Seele – Spille (s. A 12), S. 62.

²¹ H. Großhans, Bürgerinitiative Velbert-Kostenberg. Interdisziplinäre Zusammenarbeit und bürgerschaftliche Beteiligung bei Planungsprozessen der Stadtentwicklung, Folge 6. In: Garten und Landschaft, H. 1/76, S. 22 ff.

Ziel: Erhaltung des Landschafts-/Erholungsgebietes – Unterlassung der Maßnahme »Kippe«

– Bürgerkomitee Naherholung Velbert

Ziel: Umfassende Landschafts-/Erholungsplanung für die Gemeinde, Ausbau u. a. von Spiel-/Freizeitschwerpunkten

– Bürgerforum Velbert

Ziel: Institutionalisierte, kontinuierliche, bürgerschaftliche Mitwirkung bei allen Stadtentwicklungsplanungen und Maßnahmen

Damit war der Weg vom (berechtigten) »Egoismus« einer kleinen Gruppe zum »Gemeinwohl« mit Engagement für die ganze Stadt skizziert und waren Anhaltspunkte für das weitere Vorgehen sichtbar. Ähnliche Überlegungen wird jede Bürgerinitiative, die nicht nur kurzfristig Erfolge anstrebt, anstellen müssen. Aber auch die Gemeinde wird sich überlegen müssen, wie sie eine Beteiligung von Bürgerinitiativen an ihren eigenen Planungsmaßnahmen formalisieren kann. Vorfindbare Bürgerinitiativen sind sehr unterschiedlich organisiert – Beteiligungskonzepte für ihre Mitwirkung, Sitz und Stimme in Beiräten, Ausschüssen, Arbeitskreisen der Vertretungskörperschaft sind selten in den Gemeinden.

Viele Bürgerinitiativen lehnen die »Vereinnahmung« durch die offizielle Gemeindepolitik ab. Es besteht auch die Gefahr, daß sich die Verwaltung – mangels anderer organisierter Ansprechpartner im Stadtteil – ausschließlich einzelnen Bürgerinitiativen mit Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten zuwenden. Eine Monopolisierung der Interessenvertretung durch eine Bürgerinitiative ist zu verhindern, indem ausreichend alternative Möglichkeiten zur Artikulation von Interessen auch für andere Gruppen und den einzelnen Betroffenen gesichert werden. Bürgerinitiativen im Stadtteil entstehen immer wieder aufs Neue – sie bringen auch immer wieder wohlüberlegte Konzepte zur Bürgerbeteiligung, die die Gemeinde sich ausgedacht und/oder installiert hat, durcheinander. Beteiligungsverfahren der Gemeinde sollten jedoch in den formalisierten Abläufen stets Platz lassen für solche potentiellen Gruppen (selbst wenn einmal radikale Gruppen diese Einstiege benutzen könnten, um Beteiligungsgruppen zu unterwandern und für ihre Zwecke umzufunktionieren).

9. Finanzierung von Bürgerinitiativen

Bürgerinitiativen brauchen für ihre Arbeit Geld, es entstehen bei längerfristiger Arbeit im Stadtteil Kosten, die durch die ehrenamtlich erbrachte Arbeit der Aktiven nicht gedeckt werden können, z. B. für

- Herstellung und Vertrieb von Informationen (Bürgerbriefe, Plakate)
- Vorbereitung und Durchführung von öffentlichkeitsmobilisierenden Aktionen (Stadtteilfest, Demo, Versammlungen)
- Inanspruchnahme von beratenden Fachleuten (Anwalt, Stadtplaner)

– Unterhaltung Geschäftsstelle/Stadtteilbüro

– Beschäftigung von Professionellen (Gemeinwesenarbeiter, Anwaltsplaner)

Die – chronisch unsichere – Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge, Annoncen, Spenden, Erlösen aus Flohmarkt, Tombola usw. oder halbkommerziellen Aktivitäten (Trödeläden, Teestuben usw.) reicht nicht aus und beansprucht i. d. R. die Aktiven auch von der zeitlichen Belastung her unverhältnismäßig stark. Eine Gemeinde, die an aktiver Beteiligung ihrer Bürger am kommunalen Geschehen interessiert ist, sollte nach Wegen suchen, ihre Bürgerinitiativen – nach Bedarf – finanziell und materiell zu unterstützen (auch wenn sich deren Aktionen manchmal schmerzlich gegen sie selbst richten). Beispiele zeigen, daß trotz knapper Haushaltsmittel das hier eingesetzte Geld überdurchschnittlich Nutzen stiften kann. »Die Einwerbung öffentlicher Mittel ist angesichts der öffentlichen Aufgaben, die von Beteiligungsgruppen mitgeleistet werden, gerechtfertigt«, meinen Seeler/Spille, halten eine kommunale Finanzierung von Beteiligungsverfahren allerdings nur dann für durchsetzbar, wenn sie vollständig in die Entscheidungs- und Planungsverfahren integriert und entsprechend rechtlich abgesichert ist.²²

9.1 Beispiel Bremen – Neue Vahr

1973 hat der Bürgerausschuß zur Umgestaltung der Neuen Vahr, der zusammen mit der NH Bremen sehr aktiv an der Erarbeitung von Vorschlägen zur Weiterentwicklung dieses Stadtteils mitgewirkt hat, den Bremer Senat gebeten, durch finanzielle Unterstützung die unabhängige Weiterarbeit im Interesse der Vahr-Bewohner zu ermöglichen. In meiner Stellungnahme habe ich es als eine grundsätzliche Aufgabe der planenden Verwaltung bezeichnet, Mentorfunktion für derartige Selbstorganisationen der Bürger wahrzunehmen. »Im Einzelfall wird Verwaltung und Rat vor der Unterstützung derartiger Gruppierungen sicher jeweils zu prüfen haben:

- welche partiellen Interessen vertreten werden (BI müssen partielle Interessen vertreten) und inwieweit dadurch eine Entlastung und kritische Unterstützung der Verwaltung erfolgt
- welche allgemeinen Interessen vertreten werden, die zugleich Rat und Verwaltung bewußt gemacht werden und zum Handeln initiieren
- wer direkt betroffen ist, wer indirekt betroffen ist (als Bewohner z. B.) und hieraus, wie die Sprecher legitimiert sind (durch Wahl o. ä.).
- welche Form der Unterstützung und mit welchem Ziel begehrt wird oder sogar angeboten werden muß.«²³

Die Gemeinde sollte generell Regelungen erarbeiten, die bei einer Unterstützung von

²² Seeler – Spille (s. A 12), S. 62.

²³ H. Großhans, Stellungnahme zum Problem: Finanzierung eines arbeitenden Bürgerausschusses in einem großen Wohngebiet durch die Gemeinde. Köln 23. 10. 73, S. 3.

Bürgerorganisationen von diesen zu erfüllen sind, wie z. B. Mindestorganisation, Sprecherwahlbefugnis, Aktionsbereitschaft, Mindestgewicht, Zielsetzung, Mindestdauer der Aktivität usw. Verschiedene Städte stellen in einem derartigen Rahmen den Bürgerinitiativen entsprechende Mittel zur Verfügung. »Eine frühzeitige und kontinuierliche Unterstützung von Bürgerinitiativen dürfte in der Regel unter langfristigem Aspekt weniger Personalkosten verursachen als die zeitliche Bindung von politischen Entscheidungsträgern und führenden Mitarbeitern der planenden Verwaltung bei späteren Konflikten und Auseinandersetzungen, die die Ebene der sachlichen Auseinandersetzung bereits verlassen haben.«²⁴

10. Schlußbemerkungen

Sebastian Haffner bemerkt (1974), daß man vorsichtig sein sollte, durch die Bürgerinitiativen-Bewegung die Erweiterung und Vertiefung unserer demokratischen Einrichtungen zu erwarten. Sie verstoßen ihrem Wesen und ihrem Handeln nach »nämlich gegen die beiden großen, ebenso genialen wie einfachen Prinzipien, mittels deren Demokratie überhaupt funktionsfähig wird. Sie heißen Formalisierung und Mehrheitsprinzip ... Ohne feste, klare und faire Formalisierung der Entscheidungsprozesse, ohne verständliche und allgemein befolgte Spielregeln haben wir keine Demokratie. Und unter diesen demokratischen Spielregeln und Entscheidungsprozeduren ist die fundamentalste, allgemeingültigste die Abstimmung, der Mehrheitsentscheid.«²⁵

Daraus ziehe *ich* zunächst den Schluß: Wenn »Demokratisierung« gewollt ist, muß man die Felder, auf denen durch Abstimmung entschieden wird, erweitern; sollen unsere demokratischen Einrichtungen vertieft werden, muß man nach Möglichkeiten suchen, indirekte Mehrheitsentscheidungen durch direkte Mehrheitsentscheidungen der Bürger zu ersetzen. Formalisierung und Mehrheitsentscheid als die zwei grundlegenden Prinzipien einer funktionsfähigen Demokratie sollen nicht zur Disposition gestellt werden. Ich will keinen Zweifel daran lassen, daß nach meiner Auffassung die im politischen Raum zu treffenden Entscheidungen Sache des durch die Wahl aller legitimierten Rates ist und bleiben muß. Der Weg »durch die Institutionen« (der '68er Generation) oder mit »neuen Institutionen« – (siehe Alternative Liste) – zur Mitentscheidung ist in unserer Demokratie prinzipiell jedem offen (auch wenn er mühsam ist). Der Rat steht fürs Gemeinwohl – nicht die Bürgerinitiative, sie hat ein Recht, ja eine Pflicht, parteiisch zu sein, nur – und gerade – die Interessen ihrer Mitglieder oder ihrer Zielgruppe zu vertreten.

²⁴ Kögler (s. A 2), S. 34. Das Sozialpädagogische Institut der Arbeiterwohlfahrt der Stadt Berlin e.V. erstellt z. Z. im Auftrag der Internationalen Bauausstellung Berlin eine Studie »Möglichkeiten zur Förderung von stadtorientierten Selbsthilfeinitiativen im Wohnbereich« in der u. a. die Förderung und Finanzierung für Beschaffung, Instandsetzung und Modernisierungen von Wohnraum sowohl im Rahmen staatlicher Wohnungsversorgung wie im Rahmen der Sozial- und Jugendhilfe diskutiert und eine Reihe von Selbsthilfegruppen vorgestellt werden.

²⁵ S. Haffner, Bürgerinitiativen – Sinn und Unsinn, in: Bürger initiativ. Stuttgart 1974, S. 11.

Ich will aber auch keinen Zweifel daran lassen, daß ich es für die Pflicht des Rates und der einzelnen Mandatsträger halte, jede Bürgerinitiative anzuhören, ihre Anliegen zu prüfen, die Verwaltung nach Problemlösungen suchen zu lassen, ihre Argumente bei anstehenden Entscheidungen zu bedenken – im Ablehnungsfall ihre Entscheidungsgründe darzulegen. »Ob das Verhältnis zwischen Verwaltung und Bürgerinitiativen konstruktiv verläuft und letzten Endes die für das Gemeinwohl beste Lösung gefunden wird, wird mit davon abhängen, ob sowohl Verwaltung als auch Bürgerinitiativen gesprächs- und kooperationsbereit sind«²⁶ und ob der Rat in aller Öffentlichkeit den Willen zum Dialog sichtbar macht.

Im Hinblick auf die Bürgerinitiativen im Stadtteil, bei der Stadtteilplanung halte ich folgende Punkte für diskussionswürdige Aufgaben der Gemeinden:

1. Grundsatzentscheidung »Bürgernahe Planung und Verwaltung« und Umsetzung durch innerbetriebliche Anordnung, Mitarbeitermotivierung und -Schulung, Ausgestaltung der »Vorsprache« – Dienststellen, Informationspolitik usw.²⁷
2. Entwicklung und Realisierung eines Grundkonzepts »Bürgerbeteiligung« für alle Planungsmaßnahmen (Stadtentwicklung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung, Sanierung, infrastrukturelle Einzelprojekte) als flexibles Standardverfahren mit erkennbaren Möglichkeiten für die Mitwirkung von Bürgerinitiativen.
3. Delegation von Entscheidungskompetenz an die stadtteilorientierten Mitarbeiter, fachliches Training der Mitarbeiter aller relevanten Ämter (StPl, Sozial-, Jugendamt; Grünflächenamt, Amt für Wohnungswesen usw.) durch Seminare DIFU, Institute für Städtebau der Akademie usw.), Literatur, Erfahrungsaustausch.
4. Dialogfähigkeit und Lernbereitschaft bei Ratsmitgliedern und Leitenden der Verwaltung (auch abends, auch in der Kneipe, auch mit ruppigem Jungvolk) mit Ehrlichkeit und Verlässlichkeit.
5. Bereitstellung qualifizierter Berater, Betreuer, Gutachter.
6. Im Bedarfsfall finanzielle Mittel für Gemeinwesenarbeit im Stadtteil und zur Unterstützung von stadtteilbezogenen Bürgerinitiativen.
7. Förderung – auf Wunsch – des Erfahrungsaustausches von Bürgerinitiativen durch Bildung örtlicher Arbeitsgemeinschaften, gemeinsame Zeitschrift, Kontakt«kiste« mit Anschriften, Literatur, Büromittel usw.

»Mehr Demokratie bei der Planung« heißt auch: Umverteilung von Macht, von Einfluß auf die Interessendurchsetzung – das bedeutet für die durch Gesetz oder Übung bereits daran Beteiligten zunächst das Infragestellen der eigenen Positionen und die (Teil)Hergabe eigener Privilegien. Gut eingespielte Verfahren, in denen die jeweilig Mitwirkenden ihre Stellung und die der anderen, d. h. das Gewicht des Einflusses auf bindende Entscheidungen

²⁶ Bürgerinitiativen (s. A 4), S. 293.

²⁷ vgl. z. B.: Beitrag zur Bürgerfreundlichkeit in der Verwaltung. Bericht der Kommission »Bürger-nähe in der Verwaltung«. Hamburg 1980.

gen weitgehend verlässlich kennen, werden notwendigerweise modifiziert und u. U. außer Kraft gesetzt. Beides erzeugt Unsicherheit und im Gegenzug Beharrungs- und Behauptungsreaktionen: Partizipationsabsichten werden abgeblockt oder durch formale Scheinverfahren faktisch unschädlich gemacht.

Wenn Bürgerinitiativen – um noch einmal Sebastian Haffner zu zitieren – »so massenhaft und so leidenschaftlich auftreten wie in der Bundesrepublik in den letzten Jahren, werden sie einfach ein Machtfaktor, den nur technokratischer Übermut mißachtet. Gegen jede einzelne Bürgerinitiative mögen sich überlegene Argumente ins Feld führen lassen. In ihrer Gesamtheit sind sie selbst ein überlegenes Argument – unwiderlegbar, einfach weil sie etwas anzeigen, wogegen nicht anzukommen ist, nämlich Grenzen der menschlichen Anpassungsfähigkeit.«²⁸

Ich bin Optimist. Auch wenn ein Rückblick auf 15 Jahre Bürgerinitiative-Bewegung, auf Bürgerbeteiligung und Demokratisierung nur erst bescheidene Erfolge erkennen läßt, so hoffe ich dennoch, daß unser demokratisches System und wir selbst lernfähig sind, daß uns als Gesellschaft auch im lokalem Raum die »Anpassung« an die neuen Herausforderungen zum Ende des 20. Jahrhunderts gelingen wird, daß dabei aus der Planung für den Bürger immer mehr die Planung mit dem Bürger wird. Bürgerinitiativen im Stadtteil werden sich in Zukunft noch verstärkt als wertvolles Potential der Kommunalpolitik erweisen.

²⁸ Haffner (s. A 25), S. 16.

Ich denke, es ist offensichtlich, daß es von allen italienischen Städten Urbino ist, die menschlichste und in sich geschlossenste, und von allen italienischen Architekten Francesco di Giorgio Martini, der am meisten vom Humanismus geprägte, der praktischste, phantasievollste, die beide zusammen DeCarlo jene Art von Unterstützung gegeben haben, ohne die, wie ich glaube, kein Architekt auskommt, wenn er etwas schaffen soll, das auch der Zukunft angehört.

Aldo van Eyck, Zodiac (1966)

Clemens Geißler

Siedlungsstruktur und Daseinsvorsorge in Stadt und Land

Vorbemerkung und These

- I. Sozialer Wandel im Spannungsfeld von Stadt und Land
 1. Strukturmerkmale des sozialen Wandels
 - Familien und Alleinstehende
 - Junge und Alte
 - Deutsche und Ausländer
 2. Wer trägt die Folgen?
- II. Die Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse ist Daseinsvorsorge
 1. Bedürfnisstruktur
 2. Familie und Wohnung als Schlüssel zur Daseinsvorsorge
 3. Vielfalt des Daseins fördert Identität
- III. Familienorientierung der Wohnungs- und Siedlungspolitik ist Humanisierung der Stadtentwicklung
 1. Überlegenheit der Niedrigbauweise
 2. Geschoßwohnungsbestand als Herausforderung
 3. Baulandbedarf
 4. Siedlungskonzepte
 5. Kosten
 6. Selbst und gemeinsam handeln
 7. Entzerrung von Wohnungs- und Eigentumspolitik
 8. Bedürfnisgerechte und nutznahe Infrastruktur

Schlußbemerkung

Vorbemerkung

Die Lebenssituation der Familien mit Kindern ist ein Schlüsselproblem der Daseinsvorsorge. Junge Familien mit kleinen Kindern leben in der Phase, in der sie berufliche Basis schaffen, Zeit für Kinder einsetzen, Geld in den Haushalt investieren und mit dem vergleichsweise niedrigsten Einkommen auskommen. Sie haben keine Zeit, eine Bürgerbewegung zu organisieren. Sie gehen auch nicht auf die Straße. Sie schaffen aber mit der Weitergabe des Lebens und der Sorge für die nachwachsende Generation entscheidende Voraussetzungen für die Zukunft der Stadt. Dennoch haben sie keine Lobby. Deshalb und

wegen der gebotenen zeitlichen Beschränkung werde ich meine Überlegungen auf die familiengerechte Stadtentwicklung zuspitzen, ausschnitthaft und holzschnittartig.

Ich beginne mit folgender These: Die zentrale Bevölkerungsgruppe, die unter Wohnungsnot leidet und wirklich der Hilfe bedarf, ist die der jungen Familien mit kleinen Kindern. Deren Wohnbedürfnisse sind derzeit besonders in den Ballungsgebieten und Großstädten nicht erfüllbar. Der Bau von kleinen gestapelten Geschoßwohnungen in Ballungsgebieten, in denen Kinderlose und Alleinstehende überwiegend leben, wäre ein kurzsichtiger Beitrag zur Verringerung der Zukunftschancen der Großstädte.

Die Wohnbedürfnisse von Familien mit Kindern sind in den Städten und Dörfern des ländlichen Raums und in den Stadt-Land-Übergangszonen erheblich besser zu erfüllen als in den Kernen der Ballungsgebiete. Wohnungsbau für Familien mit Kindern im ländlichen Raum und in den Stadt-Land-Übergangszonen, in denen Familien mit Kindern überwiegend leben, wäre ein weitsichtiger Beitrag zur Verbesserung der Zukunftschancen dieser Gebiete. Die Zukunft des ländlichen Raums ist aber auch die Zukunft der Großstadt. Und umgekehrt.

Für eine an der Lebensqualität orientierte Daseinsvorsorge in Stadt und Land gibt es keinen besseren aussagekräftigen sozialen und siedlungsstrukturellen Indikator als den folgenden: Erfülltes und behagliches Leben für jeden einzelnen und für die Gemeinschaft wird es nur dann geben, wenn Familien mit kleinen Kindern freiwillig, gern und zufrieden am Ort leben. Erst wenn dies auch in der Großstadt möglich ist, hat auch sie eine Chance zur Erneuerung ihrer eigenen Lebenskräfte. Hierauf ist sie mehr und mehr angewiesen, denn die örtlich nachwachsende Generation erhält bei allgemein niedrigen Geburtenzahlen gegenüber den Zuwanderungen eine zunehmende Bedeutung für die Stadtentwicklung. Diese These werde ich in drei Schritten näher beleuchten:

1. Der soziale Wandel kennzeichnet das Spannungsfeld zwischen Stadt und Land.
2. Daseinsvorsorge ist die Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse.
3. Familienorientierte Wohnungs- und Siedlungspolitik ist zukunftsorientierte Stadtentwicklung.

1. Sozialer Wandel im Spannungsfeld von Stadt und Land

Das zwischen Land und Stadt bestehende Spannungsfeld wurde anlässlich der letzten Hauptversammlung des Deutschen Städtetages wieder deutlich. Dort hieß es, die Gleichartigkeitspolitik gehe zu Lasten der Städte. Offensichtlich bringen die Folgen des sozialen Wandels und leere Kassen die Pole dieses Spannungsfeldes in Bewegung.

1.1. Strukturmerkmale des sozialen Wandels

Ich greife drei Merkmale des sozialen Wandels heraus: die Haushalts- und Familienstruktur, die Altersstruktur, die Nationalitätsstruktur.

1.1.1 Familien und Alleinstehende

Obwohl die Zahlen der Eheschließungen drastisch zurückgegangen sind, blieb die Ehe der entscheidende Träger der Weitergabe des Lebens. 93% der Geburten sind eheliche Geburten. Aber nur noch 10% bis 15% der Ehen bekommen drei und mehr Kinder. 1900 waren es 62%. Der Anteil der Ein-Kind-Ehen erreicht inzwischen 30% bis 35%. 1900 betrug der Anteil 12%. Auch die neuesten Untersuchungen für das Bundesgebiet zeigen sehr große regionale Unterschiede der Kinderzahl in den Familien. Es besteht nach wie vor ein beträchtliches Land-Stadt-Gefälle der Geburtenhäufigkeit. Es bleibt bei besonders hohen Werten für kleinere Gemeinden und geringer besiedelten Regionen und bei besonders niedrigen Werten für die größeren Städte und verdichteten Regionen. München hat den niedrigsten Wert. Dort werden von der deutschen Bevölkerung nur gut ein Drittel der Kinder geboren, die zum Erhalt der Stadtbevölkerung erforderlich wären. Es folgen Berlin, Hamburg, Frankfurt. Das Gebiet Münsterland, Emsland, Ostfriesland hat den höchsten Wert. Dort würde sich die Bevölkerungszahl wegen der Geburtenentwicklung nicht nennenswert verringern. Es verringern sich die politischen Gewichte zugunsten der Städte und Dörfer im ländlichen Raum. Dies zeigt der Neuzuschnitt der Landtags- und Bundestags-Wahlkreise. Der zusätzliche Bundestagswahlkreis für Niedersachsen entfiel auf das Emsland.

Familien mit mehreren Kindern leben in Großstädten immer stärker vereinzelt. Schon 1970 lebten in Hannover nur in jeder 25. Familie fünf oder mehr Personen, im Emsland dagegen in jeder 4. Familie. Auch der Anteil von alleinstehenden jüngeren Leuten und kinderlos verheirateten Paaren ist in Großstädten erheblich höher als in den Städten und Dörfern des ländlichen Raums. Hinzu kommt, daß sich Ehen in zunehmendem Maß nicht mehr als dauerhafte Sozialbindungen erweisen. Das zeigen die Scheidungszahlen und der Verzicht auf Wiederverheiratung. Es kann daher nicht überraschen, daß die Zahl der Einpersonen-Haushalte schon 7,5 Millionen beträgt. Gegenüber 1960 ist bald eine Verdoppelung erreicht. 7 Millionen Haushalte zählen zwei erwachsene Personen. Nur in 9 Millionen Haushalten leben Kinder.

Einsamkeit und Alleinsein – anders gesagt: Abbau von Gemeinschaft – in diesem Umfang werden Spuren zeichnen im Lebensstil, im Sozialklima, in der Politik. Es drängt sich die Frage auf, ob das Schulfach Sozial- oder Gemeinschaftskunde auf einer Einsamkeitskunde aufbauen müßte, wenn man den Folgen der drastischen Ausdehnung des Alleinseins entgegenwirken will. Ich will das bisher Vorgetragene in einem Beispiel zuspitzen: Aufgrund der vielen Ein-Kind-Ehen wächst besonders in Großstädten die Wahrscheinlichkeit, daß eine Frau als Einzelkind einen Mann heiratet, der auch keine Geschwister hat. Wenn in dieser Ehe nur ein Kind geboren wird, hat es keine Tante und keinen Onkel, keine Schwester und keinen Bruder, keine Cousine und keinen Cousin, keine Nichte und keinen Neffen, keine Schwägerin und keinen Schwager. Wenn Eltern und Großeltern gestorben sind, hat es gar keine Verwandten mehr. Wer tritt an die Stelle der Verwandtschaft: Freunde oder Einsamkeit?

1.1.2 Junge und Alte

Im Jahrhundert des Kindes verstärkt sich das zahlenmäßige Gewicht der Erwachsenen. Im Jahr 1900 kamen auf ein Kind zwei Erwachsene. Demnächst leben neben jedem Kind sechs Erwachsene. Das ist ein Spiegel des Geburtenrückgangs und der Zunahme der Lebensdauer. Innerhalb der Erwachsenen verschieben sich dann mit der Zeit stark die Gewichte zugunsten der Alten. Bei den Alten überwiegen schließlich die Frauen.

Wie wird die Politik zugunsten der nachwachsenden Generation aussehen, wenn kühle Wahlstrategen an die Stelle der Jungwähler die Altwähler setzen? Wer die Zukunft im Auge hat, wird beachten, daß sie nur durch die Solidarität von drei Generationen gesichert werden kann. Wer auf die nächsten Wahlen schießt, hat die zwei Generationen der Wahlberechtigten im Auge, nämlich die Erwerbsfähigen und die Rentner. Daseinsvorsorge für die Zukunft muß im Interesse aller gerichtet sein auf das Dasein der noch nicht Wahlberechtigten und damit auf die Lebensverhältnisse der Familien mit Kindern. Bei der deutschen Bevölkerung ist der Anteil alter Menschen in Großstädten und Verdichtungsgebieten erheblich höher als in den ländlichen Gebieten. Er steigt, da die Zuwanderung junger Leute vom Land weitgehend aufgehört hat. Dies wird durch Zuwanderung von Ausländern zum Teil verdeckt, in Hochschulstädten auch durch Studenten.

Wie ist es sozialpolitisch und kommunalpolitisch zu sehen, wenn in bestimmten Vierteln mehr und mehr Alte oder nur Ausländer unter sich sind? Werden die Alten eines Tages die Nachbarschaft von Familien suchen? Auch die Familien mit Kindern brauchen die menschliche Nähe der Alten. An der Betreuung von Kleinstkindern wirken in einer Stadt des ländlichen Raums bei 2/3 der jungen Familien die Großeltern mit. In einer großstädtischen Randgemeinde mit verdichteten neuen Geschoßwohnungen aber nur bei 1/3 der Familien.

Und die Jugend? Jugendkultur ist überwiegend als großstädtische Jugendkultur im Blickfeld. Nicht nur die Medienlandschaft, auch die Politik ist in Gefahr, einer Maßstabsverzerrung auf den Leim zu gehen. In Niedersachsen leben 2/3 der nachwachsenden Generation in den dünner besiedelten Landkreisen, nur 1/3 in den dichter besiedelten Kreisen und in den kreisfreien Städten, und noch weniger in den großen Städten. Es scheint besonders auf die Anerkennung der Andersartigkeit des Lebensstils und der Lebensentwürfe großer Teile der Jugend in Stadt und Land anzukommen, wobei emotionale Verlassenheit als unbeabsichtigte Folge des Strebens nach Autonomie im großstädtischen Milieu stärker die Lebenswirklichkeit bestimmt als im ländlichen und damit auch die Isolierung von den Älteren stärker ist.

1.1.3 Deutsche und Ausländer

Im vergangenen Jahr beobachteten wir in der Bundesrepublik eine Bevölkerungszunahme, die allein auf der Familienzusammenführung bei den Gastarbeitern, auf der Umsiedlung von Deutschen aus dem Osten und auf dem Zustrom von Flüchtlingen und Asylsuchenden beruht. Wir werden damit rechnen müssen, daß die Zahl der Ausländer von derzeit 4,6

Millionen alsbald auf 5 Millionen und dann noch weiter ansteigt. Allein 1980 betrug der Zuzugsüberschuß mehr als 240 000 Ausländer. Die Zahl der Deutschen wird bis zum Jahr 2000 von jetzt 57 Millionen um 4 bis 5 Millionen abnehmen. Modellrechnungen haben ergeben, daß der Anteil der Ausländer in verdichteten Regionen bei den 20jährigen bis auf 40% ansteigen könnte. In Frankfurt sind bereits 40% aller Schulanfänger dieses Jahres ausländische Kinder. Das ist Wirklichkeit, nicht Modellrechnung. Der Beitrag der Ausländer zur Verringerung des hohen Geburtendefizits der deutschen Bevölkerung verliert an Bedeutung, weil sich die Kinderzahl je Ehe auch bei ihnen verringert. Dieser Anpassungsprozeß vollzieht sich in einer sozialen Umgebung, in der sich die Deutschen auf wenig oder keine Kinder eingestellt haben.

Ausländer trafen auf den Prozeß der Abwanderung der Deutschen aus Wohnungen und Stadtteilen, deren Wohneignung zu gering war. Wo vorher wenig Kinder wohnten, leben jetzt viele Kinder. Sie haben überwiegend nicht nur mit ungeeigneten, sondern auch mit zu kleinen Wohnungen, und dazu noch mit ungenügender wohnungsnaher Infrastruktur, besonders bei den Schulverhältnissen, zu leben. Man rief Arbeitskräfte und rechnete nicht mit Familien und Kindern, weder bei der ersten Generation noch bei der zweiten und den folgenden. Wer diese Probleme gering schätzt, hat noch niemals mit einem Deutschen gesprochen, der in einem Ausländerwohnviertel lebt. Wer undifferenziert Integration fordert, hat noch niemals mit einem Gastarbeiter gesprochen, der nicht integrationswillig ist.

1.2 Wer trägt die Folgen?

Die Zahlen des Bevölkerungsrückgangs allein bringen noch keine unlösbaren Probleme. Drängende Fragen treten dann schärfer hervor, wenn man die wichtigen Strukturveränderungen nach Art und Ausmaß vor Augen hat. Nicht wenige verschließen aber die Augen. Sie fragen nicht nach Ursachen und sind auch nicht auf Handeln eingestellt.

Es wurde oft behauptet, daß die ländlichen Gebiete eher die Folgen der Bevölkerungsentwicklung zu tragen haben werden als die großstädtischen Gebiete. Das wurde so begründet: In Ballungsgebieten werden Wohnungen in genügender Zahl verfügbar, anspruchsvollere und zukunftssichere Arbeitsplätze werden in genügender Zahl angeboten, die jüngere Landbevölkerung findet ihrer gestiegenen Qualifikation entsprechende Arbeitsplätze nur in den Großstädten, die Abwanderung entleert den ländlichen Raum, dies bewirkt eine weitere Verschlechterung der Infrastrukturauslastung und zwingt zu Leistungseinschränkungen. Mit weiterer Landflucht sei zu rechnen.

Diese Prognose des Wirkungsverlaufs hat eine geringe Eintreffwahrscheinlichkeit. In ihr wird der ländliche Raum aus einer Perspektive seiner Beziehung zur Großstadt gesehen, die an der Zeit der Bevölkerungszunahme orientiert ist. Nunmehr entfallen aber Bevölkerungswachstum und Zuwanderung vom Land als Antriebskräfte der Vergrößerung. Die Wohnverhältnisse in den Ballungsgebieten werden generell überbewertet, ebenso die

Arbeitsmarktverhältnisse in einem erheblichen Umfang. Die Anpassungsfähigkeit der Infrastruktur wird unterschätzt.

Dem steht eine andere mögliche Wirkungskette gegenüber. Sie geht davon aus, daß neben Wohnung, Arbeit und Infrastruktur andere Daseinsbedingungen zunehmendes Gewicht erhalten haben: Soziale Eingebundenheit und räumliche Vertrautheit wirken der Anonymität entgegen. Die Zuordnung von Wohnung und Freiraum ermöglicht Nähe zu natürlichen Lebensvorgängen. Die Verfügungsgewalt über die eigene Wohnung ermöglicht ihre Anpassung an den Nutzungswandel im Lebenszyklus. Von einer Überschaubarkeit sozialer und organisatorischer Systeme wird verstärkte Teilhabe an Entscheidungsvorgängen erwartet. Die Wohnung und Wohnumwelt soll der Eigeninitiative und der Selbst- und Gemeinschaftshilfe zugänglich sein. Der Schutz vor vermeidbarer Umweltbelastung und Gefährdung wird von den Siedlungsformen ebenso erwartet wie kind- und familiengerechtes Wohnen.

Die Erfüllung derartiger Anforderungen und Erwartungen wird derzeit außerhalb der Ballungskerngebiete eher für möglich gehalten. Für eine auch im ländlichen Raum beinahe halbierte Nachwuchsgeneration wird es dort selbst genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätze geben. Die guten Wohnverhältnisse werden Wegbelastungen kompensieren, zumal sich die verkehrsbedingte Erreichbarkeit von Wohnungen und Arbeitsstätten ständig verbessert. Die wohnungsbezogene Infrastruktur wird für Kinder erreichbar, ohne vermehrte Taxifahrten der Mütter. Es sei eher mit einer Stadtflucht, auch von Arbeitsstätten, zumindest aber mit einem Bleiben der Familien mit Kindern im ländlichen Raum zu rechnen. Somit würden die Großstädte die Folgen der Bevölkerungsentwicklung mindestens in dem Maß zu tragen haben, das sich aus ihrer geringen Geburtenrate ergibt.

Eine Modellrechnung zeigt, daß 80% des Bevölkerungsrückgangs auf die Städte mit mehr als 50 000 Einwohner entfallen, in denen aber nur 40% der Bevölkerung leben. Die Wahrscheinlichkeit des tendenziellen Eintreffens derartiger Wirkungsverläufe ist verhältnismäßig hoch anzusetzen. Sie gründet sich darauf, daß die Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse in wachsendem Maß ein Entscheidungskriterium des einzelnen wird und auch regionalpolitisch zu Buche schlägt.

II. Die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse ist Daseinsvorsorge

Ich will im zweiten Teil meines Berichtes nun keinen Beitrag zur systematischen Bedürfnisbeschreibung leisten, sondern einige anthropologisch plausible Anregungen weitergeben.

II.1 Bedürfnisstruktur

Bedürfnis ist der Ausdruck für das, was der Mensch für seine Erhaltung braucht und was er sich zu seiner Entfaltung leistet.

II.1.1 Erhaltungsbedürfnisse

Erhaltungsbedürfnisse haben eine vitale Bedeutung für das menschliche Dasein:

1. Essen und Trinken, Atmen und Schlafen sind fundamentale physiologische Bedürfnisse. Lärm und schlechte Luft sind die am häufigsten genannten Gründe für die Abwanderung.
2. Behausung, Kleidung und Verteidigung sind Schutzbedürfnisse. Wohnung muß als Behausung Sicherheit gewähren gegenüber natürlicher, technischer und sozialer Umwelt.
3. Ausbildung und Gesundheit sind zukunftsbezogene Vorsorgebedürfnisse.
4. Das Bedürfnis nach Zuwendung mit Liebe, Kontakt, Zugehörigkeit und Kommunikation ist Ausdruck der sozialen Dimension des menschlichen Wesens.
5. Beispiele für die Erfüllung des Bedürfnisses nach Aktivität als Information, Bewegung und Beschäftigung, sind der ungebrochene Zulauf zu den Sportvereinen oder die Wiederentdeckung des »Selbst- und Gemeinsam« tun. Die wohnungs- und siedlungsbedingte Inaktivität in Stockwerkswohnungen ist das Spiegelbild.
6. Das Bedürfnis nach individueller Zurückgezogenheit ist die Kehrseite der Kommunikation, beide bedingen einander. Dies zeigt jedes Zusammenleben von Menschen.
7. Das Bedürfnis nach naturbezogenem Leben ist nur durch Wohnungen erfüllbar, die einen direkten Zugang zum individuellen und öffentlichen Freiraum haben.
8. Das Bedürfnis nach Achtung, das sich in Ansehen und Anerkennung ausdrückt, setzt Toleranz voraus.

II.1.2 Entfaltungsbedürfnisse

Bei den Entfaltungsbedürfnissen geht es um alle im Menschen angelegten Möglichkeiten, um Selbstverwirklichung. Durch Selbstverwirklichung erweitert der Mensch seinen Handlungsspielraum, entweder auf Kosten oder zugunsten seiner Mitmenschen.

1. Auf Kosten anderer geht die Selbstverwirklichung, wenn man strebt, alles zu werden und zu tun, was man kann. Diesen Lebensstil kennen wir als Egoismus, als eine wesensfremde Betonung der Individualität des Menschen, als Rivalität untereinander. Zum Beispiel ist an den Zahlen der jährlichen Verkehrstopfer in der Bundesrepublik Deutschland abzulesen, welche Gefährdung des Lebens das gegenwärtige Verhalten der Verkehrsteilnehmer bewirkt. Auch manche Bürgerinitiativen, die egoistisch nur sich und die Gegenwart sehen, tragen zur Rivalität mehr bei als zur Solidarität.
2. Das Dasein in mitmenschliche Zuwendung münden zu lassen, ist Selbstverwirklichung zugunsten anderer. Dies ist die Lebensweise der Solidarität, der gleichrangigen Betonung des individuellen und sozialen Wesens des Menschen. Auf so ausgerichtete Ausprägungen der Entfaltungsbedürfnisse ist menschliches Dasein, ist freiheitliche und soziale Demokratie lebensnotwendig angewiesen: Stillen des

Säuglings nicht ohne Mutter, Erziehen nicht ohne Eltern, Ausbildung nicht ohne Lehrer, Verteidigung nicht ohne Soldaten, Behausung nicht ohne Bauleute. Demokratie nicht ohne uneigennützig am Gemeinwohl ausgerichtete Mandatsträger. Caritative Dienste und bürgerschaftliche Vereine nicht ohne ehrenamtliche Helfer.

II.2 Familie und Wohnung als Schlüssel zur Daseinsvorsorge

Zweierlei ist offenkundig: Familien leisten personale und soziale Daseinsvorsorge, Wohnungen sind dafür eine hochrangige materielle Voraussetzung.

II.2.1 Leistungen der Familie

Die Bedeutung und der Umfang der familiären Leistungen soll hier nur schlaglichtartig in fünf Sätzen gekennzeichnet werden:

- Die Weitergabe des Lebens durch Eltern ist nicht nur bedeutungsvoll für ihre menschliche Erfüllung, sondern sie ist auch von existenzieller Bedeutung für alle, auch die Kinderlosen, etwa im Blick auf deren Altersversorgung,
- indem Eltern Kinder in Obhut nehmen und in selbstverantwortete Freiheit führen, leisten Familien die Persönlichkeitsformung der nachwachsenden Generation,
- durch Sorge für die alternde Generation bewahrt der Familienverband im Wechselspiel von Nähe und Distanz die Alten vor Isolierung und emotionaler Verarmung,
- Familie ermöglicht die Regeneration ihrer Mitglieder durch Erhaltung der Gesundheit und durch Erholung von Belastungen, die außerhalb der Familie entstehen,
- die Familie schafft dem einzelnen die menschliche und mit der Wohnung auch die räumliche Vertrautheit, die das Leben in gesellschaftlicher Vielfalt braucht.

Würden die dauerhaften Leistungen für Kinder, Kranke, Behinderte, Alte nicht in Familien erbracht, dann müßten sie als öffentliche Wohlfahrtsleistungen erbracht werden. Dies ist aber für die Gesamtheit der Bedürftigen weder sozialetisch zu vertreten noch politisch gewollt; es ist nicht zu finanzieren; es ist menschlich weder zu leisten noch zu ertragen. Nur in Fällen der Not und der Schwäche sind familiäre Leistungen durch andere Einrichtungen ersetzbar; Familie können sie nicht ersetzen. Natürlich unterliegt auch die Familie an sich dem Prozeß des Wandels. Das entscheidende Problem ist nicht, daß dies alles so ist, sondern daß die Leistungen sowohl innerhalb der einzelnen Familien als auch in der Öffentlichkeit vielfach nicht als solche anerkannt werden. Dies liegt weithin an Unverständnis und Gedankenlosigkeit der männlichen Welt, die als Ehemänner und Väter zum Beispiel die Frauen und Mütter in der Erziehung allein lassen.

II.2.2 Wohnverhältnisse als Kennzeichen der Lebenslage

Familien können ihre Leistungen nur dann erbringen, wenn ihre Lebenslage das zuläßt. Die Lebenslage wird bestimmt durch

- das Familieneinkommen, je Kopf gerechnet;

- die Zeit, die die Familienmitglieder füreinander einsetzen, die kostbarste und wirkungsvollste Zuwendung ist Zeit-Haben;
- das Wissen über Partnerschaft und Familiendynamik, Erziehung und Pflege, Haushaltsführung;
- verlässliche institutionelle Sicherheit von Ehe und Familie;
- die Wohnverhältnisse.

Alle fünf Merkmale zeigen in vielen Fällen eingeschränkte Leistungsfähigkeit der Familien. Dies wird oft fälschlicherweise als Schwäche dem gegenwärtig vorherrschenden Familientyp angelastet, statt den politischen Versäumnissen bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen, unter denen Familien ihre Leistungen zu erbringen haben. Wohnung und Siedlung erfüllen für jeden Menschen das menschliche Grundbedürfnis Behausung im elementaren Sinn. Darüber hinaus schaffen sie entscheidende Rahmenbedingungen für die Erfüllung aller anderen Bedürfnisse. So zeigen komplexe statistische Analysen, daß die Wohnform des Ein- und Zweifamilienhauses den weitaus größten Zusammenhang mit der endgültigen Kinderzahl hat. Diese Wohnform kann Ursache und auch Folge der Kinderzahl sein. Kommunalpolitik, die auf familiengerechtes Wohnen zielt, hat also einen integrativen Schlüsselbereich der Daseinsvorsorge und der Lebensqualität im Visier.

II.3 Vielfalt des Daseins fördert Identität

Die Diskussion über die Daseinsvorsorge als Investition in die Zukunft steht aber – wenn sie überhaupt geführt wird – im Schatten des gegenwärtigen Lebensgenusses: Nach mir die Sintflut. Die Gesellschaft, der Staat, die Gemeinden, der einzelne ist diesem Stil aber nicht ohnmächtig ausgeliefert. Selbstverständlich ist es denkbar, daß die Deutschen durch Verzicht auf die Weitergabe des Lebens ihre Zahl halbieren, daß sie Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen, daß sie für Familien ungeeignete Wohnungen bauen, daß gut gebaute Wohnungen an Kinderlose eher vergeben werden als an Familien, daß sie weitere Millionen Menschen aus völlig fremden Religions- und Kulturkreisen kommen lassen, daß sie soziale Infrastruktur konzentrieren, zum Beispiel Krankenhäuser und Altenheime, und dann in der selbstgeschaffenen schlechten Erreichbarkeit einen Grund für das Alleinlassen der Kranken und Sterbenden haben, daß sie weder Zeit noch Platz für Kinder haben.

Es darf aber nicht sein, daß wir in derartige Situationen gleichsam hineinschliddern. Wir müssen hierüber miteinander reden und uns bewußt für oder gegen derartige Entwicklungen in Kenntnis der Folgewirkungen entscheiden. Es werden nicht alle überall gleichartig entscheiden. Dadurch ergibt sich eine verstärkte regionale und soziale Vielfalt der Lebensverhältnisse und des Lebensstils.

Diese Vielfalt kann die Identität fördern, in der Stadt und auf dem Land. Die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Stadt und Land sowie das Gefälle des Einkommens und der Teilhabe an Bildung und Kultur führten den ländlichen Raum in eine Abhängigkeit von den Kräften der Stadt. Die Identität baute sich ab. Jetzt breitet sich die Erkenntnis aus, daß

auch Großstädten ihre kulturelle und soziale Identität verloren geht. Sie beginnen dies wahrzunehmen und fühlen sich bedrängt durch die Politik, die auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ausgerichtet ist. Es ist aber nichts anderes im Gang als eine Zuspitzung auf den Punkt, an dem einer kommunalen Besinnung auf menschliche Grundbedürfnisse nicht mehr durch Ausweichen auf Wachstumsbewältigung oder Wahlgefälligkeiten oder Finanzmanipulationen ausgewichen werden kann. Dabei befinden sich die Großstädte nicht in einer einheitlichen Lage. Ich will nur auf die Montanregion Ruhr und Saar im Vergleich zu den Regionen München und Stuttgart verweisen.

Schließlich werden in den Städten mit Ausländerkonzentrationen die Auseinandersetzungen um die Teilhabe der Ausländer an Politik, Einkommen und Bildung sowie um die Wahrung ihrer kulturellen und religiösen Eigenarten zunehmen. Wer dabei meint, die Probleme mittels Bildungspolitik für die Kinder lösen zu können, ohne das Wohnungsproblem der ausländischen Familien grundlegend anfassen zu müssen, wird sich vergeblich bemühen. Der ländliche Raum darf dabei die Großstädte nicht allein lassen, da in ihm bereits 40% der jugendlichen Ausländer leben.

Parallel zur Verunsicherung und beginnenden Neubesinnung in den Großstädten entdeckt der ländliche Raum zunehmend selbstbewußt wieder seine eigenen Werte. Die Rückbesinnung auf die eigenen Traditionen und auf die besonderen Möglichkeiten der Bedürfniserfüllung verbinden sich mit dem Erkennen des eigenen Gestaltungsvermögens und des Wertes der Andersartigkeit. Überall in Europa erhebt sich die Forderung nach Regionalisierung und Dezentralisierung. Auch wir werden uns an Vielfalt zu gewöhnen haben, in Kultur, Sprache und Religion, im individuellen und sozialen Lebensstil, in Tradition und Veränderung, im Nebeneinander der Segregation und im Miteinander der Integration. Unsere Kultur und unser Lebensstil werden mehr und mehr zugleich von Kräften der Stadt und des Landes geprägt. Hieran müssen sich die Städte erst gewöhnen.

Politik – und Planung als ihr Instrument – müssen die Vielfalt pflegen. Sie können den Kräften vor Ort Mut machen, das eigene Gepräge ihrer Region, ihrer Stadt, ihres Dorfes, ihres Stadtteils, ihrer Nachbarschaft, ihrer Wohnung zu finden. Wer an der Vielfalt ansetzt, kann aber nicht weiter mit Richtwerten für Schulen, Sportanlagen, Bibliotheken, Kinderzimmer, Straßenanlagen arbeiten, sondern er muß mit Fantasie die Besonderheiten ausformen sowie Eigeninitiative und Eigenverantwortung, auch Bescheidenheit, zulassen. Dies erst ist Regionalität, dies erst bringt Identität, nicht die Gleichmacherei. Ungleichheit geht aber nicht zwangsläufig zu Lasten des ländlichen Raums, sie kann genauso zu Lasten der Großstadt gehen. Mal so, mal anders. Vom Wettbewerb um Humanisierung der Siedlungen profitiert der Gesamtstaat. Es stimmt nicht, daß er dadurch belastet wird. Wir alle profitieren nämlich.

III. Familiengerechte Wohnungs- und Siedlungspolitik ist Stadtentwicklung

In der vergangenen Woche erhielt ich von einer Mutter einen Brief, mit dem sie im Rahmen eines Forschungsprojekts einen Erhebungsbogen zurückschickte. Auf dem Hintergrund einer mißlichen Lebenslage endet der Brief so: »Man sollte sich wirklich erst ein kinderfreundliches Bundesland und eine kinderfreundliche Stadt aussuchen und dann eine Familie gründen«. Im letzten Teil trage ich Ihnen acht bausteinmäßige Hinweise auf eine familiengerechte Siedlungsstruktur vor.

III.1 Überlegenheit der Niedrigbauweise

Im Vergleich zwischen gestapelten Geschoßwohnungen und direkt freiraumbezogenen Wohnungen in der Niedrigbauweise (etwa ein- bis dreigeschossig) zeigt sich beim Blick auf die Bedürfnisse der Familien mit kleinen Kindern die Überlegenheit des Wohnens im Ein- und Zweifamilienhaus. Diese Hausform bietet eine Reihe von Vorteilen, die alle kennen. Sie sind im Durchschnitt größer als Geschoßwohnungen, unterstützen die Entwicklung sozialer Verhaltensweisen, bieten Möglichkeiten unterschiedlicher Aktivitäten, verringern nachbarschaftliche Störanfälligkeit, geben Bewegungsfreiheit und verringern disziplinierende Verhaltenskontrollen, besonders bei Kindern, ermöglichen die unmittelbare Zuordnung von Freiraum und Wohnung, tragen mit den Gärten zum ökologischen Ausgleich bei, verringern die Anfälligkeit für Krankheiten, verbessern das psychosoziale Wohlbefinden und verringern auffälliges Verhalten, ermöglichen Anpassung an die Nutzungsdynamik im Lebens- und Familienzyklus, ermöglichen Selbsthilfe, erleichtern das Zusammenleben von mehreren Generationen, unterstützen Geselligkeit und Hilfeleistung in der Nachbarschaft, kindgerechte Wohnungen sind außerdem auch behinderten-, alten- und krankengerecht.

Aus gesellschaftspolitischer Sicht spricht nichts gegen den Bau von familiengerechten Wohnungen in der Niedrigbauweise, sondern alles dafür. Architekten, Wohnungspolitiker und Wohnungswirtschaftler, ja Tonangebende überhaupt, wohnen meistens im eigenen Haus. Auch dies bestätigt die Überlegenheit dieser Wohnform. Ein sozialer und demokratischer Rechtsstaat, der zu den reichen Industrieländern gehört, muß durch seine Wohnungspolitik die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse erreichbar machen. Er braucht sich im Wohnungsbau nicht solcher Modelle zu bedienen, die im antiken Rom gebräuchlich wurden, als die Landflucht der Kleinbauern die proletarischen und profitablen Massenwohnungen entstehen ließ, oder solcher Modelle, die uns im Gefolge des Festungsbaus des Absolutismus die Mietskasernen bescherten, oder des Vorbildes des Massenmiethauses Berliner Prägung aus der Zeit der Industrialisierung.

Das London oder das Bremen der städtischen Familienhäuser wären dagegen brauchbare Vorbilder. Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen der Industrialisierungsepoche sind von der sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Entwicklung weggespült worden. Die gleichfalls inhumanen Wohnbedingungen des spekulativen Miethaustyps dieser Zeit

sind dagegen erhalten geblieben. Heutige Erscheinungsformen steigern oftmals die Inhumanität insbesondere dann, wenn sie sich der Stapeltechnik sowie komplexen Verkehrssystemen und Nutzungskombinationen bedienen. Die Humanisierung der Arbeitswelt erfaßt mit der Arbeitszeit nur 11% bis 14% der menschlichen Lebenszeit. Die durchgreifende Humanisierung der Wohnwelt würde mehr als 80% der Lebenszeit betreffen.

III.2 Geschoßwohnungsbestand als Herausforderung

Der Ruf nach neuen Geschoßwohnungen sollte im Blick auf Familien mit Kindern nicht gehört werden, auch nicht in den stark verdichteten Gebieten. Ihr Bau wäre ein weiterer Beitrag zur Mißachtung menschlicher Grundbedürfnisse. Für solcherart unsozialen Wohnungsbau darf in einer Demokratie nicht mehr öffentliches Geld ausgegeben werden. Dagegen sollte der Ruf nach familiengerechten Wohnungen verstärkt und gehört werden. Ihr Bau, in familiengerechten Hausformen, wäre, auch wenn sie noch so klein sind, eine zeitgemäße und zielgruppengerechte Antwort auf die Bedürfnisse derjenigen, die in Ehe und Familie die entscheidenden Beiträge zur gesellschaftlichen Daseinsvorsorge erbringen. Das erst ist sozialer Wohnungsbau.

Der große Bestand an Geschoßwohnungen in der Bundesrepublik Deutschland ist eine städtebaupolitische und familienpolitische Herausforderung. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft haben wir den höchsten Anteil dieser Wohnform. Ein Teil dieses Baubestandes ist erhaltenswert, ein anderer nicht. Die Zahl der nicht modernisierungswürdigen Wohnungen wird auf drei bis fünf Millionen geschätzt. Die im Abriß dieser Bausubstanz liegende Chance der familiengerechten Stadterneuerung sollte genutzt werden. Insbesondere in verdichteten Altbauvierteln ist die Sicherung kind- und familiengerechter Wohnverhältnisse vielfach nur durch Verzicht auf die bisherige Geschoßbauweise zu erreichen. Dies erfordert drastisches Umdenken bei den Kommunen, Grundstückseigentümern und Denkmalpflegern, aber auch bei Investoren und Regierungen, nicht zuletzt bei den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen.

Diejenigen erhaltenswerten Gebäude, die durch Modernisierung und Zusammenlegen von Wohnungen familiengerechter werden können, sollten nicht an die Bedürfnisse von Alleinstehenden mit Hunden, sondern an die von Familien mit Kindern angepaßt werden. Mit öffentlichen Mitteln aber nur dann, wenn sie ruhig liegen, von der Sonne erreicht werden und Zugang zu wohnungsbezogenem Freiraum haben. Die hierin liegende Problematik füllt einen Vortrag für sich aus. Das wichtige Thema der Modernisierung des Wohnungsbestandes ist aus technischer Sicht schon bestens beackert. Ich verfolge es nicht weiter. Familiengerechte Erneuerung des erhaltenswerten Baubestandes darf aber nicht an der Wohnung halt machen, sie muß das Umfeld, die Siedlung einbeziehen, gegebenenfalls auch eine Verringerung der Dichte durchsetzen und weitere Verdichtung verhindern.

Die staatliche Förderung von Geschoßwohnungen für Familien mit Kindern sollte auf die Verbesserung des millionenfach Vorhandenen und Brauchbaren zielen. Geschoßwoh-

nungen sind ohnehin nur die zweitbeste Lösung. Die Finanzierung von neuen Geschoßwohnungen, in denen Familien mit Kindern wohnen sollten, wäre denjenigen zu überlassen, die ihr Geld langfristig falsch anlegen wollen. Das gilt uneingeschränkt auch für Eigentums-geschoßwohnungen, bei denen Familien mit mehreren Kindern nur Nachteile einkaufen. Das zeigen die hohen Preise und die überdurchschnittliche Belegung der vorhandenen Eigentumswohnungen mit Kinderlosen oder Ein-Kind-Familien. Für Alleinstehende und Kinderlose haben wir genug geeignete Wohnungen. Sie brauchen nicht mit öffentlichen Mitteln neu gebaut zu werden. Auch Studenten können ohne eine abgeschlossene neugebaute Kleinwohnung studieren.

Das verhältnismäßig geringe Volumen öffentlich geförderten Wohnungsbaus in Ballungsgebieten muß nach meiner Meinung zur Veränderung der Wohnungsstruktur eingesetzt werden, denn dies ist lebensnotwendig für die Städte. Dabei fällt der Kommunalpolitik über Bodenpolitik und Grundstückszuschnitt, über Bau- und Hausformen gemäß Bebauungsplan, über Erschließung und wohnungsbezogene Infrastruktur eine ausschlaggebende Schlüsselrolle zu.

III.3 Baulandbedarf

Ein- und Zweifamilienhäuser haben keinen so großen Baulandbedarf, daß deshalb der Geschoßwohnungsbau bevorzugt werden müßte. Je Hektar Bruttobauland sind 32 Ein- und Zweifamilienhäuser oder in achtgeschossiger Bauweise 35 gleichgroße Geschoßwohnungen möglich. Wird der Flächenbedarf für Kleingärten berücksichtigt, schrumpft der Unterschied noch weiter. Um den Preis von nur ein oder zwei Wohnungseinheiten je Hektar ist 32mal das familiengerechte Wohnen zu haben.

Kleinstmögliche Häuser auf kleinstmöglichen Grundstücken verringern nicht nur die Bau- und Betriebskosten, sondern auch den Pflegeaufwand. Lieber die Kinder beim Spielen streicheln, als den Rasen beim Mähen oder den Teppich beim Saugen. Auch im ländlichen Raum muß man nicht um sein Haus herumgehen können. Wer zusammenrückt hat es außerdem auch wärmer.

Gleichfalls falsche Vorstellungen bestehen über den Landbedarf bei einer entschiedenen Förderung des Baus von Ein- und Zweifamilienhäusern. Derzeit wohnen 4,3 Millionen Familien mit Kindern in Geschoßwohnungen zur Miete. (Ein Teil wird weiterhin aus verschiedenen Gründen Mieter bleiben). Dennoch nehmen wir rechnerisch an, daß für diese Familien insgesamt flächensparende Einfamilienhäuser zu schaffen seien. Der Bruttoflächenbedarf beträgt weniger als 1% der Gesamtfläche der Bundesrepublik, von der bisher rund 10% als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt werden. Natürlich unterscheiden sich die Verhältnisse in den Regionen sehr erheblich. Es kommt daher darauf an, daß jede Region ihr Potential, ihre Belastung und ihre Möglichkeiten überprüft sowie ihr Siedlungskonzept entwickelt. Dabei ist nicht Bebauung das Problem, sondern die Bestraßung. Auf $\frac{1}{3}$ unserer Straßenfläche könnten alle Familien ein Eigenheim bekommen.

III.4 Siedlungskonzepte

Gesichtslose Ortskerne, Zersiedelung und Siedlungsmonotonie sind nicht die Konsequenz familiengerechter Hausformen, sondern Ergebnis gedankenloser und fantasieloser Planung. Zwischen den eher ländlichen und den eher großstädtischen Gebieten bestehen große Unterschiede in den Wohnverhältnissen. Dies betrifft zum Beispiel den Anteil familiengerechter Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern. Im Westen des Landes Niedersachsen beträgt der Anteil über 70%, meist um 80%, im Süden des Landes unter 50%, in Hannover und Braunschweig unter 20%. Wieder ist zu sehen, daß Wohnungsneubau in Ballungsgebieten und Großstädten zu einer familiengerechten Verbesserung der Bestandsstruktur führen müßte.

Mein Institut hat für Frankfurt in Szenarien Auswirkungen von Bevölkerungsentwicklung und verschiedenen Haushalts- und Familienstrukturen auf den Wohnbaulandbedarf untersucht. Wollte man für alle in Frankfurt lebenden Paare zwischen 20 und 40 Jahren das Wohnen in familiengerechten Wohnungen mit drei Kindern ermöglichen, brauchte man im verdichteten Flachbau 500 ha Bauland. 460 ha Wohnsiedlungsfläche sind gemäß Raumordnungsplan allein schon in der Stadt Frankfurt verfügbar, 2500 ha im Bereich des Umlandverbandes. Selbst für ein so extremes Modell der Familienstruktur wären Wohnungen realisierbar. Allerdings fehlt es an rechtsgültigen Bebauungsplänen und verfügbaren Grundstücken.

Im ländlichen Raum ist nicht die Verfügbarkeit das entscheidende Problem, sondern das Fehlen von Siedlungskonzepten mit örtlichen und zeitlichen Schwerpunkten. Zur Zeit wird daran gearbeitet, in einer Mittelstadt die Wohnmöglichkeiten, die Wohnungsbestände, daraufhin zu untersuchen, für welche Haushalts- und Familienstruktur sie geeignet sind. Neubau und Sanierung können dann den Fehlbedarf gezielt abdecken. Schließlich hängt von der Zuordnung von Wohnungen und Arbeitsstätten und ihrer wechselseitigen Erreichbarkeit ab, wieviel Zeit Eltern im Verkehr verbringen statt bei den Kindern. Dies ist besonders einleuchtend bei teilzeitbeschäftigten Müttern.

III.5 Kosten

Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern sind billiger zu bauen als Geschoßwohnungen. Im Durchschnitt aller im Jahr 1979 in Niedersachsen geförderten Wohnungen betragen die Kosten des Bauwerks je cbm umbauten Raums bei Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern je nach Förderungsweg DM 270,- und DM 300,-, bei Eigenheimen dagegen nur DM 240,- und DM 230,-. In diesem Zusammenhang ist von großer Bedeutung, daß die Flächenanteile für Konstruktion und Erschließung (zum Beispiel Treppen, Flure) der Wohnungen bei achtgeschossigen Wohnbauten mit 28% doppelt so hoch sind wie im Niedrigbau.

Die Hauszeitschriften der Bausparkassen tragen in Millionenaufgaben eher zur Steigerung der Bausparsumme bei als zur Verringerung der Belastung der Bausparer. Badeszim-

merparadiese steigern in keiner Weise den familienbezogenen Wohnwert einer Wohnung, wohl aber die Baukosten. Zahlreiche DIN-Normen tragen zur Steigerung des Umsatzes bestimmter Wirtschaftszweige und der Baukosten eher bei als zur Verbesserung der kindbezogenen Wohnqualität. Auch die Normen und Kosten der Versorgungstechniker und Tiefbauer müssen so schonungslos unter die Lupe genommen werden wie die der Hochbauer. Tief- und Hochgaragen in Wohngebieten sind häufig Kennzeichen familienfeindlicher Wohnungs- und Erschließungskonzepte.

Kleinstmögliche Erschließungs- und Verkehrsflächen verringern nicht nur die Gesamtkosten, sondern auch die Störung aller und die Gefährdung der Kinder. Auch diejenige Bauleitplanung, die unabhängig von der Verfügbarkeit des Bodens betrieben wird, fördert preistreibende Spekulation. Die Kommunen brauchen Handlungsfreiheit, um den Familien attraktive Voraussetzungen für familiengerechtes Wohnen zu schaffen. Sie dürfen dann aber nicht selbst wuchern und Rathäuser mit Grundstücksgewinn finanzieren. Gemeinnützige oder kommunale Bodenvorrats- und Grundstücksbeschaffungsgesellschaften, auch Boden-Genossenschaften, sind geeignete Instrumente. Sie können preisdämpfend arbeiten, wenn der Grunderwerb der Bauleitplanung vorausgeht, auch bei der Stadterneuerung.

III.6 Selbst und Gemeinsam

Es ist an der Zeit, den Genossenschaftsgedanken, nämlich »Selbst und Gemeinsam« zeitgemäß wieder zu beleben. Es ist von erheblicher Bedeutung, daß es im ländlichen Raum und in den Randzonen der Verdichtungsgebiete häufig möglich ist, schon in der Familien-Gründungsphase im Ein- oder Zweifamilienhaus wohnen zu können. Neben verfügbarem Bauland ist die Selbsthilfe in Gemeinschaft der entscheidende Faktor. Sie läßt nicht nur die Baukosten sinken, sie ist verwirklichte Solidarität. Solidarität wird begründet, erlebt und weitergegeben. In einer Demokratie muß Freiheit zur Selbsthilfe tatsächlich Wirklichkeit werden können.

Das Bauen in Großstädten ist teurer als im ländlichen Raum. Die Antwort muß sein, auch in den Verdichtungsgebieten solche Bau- und Hausformen vorzusehen, die die Selbsthilfe und das schrittweise Anpassen des Gebäudes an die Nutzungsdynamik erlauben. Derzeit ist die Firma »Samstag und Schwarz« die erfolgreichste Wohnungsbaugesellschaft. Der Gesetzgeber und Handwerkskammern sollten derartige Selbsthilfe nicht erschweren, sondern fördern.

1953 betrug der Anteil der Genossenschaftswohnungen am Wohnungsbau 15% und 1978 nur noch 1%. Die Entwicklungshilfe der deutschen Wohnungsgenossenschaften zeigt aber, daß sie das Instrument Selbsthilfe noch beherrschen. Nun denn: Rücktransfer der Erfahrungen nach Deutschland. Dann wird auch die Jugend erkennen, daß es nicht möglich ist, ohne eigenen Einsatz die größtmögliche Wohnungsversorgung zu erreichen. Erst geben, dann nehmen. Lieber in einem noch nicht vollendeten Haus wohnen und daran arbeiten, als ein perfektes Haus teuer zwischenfinanzieren. Der Gebäudeperfektionismus

der Bauträger erzeugt bei den Käufern solche Qualitätsansprüche und Nachbesserungswettbewerbe, daß auch dadurch an der Preisspirale kräftig gedreht wird. Wer selbst Hand anlegt, baut nicht nur billiger, er ist auch mit seiner Leistung zufrieden. Krumm und schief ist dann schön und unwichtig.

III.7 Entzerrung von Wohnungs- und Eigentumspolitik

Die Wohnform des Ein- und Zweifamilienhauses ist bei uns in der Regel mit dem Wohneigentum von Anfang an gekoppelt. Dies gilt es, zu entzerren. Es ist familienpolitisch sehr bedenklich, wenn der Anteil der außerhäuslich erwerbstätigen Mütter in kinderreichen Familien sprunghaft dann zunimmt, wenn um der Kinder willen Wohnungseigentum erworben wurde. Die Kosten des Wohnens erzwingen dies. An die Stelle der Belastung durch schlechte Wohnverhältnisse tritt die Belastung aus der verringerten Zeit für Familienaufgaben.

Gegenwärtig stehen viele Familien vor der Alternative, ob sie ein Haus oder ein Grundstück finanzieren sollen. Beides zugleich ist zunehmend unerschwinglich. Eine entschiedene Förderung von Erbbaurechten für Familienwohnungen in Niedrigbauweise wäre eine situationsgerechte Antwort. Familiengerecht ist ein im Familienzyklus ab- und aufgleitender Erbbauzins in Abhängigkeit von der Kinderzahl. Die Stadt Lingen an der Ems verfährt so. Was ihr recht ist, könnte anderen Kommunen billig sein. Eine weitere wirksame Hilfe für junge Familien wäre die energische Förderung von mietbaren Familienhäusern. Die dichtbesiedelten Niederlande haben einen Anteil von über 70% in Einfamilienhäusern; davon sind mehr als die Hälfte Mietobjekte. Bei uns heißt es: Der kann sich wohl kein Eigentum leisten. Dieser Denkart sollte entgegengetreten werden, auch durch Mietkauf-Angebote, die den Erwerb erst dann vorsehen, wenn die Familie bereits über den Berg ist.

III.8 Bedürfnisgerechte und nutzerne Infrastruktur

Im Bereich der sozialen und kulturellen Infrastruktur haben wir einen beispiellosen Konzentrationsprozeß erlebt. Größe und fachliche Spezialisierung waren Merkmale der Leistungsfähigkeit. Jetzt, da die Folgen der Geburtenarmut die Schulen erreichen, sind auch Pädagogen in der Lage, pädagogische Konzepte für kleinere Schulen so überzeugend zu entwickeln wie vorher für die großen Schulzentren. Das Schulsystem darf auf die Verringerung der Schülerdichte als Folge der Geburtenarmut nicht mit weiterer Konzentration reagieren, die mit der Aufgabe klein werdender Schulen und der Vergrößerung von Einzugsgebieten verbunden wäre. Leidtragende wären dann die Kinder, obwohl die Lehrer voll motorisiert sind und in diesem Jahr die Schülerbeförderung in der Bundesrepublik weit mehr als 2 Milliarden DM kostet. In Niedersachsen sind wieder kleine Haupt-, Realschulen, auch kleine Gymnasien möglich. Auch Gesamtschulen können kleine Schulen sein. Jahrgangsstärken in ländlichen Grundschulen bis zu acht Kindern sind zugelassen.

Kleine Schulen sind keineswegs nur ein Problem des ländlichen Raums. Da wir froh sein werden, wenn die Ausländer etwa in Frankfurt mehr und mehr den Hauptschulabschluß erreichen, werden das die Realschulen und Gymnasien bald merken. Weil das deutsche Schülerpotential außerordentlich schrumpft, wird man auch in Großstädten das Konzept der kleinen Schulen brauchen. Auch dann, wenn das Direktorengelohnte an große Schülerzahlen gekoppelt ist. Für zahlreiche Infrastrukturbereiche sind die bisherigen Begründungen von Mindestbetriebsgrößen und erforderlichen Mantelbevölkerungszahlen nicht haltbar. Es gibt keine ausreichenden, funktional nutzerorientierten Begründungen der Mindestgröße von Krankenhäusern, Bibliotheken oder Schulen. Es handelt sich immer um politisch gesetzte Größen, die das beschreiben, was gesellschaftspolitisch gewollt ist und bezahlt werden soll. Kein Land, das zugleich für großstädtische und ländliche Gebiete durch seine Gesetzgebung Normen zu setzen hat, kann alle Orts- und Gebietstypen über einen Leisten schlagen.

Die allgemeine politische Planung und die regionalen Infrastrukturplanungen haben sich programmatisch bisher in sehr starkem Maße an zentralen Mustern der Raumstruktur orientiert. Man meinte, die Bedürfnisse und Erreichbarkeitskriterien so kategorisieren zu können, daß Grund-, Mittel- und Oberzentren bestimmt und ihnen Infrastrukturfunktionen hierarchisch zugewiesen werden können. Ebenso irrtümlich meinte man auch, daß die Menschen ihre Wohnstandortentscheidungen und die Inanspruchnahme der Dienste danach ausrichten. Wir müssen wieder lernen, das Planbare vom Unplanbaren zu unterscheiden.

Durch Verbundsysteme, zum Beispiel Schule und Bibliothek und Sport, und durch Kombination stationärer und mobiler Elemente werden Erreichbarkeit und Anpassungsfähigkeit verbessert und die Systeme überschaubarer. Es gibt bereits viele Elemente beweglicher Infrastruktur, zum Beispiel nicht nur den Röntgenbus und den Versandhandel, sondern auch den Bücherbus und die Fernuniversität, die Sozialstationen und das Theater. Die Gemeinden sollten sich von denjenigen, die einzelne Infrastruktursektoren, zum Beispiel außer dem Bildungsbereich auch die Krankenversorgung, vertreten, in Zukunft nicht mehr einheitliche Hierarchisierung und Richtgrößen als der Weisheit letzter Schluß verkaufen lassen. Die Verantwortung für Konzepte des Rückgangs aus der Fläche und aus den Stadtteilen sollten diejenigen tragen, die den lebensräumlichen Faktor und menschliche Bedürfnisse gering schätzen und dadurch auf den politischen Widerstand stoßen, den sie verdienen.

Schlußbemerkung

Wenn Urbanität gleichgesetzt wird mit kinder- und familiengerechter Maßstäblichkeit, mit alltäglichen mitmenschlichen Handlungsspielräumen, mit wohnungsbezogenen Freiräumen, mit wohnungsnaher Infrastruktur, dann können durch Stadtumbau und Wohnungsneubau diejenigen Städte entstehen, aus denen Familien mit Kindern und auch kinderlose

Erwachsene nicht flüchten, weder am Wochenende noch auf Dauer, sondern Städte, mit denen sie sich identifizieren.

Die Förderung der menschlichen Identität in ihrer sozialen, kulturellen und geschichtlichen Verwurzelung ist eine Voraussetzung für zukunftsbezogene Lebensentwürfe. Die Verwurzelung hat eine lebensräumliche Dimension. Dabei ist nichts hautnaher als die Wohnung. Wohnungswechsel und regionale Mobilität müssen daher eine Sache des Einzelfalls sein, nicht ein politisches Prinzip. Umgezogen ist nämlich wie abgebrannt, sozial und materiell. Das Wissen über familiengerechtes Wohnen ist interdisziplinär und international gefestigt und seit langem jedermann zugänglich. Politiker und Fachleute in den Städten sollten darauf achten, daß bei Planungen und Entscheidungen die anthropologischen Kriterien an erster Stelle stehen. Unter dem Aspekt der Grundbedürfnisse sind technische, organisatorische, ästhetische Gesichtspunkte nicht vorrangig, auch nicht bei Wettbewerben, wo Preisrichter oft andere Rangordnungen zur Geltung bringen.

Wir haben nicht viel Zeit, da die jungen Leute der geburtenstarken Jahrgänge jetzt ihre Lebensentwürfe schmieden. Werden sie dauerhafte Sozialbindungen und Weitergabe des Lebens einplanen? Am Wohnungsproblem darf die Verwirklichung solcher Pläne nicht scheitern. Wenn Jugend versucht, in ihren Lebensentwürfen und im Lebensvollzug verstärkt ethischen Ansprüchen gerecht zu werden, so braucht dies ein Spiegelbild in der Politik, sowohl in den Begründungen als auch beim Handeln. Die Ihnen vorgetragenen Überlegungen können als Ansatz einer ethisch akzentuierten Wohnungs- und Siedlungs politik diskutiert werden.

Ich begann meinen Bericht mit der These, daß eine Stadt erst dann die Lebenskräfte hat, die sie für morgen braucht, wenn Familien mit kleinen Kindern freiwillig, gern und zufrieden in ihr leben. Auch alte Städte haben in diesem Punkt ungelöste Probleme, die nicht geleugnet werden dürfen, sondern gelöst werden müssen. Dringende Probleme zu lösen ist aber für alte Städte nichts Neues. Positive Ansätze und ermutigende Erfahrungen sind Zeichen berechtigter Hoffnung. Auch Hoffnung junger Eltern für das Dasein ihrer Kinder.

Da es eine Bürgerbewegung der Familien nicht geben kann, werden entschlossene Anwälte und städtebauliche Bauherren gebraucht. Es kommt nicht darauf an, dafür Partner zu suchen, sondern selbst Partner zu sein.

Quellen und Literatur

1. Familie und Wohnen. Analysen und Empfehlungen zur Wohnungsversorgung der Familien und zur Förderung familiengerechten Wohnens in der Bundesrepublik Deutschland. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. Stuttgart (u. a.): Kohlhammer, 1975. (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit 20).
2. Familien mit Kleinkindern. Spezifische Belastungssituationen in der frühkindlichen Entwicklung.

- Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. Stuttgart (u. a.): Kohlhammer, 1980.
3. Familie und Wohnen. Der Einfluß von Wohnung und Siedlung auf die Lebenssituation der Familie. Hrsg.: Clemens Geißler, Hannover, 1979. (LBS-Schriftenreihe; 1).
4. Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland. 3. Familienbericht. Bericht der Sachverständigenkommission der Bundesregierung. Bonn, 1979. (Drucksache/Deutscher Bundestag; 8/3121).
5. Veränderung von Wohnflächenstandards und ihre Auswirkungen auf die räumliche Entwicklungsplanung. Hrsg.: Der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M., Dezernat Planungsamt für kommunale Gesamtentwicklung und Stadtentwicklung. Bearb.: P. Altenburger ... Frankfurt a. M., 1980.
6. Schwerpunkte der Familienpolitik in Niedersachsen. Hrsg.: Niedersächsischer Sozialminister. In: Familie und Kinder in Niedersachsen. Hannover, 1981.
7. Heil, Jochen; Barbara Hütter; Michael Steigmann: Zur sozialen Lage und Wohnsituation kinderreicher Familien in Niedersachsen. Hannover: Institut für Regionale Bildungsplanung-Arbeitsgruppe Standortforschung-GmbH, 1979.
8. Geißler, Clemens: Wie kinderfreundlich sind die Wohn- und Wohnumfeldbedingungen? Wohnverhältnisse als Bedingungsfaktor familiärer Lebenssituation. In: Geburtenrückgang – besorgniserregend oder begrüßenswert? Hrsg.: Richard Olechowski. Wien (u. a.): Herder, 1980. S. 125–147.
9. Geißler, Clemens: Bevölkerungsentwicklung und schulische Infrastruktur. Beitrag für den Arbeitskreis »Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung« der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Hannover, 1981.
10. Borchard, Klaus: Neue Wohnformen als Impulse für die Stadtentwicklung? In: Zwischen Transformation und Tradition, Städtebau in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Gerd Albers zum 60. Geburtstag. Hrsg.: Lehrstuhl für Städtebau und Regionalplanung. Technische Universität München. München, 1979. S. 111–116.
11. Bodenpreise, Bodenmarkt und Bodenpolitik. Hrsg. vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn. Wissenschaftliche Redaktion: Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn. Bonn, 1981. (Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: 03, Städtebauliche Forschung; 088).
12. Geißler, Clemens: Bevölkerungspolitik als Herausforderung der Kommunalpolitik – Geburtenarmut und kommunale Daseinsvorsorge. Vortrag anlässlich der 40. Landkreisversammlung des Niedersächsischen Landkreistages am 11. Oktober 1979 in Lingen (Ems). In: NLT-Information Niedersächsischer Landkreistag 2 (1979), S. 11–22.
13. Tätigkeitsbericht 1979, Landestreuhandstelle für den Wohnungs- und Städtebau. Hannover, 1979.
14. Bautätigkeit und Wohnungen. Bautätigkeit 1980, In: Wirtschaft und Statistik 5/81. S. 346–348.

Ingrid Brock

Altstadtsanierung: zum Beispiel Urbino

I. Stadt- und baugeschichtlicher Rückblick – II. Stadt und Umland nach dem 2. Weltkrieg; Sanierungsanlässe; Erhaltungs- und Entwicklungsplanung – III. Durchsetzung der Planung; Finanzierung:
1. Altstadtterhaltung und Denkmalpflege 2. Stadterweiterung 3. Ausbau der Freien Universität 4. Entwicklung des Tourismus – IV. Erfahrungen und Probleme; Ausblick

I. Stadt- und baugeschichtlicher Rückblick

Die Doppelstadt »Urbs bina«, 36 km Luftlinie von der Adria zwischen Pesaro und Fano entfernt und ca. 450 m über dem Meeresspiegel im Bergland der »Marken« gelegen, verdankt ihre einmalige Gestalt vor allem den Grafen – später Herzögen – von Montefeltro; sie sind hier zunächst als kaiserliche Vikare nachweisbar, 1213 wurden sie von Kaiser Friedrich II. mit der Stadt belehnt.

Seine unbestrittene Glanzzeit erlebte das Herzogtum Montefeltro unter der 38 Jahre langen Herrschaft Federigos II. (1422–1482), der in Mantua von dem Humanisten Vittorino da Feltre erzogen worden war. An seinem Hofe vereinigte er bedeutende Literaten und Künstler der Zeit; in unserem Zusammenhang sei besonders auf seine umfangreiche Bautätigkeit zur Organisation und Sicherung des Landes hingewiesen. Giovanni Santi, der Vater Raffaels, spricht in seiner Chronik von 130 Bauplätzen, darunter zahlreiche Befestigungsanlagen,¹ aber auch Paläste und Gärten, Kirchen und Klöster. In Urbino selbst entstehen der Dom, S. Bernardo, Santa Chiara, Sant'Agata und S. Donato, vor allem aber der *Palazzo Ducale* in der Form, die heute noch unsere Bewunderung erregt. Unter Mitverwendung eines etwas älteren Traktes, der die Platzfront säumt, entwickelte der istrische Architekt Luciano da Laurana (Lovrana), also ein »Ausländer«, den *Grundtyp eines Fürstenpalastes* der Renaissance nach den Vorstellungen der Antike, wie sie durch Leon Battista Albertis Werk »De Architectura« vermittelt worden waren. Modellcharakter haben in Dimension und Anordnung der Innenhof, das Treppenhaus, die Empfangs- und Repräsentationsräume im Piano nobile, sowie die

¹ Eine Ausstellung großformatiger Fotos und von Modellen der »Burgen und Festungen im Herzogtum Urbino 1444–1502« bietet einen guten Überblick über die Bautypen und ihren heutigen Zustand (Urbino, Palazzo Ducale 30. 6. – 30. 11. 1982); mit Katalog.

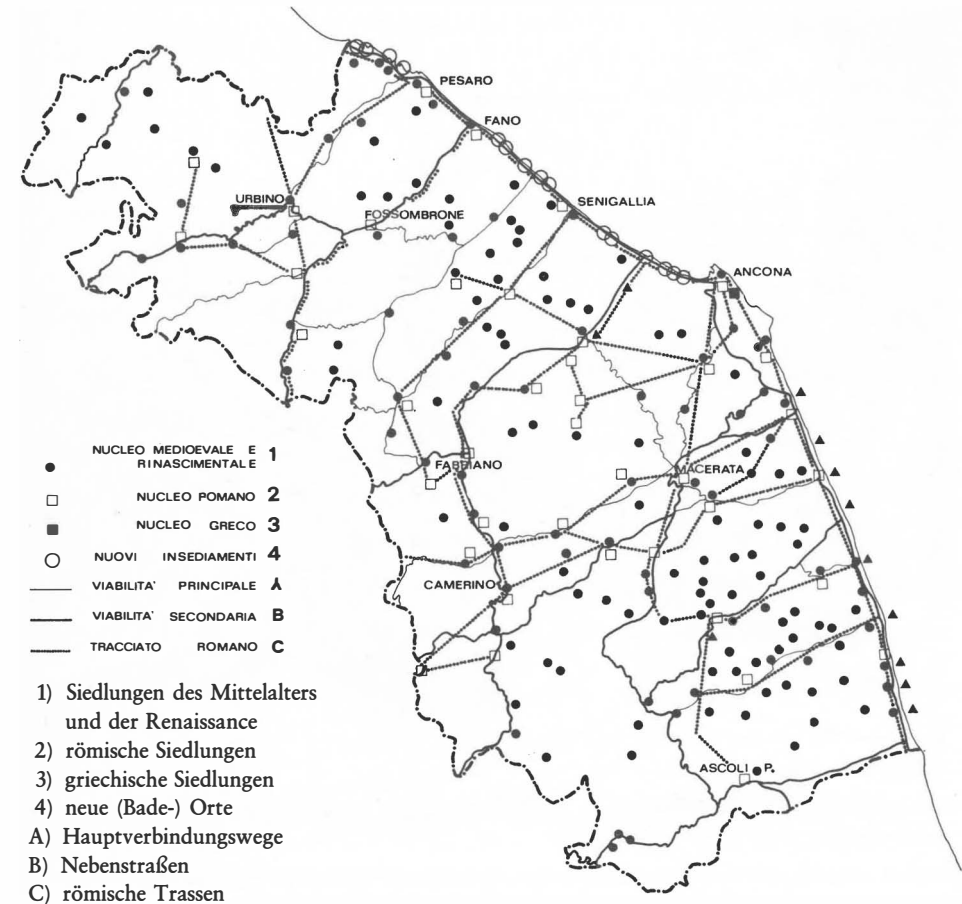


Abb. 1 Karte der historischen Zentren in den Marken (Marche), aus »I centri storici delle Marche«, op cit., vgl. Anm. 8

gesamte Innenausstattung. Erstmalig wird auch der Fürstin ein eigener Trakt – von dem des Fürsten durch den »hängenden Garten« getrennt – zugewiesen. Zum Empfang von Battista Sforza, der zweiten Gemahlin Federigos, wurde eine imposante künstliche Plattform, der heutige »Mercatale«, geschaffen. Über ihr erhebt sich die einzigartige Fassade mit den beiden Rundtürmen, welche drei übereinanderliegende Loggien einschließen: ein heiteres Gegenbild zu den abweisenden Palastfronten der rivalisierenden Adelsfamilien in Florenz oder auch zu dem festungsähnlichen Bau der Malatesti im naheliegenden Rimini. Durch diese landeinwärts zu den übrigen Besitzungen der Montefeltro gerichtete Fassade (vor allem nach Gubbio, wo Federigo in dem dortigen Schloß geboren worden war) erhielt die »Forma urbis« ihr unverwechselbares Aussehen.



Abb. 2 Stadtansicht von Osten (Porta S. Bartolo – Porta Lavagine): sie wird von der Franziskanerkirche dominiert; aus G. Bruia, »Civitates Orbis Terrarum«, 1572

Luciano Laurana war von ca. 1466 bis 1472 in Urbino tätig, vorher arbeitete er nachweislich am Sforza-Palast in Pesaro, danach in Neapel; ab ca. 1470 wirkte neben ihm der Sieneser Francesco di Giorgio Martini (Fortführung des Palastbaus, Errichtung eines großen Teils der Burgen im Umland, Erbauung des im Erdbeben 1789 zerstörten Domes – der heutige stammt von Valadier; seine Ideen und Erfahrungen faßte er im »Trattato di architettura« zusammen) und Baccio Pontelli, der von Lorenzo il Magnifico aus Florenz gesandt wurde. Das Baumaterial – ein weicher, an der Luft schnell härtender Tuff – wurde aus den Brüchen des naheliegenden Monte Cesano gewonnen.

Nach der Renaissance ist mit Ausnahme eines größeren Eingriffes um die Mitte des 19. Jahrhunderts (*Theaterbau durch Vincenzo Ghinelli* mit der neuen Straße »Corso Garibaldi« unterhalb des Palazzo Ducale und des Domes; Gartenanlagen des Pincio) bis zu den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts keine Entwicklung von städtebaulicher Rele-

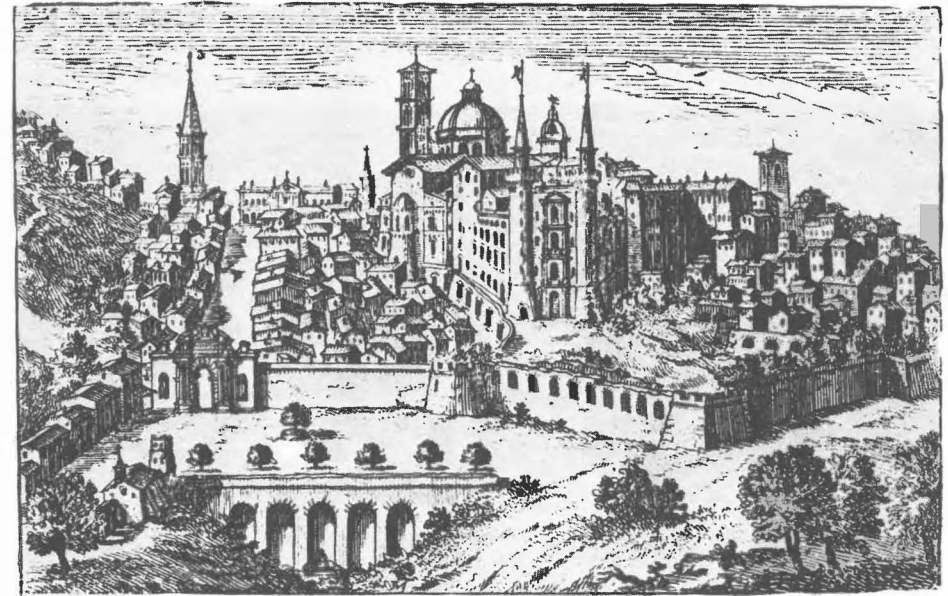


Abb. 3 Ansicht von Südwesten (vom Landesinneren her): im Vordergrund die künstliche Plattform des »Mercatale«, darüber die Porta Valbona und die Franziskanerkirche; Festungsturm mit der Wendelrampe F. di Giorgios, darüber Dom und Palazzo Ducale; aus B. Baldi, »Memorie concernenti la città di Urbino«, 1724

vanz zu verzeichnen. Während der faschistischen Ära tauchte auch für Urbino ein ehrgeiziger Stadterneuerungsentwurf auf, der außer Sport- und Versammlungsbauten an den Abhängen eine verbreiterte und begradigte, von Kolonnaden gesäumte Längsachse auf den Palazzo Ducale zu vorsah. Die übertriebenen Dimensionen im Verhältnis zur Einwohnerzahl und den finanziellen Möglichkeiten verwiesen jedoch diese Planung für ein »nationales Monument« sehr bald in das Reich der Utopien.

II. Stadt und Umland nach dem 2. Weltkrieg; Sanierungsanlässe; Erhaltungs- und Entwicklungsplanung

Doch ein anderes Projekt jener Zeit wurde bedauerlicherweise verwirklicht: Die Abholzung der Wälder der Umgebung – angeblich um Flächen für den Getreideanbau zu gewinnen – hatte eine Verkarstung des Bodens und damit den *Verfall der Landwirtschaft*, des wichtigsten Produktionszweiges im Hinterland der »Marken«, zur Folge. Die Verarmung der Bevölkerung und ihre Abwanderung zur Küste, wo sich Industrie und Massentourismus entwickelten, oder in die norditalienischen Ballungszentren und ins Ausland nahmen ihren Anfang. Die verlassenen Felder wurden nach und nach – wie in der Toskana – von sardischen Schafzüchtern (200–800 Tiere je Herde) okkupiert.

Die Landflucht hat zwar in den letzten Jahren merklich nachgelassen, die Bemühungen von Kooperativen und der »Comunità Montana«² um einen Wiederaufbau der Feldwirtschaft führten jedoch bis heute noch nicht zu einem durchschlagenden Erfolg. Dieser ist auch nicht zu erwarten, solange nationale oder mindestens regionale Programme zur Umstrukturierung bzw. zur gleichmäßigen Verteilung der Wirtschaftskräfte im Lande aufgrund der politisch-administrativen Gegebenheiten (z. B. Planungshoheit in über 8000 konkurrierenden Gemeinden) keine Realisierungschancen haben. Nur wenige kleinere und mittlere *Industriebetriebe* (Möbel, Haushaltswaren aus Metall, Kleinwaffenfabrik mit ca. 260 Beschäftigten – 1975 noch 320) siedelten sich – z.T. auf von der Gemeinde ausgewiesenen Flächen – an. Die Stadt selbst dagegen beherbergt seit Jahrhunderten eine »Freie« *Universität*, die sich als überaus entwicklungsfähig erweisen sollte.³

Doch die erste Nachkriegszeit war auch im Bildungs- und Fremdenverkehrssektor von Stagnation und Niedergang geprägt. *Bedeutende Bauten* standen leer und verfielen, die alten Stadtbefestigungen waren an zahlreichen Stellen von Einsturz und Abrutsch bedroht; selbst der Palazzo Ducale wies gefährliche statische Schäden auf, seine hervorragendsten Kunstwerke bedurften dringend einer Restaurierung. Vor Ort war man sich durchaus der Probleme bewußt. Bereits 1958 beschloß der Stadtrat (in dem seit Kriegsende eine linke Mehrheit herrscht), für das Gemeindegebiet, das neben Urbino noch 14 Ortschaften umfaßt, einen *Entwicklungs- und Flächennutzungsplan* (Piano regolatore generale PRG)⁴ aufzustellen. Mit der Ausarbeitung wurde 1959 Prof. G. DeCarlo/Mailand beauftragt. Von Anfang an versuchte er, die Bestandsaufnahmen, Analysen und Vorschläge auf eine

² Wie in zahlreichen anderen Bergregionen Italiens wurde auch in der Provinz Pesaro-Urbino ein Gemeindegemeinschaft, »Comunità Montana dell'Urbinate«, gegründet, dem neben Urbino 6 weitere Gemeinden angehören mit insgesamt 34 650 Einwohnern. Ein »Gebietsentwicklungsplan« und ein »Koordinierungsplan« für 1976–1986 (mit beratendem Charakter) enthalten die Vorstellungen der Comunità zur Verbesserung von Infrastruktur und Landwirtschaft, sowie zum Ausbau von Industrie und Handwerk; im sekundären Sektor wünscht man sich noch einen Zuwachs von 400–450 Arbeitsplätzen!

³ Die Universität war 1564 von Papst Pius IV. gegründet worden, das bereits bestehende »Collège des Savants« der Fürsten Montefeltro ging in ihr auf. Sie wurde reichlich mit Privilegien ausgestattet (einschließlich Landbesitz), die sie sich durch die Jahrhunderte zu bewahren wußte. Nach der Proklamierung des italienischen Staates 1862 erhielt sie den Status einer Provinzialuniversität, 1924 wurde sie als »Freie Universität« anerkannt, d.h. sie verwaltet sich auch heute noch selbst und erhält nur staatliche Zuschüsse in Relation zu ihrer Studentenzahl. Dadurch ist sie flexibler in ihren Entscheidungen, in der Zusammenarbeit mit der lokalen Verwaltung, etc., zweifellos ein Vorteil, der nicht hoch genug einzuschätzen ist im Vergleich zu den staatlichen, in Bürokratie erstarrten Universitätsstrukturen. Nach 1968, in der Zeit des Aufbruchs, hat es nicht an Versuchen gefehlt, den Sonderstatus zu annullieren.

⁴ Angaben zur Gesetzgebung in Städtebau und Denkmalpflege, über den Planungsablauf und das Instrumentarium finden sich in: »Sanierung historischer Städte im Ausland«, Abschnitt »Italien« (Schriftenreihe »Stadtentwicklung« des BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 02.002/1975) und »Erhaltung alter Städte in Europa – Gemeinsame Europäische Kulturstudie Nr. 12«, S. 237ff. (Schriftenreihe »Stadtentwicklung« ... 02.023/1981).



Abb. 6 Die Piazza Rinascimento von der Domtreppe aus: links S. Domenico, rechts Palazzo Ducale; H. G. Hofmann 1975

möglichst breite Basis zu stellen. Lokalverwaltungen und Freie Universität bildeten Ausschüsse zur Bearbeitung spezifischer Probleme; zahlreiche Bürgerversammlungen fanden statt. Der 1964 fertiggestellte Plan wurde im November desselben Jahres vom Stadtrat angenommen und im August 1967 schließlich durch den »Consiglio Superiore« des Ministeriums für Öffentliche Arbeiten genehmigt;⁵ endgültig trat er erst 1971 in Kraft – mit Abstrichen, besonders in bezug auf die Bebaubarkeit der die Altstadt umgebenden Zonen!

Der Plan kann als einer der ersten in Europa gelten, der *methodisch* nach einer umfassenden städtebaulich-architektonischen und sozio-ökonomischen Untersuchung das Problem *Stadterhaltung – Stadterneuerung* angeht: die Revitalisierung des historischen Zentrums wird mit der Entwicklung der Gesamtstadt verknüpft, im Unterschied zu der französischen Konzeption jener Zeit, die einen (oder mehrere) »Secteur(s) saufegardé(s)« isoliert behandelt. 1966 bzw. 1970 wurde er einem breiteren Publikum vorgelegt;⁶ die

⁵ Diesem Ministerium oblag bis 1972 die Kontrolle über die kommunalen Planungen; im Zuge der Dezentralisierung der Verwaltung wird diese Funktion heute von entsprechenden Regionalbehörden wahrgenommen.

⁶ Giancarlo DeCarlo, Urbino. La storia di una città e il piano della sua evoluzione urbanistica, Padova, Marsilio 1966; engl. Ausgabe: »Urbino. The history of a city and plans for its development«, Cambridge, Mass. & London, The MIT Press 1970. – Zum Problem der Bestandsaufnahme vgl. auch I. Brock, Aufnahme und Bewertung historischer Stadtstrukturen in Mitteleuropa (Die Alte Stadt 7 (1980) S. 29–57, speziell Urbino betr. S. 47 und 50/51)

Union Internationale des Architectes (U.I.A.) zeichnete ihn auf ihrer Versammlung 1967 in Wien mit dem Abercrombie-Preis aus.

DeCarlo gliedert das Stadtgebiet in 3 Bereiche (A, B, C), denen er jeweils bestimmte räumliche Organisationskonzepte, gestalterische Akzente und Maßnahmebündel zuordnet (vgl. Abb. 8–10):

A: Die *Altstadt* (ca. 2,5 ha) soll dem Wohnen sowie Bildungs- und Verwaltungsfunktionen vorbehalten bleiben. Sie wird aufgrund der Untersuchungsergebnisse in 26 »Comparti« (Abschnitte oder Einheiten) unterteilt, für die je nach Baubestand Restaurierungs- und Nutzungsprogramme festgesetzt werden.⁷ Folgende städtebauliche Ordnungsmaßnahmen sind hier vorgesehen:

- Restrukturierung des früheren *Klosterkomplexes der Franziskaner* um den Obst- und Gemüsemarkt mit Fußgänger Verbindung zur Porta Lavagine;
- Ausbau des *Verkehrsknotenpunktes* unterhalb der *Porta Lavagine/Porta S. Bartolo* und Anlage einer Reparaturwerkstätte vor diesen Toren, die den Bewohnern des rückständigen *Quartiers Lavagine* neue Arbeitsmöglichkeiten bieten soll. Für seine bauliche Sanierung wurde von DeCarlo ein Detailplan vorgelegt.
- »*Operazione Mercatale*« (vgl. Abb.): Errichtung einer Busstation und zweigeschossigen *Tiefgarage* unter der »künstlichen« Plattform des *Mercato Nuovo*; direkte Fußgängerbeförderung von hier zum *Corso Garibaldi*, zum *Dom* und *Palazzo Ducale*; Wiederherstellung des Wehrganges vom heutigen Theater über die *Porta Valbona* zur *Festung Albornoz*.

B: *Abrundung und Restrukturierung der Neubaugebiete*, die sich planlos auf dem Höhenzug jenseits der *Festung Albornoz* ausgedehnt haben.

C: Errichtung eines *neuen Stadtteils* (einschließlich der notwendigen Infrastruktur) nördlich des alten *Zentrums* als ergänzender Kontrapunkt zu dem historischen Stadtbild und unter Berücksichtigung der landschaftlichen Gegebenheiten.

Schlüsselfunktionen im Wiederbelebungsprozeß Urbinos werden der *Universität* und dem *Tourismus* zugewiesen.

III. Durchsetzung der Planung; Finanzierung

1. Altstadterhaltung und Denkmalpflege:

Das chronische Mißverhältnis zwischen Planungshoheit und finanziellen Möglichkeiten erlaubte es der relativ kleinen Stadt nicht, die Sanierungs- und Erneuerungsobjekte aus eigener Kraft zu realisieren. Ihre Veröffentlichung, Pressekampagnen, die auf den desolaten Zustand des Stadtdenkmals hinwiesen, sowie Debatten auf Fachtagungen und

⁷ Jeder *Piano Regolatore Generale* oder *Piano Particolareggiato* (Detailplan für bestimmte Neu- oder Altbaugebiete) enthält in seinen »Erläuterungen« Ausführungsbestimmungen (regolamenti), die in den Ländern der BRD separat in gemeindlichen Bauordnungen oder auch Ortsstatuten festgesetzt werden.

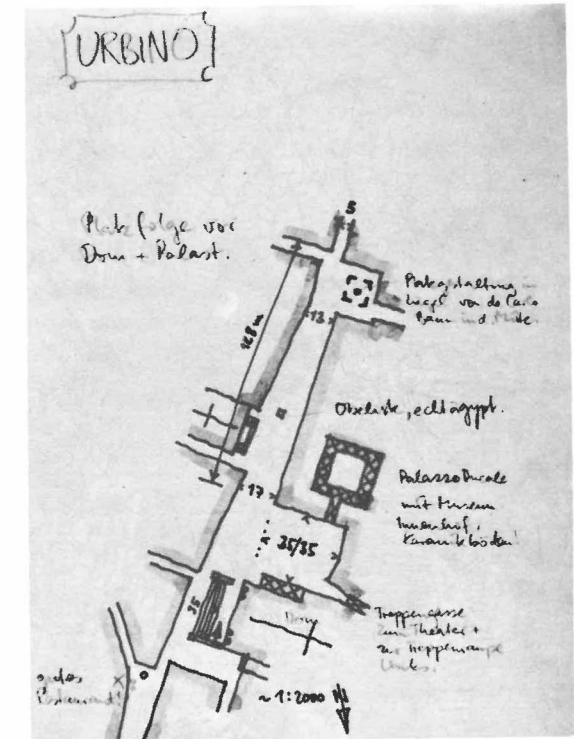


Abb. 7 Palazzo Ducale, Grundriß des Piano Nobile; aus F. Arnold, »Der herzogliche Palast von Urbino«, 1857

Gemeindeversammlungen⁸ untermauerten jedoch die Forderung nach einer speziellen staatlichen Unterstützung, der durch ein *Sondergesetz* vom Februar 1968 (Nr. 124, Legge speciale per Urbino) schließlich entsprochen wurde. Es sah in einem Fünfjahresprogramm (1968–1972) 3,5 Milliarden Lit. vor, die für folgende Maßnahmen (mit)verwendet wurden:

- *Konsolidierung von Stadt- und Stützmauern; Kanalisation und Straßenreparaturen* in der Altstadt: der größte Teil der Treppenstraßen und Rampen besteht aus *Ziegeln*, die für heutige Beanspruchungen nicht berechnet waren; Ersatz wird in kleinen örtlichen Betrieben hergestellt; höhere Festigkeit bedingt jedoch intensivere rote Farbtöne, die mit den traditionellen stark kontrastieren; das Problem harret noch einer Lösung.
- Die gesamte Altstadt erhielt nach Entwürfen DeCarlos eine moderne *Beleuchtung*: Schirmlampen an über den Straßenraum gespannten Drähten für die Hauptstraßen, kugelförmige Lampen auf Auslegern für Seitengassen bzw. Treppen.

⁸ Vgl. hierzu: »Urbino crolla. Vecchi e nuovi protocolli 1963–1967 ... Il futuro dei centri storici e il PRG di Urbino II«; a cura di Livio Sichirillo; Urbino, Argalia ed. 1967 (= Differenze 7); »I centri storici delle Marche«, Atti del Convegno Urbino, Apr. 1967 (Il centro storico di Urbino in relazione al PRG e la tutela dei centri storici delle Marche – Studi e documentazioni II, Soprintendenza ai Monumenti delle Marche); Roma, De Luca ed.

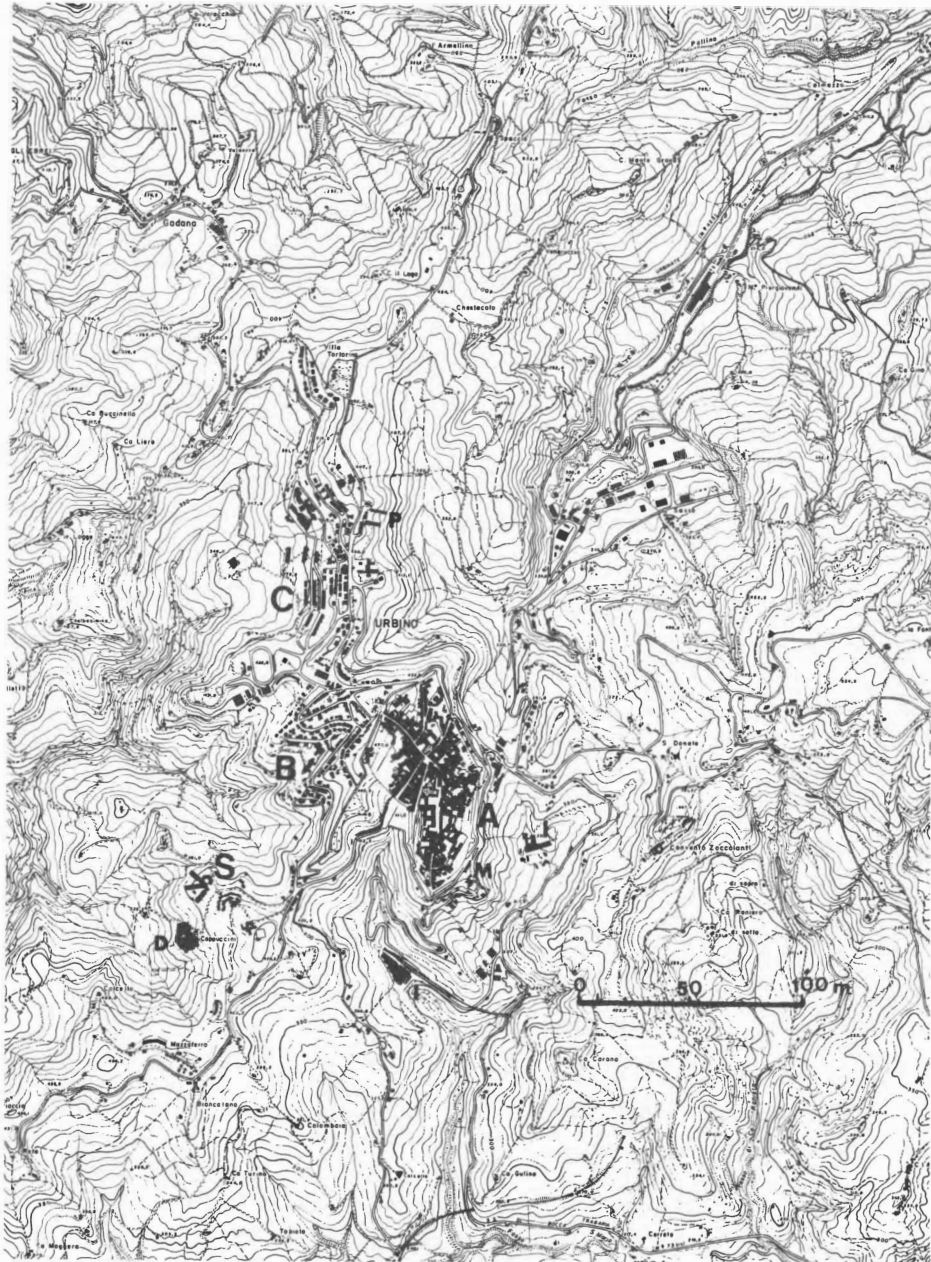


Abb. 8 Urbino, Ausschnitt aus dem Gemeindegebiet: A) Altstadt; B, C, D) neue Stadtteile; S) Studentenheime »Colle dei Cappuccini«; P) Projekt Pineta; F) Festung Albornoz; M) Mausoleum der Herzöge (S. Bernardo); I) Industriegebiete

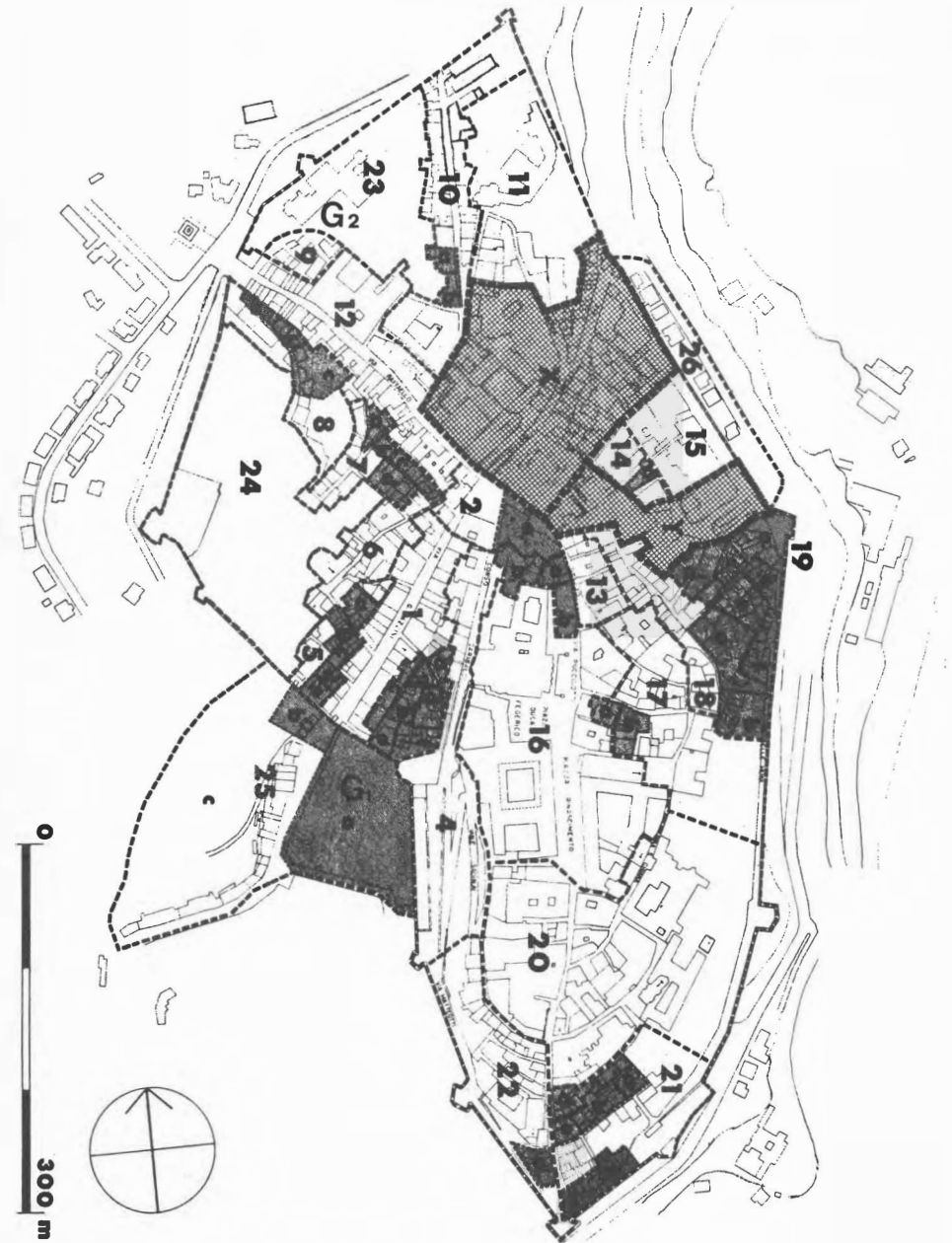


Abb. 9 Urbino, Einteilung des historischen Zentrums in 26 Sanierungsgebiete (comparti); aus G. DeCarlo, »Urbino«, engl. Ausg. 1970

- X) Quartier Lavagine
- G₁) Mercatale mit 2-geschossiger Tiefgarage für 600 PKW's
- G₂) Gymnasium / Tiefgarage geplant

- Statische *Sicherung und Restaurierung* hervorragender *Bauwerke*: Festung Albornoz, Teatro Sanzio (Projekt: DeCarlo); Palazzo Odasi, Kirche und Kloster S. Francesco, S. Domenico, S. Donato, S. Girolamo, ehemaliges Kloster S. Chiara, Augustinerkirche u.a., vor allem aber Palazzo Ducale.⁹
- Konstruktion der *zweistöckigen Tiefgarage unter dem Mercatale* für 600 PKW's; die von DeCarlo wiederentdeckte Wendelrampe Francesco di Giorgios – sie war bei der Errichtung des Theaters im vorigen Jahrhundert als Substruktion eingebaut worden – und zwei Aufzüge stellen eine direkte Verbindung mit der Oberstadt her.
- Instandsetzung von *Baudenkmalern in privater Hand*; von 1968 bis 1978 wurden für ca. 70 Objekte je nach Umfang der Maßnahmen Zuschüsse gewährt.

2. Stadterweiterung:

Während die Vorschläge des Planverfassers für die Altstadt zu einem guten Teil inzwischen – wenn auch unter Abstrichen oder Modifizierungen – verwirklicht wurden, blieben diejenigen für die Stadtteile B und C weitgehend auf dem Papier. Der Stadtrat, die zuständigen Fachbehörden und ihre Berater konnten (oder wollten) sie nicht gegen die herkömmlichen Parzellierungs- und Bebauungsmuster von Privatpersonen, Bauunternehmern und -trägern (einschließlich der Sozialen Wohnungsbauinstitute) durchsetzen. Für den bedeutendsten Eingriff im Erweiterungsgebiet C (Projekt *Pineta*, Errichtung von 4 Terrassenhäusern geteilt durch 3 quer zum Steilhang gestellte Blöcke, insgesamt 750 Wohneinheiten – vgl. Abb.) lieferte DeCarlo der Gemeinde gratis den Entwurf und versuchte auf diese Weise, seine Stadtgestaltungsansätze durchzusetzen. Es war ihm jedoch nicht möglich, auf die Detailplanung, den Innenausbau und die Qualität der Ausführung Einfluß zu nehmen.¹⁰ Das Projekt, begonnen Ende der sechziger Jahre, ist immer noch nicht vollständig realisiert.

3. Ausbau der Universität

Wenn es DeCarlo auch nicht gelang, »Stadtarchitekt« zu werden – er selbst würde diesen Titel auch rigoros ablehnen –, so ist er doch der unumstrittene Architekt der Freien Universität geworden. In ihr, vertreten durch den bereits 3 Jahrzehnte amtierenden Rector

⁹ Eine erste Übersicht der unter der Regie der verantwortlichen Denkmalämter in Ancona und Urbino ausgeführten Maßnahmen (mit Angaben der verantwortlichen Architekten und Firmen) brachte die Ausstellung »Restauri nelle Marche: Ricerche, studi e interventi per la conservazione e la valorizzazione dell'ambiente storico«, Urbino/Palazzo Ducale, 29. 6.–30. 9. 1973 (mit einem umfangreichen 2-bändigen Katalog).

¹⁰ Die Ausführungsqualität bei den Projekten DeCarlos verdient – unabhängig von dem jeweiligen konstruktiven System und den Baumaterialien – besondere Erwähnung, da sie auch in Italien zur Seltenheit geworden ist. Bauleiter, Handwerker und Arbeiter betrachten G. DeCarlo als ihren Lehrherrn und Meister!

Magnificus Carlo Bo, erwuchs ihm ein mutiger und verständnisvoller Bauherr: eine heute seltene Konstellation, die an das Verhältnis Auftraggeber – Künstler in der Renaissance erinnert. Die Um- und Neubauten für die Universität innerhalb und außerhalb der Mauern ließen Urbino auch zu einem lohnenden Besichtigungsziel moderner Architektur werden.

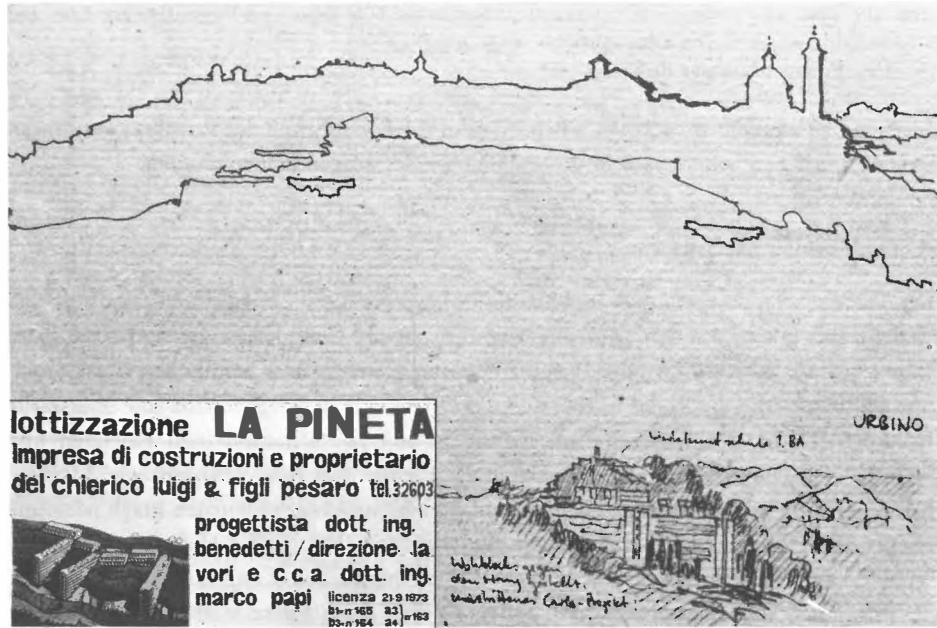
Innerhalb der Altstadt liegen die *Juristische Fakultät* (Umbau des zuletzt als Carabinieri-Kaserne genutzten Augustinerklosters, bemerkenswert besonders die Unterbringung der Bibliothek in den ehemaligen Kellergewölben) und die *Lehrerfakultät* (Magistero); letztere wurde geschickt unter Verwendung einer früheren Klosteranlage in den südlichen Abhang der Stadt eingefügt (Abgrabung des Geländes um 12.00 m); hinter dem linearen, nur durch wenige Fensterschlitze und eine Rundöffnung durchbrochenen Mauerwerk aus gebrauchten Ziegeln vermutet man keinesfalls die räumliche Vielfalt des Inneren, vor allem nicht das Halbrund des großen Hörsaals (1500 Plätze) mit seinem zum Zentrum geneigten Glasdach, das nur aus der Ferne in vollem Ausmaß wahrnehmbar ist und auch mit dieser Absicht konzipiert wurde.¹¹

Außerhalb der Stadt um den Hügel mit dem alten Kapuzinerkloster, das inzwischen das Universitätsbauamt beherbergt, gruppieren sich die *Studentenheime* (Collegi Colle dei Cappuccini). Die ersten »Collegi« mit 150 Plätzen entstanden 1962–66, weitere in den Jahren 1973–82; der letzte Abschnitt wird noch in diesem Jahr bezugsfertig sein (insgesamt ca. 1300 Betten in Einzel- und Doppelzimmern). Zunächst war nicht an die jetzige Ausdehnung gedacht – die »alten« Collegi bildeten daher eine in sich geschlossene Anlage; die explosionsartige Zunahme der Studenten (siehe statistische Angaben) erforderte jedoch den weiteren Ausbau: Gemeinschafts- und Versorgungseinrichtungen setzen architektonische Akzente, die miteinander und unter Einbeziehung des Klosters ein visuelles Bezugssystem bilden, während die Zimmergruppen konzentrisch um den Hügel angeordnet sind oder sich in fingerförmigen Trakten sowie in Terrassen abstaffeln.¹²

Zu erwähnen ist in diesem thematischen Zusammenhang noch das Projekt DeCarlos für die in Buchherstellung und -illustration spezialisierte *Werkkunstschule* (Istituto d'Arte) auf dem entgegengesetzten Hügel in der Nähe des Stadtteils C (Baubeginn 1974): es drohte im Zuge von Schulreformen und damit verbundenen Streitigkeiten um seine Finanzierung zur

¹¹ Seine Vorstellungen zu Architektur und Städtebau, so z. B. zu den Gegensätzen Außen – Innen eines Bauwerks oder einer Stadt, Nah- und Fernwirkungen, Stadt – Landschaft, Alt – Neu, Erhaltung und Erneuerung, faßt DeCarlo zuletzt im Gespräch mit Pierluigi Nicolini über Urbino zusammen (veröffentlicht in LOTUS 18, 1980/81, mit zahlreichen Fotos und Plänen aller in Urbino ausgeführten Projekte); die Lehrerfakultät wurde im BAUMEISTER 7/80, S. 697 ff. ausführlich dokumentiert, so daß sich Abbildungen im Rahmen dieses Beitrages erübrigen; die Juristische Fakultät im FORUM 1/72; eine Auswahl von Skizzen und Entwurfszeichnungen enthält der Katalog der Ausstellung »Giancarlo DeCarlo; Architettura, città, università – Disegni«, Accademia delle Arti del Disegno, Firenze 1982.

¹² Die ersten »Collegi Colle dei Cappuccini« wurden seinerzeit in zahlreichen Fachzeitschriften besprochen; erwähnt sei der Beitrag in ZODIAC 16/1966 (von Aldo van Eyck) oder im FORUM 1/1972; Angaben zu den neueren Heimen finden sich in LOTUS 18/1980, vgl. Anm. 11.



lottizzazione LA PINETA
 Impresa di costruzioni e proprietario
 del chierico luigi & figli pesaro tel.32603
 progettista dott. ing. benedetti / direzione lavori e c.c.a. dott. ing. marco papi
 licenza 21.9.1973
 Bl-nr 165 82
 DZ-nr 164 24

Abb. 11 Stadtsilhouette von S. Bernardo aus

Abb. 12a rechts anschließend die Blöcke »Pineta« und die Werkkunstschule (unvollendet, Projekt: G. DeCarlo), H. G. Hofmann 1975

Abb. 12b Wohnanlage »Pineta« (750 WE); der rechte Block ist nur im Rohbau fertig, die Baustelle ruht zur Zeit (1982)

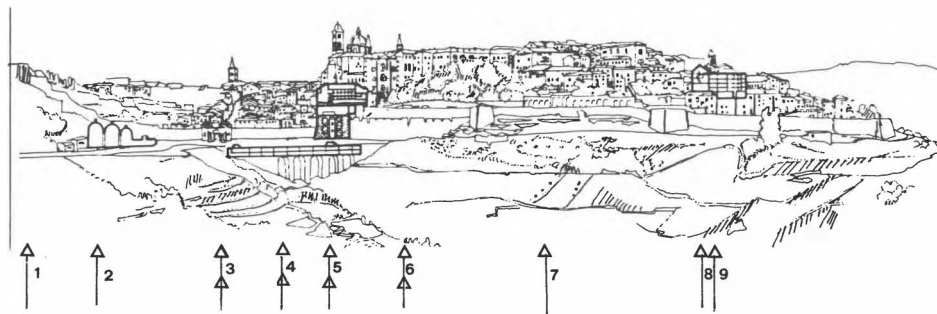


Abb. 13 Stadtansicht von Südwesten, nach »Lotus« 18, 1980/81:

- | | |
|-------------------------------------|---|
| 1) Festung Albornoz | 6) Giardini dell'Abbondanza, Palazzo Ducale |
| 2) Busstation (geplant) | 7) Universität |
| 3) Porta Valbona, S. Francesco | 8) Juristische Fakultät (ehemal. Augustinerkloster) |
| 4) Tiefgarage Mercatale, Synagoge | 9) Lehrerrakultät |
| 5) Wendelrampe, Theater Sanzio, Dom | |

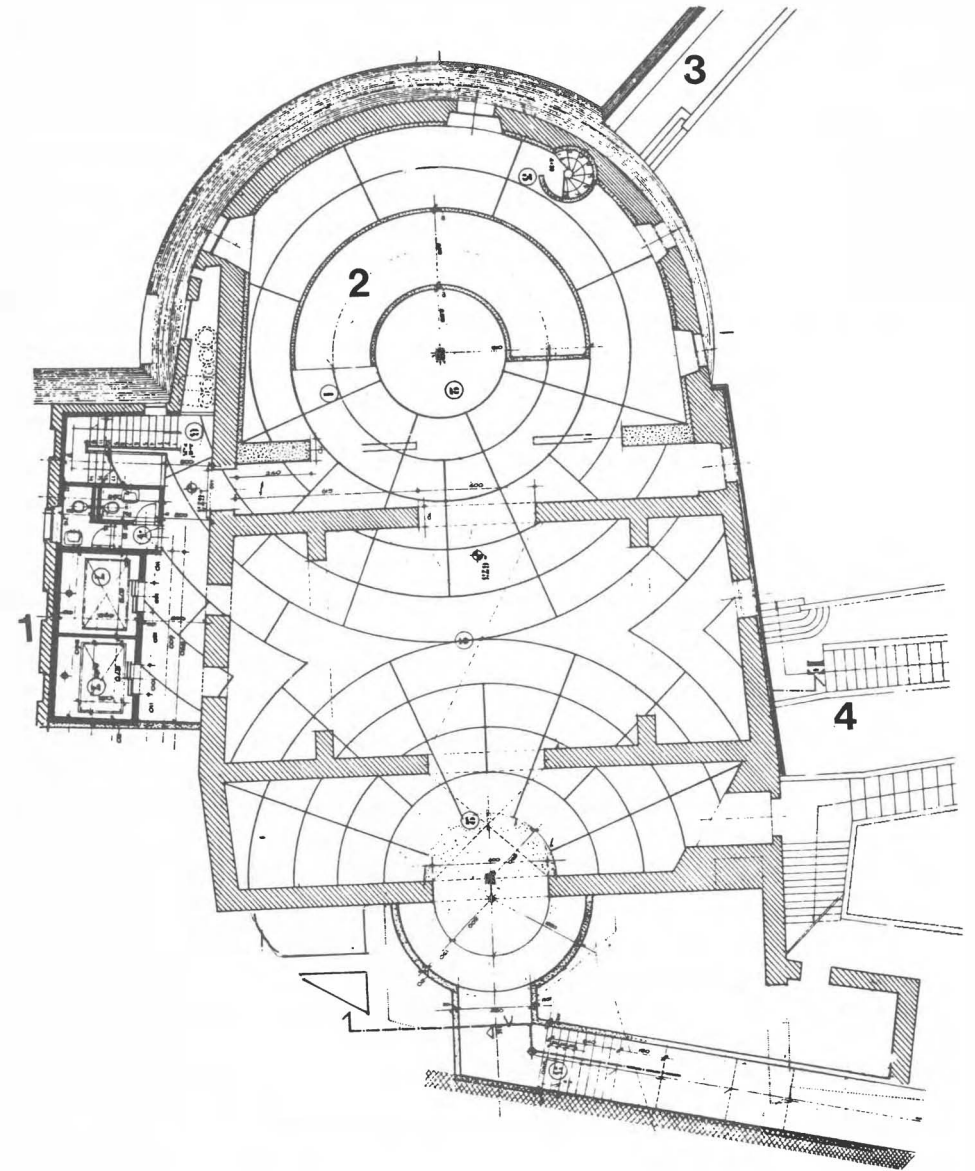


Abb. 14 Aus dem Entwurf DeCarlos zur Wiederherstellung der Wendelrampe Francesco di Giorgios unter der Bühne des Theaters (ausgeführt 1977-79):

- 1) Aufzüge vom Mercatale
- 2) Wendelrampe
- 3) Wehrgang zur Porta Valbona
- 4) Treppenaufgang zum Corso Garibaldi

- Die *»einheimische«* Bevölkerung im historischen Zentrum nimmt weiterhin ab; für den Eigenbedarf an Wohnraum investiert sie in Neubauprojekte vor den Toren; Altbauwohnungen werden häufig nur notdürftig modernisiert, aber zu Wucherpreisen an Studenten vermietet.
- Durch den Ausbau der Universität erhielt die *Stadt Urbino neue Impulse, nicht aber das Umland*: Die Unterschiede im Lebensstandard haben sich vergrößert.
- Die Universität tritt als Konkurrent des traditionellen Hotel- und Gaststättengewerbes auf (vgl. Abschnitt III, 4).

Die folgende Tabelle¹⁴ verdeutlicht die Entwicklungstendenzen:

Urbino	Gemeindegebiet	Stadtgebiet	Altstadt		
Ausdehnung	227,99 km ²	120 ha	25 ha		
Einwohner					
1945	ca. 26000				
1951	22654	6313			
1961	18970	7324			
1977	15989	7551	3022 (1/77); 2877 (12/77)		
1981	15924	7647	2618		
Beschäftigte	Anteil Gesamtbev.	I.	II.	III. Sektor	
1959	43,00%				
1971	35,43% = 5666	19,7%	35,3%	45,0%	
1975				47,0% (+ 6000 Rentner)	
1981				49,0%	
Studenten	eingeschrieben	anwesend			
1936	139				
1951	4040				
1959	ca. 5000				
1968–1978	durchschn. 10000				
1981	12–13000	ca. 7000			

Weitere Daten aus den Erhebungen in der *Altstadt 1980*:

Einwohner	2528 in 1021 Familien	
+ Studenten	1071, davon 600 in Wohnungen und 471 in Zimmern	
Wohneinheiten	1143 bewohnt	
	+209 leer	
	1352 insgesamt mit 4605 Zimmern in 658 Häusern;	
	Wohnungsgröße: 3,4 Zimmer ohne Nebenräume;	
davon	616 Eigentumswohnungen = 45,56% des Gesamtbestandes; dieser Anteil liegt um etwa 10% unter dem Landesdurchschnitt.	
	1062 Wohneinheiten besitzen keine Garage.	

Die Gemeinde versucht, in ihrer *Planfortschreibung* auf die Veränderungen zu reagieren:

1 – Eine (*erste*) *Variante zum Stadtentwicklungsplan* (Piano regolatore generale) von 1964, die 1978 vom Stadtrat und 1980 von den zuständigen Regionalbehörden verabschiedet wurde, sieht in Abstimmung mit den Plänen der »Comunità Montana« infrastrukturelle Verbesserungen, Abrundung von Ortsteilen, neue Standorte für Handwerk und Industrie, etc. im *außerstädtischen Gemeindegebiet* vor. Die Grundlagen für diesen Plan wurden durch ein Architektenteam der Architekturhochschule Venedig (Istituto universitario di Architettura di Venezia – I.U.A.V.) unter Leitung von Prof. Carlo Aymonino erarbeitet und publiziert.¹⁵ Die Universität Urbino war an den Untersuchungen nicht beteiligt.

2 – Eine *weitere Variante* (in Vorbereitung) betrifft – z.T. in abgeänderter Form – Vorschläge zur *Verbesserung* des fließenden und ruhenden *Verkehrs*, die bereits im Plan von 1964 enthalten waren (Umgehungsstraße für den Stadtteil C in der Talsohle: sie soll zugleich Urbino an eine neue Regionalstraße anschließen; Errichtung eines multifunktionalen Zentrums mit Supermarket, Polizeistation u.ä. anstelle der von DeCarlo vorgesehenen Rast- und Reparaturwerkstätte unterhalb der Porta Lavagine; Konstruktion einer weiteren Tiefgarage unter dem jetzigen Gymnasium zwischen Porta S. Lucia und Piazzale Roma: die Schule soll in ein zu restaurierendes ehemaliges Kloster verlegt, das häßliche, stadtbild-beinträchtigende Schulgebäude aus den 50er Jahren abgerissen und das Garagendach bepflanzt werden – mit Einverständnis aller im Stadtrat vertretenen Parteien!); erneute *Bestandsaufnahmen in der Altstadt*, einschließlich haustypologischer Untersuchungen, sollen über die *Veränderungsprozesse* seit den Erhebungen von 1959 Aufschluß geben. Der von DeCarlo ausgearbeitete (nicht verwirklichte) Detailplan für das Quartier Lavagine setzte – wie auch das erste Sanierungsvorhaben in Bologna – weitgehende Enteignungs- und Finanzierungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand voraus; Strategien, wie sie dort allmählich entwickelt wurden,¹⁶ sind in Urbino undenkbar: die Gemeinde besitzt keine sanierungsbedürftigen, für ein Modellvorhaben geeigneten Objekte; ihr Kaufpreis beträgt ca. 400000 Lit/qm (zum Vergleich: die Kosten für Neubauten nach den Normen des sozialen Wohnungsbaus wurden im Dez. 1981 mit 480000 Lit/qm Bruttoflä-

¹⁴ Quellen der Daten: G. DeCarlo (s. A 6) u. *ders.*, »Urbino. Ricerche preliminari...« (s. A. 15). Offizielle Statistiken ISTAT und Gemeinde Urbino; V. Emiliani, »Ventimila sradicati«, in »Il Messaggero« 8. 4. 1975; M. Maradei, »Il duca di Montefeltro ha il piacere d'invitarvi...«, in »L'Espresso«, Sommer 1981.

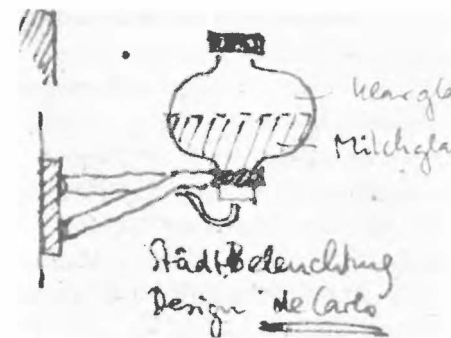
¹⁵ Vgl. »Urbino. Ricerche preliminari alle Varianti al PRG e agli strumenti attuativi«. Prima fase a cura di R. Faccin ed E. Mantese, Venezia 1980, 210 S. mit zahlr. Plänen

¹⁶ Zur Entwicklung des Bologneser Sanierungsmodells, seinem Planungsinstrumentarium und der Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus – Piani edilizia economica e popolare PEEP centro storico – vgl. die unter A 4 zitierte Publikation 02.002 und den illustrierten Rechenschaftsbericht der Gemeinde »Risanamento conservativo del centro storico di Bologna: Programmi, progetti, cantieri, realizzazioni, consuntivi, assegnazioni«, Comune di Bologna 1978.



Abb. 15 Typische Treppenstraße in der Altstadt: Blick von der Scaletta S. Giovanni zum Palazzo Ducale, nach einer Xylographie von R. Bucci

Abb. 16 Von DeCarlo entworfene Lampe für Seiten- und Treppenstraßen (1960)



che veranschlagt); weitere Schwierigkeiten ergeben sich durch das zersplitterte Wohnungseigentum auch in der Altstadt. Aus diesen Gründen wird man sich auf »Instandsetzungspläne« (Piani di recupero)¹⁷ und auf Festsetzungen in den Ausführungsbestimmungen der Variante (vgl. Anm. 7) zur Kontrolle der privaten Erneuerungstätigkeit beschränken müssen. –

Man hofft, die wichtigsten der vorgesehenen Eingriffe durch eine Nachfinanzierung des Sondergesetzes (vgl. Abschnitt III,1) realisieren zu können.¹⁸

3 – Maßnahmen im Stadtteil C: Das Gestaltungskonzept DeCarlos für dieses Erweiterungsgebiet (vgl. Abschnitt II: C und III,2) stieß sowohl bei seinen Planerkollegen als auch bei der Bevölkerung auf Widerstand: erstere kritisierten die flächenmäßige und räumliche Begrenzung der Stadt heute durch den »statischen« Plan – ein Stadtentwicklungsplan ist kein »Endprodukt« –, letztere lehnt die quer zum Hang gestellten Wohnblöcke – als »stecche« = Stangen bezeichnet – ab. Obwohl das Projekt »Pineta« noch nicht vollendet ist, wird für das nördlich angrenzende Gebiet, die letzte Baulandreserve der Stadt, ein Bebauungsplan nach den Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus (Piano edilizia economica e popolare – PEEP) aufgestellt; er sieht in einer aufgelockerten Hangbebauung 30 Wohnungen vor; 40% von ihnen können nach 10 Jahren von den Mietern erworben oder nach 20 Jahren von der Gemeinde verkauft werden.¹⁹ Im ganzen Stadtteil sind Maßnah-

¹⁷ Das Gesetz Nr. 457 (1978) »Zehnjahresplan für den Wohnungsbau« bestimmt in Art. IV, daß 15% der Mittel des öffentlichen Wohnungsbau für Sanierung und Modernisierung verwendet werden müssen; die Gemeinden können sog. »Instandsetzungszonen« ausweisen und in »Instandsetzungsplänen« Maßnahmen festlegen. Für kleine Städte mit stagnierender Einwohnerzahl ist die Aussicht auf Mittelzuteilung nach dem Zehnjahresplan jedoch gering.

¹⁸ Durch Sondergesetze, verbunden mit Finanzierungs- und Nachfinanzierungsprogrammen, wurde in Italien eine ganze Reihe von bedeutenden Altstädten gerettet bzw. nach Naturkatastrophen wiederhergestellt, z. B. Assisi, Orvieto, Todi, Tuscania; nur im Falle der Großstadt Venedig haben die bisherigen 5 (!) Sondergesetze kaum Erfolge gezeitigt.

¹⁹ Der Verkauf von Sozialwohnungen unter bestimmten Bedingungen ist in Italien seit Bestehen der »Arbeiterwohnungsanstalten« üblich. Ihr effektiver Bestand ist daher im europäischen Vergleich sehr gering, ca. 3–5% des gesamten Wohnungsbestandes gegenüber 20–25% in der Bundesrepublik Deutschland.

men zur Verbesserung des Wohnumfeldes geplant. Die unter 2 – und 3 – skizzierten Projekte werden im städtischen Planungsamt (Ufficio del Piano), das zunächst für das Jahr 1982 durch ein 4-köpfiges Mitarbeiterteam verstärkt worden ist, ausgearbeitet. Die Koordinierung und Beratung hat der bekannte Urbanist Leonardo Benevolo übernommen.

Die *Beteiligung der Bevölkerung* an den Planungsprozessen geht kaum über den normalen, gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen hinaus: 60tägige Ausstellung der Pläne bzw. Varianten nach ihrer Annahme durch den Stadtrat; zusätzliche Informationen, besonders über die öffentlichen Maßnahmen, während dieser (Einspruchs-)Frist. Dies überrascht angesichts der Forderungen der letzten Jahre nach mehr Partizipation, Basisdemokratie und Mitsprache.²⁰

Schlußbemerkung:

Die Autorin dankt den Mitarbeitern des Büros Prof. DeCarlo in Mailand und Urbino, vor allem aber dem Leiter des Planungsamtes in Urbino, ing. Carlo Giovannini, Prof. Benevolo/Brescia und den Kollegen P. Boninsegna, F. Siravo, S. Gennari und A. Londei für die zahlreichen mündlichen Informationen und schriftlichen Unterlagen; ohne ihre Mithilfe wäre die Abfassung dieses Beitrages nicht möglich gewesen. – Die Skizzen wurden freundlicherweise von Dipl. ing. arch. H. G. Hofmann zur Verfügung gestellt.

²⁰ Mit dem Partizipationsproblem setzte sich außer G. DeCarlo während der Vorbereitung seiner Pläne und Projekte für Urbino besonders auch Livio Sichirollo auseinander; vgl. L. Sichirollo, »Una realtà separata? Politica, urbanistica, partecipazione« Firenze, Vallecchi ed. 1972.

Die Autoren

Über PETER BREITLING, Inhaber des Lehrstuhls für Städtebau und Landesplanung an der Universität Graz, ist bereits im 4. Jahrgang (1977) dieser Zeitschrift, S. 133 f. berichtet worden.

Zu HARTMUT GROSSHANS Leiter der Abt. Planung und Technik des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen in Köln, vgl. die Kurzbiographie im 8. Jahrgang (1981), S. 474 dieser Zeitschrift.

CLEMENS GEISSLER, Prof. Dr.-Ing., Leiter des Instituts für Entwicklungsplanung und Struktur-forschung an der Universität Hannover, geb. 1931, Handwerkslehre, Studium in Münster (Hochbau), Tätigkeit in einem Architekturbüro, Studium in Hannover (Architektur/Stadtplanung), Assistent bei Professor Wilhelm Wortmann, Aufbau der Arbeitsgruppe Standortforschung. Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen-Bremen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit. Zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten und Veröffentlichungen zur sozialen und kulturellen

Infrastruktur, zum Wohnungs- und Siedlungswesen, zum sozialen Wandel, zur regionalen Entwicklung.

INGRID BROCK, die überwiegend in Rom lebt, studierte Architektur (Dipl.-Ing. 1969) an der TH Darmstadt. Nach dem Aufbaustudium für Denkmalpflege an der Universität Rom (»Master of Architectural Restoration« 1972) wirkt sie in Rom in Zusammenarbeit mit dem International Center for Conservation (UNESCO). Zahlreiche Fachveröffentlichungen, u. a. ein umfassender Bericht über »Aufnahme und Bewertung historischer Stadtstrukturen in Mitteleuropa« im 7. Jahrgang (1980) dieser Zeitschrift (S. 29–57). Mitarbeit am Bericht »Sanierung historischer Städte im Ausland« der Deutschen UNESCO-Kommission (Forschungsreihe »Stadtentwicklung« des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau Bonn, 02.002) und der gemeinsamen Europäischen Kulturstudie »Erhaltung, Erneuerung und Wiederbelebung alter Stadtbezirke in Europa« (Forschungsreihe »Stadtentwicklung«, 02.023 1981).

Bericht

Geschichte in der Kulturarbeit der Städte

Unter diesem Titel sind »Hinweise des Deutschen Städtetages« erschienen (Deutscher Städtetag, Reihe C, DST-Beiträge zur Bildungspolitik Heft 13, 1982), die anknüpfen an ein Kolloquium des Berliner DIFU vom 29./30. April 1980 zu »Problemen der Stadtgeschichtsschreibung« (Informationen zur modernen Stadtgeschichte IMS, Beiheft 1 1981). Damals mündeten Kurzreferate und Diskussionsvoten zu Aufgaben, Formen und Problemen heutiger Stadtgeschichtsschreibung in folgende Resolution ein: »Die Teilnehmer des Kolloquiums schlagen als Ergebnis ihrer Beratungen vor, daß der Kulturausschuß des Deutschen Städtetages der Erforschung und Darstellung der Stadtgeschichte intensive Aufmerksamkeit widmet. Ein Nachholbedarf besteht dabei insbesondere für das 19. und 20. Jahrhundert mit den wichtigen Prozessen der Urbanisierung und der politischen Umbrüche, die Lebensverhältnisse und Erscheinungsbild der heutigen Stadt prägen...« (ebenda S. 138 f.).

Der Kulturausschuß des Deutschen Städtetages berief daraufhin als Vertreter der Kommunen Stadtrat Dr. Glaser, Nürnberg (Vorsitzender), Oberbürgermeister a. D. Helmle, Konstanz (stellvertretender Vorsitzender), Beigeordneten Dieckmann, Düsseldorf, Kulturreferent Dr. Mayer, Lahr, Beigeordneten Dr. Snethlage, Düren, für die Vertreter der Städtegeschichte Dr. Engeli, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin, Prof. Dr. Hofmann, TU Berlin, Dr. Höroldt, Stadtarchiv Bonn, und den Unterzeichneten als wissenschaftlichen Vorstand des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Münster. Die Federführung in diesem Arbeitskreis lag bei dem Beigeordneten des Deutschen Städtetages Dr. Helmut Lange, der als Bearbeiter auch für die Redaktion des Heftes Verantwortung trägt. Es zeigte sich sofort, daß der so gebildete Kreis angesichts der jedem vor Augen stehenden Probleme

unserer Städte in der heutigen Gesellschaft auf eine enge Kooperation angewiesen war, wodurch die Verhandlungen durchaus in einer entspannten Atmosphäre geführt werden konnten. Andererseits sei gerne zugegeben, daß die jeweiligen, fast immer ganztägigen Sitzungen in Nürnberg, Berlin, Münster, Konstanz und Bonn durch anstrengende Diskussionen in der Sache gekennzeichnet waren. Wer einmal verfolgt hat, wie in einem Arbeitskreis ein solcher Schriftsatz entsteht, weiß, wie dabei um die inhaltliche, aber auch sprachliche Gewichtung einzelner Sätze gerungen werden muß. Kennzeichen dieses Prozesses von der gegenseitigen Argumentation zu einer abschließenden, von allen gemeinsam getragenen Formulierung sind in dem fast 60 Seiten umfassenden Text durchaus erkennbar. Dabei war besonders hilfreich, daß über die beteiligten Mitglieder des Arbeitskreises weitere kommunale und wissenschaftliche Einrichtungen befragt werden konnten und daß der Kulturausschuß des Städtetages in seinen Sitzungen regelmäßig die Zwischenergebnisse beriet.

Unter diesen ausgesprochen günstigen Voraussetzungen verwundert es nicht, daß das jetzt vorliegende und über die Wirtschaftsverwaltungsgesellschaft mbH. des Deutschen Städtetages in Köln (Postfach 510620) zu erwerbende Ergebnis der Verhandlungen (DM 6,- + MwSt.) erheblich über das hinausgeht, was als Nahziel von den Teilnehmern der Berliner Tagung angesehen wurde. Vielmehr werden nach einer Standortbestimmung der Geschichte innerhalb der Aufgaben der Kommune grundsätzlich die wissenschaftlichen Rahmenbedingungen sowie Wege und Möglichkeiten der Vermittlung geschichtlicher Kulturarbeit verfolgt. So erklärt sich, daß die Stadtgeschichtsschreibung nur noch als ein Unterpunkt des Schriftsatzes erscheint, wobei additiv mögliche Formen nachgewiesen, auf eine Wertung oder eine Formulierung von »Richtlinien« aber verzichtet wird. Die Verzahnung mit

den Berliner Überlegungen ist naturgemäß gerade hier sehr deutlich greifbar. Angemerkt sei, daß die Diskussion zu Formen und Inhalten von Stadtgeschichtsschreibung weitergeht, wozu ohne Zweifel neuere Vorhaben auch neue Argumente liefern.

Für die Arbeitsgruppe und auch für den Kulturausschuß des Deutschen Städtetages war für den Augenblick wichtiger zu konstatieren, daß in der gegenwärtigen Gesellschaft das Interesse an der Geschichte der eigenen Stadt, an der Alltagsgeschichte wächst. Dieses Interesse gilt es, in die Kulturarbeit der Kommunen einzubinden, um so auch »Möglichkeiten zur sozialen Identifizierung« zu geben. Dazu ist es notwendig, die einzelnen Träger der geschichtlichen Kulturarbeit wie Stadtarchiv, Stadtmuseum, aber auch die übrigen Ämter der kommunalen Verwaltung, interessierte Vereine und Einzelpersonen, zusammenzuführen, um gemeinsam die anstehenden Aufgaben zu erfüllen. Von diesen Trägern, die unter dem Abschnitt Vermittlung der geschichtlichen Kulturarbeit einzeln auf Möglichkeiten einer Mitarbeit hin vorgestellt werden, wird unter den wissenschaftlichen Rahmenbedingungen besonders die Situation der Stadtarchive und Stadtmuseen behandelt. Hieran schließt sich die Vorstellung neuerer Methoden (vergleichende, interdisziplinäre und statistische Methoden, Oral History) und Felder der Stadtgeschichtsforschung an. Hierbei wird einerseits auf noch heute erkennbare Kontinuitäten der vorindustriellen Stadt verwiesen, andererseits eine umfassende

Notizen

Erhaltung und Zerstörung

Burgen und Ruinen beflügeln seit je die Phantasie des Menschen, den Behörden aber bereiten sie Sorgen. Die Denkmalpflege steht vor einer schier unlösbaren Aufgabe, und was getan wird, befriedigt nie ganz. Baden-Württemberg ist reich an Burgen, die unter den Kulturdenkmälern eine be-

Erforschung der Städte im 19. und 20. Jahrhundert gefordert. In diesem Zusammenhang kommt etwa Projekten zur Industriekultur Prisma Charakter zu.

Wer schließlich die konkreten Hinweise zu einer Verstärkung der geschichtlichen Kulturarbeit in den Städten liest, wird wahrscheinlich über die Zurückhaltung erstaunt sein. Vor allem geht es um die Kooperation in den Städten und um die Frage, in welcher Weise Stadtarchiv und Stadtmuseum auch die Vermittlung von Stadtgeschichte übernehmen können. Daß eine allgemeine Unterstützung der Forschung in den einzelnen Städten, aber auch in den regionalen und überregionalen Arbeitskreisen und Instituten gewünscht wird, versteht sich von selbst, jedoch ist hierbei keineswegs die augenblickliche Finanzlage vor allem der Kommunen aus dem Auge verloren. Besonders nützlich ist der umfangreiche Anhang, in dem etwa vom Institut für vergleichende Städtegeschichte bibliographische Hinweise zu ausgewählten und beispielhaften neueren stadtgeschichtlichen Arbeiten gegeben werden. Ebenso dokumentieren Übersichten die Lage der Archive, der Museen, der Stadtgeschichtsschreibung und der Geschichts- und Heimatvereine. Ohne Zweifel verdienen die hier bereitgestellten Materialien wie die Hinweise generell die Beachtung aller an Stadtgeschichte interessierten Einrichtungen.

Münster

Wilfried Ehbrecht

sondere Gruppe bilden, denn eindringlich legen diese vielgestaltigen, wehrhaften Wohnbauten Zeugnis ab von der Landesgeschichte und dem Leben des Adels im Mittelalter. Die Denkmalpflege bejaht die Notwendigkeit der Erhaltung, steht aber vor einem Dilemma. Ohne Pflege gehen die Ruinen rasch zugrunde, Pflege aber stört, weil der Verfall zu ihrem Wesen gehört.

Man befürchtet den Verlust originaler Bausubstanz, Verfälschung und Zerstörung historischer Spuren. Der Bestand sollte deshalb stets sorgfältig dokumentiert und bauarchäologisch erforscht werden, bevor die Sanierung dies für alle Zukunft unmöglich macht. Doch dazu reichen die Möglichkeiten des Denkmalamts personell und finanziell nicht aus. Obwohl seit 150 Jahren gefordert, gibt es noch nicht einmal eine sorgfältige Bestandsaufnahme und Dokumentation aller Burgen im Lande.

Das Ziel, den Status quo zu konservieren, stößt auf viele Hindernisse: Sicherheitsdenken, der Tourismus und die immer stärker um sich greifende strafbare Unsitte, selbst Archäologie spielen zu wollen. Die Handwerker beherrschen kaum noch die alten Techniken, möchten perfekt arbeiten, verlangen hohe Lohnkosten und kommen nur ungern an die entlegenen kleinen Baustellen. Mit falscher Mörtelzusammensetzung sind künftige Schäden schon vorprogrammiert.

Hinterher sieht plötzlich alles ganz anders aus, als man es sich vorher vorgestellt hat. Zweidimensionale Pläne maßstabsgetreu in die räumliche Wirklichkeit zu übertragen, gezeichnete Häuser in eine städtebauliche Situation einzupassen, diese Aufgabe fällt schon, wie Bausünden allerorts erkennen lassen, manchem Fachmann schwer. Frankfurt geht neuerdings ganz eigene Wege, der Phantasie seiner Bürger behutsam auf die Sprünge zu helfen, spielerisch sozusagen. In Zusammenarbeit mit einer Spielzeugfirma, deren naturgetreue Produkte sonst die üppigen Modelleisenbahnbauten im Kinderzimmer mit Leben füllen, entstand jene historisierende Häuserzeile, die die Frankfurter Stadtväter nach jahrzehntelangem Hin und Her schließlich in ihrer »guten Stube«, auf dem Römerberg, zwischen Rathaus und Dom plazieren wollen, um den Glaskästen in der Nähe etwas vermeintlich Bürgernahes entgegenzusetzen. Dafür und dagegen kann man vieles vorbringen – und hat es auch reichlich getan. Gleichwohl scheint es zwischen den Parteien zu einer Art Versöhnung gekommen zu sein, sind doch nun die Gegner, die das Ganze eine Spielzeug-Stadt schimpften, bei den Befürwortern auf Resonanz gestoßen.

Der Plastikbausatz ist auf dem neuesten (unentschiedenen) Stand: sichtbares oder unsichtbares Fachwerk, das ist noch die Frage. Derweil im Römer noch die Feinheiten diskutiert werden, ist das Spielzeug seinerseits für alle Eventualitäten gerüstet: Fachwerkfassaden zum Überkleben werden zum gefälligen Gebrauch gleich mitgeliefert.

Vor einer Zerstörung des historischen Altstadtbildes haben in einer Unterschriftenaktion Hunderte von *Lüneburgern* protestiert. Der Bürgerverein und der über 600köpfige »Arbeitskreis Lüneburger Altstadt« wenden sich gegen Pläne, das Lüneburger Tor am Beginn der historischen Salzstraße durch zwei Neubauprojekte zu zerstören. Der letzte noch im Stadtbild erkennbare Stadteingang wird von zwei denkmalgeschützten Villen eingerahmt, neben die jetzt, so die Kritiker, »brutale Betonbauten geklotzt« werden sollen.

Das denkmalreiche alte *Schorndorf* soll in möglichst unversehrter Ganzheit überdauern: Mit großer Mehrheit hat sich der Gemeinderat endgültig für eine Schutzverordnung entschieden, die über die reine Denkmalbewahrung hinaus die optische Erhaltung des ganzen Stadtbildes zum Ziel hat. Der sogenannte Gesamtanlagenschutz für 9,6 Hektar Stadtkern, der jetzt von der Stadt, dem Landesdenkmalamt und dem Regierungspräsidium gemeinsam ausgearbeitet werden kann, soll dem »in selten klarer Form« (Denkmalamt) ablesbaren Erscheinungsbild der Fachwerkstadt auch rechtlich einen sicheren Rahmen schaffen.

Planungsamtschef Schwarz bestätigte zwar »sicher etwas mehr Auswirkungen auf die Nutzung der Grundstücke«, nachdem der Gesamtanlagenschutz auch das Erscheinungsbild sonst nicht geschützter Gebäude, Straßen oder Plätze umfasse und nach der Landesbauordnung bisher erlaubte Veränderungen zusätzlich genehmigungspflichtig mache. Bei einem schon vorhandenen Bestand von 38 eingetragenen, 92 allgemeinen Kulturdenkmälern und 72 unter Umgebungsschutz stehenden Gebäuden rechnet Schwarz indes nur noch mit rund 100 Ensemble-schutz-Objekten

Restauriert werden soll das *Geburtsaus von Karl Marx* in der Trierer Brückenstraße; denn das 1727 errichtete barocke Bürgerhaus ist baufällig geworden. Bis zum 14. März 1983, dem 100. Todestag des Philosophen und Begründers der nach ihm benannten Lehre, sollen die Restaurierungsarbeiten abgeschlossen sein.

Die *Hängebrücke* über die Argen zwischen Langenargen und Kreßbronn am Bodensee ist als technisches Kulturdenkmal von besonderer Bedeutung vom Regierungspräsidium Tübingen jetzt in das Denkmalsbuch eingetragen worden. Die Brücke gilt nach Angaben der Behörde als eine der ältesten und eine der letzten noch erhaltenen Hängebrücken in der Bundesrepublik. Sie war unter König Wilhelm II. von Württemberg in den Jahren 1897 und 1898 nach dem Vorbild der bekannten Schwurplatzbrücke in Budapest gebaut worden.

Die gesamte Innenstadt von *Konstanz* steht jetzt unter Denkmalschutz. Das Regierungspräsidium Freiburg genehmigte auch die vom Gemeinderat in Konstanz beschlossene Stadtbildsatzung, wonach es künftig der Stadtverwaltung möglich ist, innerhalb der Altstadt bei Neu- oder Umbauten Einfluß auf Fassaden- und Dachgestaltung zu nehmen. Die Konstanzer Altstadt ist noch weitgehend unbeschädigt, da Konstanz wegen seiner unmittelbaren Nähe zur angrenzenden Schweizer Stadt Kreuzlingen keine Bombardierungen oder andere Zerstörungen während des Krieges erfuhr.

In der mittelalterlichen Johanneskirche zu *Saalfeld* (DDR-Bezirk Gera) haben Mitarbeiter des Ost-Berliner Instituts für Denkmalpflege unter dicken Farbschichten wertvolle Deckenmalereien entdeckt, die um 1525 bis 1530 geschaffen wurden. Bei den Funden handelt es sich um etwa zweihundert verschiedene Pflanzendarstellungen sowie Symbole der vier Elemente, die das Chorgewölbe der nach 1300 errichteten Kirche schmücken.

Die aus Eichenholz gefertigten Deckenbalken der *Wartburg* bei Eisenach haben es Forschern er-

möglicht, den Baubeginn der Festung der ehemaligen thüringischen Landgrafen auf das Jahr 1168 zu datieren. Die Wartburg, die auch Zufluchtsort von Martin Luther war, soll nach ihrer Restaurierung ein zentraler Schauplatz für den 500. Geburtstag des Reformers sein, den die DDR im Jahre 1983 mit großem Aufwand feiern will.

In der Schweizer Grenzstadt *Stein am Rhein* (Kanton Schaffhausen) werden im Sommer 1982 erstmals alle Autos am Sonntag aus der historischen Altstadt verbannt. Der Stadtrat beschloß vom 1. Mai bis 1. September an Sonn- und Feiertagen ein absolutes Verkehrsverbot für Kraftfahrzeuge in der Altstadt.

Pflegeleichten Flachdächern fällt die altehrwürdige, mächtige Eisenkonstruktion aus der Jugendstilzeit als Bahnsteigüberdachung des badischen Bahnhofs in *Basel* zum Opfer. Zu hohe Renovierungs- und Instandhaltungskosten führten die Bundesbahndirektion zu dem Entschluß, die Hallen abreißen zu lassen. Bis zuletzt hatten sich deutsche und schweizer Denkmalschützer für den Erhalt der alten Bahnsteighallen in der deutschen Bahnhofsexklave in der Schweiz eingesetzt.

Die *Klosterkirche Einsiedeln* in der Schweiz wird mit einem Aufwand von 25 Millionen Franken (rund 30 Millionen Mark) in den nächsten 15 Jahren umfassend restauriert. Das Ziel ist, die Kirche ohne Veränderung der Architektur wieder ihrem ursprünglichen Zustand von 1752 anzugleichen. Schon 1975 war mit der Renovierung des unteren Chors begonnen worden, nachdem sich an den Gewölben Risse gezeigt hatten.

Das *Schloß Fontainebleau* kann wieder ganz besichtigt werden. Der seit über hundert Jahren für die Öffentlichkeit gesperrte ältere Teil des Schlosses, das sechzig Kilometer südlich von Paris liegt, ist nach Abschluß der Renovierungsarbeiten der Gebäude aus dem 16. Jahrhundert jetzt wieder für Besucher zugänglich.

Die 14 Empire-Säle des »Museums für französische Geschichte« im *Schloß von Versailles* bei

Paris, die kurz nach der Einweihung Mitte 1978 durch ein Attentat verwüstet wurden, sind wieder zu besichtigen. Die Säle zeigen Bilder über die napoleonische Zeit, das Konsulat und das Kaiserreich.

Istanbul, eine der faszinierendsten und geschichtsträchtigen Städte der Welt, droht sein Gesicht zu verlieren. Die prächtigen Zeugnisse und Spuren in Baudenkmalern zweier Weltreiche – des römischen und osmanischen – verschwinden zunehmend hinter dem Einheitsgesicht der ausufernden, überbevölkerten Metropole aus Beton. Die 2500 Jahre alte Stadt voller Moscheen, Paläste, Brunnen, üppigen Gärten und Parkanlagen, prächtigen Sommerpalästen aus Holz, den winkligen Gassen, in denen sich dicht an dicht pittoreske Holzhäuser mit kleinen Erkern drängen, gehört fast der Vergangenheit an. Eine weltweite Sonderaktion der UNESCO versucht nun zu retten, was noch zu retten ist. 250 Millionen Mark sollen durch Spenden für die Erhaltung eines alten osmanischen Stadtviertels und der vielfach zerfallenen und verkommenen Stadtmauer aufgebracht werden.

Schweizerische Vereinigung der Innenstadtorganisationen

In Solothurn haben sich die City-Vereinigungen von 17 deutsch-schweizer Städten zur Schweizerischen Vereinigung der Innenstadtorganisationen (SVI) zusammengeschlossen. Zweck der Vereinigung ist laut Statuten die Stärkung aller Organisationen, die sich mit der Förderung und Erhaltung der wirtschaftlichen Funktionen historisch gewachsener Stadtkerne beschäftigen. Der Zusammensetzung der Mitgliederorganisationen entsprechend, will die SVI vor allem dem Detailhandel und dem Gastgewerbe schweizerischer Innenstädte Plattform für Ideen- und Erfahrungsaustausch sein. Als Exponent gegenüber Behörden und Öffentlichkeit wird der Vereinigung das ebenfalls neu gegründete, in Zürich domizilierte Institut zur Aufwertung der Schweizer Stadtkerne Inter-Urban, zur Seite stehen, das

teils mit den Mitgliedsbeiträgen der SVI, teils durch Auftragsleistungen an Dritte finanziert werden soll. Zum ersten Präsidenten der SVI wurde Dr. René Rudolf (Stadtvereinigung Solothurn) gewählt; Leiter des Instituts Inter-Urban ist Peter Kotz, der während der vergangenen acht Jahre der Genossenschaft Junge Altstadt Winterthur vorgestanden hatte.

Die Bedeutung der wirtschaftlichen Funktion der Stadtkerne, so führte René Rudolf in seinem Antrittsreferat aus, komme in der Auseinandersetzung um deren Erhaltung und Gestaltung neben anderen Aspekten, etwa jenen des Heimatschutzes, zu kurz. Es werde allzu oft außer acht gelassen, daß eine funktionierende Wirtschaft – im Falle der von den City-Vereinigungen repräsentierten Betriebe attraktive Läden und Restaurants – die Basis für Lebendigkeit und Attraktivität der Kleinstädte und der Großstadtkerne bilde.

Daß es der Vereinigung der Innenstadtorganisationen und dem Institut Inter-Urban aber nicht allein um die wirtschaftliche Prosperität der Stadtkerne geht, machten die Worte von Peter Kotz deutlich, der diese in den weiteren gesellschaftlichen Zusammenhang von Begegnung, Kommunikation, Versorgung und Lebensraum, von materiellem und immateriellem Austausch, stellte. Nicht das Streben nach Marktdominanz stehe im Vordergrund, sondern das gemeinsame Bemühen um Existenzsicherung am Standort. Dazu gehört es seiner Ansicht nach, einer weiteren Konzentration im Liegenschaftsbesitz entgegenzuwirken, denn wo die Möglichkeit zur Einflußnahme auf die engste Umgebung fehle, mangle es bald auch an unternehmerischer Lust. Geschäftsaufgabe oder Abwanderung in die (immerhin gut für den Privatverkehr) erschlossenen Einkaufszentren sei die Folge und – wenn sich diese Fälle häuften – eine Verödung der Stadtkerne. So wie in den Stadtzentren nach neuen, platzsparenden Wohnformen zu suchen sei, so seien auch platz- und kostensparende Verkaufsförmlichkeiten anzustreben, die es jungen, phantasievollen und innovationsfreudigen Unternehmern erlaubten, sich selbständig zu machen. Die Stadt dürfe durch Veränderungen nicht das Gesicht verlieren, sondern müsse – und hier könnten

Detailhandel und Gastgewerbe mehr als bisher beitragen – durch Gestaltung ein neues Gesicht bekommen.

Liberalisierung des Mietrechts

Eine Liberalisierung des Mietrechts und nachhaltige Schritte zur Belebung des Wohnungsbaues in der Bundesrepublik hat der Staatssekretär im Stuttgarter Finanzministerium, Heinz Heckmann (CDU), gefordert. Vor dem Landesverbandstag der Haus- und Grundeigentümer sagte Heckmann in Schwäbisch Hall, die Mieten müßten schrittweise an die allgemeine Kostenentwicklung angepaßt werden. Notwendig ist nach Heckmanns Ansicht auch die Einführung von Zeitmietverträgen bei »erwartetem familiärem Eigenbedarf des Vermieters und vor der Durchführung erheblicher Baumaßnahmen«. Der Vermieter müsse sich darauf verlassen können, daß das Mietverhältnis nach Ablauf der Vertragszeit auch tatsächlich beendet werde. Auf diese Weise könne das Angebot an Mietwohnungen erhöht werden.

Grabungen

Auf Reste einer 200 Jahre alten Fayencefabrik sind Archäologen bei Ausgrabungen in der *Kieker Innenstadt* gestoßen. Unter den Fundamenten eines abgerissenen Bankgebäudes in einem Sanierungsgebiet wurden zahlreiche Scherben alter Fayencen entdeckt, die einen Einblick in die Produktionspalette der Manufaktur boten.

Bei Ausschachtungsarbeiten für eine Tiefgarage ist in *Mainz* ein Römerschiff entdeckt worden, das nach ersten Erkenntnissen deutlich größer und auch älter zu sein scheint als die neun anderen Schiffe, die einige Monate zuvor gefunden worden waren. Das nach Einschätzung des Landesamtes für Denkmalpflege aus dem 1. bis 2. Jahrhundert nach Christus stammende römische Lastschiff kann nur etwa zur Hälfte freigelegt und geborgen werden. Die andere Hälfte lagert unter einem angrenzenden Wohnhaus.

Auf die Überreste einer Etrusker-Großstadt aus dem fünften vorchristlichen Jahrhundert sind Archäologen in der Nähe von *Mantua* in der Lombardei gestoßen. Der aufsehenerregende Fund erhärtet die These, daß die Stadt, in der Vergil geboren wurde, eine etruskische Gründung ist. Die Fundamente der antiken Siedlung liegen zwölf Kilometer außerhalb des heutigen Mantua am Fluß Minico. Die Funde – Bronzearbeiten sowie etruskische und aus Griechenland stammende Töpferwaren – und die Spuren von breiten Straßen deuten darauf hin, daß die Etrusker-Stadt ein wichtiger Umschlagplatz für den Handel war.

Eine Gräberstadt aus der römischen Kaiserzeit ist in der süditalienischen Region Basilicata beim Umpflügen eines Ackers entdeckt worden. Archäologen legten in der Nähe von *Metapont* zehn Gräber frei, die nach ihrer Meinung aus dem ersten und zweiten Jahrhundert nach Christus stammen.

Schwedische Archäologen, die geglaubt hatten, eine *Holzbrücke* aus dem achten Jahrhundert entdeckt zu haben, waren überrascht, als jüngste Untersuchungen das Alter der Brücke noch weiter zurückdatierten, und zwar bis in das Jahr 400 vor Christi Geburt. Dr. Lars Löfstrand vom Institut für Baumkunde der Universität Uppsala bestätigte, daß eine Überprüfung des Holzes nach der Radiokarbonmethode ergeben habe, daß die schätzungsweise 100 Meter lange und vier Meter breite Brücke an die 2350 Jahre alt sei.

Die wahrscheinlich *älteste prähistorische Skulptur* in Ägypten hat der Heidelberger Wissenschaftler Dr. Josef Eiwanger bei einer Ausgrabung am Westrand des Nildeltas gefunden. Die etwa 7000 Jahre alte Skulptur, die einen Männerkopf darstellt, besteht aus gebranntem Nilschlamm und hat Löcher für Haupt- und Bart Haare.

Museen und Ausstellungen

Die Bundesregierung und die DDR haben den *Austausch von Architektur-Ausstellungen* in Ost-Berlin, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg und in Hamburg vereinbart. Am 13. September 1982 beginnt im Ausstellungszentrum am Fernsehturm in Ost-Berlin eine vom Münchner Architekten Hermann Grub zusammengestellte Ausstellung »Erholungsraum Stadt«. Am Beispiel der Städte München und Nürnberg zeigt sie Probleme der Stadterneuerung und der innerstädtischen Erholungslandschaften. Anschließend wird sie in Karl-Marx-Stadt und Magdeburg zu sehen sein. Vom 18. November 1982 bis zum 16. Januar 1983 wird in der Hamburger Kunsthalle die DDR-Ausstellung »Karl Friedrich Schinkel« gezeigt. Die Schau knüpft an die umfangreiche Schinkel-Präsentation im Alten Museum in Ost-Berlin an und gibt einen Überblick über die Werke des großen Architekten.

Im Kongreßzentrum der eidgenössischen Stadt *Kaiseraugst* tauschten 50 Fachleute badischer, Schweizer und Elsässer Museen, organisiert in der Arbeitsgruppe »Kultur« des dreiseitigen Regionalausschusses der Regierungskommission, ihre Erfahrung auf den Sektoren Museumsarbeit und Museumspädagogik aus. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Diskussion um bessere Kooperation der einzelnen Museen über die nationalen Grenzen hinweg. Unter anderem will man zukünftig die gegenseitigen Besuche von Schulklassen in Museen der einzelnen Länder systematisch fördern; weiterhin empfahl die Museumskommission den Museumsleitern der Regio, für die Besucher spezielle, mehrsprachige Informationsmaterialien zu konzipieren. Neben dem bereits bekannten »Museumskurier« – dort findet man Kurzdarstellungen einzelner Ausstellungen in der Regio – soll nun noch zwischen den Museumsverantwortlichen in Form eines Handbuchs intern ein besserer Informationsaustausch zustandekommen.

Veranstaltungen

Das Institut für Städtebau und Wohnungswesen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung München veranstaltet im Herbst 1982 folgende Seminare und Fachtagungen: Wie wirkt die Stadt? – Welche Hinweise für ihre Gestaltung können Psychologie und Soziologie geben? (15.–17. 9. in München); Bauleitplanung: Flächennutzungsplanung, Rahmenplanung, Bebauungsplanung (20.–24. 9. in München); Regional- und Landesplanung (4.–6. 10. in München); Stadterneuerung und Denkmalpflege (6.–8. 10. in Bamberg); Energieversorgungskonzepte für die Bauleitplanung (11./12. 10. in München); Abschluß und Abrechnung von Sanierungsmaßnahmen nach dem StBauFG (14./15. 10. in München); Aktuelle Entschädigungs- und Schadenhaftungsprobleme bei rechtmäßigen und ungültigen Bebauungsplänen und bei Fehlern im Baugenehmigungsverfahren (14./15. 10. in München). Anschrift: Steinheilstraße 1, 8000 München 2.

Preise

Die von der Stadt Esslingen – Sitz der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt – getragene Dr. Fritz Landenberger-Stiftung, die ihre Existenz dem ersten Esslinger Oberbürgermeister nach dem Zweiten Weltkrieg verdankt, lobt den mit 15 000 DM dotierten *Dr. Fritz Landenberger-Preis* aus. Der einmal im Jahr zu vergebende Preis verfolgt das Ziel, die Erforschung der Esslinger Stadtgeschichte im allgemeinen sowie ihre Beziehungen zur Landesgeschichte zu intensivieren und auf diese Weise zugleich einen Beitrag zur Wissenschaftsförderung zu leisten. Das Anliegen der Dr. Fritz Landenberger-Stiftung richtet sich dabei sowohl auf die Stadtgeschichte als solche wie auf ihre interdisziplinären Verknüpfungen zu anderen, um die Erforschung des städtischen Lebens bemühten Fachgebieten.

Gemeinsam mit der Landesregierung und dem Arbeitskreis Heimattage hat der Württembergische Genossenschaftsverband den *Landespreis*

für *Heimatsforschung* ins Leben gerufen. Mit ihm sollen beispielhafte Leistungen gewürdigt werden, die Kenntnisse über die Heimat und somit Verständnis für die eigene Geschichte vermitteln.

Besprechungen

HILTRUD KIER, *Die Kölner Neustadt. Planung, Entstehung, Nutzung, Düsseldorf, Vlg. Schwann, 1978 (= Beiträge zu den Bau- und Kunstdenkmälern im Rheinland, 23), 240 S., 539 Abb., 2 Farbtafeln, Heft mit Planbeilagen, DM 78,-*

In den letzten zehn Jahren, wohl angeregt durch das »Corpus« über die Wiener Ringstraße, sind Stadterweiterungen ins Blickfeld der Architekturgeschichte gerückt. Die hier anzuzeigende Arbeit stellt eine der umfangreichsten deutschen Erweiterungsmaßnahmen vor.

Wie in vielen Städten erschwert auch in Köln der Verlust der Baupolizeiakten, mit Ausnahme der Bestände der vor 1939 abgebrochenen Häuser, die Arbeit. Die Autorin sah sich einem Bestand von ehemals etwa 4500 Einzelgebäuden gegenüber, von denen 25% im Zweiten Weltkrieg und 25% in der Nachkriegszeit zerstört worden waren. Die restliche Hälfte ist »in etwa originalem« Zustand erhalten.

Kiers Buch ist in zwei Hauptteile gegliedert. Im ersten bearbeitet sie die Geschichte der städtebaulichen Maßnahmen von 1816 bis etwa 1914: Auf knapp zwanzig Seiten werden die Entwicklung Kölns in der ersten Hälfte des 19. Jh. (Ausdehnung der Stadt innerhalb des Mauerrings des 12. Jh., Anwachsen der Einwohnerzahl von 52954 im Jahr 1816 auf 144772 im Jahr 1880, Ausbau der Stadt zur Festung nach 1816) und die ersten Ansätze zu einer Erweiterung (1864) skizziert. Bevölkerungsanstieg, Wohnungsnot, Verkehrsengpässe, Angst der Militärverwaltung vor einer Entfestigung und der Hausbesitzer in der Altstadt vor einem Sinken

Neben dem mit 5000 Mark dotierten Hauptpreis werden zwei Förderpreise mit jeweils 2500 Mark vergeben.

der Mieten und konkrete Initiativen privater Bankhäuser, das gesamte Festungs- und Rayongelände aufzukaufen, kennzeichnen die Situation in den sechziger und siebziger Jahren. Erste denkmalpflegerische Vorstöße von Kölner »Alterthumsfreunden« und des preußischen Generalkonservators F. v. Quast zum Erhalt der Stadtmauer und der Torburgen führen 1876 im Preuß. Abgeordnetenhaus (nicht im Reichstag wie K. schreibt) und 1877 im Reichstag zu heftigen Auseinandersetzungen, die leider nur unzureichend behandelt werden. Auch der Umschwung innerhalb der Stadtverwaltung, die Erweiterung in eigener Regie durchzuführen, wird in seinen lokalpolitischen, militärischen, finanzpolitischen und denkmalpflegerischen Motivationen immer noch besser in G. Neuhaus, Die Stadt Cöln im ersten Jahrhundert unter Preussischer Verwaltung, Bd. I, 2, Köln 1916, dargestellt.

Um so ausführlicher und über Neuhaus weit hinausgehend folgt in den anschließenden Kapiteln über die eigentliche Stadterweiterung und ihre Durchführung eine intensive Aufarbeitung der Akten und des Baubestandes. Die Erweiterung des alten Stadtgebietes von 400 auf 850 Hektar sollte auf Grund eines Wettbewerbs erfolgen. Im Oktober 1880 zeichnet die Gutachterkommission von 27 eingesandten Plänen die Arbeiten von J. Stübgen und K. Henrici mit einem 1. und 2. Preis aus. Jeweils in enger Verbindung mit aktenmäßig erhaltenen Äußerungen, gedruckten Quellen in Bauzeitschriften und Tageszeitungen stellt K. die einzelnen Pläne vor, belegt an Hand zeitgen. Äußerungen die Vor- und Nachteile der Entwürfe und zeichnet den Weg

bis zum Vertragsabschluß mit J. Stübben vom Mai 1881 über die Aufstellung eines Bebauungsplanes. Hilfreich wäre hier der Abdruck der Erläuterungsberichte zu den preisgekrönten Entwürfen in einem Anhang gewesen. Undeutlich muß wegen der Quellenlage die Rolle Henricis bleiben.

Einzelne Elemente des endgültigen Planes, die für das Bild der Kölner Neustadt entscheidend wurden, wie die Ringstraße, die Bahnhofsfrage, die Beseitigung der mittelalterlichen Befestigungen, die Anlage von Grün- und Architekturplätzen beschreibt und analysiert K. in instruktiver Weise und scheut sich nicht, hier langwierige Planungsdiskussionen innerhalb der Verwaltung, mit den Grundbesitzern und Architekten wiederzugeben. Aus der Fülle von Aspekten, die beim Entstehen der Neustadt wichtig wurden, sei nur auf die scheinbar am Rande liegenden Straßen- und Platznamen hingewiesen, die deutliche dynastische, »völkische«, historische (Straßenamen etwa als »Denkmal« für den Krieg 1870/71) und geographische Bezüge aufweisen und mit den von K. herausgearbeiteten Bewohner- und Benutzerstrukturen der Neustadt in Verbindung gebracht, eine aussagekräftige Kombination von Sozial-/Identifikations- und Bedeutungstopographie ergeben. Gemessen an diesen feinsinnigen Beobachtungen wird anderen Bereichen ein zu geringes Gewicht verliehen. Zu nennen sind vor allem die Stadtmöblierung (Kioske, Laternen, Bänke), die in Stübbens Theorie eine große Rolle spielen. Lediglich eine Anmerkung verrät in K's. Buch etwas von der überragenden Bedeutung, die Hygiene und Kanalisation in der Stadt des 19. Jahrhunderts spielten. Auch die Rolle des Verkehrs wird nur am Rande berücksichtigt (am Beispiel der Pferdebahn). Gewinnbringend ist der Abschnitt über die Wohnungspolitik und die Rolle der Bauspekulation, der durch ein 15seitiges Zitat aus dem Buch von L. Lenz, *Die Mietskaserne in Köln*, Bonn 1930, angereichert wird. Die Stadt hatte bis 1905 einen Reingewinn durch Grundstücksverkäufe von 16 Millionen Mark gemacht und die private Spekulation als wichtigen Entwicklungsfaktor in ihre Überlegungen eingeplant. Detailliert wird dargestellt, wie Stadtverwaltung und private Unterneh-

mer über den Weg der Bodenspekulation und durch die Plangestaltung für eine Quartiersbildung sorgen (Arbeiterviertel in der Nähe von städtischen Ver- und Entsorgungsbetrieben – Villenviertel nahe den Parkanlagen; künstliche Bodenverteuerung durch Mehrfachverkäufe).

Sicher wäre am Schluß des ersten Hauptteils ein Vergleich mit anderen bedeutenden Stadterweiterungen in Europa und mit der zeitgenössischen Planungstheorie lohnend gewesen.

Der zweite Hauptteil enthält einen Katalog, in dem Straßen, Plätze und Parkanlagen in alphabetischer Folge verzeichnet sind. Jedem Straßennamen folgen Eintragungen über den Straßenverlauf, die Planungsgeschichte, die Benennung, die Charakteristik, die Art der Bebauung, über die Datierung und über Inschriften, Verweise auf Akten, Fotos und Nutzung, über Literatur und Erhaltungszustand der Einzelgebäude. Ein Verzeichnis von Architekten, Bauunternehmern, Maurermeistern und Bildhauern mit wichtigen Lebens- und Arbeitsdaten schließt sich an. Die Literaturangaben zu den einzelnen Personen wären allerdings durch die Nekrologe in Bauzeit-schriften wesentlich zu erweitern gewesen, so gehen die Angaben über Thieme u. Beckers Künstlerlexikon kaum hinaus. Sehr nützlich sind die Verzeichnisse der Karten, Pläne und Abbildungen, die jeweils Auskunft über den Fundort, Archivnummern und das Datum der Aufnahme geben. Ein Literaturverzeichnis, bei dem besonders auf die Werke Stübbens hingewiesen werden soll, schließt den Text ab.

Der Abbildungsteil enthält 539 Abbildungen von Einzelbauten, Straßenfluchten, Ensembles, Plänen, einigen Innenräumen und von Baude-tails. Zwei farbige Faltafeln nach Stadtansichten von J. Scheiner, die Köln vor und nach der Durchführung der Erweiterung zeigen, liegen bei. Ergänzend erscheint zu dem Band ein Heft mit 32 Faltplänen, die von frühen Erweiterungsprojekten über die Wettbewerbsarbeiten und die Detailpläne Stübbens die Neustadt bis in die fünfziger Jahre dokumentieren (leider fehlt der erste Plan von 1864).

K. weist mehrfach darauf hin, daß ihr Buch keine Architekturgeschichte der Kölner Neustadt sein kann; wenn das auch untertrieben scheint,

so sind die von ihr einer zukünftigen Arbeit vorbehaltenen Aspekte der Einzelbauuntersuchung, der Gebäudetypologie, der Stilwahl und der Geschichte der Baumaterialien notwendige Bestandteile zu einem vollständigen Bild der Kölner Stadterweiterung. Man wünscht sich vergleichbare Arbeiten, auch mit entsprechend aufwendiger Ausstattung, für andere Städte.

Hannover

Harold Hammer-Schenk

DIETER STIEVERMANN, *Städtewesen in Südwestfalen. Die Städte des Märkischen Sauerlandes im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit*, Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 1978 (= *Tübinger Beiträge zur Geschichtsforschung*, Bd. 6) 263 S., Ln., DM 74,-

Die vorliegende Arbeit ist 1976 als Dissertation an der Universität Münster angenommen worden. Der Verlag trug ihrem wissenschaftlichen Charakter dadurch Rechnung, daß er die Anmerkungen als Fußnoten setzen ließ, die einen bemerkenswerten Teil jeder Seite in Anspruch nehmen.

Im Vorwort spricht Vf. die Hoffnung aus, daß sein Werk »zur Bewahrung bzw. zum Aufbau einer historisch verankerten Identität der einzelnen Bürger und der städtischen Gemeinschaften beitragen kann. An der Bedeutung einer solchen Möglichkeit ist allein aufgrund der durch Bevölkerungsvermehrung, Stadterweiterung und Eingemeindung geprägten jüngsten Entwicklung der Städte nicht zu zweifeln. In materieller Hinsicht könnten vielleicht Anstöße zur Erhaltung geschichtlich gewachsener Stadtkerne im Rahmen der anstehenden Sanierungsvorhaben gegeben werden« (S. 7).

In seinem Text beschäftigt sich Vf. zunächst mit den »Voraussetzungen des Städtewesens im Märkischen Sauerland« und versucht, die »Grundzüge der frühen Territorialgeschichte des Märkischen Sauerlandes« darzustellen. Angesichts der unzureichenden Quellenlage ist die innere Gliederung der Landschaften in Graf-schaften und Gografschaften nicht eindeutig zu

klären. Die umfassend sachkundige Beschäftigung des Verfassers mit den in der einschlägigen Literatur vertretenen Thesen vermag jedoch, über den Charakter eines Berichtes vom Stand des derzeitigen Wissens hinausgehend, einen eigenen Standpunkt zur Territorialgeschichte der Orte Lüdenscheid, Altena-Wiblingwerde, Brekerfeld, Iserlohn und Neuenrade zu gewinnen.

In einem ersten großen Abschnitt behandelt Stievermann »Die Entfaltung des Städtewesens im Märkischen Sauerland« (S. 25–59). Systematisch werden die Auseinandersetzungen der Grafen von der Mark mit den Erzbischöfen von Köln behandelt. Der Streit um das Befestigungsrecht nimmt einen größeren Raum ein. Auch werden die topographischen Voraussetzungen (Höhen-siedlung und Talort) sorgsam berücksichtigt. In speziellen Abhandlungen geht der Verfasser dann auf die Gründungsakte von Iserlohn, Lüdenscheid, Bergneustadt, Neuenrade, Altena, Brekerfeld und Plettenberg ein. Die Untersuchung über den »Stadt-begriff und das Problem der Freiheiten (Minderstädte)« ist nicht nur für Historiker wichtig, sie dürfte auch für die Denkmalpflege unserer Gegenwart nützlich sein, wenn sie den Begriff »Altstadt« zu definieren hat.

Überzeugt, »daß die Definition der Stadt nur mit Hilfe einer Vielzahl von Kriterien, also durch einen kombinierten Stadtbegriff, möglich sein kann« (S. 56), ist der nächste große Abschnitt des Buches den »städtebildenden Kriterien« und den »Grundlagen des Städtewesens im Märkischen Sauerland« (S. 60–192) gewidmet. Zu den Kriterien rechnet der Verfasser das Wehrwesen einschließlich der Schützengilden; das Verkehrs-wesen (»Die Straßenlage«); die lokale Topogra- phie, dargestellt an den o. a. Städten; die städti- sche Gerichtsbarkeit; die städtische Selbstver- waltung; die Finanzquellen; die Wirtschaft und das Maß- und Münzwesen (leider werden weder die Hohlmaße, wie Malter und Scheffel, noch die Längen- und Flächenmaße in der Umrechnung auf heutige Maßsysteme angegeben). Hinter dem Titel »Die Stadtgemeinde« (S. 155 ff.) verbirgt sich die verwickelte Frage nach der qualitativen und quantitativen Ausdehnung des städtischen Herrschaftsbereiches – territorial, juristisch,

steuerlich gegenüber dem »platten Land«, den Nachbarstädten und gegenüber dem Landesherrn. »Das Verhältnis der Städte zu Stadtherr und dem Territorium« bildet dann den fünften Abschnitt der Arbeit. Für ihn genügen 15 Seiten, weil diese spannungsreiche Wechselwirkung bereits in den anderen Abschnitten und Kapiteln mitbehandelt wurde.

Ein weiterer Abschnitt ist dem Thema »Stadt und Kultus« gewidmet, worunter allein die Rolle der Kirche im städtischen Gemeinwesen zu verstehen ist. Eine Erklärung gibt der Verfasser am Ende seiner Ausführungen, indem er schreibt: »Die Sorge für das Seelenheil, für die Schulen, sowie für die Armen und Kranken waren für das Mittelalter noch eine Einheit, die jedoch zunehmend zerfiel und mit dem Sieg der reformatorischen Lehre auch im Märkischen Sauerland endgültig zerbrach« (S. 213).

War beim bisherigen Studium des Buches bereits aufgefallen, daß der Verfasser sich stilischer und treffend auszudrücken weiß, so wird die Lektüre seiner Zusammenfassung (S. 214–218) zu einem intellektuellen Genuß. Mit disziplinierten Formulierungen pointiert er sein vielschichtiges Thema. Eine seiner wichtigsten Erkenntnisse ist, »daß die Gründungen der behandelten Städte durch den Stadtherrn in erster Linie unter politisch-militärischen Gesichtspunkten erfolgte. Die ... herrschaftsbefestigende und verstärkende Funktion der Großburg war das Ziel, nicht etwa die Schaffung eines finanziell nutzbaren Wirtschaftsschwerpunkts« (S. 216f.).

Ein Anhang mit der Inhaltswiedergabe städtischer Privilegien, ein Quellen- und Literaturverzeichnis, Karten der »Ämter des Märkischen Sauerlandes um 1500«, von Iserlohn 1829, Altena 1897, Lüdenscheid 1830, Breckerfeld 1903, Neuenrade um 1638, und Plettenberg 1680, sowie Register der Orts- und Personennamen runden den aufschlußreichen Text des Bandes in erfreulicher Weise ab.

Pappenheim

Friedrich Mielke

TORSTEN MALMBERG, *Human Territoriality. Den Haag, Paris, New York: Mouton Publishers 1980. 346 S. (englisch)*

Dieses hervorragende Buch von Torsten Malmberg, Biologe und Professor für soziale Geografie an der Universität Lund, Schweden, nimmt eine gründliche Bestandsaufnahme der bis 1976 auffindbaren Materialien zum Thema Territorialität bzw. zum Wissenschaftszweig der »Territorialogie«. Es beschreibt, analysiert und vergleicht Ergebnisse von über tausend wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu diesem Thema. Es ist der erste Versuch einer wissenschaftlichen Analyse des Gesamtbereichs räumlicher, menschlicher Territorien. Bestehende Literatur wird zitiert, um so möglichst objektiv die Kriterien verhaltensartiger Territorialität aufzuzeigen. Das Buch umfaßt eine Einführung und drei Hauptthemen (Grundlegende Konzepte; Tierterritorien; menschliche Territorien), die in 44 Kapitel und diese in weitere Unterthemen systematisch aufgeteilt sind. Der quantitativ größte, gleichzeitig auch differenzierteste Schwerpunkt liegt auf dem Gebiet der menschlichen Territorien, bei denen wiederum die städtischen Komponenten dominieren. Ein Kapitel befaßt sich mit städtischem Freiraum. Die Behandlung des immensen und faszinierenden Materials schließt mit einer Bearbeitung zum Thema »Wirkungen und Funktionen« bzw. der Bedeutung und dem Versuch der Einordnung in eine evolutionäre Rück- und Vorschau. Dazu ergänzend gibt es eine klar abgefaßte »Zusammenfassung«, eine repräsentative Bibliografie, einen thematischen Index und ein Autorenverzeichnis.

Für Vf. ist Territorialität nicht nur ein quer durch die Disziplinen, sondern auch ein quer durch Raum und Zeit gehendes Konzept, das verschiedene natürliche, kulturelle sowie phylogenetische Ebenen aufweist. Deshalb beklagt Vf. auch die von ihm wahrgenommene gegenwärtige Gefahr der Aufsplitterung des integrativen Forschungsansatzes in separate Gebiete. Er wendet sich eindeutig sowohl gegen dogmatische bestimmte soziologische wie biologische Einengungen bzw. Einseitigkeiten der Forschung. Beispiel: Bodenbesitz wird nicht nur als ein kulturelles, sondern auch als ein auf Instinkt beruhendes Faktum gesehen und Forschungen bei-derlei Art neben- oder gegenübergestellt.

Ursachen und Funktionen von Territorium

werden von anthropologisch-, sozial- und verhaltenswissenschaftlich sowie physiologisch- und phylogenetisch orientierten Forschungen aus besichtigt. Es geht um das ganze Spektrum von Territoriumsarten, vom Territorium von Völkern u. Staaten über das Auto und das Grab als Formen des Territoriums bis hin zum Schachspiel, zur symbolischen Territorialität und den sakralen Elementen dieses Konzeptes.

Territorialität ist für Vf. keineswegs ein »reaktionäres Mittel«, eine Antithese zur offenen Gesellschaft, wie manchmal behauptet wird, sondern »die vielleicht einzige natürliche und damit solide Grundlage für die zwei Eckpfeiler der Demokratie: Freiheit und Gleichheit«, von größter Bedeutung in einer überbevölkerten, zusammenschumpfenden und problemereiften Welt.

Dieses umfassende, mit großem Sachwissen und Klarheit geschriebene Buch, an dem kein Satz überflüssig ist, das der Autor innerhalb von nur fünf, allerdings wohl sehr mühevollen Jahren der Arbeit neben seiner ordentlichen Tätigkeit als Hochschullehrer schrieb, ist sowohl dem auf Anwendung orientierten Praktiker, der humane Planung im Hochbau praktizieren möchte, wie auch dem forschenden Wissenschaftler zur Gewinnung eines Überblicks und als Anreiz zur weiteren Erforschung des Gebietes dringend und aufs wärmste zu empfehlen.

Hannover

Werner Y. Wolff

The City-State in Five Cultures, ed. by ROBERT GRIFFETH and CAROL G. THOMAS. Santa Barbara, Calif. – Oxford, Engl.: ABC-Clio 1981. 237 S., Abb., DM 15,-

Der Nachweis der Erscheinung des Stadtstaates als eines universalhistorischen und überkulturellen ist das Anliegen des anzuzeigenden Bandes. Er vereinigt fünf Beiträge amerikanischer und kanadischer Autoren über räumlich und zeitlich sehr verschiedene Stadtlandschaften (Sumer, das Griechenland der Polis, Italien im Hoch- und Spätmittelalter, die schweizerischen und deutschen Stadtstaaten vom 14. Jh. bis zum Ende des alten Reiches und die der nordnigerianischen Hausa von 1405 bis 1804) und einen sechsten, der im Vergleich ein Kriterienbündel prüft, das

zum einen den Stadtstaat in generalisierender Absicht definiert und zum anderen den Versuch der Erklärung seiner Entstehung unternimmt. Als essentiell erweisen sich dabei die politischen Umweltbeziehungen, die bei fehlender Ausprägung übergreifender Territorialmacht die Etablierung der kleinräumigen Einheit »Stadtstaat« ermöglichen. Neben auffälligen Übereinstimmungen, z. B. bezüglich der Dauer der stadtstaatlich geprägten politischen und kulturellen Entwicklungsperioden werden zwar die Unterschiede und damit die Grenzen des Vergleichs nicht vernachlässigt, nichtsdestoweniger ist die griffige Darstellung eines komparativ entwickelten Modells möglich (S. 194, S. 202–204). Voraussetzung dafür ist die offensichtlich intensive Zusammenarbeit der Autoren der Einzelbeiträge, die sich in derem aufeinander abgestimmten Aufbau dokumentieren. So beginnen sie jeweils mit der Darstellung der Rahmenbedingungen für die Entstehung der speziellen Stadtstaatenlandschaft, beschreiben deren äußere Gestalt, rechtliche, soziale und ökonomische Organisation und schließen mit der Erklärung des Niedergangs.

Mit dem Anliegen vergleichender Analyse und dem Mut zu begründeter Verallgemeinerung steht das Werk in der besten Tradition jüngerer amerikanischer Stadtgeschichtsschreibung, wie sie bisher z. B. durch Lewis Mumford (*The City in History*, 1961; deutsch: *Die Stadt. Geschichte und Ausblick*, 1963 u. 1979) und Mason Hammond (*The City in the Ancient World*, 1972) repräsentiert wurde. Die Überwindung der Konzentration auf Europa und den mediterranen Raum, die noch bei Mumford zu finden ist, und konsequent interkulturell und strukturell orientierte Betrachtung machen den Reiz eines Buches aus, das der Rezensent zu den wesentlichen stadtgeschichtlichen Neuerscheinungen der letzten Jahre zählt.

Tübingen

Olaf Mörke

GERD STEINWASCHER, *Die Zisterzienserstadthöfe in Köln. Bergisch Gladbach: Altenberger Dom-Verein e.V. 1981. 254 S., 16 Abb., 10 Karten. DM 48,-*

Der Verfasser bemühte sich um ein wichtiges und lange vernachlässigtes Kapitel aus der Geschichte der Städte und des nichtstädtischen Mönchtums. Erst seit den Arbeiten von Winfried Schich und Reinhard Schneider, bei dem diese Marburger Dissertation entstand, eröffneten sich neue Perspektiven der Forschung – eigentlich eine erstaunliche Tatsache, wenn man bedenkt, was für großartige Zeugen klösterlichen Bauens in der Stadt die noch erhaltenen Höfe darstellen. Bei einer großen Stadt wie Köln erwies sich dieses Thema als sehr ergiebig, und der Verfasser hat alle Chancen genutzt, die ihm die erhaltenen Klosterarchive und das Stadtarchiv boten. In sechs umfangreichen Kapiteln diskutiert er an den Kölner Höfen der Klöster Kamp, Eberbach, Altenberg, Heisterbach, Himmerod, Marienstatt und einiger Frauenzisterzen alle Fragen, die mit den Niederlassungen auf dem Land liegender Klöster in der Stadt zusammenhängen: Bauschicht, Topographie, Rechtsstellung, Besitz innerhalb und außerhalb der Stadt, Wirtschaftsprobleme wie Stapelplätze, Handels- und Geldgeschäfte, Verwaltung und die Aufgaben als Herbergen und Orte für Konferenzen und Zusammenkünfte. Dazu wurden wohl alle erreichbaren Quellen herangezogen und in dem umfangreichen Anmerkungsapparat aufgeführt. Der Leser begrüßt diese Gründlichkeit und auch die Konzentration auf Köln sehr – vergleichende Studien müssen sich jetzt anschließen, und zwar wird das vor allem auf Grund der Thesen im Schlußkapitel möglich sein. Hier faßt er die Funktionen der Pfleghöfe zusammen, als Anregung für weitere Forschungen in anderen Städten. Man wird dabei sicher im Fall Köln von einer gewissen Vollständigkeit der Funktionen ausgehen können. Besondere Hervorhebung verdienen einige Einzelergebnisse. Der Verfasser kann nachweisen, daß es sich bei den Höfen um Immunitäten handelte, für deren Existenz eine Kapelle eine wichtige Rolle spielte. Sie lagen in der Nähe der Märkte, aber nicht unmittelbar an den Marktplätzen. Das Problem der Besteuerung – sonst der wichtigste Streitpunkt zwischen Stadt und Klöstern – erlangte erst im 16. Jahrhundert eine gewisse Bedeutung, weil Köln im Mittelalter fast nur indirekte Steuern kannte. Der zuneh-

mende Einfluß der Stadt auf den geistlichen Besitz betraf auch den steuerfreien Weinausschank und -verkauf in den Höfen. Hier gelang es der Stadt, die Privilegien der Klöster aufzuheben und die Höfe in ihr Steuersystem einzubinden – allerdings nicht alle. Altenberg und Kamp mußten ihren Wein versteuern, während Eberbach es sich leisten konnte, bei der Menge und der Qualität seines Weinangebots Köln zu umgehen und weiter rheinabwärts einen Stapelplatz bei Zons zu errichten. Hervorhebung verdienen auch die großzügige Ausstattung auf bestem Papier, einige sehr gelungene Karten, ein umfassendes Literaturverzeichnis und ein zuverlässiges Register. Man kann dem Verfasser und dem Altenberger Domverein als Herausgeber zu dieser Publikation nur gratulieren.

Esslingen

Rainer Jooß

WALTER HOTZ, *Pfalzen und Burgen der Stauferzeit. Geschichte und Gestalt. Darmstadt: Wiss. Buchges. 1981. 360 S. 208 Bildtafeln sowie zahlreiche Zeichnungen.*

Das vorliegende Buch entspricht zunächst sicher nicht den Erwartungen, die in dem Mediävisten beim Lesen des Titels geweckt werden. Es sei gleich vorweggenommen, daß hier jenen Publikationen, die sich in den letzten Jahren doch relativ zahlreich der Pfalzenforschung angenommen haben, keine neue – vorwiegend theoretisierende – Schrift dieser Art hinzugefügt wurde. Und doch, oder gerade deshalb, füllt der Band eine schmerzlich empfundene Lücke, da letztlich ein Überblick über die verschiedenen Pfalzen und Burgen gefehlt hat. Walter Hotz füllt nun diese Lücke, und man kann fast sagen, in vorbildlicher Weise. Man kann sicher zu Recht feststellen, daß ihm hier ein Übersichtswerk im besten Sinne des Wortes gelungen ist. Diesem Charakter des Werkes entspricht es auch, daß in einer Einleitung nicht nur der Stand der Forschung referiert wird, sondern auch die Datierungsfrage, der Begriff selbst, die Bau- und Grundrißformen diskutiert werden. Hier zeigt sich, wie intensiv sich der Autor mit dem Problem der Pfalzen und Burgen in staufischer Zeit auseinandergesetzt hat, da

seine Veröffentlichungen auf diesem Gebiet bereits in die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurückreichen. Dem mag es vielleicht auch zuzuschreiben sein, daß die neueste Forschung weniger ausführlich beachtet wird. Nach weiteren einleitenden Bemerkungen werden die Burgen beziehungsweise Pfalzen nach Landstrichen geordnet behandelt. In diesen Abhandlungen liegt sicher der große Vorzug des Buches. Hotz hat es verstanden, hier wirklich die wesentlichsten Informationen über einen Burgen- oder Pfalzenbau zusammenzufassen. Nicht nur werden hier die wichtigsten Baudaten, Bauanlässe und ähnliche Informationen geliefert, sondern der Autor ist auch bemüht, durch bildliche Darstellungen, Pläne und Zeichnungen das Gesagte sinnfällig zu verdeutlichen. Fast jeder Burgbeschreibung ist ein Grundriß beigegeben und, wenn möglich, auch eine photographische Abbildung. Auf die betreffenden Zeichnungen bzw. Photographien wird am Rande des Textes hingewiesen. Eine Einrichtung, die man besonders hervorheben muß, da dadurch die Übersichtlichkeit wesentlich erhöht wird. Man kann so, praktisch auf einen Blick, die wichtigsten Informationen über die Burg, aber auch über deren Aussehen und Gestalt gewinnen. Der reichhaltige Tafelteil, der beinahe die Hälfte des Buches ausmacht, muß besonders erwähnt werden. Die Aufnahmen, die teilweise auch vom photographischen Standpunkt bemerkenswert sind, tragen dazu bei, daß man das Buch nicht nur mit wissenschaftlichem Interesse liest, sondern auch mit dem Durchblättern allein viel Freude hat. Die ausführliche Bebilderung, aber auch die zahlreichen Zeichnungen zeigen schon, daß die einzelnen Burgen doch in erster Linie vom kunsthistorischen Standpunkt betrachtet werden. Selbstverständlich werden historische Fakten beigegeben, doch vermißt man bei vielen Burgen die Behandlung einzelner Probleme. Besonders der Stadthistoriker wird betrübt feststellen müssen, daß kaum einmal versucht wird, Zusammenhänge zwischen Pfalz und Stadt herzustellen. Es wird zwar bei der einen oder anderen Burg erwähnt, daß diese einer Stadtgründung vorausging oder aber Teil der Stadtbefestigung war, doch werden aus dieser Tatsache keinerlei Schlüsse gezogen. Dies

muß sicher mit Bedauern zur Kenntnis genommen werden, da dadurch häufig, sicher unabsichtlich, der Eindruck erweckt wird, daß hier die Pfalz von Bedeutung sei und sonst nichts. Ein Eindruck, der doch die Entwicklungsgeschichte verfälscht. Dies entspricht sicher dem stark deskriptiven Charakter des Buches, das auch sonst nicht dazu neigt, Probleme aufzugreifen und sich zu einem neuen Standpunkt durchzuringen. Erwähnenswert ist hier sicher jene Ausnahme, wo Hotz seine Theorie einer »Pfalzenbauhütte« aufstellt. Verstanden wird hierunter, daß eine gemeinsame Bauhütte bei allen staufischen Pfalzenbauten bestanden haben muß. Aus dieser Tatsache sei daher auch die Einheitlichkeit staufischer Bauten abzuleiten. Diese Bauhütte hätte Poliere ausgebildet, die ihrerseits neue Bauhütten gegründet haben. Eine sicherlich interessante Hypothese, die dazu geeignet ist, viel zur Erklärung des Phänomens der Pfalzenbaukunst beizutragen.

Aus dieser Charakteristik des Werkes kann es wohl folgendermaßen kurz beschrieben werden. Schon vom Format her ist dieses Buch bestens als Handbuch geeignet, in der eigentlichen Bedeutung des Wortes. Es ist dem Verlag gelungen, hier ein Werk herauszugeben, das nicht nur jene gerne zur Hand nehmen werden, die sich eine übersichtliche Information über die verschiedenen Burgen und Pfalzen der Stauferzeit verschaffen wollen, sondern wohl auch jeder, der persönlich jene Bauten besuchen will. Wenn man das Buch liest, bekommt man große Lust, all jene Burgen selbst aufzusuchen und an Hand dieses Führers genau zu studieren. Mit Hilfe der beigegebenen Pläne wird es sogar in vielen Fällen möglich sein, sich längst versunkene Bauten vorzustellen und etwas in die staufische Epoche versetzen zu lassen. Wir haben es hier mit einer doch recht neuartigen Form einer wissenschaftlichen Publikation zu tun, die sicher nicht nur dem Historiker oder Kunsthistoriker Gewinn bringt, sondern wirklich jedem interessierten Laien bestens zu empfehlen ist. Das Buch wird nicht nur dem Wissenschaftler einen guten Überblick bieten, sondern kann auch ein fundierter Reiseführer sein.

Salzburg

Christine E. Janotta

Barock in Baden-Württemberg – vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zur Französischen Revolution, Ausstellung des Landes Baden-Württemberg vom 27. Juni bis 25. Oktober 1981, Band 1: Katalog, 767 S., zahlreiche, z. T. farbige Abbildungen, Band 2: Aufsätze, 509 S., zahlreiche Abbildungen, Hrsg. Badisches Landesmuseum Karlsruhe, zus. DM 48,–

Einen kaum gerechtfertigten »Rückstand an Bekanntheitsgraden, den die südwestdeutsche Barockkunst gegenüber dem weltweit berühmteren bayerischen Barock aufweist«, empfindet Ernst Petrasch in seinen Anmerkungen zu Thema und Programm der nach der Stauferausstellung zweiten großen Historienschau Baden-Württembergs innerhalb weniger Jahre. Diesen Rückstand aufzuholen und dabei die vielerlei Gestalten und Sonderformen, in denen die Barockkunst Südwestdeutschlands ihre Ausprägung fand darzulegen, sei das Anliegen der Ausstellung.

Als Ausstellungsort stand die Residenz der Fürstbischöfe von Speyer, das Schloß Bruchsal zur Verfügung, mit der berühmten Treppenanlage von Balthasar Neumann selbst ein Kunstwerk jener Epoche von allererstem Rang, das den angemessenen Rahmen und die stimmungsgleiche Aura anerbieten konnte.

Zur Präsentation und sorgfältigen Verzeichnung im Katalog kamen Gemälde, Skulpturen, Goldschmiedekunst, Möbel, Textilien, Keramik, Glas, Medaillen, bewegliche Kunstwerke aller Gattungen. Eine Einführung in die historischen und politischen Verhältnisse des Landes, Abteilungen mit architektonischen Planrissen und zur Restaurierung des Bruchsaler Schlosses ergänzten die Ausstellung. Keine Berücksichtigung fanden soziologische, gesellschaftspolitische und wirtschaftsgeographische Aspekte der Barockzeit sowie Musik und Dichtkunst. Bei aller Beschränkung auf die Werke der bildenden Kunst vermißte man jedoch eine kompetente Präsentation der Barockarchitektur, der Königin der Künste der Zeit des Absolutismus, an die man doch beim Stichwort Barock zuallererst denken wird.

Um so größere Aufmerksamkeit widmete man

den Werken der bildenden Kunst, deren Zusammenstellung aufgrund der vergleichsweise lückenhaften Forschungslage großen Einsatz und umfangreiche Recherchen erforderte. Hier sind für die Erforschung der barocken Kunstlandschaften Südwestdeutschlands von der Ausstellung und dem Katalogwerk viele Anstöße zu erhoffen.

Höhepunkte in Ausstellung und Katalog sind etwa die Arbeiten des Bildhauers Joseph Anton Feuchtmayer, des Kurpfälzischen Hofbildhauers Paul Egell und dessen Schüler Ignaz Günther, Freskenentwürfe der Brüder Damian aus Weingarten und Ettlingen und figürliche Porzellanarbeiten des Wilhelm Beyer aus der Manufaktur in Ludwigsburg. Von Egell im übrigen stammen die Apostelfiguren vom Hochaltar der Pfarrkirche in Ringingen, wie Volker Himmelein jüngst nachweisen konnte.

Viel Raum ist den Erzeugnissen der Volkskunst und des Handwerks und den Devotionalien gegeben. Somit steht der höfischen Prachtentfaltung und künstlerischen Ausnahmeleistung die gestalterische Welt des Bauern und des Kleinbürgers zur Seite.

Vieles von dem, was sich in der Ausstellung nicht visualisieren ließ, kommt im Aufsatzband des Kataloges zur Sprache. Die 37 darin veröffentlichten Arbeiten geben nur zum Teil allgemeingehaltene Überblicke wie Eva Zimmermanns Aufsatz »Bemerkungen zur südwestdeutschen Skulptur des 18. Jahrhunderts«, Hellmut Pflügers »Festungsarchitektur der Barockzeit in Baden-Württemberg«, Dieter Narrs »Barocke Grabinschriften« oder Gert Kollmers Aufsatz über »Finanzverflechtungen und sozialer Aufstieg in Südwestdeutschland 1648–1789«, um nur einige herauszugreifen.

Zahlreiche Arbeiten befassen sich mit sehr speziellen Themenstellungen wie »Zum Programm der Deckengemälde in der Vorhalle des Benediktinerklosters Zwiefalten« (Ewald M. Vetter), »Johann Caspar Ferdinand Fischer und die Rastatter Hofkapelle« (Klaus Häfner) und »Die Brautfahrt der Marie Antoinette durch die vorderösterreichischen Lande« (Gertrud Beck).

Die Lücken, die der Barock-Katalog wenigstens provisorisch füllt, sind sicherlich größer als

jene, die der Stauferkatalog zu füllen hatte, insofern wird er als Hilfsquelle für die einschlägige Forschung eine vergleichbare Bedeutung erlangen.

Stuttgart

Falk Jaeger

JOSEPH WÄLK, »Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat« – eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien, Inhalt und Bedeutung, 452 Seiten, Heidelberg – Karlsruhe: C. F. Müller, Juristischer Verlag, 1981, DM 148,–

Der nationalsozialistische Staat hat unter seinen zahlreichen Unterdrückungsmechanismen einen bis zur letzten Konsequenz ausgebildet: den gegen die Juden. Zu diesem gehörten zwei Komponenten:

- die vor allem durch die SA und organisierten Pöbel durchgeführten gewaltsamen Übergriffe. Höhepunkt dieser Drangsalierung waren die Novemberprogramme des Jahres 1938, die sogenannte Kristallnacht.
- die sogleich 1933 begonnene administrative, »gesetzmäßige« Einschünerung der Juden. Marksteine dieser Entrechtung waren das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen, die sogenannten Nürnberger Gesetze und die Gesetze zur Verdrängung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben im Jahre 1938.

Diese Maßnahmen waren in ihrer einschneidenden Konsequenz nicht für jedermann so deutlich, wie die durch Banden getätigten Unterdrückungsmaßnahmen – sie waren jedoch gefährlicher und führten folgerichtig zur Fortnahme nicht nur der bürgerlichen und wirtschaftlichen Existenz, sondern auch zur Fortnahme der leiblichen Existenz in den Vernichtungslagern wie Auschwitz, Sobibor, Treblinka und Maidanek. Diese, von »Schreibtischtätern« durchgeführten Entrechtungsmaßnahmen, hat Joseph Walk für das sogenannte Altreich zusammengestellt.

Eine besondere Komponente nationalsozialistischer Politik bedeutete es, daß sich die antijü-

dischen Maßnahmen in ein Gesamtkonzept der Reichsregierung einpassen mußten, das auf internationale Verflechtungen Rücksicht zu nehmen hatte. Somit kamen zwar die meisten antijüdischen Maßnahmen zentral gelenkt von Berlin. Die lokalen Instanzen preschten aber häufig vor und gaben einzelne Verordnungen heraus, die nur notdürftig legalisiert waren. Somit müssen bei einer Arbeit über die Judenverfolgung stets beide Seiten im Auge behalten werden: die von der Landes- und Reichsregierung durchgeführten gesetzlichen und auf dem Verordnungswege erlassenen Maßnahmen und jene von einzelnen Städten oder Gemeinden verordneten Einschränkungen. Beides zu erfassen, hat sich Joseph Walk zum Ziel gesetzt, und dies bedingt die Schwierigkeit eines derartigen Sammelwerkes. Welche Erlasse und Verordnungen untergeordneter Instanzen soll man noch aufnehmen, welche sollten nicht mehr erwähnt werden? Außerdem ist häufig die Erforschung gerade der Judenverfolgung in einzelnen Kommunen, Ländern und Provinzen des ehemaligen Deutschen Reiches noch nicht weit genug fortgeschritten, um alle Benachteiligungen vollständig zu erfassen.

Für die Aufarbeitung dieser Entrechtungen gibt es eine ganze Literaturserie. Es handelt sich meist um Auftragsarbeiten von Landesregierungen, Universitäten, Städten und Gemeinden. Ein Teil dieser Veröffentlichungen ist im Selbstverlag erschienen, schwer nachzuweisen und von unterschiedlicher Qualität. Eine erste Zusammenstellung von Schriften einzelner Kommunen hat der Deutsche Städtetag in den »Mitteilungen des Deutschen Städtetages« 151/67 vom 16. 03. 1967 veröffentlicht. Inzwischen sind zahlreiche Arbeiten dazugekommen. Es ist das Verdienst des Verfassers, Joseph Walk, und seiner Mitarbeiter, diese schier unübersehbare Literatur im Leo-Baeck-Institut in Jerusalem zu sammeln und für die vorliegende Studie ausgewertet zu haben. Dabei gibt Walk im Vorwort an, daß seine Sammlung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. »So wurden z. B. Maßnahmen auf kommunaler und Landesebene nur stellvertretend aufgenommen, besonders, wenn sie Bestimmungen auf Reichsebene vorwegnahmen, von ihnen abwichen oder an ihre Stelle traten«. Somit fin-

den wir nicht alle Fälle lokaler Verordnungen und Bestimmungen.

Gerade diese waren es aber, die zusätzlich das Leben für die Juden in den Jahren 1933 bis 1945 in hohem Maße erschwerten. –

Die vorliegende Publikation von Joseph Walk (mit einem Geleitwort von Bundesjustizminister Jürgen Schmude und einer Einführung von Robert M. W. Kempner) ist übersichtlich in vier Zeitabschnitte gegliedert:

1. Von der Machtergreifung bis zu den »Nürnberger Gesetzen« vom 15. 09. 1935
 2. Von den »Nürnberger Gesetzen« bis zur sogenannten Kristallnacht am 01. 11. 1938
 3. Von der »Kristallnacht« bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 01. 09. 1939
 4. Vom Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bis zum letzten antijüdischen Erlass v. 16. 02. 1945
- Die einzelnen Gesetze, Verordnungen und Erlasse sind in chronologischer Reihenfolge aufgeführt, durchnummeriert und übersichtlich geordnet. Es werden häufig mehrere Fundorte angegeben, so daß es für den Benutzer einfach ist, entsprechende Literaturangaben zu finden. In der Regel wird darauf verzichtet, einen entsprechenden Erlass oder eine entsprechende Verordnung im Wortlaut wiederzugeben. Es wird in einem Kurzregest der Inhalt referiert. Ein übersichtlicher Druck und ein sauber geführtes Abkürzungsverzeichnis helfen, die Übersichtlichkeit angesichts der Fülle der einzelnen Erlasse und Verordnungen zu bewahren.

Jede Kommune, dies darf zum Abschluß einer Rezension in der ALTEN STADT angefügt werden, sollte dieses wichtige Werk für seine Stadt- oder Schulbibliothek kaufen. Es wäre wichtig, daß nicht nur der Schüler, der dieses Thema bearbeitet, sondern jeder Bürger sich vor Augen führen kann, mit welcher Vielzahl von Erlassen und Verordnungen man eine Bürgergruppe entrechtete. Darüber hinaus sollte man den Forschern in Jerusalem aus der örtlichen Überlieferung folgende, zusätzliche Benachteiligungen mitteilen. Es hat sich nämlich bei der Prüfung der einzelnen Erlasse gezeigt, daß sehr wohl weitere örtliche und überörtliche Erlasse gefunden werden können. Derartige Mitteilungen richte man bitte an:

Professor Dr. Joseph Walk
c/o Leo-Baeck-Institut
Bustanai Street 33
93229 Jerusalem

Offenburg Hans-Joachim Fliedner

HANS-MARTIN MAURER / KUNO ULSHÖFER, *Johannes Brenz und die Reformation in Württemberg. Eine Einführung. Stuttgart – Aalen: Konrad Theiss o. J. 221 S. 112 Abb.*

Vorweg: das ist ein schönes Buch nach Inhalt und Gestaltung. Die beiden Verfasser hatten 1970 zum Jubiläumsjahr von Johannes Brenz (1499–1570) eine Dokumentenausstellung für das Stadtarchiv Schwäbisch Hall und das Hauptstaatsarchiv Stuttgart zusammengestellt, die überraschendes Interesse fand. Aus den Erfahrungen mit dieser Ausstellung erwuchs das vorliegende Buch, mit dem ein weiterer Leserkreis angesprochen wird. »Die Gliederung folgt dem Lebensweg und dem Wirken von Johannes Brenz«, heißt es im Vorwort. Dementsprechend behandelt K. Ulshöfer Brenz als Prediger in Schwäbisch Hall und die Anfänge der Reformation, H.-M. Maurer die Reformation im Herzogtum Württemberg mit Brenz als dem »Architekten der Landeskirche«. Beide Hauptteile, gut lesbar, verständlich und interessant geschrieben, sind ansprechend bereichert durch 112 Bilddokumente: Porträts der wichtigen Zeitgenossen, Städte-Ansichten, Titelblätter von Büchern und Auszüge aus Briefen und anderen zeitgenössischen Dokumenten. Dadurch wurde diese »Einführung« in die Reformationszeit Südwestdeutschlands auf vorbildliche Weise anschaulich gemacht.

Nicht nur Stationen eines Lebensweges werden dem Leser und Betrachter aufgezeigt. Vielmehr wird das weite Umfeld der geistigen, politischen und kirchlichen Zustände und Ereignisse sichtbar, das den Reformator mitgeprägt hat, in das umgekehrt er selbst mit seinen Predigten, Mahnungen, Ratschlägen und einer weitgespannten Gutachter- und Beratertätigkeit unab-

lässig eingegriffen hat: mit Augenmaß auf notwendige Veränderungen drängend, neue praktische Ordnungen für das Staats- und Kirchengewebe gestaltend, bei persönlich ausgeglichener Wesen doch von großer Ausstrahlung und Überzeugungskraft, und das alles von einer tiefgreifenden biblisch-theologischen Grundlage aus. Anregend auch im Blick auf moderne Fragestellungen sind besonders die Kapitel über Brenz' Stellungnahmen und Einfluß auf die Politik sowohl des Haller Stadtstaates wie des größeren Herzogtums und über sein bildungspolitisches Wirken, das weit über die Grenzen der beiden Territorien hinausreichte. So umschließt das Buch von der gerafften Darstellung der Reformationspolitik der süddeutschen Reichsstädte bis hin zur Ausstrahlung auf den deutschen und europäischen Protestantismus das erfüllte Leben eines Reformators, des »Vaters der württembergischen Landeskirche«, zugleich aber auch eine für Stadt und Staat und das Volk in ihnen entscheidende und zukunftsbestimmende Zeitspanne unserer Geschichte.

Mannheim Max-Adolf Cramer

SIEGMAR GERNDT, *Idealisierte Natur. Die literarische Kontroverse um den Landschaftsgarten des 18. und frühen 19. Jahrhunderts in Deutschland. 248 Seiten, 80 Abbildungen, Metzlersche Verlagsbuchhandlung 1981. DM 98,-*

Die verbreitete Unkenntnis über die Qualität des historischen Gartens als Kunstwerk ist auch auf den relativ späten Einstieg der Kunsthistoriker und Literaturwissenschaftler in die Gartenmaterie zurückzuführen, die erst in jüngster Zeit wieder sich mehr dem Garten als Kunstereignis widmen.

Es ist deshalb begrüßenswert, daß Siegmars Gerndt versucht, den Park des ausgehenden 18. Jahrhunderts als Gesamtkunstwerk zu analysieren, indem er an ausgewählten Beispielen der deutschen Literatur der Zeit zwischen 1770 und 1810 die Stilkontroverse untersucht, die die Entwicklung vom sentimental zum klassischen Landschaftsgarten zum Gegenstand hat. Das ty-

pographisch ansprechend gestaltete Buch ist ein wesentlicher Beitrag zum vernachlässigten Thema der Ideengeschichte des Landschaftsgartens.

In einem grundlegenden Kapitel versucht Gerndt mit aller Vorsicht eine »Definition« des Landschaftsgartens durch eine Beschreibung seiner Erscheinungsformen und durch eine Analyse des widersprüchlichen zeitgenössischen Naturgefühls. Bei seiner Untersuchung geht Gerndt von literarischen Textbeispielen aus. Da diese für die sentimentale Phase des Landschaftsgartens sehr viel zahlreicher sind als für die klassische, liegt der Schwerpunkt seiner Untersuchung in dieser frühen Stilphase. Es ist daher verständlich, daß bestimmte Elemente des Landschaftsgartens, die sich in der literarischen Diskussion weniger belegen lassen wie zum Beispiel die »ondulating line« in der Beschreibung etwas zu kurz kommen. Um so kenntnisreicher ist Gerndts Bearbeitung der ideengeschichtlichen Aspekte einzelner Einrichtungen im Park wie die Ruinen, Denkmäler, Tafeln, Grabmonumente, deren Inschriften – von Klopstockversen bis zur Gelegenheitsdichtung – er interpretiert. Er weist ihre unterstützende Funktion für die ästhetisch-moralische Wirkung der Natur im Park auf den »empfindsamen« Menschen nach, die oft mit patriotischen, religiösen und historischen Assoziationen in Zusammenhang steht.

Eng verbunden mit den erstmalig auftretenden Autonomiebestrebungen der Gartenkunst innerhalb der Künste ist die Frage nach der Stellung des Gartenkünstlers, der sich mit der Forderung nach einer akademischen Ausbildung immer mehr vom Dilettantismus lossagt. Gerndt beschreibt auch das Wechselspiel in der Abhängigkeit von den anderen Künsten, besonders von der (Landschafts-)Malerei (Kant) und von der zeitgenössischen Dichtkunst (Herder). Dabei zeigt sich die Schwierigkeit der zeitgenössischen Autoren, eindeutige Stellungnahmen abzugeben.

Die Nachahmung der Natur auf der Suche nach dem paradiesischen Ideal im Landschaftsgarten oder: die Verschönerung der Natur durch Kunst ist ein Grundthema in der Landschaftsgartentheorie. In Zusammenhang mit Burnet's These von der Erde als »verdammtem Landschaftsraum« erklärt Gerndt die Darstellung

exotischer Völker und unberührter Landschaften im Landschaftspark, in denen »Überreste des zerstörten irdischen Paradieses« vermutet werden. Gerndts Ausführungen lassen sich hinsichtlich der Kunstsammlungen im Park ergänzen: sie bedeuten im Sinne der fürstlichen Wunderkammern und Raritätenkabinette die Gegenüberstellung einmaliger Objekte, Werke aus Natur und Kunst, die den Beschauer gleichermaßen in Erstaunen versetzen und bilden sollen. Nicht nur Spielerei aus lässlicher höfischer Bildungsangelegenheit bedeutete die Sammeltätigkeit im Park; vielmehr stellte der Park auch einen Rahmen für den dilettierenden Fürsten dar, systematisch die Anlage und Ausstellung seiner Sammlungen zu betreiben.

Im zweiten Teil des Buches untersucht der Autor eingehend die Entwicklung des Landschaftsgartens von der empfindsamen Phase und ihrer Überwindung über den klassischen Landschaftspark zur »romantischen Synthese« des geometrischen und landschaftlichen Stils. Die entscheidende Komponente der literarischen Gartenbegeisterung war der Kult der Empfindsamkeit. Am Beispiel von Johann Heinrich Mercks Beschreibung der Darmstädter Gärten wird der gemeinsam erlebte und oft poetische Gefühlskult eines Freundeskreises, der Darmstädter »Empfindsamen«, in ihrem Verhältnis zur Natur deutlich, während Jung-Stilling beispielsweise das Naturgefühl weniger im Gartenwinkel erlebt als angesichts der panoramahaft sich vor ihm ausbreitenden Landschaft.

Auf die den Dilettantismus stark fördernde Empfinderei folgte satirische Kritik (Justus Möser) und Ironie gegenüber der Ästhetisierung idealisierten »einfachen« Landlebens (Wezel: Herrmann und Ulrike); beim Spiel mit der Natur erweist sich die Natur in der ländlichen Parkidylle nicht mehr als »Heilmittel für soziales und psychisches Fehlverhalten«, die Überwindung des sentimental Gartenstils bahnt sich mit dieser Einsicht an. Während der gesamten Entwicklung des Landschaftsgartens behält dieser die Bedeutung als eine Art »moralischer Anstalt« bei, wenn auch der Glaube an das soziale Heil durch die Versenkung des Individuums in die Natur im Zuge der beginnenden politischen Re-

staurations immer mehr zurücktritt. Die Gegenüberstellung von Landschaftsgarten und französischem Garten, die »Antinomie zwischen Natur und Unnatur«, zwischen »Herrschaft und menschlicher Befreiung« bleibt bestehen; aus der gegenseitigen Bedingtheit zwischen Schönheit und Freiheit wird die notwendige Einschränkung des einzelnen zugunsten des Ganzen abgeleitet (Schiller: Kallias), ein Hinweis auf das wesentliche künstlerisch-ästhetische Element des klassischen Landschaftsgartens.

Einen ausführlichen Teil seiner Arbeit widmet Gerndt Goethes und Schillers Verhältnis zum Landschaftsgarten. Beide schlossen sich der Kritik am sentimental Landschaftsgartenstil an, wobei Goethes Einstellung zur Landschaftsgartenkunst sich etwa entsprechend der Entwicklung des Landschaftsparks änderte; beide kritisierten dabei nicht direkt die Ziele der Landschaftsgartenkunst (beide haben niemals Gartenbeispiele in England persönlich besichtigt), sondern bezweifelten die Gartenkunst als mögliche Kunstdisziplin, da sie wegen der Unklarheit durch die Vermischung von Kunst und Natur, durch Mangel an Gesetzen zu leicht zum sentimental Gartendilettantismus führe. Neben dieser Kritik beschreibt Goethe in den »Wahlverwandschaften« einen Landschaftspark. Gerndt weist hier nach, wie Goethe die stilistische Entwicklung eines Landschaftsparks auf die »Verfahrensweise« überträgt, mit der er die handelnden Personen beschreibt: mit der Forderung nach der landschaftlichen Gestaltung des Parks in Abgrenzung zu seinen sentimental Szenen verändert sich auch die Konstellation der handelnden Personen. Mit dem Erscheinen der »Wahlverwandschaften« 1809 erlischt nach Gerndt in der Literatur das Interesse an der Diskussion um den Landschaftsgartenstil. Die weitere Entwicklung der Gartenkunst sieht er in der »romantischen Synthese« des geometrischen und des landwirtschaftlichen Stils. Den »positiven« Seiten des regelmäßigen Gartens wird dabei der Vorzug gegeben (Schlegel, Tieck); der Anspruch, die gottgeschaffene Natur durch Kunst verschönern zu können, geht zunehmend verloren wie auch der Glaube an die moralisch-ästhetische Wirkung der Natur auf den Menschen.

Der Bedeutungsgehalt des Gartens spielt in der literarischen Diskussion eine immer geringere Rolle, der Garten bleibt in der Dichtung nur noch als poetischer Ort übrig.

In der Tradition Hallbaums stellt Gerndt den Garten in seiner kulturgeschichtlichen Bedeutung und in seinem ideengeschichtlichen Zusammenhang dar. Die dabei aufgeworfenen Fragen sind für den Gartenhistoriker nicht neu, ihre Beantwortung aber sehr deutlich und überzeugend an ausgewählten Textbeispielen belegt und formuliert, der Landschaftsgarten als kulturhistorisches Ereignis konzipiert beschrieben. Allerdings könnte durch Gerndts Ausführungen der Eindruck entstehen, daß mit dem Ende der literarischen Diskussion um den Landschaftsgartenstil auch das Ende des Landschaftsgartens und der Gartenkunst schlechthin gekommen sei; das »Stilchaos« des 19. Jahrhunderts, in dem die Gartenkunst nach Gerndt »versank«, hat sogar bei Gartenhistorikern inzwischen Interesse gefunden; ganz abgesehen davon, daß vorbildliche Beispiele der klassischen Landschaftsgartenkunst in der Praxis und in der Theorie nach dem Ende der Literaturdiskussion in Deutschland entstanden sind (Sckell, Lenné, Nebbien). Auch wurde die Diskussion um die Stellung der Gartenkunst als Disziplin und die Rolle des Gartenkünstlers zumindest bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts in Fachkreisen weitergeführt.

München

Dorothee Nehring

LAMPROS MYGDALES, *Wilhelm-Waiblinger-Bibliographie (Heilbronn/Neckar): Stadtarchiv Heilbronn 1976 = Kleine Schriftenreihe des Archivs der Stadt Heilbronn. Im Auftrag der Stadt Heilbronn hrsg. von Helmut Schmolz. 8. – 55 S., DM 7,50*

In den letzten Jahren hat sich dem hochbegabten, frühvollendeten Dichter Wilhelm Waiblinger (geb. Heilbronn 1804, gest. Rom 1830) überraschendes neues Interesse zugewandt: Steht hier Waiblingers Pathographie des »wahnsinnigen« Hölderlin (»Phaëton« mit den faszinierenden Bruchstücken »In lieblicher Bläue«; »Friedrich

Hölderlins Leben, Dichtung und Wahnsinn«) im Mittelpunkt einer von Pierre Bertaux entfachten Kontroverse, so mutet dort »das stürmische Verlangen aus kleinbürgerlicher Enge und Dumpfheit weg in eine weitere, farbigere, höhere Welt« (Gerhard Storz) verheißungsvoll an. Erstmals liegt jetzt das weit verstreute Material in einer guten Zusammenfassung vor: Der Verfasser, Dozent für Germanistik an der Universität Thessaloniki, ist durch seine Dissertation bei Friedrich Beißner (»F. W. Waiblingers »Phaëton«. Entstehungsgeschichte und Erläuterungen«. Göppingen 1971) als hervorragender Waiblinger-Kenner ausgewiesen. Die in mühevoller Arbeit erstellte materialreiche (374 Nrn. umfassende), gut gegliederte Bibliographie ist grundlegend; hervorzuheben ist vor allem die ausgezeichnete Zusammenstellung der Zeitungartikel (Nr. 266–374). Wünschenswert wären Namen- und Ortsregister sowie die Angabe der Bibliotheksstandorte. – Ergänzungen und Berichtigungen u. a.: Nr. 21: »Schriftchen«; Nr. 22: »Nast«; Nr. 62: »[1828]« statt »(1929)«; Nr. 68: »[Johann August] Krafft ... [1829]«; Nr. 80: »Drame«, 2. Aufl.: »Liebe und Hass... Nr. 28 [st. »23]«; Nr. 81: »Unveröffentliche [so!]«; Nr. 83: »Waiblinger's«. Man vermißt: Gabriele Frein v. Koenig-Warthausen: Briefe an Wilhelm Waiblinger, in: Schwäb. Schillerverein. Rechenschaftsbericht 36 (1931/32), 1932, S. 61, Z. 1 – S. 74, Z. 18 (Nr. 153 ist nur Anhang). Ferner (ohne unsere Autopsie): Heinrich Ehl: Waiblingers erster Verleger, in: Kölnische Zeitung, Nr. 646/47 (1942) und ders.: Waiblingers erste Herausgeber und Verleger. Ein Kapitel Altonaer Kunst- und Literaturgeschichte, in: Der Schleswig-Holsteiner 23 (1942), S. 145. K. Goedeke: Grundriß² Bd. XI/1 (1951), S. 249–251: 71 (Lit.!). Nr. 105 (vgl. Nr. 120f.): Bd. 7/3 der Gr. Stuttg. Hölderlin-Ausg. enthält außer den genannten weitere Texte von bzw. über Waiblinger (S. 3–28). – Mit Gewinn ist jetzt auch heranzuziehen: Alfred Estermann: Die deutschen Literatur-Zeitschriften 1815–1850. Bibliographien, Programme, Autoren. Bd. 1–10. Nendeln 1978–1981; hier Bd. 9 (1979), S. 189; Bd. 10 (1981), S. 657.

Reutlingen

Reinhard Breymayer

Badenia-Württembergica



Inge und Gustav Schöck Häuser und Landschaften in Baden-Württemberg

Ca. 200 Seiten mit 32 Seiten mehrfarbigen und ca. 90 Seiten einfarbigen Abbildungen
Leinen ca. DM 69,-
ISBN 3-17-007461-X

Die historisch gewachsene, ländliche Bausubstanz in Baden-Württemberg wird in diesem Buch zusammenfassend vorgestellt. Nachdem die Grundelemente eines Gebäudes veranschaulicht worden sind, werden die Urformen im Aufbau der Gemeinden geschildert, wie sie auch heute noch trotz aller Veränderungen die alten Orts-

kerne charakterisieren: Kirche, Rathaus, Pfarrhaus, Zehntscheuer, Backhaus, Kelter, Gasthaus, Ladengeschäft, Farrenstall, Feuerwehrmagazin, Armenhaus und Gemeindewaage. Die Darstellung der verschiedenen Siedlungsformen Baden-Württembergs folgt dann der naturräumlichen Gliederung des Landes. Dabei wird deutlich, daß es in jeder Region mehrere Haustypen unterschiedlicher Funktion gibt, die in unmittelbarer Wechselbeziehung zu der sie umgebenden Landschaft stehen.

Hans Koepf

Ulmer Profanbauten

Ein Bildinventar

1982. 175 Seiten mit 313 SW-Abbildungen und Fotos

Kart. DM 39,-. ISBN 3-17-007078-9

Forschung zur Geschichte der Stadt Ulm, Reihe Dokumentation, Bd. 4, hrsg. vom Stadtarchiv Ulm

Dank der im Stadtarchiv Ulm überlieferten Vorlagen und kostbaren Stiche ist es möglich, sowohl die für immer zerstörten Bauten - von der Staufischen Pfalz bis zum barocken "Deutschen Haus" - als auch längst verschwundene Bauten wie die Bibliothek am Münsterplatz oder das "Breckenhaus" (Krankenhaus) beim Niederländer Hof in Bild und Plan darzustellen.

Bitte Gesamtverzeichnis "Badenia-Württembergica" anfordern.



Verlag W. Kohlhammer

Heßbrühlstr. 69 · Postfach 80 04 30 · 7 Stuttgart 80

6024/0882/1690

INHALTSVERZEICHNIS

ALEXANDER MITSCHERLICH IN MEMORIAM	213
ABHANDLUNGEN	
PETER BREITLING Beton oder von der Zeitlichkeit eines ewigen Baustoffes	216
HARTMUT GROSSHANS Bürgerinitiativen und Stadtteilplanung ...	226
CLEMENS GEISSLER Siedlungsstruktur und Daseinsvorsorge in Stadt und Land	245
INGRID BROCK Altstadtsanierung: zum Beispiel Urbino ..	264
DIE AUTOREN	287
BERICHT	
Geschichte in der Kulturarbeit der Städte (W. Ehbrecht)	288
NOTIZEN	289
BESPRECHUNGEN	
Stadtgeschichte Hiltrud Kier, Die Kölner Neustadt, Planung, Entstehung, Nutzung (= Bei- träge zu den Bau- und Kunstdenkmälern im Rheinland, 23) (H. Hammer-Schenk) ..	295
Dieter Stievmann, Städtewesen in Südwestfalen. Die Städte des Märkischen Sauerlandes im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit (F. Mielke)	297

Torsten Malmberg, Human Territoriality (W. Y. Wolff)	298
The City-State in Five Cultures, ed. by Robert Griffeth and Carol G. Thomas (O. Mörke)	299
<i>Bau- und Architekturgeschichte</i> Gerd Steinwascher, Die Zisterzienser- stadthöfe in Köln (R. Joß)	299
Walter Hotz, Pfalzen und Burgen der Stauferzeit. Geschichte und Gestalt (Chr. E. Janotta)	300
Barock in Baden-Württemberg - von Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zur Französischen Revolution, Ausstellung des Landes Baden-Württemberg (F. Jaeger)	302
<i>Ideen- und Geistesgeschichte</i> Joseph Walk, »Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat« - eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richt- linien, Inhalt und Bedeutung (H. J. Fliedner)	303
Hans Martin Maurer / Kuno Ulshöfer, Johannes Brenz und die Reformation in Württemberg. Eine Einführung (M. A. Cramer)	304
Sigmar Gerndt, Idealisierte Natur. Die literarische Kontroverse um den Land- schaftsgarten des 18. und frühen 19. Jahr- hunderts in Deutschland (D. Nebring) ...	305
Lampros Mygdales, Wilhelm-Waiblinger- Bibliographie (Heilbronn-Neckar) (R. Breymayer)	307

Dieser Ausgabe liegen Beilagen folgender Verlage bei: Deutsches Institut für Urbanistik, 1000 Berlin; Fächer-Verlag, 7500 Karlsruhe. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.



In Verbindung mit Hans Herzfeld †, Rudolf Hillebrecht,
Friedrich Mielke und Alexander Mitscherlich †
herausgegeben von Otto Borst

Karl Litz, Zürich
Raumgeschichte und ihre historische Erkenntnis

Gerhard Henkel, Bochum
Siedlungsforschung und Dorferneuerung

Peter Piasecki, Herne
Schüler zu Fragen der Denkmalpflege

Jochen Wilke, Würzburg
Altstadtsanierung: zum Beispiel Karlstadt



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Zeitschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Herzfeld †,
Rudolf Hillebrecht, Friedrich
Mielke und Alexander Mitscherlich †
herausgegeben von Otto Borst

Band 4 / 1982. Neunter Jahrgang

Redaktionskollegium: Dr. Otto Borst, Professor für mittlere und neuere Geschichte und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Esslingen, Mozartweg 32, 7300 Esslingen (Schriftleitung) – Dr. Hans Joachim Fliedner, Leiter der Volkshochschule und des Stadtarchivs Offenburg, Ritterhaus-Museum, Ritterstr. 10, 7600 Offenburg – Dr. Henning Grabowski, Wiss. Ass. am Geographischen Seminar der Universität Münster, Königsberger Str. 79, 4400 Münster (Westf.) – Dr. Rainer Jooß, Professor für mittlere und neuere Geschichte und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Esslingen, Föhrenweg 1, 7300 Esslingen – Professor Dr. Hermann Korte, Direktor des Instituts für Arbeitssoziologie und Arbeitspolitik der Ruhr-Universität Bochum, Steinweg 18, 4830 Rheda-Wiedenbrück – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Nadistr. 20, 8000 München 40 – Redaktionslektorat: Eduard Theiner, Hölderlinweg 10, 7305 Altbach – Redaktionssekretärin: Ursula Bioly, Marktplatz 16, 7300 Esslingen am Neckar.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 390 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 94,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 76,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 26,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Graphischer Großbetrieb, Stuttgart. Printed in Germany.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie fotomechanische und andere Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Verlages.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

Karl Litz

Raumgeschichte und ihre Arten historischer Erkenntnis

1. Die Formen der Anschauung:¹ Raum und Zeit

Geschichte ist auch als Raumgeschichte eine Zeitwissenschaft. Selbst wenn sie in unserem Falle vom geographischen Raum (mit seiner dinglichen Erfüllung) ausgeht, betrachtet sie niemals Räume bzw. die in ihnen enthaltenen Dinge jenseits und unabhängig von der Zeit, wie dies systematische Wissenschaften tun können (z. B. in der Formel einer chemischen Verbindung, in der botanischen Bestimmung einer Pflanze etc.). Der Raum ist also für die Geschichte stets nur im raum-zeitlichen Kontinuum gegenwärtig, zum Beispiel als eine bestimmte Kulturlandschaft in ihrer Veränderung in einer bestimmten Zeitspanne (oder Zeitlinie), wobei im Grenzfall an die Stelle der Veränderung in einer bestimmten Zeitlinie der Zustand zu einem bestimmten Zeitpunkt² treten kann, wobei Punkt und Linie stets Aspekte des Kontinuums sind. Man kann die zeit-lineare Erfassung der Geschichte eine dynamische, die zeit-punktuellen eine statische nennen, genau: eine quasi-statische, denn mehrere zeitliche Querschnitte (z. B. durch eine Kulturlandschaft) können durch den Kausalnexus miteinander verbunden werden, und auch der Grenzfall des *einzigsten* Querschnitts steht immer in Zeitdistanz zur Optik der jeweiligen Gegenwart.

Der geographische Raum ist mit seiner Abgrenzung durch die jeweilige Fragestellung gegeben; wird im Interesse der Faktorenanalyse der Raum eines bestimmten Kulturkreises anvisiert, so können sich dadurch *methodische* Probleme ergeben, daß kulturgeographische Raumeinheiten langfristig ihre Grenzen meist verschieben.³ *Theoretisch* ergeben sich aus der Anschauungsform des Raumes (und der in ihm enthaltenen Objekte) keine Probleme, da er auch für die Geschichtswissenschaft mit dem Raum der klassischen Physik identisch ist. Anders verhält es sich mit der Anschauungsform der Zeit: Historische Zeit ist mit physikalischer nicht identisch.⁴ Geschichte unterscheidet sich von den anderen Zeit-

¹ Ausdruck und Begriff »Anschauungsformen« entstammen der allgemeinen Erkenntnistheorie. Zur Definition vgl. I. Kant, Kritik der reinen Vernunft (1. Teil).

² Dieser »Punkt« ist nicht im Sinne der physikalischen, sondern der historischen Zeit zu bestimmen. Seine Definition ist identisch mit derjenigen des Zeitpunktes »Gegenwart«, nämlich als die Zeit der »(gesamthaft gesehen) konstanten Determinanten«, s. K. Litz, Theorie einer Raumgeschichte, diese Zeitschrift Jg. 9 (1982), Kap. 2.2, S. 56 ff.

³ Vgl. dazu H. Jäger, Historische Geographie (1969), S. 33 u. S. 90.

⁴ Das ergibt sich schon aus der Alltagserfahrung des individuellen Bewußtseins: Je nach der Art der Bewußtseinsaktivität kann dasselbe physikalische Zeitquantum (z. B. eine Stunde) »Lange«-Weile oder »Kurz«-Weil sein.

wissenschaften ja gerade dadurch, daß sie »die Wissenschaft von der bewußten, der menschlichen Zeit«⁵ ist. Allerdings bezieht sich die Geschichtswissenschaft mit drei Tangenten auf die physikalische Zeit, nämlich mit zwei methodischen: 1. über die quantifizierende Methode, welche ohne exakt quantifizierbare Zeit unmöglich wäre, 2. beim Beizug von naturwissenschaftlichen Ergebnissen in der Faktorenanalyse, sowie mit einer kommunikativen: Die Geschichtswissenschaft benötigt die Maßeinheiten der physikalischen Zeit zur Mitteilung ihrer Resultate (und als Verständigungsmittel schon bei der Forschung), weil diese die Einheitszeitmaße des kollektiven Bewußtseins sind.

Im Gegensatz zur eindimensionalen physikalischen Zeit ist die historische Zeit mehrdimensional, und während die Physik stets eine Absolute⁶ als Zeiteinheit setzen kann, ist die Geschichte dazu außerstande, denn von den in ihrem raum-zeitlichen Kontinuum simultan mit verschiedenen Geschwindigkeiten ablaufenden Bewegungen⁷ kann keine als Absolute für alle andern gesetzt werden. »Des expériences et tentatives récentes de l'histoire, se dégage ... une notion de plus en plus précise de la multiplicité du temps et de la valeur exceptionnelle du temps long«.⁷ F. Braudel hat versucht, durch den Begriff der »durée« einen Maßstab für die »... mit verschiedener Geschwindigkeit ablaufenden Bewegungen einer als komplex erkannten Gesellschaft«⁸ zu finden. Er zerlegte die historische Zeit (nach Stufen der Geschwindigkeit) in drei Ebenen: Die unterste ist diejenige der Beziehungen des Menschen zum naturgeographischen Milieu (»histoire quasi-immobile«), die oberste diejenige der von den historischen Persönlichkeiten verursachten Ereignisse mit ihren kurzfristigen Oszillationen, die Geschichte des »temps court« beziehungsweise »histoire

⁵ K. Litz, Theorie einer Raumgeschichte (s. A 2) Kap. 2.1. – Von einer konsequent szientistisch orientierten Richtung unter der jüngsten Generation der Historiker würde diese Bestimmung allerdings angefochten. Dazu G. Barraclough: »... indeed, it is arguable – if one casts aside for a moment one's human prejudices – that the rôle of man in world history has been less prominent over the centuries than that of a number of other animals, e.g. lice or rats. From the point of view of the biologist, history and biology are parts of one continuum, historical time is simply the continuation or »climax« of biological time« (History, in: Main Trends of Research in the Social and Human Sciences, 2. T. Bd. 1, Paris: UNESCO 1978, S. 434).

⁶ Für die allgemeine Erkenntnistheorie ist es irrelevant, ob diese Zeiteinheit, wie in der klassischen Physik, aus der Himmelsmechanik abgeleitet wird oder, wie in der modernen Physik, aus dem atomaren bzw. subatomaren Mikrokosmos. Relevant ist jedoch für Theorie und Methode der Geschichtswissenschaft als Lingua franca lediglich die klassische Zeitquantelung. Die (noch hypothetische) elementare Zeiteinheit der modernen Physik, das »Chronon« = 10^{-24} s (vgl. »Existiert eine kleinste, elementare Zeiteinheit?«, NZZ, Forschung und Technik, 24. 5. 1978) dürfte für die Geschichte kaum praktikabel sein.

⁷ F. Braudel, Histoire et Sciences sociales: la longue durée, in: Annales XIII (1958), S. 727. – Die Geschichtswissenschaft verdankt auch die Entdeckung der pluralen historischen Zeit der Schule der »Annales«, besonders F. Braudel, der diese These nicht nur theoretisch formuliert, sondern ihre Brauchbarkeit und Fruchtbarkeit auch in der Forschungspraxis in seinem bereits klassischen Werk »La Méditerranée et le monde méditerranéen à l'époque de Philippe II«, Paris 1949, erwiesen hat.

⁸ M. Wüstemeyer, Die »Annales«: Grundsätze und Methoden ihrer neuen Geschichtswissenschaft, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1967, S. 33.

évènementielle«. Das zentrale Interesse Braudels gilt der mittleren Zeitebene, der »histoire lentement rythmée«, bzw. der Geschichte des »temps long«. »Sie soll die Zyklen und Interzyklen von Konjunkturen und Krisen bis zu einem halben Jahrhundert als Einheit umfassen, die Lebens- und Wachstumsrhythmen von Wissenschaften, Techniken, Institutionen und schließlich von ganzen Kulturkreisen«.⁹ Die Zeit der »longue durée« ist in sich pluralistisch, da ja auch die Strukturen der verschiedenen Lebensbereiche eines Sozialverbandes sich mit verschiedenen Geschwindigkeiten verändern. Diese Geschwindigkeiten können jedoch zueinander (noch) nicht in bestimmte Korrelationen gesetzt werden; ebenso wenig erscheint eine Korrelation der »histoire lentement rythmée« überhaupt mit der »histoire évènementielle« einerseits und der »histoire quasi-immobile« andererseits möglich.

Das Letztere beruht ja auf der Prämisse von der Quasi-Konstanz des naturgeographischen Milieus, welche heute als überholt zu betrachten ist: Sie bezieht sich auf einen Beginn der historischen Zeit (exclusive »Prähistorie«), der theoretisch nicht mehr haltbar ist; zudem sind die Naturfaktoren der Geschichte im traditionellen, engeren Sinne heute – schon mittelfristig – als Variablen nachgewiesen.¹⁰ Des weiteren wird die Möglichkeit, bestimmte Korrelationen innerhalb der mittleren Zeitebene der Geschichte sowie zwischen der mittleren und der oberen Ebene festzustellen, von K.-G. Faber einleuchtend bestritten: »Die die Forschung befruchtende These von der zeitlichen Mehrdimensionalität der Geschichte ist nicht gleichbedeutend mit einer festen Zuordnung bestimmter zeitlicher Dimensionen zu bestimmten Ebenen des Historischen ... Es wird ... deutlich, daß eine bestimmte »durée« keineswegs unabänderlich an eine Struktur gebunden ist. Wer beobachtet, wie sich in unserer Zeit Strukturen, die jahrhundertlang stabil waren, so rasch und gründlich ändern, daß die Politiker nicht in der Lage sind, die dadurch aufgeworfenen Probleme zu meistern, daß also die Ereignisgeschichte gewissermaßen von der Strukturgeschichte überrollt wird, der wird sich hüten, eine feste Relation zwischen Struktur und Zeit zu postulieren«.¹¹ Der Grund für das bisherige Scheitern fester Korrelationen zwischen den verschiedenen Geschwindigkeiten simultan verlaufender historischer Bewegungen liegt wohl darin, daß sich diese Geschwindigkeiten zugleich auch verschieden beschleunigen. Daraus erklärt sich das Phänomen der Phasenverschiebung, welche schon bei der Periodisierung erhebliche Schwierigkeiten bereiten kann. Die in der Raumgeschichte bekannteste Phasenverschiebung ist wohl diejenige zwischen Bevölkerungsentwicklung und Siedlungsentwicklung.

Die Lösung des gegenwärtigen Hauptproblems der Theorie von der mehrdimensionalen historischen Zeit muß wohl in der Bildung von Hypothesen bezüglich der Relation:

⁹ M. Wüstemeyer, ebda., S. 33, vgl. dazu auch S. 36.

¹⁰ Vgl. dazu besonders H. Jäger, Historische Geographie (s. A 3) sowie G. Barraclough, History (s. A 5).

¹¹ K.-G. Faber, Theorie der Geschichtswissenschaft (1971), S. 108.

Struktur – Entwicklungsgeschwindigkeit – Beschleunigung und deren empirischer Nachprüfung gesucht werden. – Für Objekt-Theorien mittlerer Reichweite (s. Abschn. 3) dürften indessen – schon auf deren heutigem Stand – brauchbare Resultate erzielt werden können, besonders wenn sämtliche Variablen quantifizierbar sind. Dafür bestehen aber gerade in der Raumgeschichte günstige Voraussetzungen. Schon Braudel hat die Fruchtbarkeit seiner Hypothese für die »géohistoire« erkannt.

2. Die Grundbegriffe: Individuum, Typus, Struktur

Gegenstand der Geschichte, die ja eine Erfahrungswissenschaft ist, ist stets das je konkrete, besondere und einmalige Phänomen, welches als nicht weiter ableitbare Größe von der Geschichtstheorie als »Individuum« (bzw. Individualität) bezeichnet wird.¹² Dies kann – etwa im Fall einer historischen Persönlichkeit – das *empirische Individuum* sein, wobei der Begriff genau den selben Inhalt abdeckt wie der Ausdruck »Individuum« oder »Person« in der Umgangssprache. Das empirische Individuum ist allerdings (wenigstens heute) ein Grenzfall in der historischen Forschung und Darstellung (z. B. in der Biographie); in der Regel befaßt sich die Geschichtswissenschaft mit dem *theoretischen Individuum*, worunter, unabhängig von der Größenordnung, jeder Ausschnitt aus der geschichtlichen Realität zu verstehen ist, der von der Optik einer bestimmten Fragestellung eingegrenzt wird (z. B. die Entwicklung eines Sozialverbandes in einer bestimmten Zeitspanne). Geht die Geschichtsforschung ein »Individuum« unmittelbar, das heißt mit der Erkenntnisweise des »Verstehens« (s. Abschn. 4) an, so deckt sich dieser Grundbegriff der Geschichte im realen Sinne logischerweise mit demjenigen der Geschichte im theoretischen Sinn.

Soll dagegen ein »Individuum« mittelbar erfaßt, das heißt durch ein Modell abgebildet werden, so muß die Geschichtswissenschaft im Falle der rationalen Beschreibung (Deskription) die Grundbegriffe des Typus oder der Struktur als Denkwerkzeuge gebrauchen. »Implizit hat der Historiker zweifellos schon früher mit dem Typus- oder Strukturbegriff, wenn auch meist unter anderem Namen, gearbeitet. Daß sie heute zu zentralen Begriffen seiner Fachterminologie geworden sind und daß auf ihre Tragfähigkeit reflektiert wird, hängt mit der wachsenden Einsicht zusammen, daß die Geschichtswissenschaft nicht nur an dem singulären historischen Ereignis, an dem Individuellen in seiner Einmaligkeit, interessiert ist, sondern auch an dem sich in der Geschichte Wiederholenden«¹³ – und damit Vergleichbaren. Das setzt nun aber die Subsumption des je individuellen Forschungsgegenstandes unter Allgemeines (Generalisierung) voraus. Sie erfolgt durch das »Herausziehen« (die Abstraktion) einzelner Merkmale der unendlich komplexen konkreten Individualitäten, mit dem Ergebnis logisch kohärenter Modelle. Daß jedes Modell einer Realität deren mehr oder weniger weitgehende Vereinfachung darstellt, ergibt sich

¹² Vgl. dazu Fischer-Lexikon, Bd. 24 Geschichte (1961), bes. S. 84.

¹³ K.-G. Faber, Theorie der Geschichtswissenschaft (s. A 11), S. 89.

per definitionem.¹⁴ Der Vorgang der rationalen Beschreibung (und auch der Erklärung s. Abschn. 3) in der Geschichte verläuft analog zu demjenigen in den Naturwissenschaften. »Die Naturwissenschaften sind... dazu gelangt, den Abbildcharakter ihrer Ergebnisse, die nur bezüglich der jeweiligen Fragestellung gelten und innerhalb strenger definitiver Grenzen liegen, hervorzuheben. Das Wechselverhältnis zwischen der induktiven Experimentalforschung und der theoretischen Forschung, nämlich der Entwicklung von systemkohärenten Arbeitshypothesen, die eine experimentelle Nachprüfung herausfordern, ist in vieler Beziehung der Doppelseitigkeit der historischen Methode vergleichbar...«¹⁵

Der Grundbegriff des *Typus* gestattet und erfordert allerdings noch keine Abstraktion im strengen Sinne: »Der historische Typus, als Form »anschaulicher Abstraktion«... besitzt den Anspruch relativer Allgemeingültigkeit, ist aber damit noch nicht das von der Singularität der Erscheinungen ganz abgelöste »Modell«, wie es die moderne Physik und Chemie gebrauchen... Der Typus ist daher nicht einfach der Individualitätsidee entgegengesetzt, sondern, als gedankliche »Steigerung« bestimmter Züge vergangener Wirklichkeit, eine »höhere Erscheinungsform vergleichbarer... geschichtlicher Individualitäten« (Sieder).«¹⁶ Diese »gedankliche Steigerung« ist ein theoretisches Konstrukt, hervorgehend aus der Wechselbeziehung zwischen einer begrifflich kohärenten Hypothese und induktiver Forschung.

Der Typus besteht daher aus einer Kombination von Merkmalen, die in der Realität empirisch zu erwarren sind und in der Optik einer bestimmten Fragestellung signifikant erscheinen, »unter der Voraussetzung der inneren Widerspruchslosigkeit des so gewonnenen Begriffsgebildes.«¹⁷ In der Kombination selber ist der Historiker frei, wenn er diesen Anforderungen genügt. Ein wissenschaftstheoretisch zulässiger Typus ist aber für die Geschichtsforschung nicht schon von alleine brauchbar; darüber entscheidet erst sein Wert für den Vergleich und die Klassifikation historischer Individualitäten. Dieser Wert ist dann gegeben, wenn in einem Typus eine optimale Zahl von Begriffen (empirisch: von Merkmalen) zusammengefaßt wird: Ist diese Zahl beliebig groß, so ist die Zahl der dem Typus unterstellten Individualitäten = 1; ist die Zahl der Merkmale = 1, so kehrt sich die Funktion um. Faßt man eine Reihe von Typen, die aufgrund der selben Fragestellung gebildet wurden, zu einem logischen System zusammen, so ergibt sich eine Typologie (z. B. eine Siedlungstypologie, welche die Klassifikation sämtlicher von der betreffenden Fragestellung anvisierten Siedlungen in einem bestimmten geographischen Raum für einen bestimmten Zeitpunkt oder für eine bestimmte Zeitspanne ermöglicht). Auch dieses System bedarf selbstverständlich der empirischen Nachprüfung: Ist einer geschichtlichen

¹⁴ Vgl. dazu D. Frei, Theorieorientierte Geschichtsbetrachtung, Berührungspunkte zwischen Geschichtswissenschaft und Politischer Wissenschaft, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 1971, bes. S. 332.

¹⁵ Fischer-Lexikon (s. A 12), S. 79.

¹⁶ Fischer-Lexikon (s. A 12), S. 88.

¹⁷ K.-G. Faber, Theorie der Geschichtswissenschaft (s. A 11), S. 94.

Individualität, die von der Optik der betreffenden Fragestellung erfaßt wird, aus den im System enthaltenen Typen keiner adäquat, das heißt, weist keiner eine Kombination von Merkmalen auf, die bei der genannten Individualität vollzählig festzustellen wären, so ist die Typologie entsprechend zu modifizieren. Mit den beiden Aspekten des historischen raum-zeitlichen Kontinuums korrelieren zwei Arten von Typen: auf den quasi-statischen Aspekt bezieht sich der *Simultantypus* (bzw. die Simultantypologie), der aus der Kombination von gleichzeitig vorkommenden Merkmalen hervorgeht, auf den dynamischen der *Verlaufstypus* (bzw. die Verlaufstypologie), der Merkmale von Ereignisfolgen (bzw. Entwicklungen) kombiniert.¹⁸

Der Anspruch strenger Abstraktion wird an den Grundbegriff der *Struktur* gestellt. Im Gegensatz zum Grundbegriff des Typus, der theoretisch schon hinreichend reflektiert erscheint und sich methodisch bewährt hat, hat die Geschichtstheorie noch keinen exakt definierten Strukturbegriff entwickelt, der allgemein anerkannt werden müßte. »Magic in vocabulary«¹⁹ bringt weder hier noch in anderen, aus den systematischen Human- und Sozialwissenschaften übernommenen Ausdrücken einen geschichtstheoretisch verwendbaren Begriff hervor. Es erübrigt sich jedoch in diesem Rahmen, auf die einschlägigen Kontroversen einzugehen, da eine Definition des Grundbegriffes der Struktur möglich erscheint, welche hinreichen sollte, wenn man sich auf die Erfordernisse der Raumgeschichte konzentriert.

Soll eine raumgeschichtliche Individualität mit dem genannten Grundbegriff erfaßt werden, so muß man zuerst nach ihrem je kleinsten Bestandteil (= Element) suchen. Die Größe dieses Elementes ist nun je nach Fragestellung verschieden: Wird in siedlungsgeschichtlicher Optik beispielsweise nach der Struktur einer Ortschaft gefragt, so ist das kleinstmögliche Element das einzelne Gebäude und das größtmögliche die Gebäudegruppe; gilt die Fragestellung einer Region, so ist die einzelne Siedlung das kleinstmögliche Element und die Siedlungsgruppe das größtmögliche. Ist das der jeweiligen Fragestellung entsprechende Element klargestellt, so sind Maß²⁰ und Art der Anordnung der betreffen-

¹⁸ Diese beiden Ober-Arten von Typen ergeben sich deduktiv aus der Geschichtstheorie. Aus dem Wechselverhältnis zwischen Theorie und induktiver Praxis kann sich eine offene Reihe von Unter-Arten ergeben. So könnte zum Beispiel ein Siedlungstypus als *Gestalttypus* (bzw. baulicher Typus) oder als *Funktionstypus* (bzw. Nutzungstypus) konzipiert werden.

¹⁹ G. Barraclough, *History* (s. A 5), S. 319. – Vgl. seine Kritik am gegenwärtigen Stand der Entwicklung des historischen Strukturbegriffs, ebda., S. 319/320.

²⁰ Gerade für die Raumgeschichte im Zusammenhang mit der Raumplanung hat das Maß der Ordnung, welches sich zwischen den beiden Extrempunkten amorphe Struktur (mit einem Konglomerat als Strukturmodell) und geformte Struktur (mit einem System als Modell) bewegt, entscheidende Bedeutung. – Der Systemcharakter ist für den Verf. der Grenzfall und nicht wie für K.-G. Faber (Theorie der Geschichtswissenschaft, s. A 11, S. 104) eine Minimalbedingung eines Strukturmodells. Die Divergenz erklärt sich unter anderem daraus, daß für K.-G. Faber die Strukturmodelle bereits der Erklärung geschichtlicher Phänomene dienen, während sie für den Verfasser lediglich deskriptiver Natur sind. Eine der Minimalbedingungen rationaler Beschreibung ist nun allerdings ein jeweiliger Maßstab für das Maß der Ordnung (bzw. Unordnung) in einer bestimmten Struktur.

den Elemente im anvisierten geographischen Raum zu untersuchen. Aus dieser Untersuchung ergibt sich schließlich das Strukturmodell, welches rational beschrieben werden kann, und zwar sowohl statisch (für einen Zustand zu einem bestimmten Zeitpunkt) wie dynamisch (für eine Entwicklung während einer bestimmten Zeitspanne).²¹

3. Die Denkformen: Kausalität und Interdependenz

Die Grundbegriffe des Typus und der Struktur dienen lediglich der rationalen Beschreibung geschichtlicher Individualitäten. *Deskription* kann – je nach Fragestellung – Erkenntnis-Endziel historischer Forschung sein oder aber Zwischenziel, als unerläßliche Voraussetzung²² der *Erklärung*. Diese wird geleistet durch die Denkformen der Kausalität und der Interdependenz. Mit der *Kausalität* wird ein geschichtliches Phänomen als die Wirkung (Wirkungen) einer Ursache (von Ursachen) erklärt. Für die beiden Begriffe des Kausalnexus werden in der Geschichtswissenschaft, begründet durch deren besondere Verwurzelung in Lebenspraxis und Umgangssprache, eine Reihe von Ausdrücken²³ verwendet, die nicht streng synonym sind. Soweit es sich um Geschichtswissenschaft im weiteren Sinne des »Verstehens« handelt, ist diese fließende Variabilität der Sprache eine notwendige Voraussetzung; für Wissenschaft im engeren Sinne (Science) dagegen ist sie unzulässig; hier hat sich der Historiker einer formalisierten Sprache zu bedienen, in der Begriff und jeweiliger Ausdruck (möglichst) exakt zur Deckung gelangen.

Als der Gegenbegriff zur Kausalität erscheint in der Geschichtstheorie der »Zufall«. Für die Beziehung dieser beiden Begriffe zur Geschichte an sich gelten nach K.-G. Faber die beiden Axiome: »1. Alle Geschichte untersteht dem Kausalitätsverhältnis. – 2. Alle Geschichte ist zufällig.«²⁴ Daraus ergibt sich ein Paradox, aus dem zweierlei folgt: Zum

²¹ Der Verf. stützt sich bei diesem Strukturbegriff auf eigene siedlungsgeschichtliche Erfahrungen und theoretische Überlegungen (vgl. »Projekt einer Siedlungsgeschichte des Kantons Zürich«, *Geographica Helvetica*, 3 (1977), bes. Abschnitte 1 und 3.1.1). Er erscheint praktikabel, bedarf aber noch weiterer theoretischer Entwicklung und empirischer Überprüfung; das gilt besonders für seine Übertragung vom Bereich »Siedlungen« auf die anderen Sektoren der Kulturlandschaft.

²² Deskription und Erklärung sind vor allem durch die neue Richtung der »Systematic History« streng aufeinander bezogen worden. »Unter dem Sammelbegriff der »Systematic History« läßt sich eine Gruppe von Betrachtensweisen zusammenfassen, die versuchen, durch systematisches Erfassen, Klassieren und Vergleichen ähnlicher Vorkommnisse in der Geschichte allgemeine theoretische Erkenntnisse zu gewinnen« (D. Frei, Theorieorientierte Geschichtsbetrachtung, s. A 14, S. 324). Erst aufgrund solch umfassender Datensammlung und genauer Deskription darf zur Ermittlung der Faktoren geschritten werden. – Vgl. dazu die Beschreibung der »Systematic History« im oben erwähnten Aufsatz von D. Frei, S. 324–327.

²³ »Man spricht etwa vom »Anstoß« und von den »tieferen Ursachen« eines Ereignisses, von »Ursachen« und »Bedingungen«, von »Ursachen« und »Gründen«. Man unterscheidet als Ursachen »universale Gesetze« und »Randbedingungen«, »Ursachen« und »Begleiterscheinungen.« (K.-G. Faber, Theorie der Geschichtswissenschaft, s. A 11, S. 73.)

²⁴ K.-G. Faber, Theorie der Geschichtswissenschaft, s. A 11, S. 66.

ersten, daß die Geschichte niemals an sich, sondern stets nur im Abbild von Modellen oder in der Annäherung des »Verstehens« begriffen werden kann, und zum zweiten, daß für die Geschichtswissenschaft »die Gegenüberstellung von kausal determinierten Ereignissen und vom zufälligen Zusammenfall von Ereignissen ... nicht haltbar«²⁵ ist.

Jedes kausale geschichtliche Modell hat mindestens eine Gesetzhypothese zur Voraussetzung²⁶ und konstituiert sich durch deren Verifikation, mit dem Ergebnis objekt-theoretischer Sätze. Welche Gewißheit und Reichweite haben nun diese »Gesetze«? Absolut gewisse Kausalgesetze sind in keiner Wissenschaft zu gewinnen, da die Überprüfung der betreffenden Hypothesen ja induktiv, und das heißt aufgrund einer stets begrenzten Zahl von »Fällen« (Explananda) erfolgt. Ein spezifischer Unterschied zwischen der Geschichte und den exakten Naturwissenschaften tritt nun aber durch die Überlegung zutage, daß Induktion das Prinzip »ceteris paribus« zur Voraussetzung hat und daher die Isolierung der jeweiligen Variablen erfordert.²⁷ Die Variablen sind jedoch im naturwissenschaftlichen Experiment wesentlich leichter und zuverlässiger zu isolieren als in der historischen Beobachtung: Einmal ist den Explananda der Geschichte ein weit höherer Grad an Komplexität eigen als den naturwissenschaftlichen: Der Unterschied liegt nun nicht etwa darin, daß das geschichtliche Explanandum eben eine Individualität ist und das naturwissenschaftliche nicht (jede konkrete Wirklichkeit ist singulär), sondern daß im Fall der Geschichte die Variablen sehr viel zahlreicher sind als im Falle der exakten Naturwissenschaften, wobei ja proportional zur Weite der jeweiligen geschichtlichen Optik je größere Komplexe von Explananda im Gesichtsfeld erscheinen, von denen die Variablen jedes einzelnen zu isolieren sind. Zum ändern können die Naturwissenschaften ihre Objekte stets unmittelbar angehen, während die Geschichte ihre Gegenstände nur mittelbar – über die Quellen – erfassen kann.

Zu unterscheiden sind nun die an sich als unendlich vorauszusetzende Zahl von Determinanten, welche durch die Optik der jeweiligen Fragestellung auf eine endliche reduziert wird, die konstanten Ursachen, welche die jeweiligen Gesetzhypothesen ausmachen, und die »singulären Randbedingungen«, das heißt die variablen Ursachen, welche im Zuge der Verifikation klarzustellen und zu isolieren sind. Die resultierenden objekt-theoretischen Sätze sind daher »... Aussagen, deren Allgemeinheitsgrad von der Menge der zur Erklärung herangezogenen Randbedingungen abhängt.«²⁸ Nun ist einer-

²⁵ K.-G. Faber, ebda., S. 84.

²⁶ Das gilt auch dort, wo im Rahmen der Erkenntnisweise des »Verstehens« keine geschichtlichen Modelle angestrebt werden, da ein Kausalnexus ohne die mindestens implizite Voraussetzung einer Gesetzhypothese gar nicht erkannt werden kann. Den Vertretern der traditionellen Historiographie war dieser Zusammenhang nur nicht bewußt, zumal die betreffenden Gesetzhypothesen in diesem Falle meist als unbefragte Selbstverständlichkeiten den Denkgewohnheiten des Common Sense entnommen werden.

²⁷ Zum Problem des Kausalgesetzes und der Induktion vgl. K.-G. Faber, Theorie der Geschichtswissenschaft (s. A 11), bes. S. 77/78. Faber bleibt allerdings beim Begriff »Gesetzhypothese« stehen.

²⁸ K.-G. Faber, ebda., S. 79.

seits die Zahl der zu isolierenden Variablen abhängig von der Zahl der einem geschichtlichen Modell zugrundeliegenden Exploranda, und andererseits ist die Zahl der isolierbaren Variablen abhängig von der Zahl der jeweiligen Explorabilia (d. h. von der Quellenlage). Hieraus ergeben sich für den Grad der Gewißheit und die Reichweite geschichtlicher Kausalgesetze – im Unterschied zu den Naturgesetzen – folgende Konsequenzen: Während die exakten Naturwissenschaften Gesetze von hoher, sich der Gewißheit annähernder Wahrscheinlichkeit entdecken können und zu Objekt-Theorien großer Reichweite gelangen, muß sich die Geschichtswissenschaft bereits mit »Gesetzen« begnügen, deren Wahrscheinlichkeit für das jeweilige Erkenntnisziel gerade ausreicht, und (vorläufig) mit Objekt-Theorien von höchstens mittlerer Reichweite in ihrem raum-zeitlichen Kontinuum.²⁹ Angesichts dieser Sachverhalte wäre der Ausdruck »geschichtliche Gesetze« sicher verfehlt. Es sei hier dafür der Terminus »Gesetzmäßigkeiten« verwendet.³⁰

Da niemals die Geschichte an sich wissenschaftlich erkannt werden kann, ist die Behauptung einer Hierarchie der Ursachen oder gar eines die ganze Geschichte bestimmenden Gesetzes mit einer letzten Ursache, die alle anderen determiniert, genauso metaphysisch wie die Behauptung des Gegenteils. Für die Geschichtswissenschaft sind – je nach Fragestellung – die das eine Modell konstituierenden Ursachen die zu isolierenden Variablen eines Modells aus anderer Optik – und umgekehrt. Unter den jeweiligen konstanten Ursachen kann sich aus der Fragestellung eine Hierarchie – die für jedes Modell wieder anders ist – ergeben,³¹ und selbst der Grenzfall der monokausalen Erklärung ist zulässig, wenn diese in strenge Relation zur betreffenden Optik gesetzt wird.

Die relativ einfachen Kausalmodelle erfordern eine weitgehende Vereinfachung der geschichtlichen Realität. Will man hochkomplexe Zusammenhänge erfassen – was gerade in der Raumgeschichte nicht selten unumgänglich sein dürfte – genügen sie nicht. Solchen Erkenntniszielen entspricht die Denkform der *Interdependenz*. Durch die Interdependenz werden 2 – n geschichtliche Phänomene als sich gegenseitig verursachend erklärt. Das Verhältnis der Interdependenz zum Zufall ist das gleiche wie dasjenige der Kausalität, und sie folgt den selben Prinzipien der Gesetzhypothese, der Induktion und der Isolierung der Variablen.

Im Vergleich zur Kausalität erscheint die Interdependenz in der Geschichtstheorie noch wenig reflektiert, und sie wird in der Praxis erst ansatzweise verwendet. Über plausible

²⁹ Dazu M. Wüstemeyer, Feststellungen von Marc Bloch zusammenfassend: »Die Lehren der Geschichte seien aber darauf beschränkt zu zeigen, daß zu einer bestimmten Zeit bestimmte Faktoren zu bestimmten Ergebnissen geführt hätten. Unter anderen Bedingungen veränderten sich aber auch die möglichen Resultate. Die Hauptfaktoren des sozialen Lebens, in dessen Mittelpunkt der Mensch steht, sind in permanenter Evolution begriffen. Und mit ihnen, die der Mensch zum Teil selbst schafft, verändert er sich auch wieder...« (»Die Annales«, s. A 8, S. 13).

³⁰ Es werden dafür auch andere Ausdrücke gebraucht. D. Frei beispielsweise schlägt »Tendenzen« oder »Wahrscheinlichkeiten« vor (»Theorieorientierte Geschichtsbetrachtung«, s. A 14, S. 335).

³¹ Vgl. dazu K.-G. Faber, Theorie der Geschichtswissenschaft (s. A 11), S. 80–82.

Gesetzhypothesen werden Interdependenz-Modelle in der Geschichtswissenschaft vorerst kaum hinausgelangen. Im naturwissenschaftlichen Bereich (besonders in der Biologie) hat dagegen diese Denkform in der Kybernetik³² eine bereits hohe Entwicklungsstufe erreicht. Die Übertragung der kybernetischen Denkweise auf die Geschichte erscheint aussichtsreich, denn es dürfte eine Hypothese von geradezu axiomatischer Evidenz sein, daß auch der geschichtlichen Realität am ehesten erklärend beizukommen sei, wenn man sie in Modellen wechselseitig vernetzter Vorgänge zu erfassen versucht. Daß nicht nur unsere natürliche, sondern auch unsere geschichtliche Umwelt als ein Systemkomplex von Regelkreisen erklärt werden könne, ist eine Vorstellung, welche besonders der auf Raumplanung angewandten Raumgeschichte noch nicht absehbare Möglichkeiten eröffnet. Raumplanung bedeutet Handhabung von Raumgeschichte, und eine kybernetische Planung (nach Vester das Verfahren mit der höchsten Zuverlässigkeit und dem größten Wirkungsgrad) setzt eine kybernetische Erklärung der geschichtlichen Realität voraus, soweit sie für die Planung relevant ist.

Da die erkenntnistheoretische Zulässigkeit von Gesetzes-Modellen in der Geschichte nun erwiesen ist, kann die Geschichtsforschung auch die Zeitstufe der Zukunft erfassen, allerdings nur in hypothetischer Form. Die konstanten Ursachen bzw. Interdependenzen in einem Modell, mit dem eine geschichtliche Individualität für eine bestimmte Zeitspanne der Vergangenheit bis zur Gegenwart erklärt wird, können nur dann als konstant für eine bestimmte Zeitspanne in die *Zukunft* betrachtet werden, wenn auch die singulären Randbedingungen konstant bleiben. Das ist in einem geschichtlichen Gesetzesmodell per definitionem ausgeschlossen, in einem hypothetischen Modell dagegen eine zulässige Annahme. Eine solche Hypothese ist identisch mit einer einfachen Extrapolation, deren Wahrscheinlichkeit erfahrungsgemäß gering ist. Nun können aber in einem hypothetischen Modell Veränderungen von singulären Randbedingungen supponiert werden, mit der Folge einer entsprechenden Deviation der für die Stufe der Vergangenheit konstanten Ursachen auf der Stufe der Zukunft. Die Tragfähigkeit der Supposition hängt einerseits ab von der Breite der empirischen Basis in der Vergangenheit und andererseits von der Zuverlässigkeit eventuell beigezogener futurologischer Verfahren, mit Einschluß der Hypothese von der kybernetischen Vernetzung der Zeitstufen.³³ – Es ist nicht auszuschließen, daß sich das bis zur Gegenwart *eine* Modell in mehrere Zukunfts-Varianten aufzweigt, die gegebenenfalls nach Wahrscheinlichkeitsgraden abzustufen sind.

4. Die besondere Erkenntnisweise der Geschichte: das »Verstehen«

Typologische und strukturbezogene Deskription sowie Erklärung der Raumgeschichte durch Kausal- und Interdependenz-Modelle dürften für die Zwecke der Raumplanung in

³² Vgl. dazu F. Vester, *Das kybernetische Zeitalter. Neue Dimensionen des Denkens*. Frankfurt am Main 1974.

³³ Vgl. dazu K. Litz, *Theorie einer Raumgeschichte* (s. A 2), Kap. 2.2.

der Regel genügen, und die Erkenntnisweise des »Verstehens« ist in dieser Hinsicht von eher peripherer Bedeutung. Sie soll hier, zur Abrundung der theoretischen Voraussetzungen, immerhin skizziert werden.

Mit den in den vorhergehenden Abschnitten erläuterten ausschließlich rational-abstrahierenden Erkenntnisweisen (einen Grenzfall stellt der Grundbegriff des Typus mit seiner Annäherung an konkrete Anschauung dar) werden geschichtliche Individualitäten nicht als solche in ihrer je singulären Konkretheit, sondern stets nur im Abbild von Modellen erfaßt. In diesen erscheinen aber die menschlichen Intentionen – das Agens der Geschichte³⁴ – als abstrakte Energiequanten, mit anderen Worten: Der Organismus, der die Geschichte im realen Sinn eigentlich ist, wird – mittelbar – als Mechanismus aufgefaßt. Während nun die Abstraktion von Modellen aus der Realität den Erkenntniszielen der exakten Naturwissenschaften vollauf genügt, muß die Geschichte darüber hinaus die unmittelbare Erfassung der ihr zugänglichen Realität anstreben, wenn sie nicht ihr eigentliches Erkenntnisziel verfehlen will.

Sie hat dafür das »Verstehen« als ihre besondere Erkenntnisweise entwickelt, ja, die Geschichtstheorie – soweit von einer solchen in jener Zeit schon die Rede sein kann – hat das »Verstehen«, in der Epoche des Historismus, der besonders im deutschen Sprachgebiet etwa von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Mitte des 20. vorherrschend war, sogar als die ausschließliche Erkenntnisweise der Geschichte postuliert, indem sie den Geisteswissenschaften die »idiographische« Denkweise zuordnete und die »nomothetische« (Gesetzesdenken) den Naturwissenschaften vorbehielt. Diese ausschließende Unterscheidung ist heute – jedenfalls für die Geschichtstheorie – obsolet geworden, und etwa seit der Jahrhundertmitte wird in zunehmendem Maße versucht, die Geschichte auch zu einer Disziplin auszubauen, die analog zu den Naturwissenschaften vorgeht.

Bei der Definition des »Verstehens« ist vom Umgangs-Sprachegebrauch auszugehen. Hier spricht man dann von Verstehen, »... wenn es gilt, den Sinn menschlicher Rede, der Sprache, und durch sie den Sinn menschlichen Handelns zu begreifen...«³⁵ Man kann darüber hinaus, umgangssprachlich ausgedrückt, »einen Menschen verstehen«, seine psychische Situation und Entwicklung. Die Möglichkeit der Ausdehnung vom empirischen auf das theoretische Individuum (vgl. Abschn. 2) ist nun das Einzige, was die Geschichtstheorie am Verstehens-Begriff der Umgangssprache grundsätzlich ändert. Daß dieses Verstehen nicht ausschließlich rational zu leisten ist, geht schon aus der Alltagserfahrung schlüssig hervor. Der betreffende »Erkenntnisakt ist ... nicht bloß Produkt der Verstandestätigkeit, er umfaßt die intuitiven und sinnlichen Kräfte, die gemüthhaften, ästhetischen und sittlichen Empfindungen sowohl wie Phantasie und Anschauungsvermögen. Die Breite und Tiefe des konkret gelebten Lebens ist schlechthin identisch mit dem Grade des historischen

³⁴ Vgl. dazu K. Litz, ebda., Kap. 2.1.

³⁵ K.-G. Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft* (s. A 11), S. 112.

Verstehens...³⁶ Es umfaßt also – wie das Verstehen im menschlichen Alltag – sämtliche Bewußtseinsfunktionen.

Die Theorie vom geschichtlichen Verstehen (d. h. die historische Hermeneutik) erscheint allerdings bei weitem noch nicht ausgebaut, wenn man die Anforderungen der Klarheit, Zuverlässigkeit, Einheitlichkeit und allgemeinen Anerkennung an sie stellt; dies gilt besonders für die nicht rationalen Funktionen dieser multifunktionalen Erkenntnisweise. Der verhältnismäßig niedrige Ausbaugrad der historischen Hermeneutik, selbst im Vergleich zur szientistischen Geschichtstheorie (trotz einem Vorsprung von einem Jahrhundert) erklärt sich aus den extrem schwierigen erkenntnistheoretischen Problemen, die sich ihr stellen. Man hat versucht, den gordischen Knoten zu durchschneiden, indem man die nicht rationalen Funktionen des geschichtlichen Verstehens dem Bereich der Kunst zuwies und die Geschichte überhaupt als eine Art Mischung von Wissenschaft und Kunst erklärte. Hier liegt aber ein fundamentales Mißverständnis vor.³⁷ So verschieden ihre Wege sind, streben alle Arten und Formen der Geschichte nach dem *einen* Ziel aller Wissenschaft: zu *erkennen*, was ist, während Kunst stets *schaffen* will, was nicht bereits ist. Allerdings ist das geschichtliche Verstehen nicht Wissenschaft im engeren Sinn von Science. Hier liegt jedoch kein begriffliches Problem vor, denn die beiden Arten von Wissenschaft – im engeren und im weiteren Sinne – können definitorisch auseinandergelassen werden, sondern lediglich ein terminologisches. F. Braudel: »Pour moi, l'histoire est la somme de toutes les histoires possibles, – une collection de métiers et de points de vue, d'hier, d'aujourd'hui, de demain. – La seule erreur, à mon avis serait de choisir l'une de ces histoires à l'exclusion des autres«.³⁸

Weil das Ziel der *gesamten* Geschichte im theoretischen Sinne wissenschaftliche Erkenntnis ist, unterliegt auch die Erkenntnisweise des Verstehens den Anforderungen der Begründungsobjektivität und der Konsensobjektivität.³⁹ Daß diese Erkenntnisweise ebenso gemäß den Kriterien der historischen Methode und der in der Forschungspraxis bewährten Regeln vorgehen kann wie die Deskription und die Erklärung geschichtlicher Phänomene – und ihre Ergebnisse danach zu beurteilen sind, leuchtet ohne weiteres ein.

³⁶ Fischer-Lexikon (s. A 12), S. 85.

³⁷ Diesem Mißverständnis wird dadurch Vorschub geleistet, daß die Historiographie verschiedener Kulturkreise Kunstwerke von zum Teil hohem Rang hervorgebracht hat; man denke etwa an die griechische und römische Antike (Thukydides, Tacitus). Die Geschichtswissenschaft betrachtet aber solche Werke (auch aus der jüngsten Vergangenheit) ausschließlich als *Quellen*, deren kreative Komponente von der informativen zu isolieren ist (wobei die erstere z. B. im Rahmen der Literaturgeschichte selber zur Information werden kann).

³⁸ F. Braudel, *Histoire et Sciences* (s. A 7), S. 734.

³⁹ Begründungsobjektivität ist die bewiesene Kongruenz eines Sektors der Geschichte im realen Sinne mit einem Sektor der Geschichte im theoretischen Sinn. Konsensobjektivität ist die intersubjektiv festgestellte Kongruenz einer historischen Erkenntnis. – Zur weiteren Erläuterung dieser Begriffe s. K. Litz, *Theorie einer Raumgeschichte* (s. A 2), Kap. 3.5: »Begründungs- und Konsensobjektivität«.

Probleme ergeben sich aber für die Begründungsobjektivität von den theoretischen Kriterien her. Zwar kann die rationale Funktion des geschichtlichen Verstehens den selben Kontrollen unterworfen werden wie Deskription und Erklärung, wenn auch deren Grundbegriffe und Denkformen hier nicht mit gleich strenger logischer Kohärenz verwendet werden können, so daß die Verifikation – Falsifikation einer Hypothese sich zwar in fortschreitenden Korrekturen und Modifikationen vollzieht, aber doch keinen Beweisgang im exakten Sinne ermöglicht. Die rationale Funktion ihrerseits verfügt über Möglichkeiten, die nicht rationalen Funktionen zu kontrollieren: »Die hermeneutische Interpretation beruht auf dem beständigen Wechsel der begrifflichen Distanzierung vom Gegenstande und ihrer Aufhebung durch unreflektierte Anschauung. Die begrifflichen Kriterien der Interpretation werden durch einen »Rückkoppelungseffekt« zwischen Gegenstand und Begriff gewissermaßen dem historischen Stoff selbst abgewonnen«.⁴⁰ »Unreflektierte Anschauung« ist hier der Inbegriff für die nicht rationalen Funktionen des Verstehens. Es ist bezeichnend für diese Erkenntnisweise der Geschichte, daß sie zur optimalen Sicherung ihrer Ergebnisse stets mehrere Forschungsdurchgänge benötigt. So fordert K.-G. Faber hinsichtlich von Handlungsmotiven, die durch eine verstehende Interpretation gesucht werden müßten (da sie ja in der Überlieferung niemals offen zutage liegen), den Historiker auf, sich nicht mit den im ersten Verstehensakt vorgeschlagenen Motiven zu begnügen, »die aus der Konfrontation der rekonstruierten Entscheidungssituation mit der Lebenserfahrung des Interpreten gewonnen werden«, auch wenn jeder Verstehensentwurf eine scheinbar abschließende Erfassung eines isolierten Handlungskomplexes ermöglichen, und stellt dazu fest: »Ein richtiges Verstehen vergangenen Handelns, das aus den sich anbietenden Entwürfen den wahrscheinlichsten ermittelt ... bedarf der Kontrolle durch eine über das Zuschreiben von Motiven hinausgehende Verstandesoperation«.⁴¹ Soweit aber Ergebnisse einer verstehenden Untersuchung sich einer rationalen Kontrolle entziehen – und das wird unweigerlich der Fall sein, wenn diese Erkenntnisweise mit ihrem ganzen Spektrum in Funktion tritt – vermögen sie den Anforderungen der Begründungsobjektivität nicht zu genügen, wenigstens solange noch keine hinreichende theoretische Basis des geschichtlichen Verstehens, besonders hinsichtlich seiner nicht rationalen Funktionen, vorhanden ist.⁴²

Soweit jedoch diese Anforderungen nicht erfüllt sind, scheint auch die Möglichkeit der Konsensobjektivität zu entfallen, da ja die intersubjektive Kontrolle die Begründungsobjektivität als logische Basis benötigt. Wenn diese Lücke durch die empirische Voraussetzung einer hinreichend pluralistischen wissenschaftlichen Öffentlichkeit (und Gesellschaft) gefüllt wird, kann die *fable convenue* ausgeschlossen werden. Nun erscheint jedoch ein

⁴⁰ Fischer-Lexikon (s. A 12), S. 87.

⁴¹ K.-G. Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft* (s. A 11), S. 133.

⁴² Zur Weiterentwicklung dieses Sektors der Geschichtstheorie könnten allenfalls Ergebnisse der Analytischen Psychologie hinsichtlich der Bewußtseinsfunktionen mitverwendet werden.

Konsens von vornherein unmöglich. Immerhin ist bei mehreren intersubjektiven Kontroll-Durchgängen – womöglich schon während der Untersuchung – aufgrund argumentativ abgestimmter einhelliger Modifikationen, eine fortschreitende Annäherung an den Konsens nicht auszuschließen.

Da künftiges Geschehen lediglich in generalisierenden Modellen gedacht werden kann, ist eine direkte Beziehung des geschichtlichen Verstehens zur Zeitstufe der Zukunft unmöglich. Indirekt kann diese Erkenntnisweise aber zur Erhellung von Zukunft beitragen, indem ihre Ergebnisse die empirische Basis der Supposition von Variablen eines Zukunfts-Modells (vgl. Abschn. 3) wesentlich zu verbreitern imstande sind.

Man wächst in der Stadt in einer groben Gleichgültigkeit gegenüber dem bäuerlichen und ländlichen Leben auf; kaum weiß man die Pflanze, die den Hanf liefert, von der zu unterscheiden, aus der man den Flachs gewinnt, oder den Weizen vom Roggen, und diese beiden wieder vom Mengkorn: man begnügt sich damit, sich zu nähren und zu kleiden. Recht vielen Bürgersleuten darf man nicht von Brache, Samenbäumen, Ablegern oder Grummet reden, wenn man verstanden werden will: das sind Fremdwörter für sie. Ihr müßt von Ellenmaß, Preisliste und Steuerzuschlag mit ihnen sprechen oder von Berufungsweg, Kassationsgesuch, Beilegung und höherer Instanz. Sie kennen nur die Menschenwelt und davon nur die minder schöne, minder glänzende Seite; von der Natur, ihrem Wachsen und Gedeihen, ihren Schätzen und ihrer Freigebigkeit wissen sie nichts. Ihre Unkenntnis ist oft genug frei gewählt und gründet sich auf die Achtung, die sie vor ihrem Gewerbe und ihren Fähigkeiten haben. Es gibt keinen so gemeinen Winkeladvokaten, der sich nicht in seiner finsternen, verräucherten Schreibstube, den Kopf von noch schwärzeren Kniffen erfüllt, über den Bauern erheben erhaben dünkte, der unter freiem Himmel seine Arbeit verrichtet, das Feld bestellt, zu rechter Zeit sät und reiche Ernten einbringt.

La Bruyère, Von der Stadt, in: Die Charaktere oder die Sitten des Jahrhunderts (1688).

Gerhard Henkel

Genetische Siedlungsforschung und Dorferneuerung. Das Beispiel Hallenberg

1. Zielsetzung 2. Methoden der Datenbeschaffung: 2.1 Literatur- und Archivarbeit 2.2 Gelände- bzw. Feldarbeit: 2.2.1 Befragungen 2.2.2. Beobachtungen 2.2.3 Fotografieren 2.2.4 Messen 2.3 Bürgerwünsche sowie kommunale und übergemeindliche Planungsvorhaben 3. Methode der Darstellung 4. Das Beispiel Hallenberg: 4.1 Siedlungsentwicklung – Entwicklungstendenz der letzten 30 Jahre – Gegenwärtige Situation – Empfehlungen zur erhaltenden Erneuerung 4.2 Dorfbevölkerung: – Historische Entwicklung – Entwicklungstendenz der letzten 30 Jahre – Gegenwärtige Situation: – Bevölkerungsstand und -dichte – Altersaufbau – Gemeinschaftsleben und Identifikationen – Empfehlungen zur erhaltenden Erneuerung

1. Zielsetzung

In Politik und öffentlicher Meinung besteht heute weitgehend Einigkeit über die Leitvorstellung einer Dorfentwicklung auf der Basis des individuell Vorgegebenen, was häufig mit der dualistischen Formel der erhaltenden Dorferneuerung zusammengefaßt wird.¹ Es geht hierbei um die Berücksichtigung der überlieferten historischen Substanzen bei der Weiterentwicklung eines Ortes, um Bewahrung einer lokalen Identität in einer sich stets wandelnden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umwelt. Für die konkrete Planungspraxis bedeutet dies, daß die zurückliegende Ortsentwicklung bei Erneuerungsmaßnahmen einen mitbestimmenden Stellenwert erhält.

Mit der Zielsetzung der erhaltenden Erneuerung verbindet sich die Hoffnung, Fehler und Irrwege zu vermeiden, die schon von den früheren (lokalen wie überregionalen) Baumeistern und Planern gemeistert wurden.² Die Beobachtung des Entwicklungsweges eines Dorfes bleibt also kein Selbstzweck. Letztlich geht es auch nicht vorrangig um den Schutz »formaler historischer Oberflächenreize«, sondern um die Erhaltung einer vielgestaltigen und lebenswerten Umwelt überhaupt.

Die Realisierung des Leitziels der erhaltenden Dorferneuerung hat sich an der Frage zu orientieren, was können wir von den Alten lernen bzw. übernehmen, die unsere Siedlungen aufgebaut, verändert und immer wieder verbessert haben. Die wissenschaftsgerechte Fundierung dieser Aufgabe wird gewährleistet durch eine genetisch-prognostische Betrachtungs- und Vorgehensweise (Erläuterung s. u.), die von mehreren Hochschuldisziplinen erbracht werden kann. Zur Funktion der genetischen Analyse für Gegenwartsentscheidungen bemerkt W. Matzat: »Warum sind denn genetische und historische Erklärungen

¹ Vgl. u. a. den amtlichen Bericht »Dorferneuerung« (1979), S. 14 f.

² Zahlreiche Anregungen hierzu gab D. Wieland.

gen ... überhaupt nötig, genügt es denn nicht, heutige Strukturen und Systeme zu untersuchen und aus ihrer Analyse heraus auch zu Prognosen für die Praxis der Zukunft zu kommen? Darauf würde ich ganz schlicht antworten: Weil Teilaspekte gegenwärtiger räumlicher Strukturen, Gefüge, Muster usw. nicht begriffen werden können aus heutigen Gegebenheiten, sondern entweder nur genetisch oder nur historisch erklärt werden können. Die Kenntnis der historischen Dimension eines heutigen Tatbestandes gibt doch dem eigenen Urteil eine viel fundiertere Basis und Tiefe – das hat mit Historismus oder Historizismus überhaupt nichts zu tun. Ein Verzicht auf diese Erklärung wäre einfach ein Mangel an Wissenschaftlichkeit« (1975, S. 71 f.).

Zu den klassischen Hochschulfächern, die seit Jahrzehnten Dorfforschung betrieben und einen reichen Fundus an Kenntnissen und Methoden zum Gegenstand Dorf erarbeitet haben, gehören u. a.: Architektur, Geographie, Geschichte, Kunstgeschichte, Soziologie, Volkskunde. All diese Disziplinen verfügen über Forschungsschwerpunkte, die überwiegend bis ausschließlich die zurückliegende Dorffentwicklung beleuchten. Dennoch waren die hier erbrachten Leistungen bislang nur selten daran orientiert, für gegenwärtige Entscheidungen Hilfestellungen anzubieten.

Das offenkundige Defizit an Hilfestellungen der siedlungsgenetischen Forschung für die Praxis abzubauen, versucht die vorliegende Arbeit.³ Damit ist zugleich die Notwendigkeit verbunden, alle erbrachten Leistungen so transparent, verständlich und zielgerichtet darzustellen, daß diese auch für die Planungspraxis, die Bürger, Politiker und Planer nachvollziehbar und verwertbar werden.

2. Methoden der Datenbeschaffung

Mannigfache Daten, Informationen und Kenntnisse sind zur Fundierung von Dorferneuerungs- oder Dorffentwicklungsmaßnahmen, die in der Regel in Dorferneuerungsplänen fixiert werden, notwendig. Im wesentlichen handelt es sich um zwei unterschiedliche methodische Arbeitsbereiche: die Literatur- und Archivarbeit einerseits und die Gelände- bzw. Feldarbeit andererseits. Schwerpunktsetzung und Intensität der anzuwendenden Methoden hängen von der jeweiligen konkreten Aufgabenstellung ab, aber auch von den spezifischen lokalen Gegebenheiten, z. B. dem Aufbereitungsstand der Ortsgeschichte.

³ Dieser Beitrag resultiert aus einem mehrjährigen interdisziplinären Forschungsprojekt zwischen Vertretern der Architektur und der Geographie. Das Gesamtergebnis erscheint als Monographie in der Reihe »Essener Geogr. Arbeiten« Biecker/Henkel, *Erhaltung und Erneuerung auf dem Lande*, 1983. Die Zusammensetzung Architektur/Geographie kam zunächst mehr durch den »Zufall« eines gemeinsamen Fachbereiches zustande, erwies sich jedoch als sehr sachgerecht und sinnvoll. Während in der Architektur mehr die *Gestalt*dimension im Vordergrund steht, wird von der Geographie mehr die *Raum-* bzw. *Umwelt*dimension erfaßt (wenn es erlaubt ist, derart knappe Grenzziehungen vorzunehmen), so daß eine optimale Ergänzungssituation dieser beiden Fächer gegeben ist. Außerdem besteht sowohl in der Architektur als auch in der Geographie neben der gegenwartsbezogenen Arbeit eine lange Tradition der genetischen Analyse.

Empfehlenswert ist eine methodische Breite, damit die gewonnenen Daten und Kenntnisse nicht allzu einseitig abgesichert sind. Je mehr Methoden angewendet und miteinander kombiniert werden, desto größer sind in der Regel Erkenntnissicherheit und -gewinn. Wichtige anwendbare Methoden sind im einzelnen:⁴

2.1 Literatur- und Archivarbeit

Ein sinnvoller und ökonomischer Einstieg für die gesamten Erhebungen besteht darin, die ortsbezogene und regionale Literatur einzusehen und auszuwerten. Auch Darstellungen aus zurückliegender Zeit sind zu berücksichtigen und nicht selten von Nutzen. Mit der lokalen Literatur gewinnt man in Einzelfällen schon wichtige Erkenntnisse zu Struktur und Entwicklung des Ortes, wenngleich meist nur auf Einzelaspekte, z. B. die Landwirtschaft, bezogen.

Während die lokale und regionale Literatur in der Regel mehr einen allgemeineren Einstieg vermittelt, dient die Archivarbeit schon der Beschaffung wichtiger Basisdaten der Ortsentwicklung.⁵ Es geht hier z. B. um die Sichtung und Auswertung historischer Karten, Zeichnungen und Skizzen. Die meist älteste topographische Kartenaufnahme, die sog. Urkatasterkarte aus der Zeit um 1830, wird vielfach bereits als wichtigste »Einstiegskarte« zur Analyse des gegenwärtigen Ortsbildes genutzt (vgl. Abb. 3). Andere verwertbare »Archivalien« sind die Ortschroniken, die über frühere Dorfbrände, Hochwasser usw. berichten.

Den anschaulichsten Beitrag der Archivarbeit liefert das alte Fotomaterial, das sich in der Regel in Privathand befindet und daher oft mühsam aufzufinden ist. Mit Hilfe alter Fotos läßt sich vielfach die Dorffentwicklung der letzten hundert Jahre recherchieren und darstellen; dies gilt sowohl für sozial-kulturelle, ökonomische und baulich-formale Aspekte. Die alten Bilder vermitteln vor allem Kenntnisse auf den verschiedenen Betrachtungsebenen der Ortsbildanalyse, vom gesamten Dorfbild über Dorfstraße, Dorfgarten bis hin zum Baudetail der Hauseingänge und schließlich sogar der Türgriffe.

Zur Archivarbeit im weiteren Sinne gehört auch die Beschaffung und Auswertung von älteren Statistiken, z. B. der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, die in den Gemeinde-, Kreis- oder Landesämtern meist aufgearbeitet vorliegen. Am erfolgversprechendsten ist es in der Regel, sich an die jeweiligen Landesämter für Datenverarbeitung und Statistik der einzelnen Bundesländer zu wenden.

2.2 Gelände- bzw. Feldarbeit

Im Unterschied zur Literatur- und Archivarbeit, die sich dem Dorf weitgehend durch Schreibtischarbeit zuwendet, ist die Geländearbeit durch unmittelbaren Kontakt zum

⁴ Als wegweisende methodische Arbeit ist die Schweizer Publikation »Ortsbildinventarisierung. Aber wie?« zu nennen.

⁵ Vgl. u. a. Hauptmeyer 1979.

Gegenstand Dorf geprägt. Man praktiziert hierbei sehr unterschiedliche Methoden. Die vier wohl wichtigsten und am meisten angewendeten Möglichkeiten der Geländearbeit sind im folgenden stichpunktartig vorgestellt:

2.2.1. Befragungen

Befragungen dienen in der Regel der Erfassung sozial-ökonomischer Gegebenheiten. Die meist durchgeführte standardisierte Befragung mittels Fragebogen, bei der Formulierung und Reihenfolge der Fragen vorgegeben sind, garantiert die Vollständigkeit, die Vergleichbarkeit und die Quantifizierbarkeit der Antworten und bietet insgesamt eine große Zuverlässigkeit der Ergebnisse.⁶

2.2.2. Beobachtungen

Durch Beobachtungen wird vor allem die Dorfphysiognomie bzw. das Ortsbild erfasst. Da das Dorfbild sich aus verschiedenen Perspektiven zusammensetzt, unterscheidet man mehrere groß- und kleinmaßstäbige Betrachtungsebenen: das Regionalbild, das Ortsbild, das Ensemble bzw. den Straßenraum, das Einzelobjekt, das Bauteil, das Baudetail. Um die mannigfachen Daten zu ordnen, überschaubar und vergleichbar zu machen, empfiehlt sich die Nutzung einer Karteikarte bzw. Checkliste,⁷ die weitgehend aus vorgefertigten Fragen besteht, die überwiegend durch Ankreuzen zu beantworten sind. Darüber hinaus sollte eine derartige Karteikarte auch Freiräume für Fotos, Kartenausschnitte sowie die individuelle Beschreibung von Besonderheiten bereithalten.

2.2.3. Fotografieren

Als eine wesentliche Unterstützung und Dokumentation der Ortsbildinventarisierung dient die Fotografie, wobei sowohl Bunt- als auch Schwarzweiß-Aufnahmen ihre spezifischen Vorteile besitzen. Im Idealfall stehen neben den normalen terrestrischen Aufnahmen auch Luftbilder zur Verfügung, die als Schräg- oder Senkrechtaufnahmen besonders gut die Gesamtkonzeption eines Ortes erkennbar machen. Zunächst einmal sollten alle Häuser einzeln von der Straßen- bzw. Eingangsseite her aufgenommen werden, nach Möglichkeit oder Bedarf besonders blickfällige Neben- und Rückseiten zusätzlich.⁸ Darüber hinaus ist es unerlässlich, auch die wichtigsten Ensembles, Straßenräume, Blickachsen, Ortszugänge und Dorfränder zu fotografieren. Detailaufnahmen sollten u. a. von Treppen, Türen, Fenstern und Vorgärten gemacht werden. Wichtige Dorfprobleme, wie etwa die Verkehrsbelastung der Hauptstraße, können ebenfalls durch entsprechende Fotos verdeutlicht werden.

⁶ Hilfreiche Anregungen zur inhaltlichen Substanz der Fragebögen bietet die Schrift »Rationalisierungsmöglichkeiten bei Sanierungsuntersuchungen«.

⁷ Gute Beispiele finden sich in dem Band »Ortsbildinventarisierung. Aber wie?«.

⁸ Eine vorzügliche Bilddokumentation bietet die Arbeit von B. von der Dolln.

2.2.4. Messen

Zumindest in Einzelfällen wird es sinnvoll und notwendig sein, die wichtigsten Fassaden des Ortes exakt zu vermessen und daraus maßstabsgerechte Zeichnungen herzustellen. Das Ergebnis ist dann z. B. eine maßstabsgerecht gezeichnete Giebfassadenreihe eines Fachwerkensembles. Die Fassadenvermessung erfolgt heute überwiegend mit Hilfe der exakteren und weniger aufwendigen Fotogrammetrie⁹ (im Vergleich zur früheren Handvermessung). In diesem Rahmen zu nennen sind auch die verschiedenen Zählmethoden, die z. B. zur Ermittlung der Verkehrsdichte oder von Verkehrsbelastungen anzuwenden sind. So kann die Belastung der verschiedenartig abgestuften Dorfstraßen und -plätze zu unterschiedlichen Tageszeiten und Wochentagen durch den fließenden und ruhenden Verkehr festgestellt werden. Oder es wird die Frequentierung durch den Fußgängerverkehr erfasst. Außerdem kann die Lärmbelastung einer Durchgangsstraße durch spezielle Meßgeräte ermittelt werden.

2.3 Bürgerwünsche sowie kommunale und übergemeindliche Planungsvorgaben.

Zur Datenbeschaffung

Zur Datenbeschaffung gehört nicht zuletzt auch die Erfassung der Bürgerwünsche. Der Dorfbewohner ist in mehrfacher Hinsicht die Basis jeder Dorferneuerung. Er ist deren Adressat und Akteur zugleich. Erfolg oder Mißerfolg einer Dorferneuerung hängen wesentlich davon ab, in welchem Maße die Dorfbürger ihre Unterstützung gewährt haben. Die Beobachtung und Analyse der bisherigen Dorferneuerungspraxis (vor allem Bendixen 1980) läßt erkennen, daß es einmal große – auch regionale – Unterschiede in der Akzeptanz von Dorferneuerungsmaßnahmen gibt und zum anderen die Rolle des Dorfbewohners im Rahmen der Dorferneuerung bislang unterschätzt worden ist.

Zu den wesentlichen Defiziten der Dorfplanung gehören mangelnde Informationen und damit mangelnde Kenntnisse der Dorfbewohner über Ziele und Maßnahmen der Dorferneuerung in den meisten Orten. In einem mit Bundes- und Landesmitteln geförderten Dorf war von sieben befragten Bewohnern,¹⁰ die selbst nicht gefördert wurden, keiner in der Lage, auch nur annähernd die Ziele, die Maßnahmen und die Möglichkeiten der Förderung im Rahmen der Dorferneuerung anzugeben. Derart mangelhafte Informationen, die offensichtlich den planenden Behörden, Verbänden oder Planungsbüros anzulasten sind, führen zu einer Verplanung des Bürgers, die wiederum Desinteresse, Unzufriedenheit und nicht selten einen Boykott der geplanten Maßnahmen zur Folge hat.

Gleichwohl ist folgendes in Rechnung zu stellen: Die Information über geplante bzw. zu planende Dorferneuerungsmaßnahmen wird häufig erschwert durch eine *mangelnde Bereitschaft der Dorfbewohner*, sich über den eigenen Gartenzaun hinaus für lokale Planungen zu interessieren. Das Interesse und die Bereitschaft, sich aktiv für die Dorfer-

⁹ Beispiele u. a. in dem Band »Alte Stadt – heute & morgen« (Dinkelsbühl).

¹⁰ Bendixen, S. 112.

neuerung einzusetzen, ist weitgehend auf die eigenen Investitionen beschränkt. Tatsächlich scheint vielen Dorfbewohnern die positive Beziehung zum eigenen Lebensraum, der gegenüber der Stadt als minderwertig empfunden wird, verlorengegangen zu sein. Hier gilt es also, das dörfliche Selbstbewußtsein bzw. die Identifikation mit der historisch gewachsenen Umwelt zu stabilisieren oder wiederherzustellen. Wenn es gelingt, diese Basis zu schaffen, dürften sich alle auftretenden Schwierigkeiten in der Dorferneuerungspraxis, z. B. einander widerstreitende Privat- oder Gruppeninteressen, leichter beheben lassen. Auch hierfür gibt es zunehmend zahlreichere Beispiele.¹¹ Neben den Bürgerwünschen sind die verschiedenartigen Zielvorgaben der Landes- und Gebietsentwicklungsplanung zu ermitteln und in die jeweilige Dorfentwicklungsplanung einzuarbeiten. Sollte es hier Zielkonflikte geben, müssen diese angesprochen und Lösungen vorgeschlagen werden. Ebenfalls sind die Flächenwidmungen und Maßgaben der lokalen Flächennutzungsplanung zu berücksichtigen.

3. Methode der Darstellung

Aus der Fülle der gewonnenen Daten und Erkenntnisse sind Bewertungen und Neuordnungskonzepte für die zukünftige Dorfentwicklung abzuleiten. Diese gemeinsame Aufgabe der Bürger, Politiker und Planer, von der Sache her durch Gedanken- und Interessensauseinandersetzungen gekennzeichnet, bedeutet Schwerstarbeit und überfordert häufig viele Beteiligten. Da Dorferneuerung die gesamte Dorfentwicklung mit ihren komplexen Verknüpfungen wahrnimmt und zu steuern versucht, da Grundkonzepte mit mannigfachen Einzelmaßnahmen abzustimmen sind, stellt sich vor allem das Problem der Überschaubarkeit. Eine erste methodische Notwendigkeit besteht deshalb darin, die verschiedenen Einzelstrukturen des Dorfes auszumachen und übersichtlich darzustellen. Eine durchgeführte Differenzierung erbrachte insgesamt 17 verschiedene (wenngleich nicht völlig gleichgewichtige) Dorfstrukturen. Diese 17 Dorfstrukturen bilden zunächst einmal einen Ordnungs- und Darstellungsrahmen. Die zahlreichen Ergebnisse der unterschiedlichen Erhebungen sind hier sachgerecht einzuordnen. Zum anderen bieten die 17 Einzelstrukturen die Basis eines genetisch-prognostischen Arbeitsverfahrens. Entsprechend den Zielvorgaben der erhaltenden Dorferneuerung kann mit Hilfe von vierstufigen Arbeitsschritten die Dorfentwicklung von der Vergangenheit bis zur Zukunft optimal verfolgt werden. Jeder der 17 Dorffaktoren wird nacheinander auf den vier zeitlich einander folgenden Betrachtungsebenen analysiert und dargestellt (vgl. Abb. 1). Die vier Betrachtungsebenen sind in dieser Reihenfolge:

- I. Historische Entwicklung
- II. Entwicklungstendenz der letzten 30 Jahre

¹¹ Vgl. u. a. Konieczny und Rolli.



Abb. 1: Modell einer Strukturanalyse für den Dorferneuerungsplan

III. Gegenwärtige Situation

IV. Prognostische Ableitungen zur erhaltenden Dorferneuerung.

Für jede der 17 Einzelstrukturen entsteht durch diese Untersuchungsfolge eine genetische Sequenz, die von der Vergangenheit über die Gegenwart hinaus in die Zukunft hineinreicht.¹² Dieses Arbeitsmodell dient konkret der Erstellung eines Dorferneuerungsplanes bzw. Dorfentwicklungskonzeptes¹³ und grundsätzlich dem Ziel, Dorferneuerung wissenschaftlich zu fundieren. Es bietet den verschiedenen Fachdisziplinen einen sachgerechten Einstieg und Arbeitsauftrag und steckt zugleich die Bereiche ab (Ebene IV), die nur zusammen mit Planern, Bürgern und Politikern erarbeitet werden können.

Das hier vorgestellte Arbeits- und Darstellungsschema wurde am Beispiel des Dorfes Hallenberg im südlichen Westfalen (s. Abb. 2) erprobt.¹⁴ Im folgenden sind einige Dorfstrukturen exemplarisch herausgegriffen und in ihrer genetisch-prognostischen Sequenz

¹² Eine ausführlichere Erläuterung des Modells bei Henkel 1979.

¹³ Bei diesem Konzept, das ja auch Zielvorstellungen der zukünftigen Gemeindeentwicklung anspricht, handelt es sich praktisch um einen Gemeinde- oder Stadtentwicklungsplan, dessen Notwendigkeit zwar allenthalben betont wird (vgl. u. a. Brösse, S. 178 ff.), dessen politische und juristische Durchsetzung und Verankerung jedoch noch aussteht.

¹⁴ Vgl. Biecker, J. und G. Henkel, 1983.

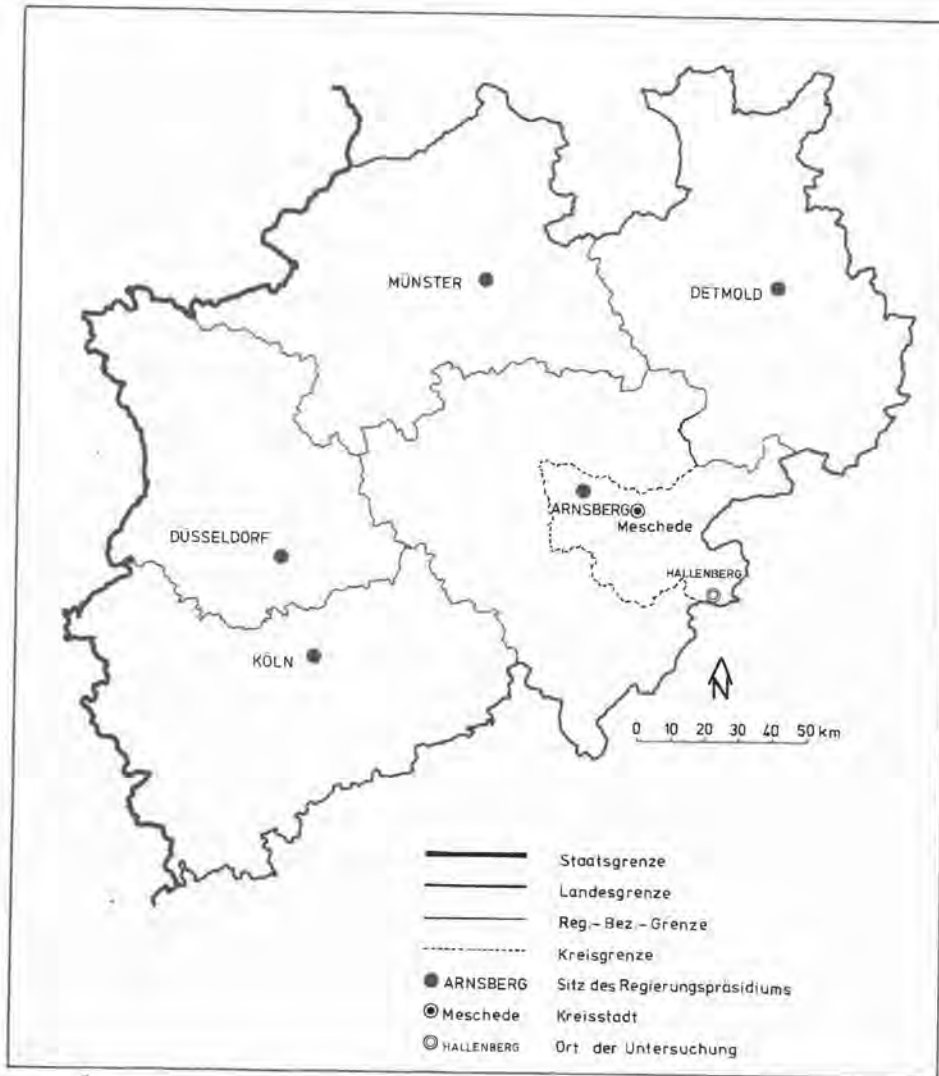


Abb. 2: Die Lage Hallenbergs in Nordrhein-Westfalen

ausgeführt. Die Ausführung ist der grundsätzlichen Intention verpflichtet, einfach, überschaubar, anschaulich und damit lesbar und praktikabel zu sein. Neben dem erläuternden Text sind daher Karten, Bildpläne, Fotos, Zeichnungen, Graphiken und Tabellenübersichten von hohem Wert. Diese sollen dazu beitragen, dem Dorfbürger und Dorfparlamentarier als wichtigstem Adressaten die anstehenden Probleme, Vorschläge und Aufgaben der Dorferneuerung verständlich zu machen.

Die Auswahl eines Dorfes (Hallenberg ist zwar Titularstadt, von seiner heutigen Größe, Gestalt und Funktion her aber ein Dorf) für das hier ausgeführte methodische Exempel, das prinzipiell auch für Städte anwendbar ist, hat verschiedene Gründe. Zum einen weist die wissenschaftliche Beschäftigung mit ländlichen Siedlungen immer noch erhebliche Defizite auf. Auch ist die Würdigung historischer Orte bislang weitgehend auf Städte, Burgen und Schlösser beschränkt; so wurde im Denkmalschutzjahr 1975 in der Bundesrepublik kein einziges Dorf als Beispiel für Erhaltung und Denkmalpflege benannt. Hinzu kommt, daß ein Dorf im Sinne des Wortes »überschaubarer« ist und daher methodische Vorteile gegenüber den formal, funktional und auch genetisch sehr viel komplexeren Altkernen von Mittel- oder Großstädten bietet.

4. Das Beispiel Hallenberg

Siedlungsentwicklung (Dorfstruktur 2 nach Abb. 1).

*Merkmale und Details.*¹⁵

Zugehörigkeit zum Alt- oder Jungsedelland
 Siedlungsgründung und epochale Einordnung
 z. B. Landnahmephase, Landesausbau
 Kirchen-, Kapellen-, Kloster-, Burg-, Schloßbauten
 Siedlungsausbau und Wüstungsphasen
 Neuaufbau- und Erweiterungsphasen
 Dorfbrände und ihre Auswirkungen auf die Siedlungsentwicklung
 Bauliche Ortsentwicklung vor allem seit der Zeit des Urkatasters bis zur Gegenwart
 Hier auch: Gutsbildung, Schulbauten, wichtige Brücken, Bahnhofsgebäude,
 Gewerbebauten

4.1 *Siedlungsentwicklung*

Historisch faßbar wird die Besiedlung des Raumes Hallenberg im Frühmittelalter. Von Norden her erfolgt im 8. Jahrhundert die Landnahme der Sachsen, die auf ihrer Wanderung von der Ostsee nach Südwesten gegen 700 die Lippe überschreiten und sich bis an die Mainlinie (u. a. Sachsenhausen) ausbreiten. Belegt wird die »Saxonisierung« Westfalens und Hessens durch eine Fülle von Ortsnamen auf -hausen und auch -dorf. Im Stadtraum Hallenberg handelt es sich z. B. um die Orte Gundringhausen, Mercklinghausen, Braunschhausen und wahrscheinlich auch Liesen, die auf eine sächsische Gründung des 8. Jahrhunderts hinweisen. Ähnliches gilt von den benachbarten Orten Wunderthausen, Ronninghausen, Rengershausen, Hommershausen und Sachsenberg. Der Raum Hallenberg ist somit dem altbesiedelten Land zuzurechnen.

¹⁵ Merkmale und Details zu allen 17 Dorfstrukturen nach Abb. 1 s. Henkel 1979, S. 104 ff.

Am Ende des 8. Jahrhunderts beginnt die Eingliederung der heidnischen Sachsenstämme in das christliche Frankenreich (772: Reichsversammlung in Worms und Beginn des Feldzuges; 794: Entscheidungsschlacht gegen die Sachsen auf dem Sintfeld südlich Paderborn; 799: Reichsversammlung in Paderborn mit Karl dem Großen und Papst Leo III.). Die Festigung des karolingischen Reiches erfolgte vor allem durch den Bau von Klöstern und Kirchen. Die erste Kirche im Raum Hallenberg wurde in Merklingshausen begründet; deren erste archivalische Nennung stammt von 1147.¹⁶ Die Merklingshäuser Kirche, deren Kern dem 12. Jahrhundert zugerechnet wird, liegt südöstlich der Hallenberger Altstadt, unmittelbar außerhalb des ehemaligen Mauerringes. Sie wird heute »Unterkirche« genannt.

Das Hochmittelalter, die Blütezeit des Städtewesens und Phase zahlloser Stadtgründungen in Mitteleuropa, brachte auch im Raum Hallenberg eine entsprechend grundlegende Veränderung der bisherigen Siedlungslandschaft. Um 1250 wird auf einem Talsporn zwischen Nuhne und Weife – wenige hundert Meter oberhalb der Merklingshäuser Kirche – die Stadt Hallenberg begründet. Die alte Talsiedlung Merklingshausen kann mit dieser Neugründung nicht konkurrieren und fällt, wie sicherlich manch andere benachbarte Kleinsiedlung, wüst. Die Felder der aufgegebenen Orte werden jetzt von Hallenberg aus bewirtschaftet.

Unmittelbar nach der Gründung erhält die neue Stadt zwei wichtige Steinbauten: auf der höchsten Geländestelle eine Burganlage, die bereits 1258 belegt ist, und kaum 100 Meter westlich davon eine Pfarrkirche, deren Existenz zum erstenmal 1287 urkundlich überliefert ist. Während die Pfarrkirche trotz mehrfacher Beschädigung durch kriegerische Angriffe und Brände im wesentlichen erhalten geblieben ist, ist die Burganlage gänzlich abgetragen. Der ehemalige Burgplatz ist allerdings bis heute bebauungsfrei geblieben und trägt noch den Namen »Burg«. Entsprechend ihrer militärisch-strategischen Funktion besaß die Stadt Hallenberg eine Ringmauer mit 7 Türmen und 2 Stadttoren: das Nikolai-tor oder Untere Tor im Südosten und das Katharinentor oder Obere Tor im Norden. Das Obere Tor hatte einen schönen Uhrturm, das Untere Tor beherbergte ein Arrestlokal. Rings um die Mauer war ein Wallgraben angelegt. Die gesamte Befestigungsanlage wurde inzwischen beseitigt bzw. eingeebnet. Auf der ältesten Karte Hallenbergs von 1805 sind die Ringmauer und beide Tore noch eingetragen. Die Tore sind im Jahre 1811¹⁷ abgebrochen worden. Die Beseitigung von Mauer und Wallgraben wurde in den folgenden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts durchgeführt. Lediglich ein etwa 10 Meter langer Rest der Stadtmauer, der zugleich als Wand eines Backhauses gedient hatte, blieb im unteren Bereich der Straße »An der Mauer« erhalten. Ein ähnliches Ende wie Burg und Befestigungsanlagen erlebten die Hallenberger Rathäuser: Das im Jahre 1424 erbaute mittelalter-

¹⁶ Die Angaben zur mittelalterlichen Siedlungsgeschichte Hallenbergs entstammen dem Band: Bau- und Kunstdenkmäler von Westfalen, Kreis Brilon, S. 242 ff.

¹⁷ Chronik von F. Lachemeyer.

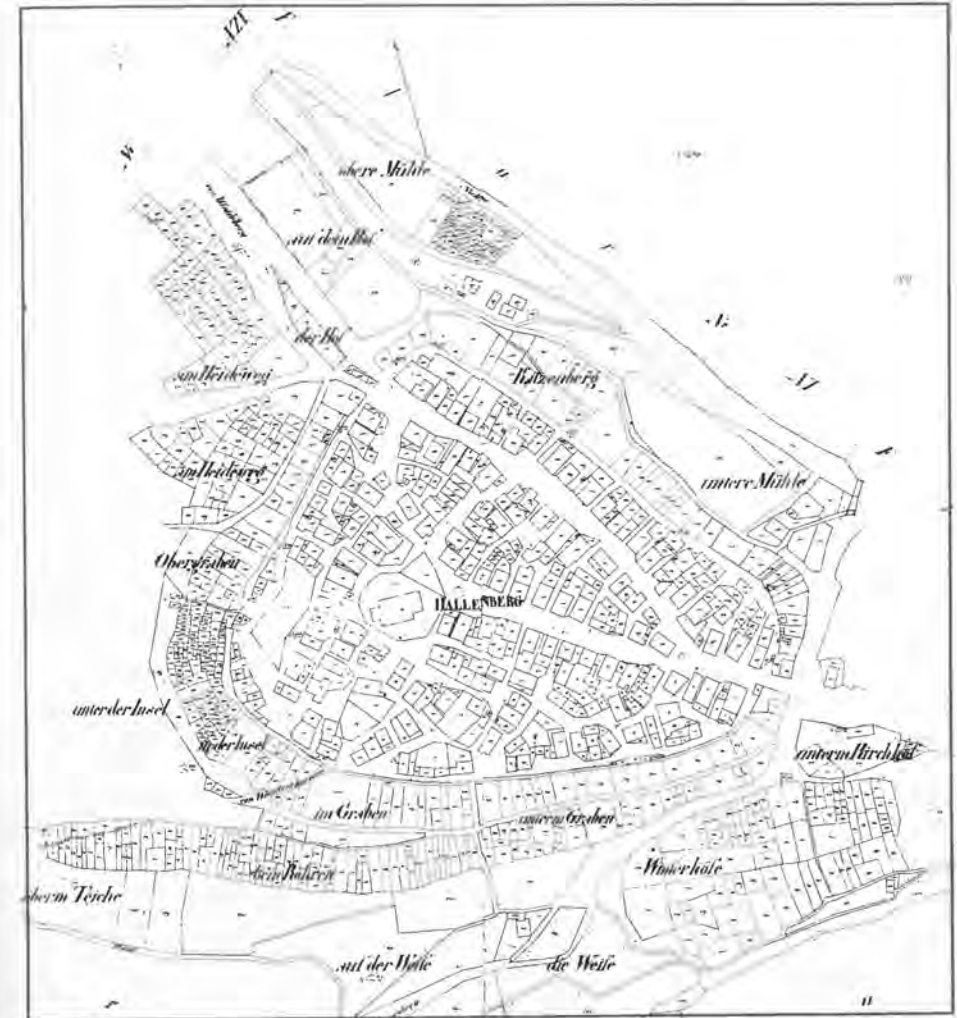


Abb. 3: Plan Hallenbergs von 1831 (Urkataster, Original im Katasterarchiv Brilon)

liche Rathaus, das westlich der Kirche am Marktplatz im Bereich des heutigen Hauses »Markt 2« stand, wurde 1829 abgerissen.¹⁷ Das folgende Rathaus, ein dreigeschossiges Mansardendachhaus, war als Wohnung eines kölnischen Richters erbaut worden und diente anschließend als Amtshaus: am 12. 2. 1974 fiel dieses bedeutsame städtische Baudenkmal dem Bagger zum Opfer.

Die Siedlungsentwicklung der Bauern- und Bürgerhäuser Hallenbergs seit dem Mittelalter kann bislang nicht lückenlos rekonstruiert werden. 1461 zählte Hallenberg 61 Häuser, die allesamt innerhalb der Ringmauer lagen.¹⁷ Die noch relativ geringe Anzahl der Häuser

zeigt an, daß innerhalb der Mauern größere Freiflächen – z. B. Gärten und Viehweiden – existierten. Da aber die Zeit des ausgehenden 14. und 15. Jahrhunderts von wirtschaftlicher und politischer Instabilität (Zeit der Fehden) gekennzeichnet war und die meisten westfälischen Städte teilweise wüst darniederlagen, kann für die Hallenberger »Blütezeit« von 1250 bis etwa 1380 ein etwas höherer Besatz an Häusern angenommen werden. Für die Jahrhunderte der Frühneuzeit fehlen sichere Daten. Überliefert sind jedoch die großen Stadtbrände von 1519 und – durch die Schweden – 1634.¹⁷ Gerade unter den ständigen Auseinandersetzungen während des 30jährigen Krieges hat die Stadt sehr leiden müssen.

Bei Beginn der modernen Zählungen durch die Preußen im Jahre 1818 zählte man in Hallenberg 181 Wohngebäude; in einem Wohngebäude lebten damals durchschnittlich noch 8 Personen. Die Bebauung war 1831 (Abb. 3) noch ausschließlich auf das Gebiet innerhalb des ehemaligen Stadtmauerbereiches (Straßenring gebildet aus Mühlenstraße, Pontstraße, An der Mauer) beschränkt. Es bestand also eine etwa 600jährige unveränderte Kontinuität von Siedlungsplatz und besiedelter Fläche.

Die ersten geringfügigen Stadterweiterungen vollzogen sich in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts entlang der Durchfahrtsstraße Richtung Winterberg sowie im Bereich der äußeren Ringstraße (Grabenstraße). Zu Beginn des 20. Jahrhunderts folgten einige Neubauten in der Umgebung des 1908 eröffneten Bahnhofs, dann weiter an der Merklingshauser Straße in Richtung Winterberg und Frankenberg; dazu kommt eine kleine Häuser-



Abb. 4: Älteste Zeichnung Hallenbergs von 1879, naturgetreu aufgenommen nach einem Foto von 1879 (Original im Stadtarchiv Hallenberg)

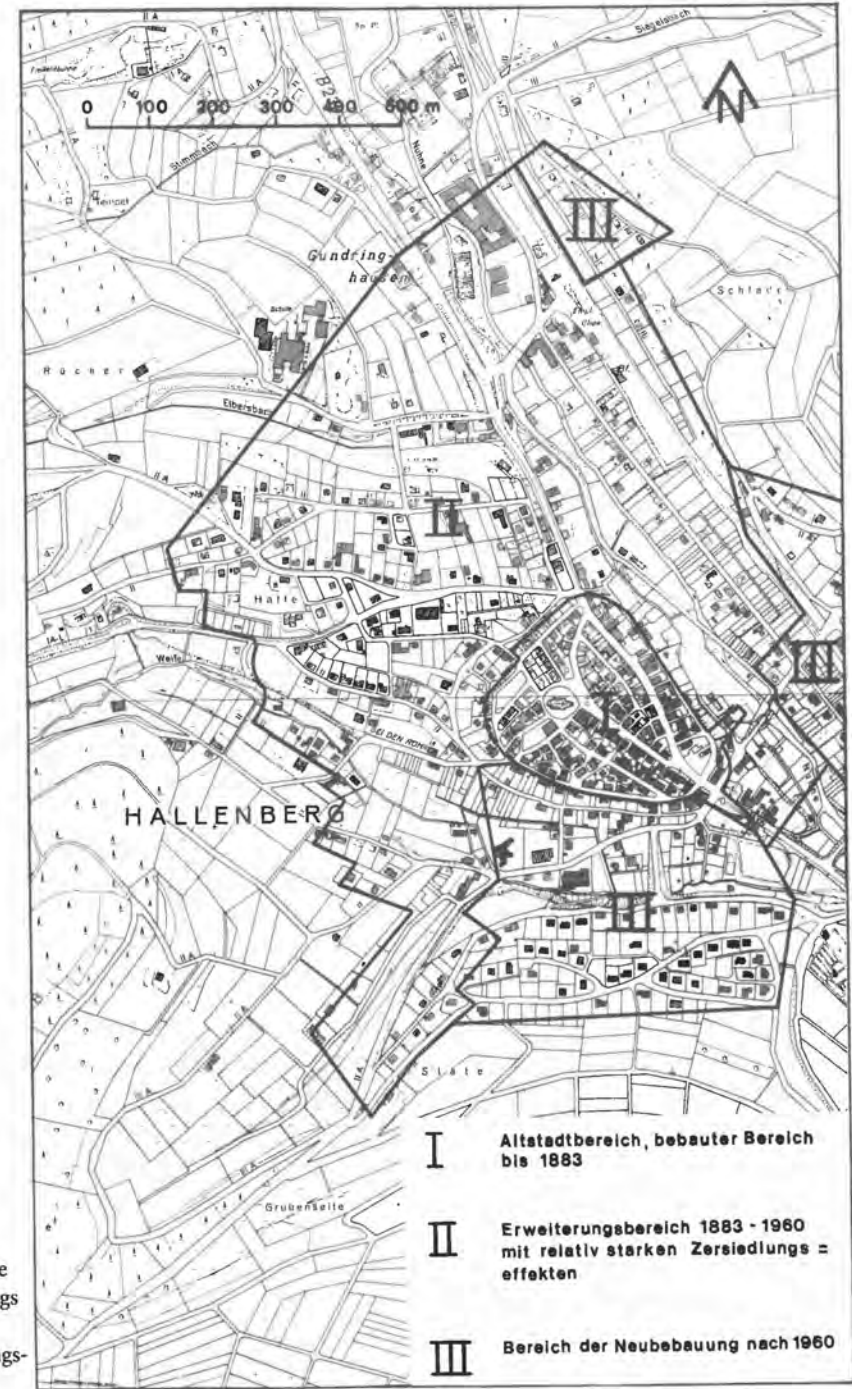


Abb. 5: Baugebiete Hallenbergs nach Entstehungsphasen

gruppe südlich der Weife. Vergleicht man die Anzahl der Wohnhäuser von 1818 (181 Gebäude) und 1905 (193 Gebäude), so erkennt man das geringe Wachstum im 19. Jahrhundert (s. Abb. 4 und 9). Innerhalb des Stadtkerns hat der große Brand von 1874, dem knapp ein Drittel aller Gebäude zum Opfer fielen, trotz baldigen Wiederaufbaus der meisten Häuser zu verschiedenen Veränderungen geführt. Vor allem wurde die Ortstraße, die vorher ein schmaler und sich um Häuser windender Weg war, verbreitert und planmäßig so bebaut, wie wir sie heute kennen. Die Bauentwicklung Hallenbergs, die zwischen 1818 und 1905 etwa einen gleichbleibenden Stand hielt, verstärkte sich nach 1905 ganz erheblich: Von 1818 bis 1905 betrug die Wachstumsrate an Wohngebäuden 7%, in den erheblich kürzeren Zeitspannen von 1905 bis 1925 dagegen schon 20% und von 1925 bis 1950 sogar 42%.

Entwicklungstendenz der letzten 30 Jahre

In der Bautätigkeit verstärkte sich noch die Tendenz der Vorkriegszeit. Von 1950 bis 1970 nahm der Bestand an Häusern um 58% zu. Im gleichen Zeitraum stieg die Wohnbevölkerung lediglich um 12%; d. h. die Wohndichte je Wohngebäude ist erheblich abgesunken. Die starke Bautätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg hat das bis dahin weitgehend geschlossene und seit dem Mittelalter wenig veränderte Siedlungsbild Hallenbergs (s. Abb. 4) in mancher Weise aufgelöst. Zum ersten Mal seit der Stadtgründung wandte sich die Neubebauung entschieden von der Altstadt ab und dehnte sich auf nahezu alle benachbarten Hänge aus, so daß man inzwischen bereits von erheblichen Zersiedelungsnachteilen sprechen kann (vgl. Abb. 5 und 6). Vergleichsweise ruhig verlief die Bautätigkeit im Altstadtbereich (Abb. 7). Abrißmaßnahmen blieben relativ selten, wengleich in manchen Fällen sehr schmerzlich: so im Bereich des alten Nikolaitores, wo der Moloch Verkehrsausbau die empfindlichste Wunde im Stadtkörper hinterlassen hat, oder der Abriß des alten Amtshauses (noch 1974!) in der oberen Petrusstraße, das einem modernen Sparkassenbau weichen mußte.

Gegenwärtige Situation

Die Anzahl der Wohngebäude in Hallenberg ist in den letzten 150 Jahren (von 1818 bis 1970) um 188% gestiegen (vgl. Abb. 9). Im gleichen Zeitraum wuchs jedoch die Bevölkerungszahl lediglich um 92%. Dies bedeutet, daß die durchschnittliche Relation Einwohner je Wohngebäude gesunken ist: Waren es 1818 noch 8,2 Personen, die durchschnittlich in einem Wohngebäude lebten, sind es 1977 nur noch 4,4 Personen. Daß sich hier eine Verbesserung der Wohnqualität bzw. der privaten Infrastruktur vollzogen hat, liegt auf der Hand.

Die starke Bautätigkeit in diesem Jahrhundert und vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg hat dazu geführt, daß Hallenberg heute physiognomisch, funktional und genetisch aus zwei sehr unterschiedlichen Gliedern besteht (vgl. Abb. 5 und 8). Auf der einen Seite die Altstadt, beharrend am gleichen Platz seit 730 Jahren, gekennzeichnet

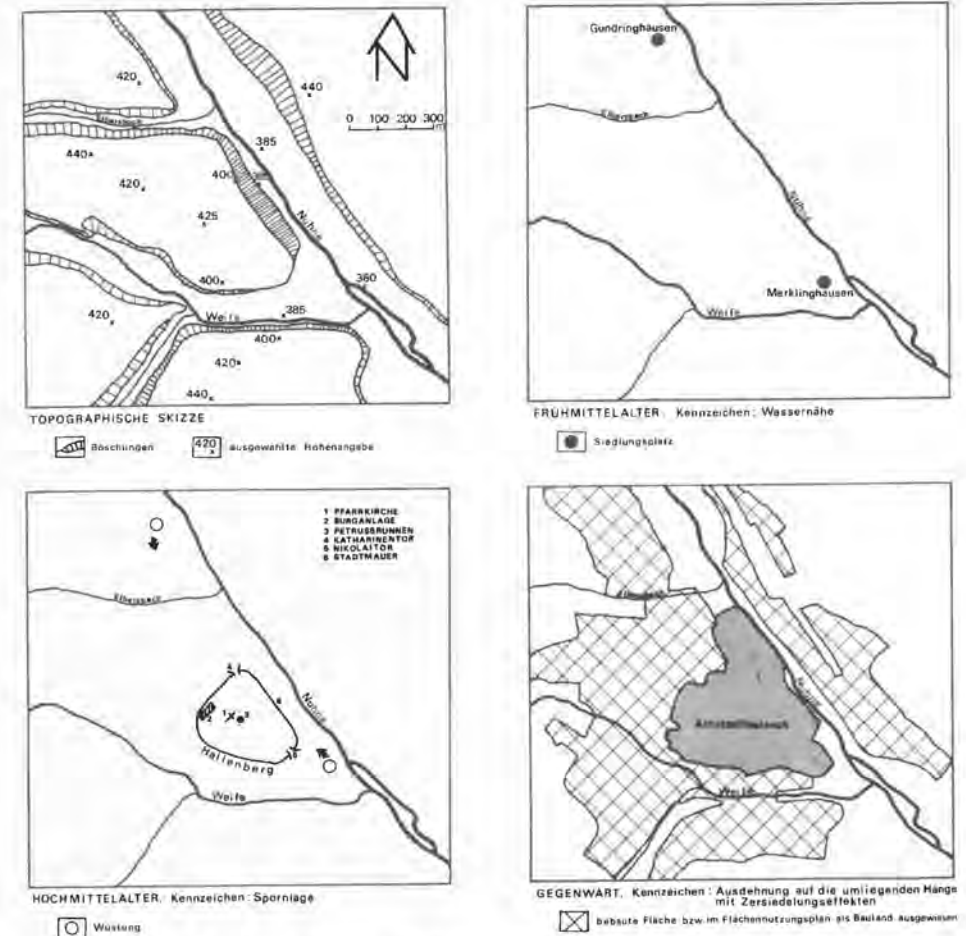


Abb. 6: Wandel der historisch gewählten Lagemotive vom Frühmittelalter bis zur Gegenwart

durch überlieferte Bausubstanz, funktional geprägt durch Kirche und Rathaus, durch Landwirtschaft, Handwerk und Handel. Auf der anderen Seite, auf nahezu alle Ortsränder verteilt, neue Wohnsiedlungen, Industriegebiete und ausgelagerte Infrastruktur wie Schulzentrum und Feuerwehrhaus.

Die Altstadt gilt heute allen Hallenberger Bürgern als gemeinsame Identifikationsmasse (s. Abb. 8), dies äußert sich z. B. in der Auswahl der Motive für die Fremdenverkehrswerbung. Andererseits ziehen die meisten Hallenberger das Wohnen »im Grünen« am Ortsrand dem Wohnen in der Altstadt vor. Hier wird eine Diskrepanz deutlich, die bei Überlegungen und Entscheidungen für die zukünftige Stadtentwicklung besonders zu beachten ist.



Abb. 7: Bauliche Veränderungen im Ortskern nach 1945

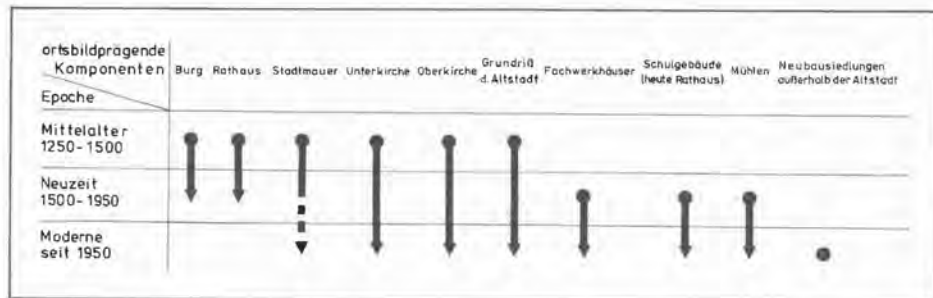


Abb. 8: Ortsbildprägende Substanzen Hallenbergs vom Mittelalter bis zur Gegenwart

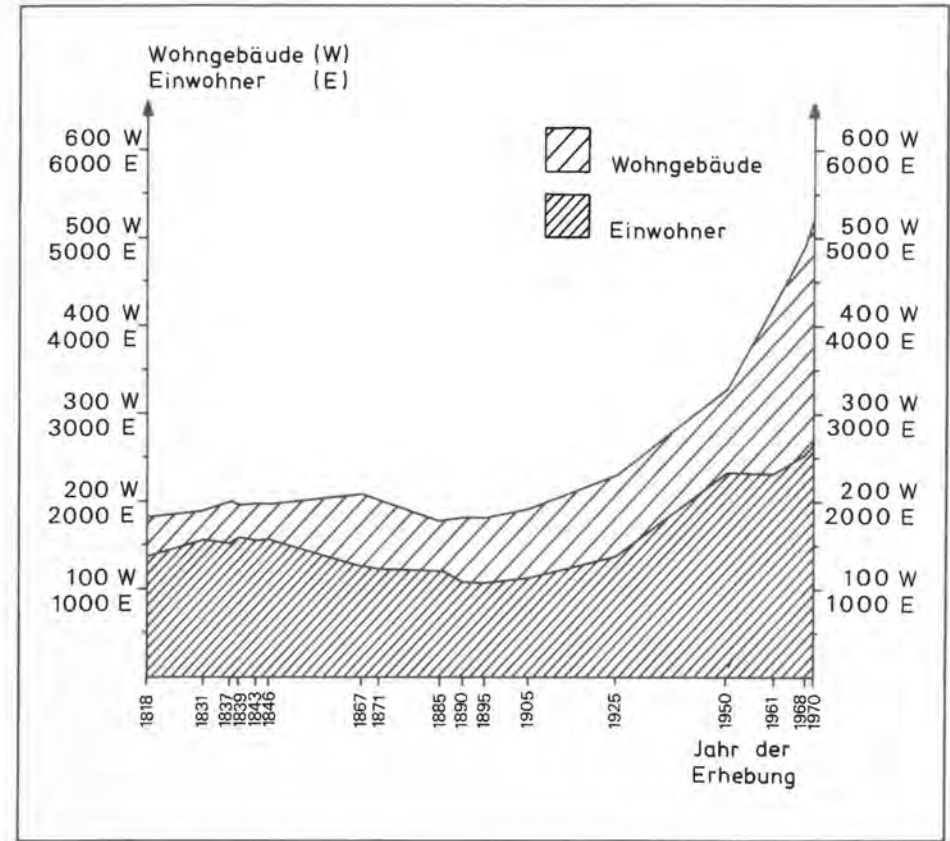


Abb. 9: Wohngebäude und Einwohner in Hallenberg von 1818 bis 1970

Empfehlungen zur erhaltenden Erneuerung

Die baulichen Aktivitäten der öffentlichen und privaten Hand sind verstärkt auf die Altstadt zu lenken, die in den letzten 30 Jahren eindeutig gegenüber den Neubaugebieten vernachlässigt wurde. Man sollte etwa, wie dies neuerdings in Baden-Württemberg praktiziert wird, jungen Familien mit öffentlichen Geldern eine Starthilfe geben, falls diese ein Haus im alten Stadtkern erwerben und bewohnen wollen. Entscheidend verbessert werden kann die Wohnqualität der Altstadt durch einen massiven Abbau der Verkehrsbelastungen. Die öffentliche Hand muß in dieser und ähnlicher Weise etwas tun, ansonsten ist die bauliche Substanz der Altstadt auf Dauer nicht zu erhalten. Den öffentlichen Vorgaben und Anreizen werden die privaten Investitionen mit Sicherheit folgen. Auch für wohlhabende Familien und solche mit Kindern dürfte die Altstadt wieder interessant werden.

In der Stadtumgebung ist darauf zu achten, weitere Zersiedelungsmaßnahmen unbedingt zu vermeiden. Vorhandene Zersiedelungsnachteile sind durch Abrundung und Schließung von Zwischenflächen sowie Begrünung zu mindern. Jedoch sind die Talbereiche der Nuhne und Weife unterhalb der Altstadt von jeder weiteren Bebauung freizuhalten. Dieser natürliche Grünzug dient einmal der Erhaltung des topographisch markanten Stadtbildes sowie der Blickachsen auf die Altstadt, und zum anderen bietet sich hier eine ideale dorfgemäße Spiel- und Erholungszone in unmittelbarer Nähe von Altstadt und Neubausiedlungen.

4.2 Dorfbevölkerung

(Dorfstruktur 15 nach Abb. 1)

Merkmale und Details:

Einwohnerzahl, Dorfgröße

Altersaufbau, auch: jeweils im Dorfkern oder Neubaugebiet

Geburten, Sterbefälle, Wanderungen

Religion, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Haushalte

Schulabschluß, Sozialschichtung, Berufsgliederung

z. B. Unter-, Mittel-, Oberschicht

evtl. auch Klassifizierung nach Landarbeiter-, Kleinbauern-, Großbauerndorf

Gemeinschaftsleben und Identifikation

z. B. Nachbarschaftshilfe, Vereinswesen, Brauchtumpflege, Dorffeste, Identifikation mit dem Dorf und der dörflichen Lebensgemeinschaft.

Historische Entwicklung

Die Bevölkerungszahl Hallenbergs dürfte im Mittelalter – auf der Basis von Schätzungen nach der Stadtfläche im Vergleich mit anderen Orten ähnlicher Größenordnung – zwischen 600 und 1000 betragen haben. Sicherlich haben durch Kriege, Seuchen und Hungersnöte vor allem während des Mittelalters und der Frühneuzeit bedeutsame Bevölkerungsschwankungen stattgefunden. Jedoch lassen sich diese aufgrund fehlender Quellen kaum noch exakt nachvollziehen.

Erst seit Beginn des 19. Jahrhunderts haben wir durch die regelmäßigen Volkszählungen sowie die Ortschronik einen guten Überblick über die Bevölkerungsentwicklung Hallenbergs (s. Abb. 9). Im Jahre 1818 hatte die Stadt bereits 1371 Einwohner und war damit nach Brilon und Medebach der drittgrößte Ort im damaligen Kreise Brilon. Zum weiteren Vergleich sei angemerkt, daß manche Ruhrgebietsstädte, die heute Großstädte sind, damals nicht größer waren als Hallenberg. Der relative Reichtum, der damals diese Bevölkerung trug, bestand aus dem Wald als begehrtem Holzlieferant, den Erträgen der Landwirtschaft, dem gut ausgebildeten Dorfhandwerk sowie dem traditionsreichen lokalen Handel.

Von 1818 bis 1843 stieg die Bevölkerungszahl Hallenbergs um 13% auf 1548 und erreichte damit einen Stand, der erst nach dem Zweiten Weltkrieg überschritten wurde. Seit 1843 folgten bis etwa 1895 Jahrzehnte stetiger Bevölkerungsabnahme. Große wirtschaftliche Not führte zu enormen Wanderungsverlusten. Hallenberg gilt als die am stärksten von Abwanderungen betroffene Stadt im Altkreis Brilon. Hunderte vor allem junger Hallenberger Bürger sahen sich genötigt, ihre Stadt wegen mangelhafter Existenzbedingungen zu verlassen und in die neuen Industriegebiete an Rhein und Ruhr oder aber nach Amerika auszuwandern. Insgesamt war die Bevölkerungszahl Hallenbergs von 1843 bis 1895 um 31% und damit weit unter den Stand von 1818 abgesunken.

Seit 1895 verläuft die Bevölkerungsentwicklung Hallenbergs wieder positiv. Die Gründung von kleineren und mittleren Unternehmen der Holz-, Stein- und Kleineisenindustrie schuf alternative Arbeitsplätze zur Land- und Forstwirtschaft. Außerdem wirkte der Ausbau von Chausseestraßen, der Postanschluß und die Begründung des Bahnanschlusses (1908) konjunkturbelebend auf den abgelegenen Gebirgsort. Hinsichtlich der Sozialschichtung war die Bevölkerung Hallenbergs im 19. und frühen 20. Jahrhundert überwiegend der Unter- und Mittelschicht zuzuordnen. Angehörige der Oberschicht waren in dem Ort, der im wesentlichen von Kleinbauern geprägt war, nur vereinzelt anzutreffen. Das Gemeinschaftsleben war in Hallenberg – wahrscheinlich durch die periphere Lage mitgeprägt – ausgesprochen lebendig und eng verflochten. Nachbarschaftshilfe, Sozialzwang, Brauchtumpflege und gemeinsame Feste verdienten noch das Prädikat einer dörflichen Lebensgemeinschaft.

Entwicklungstendenz der letzten 30 Jahre

Den größten Bevölkerungsanstieg seiner Geschichte erlebte Hallenberg mit 62% in den letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren (1944–1948), als zahlreiche Heimatvertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, aber auch aus den zerbombten westdeutschen Städten, hier eine neue Heimat suchten.

Freilich konnte der Bevölkerungsstand von 1946/48 nicht gehalten werden. Viele Heimatvertriebene, aber auch manche Einheimische wanderten vor allem in den Jahren bis 1960 in die wiedererstarteten Ballungsgebiete an Rhein und Ruhr ab. Etwa um das Jahr 1960 wurde dieser Bevölkerungsrückgang beendet und von einem leichten, aber kontinuierlichen Anstieg abgelöst. Sowohl die Geburten/Sterbefallbilanz als auch die Wanderungsbilanz ist gegenwärtig in Hallenberg positiv. So standen 1970 den registrierten 98 Fortzügen 120 Zuzüge gegenüber.¹⁸ Bei den Zuzügen handelt es sich überwiegend um jüngere Menschen aus den Dörfern der Umgebung sowie um ältere Menschen aus Großstädten und Ballungsgebieten, die hier ihren Altersruhesitz einrichten.

Eine demographisch gefährliche Entwicklung hat sich in den letzten 30 Jahren in der Hallenberger Altstadt vollzogen. Es ist hier ein deutlicher Trend zu beobachten, der die

¹⁸ Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen. Heft 3d, Düsseldorf 1973.

Entwicklung zu einem Wohnbereich der alten Menschen, der Alleinstehenden, der Ausländer, der mehr oder weniger Minderbemittelten und der Familien mit landwirtschaftlichen Klein(st)betrieben anzeigt. Familien mit vielen Kindern, die jüngere Generation, Erwerbstätige mit wirtschaftlichen Erfolgen sind in den vergangenen 20–30 Jahren aus der Altstadt fortgezogen oder haben von vornherein ihre Neubauten, ihre Einfamilienhäuser außerhalb des Stadtkerns errichtet. Die Bebauung außerhalb des Ortskerns bot größere Freiräume um das Haus herum für Garten und Spielfläche. Man hängt hier mit dem Nachbarn nicht so dicht aufeinander, der Ausblick ist weiter, ein Neubau wird den räumlichen und technischen Bedürfnissen moderner Ausstattung gerechter. Sicherlich spielte auch der grundsätzliche (Mode-)Trend der vergangenen Jahrzehnte eine Rolle, alten Dingen den Rücken zu kehren.

Gegenwärtige Situation

Bevölkerungsstand und -dichte

Auf einer Gesamtfläche von 65,4 qkm hatte die Stadt Hallenberg (Kommune) am 31. 12. 1977 eine Einwohnerzahl von 4628, was einer Bevölkerungsdichte von 71 Einw./qkm entspricht. Hinter dem benachbarten Medebach (Dichte 58) besitzt Hallenberg die geringste Einwohnerdichte unter den Gemeinden des Hochsauerlandkreises. Die Einwohnerdichte des gesamten Kreises liegt bei 137, die des Landes NRW bei 500. Der Bundesdurchschnitt beträgt ca. 245 Einw./qkm. In der Hallenberger Altstadt leben derzeit (1978) 702 Einwohner,¹⁹ das sind ca. 25% des Ortes. Bei einer Altstadtfläche von 14,43 ha bedeutet dies eine Bevölkerungsdichte von 48,64 Einwohner je ha. Nach den Zielvorstellungen des Gebietsentwicklungsplanes Hochsauerlandkreis beträgt die angestrebte Wohnsiedlungsdichte des Wohnsiedlungsbereiches Hallenberg 30–40 Einw./ha. Diese Diskrepanz zeigt an, daß die gegenwärtige Wohnsiedlungsdichte der Altstadt zu hoch liegt, womit durchaus ein wichtiger städtebaulicher Mangel – in einer Landgemeinde – ausgewiesen ist.

Altersaufbau (s. Tab. 1 und 2):

Der Altersaufbau der Hallenberger (Kommune)²⁰ Bevölkerung zeigt an zwei Stellen deutliche Unterschiede zu den Kreis- und Landeswerten: Einmal ist der Bevölkerungsanteil der Einwohner bis zu 15 bzw. 20 Jahren erheblich größer (30,6% gegenüber 23,3% in NRW), was in einer ausgesprochen hohen Geburtenrate seine Ursache hat. Bevölkerungspolitisch besitzt Hallenberg damit die gesunde Basis einer als ideal geltenden Bevölkerungspyramide. Die zweite Hallenberger Abweichung betrifft die Altersgruppe der 20- bis

¹⁹ Eigene Erhebungen 1978.

²⁰ Braunshausen, Hallenberg, Hesborn und Liesen; seit dem 1. 1. 75 zur neuen Kommune Hallenberg vereinigt. Vgl. Biecker u. Henkel 1979, S. 15 f.

Tab. 1: Altersaufbau der Wohnbevölkerung 1970 in Prozent (Gebietsstand: 1. 1. 1975)

	unter 15 Jahren	15–20	20–40	40–60	60–65	über 65 Jahre
Hallenberg	30,6	8,3	22,6	22,5	5,1	10,9
Hochsauerland- kreis	27,4	7,5	25,7	22,2	5,5	11,7
NRW	23,3	6,7	27,8	23,9	6,0	12,3

Quelle: Beiträge zur Statistik des Landes NRW. Sonderreihe Volkszählung 1970, Heft 16. Ausgewählte Gemeindeergebnisse. Düsseldorf 1976.

Tab. 2: Altersaufbau der Wohnbevölkerung 1978

	bis 5	5–15	15–20	20–40	40–60	60–65	über 65 Jahre
Altstadtbereich Hallenberg ¹⁾	34 4,9%	125 17,9%	74 10,6%	170 24,3%	185 26,4%	24 3,4%	88 12,6%
Land NRW ²⁾	6,3%	14,3%	7,7%	28,2%	23,6%	5,0%	14,9%

Quelle: ¹⁾ Eigene Erhebung

²⁾ Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland.

40jährigen, deren Anteil merklich unter den Vergleichswerten des Landes liegt. Bei den hier »fehlenden« Jahrgängen in Hallenberg spielen vor allem die Abwanderungen meist junger Leute in den 50er und 60er Jahren eine besondere Rolle.

Leichte Unterschiede zeigt das Bild der Altersgruppen in den vier Hallenberger Ortsteilen: So fällt vor allem auf, daß im Ortsteil Hallenberg der Anteil der Einwohner unter 15 Jahren niedriger liegt als in den benachbarten Dörfern. Diese Beobachtung verstärkt sich im Bereich der Altstadt Hallenberg.²¹ Die Gruppe der Kinder bis zu 5 Jahren ist hier nur noch mit 4,9% vertreten; Ortsteil Hallenberg: 5,7, Stadt Hallenberg: 6,4, Land NRW: 6,3. Damit ist ein Trend angezeigt, der für die Altstadt in Zukunft eine Gefahr bedeuten kann. Gemeint ist die Abwanderung junger Familien mit Kindern aus der grünarmen und verkehrsreichen Altstadt in die ruhigen kinderfreundlichen Randbereiche.

²¹ Eigene Erfahrungen 1978.

Gemeinschaftsleben und Identifikation

Das Gemeinschaftsleben in Hallenberg ist noch durch ein enges Netz sozialer Kontakte geprägt. In besonderer Weise gilt dies für die Altstadt. Eine im Herbst 1978 durchgeführte Befragung erbrachte hier folgende Ergebnisse: 98% der Altstadtbewohner kennen sich in der Nachbarschaft mit Namen. Das nachbarschaftliche Verhältnis wird von 93,1% der Bewohner als gut bezeichnet: 15,4% der Bevölkerung sind mit anderen Altstadtbewohnern richtig befreundet, 21,2% besuchen sich gelegentlich, 56,5% kennen sich so gut, daß man sich grüßt und sich gegenseitig hilft. Nur 5% der Bewohner nehmen wenig Notiz voneinander, in einem einzigen Falle (0,5%) meidet man sich. Sehr stark frequentiert wird von der Altstadtbevölkerung das Vereinsleben. 72,3% der Bewohner sind Mitglied in mindestens einem Verein. 34,2% der Vereinsmitglieder treffen sich wenigstens einmal pro Woche, 18,1% monatlich.

Die Brauchtumpflege besitzt in Hallenberg noch einen hohen Stellenwert. Eine sehr lange Tradition hat z. B. die alljährliche Wallfahrt zu Ehren der Madonna in der Unterkirche und der ebenfalls jährlich durchgeführte Osternachtsumzug, der möglicherweise vorchristliche Elemente enthält. Eine jüngere, aber schon sehr lebendige Tradition kann – seit 1964 – die Hallenberger Freilichtbühne aufweisen, die jeden Sommer mit lokalen Spielern und Helfern ihre Festspiele durchführen. Die genannten Veranstaltungen sind über Hallenberg hinaus weit bekannt und ziehen alljährlich Tausende auswärtiger Besucher an.

Die Identifizierung mit ihrer Stadt ist bei den Hallenberger Bürgern sehr groß. Nur 10% der Bewohner der Altstadt antworteten auf die Frage, ob sie wegziehen würden, wenn ihnen in einem anderen Ort eine vergleichbare Wohnung angeboten würde, mit »Ja«. 90% möchten also um jeden Preis in Hallenberg wohnen bleiben, selbst wenn ihnen die Umzugskosten erstattet würden. Auf die Frage, was unbedingt erhalten bleiben sollte, antworten 30% der Altstadtfamilien: Das alte Stadtbild, die Altstadt, der Stadtkern. 42,5% der Familien gehen noch weiter und fordern die unbedingte Erhaltung der alten Gebäude, vor allem der Fachwerkhäuser. Aus diesen ständig und spontan wiederkehrenden Wünschen und Forderungen ist ganz klar das Hauptanliegen der Bürger zu erkennen, die Erhaltung ihrer Altstadt. Deutlich wird die Angst erkennbar, man könne hier Veränderungen vornehmen. Weiterhin erstreckt sich der Wunsch zur Erhaltung auf die Grünanlagen (11% der Familien), die alten Bäume, den Wald und die gesamte ländliche Umgebung.

Wichtig sind für die Bürger im einzelnen besonders die alten Kirchen, die Kapellen, die alte Schule, der Petrusbrunnen, die Teile der alten Stadtmauer, der alte Bahnhof, die Denkmale, die Freilichtbühne, die Burganlage und das gesamte Straßenbild. Zu all diesen Bereichen hat man eine enge Beziehung und deshalb wünscht man sich, daß alles so bleibt, wie es ist. Dies ist den Bürgern offenbar genau so wichtig wie das gute nachbarschaftliche Verhältnis. Bemerkenswert ist, daß auch den Bewohnern der Neubausiedlungen Hallenbergs die Altstadt als beherrschendes Identifikationsmerkmal gilt. Wenn Hallenberger

Bürger einem Fremden etwas Lokales, etwas Schönes zeigen, auf das man stolz ist, geht der Weg zuerst in die Altstadt.

Empfehlungen zur erhaltenden Erneuerung

Dem Trend der letzten Jahrzehnte – Entwicklung der Altstadt zu einem Wohnbereich der alten Menschen, der Alleinstehenden, der Ausländer, der mehr oder weniger Minderbemittelten, der Kleinfamilien – sollte entschieden entgegengewirkt werden. Der Stadtkern von Hallenberg sollte wieder stärkere Attraktivität erhalten für das Wohnen finanzkräftiger und größerer Familien mit Kindern, so daß eine gesunde Mischung aller sozialen Schichten und Familiengrößen entsteht. Es ist besonders wichtig, daß solche Bürger einziehen bzw. bleiben, die gewillt sind und für die es möglich ist, Geld zu investieren für die Erhaltung und Restaurierung der alten Substanzen in sinnvoller Weise, damit der ursprüngliche Charakter der Altstadt bestehen bleibt, die Wohnungen aber dennoch durch Modernisierungen den heutigen technischen und räumlichen Bedürfnissen angepaßt werden. Die schwierige Aufgabe der Kommunalverwaltung und des Stadtrates wird es sein, die Bürger in unermüdlicher Kleinarbeit zu solchen Bemühungen anzuregen und ideell und materiell zu unterstützen. Vielleicht kann man auch die Hallenberger Lehrer und Dozenten der Volkshochschule dafür gewinnen, durch Vermittlung lokalhistorischer Kenntnisse den Sinn für die Erhaltung und Pflege historischer Substanzen bei einer breiten Bevölkerung zu wecken.

Jedwede Planung in Hallenberg sollte den fast einhelligen Wunsch der Bürger respektieren, die ihre Altstadt als Wohn- und Identifikationsbereich über alles schätzen. Immer wieder bringt die Bevölkerung zum Ausdruck, wie wohl sie sich dort fühle, wie sie dort hingehöre, ihre Ansässigkeit und starke Bindung zur Nachbarschaft und die Meinung, daß das meiste so bleiben möge (mit Ausnahme der Verkehrsbelastungen), wie es ist. Die Altstadt ist für Hallenberg nicht nur äußeres Identifikationsmerkmal, sie trägt auch (als eine Art »Stammbevölkerung« mit traditionellen Wertvorstellungen) wesentlich das Gemeinschaftsleben und die Brauchtumpflege, wovon auch die Bürger der Neubausiedlungen profitieren können.

Literatur

- Alte Stadt – heute und morgen. Gestaltwert und Nutzen alter Stadtkerne, am Beispiel Dinkelsbühl. Hg. Bayer. Staatsmin. des Innern. München 1975.
- Baldauf, G.: Ortsplanung im ländlichen Raum. Aufgaben, Inhalte, Instrumente. DVA. Stuttgart 1980.
- Bau- und Kunstdenkmäler von Westfalen. Kreis Brilon, Bearb.: P. Michels. Aschendorff. Münster 1952.
- Bendixen, E. D.: Erfahrungen mit der Dorferneuerung im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen. Materialsammlung Nr. 146 der Agrarsozialen Gesellschaft. Göttingen 1980.

- Biecker, J., und G. Henkel: Vorbereitende Untersuchung zur Sanierung der Altstadt Hallenberg. Essen 1979.
- Biecker, J., und G. Henkel: Erhaltung und Erneuerung auf dem Lande. Das Beispiel Hallenberg. Essener Geogr. Arbeiten, Bd. 4, Paderborn 1983.
- Brösse, U.: Raumordnungspolitik. Göschen. Berlin – New York 1975.
- Denkmalschutz im ländlichen Bereich. Appell von Granada. Symposium Nr. 5 des Europarates vom Okt. 1977 in Granada. In: Denkmalschutz-Informationen 2/1978, S. 12–19.
- Deutsche Kunst und Denkmalpflege. 37. Jg. (1979) H. 1 (Themenheft zur Denkmalpflege auf dem Lande).
- Dollen, B. von der: Bonn-Poppelsdorf. Die Entwicklung der Bebauung eines Bonner Vorortes in Karte und Bild. Landeskonservator Rheinland. Arbeitsheft 31. Bonn 1979.
- Dorferneuerung. Hg. Bundesmin. für Ern., Landw. und Forsten. Sonderheft. Reihe B: Flurbereinigung. Landwirtschaftsverlag, Münster 1979.
- Fehn, K. (Bearb. u. hg.): Historische Wissenschaften und räumliche Planung. Forum 5. Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa. 27. 2. 1981.
- Hauptmeyer, C.-H.: Geschichtswissenschaft und erhaltende Dorferneuerung. In: Ber. z. dt. Landeskunde 53, 1 (1979). S. 61–79.
- Henkel, G.: Dorferneuerung aus der Sicht der Hochschule. In: IKO, Innere Kolonisation – Land und Gemeinde 4/1978. Landschriften-Verlag Bonn. S. 154–157.
- Ders.: Der Dorferneuerungsplan und seine inhaltliche Ausfüllung durch die genetische Siedlungsgeographie. In: Ber. z. dt. Landeskunde 53, 1 (1979). S. 95–117.
- Ders.: Dorferneuerung. Fragenkreise. Schöningh. Paderborn 1982.
- Ilien, A. / Jeggel, U.: Leben auf dem Dorf. Zur Sozialgeschichte des Dorfes und Sozialpsychologie seiner Bewohner. Westdeutscher Verlag. Opladen 1978.
- Köpple, M. / Schwantes, W.: Stadterneuerung in Klein- und Mittelstädten. Vorbereitung und Durchführung. DVA. Stuttgart 1977.
- Konieczny, G. / Rolli, E.: Bürgerbeteiligung in der Dorfentwicklung. KTBL-Schrift 242. Münster 1979.
- Kurowski, E.: Gestaltwandel ländlicher Siedlungen. Hg. Bundesmin. für Ern., Landw. und Forsten. Reihe B: Flurbereinigung, H. 70. Landwirtschaftsverlag. Münster 1981.
- Matzat, W.: »Genetische« und »historische« Erklärung in der Geographie und die analytische Wissenschaftstheorie. In: Rhein-Mainische Forschungen 80 (1975). S. 59–80.
- Mielke, F.: Die Zukunft der Vergangenheit. Stuttgart 1975.
- Newcomb, R. M.: Planning the past. Historical Landscape Resources and Recreation. Archon. Hampden, USA, 1979.
- Ortsbildinventarisierung. Aber wie? Methoden dargelegt am Beispiel von Beromünster. Veröffentl. des Inst. für Denkmalpflege an der Eidgen. TH Zürich, Bd. 2. Manesse Verlag, Zürich 1976.
- Praxis des Umgangs mit erhaltenswerter Bausubstanz. Schriftenreihe »Stadtentwicklung« des Bundesmin. für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Bd. 02.003. Bonn 1975.
- Prince, H. C.: Progress in Historical Geography. In: Trends in Geography – An Introductory Survey. Hg. R. U. Cooke u. J. H. Johnson. Pergamon Press. Oxford (1969). S. 110–122.
- Lachemeyer, F.: Chronik der Stadt Hallenberg. Hallenberg 1849. Stadtarchiv Hallenberg.
- Rationalisierungsmöglichkeiten bei Sanierungsuntersuchungen. Schriftenreihe »Städtebauliche Forschung« des Bundesmin. für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Bd. 03.043. Bonn 1976.
- Schepers, J.: Haus und Hof westfälischer Bauern. Aschendorff. Münster 1973. 2., verb. Aufl.
- Simons, D. (Hg.): Dorffibel. Vorschläge und Beispiele zur Gestaltung ländlich geprägter Orte. DVA. Stuttgart 1979.
- Sozialplanung in ländlichen Gemeinden. Schriftenreihe »Städtebauliche Forschung« des Bundesmin.

- für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bd. 03.051. Bonn 1977.
- Städtebauliche Entwicklung im ländlichen Raum. Schriftenreihe »Stadtentwicklung – Städtebau«. Bd. 2.036. Inst. für Landes- und Stadtentwicklungsforschung NW. Dortmund 1978.
- Walk, F. (Hg.): Planung im ländlichen Raum. Intern. Grüne Woche Berlin 1980, Heft 17. Berlin 1981.
- Wieland, D.: Bauen und Bewahren auf dem Lande. Hg. Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz. Kohlhammer. Stuttgart 1978.
- Wirtz, A.: Hallenberg wie es einmal war. Unvergeßliche Bilder der Stadt und ihrer Ortsteile. Meinerzhagen, Hallenberg 1977.
- Zillenbiller, E.: Ziele und Aufgaben der Dorfentwicklung. In: Die Gemeinde. Organ des Gemeindetages Baden-Württemberg 21/1978. S. 772–782.

Statistische Ämter und Archive

- Katasterarchiv des Hochsauerlandkreises, Brilon.
- Kommunale Datenverarbeitungszentrale Hellweg-Sauerland, Iserlohn.
- Kreisverwaltung des Hochsauerlandkreises, Meschede und Brilon.
- Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.
- Landesdenkmalamt – Archiv, Erbdrostenhof Münster.
- Stadtarchiv, Hallenberg.
- Stadtverwaltung, Hallenberg.
- Pläne und Fotos aus Privatbesitz.

Ehemals wurde ich immer wütend über diese Lobredner des Mittelalters. Ich habe mich aber an diesen Gang gewöhnt, und jetzt ärgere ich mich nur, wenn die lieben Säger in eine andere Tonart übergehen und beständig über unser Niederreißen jammern. Wir hätten gar nichts anderes im Sinne, als alles niederzureißen. Und wie dumm ist diese Anklage! Man kann ja nicht eher bauen, ehe das alte Gebäude niedrigerissen ist, und der Niederreißer verdient ebensoviel Lob als der Aufbauende, ja noch mehr, da sein Geschäft noch viel wichtiger... Zum Beispiel in meiner Vaterstadt, auf dem Dreifaltigkeitsplatze, stand eine alte Kirche, die so morsch und baufällig war, daß man fürchtete, durch ihren Einsturz würden einmal plötzliche viele Menschen getötet oder verstümmelt werden. Man riß sie nieder, und die Niederreißer verhätheten ein großes Unglück, statt daß die ehemaligen Erbauer nur ein großes Glück beförderten... Und man kann eher ein großes Glück entbehren, als ein großes Unglück ertragen! Es ist wahr, viel gläubige Herrlichkeit blühte einst in den alten Mauern, und sie waren späterhin eine fromme Reliquie des Mittelalters, gar poetisch anzuschauen, des Nachts, im Mondschein... Wem aber, wie meinem armen Vetter, als er mal vorbeiging, einige Steine dieses übriggebliebenen Mittelalters auf den Kopf fielen (er blutete lange und leidet noch heute an der Wunde), der verwünscht die Verehrer alter Gebäude und segnet tapfere Arbeitsleute, die solche gefährliche Ruinen niederreißen.

Heinrich Heine, Ludwig Börne. Eine Denkschrift (1840), Drittes Buch

Peter Piasecki

Welche Einstellung haben Berufsschüler zu Fragen der Denkmalpflege? – Eine Untersuchung am Beispiel der Stadt Gelsenkirchen

Einführung

In diesem Aufsatz werden die Ergebnisse einer Schülerbefragung vorgelegt, die im Rahmen einer Zweiten Staatsprüfung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen innerhalb der schriftlichen Hausarbeit die Grundlage für den Aufbau einer Unterrichtsreihe zum Thema Denkmalpflege im Fach Politik bildeten und die die Einstellungsstruktur Jugendlicher zu den Objekten der Denkmalpflege nachweisen.¹ Der Titel der Hausarbeit lautete: »Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland: Aufgaben, Möglichkeiten, Zukunftsperspektiven. Eine Untersuchung zur Einstellung von Berufsschülern zu diesem Problemfeld – durchgeführt in Klassen der Städtischen Berufsschule für das Bekleidungs- und Nahrungsgewerbe Gelsenkirchen.«²

Denkmalpflege im Unterricht, besonders aber im Unterricht an berufsbildenden Schulen, ist noch ungewöhnlich, und über die Einstellung von Schülern dieser Schulart zum Themenkreis Denkmalpflege gibt es bislang keine Veröffentlichungen, ebensowenig wie über die Einstellung der Schüler anderer Schulen. Das einzige, was insgesamt gesehen einen Überblick über die Einstellung der Bevölkerung zur Denkmalpflege liefert, ist eine Heidelberger Dissertation aus dem Jahre 1968, in welcher soziologische Aspekte der Denkmalpflege aufgearbeitet werden. Im Zentrum dieser Arbeit stand eine Befragung der Bevölkerung in Neustadt an der Weinstraße, bei der 211 Personen in einer Frage auch ihre generelle Einstellung zur Denkmalpflege äußerten. Die Frage lautete: »Wie stehen Sie ganz allgemein den Bestrebungen zur Erhaltung alter Burgen und Schlösser, Kirchen, Fachwerk-

¹ W. Bornheim, gen. Schilling, schrieb 1969 in das Vorwort der Dissertation von V. Heinz, Soziologische Aspekte der Denkmalpflege. Studie und Umfrage zur gegenwärtigen Situation der Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Rheinland-Pfalz, speziell dargestellt an den derzeitigen Erhaltungs- und Ausbesserungsbestrebungen am Hambacher Schloß bei Neustadt/Weinstraße, Heidelberg 1968, es sei begrüßenswert, eine Untersuchung anzusetzen, die den Fragenkreis auf alle Denkmälertypen ausdehnt. Dieser Forderung kann im Rahmen eines Aufsatzes nicht nachgegangen werden. Gleichwohl wird der Fragenkreis gegenüber der Untersuchung von Heinz erweitert, aber der Personenkreis der Befragten weist Homogenität in Alter und Bildungsniveau auf.

² P. Piasecki, Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftliche Hausarbeit, Gesamtseminar für die Ausbildung und Fortbildung der Lehrer – Münster –, Ausbildungsgruppe: Bezirksseminar für das Lehramt an berufsbildenden Schulen, Gelsenkirchen 1978. Die Arbeit liegt im Bezirksseminar Gelsenkirchen zur Einsicht aus.

häuser und dergleichen gegenüber: zustimmend, gleichgültig oder ablehnend?« Das Ergebnis war überraschend positiv. Rund 84% äußerten sich zustimmend, 3% gleichgültig, 8% ablehnend und 5% gaben keine Antwort.³ Eine altersspezifische Differenzierung der Antworten der Befragten weist Heinz nicht nach. Im Gegensatz zur vorliegenden Untersuchung waren aber alle Befragten dort 18 Jahre und älter.

Daß heute verstärkt Themen aus dem Umfeld der Denkmalpflege in die Schulen Eingang finden, ist sicher nicht zuletzt auf das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 zurückzuführen.⁴ Freilich ist das allgemeine Interesse an diesem Themenkreis nicht erst 1975 erwacht, man kann vielmehr seit mehreren Jahren eine zunehmende Sensibilisierung der Bevölkerung gegen die Zerstörung der Altstädte – dem heute vielleicht wichtigsten Aufgabengebiet der Denkmalpflege, um nur ein Beispiel herauszugreifen – konstatieren.⁵

Seinen Niederschlag fand dieser Wandel nicht nur in verstärkter und vielseitiger Berichterstattung in Presse⁶ und anderen Medien, sondern auch darin, daß sich zunehmend Verbände – wie etwa der Bund Deutscher Architekten⁷ – und auch Bürgerinitiativen⁸ verstärkt auf dem Denkmalschutzsektor engagieren. Eine Erklärung für den sich anbahnenden Bewußtseinswandel kann man in einer neu diskutierten und sichtbaren Verschiebung des Wertebegriffes finden, der uns von der Wegwerfgesellschaft der sechziger Jahre allmählich hineinführt in eine Gesellschaft, die sich wieder der positiven

³ V. Heinz, (s. A 1), S. 166.

⁴ Sichtbarer Ausdruck intensiverer Beschäftigung mit den Problemen der Denkmalpflege ist die Vielzahl der im Jahre 1975 erschienenen Veröffentlichungen. Beispielhaft seien genannt: F. Bollerey, K. Hartmann, M. Tränkle, Denkmalpflege und Umweltgestaltung. Orientierung und Planung im Stadtbereich. Stadtgestaltung zwischen Denkmalpflege und Schrebergarten, München 1975 – Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland. Geschichte – Organisation – Aufgaben – Beispiele. Ein Beitrag zum Europäischen Denkmalschutzjahr 1975, München 1974 – K. Klotz, R. Günter, G. Kiesow, Keine Zukunft für unsere Vergangenheit? Denkmalschutz und Stadtzerstörung, Gießen 1975 – F. Mielke, Die Zukunft der Vergangenheit. Grundsätze, Probleme und Möglichkeiten der Denkmalpflege, Stuttgart 1975.

⁵ Vgl. D. Ellger, Brauchen wir die alte Stadt?, in: Westfalen 53 (1975), S. 7. Zuvor, 1971, hatte das Landesamt für Denkmalpflege in Münster ein Fachreferat für Ensemble-Denkmalpflege eingerichtet. Hierzu D. Ellger, Das Landesamt für Denkmalpflege 1967–73, in: Westfalen 53 (1975), S. 200.

⁶ Zur früheren Presseberichterstattung vgl. etwa das Presseecho zur Tagung der Landesdenkmalpfleger 1975 in Goslar, in: Denkmalpflege 1975. Dokumentation der Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1976, sowie den Artikel von K. Korn, Denkmalschutz als Volksbewegung, in der FAZ vom 21. 1. 75.

⁷ Unter Mitwirkung des Bundes Deutscher Architekten erschien ein informativer Aufsatzband von M. Fischer / F. Grundmann / M. Sack, Architektur und Denkmalpflege. Neue Architektur in historischer Umgebung, München 1975.

⁸ Als frühes Beispiel sei auf die Langenberger Bürgerinitiative hingewiesen. Hier protestierten die Bürger vergeblich gegen den Abbruch eines großen Teils der Altstadt. Vgl. P. Zlonicky, Leitbilder der Denkmalpflege und Planungsrealität, in: Denkmalpflege 1975 (s. A 6), S. 213 f.

Überlieferungen der Vergangenheit erinnert und Erhaltenswertes zum Wohle der Allgemeinheit bewahren möchte.⁹

In diesem Kontext erscheint es nur folgerichtig, Themen zu Denkmalschutz und Denkmalpflege möglichst in allen Schulformen den Schülern nahezubringen. Daß dieses nicht nur eine Forderung der Landesdenkmalpfleger¹⁰ und der in diesem Zweig Tätigen ist, zeigt die engagierte Forderung des bayerischen Kultusministers Hans Maier, der die Einbeziehung des Themas Denkmalpflege in die Ausbildung der neuen Lehrer und in den Unterricht der Schulen forderte.¹¹ Erste Ansätze zur Realisierung dieser Forderungen sind bereits sichtbar, überwiegend an Gymnasien, aber auch an anderen Schulen. Belegt wird das auch u. a. durch die in jüngster Zeit zum Thema Denkmalschutz angebotenen Medien.¹² Die Lehrpläne¹³ der verschiedenen Schulen schließen jedenfalls einen Unterricht über Denkmalpflege nicht aus, so daß hier vor allem die Aufgabe bleibt, Lehrer anzusprechen, sie von der Notwendigkeit zu überzeugen und sie zu informieren.

Befragungsdurchführung, Intentionen

Die im folgenden aufgeführte Frageliste wurde im September/Oktober 1978 138 Schülerinnen und Schülern¹⁴ (12 männlichen und 126 weiblichen) aus sechs Berufsschulklassen

⁹ Vgl. etwa R. Dolling, Denkmalschutz und Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland, in: Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland (s. A 4), S. 19f. und P. Peters, Die Jahre von 1960–1977 als Nachtrag in L. Benevolo, Geschichte der Architektur des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 2, München 1978, S. 586.

¹⁰ Vgl. G. Kiesow, Zur Situation der Denkmalpflege im Europäischen Denkmalschutzjahr 1975, in: Denkmalpflege 1975 (s. A 6), S. 230.

¹¹ Vgl. H. Maier, Was ist zu tun – zugleich eine Einführung, in: H. Maier (Hrsg.), Denkmalschutz, Internationale Probleme – Nationale Projekte, Zürich–Osnabrück 1976, S. 19.

¹² Einige der mit Herstellung und Vertrieb von Transparenten und anderen Medien vertrauten Verlage liefern bereits entsprechende Materialien für die Schulen. Verwiesen sei auf eine Folienserie vom Westermann-Verlag, die unter dem Titel »Denkmalschutz und Stadtansanierung« erscheint. Die Folien sind in Anlehnung an die von der UNESCO entwickelten Projekte »Historische Städte – Städte für morgen« und »Historische Stadtkerne – Stadtkernsanierung in 9 ost- und westeuropäischen Ländern« erarbeitet worden. Verlagsverzeichnis Westermann Transparente 77, S. 27.

¹³ Vgl. etwa die Richtlinien und Lehrpläne für die Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen, S. GP/24 mit den Themenvorschlägen Kirchenrestaurierung und Stadtteilsanierung. Für den Bereich der Berufsschulen: Rahmenlehrpläne für Berufsschulen, hier: vorläufige Richtlinien für den Unterricht im Fach Politik. RdErl. des Kultusministers vom 16. 6. 71 – III A 5.36-20/0-1110/71, nach denen ebenfalls – wenn auch mit anderen Intentionen als in den Hauptschullehrplänen – Aspekte der Denkmalpflege behandelt werden können.

¹⁴ 1978 besuchten 9561 Schülerinnen und Schüler die Berufsschulen in Gelsenkirchen (Zahl einschließlich BGS und BVJ). Stadt Gelsenkirchen. Statistischer Jahresbericht 1978. Hrsg. vom Amt für Statistik und Einwohnermeldewesen der Stadt Gelsenkirchen, o.O., o.J., Stand 1. 10. 78, S. 164 Tab. 171. Zur Frage der Repräsentanz vgl. V. Heinz (s. A 1), S. 118, der 211 Personen mit unterschiedlichem Alter, Geschlecht und sozialem Status befragt hat.

vorgelegt. Das ist eine Quote von 1,44% aller Berufsschüler in Gelsenkirchen. Die Untersuchung erhebt damit weitgehenden Anspruch auf Repräsentanz und Allgemeingültigkeit der zu erwartenden Ergebnisse. Bei den Klassen handelte es sich um vier Friseur-, eine Bäcker- und eine Floristenklasse, allesamt Mittelstufen, um Altershomogenität der Probanden zu gewährleisten. Bezüglich der schulischen Vorbildung kann man sagen, daß – abgerundet – etwa 76% der Schülerinnen und Schüler über einen Hauptschulabschluß verfügten, 19% die Haupt- oder Sonderschule ohne Abschluß verlassen hatten und die übrigen 5% weitergehende schulische Qualifikationen – vor allem die Fachoberschulreife – vorweisen konnten. Das Alter der Befragten lag zwischen 16 und 18 Jahren, bei folgender Verteilung: 16 Jahre 45, 17 Jahre 86 und 18 Jahre 7 Probanden.

Der Konstruktion der Aufgaben für die Befragung zur Ermittlung der Einstellung von Schülern zu den Objekten der Denkmalpflege soll eine Arbeitshypothese¹⁵ vorangestellt werden: a) Die positive Einstellung der Jugendlichen – hier speziell der Auszubildenden im 2. Ausbildungsjahr mit überwiegendem Hauptschulabschluß – zur Denkmalpflege übersteigt die negative Einstellung; b) der Kenntnisstand ist geringer als die positive Einstellung und so nur begrenzt artikulierbar.¹⁶ Die Konstruktion der Hypothese ist so gewählt, daß bei vorläufiger Verifizierung der Sätze sogleich die Notwendigkeit offengelegt ist, die kognitiven Defizite bei den Schülern über entsprechenden Unterricht abzubauen.

Der Test umfaßt 16 Einzelaufgaben mit zwei verschiedenen Fragenkategorien: einmal multiple choice Aufgaben und zum anderen verbal zu beantwortende Fragen. Mit den einzelnen Fragen sind jeweils unterschiedliche Intentionen verbunden. Die Fragen 1, 2 und 3 sollen darüber Aufschluß geben, was Schüler mit dem Begriff Denkmalpflege und Denkmalschutz verbinden und welche Aufgaben sie damit verknüpfen. Bei der zweiten Frage haben sie die Möglichkeit, aus ihrem Kenntnisstand heraus den Begriff Denkmalpflege zu erläutern, also nicht nur vorgefertigte Antworten auszuwählen.

Die Ermittlung des Kenntnisstandes hinsichtlich der Erfassung und Selbstbeobachtung speziell ausgewählter Bereiche der Denkmalpflege durch die Schüler wird mit den Fragen 4, 5, 6 und 10 gewährleistet. Gleichzeitig kann die Eigeninitiative, die die Schüler durch den Besuch von Museen entwickelt haben, festgehalten werden und in der Auswertung Schlüsse ermöglichen.

Bei den Fragen 7, 8, 11 und 14 sollen die Schüler Auskunft geben, wie ihre Einstellung zur Erhaltung oder Pflege der historischen Bauwerke manifestiert ist. Die ausgewählten

¹⁵ Die Aufstellung einer Arbeitshypothese am Beginn einer Arbeit zur Findung von Theorien erfolgt in Anlehnung an K. Popper, Die Logik der Sozialwissenschaften, in: W. Adorno u. a., der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, Darmstadt 1979, S. 105f.

¹⁶ R. Wakenhut, Messung gesellschaftlich-politischer Einstellungen mit Hilfe der Rasch-Skalierung, Bern 1974, S. 13 stellte bereits heraus: »Ohne daß ein Einstellungsobjekt zumindest in Ansätzen kognitiv repräsentiert ist, kann es schwerlich wahrgenommen werden und affektive Reaktionsbereitschaften provozieren.« Über den nachweisbaren Grad des kognitiven Anteils im Verhältnis zu den affektiven Reaktionsbereitschaften wird nichts näheres ausgesagt, die Interdependenz aber gilt als gesichert, ebda. S. 14f.

Objekte sind dabei sehr unterschiedlich. Sie reichen vom bekannten Kölner Dom und dem Stadtbild von Köln über den alten, in Ziegelbauweise errichteten Malakoffturm von Wanne-Eickel¹⁷ – eine Vorstufe der Gattung Industriedenkmale – bis zu einer Fachwerkhäusergruppe in Hohenlimburg,¹⁸ deren derzeitiges äußeres Bild nicht in jedem Fall ein Ja für die Erhaltung erwarten läßt.

Mit einem Teil der denkmalpflegerischen Arbeitsweisen konfrontieren die Fragen 9 und 16 die Schüler. Es geht dabei darum, festzustellen, ob Maßnahmen wie die Translozierung¹⁹ von Bauwerken, die an ihrem ursprünglichen Standort nicht mehr zu erhalten sind, bei den Schülern auf Anerkennung oder Ablehnung stoßen. Gleiches gilt für den immer wichtiger und aktueller werdenden Bereich der Erhaltung und Sanierung alter Zechensiedlungen.²⁰

Bei der Frage 12 werden den Schülern drei Bilder von sehr unterschiedlichen Wohnlagen gezeigt. Mit der Frage läßt sich dann feststellen, inwieweit Sympathie oder Antipathie gegen alte Wohnbereiche besteht. Das ist ein sehr wichtiger Aspekt, der relevante Aufschlüsse liefert, weil er indirekt den Bezug zu dem Bewußtsein der Schüler in Verbindung mit alter, aber gut erhaltener bzw. renovierter bewohnbarer Bausubstanz liefert. Bei der Frage 13 erhalten die Schüler dann die Möglichkeit, ihre Entscheidung, die sie bei der Frage 12 getroffen haben, zu begründen. Hier erscheint es, ebenso wie bei Frage 2, wichtig, nicht vorgefertigte Antworten ankreuzen zu lassen, sondern die Schüler zu schriftlichen Aussagen anzuregen. Schließlich geht es bei der Frage 15 darum, das mögliche Initiativverhalten eines Schülers im Hinblick auf sein künftiges Engagement für den Denkmalschutz zu erfragen.

Nun zum Ablauf der Befragung. Zur Bearbeitung der vorgelegten Fragen erhielten die Schülerinnen und Schüler in allen Klassen 45 Minuten Zeit, die überall voll ausreichte, um die Antworten zu formulieren bzw. zu fixieren. Zuerst erhielten die Schüler den Hinweis, auf den Bögen, die sie erhalten sollten, die Angabe zu Alter, Klasse (damit über die Angaben in den Klassenbüchern die schulischen Abschlüsse prozentual ermittelt werden

¹⁷ Über Techn. Kulturdenkmale vgl. die umfassende Arbeit von R. Slotta, Technische Denkmäler in der Bundesrepublik Deutschland, Bochum 1975, mit einem Bericht über den – inzwischen leider abgebrochenen – Wanne-Eickler Malakoffturm. S. 66 f.

¹⁸ Zu Hohenlimburg allgemein vgl. L. Pieper, Eine städtebauliche Betrachtung, in: Hohenlimburg, hrsg. von W. Bleicher, Hohenlimburg 1975, S. 212 ff. und Abb. 213. Zur Geschichte der historisch bedeutenden Fachwerkhäusergruppe besonders wichtig: W. Bleicher, Nachrichten zur Geschichte der Kampfstraße, in: Heimatblätter für Hohenlimburg 36 (1976), S. 277.

¹⁹ Maßnahmen der Translozierung von Bauwerken werden besonders in Freilichtmuseen praktiziert. Anregungen liefern die schönen und informativen Schriften des Fördererkreises des Hagener Freilichtmuseums: Technische Kulturdenkmale, 1 ff., 1966 ff.

²⁰ Zum Thema Zechensiedlungen sind heranzuziehen etwa B. u. H. Becher / H. G. Conrad / E. Neumann, Zeche Zollern 2. Aufbruch zur modernen Industriearchitektur und Technik, München 1977. Darin besonders wichtig der Beitrag von Neumann: Zollern 2 – Bauentwicklung und kunstgeschichtliche Bedeutung, S. 268 ff., sowie die umfassende Arbeit von H. Sturm, Fabrikarchitektur – Villa – Arbeitersiedlung, München 1977.

konnten) und Geschlecht auszufüllen. Weiterhin erfuhren sie, daß es keine Bewertung der Antworten durch den Lehrer gibt, dies ja auch nicht möglich sei, weil niemand seinen Namen angegeben habe. Zusätzlich erfolgte noch die Ermahnung, daß jeder seinen Fragebogen allein und ohne Absprache mit den Nachbarn ausfüllen solle.

Nach den Vorbemerkungen bekamen die Schüler dann den ersten Testbogen mit den Fragen 1 und 2 (der Bogen enthielt nur die ersten beiden Fragen, weil aus der dritten Frage eventuell eine Antwort zu Nr. 2 hätte abgeleitet werden können). Als der erste Bogen ausgefüllt war, erfolgte noch der Hinweis, nicht weiter auf das erste Blatt zu schreiben, wenn der zweite Bogen mit den weiteren Fragen ausgeteilt wird. Das zweite Testblatt enthielt die Fragen 3 bis 5, das dritte die Fragen 6 bis 8, das vierte 9 bis 12 und das fünfte die restlichen Fragen. Von der Frage 7 an bearbeiteten die Schüler – nach entsprechendem Hinweis – die Fragen immer erst im Anschluß an das gezeigte Dia. Zu den Dias wurden immer nur Ortsinformationshinweise gegeben. Die Einsammlung der Fragebögen nach Abschluß des Tests erfolgte so, daß immer alle Bögen eines Schülers zusammenlagen.

Die beschriebene Testkonstruktion erfolgte unter dem Aspekt, eine hohe Validität der zu gewinnenden Aussagen zu erreichen. Die Durchführung wurde so realisiert, daß der Anspruch intersubjektiver Evaluation gewährleistet bleibt (aus diesem Grund ist die ausführliche Durchführungsbeschreibung wiedergegeben). Als Kriterium der Testkonstruktion galt Ingenkamps Testdefinition, wonach ein Test »unter möglichst konstanten Bedingungen interindividuell unterschiedliche Reaktionen möglichst treffsicher und zuverlässig erfassen und einer möglichst objektiven und genormten Auswertung zugänglich machen (soll)«. ²¹ Diese Kriterien gelten vor allem bei den Fragen 1, 3, 6, 7, 8, 9, 11, 12, 14, 15 und 16, weil hier nur Antworten, die bereits als Auswahl vorgefertigt vorlagen, anzukreuzen waren. Gleichwohl erschien es wichtig, weitere, anders strukturierte Fragen in den Test einzubauen, da schriftlich formulierte Antworten interessante, individuell geprägte Lösungen erwarten lassen. Darüber hinaus ist anzumerken, daß die »offenen Fragen«, die ausformulierte Antworten der Befragten verlangten, dem Charakter des Themas adäquat sind. ²²

Die Testbögen

Der Test setzt sich aus den nachfolgend aufgeführten Fragen zusammen:

1. Ist Ihnen der Begriff Denkmalschutz oder Denkmalpflege bekannt?
 - a) Ja, davon habe ich schon gehört
 - b) Ja, ich verbinde damit eine konkrete Vorstellung
 - c) Nein
2. Wenn Sie die Frage 1 mit ja beantwortet haben, versuchen Sie jetzt den Begriff Denkmalpflege zu erklären!

²¹ K. Ingenkamp, Psychologische Tests für die Hand des Lehrers, Weinheim ³1964, S. 7.

²² Vgl. V. Heinz (s. A 1), S. 83.

3. Welche Aufgaben hat ein Amt für Denkmalpflege wahrzunehmen?
 - a) Es pflegt Kriegerdenkmale und sorgt für ausreichenden Blumenschmuck
 - b) Es ist zuständig für die Aufstellung von neuen Personendenkmälern
 - c) Es erfasst alte, erhaltenswerte Bauten und sorgt für deren Restaurierung und Bewahrung. Weiterhin berät es bei der Verwendung dieser Bauwerke
4. Nennen Sie Namen von Schlössern oder Burgen, die Sie kennen!
5. In welchem Bauzustand (gut oder schlecht erhalten) befinden sich die Schlösser oder Burgen, die Ihnen bekannt sind?
 - Sehr gut erhalten (Name des Schlosses oder der Burg
 - Gut erhalten (Name
 - Weniger gut erhalten (Name
 - Teilweise verfallen (Name
 - Verfallen (Name
6. Wozu werden Schlösser oder Burgen, die Sie kennen, heute verwendet?
 - Museum
 - Schule
 - Privater Wohnsitz
 - Hotel oder Gaststätte
 - Jugendherberge
 - Sitz einer Verwaltung
 - Sonstiges

Hier können Sie mehrere Antworten ankreuzen.
7. Sie sehen jetzt ein Bild des Kölner Domes. Soll man ein solches Bauwerk, welches durch seine ständigen Ausbesserungsarbeiten viel Geld kostet, überhaupt erhalten? (Gezeigte Abbildung: Kölner Dom, Blick von Südost)
 - a) Ja
 - b) Ja, weil es ein wichtiges Erbe unserer Vergangenheit ist
 - c) Nein
 - d) Keine Meinung
8. Der Kölner Dom prägt heute das Stadtbild von Köln. Wäre diese Stadt ohne den Dom noch genauso interessant? (Gezeigte Abbildung: Stadtansicht von Köln mit Dom und Groß St. Martin)
 - a) Ja
 - b) Nein
 - c) Keine Antwort
9. Sie sehen jetzt ein Bild aus dem Hagener Freilichtmuseum. Diese Häuser sind an anderen Orten abgebrochen worden, und sie werden hier nach dem alten Zustand wieder aufgebaut. Halten Sie das für sinnvoll? (Gezeigte Abbildung: Blick in das Freilichtmuseum Hagen. Im Vordergrund ein Stauteich und die alte Sensenschmiede)
 - a) Ja, weil so verschiedene alte Bauwerke an einem Ort besichtigt werden können
 - b) Nein, der Aufwand ist zu groß
 - c) Keine Meinung
10. Wann haben Sie zuletzt ein Museum besucht?

19.....

Welches?

11. Halten Sie den alten Förderturm der Wanne-Eickeler Zeche für erhaltenswürdig, damit unsere Nachkommen sich noch ein Bild von den Zechenbauten vor 1900 machen können? (Gezeigte Abbildung: Malakoffturm – inzwischen abgebrochen – der Zeche Hannibal in Wanne-Eickel)
 - a) Ja
 - b) Nein
 - c) Keine Meinung
12. In welcher Umgebung würden Sie am liebsten wohnen, wenn Sie frei auswählen könnten? Alle Wohnungen enthalten Heizung und Bad. (Gezeigte Abbildungen: Bild 1: Renoviertes Wohnhaus mit Jugendstilfassade in Herne; Bild 2: Moderne Wohnhochhäuser in Herne; Bild 3: Kirchplatz in Hattingen)
 - a) Bild 1
 - b) Bild 2
 - c) Bild 3
13. Begründen Sie Ihre Antwort von Frage 12!
14. Sie sehen ein Bild aus dem alten Ortskern von Hohenlimburg. Sollte diese Fachwerkhäusergruppe erhalten werden? (Gezeigte Abbildung: Fachwerkhäuser in der Gaußstraße, vormals Kampstraße)
 - a) Ja
 - b) Nein
 - c) Keine Meinung
15. Sie hören, daß ein altes Bauwerk, welches Sie kennen, abgebrochen werden soll. Können Sie sich vorstellen, daß Sie sich für den Erhalt einsetzen würden?
 - a) Ja
 - b) Nein
 - c) Keine Meinung
16. Halten Sie den Erhalt der alten Zechensiedlung für gut, wenn diese Häuser innen modernisiert werden (Bad, Heizung) oder sollten lieber neue, moderne Häuser gebaut werden? (Gezeigte Abbildung: Wohnhäuser der Zechensiedlung Teutoburgia in Herne)
 - a) Die Zechensiedlung sollte erhalten werden, weil hier die Menschen nicht so dicht wohnen und ihre Nachbarn gut kennen
 - b) Es sollten neue, moderne Häuser gebaut werden
 - c) Keine Meinung

Faktische Auswertung des Tests

Die faktische Auswertung der Schülerantworten lieferte dann das folgende Bild:

Frage 1	a)	99	71,7%
	b)	20	14,5%
	c)	19	13,8%
		138	Antworten
			100,0%

Frage 2	a)	67	48,5%	Keine oder falsche Antwort
	b)	51	37,0%	Teilweise richtige Antwort
	c)	20	14,5%	Weitgehend richtige Antwort

Frage 3	a)	32	23,2%
	b)	2	1,5%
	c)	104	75,3%

Frage 4

Die Aufschlüsselung der Antworten zur Frage 4 ist nach der Anzahl der Nennungen gestaffelt.

a)	2	1,5%	Keine Antwort
b)	8	5,8%	1 Antwort
c)	47	34,0%	2 oder 3 Antworten
d)	66	47,8%	4 oder 5 Antworten
e)	15	10,9%	5 und mehr Antworten

Frage 5

Die Aufschlüsselung der Antworten zur 5. Frage ist nach der Anzahl der abgegebenen Beurteilungen differenziert.

a)	4	2,9%	Keine Beurteilung
b)	73	52,9%	1 oder 2 Beurteilungen
c)	57	41,3%	3 oder 4 Beurteilungen
d)	4	2,9%	5 Beurteilungen

Frage 6

Die Aufschlüsselung der Antworten erfolgte wie bei Frage 4.

a)	1	0,7%	Keine Antwort
b)	3	2,2%	1 Antwort
c)	68	49,3%	2 oder 3 Antworten
d)	54	39,1%	4 oder 5 Antworten
e)	12	8,7%	6 oder 7 Antworten

Frage 7

a)	38	27,5%
b)	84	60,9%
c)	7	5,1%
d)	9	6,5%

Frage 8	a)	14	10,1%
	b)	112	81,2%
	c)	12	8,7%

Frage 9	a)	102	73,9%
	b)	24	17,4%
	c)	12	8,7%

Frage 10

Bei der Auswertung werden hier zunächst nur die Jahreszahlen angegeben.

a)	39	28,3%	1978
b)	24	17,4%	1977
c)	20	14,5%	1976
d)	18	13,0%	1975
e)	23	16,7%	Vor 1975
f)	14	10,1%	Keine Antwort

Frage 11	a)	97	70,3%
	b)	28	20,3%
	c)	13	9,4%

Frage 12	a)	18	13,0%	Bild 1
	b)	10	7,2%	Bild 2
	c)	110	79,8%	Bild 3

Frage 13

Hier wird eine partielle Auswertung der Antworten im nachfolgenden Text vorgenommen.

Frage 14	a)	97	70,3%
	b)	35	25,4%
	c)	6	4,3%

Frage 15	a)	68	49,3%
	b)	52	37,7%
	c)	18	13,0%

Frage 16	a)	123	89,2%
	b)	9	6,5%
	c)	6	4,3%

Ergebnisse

Die aus dem Test gewonnenen Ergebnisse bedürfen einer weiteren Interpretation. Daß das problematisch ist, braucht nicht weiter erörtert zu werden, weil aus dem Zahlenmaterial sicherlich auch von mir abweichende Erklärungen möglich sind. Trotzdem erscheint es mir aber wichtig, eine Wertung vorzunehmen, basiert sie doch auf nachprüfbarem Zahlenmaterial und einem reproduzierbaren Test.²³

Zum Kenntnisstand der Schüler ist zu sagen, daß bereits sehr viele etwas von Denkmalpflege und Denkmalschutz gehört haben (86,2%), die meisten aber nur wenig konkrete Vorstellungen (s. Frage 2) damit verbinden. Dabei haben aber bereits 97,1% der Befragten Objekte der Denkmalpflege, nämlich Burgen und Schlösser, besichtigt oder gesehen (s. Frage 5) und die Erinnerung an Namen von Burgen oder Schlössern konnten gar 98,5% repetieren. Schließlich ist der Museumsbesuch noch bei 89,9% in Erinnerung. Mit der Frage 6 läßt sich nachweisen, daß der Verwendungszweck der Denkmalpflegeobjekte von den Schülerinnen und Schülern beobachtet und festgehalten wurde.

Zum Ergebnis der Frage 3 ist anzumerken, daß die Distraktoren der multiple choice Aufgabe, die falschen Antworten a und b, keinen genügend hohen Schwierigkeitsgrad darstellten und das Finden der richtigen Antwort erleichterten. Trotzdem zeigen die 23,2% der Antworten bei a, welche Mißverständnisse möglich sind, wenn es gilt, die Aufgaben eines Amtes für Denkmalpflege zu benennen.

Einige Antworten der Frage 2 sind hier kurz wiederzugeben. Eine 16jährige Schülerin schrieb: »Die Denkmalpflege ist eine Pflege, die alte Häuser, Denkmäler oder Brücken und Schriften betrifft. Die alten Häuser z. B. werden wieder hergestellt. Sie sollen auch nicht mutwillig zerstört werden.«²⁴ Eine andere 17jährige Schülerin formulierte bereits recht ansprechend: »Unter Denkmalpflege verstehe ich alte Häuser, Kirchen und Denkmäler vor dem Abriß oder Ruin zu bewahren, indem man sie renoviert, repariert oder restauriert«. Aber auch ein inneres Engagement fand bereits – wenn auch nur vereinzelt – in den Antworten der Frage 2 seinen Niederschlag. Eine 18jährige Schülerin schrieb: »Ich habe davon gehört und finde es gut, daß sich Menschen dafür einsetzen, die einen Sinn für das Alte, für das Gewesene haben. Es sind die Sehenswürdigkeiten, die jedes Auge erfreuen, die man erhalten sollte.« Im Gegensatz zu diesen – wie ich meine – durchaus positiven Äußerungen muß dennoch konstatiert werden, daß die überwiegende Zahl der Befragten keine Antwort formulieren konnte (48,5%) oder nur teilweise richtiges geschrieben haben (37%).

Die Antworten der Fragen 7, 8, 11 und 14 müssen differenziert gesehen werden, geht es doch bei diesen Fragen um die Einstellung zur Erhaltung von Denkmälern aus verschiede-

²³ Zum Werturteil vgl. etwa W. Brezinka, Von der Pädagogik zur Erziehungswissenschaft. Eine Einführung in die Metatheorie der Erziehung, Weinheim und Basel 1975, S. 67f.

²⁴ Alle Schüleräußerungen sind nach den Befragungsunterlagen wörtlich zitiert. Die Wortstellung innerhalb der Sätze ist unverändert, orthographische Fehler sind korrigiert.

nen Sektoren der Denkmalpflege. Bei den Fragen 7 und 8 ist es ein sehr bekanntes Bauwerk, der Kölner Dom, zu dessen Erhaltung sich rund 90% der befragten Schülerinnen und Schüler bekannten. Ein wenig anders sieht es hier schon bei den technischen Denkmälern aus, als deren Vertreter der Wanne-Eickeler Förderturm zur Disposition stand. Nur ca. 70% sprachen sich hier für die Erhaltung aus. Ich werte das aber trotzdem als sehr bedeutsam, weil das allgemeine Bewußtsein zur Erhaltung solcher Bauwerke intuitiv, in Ermangelung entsprechender Veröffentlichungen, wohl viel geringer geschätzt wird. Ähnliches, wie das eben beschriebene, ist auch für die Antworten der Frage 14 zu konstatieren. Für die Erhaltung der Fachwerkhäusergruppe in Hohenlimburg, die sich nicht in sehr gutem Zustand befindet, sprachen sich ebenfalls 70% der Befragten aus.

Auch neue Bereiche der Denkmalpflege, wie die Translozierung von erhaltenswerten Bauwerken und die damit verbundene Einrichtung von Freilichtmuseen, wurden von den Schülerinnen und Schülern mit 73,9% unterstützt. Besonders deutlich tritt das bei der Frage nach der Erhaltung und Renovierung von Zechensiedlungen hervor. Die 89,2% positiver Antworten bedeuten auch für die an entsprechender Stelle sitzenden Persönlichkeiten, die Einfluß auf die Erhaltung nehmen können, ein Votum, das nicht leichtfertig übersehen werden darf.

Ähnliches kann auch aus den Antworten der Frage 12 deduziert werden. Der Wunsch, in einer gewachsenen, überschaubaren und ›heilen Welt‹ seine Wohnung zu finden, tangiert besonders die Stadtplaner, deren Konzept – sterile Hochhausarchitektur – durch das Negieren von Bild 2 durch die Schüler ad absurdum geführt wird.²⁵ Damit das Ergebnis der Frage 12 schärfere Konturen erhält, sollten die Befragten ihre Entscheidung (Wunsch zukünftigen Wohnens im Umfeld von a, b oder c) bei Frage 13 verbal begründen. Eine statistisch aufgeschlüsselte, nach Themen unterteilte Gliederung der Antworten erschien bei der Auswertung wenig sinnvoll. Deshalb wird der Wiedergabe signifikant spezifischer Antworten hier der Vorzug gegeben. Anzumerken ist aber, daß viele der Befragten (80,4%) eine Antwort formuliert haben. Die ausgewählten Antworten sind allesamt pro Bild – 3 – Antworten. Sie sind ausgewählt, weil es hier um Denkmalpflege geht und sich rund 80% für ein Wohnen in dieser Umgebung entschieden haben. Eine 16jährige Schülerin schrieb: »Ich habe Bild Nr. 3 genommen, weil die Umgebung sehr schön ist und das Haus mir gepflegt erschien. Außerdem sehr wohnlich, nicht so wie Bild 2.« Eine andere 17jährige Schülerin schrieb kurz und bündig: »Ruhige Wohnlage, persönlicher Kontakt mit den Nachbarn, geräumige Wohnungen.« Schließlich noch die Begründung einer 16jährigen Auszubildenden: »Die Umgebung ist umweltfreundlicher. Man hat mehr Raum und Platz. Außerdem lebt man in keiner Anonymität.« Diese Beispiele mögen ausreichen, geben sie doch den Tenor der Begründungen exemplarisch wieder. Schließlich geben noch die 49,3% Antworten bei der Frage 15, sich aktiv für die

²⁵ Einen guten Überblick über die bauliche Entwicklung der jüngsten Zeit, mit dem Hang zu »verfehlter Konzentration im Wohnungsbau«, liefert P. Peters (s. A 9), S. 552.

Erhaltung eines Bauwerkes einzusetzen, einen wichtigen Hinweis auf das mögliche Engagement der künftigen Erwachsenengeneration.

Zum Abschluß der Befragungsuntersuchung gilt es nun, die eingangs aufgestellte Arbeitshypothese auf Verifizierung und Resistenz zu überprüfen. Es wurde gesagt, daß die positive Einstellung der Jugendlichen zur Denkmalpflege die negative Einstellung übersteigt. Das ist mit den Ergebnissen der Antworten zu den Fragen 7, 8, 9, 11, 14 und 16 differenziert belegt, da die positiven, die Erhaltung der Bauwerke bestätigenden Antworten jeweils mindestens 70% betragen. Daß die positive Einstellung nur begrenzt kognitiv artikulierbar ist, zeigen die Antworten zur Frage 2, wo nur etwa 15% der Befragten die einfachste Frage nach der Erklärung des Begriffes Denkmalpflege einigermaßen zufriedenstellend beantworteten. Damit ist die Arbeitshypothese bestätigt.

Eine partielle Falsifizierung oder Modifizierung der aufgestellten Theorie bleibt für weitere Untersuchungen offen. Bis dahin darf das oben gesagte seine Validität bewahren. Das Ergebnis aber sollte dazu ermutigen und anregen, Denkmalpflege und Denkmalschutz im Unterricht – möglichst an allen Schulformen²⁶ – zu behandeln, um auf diesem Wege die vorhandene positive Einstellung der Jugendlichen kognitiv zu festigen und das Interesse und Kenntnisse an Denkmalpflege und Denkmalschutz zu fördern.

²⁶ Eine Anregung hierzu liefert auch das in den Schulen in Nordrhein-Westfalen verteilte Heft *S – wie Schule*, 3. Jg., 5/79, S. 12f, mit einem Beitrag: Denkmalschutz in Kalkar und Lennep von *H. Holtschneider*. In dem Artikel werden Lehrer und Schüler angeregt, sich zur Information an die Redaktion von *S – wie Schule* zu wenden. Die Redaktion vermittelt dann Kontakte mit den Landeskonservatoren in Bonn und Münster.

Jochen Wilke

Altstadtsanierung: Zum Beispiel Karlstadt

Geschichte und Stadtbild

Das bedeutende typisch mittelalterliche Frankenstädtchen Karlstadt mit etwa 15 200 Einwohnern liegt 25 km nördlich von Würzburg. Seine Lage am Wasserweg Main sowie an der Handelsstraße Würzburg – Fulda war bereits im Mittelalter äußerst verkehrsgünstig. Die historische Altstadt gehört zu den vielen hervorragenden städtebaulichen und denkmalwürdigen Stadtensembles Mainfrankens. Diese zeichnen sich durch eine menschenfreundliche Maßstäblichkeit und einen vielseitigen Formenreichtum aus.

Karlstadt wurde um 1200 durch den Würzburger Bischof Konrad von Querfurt zum Schutze der Westgrenze seines weitreichenden Territoriums planmäßig gegründet. Von Anfang an war die regelmäßig geordnete Anlage der heutigen Altstadt sowie die weitgehend erhaltene mittelalterliche Befestigungsanlage in vollem Umfang geplant. Die Neugründung wurde von persönlichen Kenntnissen Konrad von Querfurts, der in seiner Zeit modernsten und zweckvollsten Stadtgründungen der Lombardei beeinflusst. Er wirkte entscheidend bei der staufischen Burgen- und Städtepolitik mit. Die zügige Verwirklichung der Planung ist durch die großzügigen steuerlichen, gerichtlichen und grundherrlichen Privilegien sehr begünstigt worden. Karlstadt entwickelte sich dadurch schnell zu einem bedeutenden wirtschaftlichen Zentrum im fränkischen Raum. Grundlage hierfür war der Wein- und Getreideanbau, ein kunstfertiges Handwerk und ein blühender Handel. Die Stadt erfüllte im ganzen Mittelalter hindurch viele Funktionen. Sie war Verwaltungssitz und Marktstadt; Sitz einer Vielzahl von Händlern, Handwerkern, Weinbauern und Ackerbürgern sowie Poststation. Schließlich übernahm die Stadt eine wesentliche Verteidigungsfunktion für das Bistum Würzburg.

Berühmte Männer des deutschen Geisteslebens wie der Astronom und Mathematiker Johann Schöner (Bildnis 1000-Mark-Schein) 1474, der Reformator Andreas Bodenstein um 1481, der Historiker Michael Beuther 1522, sowie der Chemiker Rudolf Glauber 1604, wurden in Karlstadt geboren. Sie alle gingen aus der bereits frühzeitig bedeutenden Karlstädter Lateinschule hervor.

Die mittelalterliche Stadtanlage mit dem rechtwinkligen Straßensystem wurde im Grund- und Aufriß weitgehend überliefert. Die Altstadt ist heute noch geprägt durch stattliche giebelständige Fachwerkbauten und Steinhäuser aus dem 15. Jahrhundert. Im Zentrum errichtete sich das Bürgertum 1422 unmittelbar neben der romanisch/gotischen Stadtpfarrkirche ein beeindruckendes Rathaus. Die gotische Stirnseite mit dem typischen

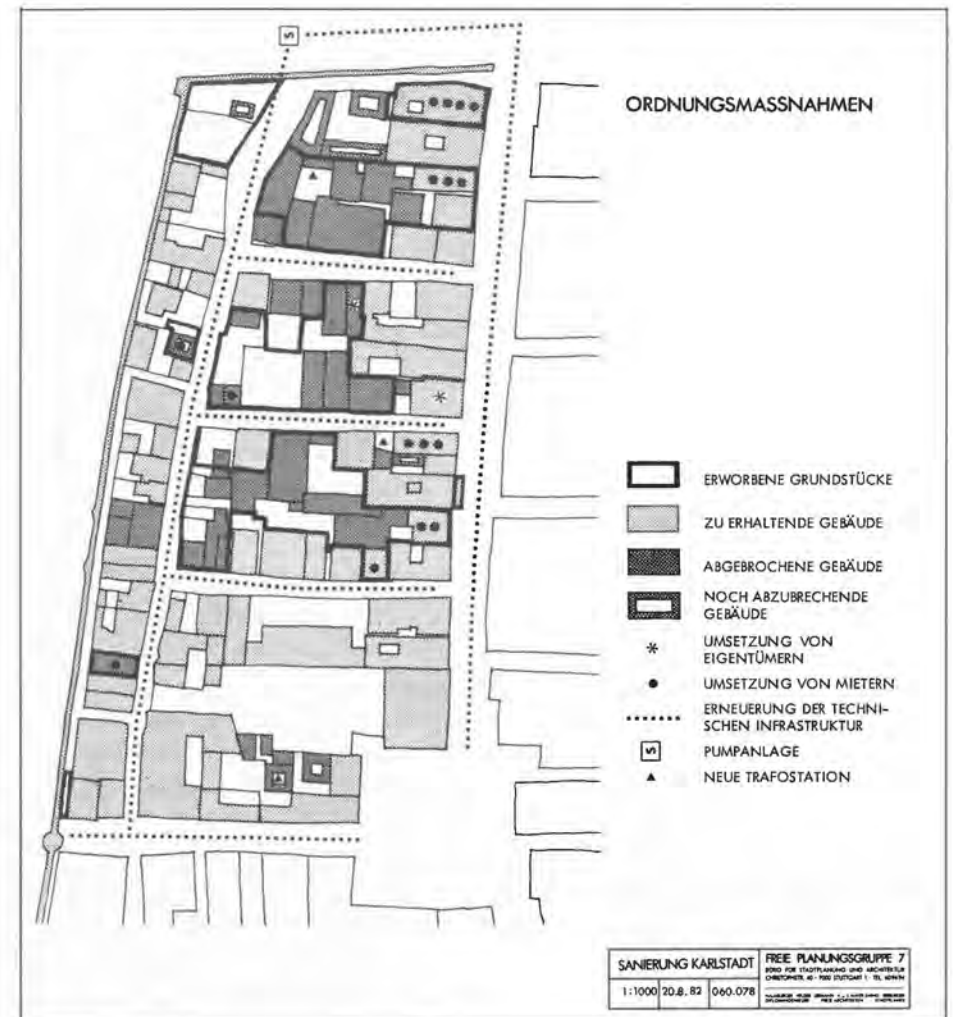


Neuordnungskonzept für das Sanierungsgebiet (Planungsstand 1980)

ferner für das Wohnen wieder anziehender gestaltet werden, damit nach und nach eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur erreicht wird. Hierfür entwickelte die Stadt ein beachtliches Engagement, schuf die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen und stellte schließlich auch die erforderlichen finanziellen Mittel bereit.

Sanierungsplanung

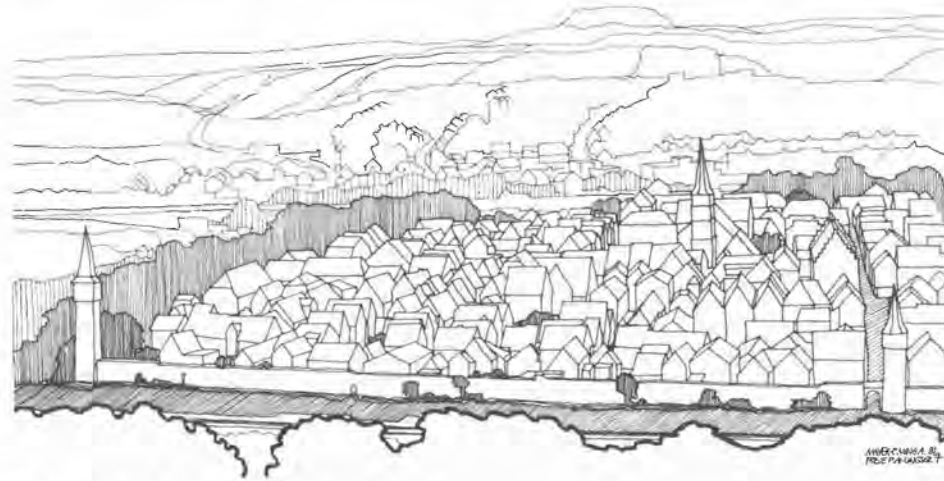
Die vielschichtigen Sanierungsaufgaben erfordern eine in das Detail reichende Planungsin- tensität und eine besondere Planungsqualität. Das setzt bei allen Beteiligten des Planungs-



Ordnungsmaßnahmen (Planungsstand 1982)

prozesses ein hohes Maß an kritischer Mitwirkungsbereitschaft und nicht zuletzt ein unermüdliches Durchhaltevermögen voraus. In Kenntnis dieser Erfordernisse entschied der Stadtrat eine Stadtsanierung selbstverantwortlich durchzuführen und für das erforderliche konstruktive Zusammenwirken der kommunalen und staatlichen Behörden zu sorgen. Innerhalb der Stadtverwaltung wurde diese wichtige Aufgabe verantwortlich der Bauverwaltung übertragen. Sie wird von beauftragten erfahrenen Stadtplanern der Freien Planungsgruppe 7, Stuttgart, unterstützt.

Für die Vorbereitung und die Durchführung der Sanierung steht der Stadt seit 1971 mit dem Städtebauförderungsgesetz (StBauFG) ein wichtiges zusätzliches rechtliches Instru-

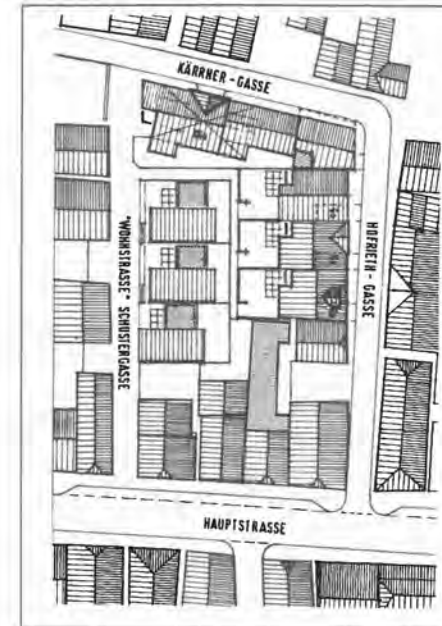


Dachlandschaft des Sanierungsgebietes (1982)

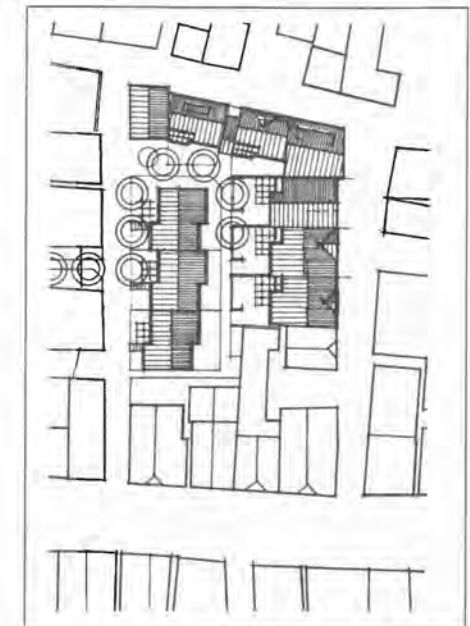
mentarium zur Verfügung. Dem Gesetz liegt ein für derart schwierige städtebauliche Aufgaben notwendiger Planungsablauf zu Grunde. Die Sanierungsmaßnahme wurde 1974 in das Bayerische Städtebauförderungsprogramm aufgenommen und 1976 in das gemeinsame Städtebauförderungsprogramm des Bundes und der Länder übernommen.

1975 sind für die gesamte Altstadt (12,8 ha) *Vorbereitende Untersuchungen* durchgeführt worden. Dabei wurden die sozialen, strukturellen, baulichen und städtebaulichen Verhältnisse und Zusammenhänge erhoben und analysiert. Die Notwendigkeit der Sanierung ist blockweise festgestellt worden. Ferner wurden die Möglichkeiten der Planung und der Durchführung der Sanierung untersucht. Daraus sind dringende Sanierungsziele hergeleitet worden, die der Stadtrat nach einer umfassenden Abstimmung und Abwägung für die konkrete Sanierungsplanung festlegte. Einige Sanierungsziele werden beispielgebend aufgeführt:

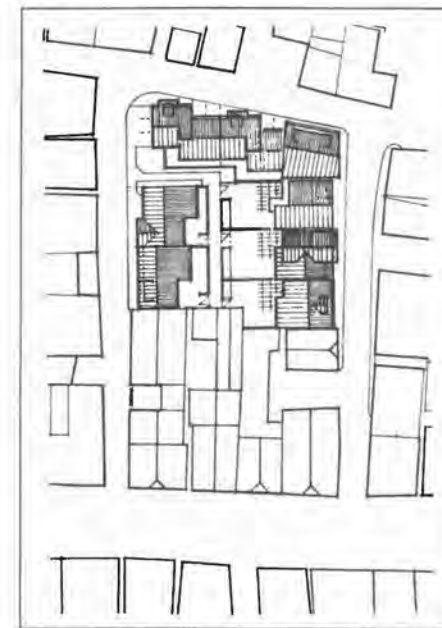
- Die Altstadt soll sowohl älteren Bewohnern als auch Familien mit Kindern eine angenehme, möglichst störungsfreie Wohnumgebung bieten.
- Eine ausgewogene Sozialstruktur ist zurückzugewinnen.
- Die kleinteilige Besitzstruktur soll beibehalten werden.
- Die wirtschaftliche Bedeutung der Altstadt als Geschäfts-, Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum soll gestärkt werden.
- Nichtstörende Gewerbebetriebe sollen in der Altstadt bleiben. Die bestehende Funktionsmischung mit ihrer Vielfalt der Nutzungen soll in einem ausgewogenen Gleichgewicht erhalten werden.
- Die Blockinnenflächen sind zu vergrößern und von Bebauung freizulegen.
- Der Objektsanierung ist gegenüber der Flächensanierung der Vorrang einzuräumen.
- Die Heizungen sind möglichst weitgehend auf umweltfreundliche Energien umzustellen.



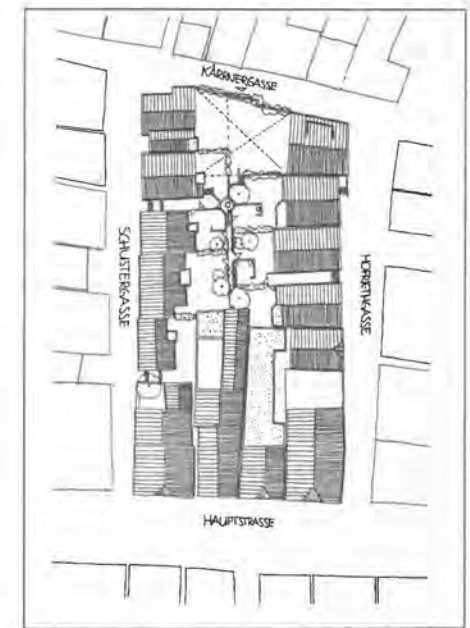
1. Bebauungsvorschlag für das Quartier zwischen Schuster- und Hofriethgasse im Sanierungsgebiet.



2. Bebauungsvorschlag



3. Bebauungsvorschlag



4. Bebauungsvorschlag – Ausführungsentwurf



Fachwerkhäuser im Sanierungsgebiet (Hauptstraße 6, 8 und 10)

Zeichnung: Günther Thoma

- Stadtgrundriß, Raumstruktur, Maßstab und Dachstruktur, das typische Stadtensemble, sollen erhalten bleiben.
- Die Qualität der öffentlichen und privaten Freiflächen soll verbessert werden; zusätzliche Ruhe-, Spiel- und Grünbereiche sind zu schaffen.
- Der Fahrverkehr ist zu reduzieren; für die Gassen der Altstadt soll ein Parkverbot gelten.
- Die technische Infrastruktur ist zu verbessern.
- Die Hochwassergrenze soll bei der Festlegung der Erdgeschoß-Fußbodenhöhe berücksichtigt werden.

Unter dieser Zielsetzung wurde für die gesamte Altstadt ein *Rahmenplan* erarbeitet. Er eignet sich besonders für die planerische und organisatorische Vorbereitung der Sanierung, deren Durchführung sich in der Regel in mehreren Abschnitten über einen größeren Zeitraum erstreckt. Er enthält in Form von Rahmenfestsetzungen alle wichtigen Planungsziele – insbesondere gestalterischer, struktureller und funktionaler Art – und zwar mit einer Aussagenschärfe, die der des Bebauungsplans in vielen Belangen nahekommt. Dieser Rahmenplan wurde vom Stadtrat als Selbstbindungsplan beschlossen, nachdem er mit den Trägern öffentlicher Belange und mit der von der Sanierung betroffenen Bevölkerung abgestimmt war. Er gewährt der Stadt eine entwicklungsfähige Planungssicherheit (i.V.m.

§ 34 BBauG) – eine frühzeitig geschaffene Entscheidungsgrundlage für Baugesuche – ohne daß damit bereits eine rechtsverbindliche Festschreibung verbunden ist. Eine laufende Anpassung der Planung an sich weiterentwickelnde Planungs- und Durchführungsbedingungen ist dadurch möglich, bevor verbindliche Bebauungspläne aufgestellt sind.

Ergänzt wurde der Rahmenplan durch eine *Gestaltungsverordnung* mit verbalen und skizzenhaften Erläuterungen sowie durch einen *Farbleitplan*. Dadurch erhalten die Bauherren, die Architekten und die Genehmigungsbehörde eine konkretere Planungs- und Entscheidungshilfe.

Entsprechend der Dringlichkeit und der finanziellen Leistungsfähigkeit legte die Stadt Karlstadt 1977 das erste *Sanierungsgebiet* „Nordwestliche Altstadt“ (2,4 ha) förmlich fest. Dafür wurde ein *Neuordnungskonzept* mit einem *Zeit- und Maßnahmenplan* sowie einer *Kosten- und Finanzierungsübersicht* erarbeitet. Der *Bebauungsplan* für das Sanierungsgebiet liegt im Entwurf vor.

Sämtliche Planungen wurden in allgemein verständlicher Form erarbeitet. Die anschauliche Darstellung der gestalterischen und nutzungsmäßigen Ziele sowie die erstellten Modelle erleichterten wesentlich die Beteiligung der betroffenen Bürger am Planungsprozeß der Stadt und förderten deren Mitwirkungsbereitschaft. Die notwendig hohen städtebaulichen und denkmalpflegerischen Forderungen an die Planung erforderten jedoch oft äußerst schwierige abwägende Entscheidungen. Sie führten in der Regel zu unvermeidlichen zeitlichen Verzögerungen.

Die Umsetzung der Sanierungsziele sowie die Entwicklung der Planung ist besonders deutlich am Baublock zwischen der Schuster- und der Hofriethgasse erkennbar. Entlang der Hauptstraße werden die unter Denkmalschutz stehenden Fachwerkhäuser erhalten und durchgreifend modernisiert. Sie dienen vor allem in den Obergeschossen dem Wohnen. In dem rückwärtigen Bereich zwischen der Schuster- und der Hofriethgasse bis zur Kärrnergasse entschied sich die Stadt für eine Flächensanierung. Ein verhältnismäßig großer Anteil der Bausubstanz war entweder baufällig oder nicht mehr der Zielsetzung



Modernisiertes Fachwerkgebäude im Sanierungsgebiet (Hauptstraße 24) Zeichnung: Saitbert Vautrin



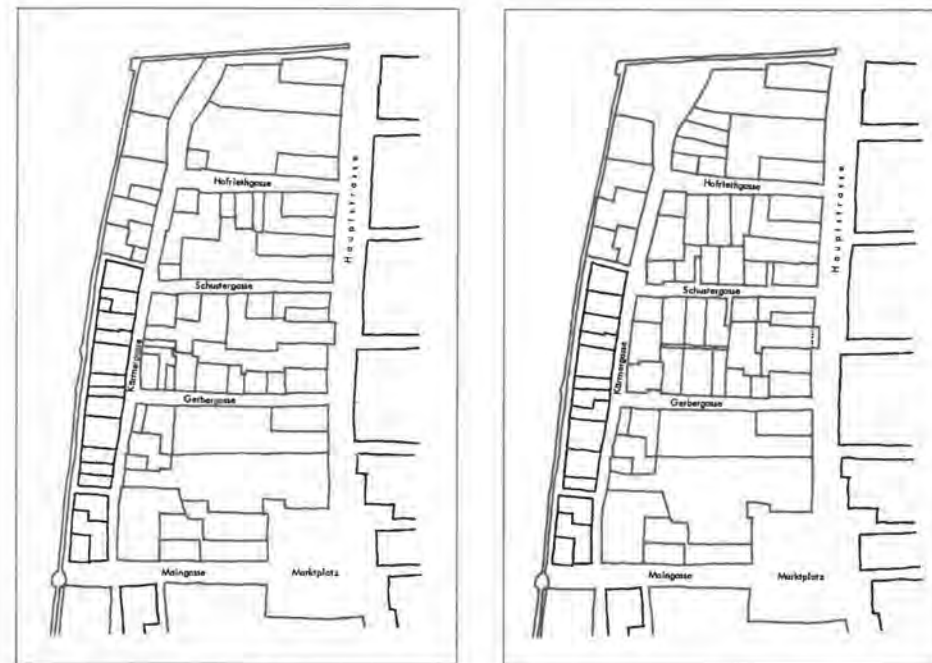
Fassadenentwürfe zu dem 4. Bebauungsvorschlag für die Schusterstraße

entsprechend nutzbar. Die Grundstücksstruktur mußte neu geordnet werden. Als Ersatz wurden Stadthäuser (Einfamilienhäuser für junge Familien) mit einem zusammenhängenden Gartenbereich im Blockinnern und einer Sammelgarage an der Kärnerstraße vorgesehen. Im Gegensatz dazu wird in dem Nachbarblock das Flachdach der Garagen und eines großräumigen Ladengeschäftes begehbar und als Wohn- und Spielterrasse gestaltet, um für die umliegenden Wohnungen einen großzügigen Freiraum zu gewinnen.

Sanierungsdurchführung

Die Durchführung der Sanierung wurde federführend von der Stadtverwaltung selbst übernommen. Die Stadt beauftragte keinen Sanierungsträger, wie es bei Städten dieser Größenordnung üblich ist. Vielmehr werden die Fachkenntnisse der Freien Planungsgruppe 7 auch bei der Umsetzung der Planung in Anspruch genommen. Die Planer sind aufgrund der umfangreichen Tätigkeit mit den örtlichen Problemen vertraut und können einzelne, sich bereits in der Planungsphase abzeichnende Konflikte besser bewältigen. Vorteilhaft ist auch, daß sich die Beauftragten stets mit den Zielen der eigenen Planung auseinandersetzen und sie nach außen vertreten müssen.

Die Umsetzung der Planung im Sanierungsgebiet ist bereits weit fortgeschritten. 22 Grundstücke wurden für die Durchführung der Sanierung zwischenerworben. 4 Wohnpar-



Eigentumsgrenzen vor der Sanierung

Eigentumsgrenzen nach der Sanierung

teien sind innerhalb und 8 Wohnparteien sind außerhalb des Sanierungsgebietes umgesetzt worden. 34 Gebäude mußten abgebrochen werden. Dazu gehört auch eine Malzfabrik. Reprivatisiert wurden 19 geordnete Baugrundstücke. 17 Einfamilienhäuser, 1 Sechsfamilienhaus und 3 Geschäftshäuser wurden neu errichtet. 1 großer öffentlicher Parkplatz außerhalb des Sanierungsgebietes und 2 Blocksammelgaragen sind fertiggestellt. 2 durchgreifende Modernisierungen von bedeutenden Fachwerkhäusern sind abgeschlossen. Das Sanierungsgebiet ist bereits an die Erdgasversorgung angeschlossen. Die Umgehungsstraße (B 26 und 27) entlang der Bundesbahnlinie ist seit 1979 befahrbar (Bündelung der Verkehrswege). In den nächsten Jahren sind die Sanierung der Kanalisation, die Verkabelung der Stromversorgungsleitungen und der Straßenbeleuchtung, die Neuverlegung einer Gemeinschaftsantennenanlage, die Neugestaltung der Straßen mit Natursteinpflaster und die Modernisierung von 7 Fachwerkhäusern vorgesehen.

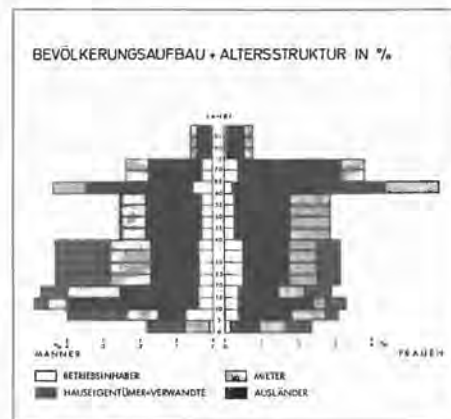
Bei der Modernisierung der unter Denkmalschutz stehenden Bauten werden die Architekten und die Handwerker fachlich besonders gefordert. Verlorene Kenntnisse mußten von neuem erworben werden. Manches Lehrgeld ist bisher verantwortet und bezahlt worden. Einige Handwerker sahen sich den übertragenen Aufgaben nicht gewachsen und gaben auf. Die größten Schwierigkeiten scheinen nunmehr überwunden zu sein. Probleme ergaben sich auch bei den Planungen der einzelnen Neubauten. Die hohen Anforderungen an das baulich-räumliche Einfügen in das Stadtensemble, an die Gestal-

tung der Fassaden sowie an die Ausarbeitung vieler Details mußten an die Wünsche und finanziellen Möglichkeiten der Bauherren angepaßt werden. Dabei gingen die Auffassungen vieler Beteiligten oft gänzlich auseinander. Entscheidungen wurden so in vielen Fällen außerordentlich erschwert.

Sanierungserfolg

Die Sanierung ist so weit fortgeschritten, daß wichtige Erfolge bereits erreicht sind. Einige dieser erfreulichen Ergebnisse seien aufgezeigt: Vor Beginn der Sanierung gab es 44 Wohn- und 20 gemischt genutzte Grundstücke. Nach der Sanierung gibt es 50 Wohn- und 21 gemischt genutzte Grundstücke. Die Zahl der Grundstücke erhöht sich also um 7. Dadurch ist die Besitzstruktur noch kleinteiliger geworden. Dagegen vergrößert sich im Durchschnitt die Grundfläche der Wohngebäude gegenüber dem früheren Zustand. Bedingt durch die Neubauten, die Modernisierung der vorhandenen Substanz und die Blockentkernungen wohnen bereits jetzt wieder viele junge Familien mit Kindern in dem Sanierungsgebiet. Es wird nicht nur der Bevölkerungsrückgang (Stand 1975: 289 E) gebremst, sondern fast der Bevölkerungsstand des Jahres 1967 (367 E) und ein ausgeglichener Bevölkerungsaufbau erreicht. Vor der Sanierung standen im Sanierungsgebiet 53 Stellplätze auf privatem Grund zur Verfügung. Nach Abschluß der Sanierung werden 130 Stellplätze vorhanden sein. Diese Stellplätze dürfen nur von den Bewohnern und den Beschäftigten genutzt werden. Für Kunden stehen ausreichend Parkplätze am Main unmittelbar westlich des Sanierungsgebietes zur Verfügung.

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß schon viel erreicht wurde. Der bemerkenswerte Einsatz insbesondere der Stadt Karlstadt wird zunehmend belohnt. Das ist auch wichtig, damit die zurückgestellten weiteren Aufgaben mit neuem Mut begonnen werden können.



Bevölkerungs- und Altersstruktur vor der Sanierung



Voraussichtliche Bevölkerungs- und Altersstruktur nach der Sanierung

Kosten und Finanzierung der Sanierung

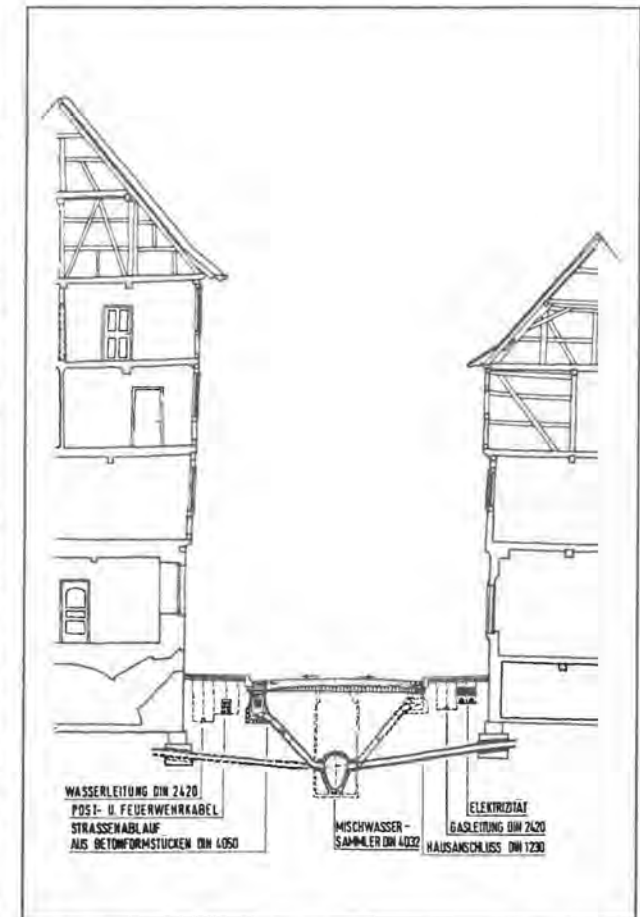
1975 wurde zusammen mit der Erarbeitung des Neuordnungskonzeptes für das erste Sanierungsgebiet eine grobe Kosten- und Finanzierungsübersicht aufgestellt und im Laufe der Jahre fortgeschrieben. Heute erwartet die Stadt Karlstadt im Rahmen der Gesamtdurchführung dieses ersten Abschnittes Kosten in Höhe von etwa 9 Mio DM und Einnahmen in Höhe von etwa 1 Mio DM.

Die Stadt Karlstadt hat zur Finanzierung dieser Maßnahme bisher jährlich durchschnittlich 300 000,- DM Eigenmittel aufgebracht. In den Städtebauförderungsprogrammen des Bundes und des Landes wurden der Stadt bis einschließlich 1982 zusammen 3 354 000,- DM

und zusätzlich aus Sonderprogrammen insgesamt 2 958 000,- DM Finanzhilfen (als Vorauszahlungen) bereitgestellt. Mit den Zuwendungen der Sonderprogramme konnten das historische Rathaus sowie das unter Denkmalschutz stehende städtische Anwesen Hauptstraße 11 (Museum) umgebaut und modernisiert werden.

Literatur

Werner Zapotetzky, Karlstadt, Geschichte einer Stadt in Franken, 1980 – Gerhard Kralik und Günther Thoma, Karlstadt, gezeichnet und beschrieben von Günther Thoma, 1979 – Freie Planungsgruppe 7, Stuttgart, Altstadtsanierung Karlstadt, Vorbereitende Untersuchungen, 1975 – Städtebauförderung in Unterfranken, 1. Erfahrungsbericht 1981, Würzburg. Sämtliche Abbildungen wurden, sofern nicht anders vermerkt, von der Freien Planungsgruppe 7, Stuttgart, gefertigt.



Straßenschnitt mit technischer Infrastruktur (allgemeines Schema)

Die Autoren

KARL LITZ ist auf S. 103 dieses Jahrgangs dieser Zeitschrift vorgestellt worden.

GERHARD HENKEL (1943): Studium der Germanistik und Geographie an den Universitäten Münster, Würzburg und Köln. 1. Staatsexamen für das Höhere Lehramt 1969. Promotion 1971 und Habilitation 1976 mit siedlungsgeographischen Arbeiten. Seit 1979 Professor für Anthropogeographie im Fachbereich Architektur, Bio- und Geowissenschaften der Universität Essen. Zahlreiche Publikationen zur Historischen Geographie, Dorfgeographie und Angewandten Siedlungsgeographie.

PETER PIASECKI (1949), Doktorand bei Prof. W. Weber mit einer Arbeit über Innovationen im Salinenwesen des 16. Jhds., hat nach dem Studium der Fertigungstechnik an der Fachhoch-

schule Bochum als Dipl.-Ing. in der Industrie gearbeitet und ist, nach weiterem Studium der Geschichte, Kunstgeschichte und Erziehungswissenschaft an der Universität Bochum, als Studienrat an den Berufs-, Berufsfach- und Fachoberschulen in Bottrop tätig. 1983 wird eine Arbeit von ihm über »Die Grundriß-Planproportionen der Abdinghofkirche des Bischofs Meinwerk von Paderborn« erscheinen.

JOCHEN WILKE (1937): Bauingenieurstudium an den TU Berlin und München; umfassende Berufserfahrung durch Tätigkeit in Architektur-, Planungs- und Ingenieurbüros sowie als Bauleiter. Städtebauliches Aufbaustudium an der TU München. Große Staatsprüfung im Fachgebiet Wohnungs- und Städtebau. Seit 1973 Referent für Städtebauförderung der Regierung von Unterfranken.

Notizen

Denkmalpflege-Aktivitäten

Das *Europa-Nostra-Diplom* wird in diesem Jahr dem Förderkreis Alte Kirchen verliehen, der sich um die Erhaltung und Rettung der Fachwerkkirchen im Lande Hessen besonders verdient gemacht hat.

In Ludwigsburg bei Stuttgart wurde das barocke Favorite-Schloßchen der Öffentlichkeit als Museum übergeben. Für die sechsjährigen Restaurierungsarbeiten hat das Land Baden-Württemberg fast sechs Millionen Mark ausgegeben.

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage greift die *Sparwelle in der DDR* verstärkt auch auf den kulturellen Bereich über. Wie die Ostberliner Zeitschrift *Wirtschaftswissenschaften* in ihrer jüngsten Ausgabe berichtete, konzentrierten sich die bis 1985 geplanten Investitionen lediglich auf einige Prestigeobjekte wie die Semperoper in Dresden oder den Friedrichstadtpalast in Ostberlin. Für die Erhaltung der Bausubstanz der »Masse der kulturellen Einrichtungen« reichten dagegen die verbleibenden Gelder nicht aus.

Ein Hilfskomitee zur Rettung hochwertiger Kulturdenkmäler in *Krakau* ist in Bergkamen gegründet worden (Postfach 1603, 4619 Bergkamen). Nachdem polnische Restauratoren im letzten Jahrzehnt auch im Bundesgebiet zahlreiche bedeutende Restaurierungsarbeiten vollbracht und hervorragende Denkmäler vor dem Verfall gerettet haben, geht es nun darum, den Polen mittels Sachspenden zu helfen, in der historischen Hauptstadt Krakau die »Königliche Straße« vor dem Verfall zu retten und zu restaurieren. In Krakau selbst wurde ein Komitee hierzu gegründet. Deutscherseits will man Hilfe durch private Initiative leisten. Die 25 Patrizierhäuser und kleinen Paläste, die durchweg aus dem 13. und 14. Jahrhundert stammen, werden derzeit

von polnischen Fachleuten als komplexe Einheit wiederhergestellt. Ein Palais in dieser ehemaligen Prachtstraße ist als Sitz eines Instituts gedacht, das sich dem Schutz von Baudenkmalern internationalen Ranges annehmen wird.

Dringend restaurierungsbedürftig sind historische Bauwerke in der Türkei. Die Liste umfaßt die Theodosianischen Mauern und andere Befestigungsanlagen aus byzantinischer Zeit in Istanbul, sowie die im 16. Jahrhundert von dem berühmten osmanischen Baumeister Sinan gebaute Moschee Süleimans II. und die Sultanspaläste von Topkapi und Yildiz, außerdem als Beispiele typischer osmanischer Profanarchitektur 90 alte Holzhäuser in Istanbul und sieben frühchristliche Kirchen in Kappadozien, die wertvolle Fresken enthalten. Insgesamt werden die Restaurationsarbeiten 194 Millionen Mark kosten, wobei auch die Verschmutzung des Goldenen Horns bekämpft werden soll. Diese Mittel hofft die Türkei aus dem Fonds einer internationalen Kampagne der UNESCO zur Erhaltung historischer Baudenkmäler zu bekommen.

Bayern an der Spitze

Bayern gehört nach Darstellung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz zu den Bundesländern, die sich vorbildlich um die Erhaltung von Kulturgütern bemühen. Mit Aufwendungen von insgesamt 300 Millionen Mark für nichtstaatliche Denkmäler von 1973 bis 1982 liegt Bayern an der Spitze der Bundesländer. Der bayerische Kultusminister Hans Maier bezeichnete »Tradition und Kulturerbe« als »für das Leben in Bayern unabdingbar«. Er begrüßte auch die wachsende Restaurierfreudigkeit der privaten Eigentümer. Für die Instandsetzung des Klosters Banzim im Landkreis Lichtenfels – laut Maier »ein Bauwerk von europäischem Rang« – hat das Land drei Millionen Mark bereitgestellt. Die ehemalige Benediktinerabtei wurde von

1698 bis 1755 zum Teil auf mittelalterlichen Fundamenten errichtet. Weitere Mittel seien, so der Minister, für die Restaurierung und Konservierung der römischen Thermen in Weißenburg (Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen) und die Klosterkirche in Buxheim (Landkreis Unterallgäu) bewilligt.

Teurer Fassadenabbruch

Wegen mehrerer Vergehen gegen das Denkmalschutzgesetz wurde jetzt ein Konstanzer Bauherr mit einem Bußgeld in Höhe von 10000 Mark belegt. Dem Bauherrn wird vom Konstanzer Rechtsamt und dem Landesdenkmalamt vorgeworfen, im vergangenen Jahr ohne Genehmigung Fassade und Kellergewölbe eines aus dem Spätmittelalter stammenden Hauses in der Konstanzer Altstadt abgebrochen und eine historische Holzbalkendecke vernichtet zu haben. Der Bauherr hat gegen den Bußgeldbescheid Einspruch erhoben.

Kunstschätze im Keller

Rund zwei Drittel der insgesamt 35778000 Kunstwerke und Altertümer im Besitz der 1404 italienischen Museen sind den Besuchern vorenthalten. Wegen Platzmangels in den Ausstellungsräumen verstauben 66,3 Prozent der Gegenstände in Kellern und in anderen Lagerräumen der Museen. Diese Zahlen sind in einer Untersuchung des Statistischen Landesamtes in Rom enthalten. Am mißlichsten ist die Situation demnach in den staatlichen Museen, wo nur 22,6 Prozent der verwahrten Stücke wirklich ausgestellt werden. In den privaten Museen sind es hingegen 73,3 Prozent. Die Untersuchung befaßt sich auch mit der Tatsache, daß italienische Museen oft mehr geschlossen als geöffnet sind. 40,1 Prozent der Museen sind an 20 Stunden pro Woche zugänglich.

5 Jahre Ausbildungszentrum Venedig für Handwerker im Denkmalschutz

Als 1977, zwei Jahre nach dem Europäischen Denkmalschutzjahr, in Venedig das Europäische

Ausbildungszentrum für Handwerker im Denkmalschutz seine Tore öffnete, war das der Beginn einer Reise ins Unbekannte. Zwar beklagte jeder das Fehlen von Handwerkern mit Fachkenntnis im Restaurieren, Erhalten, Modernisieren von historischer Bausubstanz, ob aber ein europäisches Zentrum Sinn hätte, ob sich überhaupt Handwerker bereitfänden, für drei Monate Familie, Arbeitsplatz, sicheren Verdienst und liebgewonnenen persönlichen Komfort aufzugeben, ob sich ein allgemeingültiges Kursprogramm aufstellen und über Stipendien finanzieren lasse, das alles war nicht besonders klar.

Der Versuch läuft jetzt fünf Jahre, das Zentrum ist auf die Insel San Servolo in der Lagune von Venedig umgezogen und bietet dreimonatige Weiterbildungskurse im Denkmalschutz für Bauhandwerker an. Vorausgesetzt wird einschlägige Berufserfahrung, die sich in Gesellen- und Meisterbrief und praktischer Arbeit auf der Baustelle oder in der Werkstatt ausdrückt. Die Kurse, zu dritt oder viert in Zyklen gruppiert, bestehen zur Hälfte aus Theorie und zur anderen Hälfte aus praktischer Arbeit in den Werkstätten des Zentrums oder an Restaurierungsprojekten in Venedig.

Wer also zum Zentrum kommt auf der Suche nach ein paar zusätzlichen Rezepten und Tricks, die sich einfach und gewinnbringend zuhause anwenden lassen, der muß bitter enttäuscht werden, wenn er zu 36 Stunden Baugeschichte, 28 Stunden Baustoffkunde, 14 Stunden Zeichnen verurteilt wird, wozu noch so unpraktische Themen wie die Grundlagen des Denkmalschutzes von Morris über Riegl zur Europäischen Denkmalschutz-Charta hinzukommen.

Wenn dann noch der Steinmetz dadurch verunsichert wird, daß sein praktisches Salzsäurereinigungsmittelchen verdammt wird und er selber zum Studium chemischer Prozesse, wenn der Schreiner eine fehlende Ecke am Schrank nicht einfach neumachen und unsichtbar ersetzen darf; wenn der Schmied verrostetes Eisen retten muß und nicht einfach absägen und wegwerfen darf, dann kann das nicht friedlich zugehen. Das tut es auch nicht, denn Handwerk ist heute kein Zuckerschlecken mehr, und viele kommen nach Venedig, weil sie gründlich unzufrieden sind mit

dem, was ihnen heute als Arbeitsfeld geboten wird.

Denkmalschutz erscheint dann als rettender Ausweg, aber der ist mühsam zu gehen. Bisher haben 249 Handwerker aus 14 Ländern im Zentrum gelernt und gearbeitet; 73 davon kamen aus der Bundesrepublik Deutschland, 52 aus Frankreich, 33 aus den Niederlanden, 1 aus Ungarn, Malta und den USA. 114 Steinmetze, 53 Schreiner, 41 Stukkateure, 34 Maler und 7 Schmiede haben sich nebeneinander mit Theorie und Praxis des Denkmalschutzes geplagt und ein wenig zur Rettung Venedigs beigetragen.

Zwar sind die Schwierigkeiten längst nicht überwunden. Die Werkstattausrüstung des Zentrums ist rudimentär, die Unterbringung spartanisch. Hier ist Hilfe willkommen, wie sie das deutsche Handwerk, besonders das Steinmetzhandwerk, und andere Gönner schon geleistet haben. Das venezianische Modell gibt aber Impulse, das Gründen geht um, man will's anders und viel besser machen, und auch damit erfüllt das Zentrum einen Teil seiner Aufgabe.

Publikationen

Mit dem Thema »Murten« befaßt sich das Heft 6 von »Pro Freiburg« (Stalden 14, CH-1700 Freiburg). Die mittelalterliche Kleinstadt im Kanton Freiburg war im Denkmalschutzjahr 1975 eines der vier schweizerischen Pilotprojekte, an denen die neuen Leitsätze der Denkmalpflege ausprobiert werden sollten: Nicht mehr Schutz einzelner Denkmäler, sondern »integrierte Denkmalpflege«, »Ensembleschutz« waren das Ziel. Elisabeth Castellani-Stürzel sieht in den bisher erfolgten Maßnahmen jedoch lediglich »oberflächliche Stadtkosmetik und Prestigerenovierungen«. Denkmalschutz dürfe sich nicht in der rücksichtslosen touristischen Kommerzialisierung von Ästhetik und Geschichte erschöpfen, sondern müsse in erster Linie sozial motiviert sein und den Bedürfnissen der Bewohner Rechnung tragen.

Der »Erhaltenden Erneuerung zurückgebliebener Altstadtgebiete« gilt eine Denkschrift der Deutschen Akademie für Städtebau und Landes-

planung, Landesgruppe Bayern. Angesichts der schwieriger gewordenen öffentlichen Haushaltslage besteht die Gefahr, »daß vorbereitete Erneuerungsmaßnahmen in großer Zahl nicht mehr in Angriff genommen, begonnene nicht weitergeführt werden können, wenn die Finanzierung und stetige Förderung in Zukunft nicht gewährleistet sind.« Die Landesgruppe fordert daher einerseits die Bereitstellung der entsprechenden Mittel durch Bund, Land und Gemeinden. Andererseits erkennt sie die Notwendigkeit, die Anforderungen des Wohnungsbaues, des Baurechts und der Denkmalpflege in den alten Orts- und Stadtkernen auf ein vertretbares Maß zurückzuführen.

Am Beispiel Augsburgs berichtet die Nr. 57 (Ausgabe B) der »Denkmalpflege Informationen« aus dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege über »Probleme und Erfahrungen in der praktischen Denkmalpflege in einer Großstadt«. Augsburg ist eine der Großstädte in Bayern, in denen auf engem Raum sämtliche Bereiche der Baudenkmalpflege zu behandeln sind, von der Bauberatung bei einfachen Wohn- und Bauernhäusern über die Betreuung von Bürger- und Patrizierhäusern, Palais und Schlösschen, bedeutender öffentlicher und kirchlicher Monumentalbauten bis hin zu den gründerzeitlichen Stadtvierteln sowie den Parkanlagen, Gärten und Friedhöfen und nicht zuletzt den frühen Industriebauten, technischen Denkmälern und Arbeitersiedlungen mit ihren speziellen Erhaltungsproblemen.

Eberhard Schulz †

Journalisten seines Schlages werden kaum noch nachwachsen. Denn die subjektive, durchaus parteiische Ausdruckskraft, die sie auszeichnet, ist nicht mehr gefragt und wird nicht mehr geübt in einer Zeit, die uns mit Daten überschüttet und optische Eindrücke aus aller Welt per Knopfdruck vermittelt. Eberhard Schulz, der am 13. 7. 1982 starb, verband noch beides: die Information und die farbige, leuchtende, »einleuchtende« Umkleidung. Ob er Menschen, Landschaften, Bauwerke, Städte, Ausgrabungsplätze be-

schrrieb, alles geriet zur »Szene«, zum bewegten Bild, das dem Leser vor Augen blieb. Seine erstaunliche Vielseitigkeit und quantitative Leistung war freilich nicht nur in der journalistischen Begabung, im schnellen Aneignungsvermögen begründet oder auch in der raschen Assoziationsfähigkeit, sondern wuchs auf dem soliden Hintergrund humanistischer Bildung, die der Pfarrerssohn aus Capelle bei Dessau zunächst am Gymnasium in Frankfurt an der Oder, dann in einem theologisch-archäologischen Doppelstudium in Berlin, Marburg und Bonn erworben hatte. Ein Aufenthalt als Austauschstudent in Amerika brach den klassisch-konservativen Horizont auf, und mit der andrängenden Fülle der Eindrücke aus der Neuen Welt mag es zusammengehangen haben, daß Schulz Journalist, Publizist, Essayist wurde und nicht Fachwissenschaftler.

Merkwürdig genug: im Laufe dieser Karriere, die von der »Frankfurter Zeitung« über den »Kurier« in Berlin schließlich zur »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« führte, haben Leute vom jeweiligen Fach, über das er schrieb, ihn stets für einen der Ihrigen gehalten. Führende Theologen wie Bultmann und Archäologen in Griechenland und in der Türkei spürten, daß sie es mit einem solide Unterrichteten zu tun hatten, und als er sich nach Kriegsende der modernen Architektur zuwandte, galt er sehr bald als führender Architekturkritiker.

Ja, die Kritisierten selbst verliehen ihm 1963 als erstem spontan den vom BDA gestifteten »Preis für Architekturkritik«. Daß der Preisträ-

ger in seinem letzten Buch »Das kurze Leben der modernen Architektur« schließlich scharf und ungeduldig wurde, zeugt von seiner Unbestechlichkeit, aber auch von seiner herben Enttäuschung, trug er doch mit diesem Titel eigene Hoffnungen zu Grabe, die er an die Entwicklung der durch den Nationalsozialismus unterdrückten modernen Architektur geknüpft hatte. Sie waren von jeher verbunden gewesen mit einem eigensinnigen, durch keinerlei ökonomische Analyse beirrten Gedanken an geschichtliche, kulturelle Kontinuität über alle Katastrophen und Kriege und alle Wirtschaftswirklichkeit hinaus.

Der erste Aufsatz, den Schulz 1934 für die »Frankfurter Zeitung« schrieb, trug den Titel »Archäologie der Zukunft« und betraf – verblüffenderweise – die Wolkenkratzer von New York. Diese Art der Zusammenschau über Epochen hinweg war aber zugleich durchtränkt vom Pessimismus. Schulz hatte etwas von Jacob Burckhardt und Oswald Spengler in sich. Unter seinen zahlreichen Versuchen sind viele, die dem Rätsel der Zwiespältigkeit des modernen Menschen auf die Spur kommen, die erlösende Chiffre finden möchten. Zwei Titel seiner Bücher sind dafür bezeichnend: »Der elastische Mensch« oder »Die große Rochade«. Aber die schönsten, leuchtendsten Beispiele von der Art, wie Schulz Landschaft, Kunst, Kultur und eigene Gedanken bildkräftig versammelte, sind unter dem Titel »Archäologische Landschaft« zu lesen: da war er mit sich und der Geschichte allein und im Frieden.

Besprechungen

Die Rechtsquellen des Kantons Graubünden. B. Die Statuten der Gerichtsgemeinden. Tl. 1: Der Gotteshausbund, Bde. 1 und 2 (Oberengadin, Unterengadin). Unter Mitwirkung von PETER LIVER bearb. und hrsg. v. ANDREA SCHORTA. Aarau: Sauerländer 1980/81. 669 u. 624 S., 1 Kte.

(Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen, 15. Abt.)

Das großartige, derzeit unter der umsichtigen Leitung von H. Herold stehende Editionsunternehmen »Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen« ist mit den hier anzuzeigenden Engadi-

ner Quellen bereits beim 65. Bd. angelangt. Diese betreffen das Tal des jungen Inn. Dessen oberer Teil, das Oberengadin, gehörte einst zur Grafschaft Oberrätien und kam dann unter die Herrschaft der Churer Bischöfe, die hier 1526 ein Ende fand. Die nunmehr zu einer autonomen Stellung gelangten Gerichtsgemeinden schufen, ähnlich wie manche Reichsstadt, eine reiche Statutargesetzgebung, innerhalb der das Zivilstatut 1544, 1563 und 1665 neu redigiert wurde, während das auf der Carolina (1532) beruhende Strafgesetz von 1573 bis zum Ausgang des 18. Jhds. fast unverändert blieb.

Das von Pontalt bis zur Tiroler Grenze bei Martinsbruck sich erstreckende Unterengadin war lange ein Bestandteil der Grafschaft Vinschgau und kam über die Tiroler und Görzer Grafen an die Habsburger, die jedoch zufolge der Umtriebe des Gotteshausbundes ihre Hohheitsrechte hier nicht zur Landeshoheit auszubauen vermochten und ihre Rechte schließlich 1652 an die Gemeinden verkauften. Die Edition beginnt mit dem Strafgesetz von 1492, dem das von Kaiser Maximilian I. und dem Churer Fürstbischof mit den Gemeinden vereinbarte Kriminalstatut von 1519 folgte, das nach dem »Auskauf« von 1652 jedoch durch eigene Statuten ersetzt wurde. Die Ausschaltung herrschaftlichen Einflusses hatte zu einer starken Zersplitterung der Gerichtsbarkeit geführt und fast jeder der kleinen Gerichtsprengel gab sich selbst seine Statuten.

Der »Anhang« bringt Kundschaften von 1446 und 1465 über die Rechte des Tiroler Landesfürsten im Unterengadin, den zwischen Kaiser Maximilian I. und dem Churer Bischof 1519 geschlossenen Statusvertrag sowie das schon erwähnte Strafgesetz von 1519. Da nach Verdrängung der feudalen Gewalten die Engadiner Gerichtsgemeinden Miniaturdemokratien bildeten, enthalten ihre Zivilstatuten auch zahlreiche öffentlich-rechtliche Bestimmungen, die in fürstlichen Territorien in Landesordnungen einheitlich geregelt erscheinen. Die frühneuzeitlichen Statuten wurden entweder in romanischer Sprache erlassen oder in diese übersetzt, deshalb sind manche der hier vortrefflich edierten Rechtsquellen zugleich auch wichtige Sprachdenkmäler sowie eine beachtenswerte Fundgrube für Wirt-

schafts- und Kulturgeschichte. Peter Liver hat jedem Band eine meisterhafte geschichtliche Einleitung vorangestellt, die das Verständnis der einzelnen Texte erleichtert. Ein in Vorbereitung befindlicher 3. Bd. soll die Rechtsquellen des Münstertales sowie ein Glossar zu allen drei den Gerichtsgemeinden des Gotteshausbundes gewidmeten Bänden bringen.

Innsbruck

Nikolaus Grass

HANS STURMBERGER, Land ob der Enns und Österreich. Aufsätze und Vorträge. (Ergänzungsband zu den Mitteilungen des Oberösterreichischen Landesarchivs 3.), Linz: Oberösterreichisches Landesarchiv 1979, 656 S., öS 450,-.

In der Reihe der Direktoren des o.ö. Landesarchivs war Hans Sturmberger die sechste Historikerpersönlichkeit, die diesem Institut seit seiner Gründung vorstand und es zu überlokalem Ansehen führte. Vorliegender Band wurde zu seinem 65. Geburtstag herausgebracht. Er bezeugt die hohe Achtung, die dieser Geschichtsforscher sich mit seinem wissenschaftlichen Lebenswerk erworben hat. Die Spannweite seiner Tätigkeit als Geschichtsschreiber kommt deutlich in der Überschrift des Beitrages von Adam Wandruszka »Weltgeschichte und Landesgeschichte im Werk Hans Sturmbergers« zum Ausdruck, der dieser Sammlung von Aufsätzen und Vorträgen als Einleitung vorangestellt ist.

Zur Mitte seiner Forschungsarbeit wurde für Hans Sturmberger das Zeitalter von Reformation und Gegenreformation. Die Quellenbestände des eigenen Archivs boten ihm die Ausgangsposition. Ein weiteres Geschichtskapitel, das ihn in steigendem Maße fesselte, ist die politische und geistige Entwicklung österreichischen Staatsdenkens und österreichischer Verfassung von der Aufklärung bis an die Schwelle der Gegenwart. Schließlich beschäftigte er sich auch mit zeitgeschichtlichen Fragen. Aus diesem umfassenden Themenbereich ergab sich auch die Gliederung vorliegenden Sammelbandes, der aus seiner Gesamtbibliographie von 73 Veröffent-

lichungen einen interessanten Querschnitt bietet: Gestalten und Ereignisse des konfessionellen Zeitalters – Zur Geschichte Österreichs und seiner Verfassung – Das Land ob der Enns – Skizzen und Porträts.

In diesen Veröffentlichungen wird mehr als einmal deutlich, daß Hans Sturmberger Geschichtsschreibung nicht nur als eine wissenschaftliche, sondern auch als eine künstlerische Tätigkeit verstand. Leuchtende Vorbilder waren für ihn stets Leopold von Ranke und sein Wiener Lehrer Heinrich Ritter von Srbik.

Linz

Otto Wutzel

Neustadt an der Weinstraße. Beiträge zur Geschichte einer pfälzischen Stadt. Hrsg. v. d. Stadt Neustadt an der Weinstraße. Bearb. von Stadtarchivar KLAUS PETER WESTRICH. Verlag D. Meininger, Neustadt an der Weinstraße 1975, 776 S.

Jubiläumstage sind der Anlaß, Stadtgeschichte zu Repräsentationszwecken hervorzuholen. Was sich dann der Öffentlichkeit darbietet, verrät etwas von der Art, wie Menschen und Städte mit ihrer Geschichte umgehen, was sie verdrängen und wo sie in der Vergangenheit Elemente der eigenen Identität suchen. Selbstdarstellung hat bei solchen Gelegenheiten durchweg Vorrang, wiewohl Aspekte kritischer Bilanz und wissenschaftliche Interpretation nicht fehlen müssen.

In diese Kategorie fällt der seitenstarke und sehr gut ausgestattete Band, den Neustadt an der Weinstraße zur Erinnerung an die Verleihung des Stadtprivilegs durch Rudolf von Habsburg 1275 herausgegeben hat. Die mehr als vierzig Beiträge zur Geschichte des pfälzischen Weinbauzentrums reichen chronologisch von den frühgeschichtlichen Fundstätten bis zur »wichtigen Politik der alten Stadt« bei den Eingemeindungen von 1969/74 und umfassen thematisch so disparate Aufsätze wie Einzelstudien über die Musikerziehung des ausgehenden Mittelalters über die Flößerei auf dem Speyerbach bis zu den Firmenlisten und Datensammlungen

von Neustadter Buchverlagen in neuerer Zeit. Das alles sind zweifellos Gesichtspunkte, die in einer Stadtgeschichte ihren Platz haben müssen. Unverzichtbar erscheinen Skizzen solcher Art vor allem dann, wenn sie den Weinbau und den Weinhandel im geschichtlichen Ablauf aufzeigen, weil sie damit an ein Stück Stadtindividualität rühren. Aber die meisten dieser Beiträge stehen doch ziemlich unverbunden nebeneinander und lassen die integrierende Kraft einer geschlossenen Konzeption vermissen. Zudem sind nicht alle Texte mit jener Sicherheit des Urteils geschrieben, die schriftstellerische Erfahrung oder wissenschaftliche Forschung gleichermaßen verleihen.

Übergeordnetes Interesse dürfen insbesondere jene Beiträge beanspruchen, die entweder die lokale Entwicklung im Zusammenhang mit der allgemeinen Geschichte darstellen oder aufgrund eigener Quellenerschließung Ergebnisse von exemplarischer Bedeutung vorweisen können. Nach der Wiedergabe, Übersetzung und Interpretation des Stadtprivilegs (P. Spieß) folgt eine Analyse der Rolle Neustadts in der pfälzisch-kurpfälzischen Territorialverwaltung (Th. Karst). Ausgehend von den Ereignissen des Bauernkrieges und basierend auf dem Türkensteuerregister von 1584 findet sich eine Darstellung der städtischen Sozialstruktur im sechzehnten Jahrhundert, die die Wohnverhältnisse, die Berufsgliederung und den Vermögensstand der Einwohner eindrucksvoll veranschaulicht (W. Alter). Zusammenfassende Abschnitte der Stadtgeschichte behandeln die Auswirkungen des pfälzischen und des spanischen Erbfolgekrieges (P. Habermehl) und die Epoche der französischen Revolution (T. Lembecke). Die wirtschaftliche Entwicklung seit der Industrialisierung ist nachzuvollziehen in einer gründlichen Untersuchung über das Bankwesen im 19. Jhd. (H. P. de Longueville) und, gewissermaßen als Vorgeschichte, in einer ebenso informativen Schilderung des Strukturwandels nach dem Zweiten Weltkrieg (H. U. Zapp). Die politische Geschichte seit der Reichsgründung tritt demgegenüber zurück. Man findet nur, was die Auswertung der Tagespresse ergab, und dies ist, etwa für die Jahre des Separatismus und der französischen Besatzung,

schon durchaus beachtlich (Gabriele Ziegler). Die Streiflichter jedoch, die die »politische, gesellige und kulturelle Arbeit« vom Vormärz bis zum Zweiten Weltkrieg ausleuchten sollen, fallen gerade noch auf zwölf Zeilen, in denen die »Kampfzeit« der NSDAP erwähnt wird, während die zwölf Jahre, in denen Neustadt die Gauhauptstadt Joseph Bürckels war, völlig im Dunkeln bleiben.

Frankfurt a. M.

Dieter Rebentisch

KARLHEINZ BAUER (Red.), *Aalener Jahrbuch 1978, Konrad Theiss Verlag: Stuttgart und Aalen 1978. 216 S. Text, 31 Abb. auf 16 Tafeln.*

Mit erheblicher Verspätung gelingt es dem Rezensenten, sich mit dem »Aalener Jahrbuch 1978« zu beschäftigen. Es ist spät, aber gewiß nicht zu spät, denn es handelt sich nicht um einen termingebundenen Jahresbericht, sondern um die Darstellung einer Stadt, die glaubt, sich besser präsentieren zu müssen, als es bisher der Fall war. Der erste Vorsitzende des »Geschichts- und Altertumsvereins Aalen e.V.«, Ernst Häußinger, schreibt im Vorwort, daß man sich die Aufgabe gestellt habe, »der lokalen historischen und allgemeinwissenschaftlichen Forschung und Darstellung ein Publikationsorgan zur Verfügung zu stellen, dessen erstes mit diesem Aalener Jahrbuch 1978 der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Der Geschichts- und Altertumsverein Aalen wagt dies in der Erkenntnis, daß unsere Stadt in diesem Punkte gegenüber Nachbarstädten einen gewissen Nachhol- und Aufholbedarf hat. Dem Jahrbuch, das nach unseren Vorstellungen in periodischen Abständen erscheinen und das historischen, allgemeinwissenschaftlichen, künstlerischen und naturwissenschaftlichen Themen im Rahmen der Stadt und ihres Umlandes offenstehen soll, wünschen wir die Beachtung der Öffentlichkeit und den Erfolg, der uns ermutigen wird, mit weiteren Jahrgängen des Jahrbuches fortzufahren...« (S. 8).

So bietet denn dieses Jahrbuch fünfzehn Aufsätze über Themen, die nicht nur von lokalem

Interesse sein dürften, sondern auch allgemein Wissenswertes bieten: Fritz Sauter: »Der geologische Aufbau der Schwäbischen Alb«, ders. »Kleine Geologie um Aalen«, Karlheinz Bauer: »Aalen – Stadt und Landschaft in der Geschichte«, Kurt Gärtner: »Das Stadtraumgedicht Heinrichs von Rang«, Hermann Baumhauer: »Der Wasseralfinger Altar von Martin Schaffner«, Hermann Plickert/Otto Haug: »Die ersten evangelischen Geistlichen der Reichsstadt Aalen«, Bernhard Hildebrand: »Ein Konterfei der freien Reichsstadt Aalen?«, Zur Problematik der Darstellung des Stadtbildes auf den Tontafeln der St.-Johann-Kapelle; Ernst Häußinger: »Die Musikpflege in der freien Reichsstadt Aalen«, Wilhelm Koch: »Johann Gottfried Pahl – Ein Sohn der Stadt Aalen«, Bernhard Hildebrand: »Josua de valle concordiae vulgo Kocherthal«, Die Schicksale des Josua Harrsch aus Aalen-Fachsenfeld; Eugen Hafner: »Napoleon war doch in Aalen«, Belege in der Auseinandersetzung mit einer Anti-Legende; Bernhard Hildebrand: »Die Hochzeitsverehrung des Oberamts Aalen für Kronprinz Wilhelm von Württemberg«, Bernhard Hildebrand: »Ein Stundenstein erzählt seine Geschichte«, Konrad Theiss: »Der Wirtschaftsraum Aalen«, Ulrich Pfeifle: »Die Flächenstadt Aalen – Chancen und Probleme«.

Für unsere Zeitschrift »Die Alte Stadt« wichtig dürfte der Beitrag von Oberbürgermeister Pfeifle sein. Er gipfelt in dem Bekenntnis: »Als Oberziele gelten die langfristige Sicherstellung der Regenerationsfähigkeit des Landschaftshaushalts, die Berücksichtigung natürlicher Standortqualitäten für Landnutzungsformen, der Ausbau geeigneter Teile der Landschaft für die Erholung sowie die Wahrung der ästhetischen Werte und der besonderen Eigenart des Landschaftsbildes. Unsere Landschaft ist ein unersetzbares Kapital. Das Streben nach dem Oberzentrum darf nicht dazu führen, daß Verhältnisse wie im mittleren Neckarraum angestrebt werden, wo die Landschaft systematisch zerstört wurde...« (S. 203). Zu dieser Grundsatzklärung und den weiteren Ausführungen hätte man sich einige Pläne gewünscht, doch kann der erste Band dieses Jahrbuches noch nicht alles bieten. Nach diesem verheißungsvollen Anfang ist zu erwarten, daß

der jetzt schon bemerkenswert hohe Standard gehalten und vielleicht auch vervollkommen wird.

Berlin

Friedrich Mielke

WILHELM GLÄSSNER, *Waiblingen in Chroniken des 16. Jahrhunderts: David Wollber, Jakob Frischlin, Martin Crusius (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Waiblingen H. 1)*. Waiblingen: Stadtarchiv 1978. 127 S., 21 Abb., DM 12,80.

Wilhelm Glässner, ehrenamtlicher Leiter des Stadtarchivs Waiblingen, eröffnet mit dem Werk »Waiblingen in Chroniken des 16. Jahrhunderts« eine neue selbständige Reihe, in der das Stadtarchiv Quellen zur Geschichte Waiblingens in zwangloser Folge herausgeben und damit die vom Heimatverein Waiblingen e.V. – Geschichts- und Altertumsverein – betreute Reihe »Waiblingen in Vergangenheit und Gegenwart« ergänzen will, die für neuere Darstellungen bestimmt ist.

Wie durch den Untertitel »David Wollber, Jakob Frischlin, Martin Crusius« zusätzlich unterstrichen wird, gilt der Band der chronikalischen Überlieferung Waiblingens aus dem ausgehenden 16. Jahrhundert. Die bisher ungedruckte »Historia wahrhaftige Beschreibung der fürstlichen uhralten Statt Weiblingen« David Wollbers ist dessen »Chorographia« entnommen, auch Jakob Frischlins »Von der fürstlichen Wirtenbergischen Statt Weiblingen« ist Teil eines größeren »Landbuchs« und zudem in mehreren, leicht variierenden Fassungen aus der Zeit zwischen 1589 bis 1622 erhalten. Die 1595/96 lateinisch abgefaßten, 1733 von Johann Jakob Moser deutsch unter dem Titel »Schwäbische Chronik« veröffentlichten »Annales Sueviae« von Martin Crusius enthalten dagegen keine geschlossene Schilderung Waiblingens, sondern über das Werk zerstreute Einzelbemerkungen, was auch für die im Anhang beigefügten Berichte von Crusius über Jakob Andreaä, den aus Waiblingen stammenden Kanzler der Universität Tübingen, gilt.

Um die gebotenen Texte leicht vergleichen zu können, sind die einzelnen, mit Überschriften versehenen Abschnitte nach den drei Verfassern getrennt durchgezählt; in den Anmerkungen wird dann auf die jeweils korrespondierenden Textstellen der beiden anderen Autoren verwiesen sowie die etwas späteren, ebenfalls bisher noch ungedruckten Aufzeichnungen von Johann Georg Waltz und Wolfgang Zacher, die für Waiblingen von Bedeutung sind. Bei Crusius wird zudem noch die Durchzählung nach der lateinischen und der deutschen Ausgabe angegeben. Darüber hinaus finden sich in den Anmerkungen hauptsächlich zu Crusius – und zuweilen in eckiger Klammer auch im Text – sachliche Ergänzungen und Berichtigungen.

So ist ein in sich abgerundetes Quellenlesebuch entstanden, das mit dem Geschlecht der »Waiblinger« auch über den engeren Bereich der Stadt hinausgreift. Um einen möglichst großen, historisch interessierten Leserkreis anzusprechen, sind die Texte des 16. bzw. 18. Jahrhunderts in die heutige Hochsprache umgesetzt, wenn auch unter sorgfältiger Anlehnung an den vorgegebenen Wortlaut. Hier wären auch andere Lösungen denkbar gewesen, so etwa der Abdruck des Urtextes, verbunden mit einer ausführlicheren Kommentierung heute nicht mehr oder in anderem Sinn gebrauchter Ausdrücke und Wortformen. Dies hätte aber die Lesbarkeit für das breitere Publikum erschwert, allerdings der Forschung die unmittelbare Benutzung erleichtert.

Die umfassende Einleitung stellt nicht nur die drei Chronisten Wollber, Frischlin und Crusius vor, sondern zeigt sie auch im Gesamtzusammenhang der Historiographie im Württemberg des ausgehenden 16. Jahrhunderts, die auf der einen Seite noch heute verlorene Quellen heranziehen konnte, andererseits durch ihre unkritische Reflexion für die heutige Wissenschaft nur noch von sehr bedingtem Wert sein kann. Die in dem als »Register« bezeichneten Anhang erwähnten Namen beziehen sich nicht unmittelbar auf den Text, sondern bilden Listen der Träger öffentlicher Ämter sowie überhaupt der Waiblinger Bürger bis 1600, die der Bearbeiter in den verschiedensten anderweitigen Quellen ermitteln

konnte. Zeitgenössische Abbildungen des Waiblinger Wappens bzw. Siegels, von Epitaphien, Ausschnitte der Gadnerschen Forstkarte von 1593 u. a. lockern die Texte auf und ergänzen sie. Eine Übersicht über die eingesehenen Quellen und deren Lagerort sowie die vor allem für die Einleitung benutzte Literatur geben die willkommene Möglichkeit, tiefer in den Stoff einzudringen, sei es speziell bezüglich Waiblingens, sei es mehr allgemein in bezug auf Geschichtsauffassung und Geschichtsschreibung im 16. Jahrhundert.

Esslingen

Günter Cordes

FRANK WERNER (*Einführung*), *Neues Wohnen in alten Häusern*. 160 S., 353 Abb., davon 25 in Farbe, 25 × 29 cm. Verlag Gerd Hatje, Stuttgart 1981, Ln. 68,- DM.

Ähnlich wie in »Alte Bauten neu genutzt« beschäftigt sich das vorliegende Buch mit vorbildlichen Sanierungen historischer Gebäude, die anhand von Texten, Grundrissen und Abbildungen vorgestellt werden. Doch das Thema ist enger, der Rahmen weiter gesteckt. Es sind ausschließlich Wohnnutzungen, denen das Interesse gilt. Die für Wohnzwecke um- und ausgebauten Gebäude stehen in Europa und in den USA. Sie dienten früher schon dem Wohnen oder waren ursprünglich als Scheune, als Bauernhaus, Remise, Orangerie, Dorfschule oder Lagerhaus errichtet worden. Wieder einmal erweist sich, daß nahezu jedes Gebäude, jedes Dach über dem Kopf auch als Behausung geeignet sein kann, daß es keine anpassungsfähigere Nutzung für vorgegebene Architekturen gibt als das menschliche Wohnen. Es erweist sich aber auch, daß engefaßte Rahmenbedingungen, wie sie ein altes, oft denkmalgeschütztes Gemäuer vorgibt, die Architekten zu phantasievollen Gestaltungsleistungen

animieren, wie sie beim Bauen auf der grünen Wiese selten zustande kommen. Was den Umgang mit historischer Bausubstanz so interessant macht, und diesen Aspekt streift der Vf. in seiner Einführung, ist das Spiel des Architekten mit den einstigen Nutzungen und Bedeutungen. Patentrezepte wird es keine geben können. Behandelt man das Gebäude streng konservatorisch? Oder gibt man den Erfordernissen der neuen Nutzung erste Priorität? Beläßt man den älteren Bauteilen ihre Bedeutung und Funktion? Oder putzt man sie ästhetisierend heraus, um nur ihre dekorative Erscheinung nutzbringend einzusetzen? Die denkmalpflegerischen Grundfragen stehen hier wieder zur Diskussion, und mehr als bei anderen Nutzungen ist beim Wohnen der Betroffene zu befragen. Manch einer wohnt gerne in einer musealen Umgebung, der andere wird mit einer Kelterpresse im Wohnzimmer nichts anfangen können und wird sie lieber auf dem Flohmarkt feilbieten, um sich in seiner umgebauten Kelter richtig wohlfühlen zu können.

Das Buch aus dem Verlag Gerd Hatje präsentiert aber nicht nur eine Sammlung akzeptabler Sanierungsbeispiele, vor allem die architektonischen Qualitäten der gezeigten Entwürfe verdienen das Interesse des Lesers. Unter den beteiligten Architekten sind so bekannte Namen wie Stanley Tigerman, Charles Moore, Robert A. M. Stern, wie Friedrich Wilhelm Kraemer oder Dissing und Weitling (vormals mit Arne Jacobsen). Vielleicht sind die dargestellten Objekte im Durchschnitt etwas zu elitär ausgefallen. Aber auch ein Architekt oder Bauherr, der ein bescheidenes Bauvorhaben realisieren möchte, wird in dem Buch viele verwertbare Anregungen finden können. Würde er lediglich dazu ermuntert, in die eine oder andere Richtung seine Phantasie spielen zu lassen, dann hätte es seinen Zweck schon erfüllt.

Stuttgart

Falk Jaeger

Wir liefern sofort!

● **Verfahrensrecht und Praxis der Bauaufsicht**

Systematische Darstellung des Vollzugs des Planungs- und Bauordnungsrechts von **Lothar Baumanns**, Kreisoberverwaltungsrat 1982. Format DIN A 5. Kartoniert. 528 Seiten. DM 98,-. ISBN 3 555 00462 X

● **Denkmalrecht Nordrhein-Westfalen Kommentar**

von **Dr. Hans Georg Gahlen**, Ministerialrat, und **Horst Dieter Schönstein**, Oberamtsrat, beide im Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung 1981. Format DIN A 5. Kartoniert. 176 Seiten. DM 44,-. ISBN 3 555 30190 X

● **Verkehrsberuhigung im Städtebau**

Praktische Hinweise für Planung und Kommunalpolitik von **Dr. Ing. Klaus Schütte**, Ministerialrat im Niedersächsischen Sozialministerium, Oberste Baubehörde, Referent für Bauingenieurwesen im Städtebau 1982. Format DIN A 5. Kartoniert. 184 Seiten. DM 39,80. ISBN 3 555 00166 3

Bitte fordern Sie unseren Katalog „Baurecht“ an mit unserem aktuellen Titelangebot zur Raumordnung - Bauplanung - Entwicklungsplanung - Bauaufsicht - Straßenrecht - Wasserrecht Landschaftspflege - Umweltschutz - Grundsteuer - Architektenrecht!

237-9-82



Deutscher Gemeindeverlag
Max-Planck-Str. 12 · Postfach 40 01 07
5000 Köln 40 · Telefon 0 22 34 / 106-0

INHALTSVERZEICHNIS

ABHANDLUNGEN

KARL LITZ, Raumgeschichte und ihre historische Erkenntnis	309
GERHARD HENKEL, Siedlungsforschung und Dorferneuerung	323
PETER PIASECKI, Schüler zu Fragen der Denkmalpflege	348
JOCHEN WILKE, Altstadtsanierung: zum Beispiel Karlstadt	361

DIE AUTOREN	374
-------------------	-----

NOTIZEN	375
---------------	-----

BESPRECHUNGEN

Quelleneditionen

Andrea Schorta (Bearb. und Hrsg.), Die Rechtsquellen des Kantons Graubünden. B. Die Statuten der Gerichtsgemeinden (N. GRASS)	378
---	-----

Landesgeschichte

H. Sturmberger, Land ob der Enns und Österreich. Aufsätze und Vorträge (O. WUTZEL)	379
Frank, Werner, Neues Wohnen in alten Häusern (FALK JAEGER)	383

Stadtgeschichte

K. P. Westrich (Bearb.), Neustadt an der Weinstraße. Beiträge zur Geschichte einer pfälzischen Stadt (D. REBENTISCH)	380
Karlheinz Bauer (Red.), Aalener Jahrbuch 1978 (FR. MIELKE)	381

Geistesgeschichte

W. Glässner, Waiblingen in Chroniken des 16. Jahrhunderts: David Wollleber, Jakob Frischlin, Martin Crusius (G. CORDES)	382
---	-----